

Ältere Migrantinnen und Migranten: Entwicklungen, Lebenslagen, Perspektiven

Schimany, Peter; Rühl, Stefan; Kohls, Martin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schimany, P., Rühl, S., & Kohls, M. (2013). *Ältere Migrantinnen und Migranten: Entwicklungen, Lebenslagen, Perspektiven*. (Forschungsbericht / Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl (FZ), 18). Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl (FZ). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-67920-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Ältere Migrantinnen und Migranten

Entwicklungen, Lebenslagen, Perspektiven

Forschungsbericht 18

Peter Schimany
Stefan Rühl
Martin Kohls



Ältere Migrantinnen und Migranten

Entwicklungen, Lebenslagen, Perspektiven

Forschungsbericht 18

Peter Schimany
Stefan Rühl
Martin Kohls

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2012

Zentrale Ergebnisse

Relevanz des Themas

Bedeutung und Bedingungen des Alters haben sich in modernen Staaten in den vergangenen Jahrzehnten wesentlich verändert. Altern als Lebensverlauf und Alter als Lebensphase sind im Zuge des gesellschaftlichen und demographischen Wandels vielfältiger geworden. Obwohl ältere Menschen schon länger Thema wissenschaftlicher und politischer Diskussionen sind, erfahren ältere Migranten erst in jüngster Zeit verstärkte Aufmerksamkeit. Ältere Migranten bilden die Schnittmenge der beiden zentralen gesellschaftlichen Prozesse „demographische Alterung“ und „internationale Migration“, sodass sie zunehmend in den Fokus der Alters- und Migrationsforschung geraten.

Entwicklung des Themas

Noch Ende der 1990er Jahre wurden ältere Migranten in Wissenschaft und Politik kaum wahrgenommen. Ausschlaggebend für das gestiegene Interesse am Thema „Ältere Migranten“ ist zum einen die Zunahme von Zahl und Anteil älterer Menschen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung, zum anderen die häufig prekäre Lebenssituation im Alter, die als ein neues soziales Problem thematisiert wird. Vor diesem Hintergrund stellen sich in der Praxis Fragen nach dem Altsein und Altwerden in der Fremde und nach spezifischen Bedarfslagen älterer Migranten.

Ziel der Arbeit

Vor diesem Hintergrund ist das Ziel der Arbeit, den Forschungsstand zu älteren Migranten zusammenzutragen sowie statistische Daten und empirische Befunde zu beleuchten, die sich mit verschiedenen Aspekten der Lebensqualität im Alter beschäftigen. Vorgelegt wird ein Überblick an vorliegenden Ergebnissen im Schnittpunkt der Alters- und Migrationsforschung. Hierbei wird ein weiterer Bogen gespannt, um die zentralen Bereiche der Lebenssituation älterer Migranten zu erfassen.

Zentrale Befunde

Die einzelnen Kapitel orientieren sich an der chronologischen Abfolge von Lebenssituationen Älterer im Migrationskontext. Nach Grundlagen (Begriffe, Datenquellen) und Entwicklung der Migrantengruppen werden folgende Lebensbereiche behandelt: Arbeitsmarkt, Ruhestand, Gesundheit, Generationenbeziehungen sowie Verbleib und Rückkehr.

Heterogenität der älteren Migranten

Bei den in Deutschland lebenden älteren Menschen mit Migrationshintergrund handelt es sich um eine heterogene Bevölkerungsgruppe. Die Unterschiede betreffen nicht nur die geographische sowie ethnische und kulturelle Herkunft der Migranten; sie sind auch aus unterschiedlichen Gründen und zu unterschiedlichen Zeiten nach Deutschland zugewandert. Und sie besitzen vielfach eine unterschiedliche Ressourcenausstattung. Bleiben die nach dem Zweiten Weltkrieg umfangreichen Flucht- und Vertreibungsbewegungen sowie die deutsch-deutschen Wanderungen unberücksichtigt, dann setzte Mitte der 1950er Jahre die erste große Zuwanderung ein, als im Zuge des Wirtschaftsaufschwunges Millionen ausländischer Menschen als „Gastarbeiter“ vor allem aus ländlichen Regionen südeuropäischer Staaten und der Türkei angeworben wurden. Die damals zumeist jungen „Gastarbeiter“ befinden sich heute im Ruhestandsalter und verbringen ihren Lebensabend vielfach in Deutschland. Ähnlich bedeutend ist die Zuwanderung von Spätaussiedlern aus osteuropäischen Staaten und der ehemaligen Sowjetunion. Sie setzte ab den 1950er Jahren in zunächst geringem Umfang ein und erreichte ihren Höhepunkt von Ende der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre. Im Gegensatz zu „Gastarbeitern“ sind Spätaussiedler zumeist mit Familienangehörigen unter Einschluss der älteren Generation eingereist. Neben den Menschen, die im Zuge dieser beiden großen Zuwanderungsbewegungen kamen, zogen seit Öffnung der Grenzen verstärkt ausländische Menschen aus unterschiedlichen Gründen nach Deutschland. Ältere Menschen finden sich unter diesen Zuwanderungsgruppen – mit Ausnahme jüdischer Kontingentflüchtlinge – jedoch weitaus seltener als unter ehemaligen „Gastarbeitern“ und Spätaussiedlern.

Stand und Entwicklung älterer Migranten

Zwischen Personen ohne und mit Migrationshintergrund liegen hinsichtlich der soziodemographischen Struktur Unterschiede nach Zahl und Anteil der über 65-Jährigen vor: 15,7 Mio. bzw. 23,7% zu 1,5 Mio. bzw. 9,4%. Modellrechnungen zeigen aber, dass in Zukunft der Anteil an Älteren mit Migrationshintergrund sowohl an allen Älteren als auch innerhalb der Gruppe mit Migrationshintergrund weiter zunehmen wird. Bis Anfang der 2030er Jahre wird eine Zunahme von älteren Menschen unter den Migranten auf 15% erwartet.

Arbeitsmarktsituation

Ältere Migranten sind deutlich schlechter am Arbeitsmarkt positioniert als gleichaltrige Einheimische. Erstens sind Migranten in einem geringeren Ausmaß am Erwerbsleben beteiligt, und sie sind seltener sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Dies trifft vor allem auf Frauen zu. Ihre schlechtere Arbeitsmarktpositionierung spiegelt sich zweitens in der beruflichen Stellung und in den Wirtschaftsbereichen bzw. Branchen, in denen sie tätig sind, wider. Migranten sind drittens auch häufiger in geringfügiger Beschäftigung zu finden. Sie weisen viertens auch öfter besondere Beschäftigungssituationen wie Schichtarbeit oder Arbeit an Sonn- und Feiertagen auf. Schließlich sind Migranten auch deutlich häufiger erwerbs- bzw. arbeitslos und öfters langzeitarbeitslos. Für die Erklärung der schlechteren Positionierung am Arbeitsmarkt darf nicht die Herkunft per se herangezogen werden. Vielmehr müssen weitere Merkmale wie die soziale Schichtzugehörigkeit betrachtet werden.

Ruhestand und Alterssicherung

Die Befunde zu Ruhestand und Alterssicherung weisen darauf hin, dass Migranten größere Probleme mit der finanziellen Absicherung im Alter haben als Personen ohne Migrationshintergrund. Aufgrund ihrer geringeren Qualifikation und ungünstigeren Stellung am Arbeitsmarkt sind die Haushaltseinkommen von Migranten niedriger als von Einheimischen. Trotz häufig längerer Erwerbszeiten von Migranten führen niedrigere Erwerbseinkommen, seltenere Vollzeitbeschäftigung und längere Zeiten in Arbeitslosigkeit zu geringeren Renten und weniger Vermögen. Die Ergebnisse zeigen, dass insbesondere das Humankapital die Einkommensunterschiede auch im Alter zwischen Personen ohne und mit Migrationshintergrund sowie zwischen einzelnen Migrantengruppen fast vollständig erklärt.

Gesundheitssituation

Menschen mit Migrationshintergrund können im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung erhöhte Gesundheitsrisiken aufweisen. Es ist aber nicht die Migration an sich, die krank macht, sondern es sind die Gründe und Umstände einer Migration sowie die Lebens- und Arbeitsbedingungen im Zielland, die zu einem schlechteren Gesundheitszustand führen können. Ältere zugewanderte Personen sind eine zahlenmäßig anwachsende Gruppe mit teilweise relativ schlechtem Gesundheitszustand und möglicherweise großem Pflegebedarf.

Generationenbeziehungen

Die Ergebnisse vorliegender Studien zu Generationenbeziehungen spiegeln eine große familiäre Stabilität und ein großes Unterstützungspotenzial wider, wobei sich die Ausprägungen zwischen Einheimischen und Migranten weitgehend angleichen. Angesichts der Ausdünnung sozialer Netzwerke, größerer räumlicher Distanzen zwischen den familialen Generationen und steigender Frauenerwerbsquoten wird es zukünftig schwieriger werden, bisherige familiäre Unterstützungsleistungen aufrechtzuerhalten. In einer modernen Gesellschaft mit demographischer Alterung können traditionelle Pflegeerwartungen zum intergenerationellen Konfliktpotenzial werden.

Rückkehr und Verbleib

Ein geringer Teil der Migranten hat Rückkehrabsichten und realisiert diese auch im Alter. Bisher sind mit dem Eintritt ins Rentenalter der ersten Generation aber keine größeren Rückwanderungen erfolgt. Vielmehr zeigt sich, dass auch mit Eintritt in den Ruhestand Rückkehrabsichten nur selten verwirklicht werden. Anzunehmen ist, dass auch in Zukunft der Großteil an älteren Migranten vor allem aus familiären Gründen im Zielland verbleibt. Insofern ist eine Rückwanderung nicht erst bei den in Deutschland Geborenen, sondern bereits bei der älteren Generation begrenzt. Zukünftig könnte die Pendelmigration im Ruhestand aufgrund bilokaler Orientierungen und Beziehungen weiter zunehmen.

Ausblick

Ganz überwiegend haben ältere Migranten ihren neuen Lebensmittelpunkt in Deutschland gefunden. Nur sehr wenige wollen in ihr Herkunftsland zurückkehren, auch wenn die Beziehungen zur Heimat eng sind. Insgesamt ist ein stationäres Altern, ein aged in place festzustellen. Da auch die Bevölkerung mit Migrationshintergrund zunehmend vom familialen und demographischen Wandel betroffen ist, bedeutet eine vergleichbare Generationensolidarität allerdings, dass die Gesellschaft im Hinblick auf Hilfe und Pflege für Ältere vor ähnlich großen Herausforderungen steht wie bei der einheimischen Bevölkerung. Forschungsbezogen zeigt sich, dass für alle Lebensbereiche älterer Migranten ein Mangel an belastbaren Daten vorliegt. Mit der Erhebung des Migrationshintergrundes im Mikrozensus hat sich zwar die Datenlage grundlegend verbessert, noch steht aber ein Erhebungsprogramm aus, das differenzierte Erkenntnisse zu verschiedenen Lebensbereichen bereitstellt.

Inhaltsübersicht

	Zentrale Ergebnisse	5
1	Einleitung	18
2	Begriffe und Migrantengruppen	22
3	Konzepte, Datenquellen und Forschungssituation	54
4	Ältere Migranten im Spiegel der amtlichen Statistik	79
5	Arbeitsmarktsituation	113
6	Ruhestand und Alterssicherung	155
7	Gesundheitssituation	208
8	Generationenbeziehungen	263
9	Rückkehr oder Verbleib?	288
10	Zusammenfassung	324
	Literatur	333
	Verzeichnisse	361
	Publikationen der Forschungsgruppe	373

Inhaltsverzeichnis

	Zentrale Ergebnisse	5
1	Einleitung	18
2	Begriffe und Migrantengruppen	22
	2.1 Definition und Messung von Alterung	22
	2.1.1 Demographische Alterung	22
	2.1.2 Demographischer Übergang und demographischer Wandel	23
	2.1.3 Messung von demographischer Alterung	24
	2.2 Die zeitliche Dimension von Alterung	25
	2.3 Die räumliche Dimension von Alterung	26
	2.3.1 Gesamtträumliche und regionale Ebene	26
	2.3.2 Bestimmungsgrößen regionaler Alterung	26
	2.4 Überblick über das Migrationsgeschehen	28
	2.5 Ältere Migranten	33
	2.5.1 Begriffe und Abgrenzungen	33
	2.5.2 Gastarbeiter	34
	2.5.3 Heimatvertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler	37
	2.5.4 Flüchtlinge	40
	2.6 Internationalisierung und Heterogenität der Bevölkerung	48
3	Konzepte, Datenquellen und Forschungssituation	54
	3.1 Konzepte und Datenquellen der amtlichen Statistik	54

3.1.1	Konzept „Ausländische Bevölkerung“	55
3.1.1.1	Volkszählung	55
3.1.1.2	Bevölkerungsfortschreibung	56
3.1.1.3	Ausländerzentralregister	57
3.1.2	Konzept „Migrationsstatus“	57
3.1.3	Konzept „Personen mit Migrationshintergrund“	59
3.1.4	Anmerkungen zu den Datenquellen	61
3.2	Datenquellen der empirischen Sozialforschung	62
3.2.1	Sozio-oekonomisches Panel	63
3.2.2	Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften	64
3.2.3	Repräsentativbefragung „Ausgewählte Migranten- gruppen in Deutschland 2006/2007“	64
3.2.4	Alterssurvey	65
3.2.5	Weitere Datenquellen	66
3.2.6	Fazit	69
3.3	Forschungssituation	69
3.3.1	Forschungen zu „Älteren Migranten“	69
3.3.2	„Ältere Migranten“ als Thema der Politik	71
3.3.3	Forschungsstand	72
3.3.4	Exkurs: Alter(n) und Migration in Europa	76

4 Ältere Migranten im Spiegel der amtlichen Statistik 79

4.1	Ausländische Bevölkerung	79
4.1.1	Stand und Entwicklung der ausländischen Bevölkerung	79
4.1.2	Alters- und Geschlechtsstruktur der ausländischen Bevölkerung	83
4.1.3	Ausländische Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsdauer	87
4.2	Bevölkerung mit Migrationshintergrund	92
4.2.1	Stand und Entwicklung der Bevölkerung nach Migrationsstatus	92

4.2.2	Alters- und Geschlechtsstruktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund	93
4.2.3	Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Herkunftsländern und Aufenthaltsdauer	99
4.3	Zukünftige Entwicklung der Bevölkerung Deutschlands	103
4.4	Zukünftige Entwicklung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund	105
4.4.1	Annahmen der Modellrechnung	105
4.4.2	Ergebnisse zur ausländischen Bevölkerung	105
4.3.3	Ergebnisse zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund	106
4.5	Ausblick	108
4.6	Exkurs: Ältere Migranten im internationalen Vergleich	108
4.7	Zusammenfassung	111

5 Arbeitsmarktsituation 113

5.1	Forschungsrahmen	113
5.1.1	Forschungssituation	114
5.1.2	Demographischer Wandel und Arbeitsmarktintegration	117
5.1.3	Datenquellen	120
5.2	Erwerbstätigkeit	122
5.2.1	Die Erwerbsquote	122
5.2.2	Die Erwerbstätigenquote	125
5.3	Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung	128
5.3.1	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	128
5.3.2	Die Beschäftigungsquote	130
5.4	Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen	133

5.5	Berufliche Stellung	134
5.6	Beschäftigungsformen	138
5.6.1	Selbständigkeit	138
5.6.2	Sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung	139
5.6.3	Geringfügige Beschäftigung	140
5.7	Besondere Beschäftigungssituationen	142
5.7.1	Schichtarbeit	143
5.7.2	Arbeit an Sonn- und Feiertagen	144
5.8	Erwerbs- und Arbeitslosigkeit	145
5.8.1	Erwerbslosigkeit	146
5.8.2	Arbeitslosigkeit	148
5.8.3	Langzeitarbeitslosigkeit	152
5.9	Zusammenfassung	154
6	Ruhestand und Alterssicherung	155
6.1	Vorbemerkungen	155
6.2	Forschungsrahmen	157
6.2.1	Forschungsstand	157
6.2.2	Migrationsverläufe, Familienzyklen und Altersstruktur	158
6.2.3	Bildungs- und Erwerbsbiographien	159
6.2.4	Formen der Alterssicherung	160
6.2.5	Einkommenssituation	162
6.3	Gesetzliche Rentenversicherung	164
6.3.1	Zugänge in Altersrenten	164
6.3.2	Entwicklung und Befunde	166
6.4	Ergebnisse des Sozio-oekonomischen Panels	175
6.4.1	Konzept und Methoden	175
6.4.2	Wohnsituation	176
6.4.3	Sozioökonomische Lage	181
6.4.3.1	Haushaltseinkommen	181

6.4.3.2	Rentenbezug und Rentenhöhe	182
6.4.3.3	Vermögenslage	185
6.4.4	Erklärungsfaktoren	188
6.4.4.1	Qualifikationsunterschiede	188
6.4.4.2	Erwerbsbiographien	190
6.4.5	Einschätzung der sozialen Absicherung	192
6.4.6	Einkommensarmut	198
6.5	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	199
6.6	Altersvorsorge	203
6.7	Zusammenfassung und Ausblick	205

7 Gesundheitssituation 208

7.1	Vorbemerkungen	208
7.2	Forschungsrahmen	209
7.2.1	Relevanz des Themas	209
7.2.2	Begriffsbestimmungen	209
7.2.3	Migration als Risikofaktor	211
7.2.4	Forschungsstand und Datenlage	212
7.2.4.1	Forschungsstand	212
7.2.4.2	Datenlage	213
7.3	Gesundheitszustand	217
7.3.1	Gesundheitsbedingungen	218
7.3.2	Gesundheitsrisiken	219
7.3.3	Migrationsspezifische Gesundheitsbelastungen	222
7.3.4	Auswahlprozesse bei Migranten	223
7.3.4.1	Der „Healthy-Migrant-Effect“	224
7.3.4.2	Rückwanderungen	224
7.3.5	Morbidität	225
7.3.5.1	Infektionskrankheiten	225
7.3.5.2	Krankenstand	226
7.3.5.3	Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten	228
7.3.5.4	Behinderung und Frühinvalidität	229
7.3.6	Subjektive Gesundheit	230

7.3.7	Gesundheit im Lebensverlauf	232
7.4	Gesundheitsversorgung	234
7.4.1	Determinanten der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen	235
7.4.1.1	Versicherungsstatus	235
7.4.1.2	Kommunikationsprobleme	236
7.4.1.3	Krankheitsverständnis	236
7.4.1.4	Nutzungsverhalten	237
7.4.2	Interkulturelle Öffnung	237
7.4.3	Zusammenfassung	238
7.5	Mortalität	239
7.5.1	Studien zur Mortalität von Migranten	239
7.5.2	Befunde zur Sterblichkeit und Lebenserwartung	240
7.5.3	Morbidität und Mortalität im Wandel	244
7.6	Pflegebedürftigkeit	247
7.6.1	Einführung	247
7.6.2	Forschungsstand und Datenlage	247
7.6.3	Rahmenbedingungen der Pflegeversicherung	249
7.6.4	Betroffenheit von Pflegebedürftigkeit	250
7.6.5	Vorstellungen über Pflege und Versorgung im Alter	251
7.6.6	Entwicklung der Pflegebedürftigkeit	252
7.6.7	Schätzung der pflegebedürftigen Personen mit Migrationshintergrund	257
7.6.8	Bedarf an Pflegearbeitskräften	258
7.6.9	Fazit	260
7.7	Zusammenfassung und Ausblick	261

8 Generationenbeziehungen 263

8.1	Einführung	263
8.2	Forschungsrahmen	264
8.2.1	Generationenbegriff	264
8.2.2	Familien- und Generationenbeziehungen im Wandel	264
8.2.3	Familienzusammenhang von Migranten	266
8.2.4	Forschungssituation	266

8.3	Lebensformen und soziodemographische Strukturen	268
8.4	Generationenbeziehungen in Migrantenfamilien	274
8.5	Konzepte von Generationenbeziehungen	275
8.6	Ergebnisse zu Generationenbeziehungen	278
8.6.1	Ergebnisse des Alterssurveys	278
8.6.2	Ergebnisse des Generations and Gender Surveys zu türkischstämmigen Personen	280
8.6.3	Ergebnisse des Generations and Gender Surveys zu Spätaussiedlern und Personen aus GUS-Staaten	282
8.6.4	Generationenbeziehungen in vergleichender Perspektive	284
8.7	Fazit	286
9	Rückkehr oder Verbleib?	288
9.1	Einleitung	288
9.2	Erklärungsansätze der Remigrationsforschung	288
9.2.1	Remigration und gesellschaftliche Entwicklung	288
9.2.2	Definition und Forschungsrahmen	290
9.2.3	Erklärungsmodell von Migrationsentscheidungen	292
9.3	Verbleib trotz Rückkehrorientierung	294
9.3.1	Migration und Selbstkonzept	294
9.3.2	Gründe des Verbleibs	295
9.5	Pendelmigration	305
9.6	Altenwanderungen und stationäres Altern	309

9.6.1	Erfassung von Remigration	309
9.6.2	Zu- und Fortzüge älterer Menschen	310
9.6.3	Verbleib und Altern	318
9.7	Fazit	322
10	Zusammenfassung	324
	Literaturverzeichnis	333
	Abbildungsverzeichnis	361
	Tabellenverzeichnis	365
	Übersichtenverzeichnis	372
	Publikationen der Forschungsgruppe	373

1 Einleitung

Deutschland zählt zu jenen Ländern in Europa, die mit der Zuwanderung eine lange Erfahrung haben. Deutschland gehört daher auch zu jenen Ländern, in denen der Anteil an älteren Migranten bereits einen größeren Umfang annimmt.¹ Generell gilt für die europäischen Länder: Je früher die Zuwanderung einsetzte, desto älter ist heute die zugewanderte Bevölkerung. Von etwa Mitte der 1950er bis Mitte der 1970er Jahre wurde Deutschland in der Zeit des Wirtschaftsaufschwunges und einer hohen Arbeitskräftenachfrage zum Zielland von Arbeitsmigranten. Zwischen 1955 und 1973, dem Jahr des Anwerbestopps, kamen etwa 9,5 Mio. Zuwanderer aus den „Anwerbeländern“ in die Bundesrepublik Deutschland, von denen 5,7 Mio. das Land wieder verließen. Die damals überwiegend jungen „Gastarbeiter“ befinden sich heute im Ruhestandsalter und verbringen ihren Lebensabend vielfach in Deutschland. Zudem leben weitere Gruppen von älteren Migranten hier, die seit den 1970er Jahren im Rahmen des Familiennachzuges und Ende der 1980er Jahre vor allem als Spätaussiedler nach Deutschland kamen. Die gegenwärtige Altersstruktur der Migranten spiegelt die einzelnen Phasen der Zuwanderung (Mayer-Braun 2006:204ff.) und die klassischen Migrationsformen (Pries 2009:11) wider.

Die Bevölkerung Deutschlands umfasst gegenwärtig 81,8 Mio. Menschen. Davon hatten dem Mikrozensus 2010 zufolge 15,7 Mio. Menschen einen Migrationshintergrund, was etwa einem Fünftel (19,3 %) an der Gesamtbevölkerung entspricht. Das Statistische Bundesamt (2011:6) zählt zu den Personen mit Migrationshintergrund „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.“ Noch ist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund heute im Durchschnitt deutlich jünger als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Das Durchschnittsalter der

1 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die Verwendung von Paarformen verzichtet. Stattdessen wird die grammatikalisch maskuline Form verallgemeinernd verwendet. Diese Bezeichnungsform umfasst weibliche und männliche Personen, die gleichberechtigt angesprochen sind.

Bevölkerung mit Migrationshintergrund liegt bei 35,0 Jahren, während die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund im Durchschnitt 45,3 Jahre und damit gut 10 Jahre älter ist. Der Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund beträgt 9,4 %, der Anteil an der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund aber 23,7 % (Statistisches Bundesamt 2011, Fachserie 1, Reihe 2.2).

Mit rund 1,5 Mio. sind ältere Migranten zwar eine noch relativ kleine Bevölkerungsgruppe, die aufgrund der altersstrukturellen Veränderungen in den vergangenen Jahren aber zugenommen hat und weiter wachsen wird. Vorausberechnungen zufolge werden ältere Migranten sowohl unter der Bevölkerung mit Migrationshintergrund als auch im Vergleich zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund in Zukunft weiter zunehmen. Hierfür gibt es mehrere Ursachen. Zum einen geht die Geburtenhäufigkeit bei Migrantinnen seit den 1990er Jahren zurück. Es wird davon ausgegangen, dass sich dieser Trend fortsetzt und es mittel- bis langfristig zu einer weit gehenden Angleichung der Geburtenraten von Migrantinnen und deutschen Frauen auf niedrigem Niveau kommt (Statistisches Bundesamt 2006:30, 2009:21ff., Schmid/Kohls 2011). Zum anderen verzeichnen Personen mit Migrationshintergrund eine steigende Lebenserwartung (Kohls 2008:42f.), sodass es auch hier zu einer tendenziellen Angleichung zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund kommt. Schließlich sind viele Migranten entgegen ursprünglicher Rückkehrabsichten in Deutschland geblieben und werden nun hier alt.

Zeitversetzt vollzieht die Bevölkerung mit Migrationshintergrund einen vergleichbaren demographischen Wandel wie die Mehrheitsbevölkerung ohne Migrationshintergrund. Die Alterung von Migranten wurde allerdings lange Zeit kaum zur Kenntnis genommen, obwohl der Zusammenhang von Bevölkerungsalterung und Zuwanderung schon länger diskutiert wird. Im Kontext des demographischen Wandels wird Migration als eine Möglichkeit zur Abschwächung möglicher Probleme einer alternden (und schrumpfenden) Gesellschaft diskutiert (Schimany 2007:38f.). Dinkel (2008:115) kommt anhand von Berechnungen für Westdeutschland zu dem Schluss: „Ohne die Bremswirkung der Migration wäre die (...) demographische Alterung wesentlich stärker und schneller vorangeschritten.“

Dass ältere Migranten lange Zeit kein Thema waren, ist der Annahme geschuldet, Migranten seien wanderungsbedingt eine stets weitgehend junge Bevölkerung, sodass Ausländer vom Alterungsprozess weit weniger als Deutsche betroffen seien. Gestützt wurde diese Annahme durch die

lange von der Mehrheitsgesellschaft und den Migranten selbst geteilte „Illusion der Rückkehr“ – zumal sich Deutschland bis Ende der 1990er Jahre explizit nicht als Einwanderungsland verstand. Der Verbleib von Personen, die altersbedingt nicht mehr die Funktion als Arbeitskraft erfüllen, war migrationspolitisch nicht vorgesehen (Bade/Oltmer 2004). Zudem wurde davon ausgegangen, dass ältere Migranten im Krankheits- und Pflegefall von Familienangehörigen versorgt werden. Ein Wandel der Rolle der Frau, der Familien- und Generationenbeziehungen sowie der Haushaltsstrukturen wurde vielfach ausgeblendet. Schließlich galt in vielen Einrichtungen der Altenhilfe die potenzielle Nachfrage von älteren Migranten lange Zeit als zu gering, um sich mit deren sozialen und gesundheitlichen Bedürfnissen zu beschäftigen (Zeman 2005:79). Hinzu kam, dass ältere Migranten weitgehend als homogene Gruppe wahrgenommen wurden, obwohl es sich gerade bei dieser Population um eine in mehrfacher Hinsicht heterogene Gruppe handelt, deren interne Differenzierung noch vielfältiger und ausgeprägter ist als dies bei älteren Menschen ohnehin der Fall ist: Ältere Migranten sind durch die Gleichzeitigkeit alterstypischer und migrationspezifischer Lebenslagen gekennzeichnet.

Obwohl das Thema „Alter(n)“ aufgrund des fortschreitenden demographischen Wandels seit Anfang der 1990er Jahre verstärkt Eingang in die wissenschaftliche und politische Diskussion gefunden hat, wurde „Älteren Migranten“ in Statistiken und wissenschaftlichen Analysen kaum Aufmerksamkeit zuteil. Noch nach über drei Jahrzehnten Zuwanderung von Gastarbeitern stellte Dietzel-Papakyriakou (1993:8) fest, dass die spezielle Situation älterer Arbeitsmigranten mit ihren spezifischen Bedürfnissen und Relevanzen bisher weder Objekt der gerontologischen noch der migrationsbezogenen Forschung in Deutschland und in Europa ist.

In letzter Zeit hat sich die Situation jedoch verändert. Zum einen hat sich die Datenlage verbessert. Mit der Ziehung einer Ausländerstichprobe im Rahmen der Zweiten und Dritten Welle des Alterssurveys (2002; 2008) wurden ältere Migranten erstmals in eine repräsentative nationale Berichterstattung einbezogen. Mit dem Erhebungsprogramm des Mikrozensus ist es zudem seit 2005 möglich, nicht nur Ausländer, sondern auch Personen mit Migrationshintergrund zu erfassen. Zum anderen wurden durch eine Reihe von Studien verschiedene Aspekte der Lebenssituation von älteren Migranten auf nationaler und lokaler Ebene weiter ausgelotet. Nach wie vor steht aber der Versuch aus, ein möglichst umfassendes und differenziertes Bild dieser Bevölkerungsgruppe anhand von amtlichen Statistiken und wissenschaftlichen Studien zu gewinnen sowie auf bestehende Datenlücken und Forschungsdefizite aufmerksam zu machen.

Intention der Arbeit ist es, Informationen aus unterschiedlichen Wissensbeständen bereit zu stellen und einen detaillierten Überblick über zentrale Bereiche der Lebenssituation älterer Migranten zu geben. In mehreren Kapiteln werden zentrale Begriffe definiert und ihr konzeptueller Gehalt dargelegt, Entwicklung und Ausdifferenzierung des Forschungsfeldes „Ältere Migranten“ nachgezeichnet, vorliegende Datenquellen aufgezeigt und Probleme der Datenlage benannt, demographische Entwicklungen und ältere Migranten anhand soziodemographischer und sozialstruktureller Merkmale beschrieben sowie Befunde zu zentralen Dimensionen der Lebenslage älterer Migranten vorgestellt.

Die Arbeit ist wie folgt aufgebaut: Kapitel 2 enthält Begriffsbestimmungen, zeichnet das Migrationsgeschehen nach und geht vor dem Hintergrund der Zuwanderung verschiedener Migrantengruppen auf die soziodemographische und soziokulturelle Internationalisierung der Bevölkerung ein. Danach werden in Kapitel 3 Konzepte und Datenquellen der amtlichen Statistik und der empirischen Sozialforschung sowie die Forschungssituation aufgezeigt. In Kapitel 4 werden anhand amtlicher Datenquellen Stand und Entwicklung der ausländischen Bevölkerung und der Personen mit Migrationshintergrund dargestellt.

Die folgenden Kapitel 5 bis 9 beschäftigen sich mit zentralen Aspekten der Lebenslage von älteren Migranten. Zunächst werden in Kapitel 5 Datenlage und Ergebnisse zur Arbeitsmarktsituation dargestellt. Das Kapitel 6 thematisiert die Ruhestandssituation und die Alterssicherung. In Kapitel 7 werden Ergebnisse zur Gesundheitssituation älterer Migranten dargestellt und die speziellen gesundheitlichen Bedingungen, Risiken und Bedürfnisse dieser Bevölkerungsgruppe aufgezeigt. In Kapitel 8 werden Generationenbeziehungen diskutiert, wobei das Verhältnis von Eltern und ihren erwachsenen Kindern im Vordergrund steht. Vor dem Hintergrund von Migrationsentscheidungen wird in Kapitel 9 auf Remigration und Verbleib sowie auf Pendelmigration und Ruhesitzwanderungen eingegangen. Abschließend werden in Kapitel 10 zentrale Befunde zusammengefasst und der Stellenwert verschiedener Entwicklungen reflektiert.

2 Begriffe und Migrantengruppen

Nachfolgend werden zentrale Begriffe definiert und ihr konzeptueller Gehalt dargelegt. Zuerst wird auf den Begriff der „demographischen Alterung“ eingegangen und erläutert, wie Alterung gemessen werden kann (Kapitel 2.1). Danach werden die zeitliche und räumliche Dimension von Alterung behandelt (Kapitel 2.2. und 2.3). Den weiteren Ausführungen vorangestellt wird ein Überblick zum Migrationsgeschehen, um die Zuwanderung einzelner Migrantengruppen zeitlich einordnen zu können (Kapitel 2.4). Vor diesem Hintergrund wird dann diskutiert, welche Personengruppen unter den Begriff „Ältere Migranten“ fallen und wie diese von anderen Gruppen älterer Menschen wie Ruhesitzwanderer oder Angehörige nationaler Minderheiten abzugrenzen sind (Kapitel 2.5). Abschließend wird die Vielfalt bzw. Heterogenität älterer Migranten erörtert (Kapitel 2.6).

2.1 Definition und Messung von Alterung

2.1.1 Demographische Alterung

Unter dem Begriff der demographischen Alterung versteht man Veränderungen in der inneren Zusammensetzung einer Bevölkerung nach ihrem Altersaufbau. Der Anteil älterer Menschen nimmt zu, während der Anteil jüngerer Menschen abnimmt, wodurch das Durchschnittsalter der Bevölkerung steigt. Ursachen der demographischen Alterung sind sinkende bzw. anhaltend niedrige Fertilitätsraten aufgrund des gesellschaftlichen Wandels und die steigende Lebenserwartung als Folge des medizinischen Fortschritts sowie verbesserter sozioökonomischer Lebensbedingungen. Zudem wird die demographische Alterung durch Wanderungsbewegungen beeinflusst. Die zuwandernden Personen sind im Durchschnitt jünger als die ansässige Bevölkerung. Aufgrund der Altersselektivität verzögert die grenzüberschreitende bzw. internationale Migration den Alterungsprozess. Langfristig tragen Migranten – bei einer Angleichung von Geburtenniveau und Lebenserwartung und wenn sie im Alter nicht ins Herkunftsland zurückkehren – zur Alterung bei. Ein Verzicht auf Migranten führt allerdings zu einem beschleunigten Altern, sodass Zuwanderung neben anderen Maßnahmen zur Entlastung der demographischen Alterung beitragen kann.

Der Prozess der demographischen Alterung trifft Deutschland nicht allein, sondern mehr oder weniger alle modernen Gesellschaften und Transformationsstaaten (United Nations 2011). Schon heute ist erkennbar, dass der Wandel der Altersstruktur bei gleichzeitig sozioökonomischen Strukturveränderungen weit reichende Auswirkungen für Staat, Gesellschaft und Individuum haben wird – wie unter anderem der Demografiebericht der Bundesregierung zeigt (BMI 2011).

2.1.2 Demographischer Übergang und demographischer Wandel

Die Alterung der Bevölkerung ist eng mit dem Prozess des „Ersten demographischen Überganges“ verbunden. Der Prozess der Alterung ist als ein säkularer Vorgang zu sehen, der in Deutschland bereits vor über zwei Jahrhunderten einsetzte. Im Zuge des „epidemiologischen Überganges“, der begleitet war von massiven Veränderungen der Krankheitsformen und Todesursachen, begann die Sterblichkeit zu sinken. Mehr Menschen erreichten ein höheres Alter, sodass sich der Anteil an Älteren erhöhte. Als Reaktion auf die Sterblichkeitsverringerung bzw. steigende Lebenserwartung und damit veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen nahm mit einiger zeitlicher Verzögerung auch die Fertilität ab, wodurch sich die Alterung beschleunigte. Im Zuge des „Zweiten demographischen Überganges“ sank ab 1970 die Fertilitätsrate unter das langfristige Bestandserhaltungsniveau. Zur Alterung kam die Schrumpfung der Bevölkerung hinzu (Schimany 2003). Bereits im Jahr 1972 sank in Deutschland die jährliche Zahl der Geburten erstmals unter die jährliche Zahl der Todesfälle. Seither ist das natürliche Bevölkerungswachstum negativ. In den folgenden drei Jahrzehnten hat jedoch die Zuwanderung das Geburtendefizit kompensieren können und sogar bis zum Jahr 2003 ein Bevölkerungswachstum bewirkt. Seit 2003 reicht der relativ geringe Wanderungsgewinn aber nicht mehr aus, um den Überschuss der Sterbefälle über die Geburten auszugleichen. Die Bevölkerung nahm von 82,5 Mio. Ende 2002 auf 81,8 Mio. in 2010 langsam, aber kontinuierlich ab. Im Jahr 2011 nahm die Bevölkerungszahl aufgrund von Zuwanderung allerdings um rund 50.000 Personen wieder zu. Der demographische Wandel bewirkt eine Veränderung soziodemographischer Strukturen. Immer mehr Menschen haben einen Migrationshintergrund und tragen damit zur ethnisch-sozialen Heterogenisierung der Bevölkerung bei – eine Entwicklung, die auch als „Dritter demographischer Übergang“ bezeichnet wird (Coleman 2006).

2.1.3 Messung von demographischer Alterung

Für eine Gesamtbetrachtung der Bevölkerung bietet sich die Berechnung des Durchschnitts- oder des Medianalters an, für die Betrachtung von Bevölkerungsteilen die Berechnung der Anteile bestimmter Altersgruppen. Alterung kann definiert werden als ein Anstieg des Anteils der Personen oberhalb einer bestimmten Altersgrenze an der Gesamtbevölkerung, wobei in der Regel das gesetzliche oder faktische Eintrittsalter in den Ruhestand zu Grunde gelegt wird. Aufgrund des steigenden Anteils an alten und sehr alten Menschen wird bei der Festlegung der Altersgrenzen auch zwischen „jungen Alten“ (60 bzw. 65-79 Jahre) und „älteren Alten“ bzw. „Hochaltrigen“ (80 Jahre und älter) unterschieden. Mit Blick auf das Ende des Erwerbslebens und dem Übergang in den Ruhestand ist in einer weitergehenden Betrachtung auch die Altersgruppe 50-65 Jahre relevant.

In sozialgerontologischer Perspektive (und mit Blick auf das System sozialer Dienstleistungen) kann die Phase des Alters nach dem Ende der Berufstätigkeit in das autonome, das unterstützungsbedürftige und das pflegebedürftige Alter unterteilt werden. Wie von Kondratowitz (2009:262ff.) ausführt, lässt sich im historischen Verlauf stets eine dichotome Repräsentation des Alters nachweisen. Die Unterscheidung zwischen „gesunden“ und „kranken“ Alten zielte – je nach gesellschaftlicher Situation – immer darauf ab, entweder die Potenziale des Alters oder die Verluste im Alter zu betonen. Mit der Herausbildung der „jungen Alten“ seit den 1970er Jahren erfahren das „aktive“ und das „autonome“ Alter besondere wissenschaftliche Aufmerksamkeit. Indem die alten Menschen nicht nur immer älter, sondern auch immer „jünger“ werden, da sie bei steigender Lebenszeit zunehmend länger gesund und leistungsfähig bleiben, kam es zur sozialpolitischen Entdeckung der Aktivierbarkeit des Alters. Vor diesem Hintergrund wird der wachsende Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung nicht nur als sozialpolitisches Problem, sondern auch als gesellschaftliche Ressource gesehen.

Unter Bezug auf die Gesamtbevölkerung wird Alterung definiert durch einen Anstieg des Durchschnittsalters oder des Medianalters. Das Medianalter ist jenes Alter, bei dem genau 50 % der Bevölkerung jünger und 50 % älter sind. Informationen zur Altersstruktur einer Bevölkerung gewinnt man durch die Bestimmung von Prozentanteilen für ausgewählte Jahrgangsgruppen. Üblicherweise wird zwischen Kindern und Jugendlichen (0-14 bzw. 0-19 Jahre), den Personen im Erwerbsalter (20-59 bzw. 20-64 Jahre) und den Älteren (60 bzw. 65 Jahre und älter) unterschieden. Aussagen darüber, wie sich das zahlenmäßige Verhältnis der Altersgruppen im

Verlauf des demographischen Wandels verändert hat bzw. verändern wird, lassen sich durch die Berechnung der Relation von Altersgruppen zueinander treffen. Die in diesem Zusammenhang gebräuchlichsten Maßzahlen sind die Alters- oder Abhängigkeitsquotienten:

- Jugendquotient: Zahl der Kinder und Jugendlichen auf 100 Personen im Erwerbsalter;
- Altenquotient: Zahl der Älteren auf 100 Personen im Erwerbsalter;
- Gesamtquotient: Zahl der Kinder und Jugendlichen sowie der Älteren auf 100 Personen im Erwerbsalter.

Mit den Quotienten wird zum Ausdruck gebracht, wie viele Erwerbspersonen rein rechnerisch für die Erziehung und den Unterhalt für noch nicht bzw. nicht mehr im Erwerbsleben stehende Personen aufzukommen haben (Schimany 2007, Kohls 2011).

2.2 Die zeitliche Dimension von Alterung

Im Zusammenhang mit dem Prozess der Bevölkerungsalterung sind mit der Lebens- und der Kalenderzeit zwei Zeitbegriffe zu unterscheiden.

Der säkulare Rückgang der Sterblichkeit betraf zuerst die Kindersterblichkeit. Immer mehr Kinder überlebten die Risiken der ersten Lebensjahre und erreichten das Jugendalter. Der Alterungsprozess bewirkte daher zunächst eine Zunahme von Kindern und Jugendlichen. Nachdem die Überlebenspotenziale in den jüngeren Altersgruppen weitgehend ausgeschöpft waren, konzentrierten sich die Zuwächse auf die mittleren und schließlich auf die höheren Altersjahrgänge. Durch die Verringerung der Alterssterblichkeit geht die Alterung der Bevölkerung mit einer Zunahme an alten und sehr alten Menschen einher. Anhand des Altenquotienten zeigt sich, dass dieser seit den 1990er Jahren angestiegen ist. Er wird weiter zunehmen und etwa zwischen den Jahren 2020 und 2030 deutlich ansteigen, wenn die geburtenstarken Jahrgänge dann das Alter von 65 Jahren erreichen.

Der Prozess der Alterung verläuft zwar kontinuierlich, aber nicht gleichmäßig. Es gibt Perioden der raschen und der langsamen Bevölkerungsalterung. Die Ursachen solcher Tempowechsel ergeben sich aus der Zusammensetzung der Bevölkerung nach Alter und Geschlecht in der Vergangenheit. Vor allem demographische Wellen wie Geburtenausfälle in Krisen- und Kriegszeiten oder der Babyboom in den 1960er Jahren

beschleunigen oder verlangsamen den Prozess der Alterung und wirken lange nach (Echoeffekt). Die gegebene Konstellation von Geburten, Sterbefällen und Wanderungen bestimmt wiederum die zukünftige Geschwindigkeit der Alterung. Aufgrund der gegenwärtigen Bevölkerungsstruktur und der erwarteten Bevölkerungsentwicklung wird sich der Prozess der Alterung weiter beschleunigen – wie sich am zukünftigen Verlauf des Altenquotienten ablesen lässt (Schwarz/Sommer 2009:517).

2.3 Die räumliche Dimension von Alterung

2.3.1 Gesamträumliche und regionale Ebene

Der Schwerpunkt politischer und wissenschaftlicher Diskussionen zur Bevölkerungsalterung liegt auf der gesamträumlichen Ebene. Ursache hierfür ist, dass Anpassungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der sozialen Sicherungssysteme an die Alterung keinen direkten Raumbezug haben. Der Raumbezug ist erst dann bedeutsam, wenn insbesondere der Standort immobiler Einrichtungen der Daseinsvorsorge zur Diskussion steht und der Konflikt zwischen Erreichbarkeit (aus Sicht des Nutzers) und Auslastung (aus der Sicht des Anbieters) zu lösen ist. Auf der Individualebene gewinnt die räumliche Dimension mit dem Älterwerden zunehmende Bedeutung, da die Mobilität abnimmt. Um möglichst lange im eigenen Haushalt zu bleiben, verändern sich mit dem Alter die Ansprüche an das Wohnumfeld. Erforderlich wird eine Anpassung räumlicher Gegebenheiten an die verminderte Mobilität weiter Bevölkerungskreise.

2.3.2 Bestimmungsgrößen regionaler Alterung

Geburten, Sterblichkeit (bzw. Lebenserwartung) und Wanderungen weisen häufig regionale Unterschiede auf, sodass sich eine große Vielfalt an Konstellationen ergibt, wie Alterungsprozesse jeweils zu Stande kommen.

Räumliche und soziale Unterschiede der Fertilität sind nicht unabhängig voneinander, da die räumliche Verteilung der sozialen Gruppen das Fertilitätsmuster beeinflusst. Allerdings haben soziodemographische Merkmale vielfach ihren Einfluss auf das Fertilitätsverhalten verloren. Relevant ist weiterhin aber der Einfluss der Wohn- und Siedlungsweise, wobei das Fertilitätsniveau in den Städten insgesamt niedrig und im Umland der Städte und auf dem Land hoch ist. Festzustellen ist eine gewisse Entmischung der Bevölkerung nach ihren Lebensentwürfen im Sinne von Berufs- und Familienkarrieren. In allen Regionen trägt allerdings das Geburtenniveau insofern zur Alterung bei, als die Kindergenerationen jeweils zahlenmäßig kleiner sind als die Elterngenerationen. Im Durchschnitt beträgt dieser Generationenschwund ein Drittel. Das siedlungsstrukturelle Gefälle des

Fertilitätsniveaus bedingt, dass die städtischen Räume in der Regel schneller altern als die ländlichen Regionen (Bucher 2007:20).

Anhand der vorliegenden alters- und geschlechtsspezifischen Sterblichkeit lässt sich mit Hilfe der Sterberaten die Lebenserwartung ab Geburt und die fernere Lebenserwartung ab einem bestimmten Alter ermitteln. Dieser Wert gilt als Indikator für die Lebensqualität. Eine hohe Lebenserwartung ist demnach Ausdruck einer hohen Lebensqualität in einem Land bzw. in einer Gesellschaft. Die Erklärung von regionalen Mustern der Sterblichkeit ist schwierig. Die Ursachen können zum einen auf der individuellen Ebene angesiedelt sein, wobei genetische, konstitutionelle und soziale Dispositionen eine Rolle spielen. Zum anderen können sie auf der Makroebene angesiedelt sein und mit den räumlichen Lebensverhältnissen der Personen im Zusammenhang stehen, wobei so unterschiedliche Ursachen wie Umweltbedingungen, Grad und Güte der Gesundheitsversorgung und der vorherrschende Lebensstil eine Rolle spielen. Schließlich führen auch Wanderungsbewegungen zu einer Entmischung der Bevölkerung nach gesundheitlichen Risiken. Regionen mit Wanderungsgewinnen bei den jüngeren Altersgruppen profitieren davon, dass die Zugewanderten im Durchschnitt gesünder sind als die in den Herkunftsregionen Verbliebenen.

Die Mobilität ist eng mit dem Lebenszyklus und dadurch mit dem Lebensalter verknüpft. Da Migranten in der Regel eine altersmäßig jüngere Zusammensetzung aufweisen als Sesshafte, bewirken sie eine Abschwächung bzw. Verlangsamung der Alterung in den Zuwanderungsregionen. Aufgrund der Altersselektivität der Wandernden tragen die räumlichen Wandlungsmuster zu regionalen Unterschieden der Alterung bei. Auch auf der gesamt-räumlichen Ebene führen die internationalen Wanderungen zu einer Abschwächung des Alterungsprozesses. Wegen des Wohnstandortverhaltens von Migranten gilt dies vor allem für die städtischen Verdichtungsräume und dort wiederum für die Kernstädte. Gleichzeitig leben aber ältere Migranten vorwiegend in Städten und hier bevorzugt in Stadtteilen der Innenstädte, sodass sie das Gewicht von Älteren an der urbanen Bevölkerung verstärken (Sturm/Meyer 2008:53). Die räumliche Verteilung von Ausländern bzw. von Personen mit Migrationshintergrund konzentriert sich auf die alten Bundesländer. Hierbei weisen die Agglomerationsräume einen deutlich größeren Anteil an Personen mit Migrationshintergrund auf als die ländlichen Räume (2007: 22,5 % zu 10,7 %) (Rühl 2009:27; 42). Als Folge von Alterung und Heterogenisierung der Bevölkerung zeigt sich häufig eine Verschränkung von räumlicher Segregation und sozialen

Problemlagen, sodass in der Stadtentwicklung Pluralisierung und Polarisierung miteinander verknüpft sind (Meyer 2010:187ff.). Gleichzeitig führt Alterung in Kombination mit Internationalisierung zu einer geänderten Nachfrage nach alters- und milieugerechten Gütern und Dienstleistungen. „Diese Nachfrage kann nicht in allen Städten und Stadtquartieren gleich aussehen, da sich insbesondere die Migrantenumilieus historisch bedingt interkommunal stark unterscheiden“ (Sturm/Meyer 2008:63).

2.4 Überblick über das Migrationsgeschehen

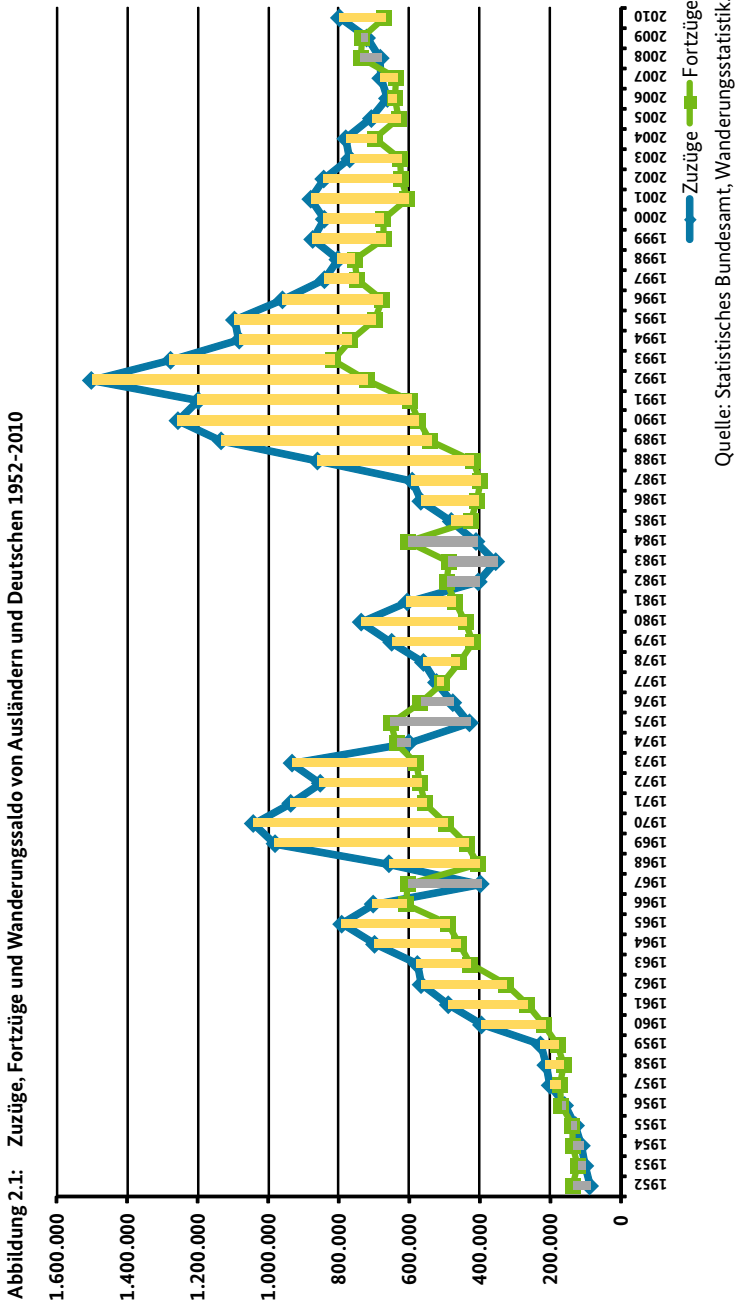
Von Migration spricht man, wenn eine Person ihren Lebensmittelpunkt räumlich verlegt. Geschieht dies innerhalb der Grenzen eines Landes, wird dies als Binnenmigration bezeichnet. Von internationaler Migration spricht man dann, wenn dies über Staatsgrenzen hinweg geschieht. Die internationale Migration nach und von Deutschland beinhaltet die Zu- und Fortzüge über die Grenzen des Landes (Außenwanderung). Bei der Wanderungsstatistik Deutschlands handelt es sich aber um eine fallbezogene und nicht um eine personenbezogene Statistik. Da Menschen innerhalb eines Jahres auch mehrfach wandern, ist die Zahl der Wanderungsfälle immer etwas größer als die Zahl der in einem Jahr tatsächlich gewanderten Personen (Migrationsbericht 2009, 2011:15). Nachfolgend wird ein Überblick über das Wanderungsgeschehen in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg gegeben. Hierbei werden die wichtigsten Zuwanderungsphasen und jeweiligen Migrantengruppen dargestellt.

Zwischen 1945 und 1949 kommen etwa zwölf Millionen Menschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten nach Deutschland, davon etwa acht Millionen nach West- und vier Millionen nach Ostdeutschland. Bis 1961 wanderten 3,1 Mio. Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Staatsgebieten in die Bundesrepublik Deutschland (BRD) ein. Nach der Schließung der Grenze zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) im Jahr 1961 nimmt der Bedarf an Arbeitskräften in Landwirtschaft und Industrie in Westdeutschland erheblich zu. In dieser Zeit erfolgen intensive Bemühungen, um den Arbeitskräftebedarf zu decken.

Deutschland gehört zwar nicht zu den klassischen Einwanderungsländern, es wird aber seit Mitte der 1950er Jahre durch ein hohes Maß an Zuzügen von verschiedenen Zuwanderergruppen geprägt (Bade/Oltmer 2004, Meier-Braun 2006, Oltmer 2010). Der überwiegende Teil der heute älteren ausländischen Bevölkerung stammt aus den ehemaligen Anwerbeländern. Es handelt sich um die zwischen 1955 und 1973 zugewanderten

Arbeitnehmer, die so genannten „Gastarbeiter“, sowie deren Familienangehörige und ihre in Deutschland geborenen Nachkommen. Die Wanderungsbewegungen zwischen Deutschland und den Anwerbeländern sind durch eine hohe Zahl an Zu- und Fortzügen bzw. durch ein hohes Wanderungsvolumen gekennzeichnet. Wie die nachfolgende Abbildung zeigt, war in wirtschaftlich schwierigen Phasen der Wanderungssaldo negativ, sodass die Zahl der Fortzüge höher lag als die Zahl der Zuzüge. Das betraf das Rezessionsjahr 1967, die Jahre nach dem „Ölpreisschock“ und dem damit einhergehenden Anwerbestopp 1973 sowie die Jahre 1982 bis 1984 und das damit verbundene „Rückkehrförderungsgesetz“ von 1983.

Hauptursache für den Anstieg der Zuzüge nach dem Anwerbestopp war der Familiennachzug. Die Zuwanderung aus den Anwerbeländern war weitgehend nur noch im Rahmen des Familiennachzuges möglich und somit beschränkt auf Ehegatten und Kinder der bereits in Deutschland lebenden Ausländer. Eine Ausnahme stellten die EWG- bzw. EU-Mitgliedstaaten dar. Für Italien, Gründungsmitglied der EU im Jahr 1957, galt die Personenfreizügigkeit innerhalb der EU seit 1961. Griechenland trat 1981 der EU bei und erlangte die uneingeschränkte Freizügigkeit nach einer siebenjährigen Frist 1988. Portugal und Spanien traten 1986 der EU bei und erhielten ebenfalls nach einer siebenjährigen Übergangsfrist 1993 die volle Freizügigkeit. Seit Ende der 1990er Jahre weist die Türkei unter den Nicht-EU-Staaten den stärksten Ehegatten- und Familiennachzug nach Deutschland auf. Im Zeitverlauf lässt sich eine zunehmende Diversifizierung der Herkunftsländer des Ehegattennachzuges feststellen (Migrationsbericht 2009, 2011:132).



Seit Ende der 1980er Jahre wird die Zuwanderung durch neue Migrantengruppen geprägt. Dies sind zum einen deutschstämmige Aussiedler bzw. Spätaussiedler aus den ehemaligen Ostblockstaaten und jüdische Zuwanderer aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, zum anderen Asylsuchende und Flüchtlinge. Zudem gibt es eine weitere Gruppe aufgrund neuer Formen der Arbeitsmigration. Während Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer in der Regel einen dauerhaften Aufenthalt im Familienverbund in Deutschland beabsichtigen, ist bei neuen Arbeitsmigranten aus Mittel- und Osteuropa die temporäre und zirkuläre Migration weit verbreitet, sodass sich unter ihnen eine große Zahl potenzieller Rückkehrer findet.

Nicht die Tatsache der Multilokalität ist dabei das Neue, sondern mit dem Wandel der Migrationsformen ändert sich auch die Struktur des Phänomens. Multilokalität kann als eine Version von Mobilität verstanden werden, deren soziale Praxis eine Kombination von Sesshaftigkeit und Migration darstellt. Das soziale bzw. familiäre Zusammenleben erfährt durch neue An- und Abwesenheiten eine nachhaltige Veränderung mit unter Umständen nachhaltigen Auswirkungen auf die Generationenbeziehungen (Sturm/Weiske 2009).

Der bisherige Höhepunkt der Zuwanderung wurde durch die Entwicklung der neuen Zuwanderergruppen 1992 mit über 1,2 Mio. Zuzügen erreicht. Zu diesem Anstieg beigetragen haben das Ende des Ost-West-Konfliktes und die dadurch erleichterte Ausreise aus den ehemaligen RGW-Staaten sowie der Bürgerkrieg in Jugoslawien und der sprunghafte Anstieg von Asylbewerbern. Durch die Rückführung von Bürgerkriegsflüchtlingen wurde in den Jahren 1997 und 1998 erstmals wieder ein negativer Wanderungssaldo für Ausländer verzeichnet. Von 1999 bis 2007 lag erneut eine Nettozuwanderung vor. Nachdem in den Jahren 2008 und 2009 ein negativer Wanderungssaldo insgesamt verzeichnet wurde, der jedoch zum Teil auf Registerbereinigungen zurückzuführen war, wurde im Jahr 2010 wieder ein deutlicher Wanderungsüberschuss von 128.000 Personen registriert. Diese Entwicklung im Migrationsgeschehen ist darauf zurückzuführen, dass Ausländer nach wie vor in höherer Zahl zu- als fortziehen, während Deutsche nach dem Rückgang der Spätaussiedlerzahlen häufiger fort- als zuziehen. Von 1955 bis 2010 wurden nahezu 40 Mio. Zuzüge und fast 30 Mio. Fortzüge registriert, sodass der Wanderungssaldo für diesen Zeitraum etwa 10 Mio. beträgt.

Das Wanderungsgeschehen zwischen Deutschland und den früheren Anwerbestaaten verlief je nach Herkunftsland unterschiedlich. Aufgrund der bürgerkriegsbedingten Wanderungsentwicklung trat beim ehemaligen Jugoslawien eine zweite große Welle der Zuwanderung und zeitversetzt des Fortzuges auf. Im Fall der Türkei war nach der verstärkten Rückkehr in der ersten Hälfte der 1980er Jahre von 1985 bis 2005 eine jährliche Nettozuwanderung zu verzeichnen. Im Jahr 2006 wurde erstmals seit zwanzig Jahren wieder ein leicht negativer Wanderungssaldo gegenüber der Türkei registriert, der seitdem anhält (Migrationsbericht 2009, 2011:28).

Dagegen ist gegenüber den früheren Anwerbestaaten und heutigen Mitgliedstaaten der EU – Italien, Griechenland und Portugal – seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre durchgängig ein Wanderungsverlust festzustellen. Für Spanien gilt dies mit Ausnahme von 1995 bereits seit dem Anwerbestopp 1973. Italien weist allerdings ein stabil hohes Wanderungsvolumen auf. Schließlich sind aus den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländern (MOEL) seit Öffnung der Grenzen 1989 bis auf die Jahre 1993, 1994 und 1997 deutlich mehr Zuzüge als Fortzüge zu verzeichnen. Seit der ersten Runde der Osterweiterung der EU im Jahr 2004 hat sich das Wanderungsvolumen mit den Beitrittsstaaten – vor allem mit Polen – deutlich erhöht (Migrationsbericht 2009, 2011:26).

Rückblickend lässt sich das Migrationsgeschehen unter ausländerpolitischen Aspekten mit Meier-Braun (2006:204ff.) in sieben Phasen einteilen:

1. Phase: Ausländerpolitik unter dem „Rotationsprinzip“ von 1952 bis 1973
2. Phase: Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung von 1973 bis 1979
3. Phase: Integration im Mittelpunkt von 1979 bis 1980
4. Phase: Wende in der Ausländerpolitik von 1981 bis 1990
5. Phase: Asylpolitik im Brennpunkt von 1990 bis 1998
6. Phase: Das Ringen um ein Zuwanderungsgesetz von 1998 bis 2004
7. Phase: Integration wieder im Mittelpunkt von 2005 bis heute.

Betrachtet man das Wanderungsgeschehen vor allem unter dem Aspekt der Arbeitsmigration, dann kann mit Schmidt/Zimmermann (1992:212f.) und Bauer et al. (2005:201f.) eine Einteilung in vier Phasen vorgenommen werden:

1. Phase: Nachkriegsanpassung von 1950 bis 1954
2. Phase: Arbeitskräfterekutierung von 1955 bis 1973
3. Phase: Arbeitskräftekonsolidierung von 1974 bis 1988
4. Phase: Deutsch-deutsche-Migration von 1989 bis 2001.

Vor dem Hintergrund der Greencard-Initiative (2000), der Einführung des Zuwanderungsgesetzes (2005) und der Verabschiedung des Arbeitsmigrationssteuerungsgesetzes (2009) kann eine fünfte Phase angeführt werden:

5. Phase: Zuwanderung qualifizierter Arbeitsmigration von 2000 bis heute.

2.5 Ältere Migranten

2.5.1 Begriffe und Abgrenzungen

Ältere Migranten als Teilgruppe der älteren Bevölkerung insgesamt setzen sich unter anderem aus verschiedenen Gruppen von Zuwanderern zusammen. In grober Perspektive lassen sich „Gastarbeiter“, „Spätaussiedler“, „Drittstaatsangehörige“, „Angehörige aus sonstigen westlichen Ländern“, „Flüchtlinge“ sowie „neue Arbeitsmigranten“ aus den mittel- und osteuropäischen Ländern unterscheiden, wobei die Anteile an Älteren wegen der jeweiligen Migrationsgeschichte erheblich schwanken.

Aufgrund der Vielfalt des Migrationsgeschehens, von Einbürgerungen und der seit dem Jahr 2000 geltenden *ius soli*-Regelung verliert die Unterscheidung nach der Nationalität zunehmend an Aussagekraft. Stand und Entwicklung von Migranten und ihrer Nachkommen lassen sich anhand der Staatsbürgerschaft nur noch unzureichend abbilden. Vor diesem Hintergrund wurde das Konzept „Personen mit Migrationshintergrund“ eingeführt. Wie einleitend bereits erwähnt, zählt das Statistische Bundesamt (2011:6) zu den Personen mit Migrationshintergrund „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.“ Ausländische Staatsangehörige stellen neben Eingebürgerten und Spätaussiedlern sowie deren in Deutschland geborenen Kindern nur noch eine Teilmenge der Personen mit Migrationshintergrund dar. Der Begriff des Migranten bezieht sich somit nicht nur auf ausländische Zuwanderer, sondern auch auf weitere

Bevölkerungsgruppen mit jeweils spezifischem Migrationsbezug. Nachfolgend werden die Bezeichnungen „Migranten“ und „Personen mit Migrationshintergrund“ synonym verwendet.

Nicht unter den Begriff des Migranten fallen inländische Ruhesitzwanderer, Personen ohne Migrationshintergrund, die zumeist mit Eintritt in den Ruhestand ihren (Haupt-)Wohnsitz vorübergehend (saisonal) oder endgültig von Deutschland ins Ausland verlegen. Hier steht der Aspekt „Migration im Alter (von Einheimischen)“ und nicht „Altern in der Migration (von Zugewanderten)“ im Vordergrund. Keine gesonderte Berücksichtigung erfahren zudem Angehörige nationaler Minderheiten wie Dänen, Friesen, Sorben sowie Sinti und Roma (Bundesministerium des Inneren 2010), die Teile der deutschen älteren Bevölkerung sind.

Die ältere Migrantenbevölkerung wird sich noch länger vor allem aus angeworbenen Migranten der ersten Generation, den so genannten „Gastarbeitern“ zusammen setzen. Dabei handelte es sich überwiegend um jüngere, männliche Migranten im erwerbsfähigen Alter, die ihre Primärsocialisation im Herkunftsland erfahren haben. Bedingt durch Familiennachzug, Heiratsmigration und Geburten kam es in der Folge jedoch zu erheblichen Veränderungen in den Geschlechterproportionen und in der Altersstruktur der Migrantenbevölkerung. Der Personenkreis der Kinder und Kindeskiner der ersten Generation wird allgemein als zweite bzw. dritte Generation bezeichnet. Indem eine permanente familienorientierte Zuwanderung stattfindet, kommt es zu ständigen Veränderungen demographischer Strukturen. Neben den „Gastarbeitern“ sind Spätaussiedler eine weitere wichtige Gruppe unter den älteren Migranten, während Staatsangehörige aus Staaten außerhalb Europas eine geringere sowie Flüchtlinge und Asylbewerber zahlenmäßig kaum eine Rolle spielen.

Wie bei älteren Menschen insgesamt, so kann auch bei älteren Migranten zwischen „jungen Alten“ (60 bzw. 65-79 Jahre) und „älteren Alten“ bzw. „Hochaltrigen“ (80 Jahre und älter) unterschieden werden. Mit Blick auf die jetzige und künftige Lebenslage von Migranten ist insbesondere auch die Gruppe der 50-65-Jährigen in den Blick zu nehmen. Nachfolgend wird auf die einzelnen Gruppen älterer Migranten näher eingegangen.

2.5.2 Gastarbeiter

Die Zuwanderungsgeschichte in Deutschland ist wesentlich durch die Arbeitskräftezuwanderung geprägt. Der Begriff „Gastarbeiter“ wurde ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland

für die in großer Zahl angeworbenen Arbeitsmigranten gebraucht. Als „Gastarbeiter“ wurden Personen bezeichnet, die aus den Anwerbestaaten kamen. Arbeitnehmer, die aufgrund von Freizügigkeitsregelungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in der BRD arbeiteten oder ohne besondere Vertragsgrundlage beschäftigt waren, wurden allgemein nicht als „Gastarbeiter“ bezeichnet. Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte aus Südeuropa bzw. dem Mittelmeerraum begann 1955 mit einem Abkommen mit Italien. Danach folgten Anwerbeabkommen mit Spanien (1960), Griechenland (1960), der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968), von denen nur die Abkommen mit Marokko und Tunesien weitgehend bedeutungslos blieben. Der „Ölpreisschock“ von 1973, der das vorläufige Ende des Wirtschaftswachstums signalisierte, beendete die Anwerbephase (Bade/Oltmer 2004:72ff.). Nachdem am 21.11.1973 der Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer in Kraft trat, konnten Angehörige aus Nicht-EU-Staaten nur noch in geringem Umfang zum Zwecke der Arbeitsaufnahme nach Deutschland zuwandern. Um den Arbeitsmarkt von ausländischen Erwerbsspersonen verstärkt zu entlasten, trat am 29.11.1983 das „Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft ausländischer Arbeitnehmer“ in Kraft.

Wie die nachfolgende Tabelle 2.1 zeigt, kamen zwischen 1955 und 1973 etwa 9,5 Mio. ausländische Zuwanderer in die Bundesrepublik Deutschland, davon etwa drei Viertel (7,1 Mio.) aus den Anwerbeländern. Lediglich Arbeitsmigranten aus Österreich spielten im Verlauf der 1960er Jahre noch eine nennenswerte Rolle (Perchinig 2010). Von den Arbeitsmigranten verließen 5,7 Mio. wieder das Land, sodass über 3,8 Mio. in Westdeutschland blieben. Die Zahl der Anwerbungen stieg von 1956 bis 1973 stark an. Höhepunkt der Gastarbeiterzuwanderung war das Jahr 1970 mit rund 1 Mio. Zuzügen. Der Anstieg wurde jedoch von zwei Einschnitten in den Jahren 1967 und 1972 durchbrochen. Der Anwerbestopp 1973 stellte eine Zäsur in der Zuwanderung dar, da danach keine Anwerbung neuer Arbeitsmigranten mehr möglich war.

Ursprünglich galten die Arbeitsverträge für ein oder zwei Jahre und einen bestimmten Arbeitgeber. Danach sollten die Arbeitskräfte durch neu Angeworbene ersetzt werden. Es bestand weder staatlicherseits die Absicht, den zugewanderten Menschen eine neue Heimat zu geben, noch hatten die „Gastarbeiter“ den Wunsch, sich dauerhaft in Deutschland niederzulassen. Das „Rotationsprinzip“ stieß in der Anfangsphase der Arbeitsmigration daher kaum auf Widerspruch. Unter dem Druck der Arbeitgeber wurde das Rotationsmodell allerdings rasch aufgegeben, um sich Kosten für

die erneute Einarbeitung und Eingliederung der Beschäftigten zu sparen. Bereits angeworbene Arbeitnehmer konnten an den Arbeitgeber Empfehlungen zur Anwerbung bestimmter Personen richten. Deren Einreise konnte bei den Vermittlungsagenturen angefordert werden. Die Beschäftigung erfolgte somit indirekt durch persönliche Vermittlung. Die Anwerbeagenturen wurden zunehmend umgangen, sodass der überwiegende Teil der Arbeitsmigranten ohne institutionelle Vermittlung zuwanderte. Damit wurden soziale Netzwerke für die Zuwanderung der Arbeitsmigranten zunehmend wichtiger, was wiederum die Kettenmigration begünstigte (Haug 2000).

Tabelle 2.1: Zuzüge, Fortzüge und Wanderungssaldo von Ausländern 1955-1973

Jahr	Zuzüge	Fortzüge	Saldo
1955	60.368	35.548	24.820
1956	82.505	48.221	34.284
1957	107.418	59.292	48.126
1958	118.282	64.011	54.271
1959	145.919	80.630	65.289
1960	317.685	124.441	193.244
1961	411.069	181.524	229.545
1962	494.481	247.682	246.799
1963	505.763	348.122	157.641
1964	625.484	371.448	254.036
1965	716.157	412.704	303.453
1966	632.496	535.235	97.261
1967	330.298	527.894	-197.596
1968	589.562	332.625	256.937
1969	909.566	368.664	540.902
1970	976.232	434.652	541.580
1971	870.737	500.258	370.479
1972	787.162	514.446	272.716
1973	869.109	526.811	342.298
1955-1973	9.550.293	5.714.208	3.836.085

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bauer et al. (2005:201).

Aus der „mobilen Reservearmee“ (Herbert 2001), die wirtschaftliche Engpässe beheben sollte, ohne das Sozialsystem nachhaltig zu belasten, wurden „Dauergäste“. Durch Gesetz wurde zudem der Nachzug von Familienangehörigen geregelt, was in der Folge auch vielfach genutzt wurde. „Das Verhältnis von Arbeitskräften und nicht erwerbstätigen Familienangehörigen innerhalb der Ausländerbevölkerung verschob sich durch Verlagerung des Lebensmittelpunktes in die Bundesrepublik und durch Familiennachzug. In Erwerbsquote, Geschlechts- und Altersstruktur näherte sich die Ausländerbevölkerung der Aufnahmegesellschaft an“ (Bade/Oltmer 2004:78). Am Beispiel türkischer Staatsangehöriger zeigt sich, dass als Folge des einsetzenden Familiennachzuges der Frauenanteil stieg. Dieser betrug 1973 33 %, 2008 aber 47 % (Rühl 2009:37). Türkische Staatsangehörige wurden von der Bundesrepublik Deutschland größtenteils zwischen 1961 und 1973 als Arbeitskräfte auf der Grundlage des Anwerbeabkommens mit der Türkei vom 31.10.1961 rekrutiert. Ihr Anteil an der ausländischen Bevölkerung stieg vor allem zwischen 1968 und 1973 stark an: von 10,7 % auf 23,0 %. Seit 1971 stellen Staatsangehörige aus der Türkei die größte Gruppe aus den ehemaligen Anwerbestaaten (BMFSFJ 2000:34).

Im Verlauf der 1970er Jahre wurde der Begriff „Gastarbeiter“ zunehmend durch die Begriffe „ausländische Arbeitnehmer“ und „Arbeitsmigranten“ ersetzt. Ab den 1980er Jahren wurde in einem umfassenden Sinn von „ausländischen Mitbürgern“ und schließlich von „Migranten“ gesprochen, ungeachtet dessen, ob sie die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. In der wissenschaftlichen Befragung ALLBUS wurde ab 1994 die Formulierung „Gastarbeiter“ durch die Formulierung „Ausländer“ ersetzt. Wenn heute von der früheren „Gastarbeitergeneration“ die Rede ist, dann sind damit die angeworbenen ausländischen Arbeitskräfte der ersten Generation und ihre Lebenspartner gemeint, die etwa zwischen 1960 und 1980 nach Deutschland kamen und jetzt in Rente sind oder demnächst in den Ruhestand eintreten.

2.5.3 Heimatvertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler

Vertriebene und Flüchtlinge unterscheiden sich nach der Art der Wanderungsursache. Dabei kann es sich um Deutsche und um Nichtdeutsche handeln. Vertriebene und Flüchtlinge deutscher Volkszugehörigkeit haben ihre Siedlungsgebiete im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg entweder aufgrund von Vertreibungsmaßnahmen oder aus Furcht vor diesen verlassen. Heimatvertriebene stammten aus den ehemaligen oder zunächst unter fremder Verwaltung gestellten Gebieten des Deutschen Reiches. Diesen Personen folgten nach Abschluss der Vertreibungs-

maßnahmen auf eigenen Wunsch und mit Erlaubnis der ehemaligen Vertriebungsmächte Aussiedler und seit 1993 Spätaussiedler (Sachverständigenrat 2004:11). Spätaussiedler sind nach dem Bundesvertriebenengesetz deutsche Volkszugehörige, die unter einem Kriegsfolgeschicksal gelitten haben und ein Aussiedlungsgebiet nach dem 31.12.1992 verlassen haben. Seit 1993 zugewanderte Aussiedler werden offiziell daher als Spätaussiedler bezeichnet. Wer nach diesem Datum geboren wurde, kann den Status als Spätaussiedler nicht mehr erhalten. Mit der Regelung wurde ein Auslaufen des Spätaussiedlerzuzuges eingeleitet.

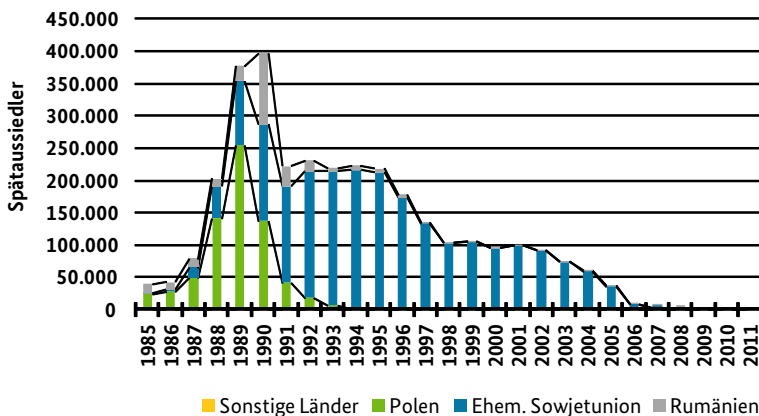
Seit 1950 sind rund 4,5 Mio. Aussiedler und Spätaussiedler nach Deutschland eingewandert. Sie sind die wichtigste dauerhafte Zuwanderergruppe in Deutschland seit Ende der 1980er Jahre. Ihre Migration ist eine Form der ethnisch begründeten Zuwanderung. Im Zeitraum von 1988 bis 2011 wanderten rund 3,1 Mio. Menschen im Rahmen des Spätaussiedlerzuzugs nach Deutschland ein. Nachdem die Zuwanderung von Spätaussiedlern und ihrer Angehörigen im Jahr 1990 ihren Höhepunkt mit fast 400.000 Personen erreicht hatte, sind die Zuzugszahlen aufgrund der Einführung von Sprachtests und von Kontingentierungen stetig zurückgegangen. Im Jahr 2011 wanderten nur noch 2.148 Personen zu (siehe Abbildung 2.2). Damit wurde 2011 der niedrigste Spätaussiedlerzuzug seit Beginn der Aussiedleraufnahme im Jahr 1950 registriert. Nicht nur die Größenordnung, auch die Zusammensetzung des Spätaussiedlerzuzuges nach Herkunftsgeländern hat sich seit Beginn der 1990er Jahre deutlich verändert. Hauptherkunftsländer waren neben Polen, Rumänien und den Baltischen Staaten vor allem Russland, Kasachstan, Ukraine und die anderen GUS-Staaten. Seit 1990 stellen Personen aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion die zahlenmäßig stärkste Gruppe. Seit einigen Jahren kommen Spätaussiedler mit ihren Angehörigen nahezu ausschließlich von dort (Migrationsbericht 2009, 2011:56).

Auch in sozialstruktureller Hinsicht sind Veränderungen zu beobachten. Der Anteil der Antragsteller deutscher Herkunft, die den Status des Spätaussiedlers erhalten, hat sich seit 1993 verringert. Demgegenüber stieg der Anteil der in den Aufnahmebescheid einbezogenen mitreisenden Familienangehörigen nichtdeutscher Herkunft, die selbst keine Spätaussiedler sind (Migrationsbericht 2009, 2011:51). Diese Veränderung erschwert vielfach die Integration von älteren Menschen, da nichtdeutsche Familienangehörige überwiegend nicht über ausreichende Deutschkenntnisse bzw. nur über Grundkenntnisse der deutschen Sprache verfügen.

Wie die Zuwanderung von Gastarbeitern bzw. allgemein von Ausländern hat auch die Zuwanderung von Spätaussiedlern Auswirkungen auf die Altersstruktur der Bevölkerung. Spätaussiedler wiesen bisher ein geringeres Durchschnittsalter auf als die einheimische Bevölkerung. Der Zuzug von Spätaussiedlern und ihren Familien bewirkt in demographischer Hinsicht somit eine Verjüngung der Bevölkerung. Allerdings hat sich die Altersstruktur der zuwandernden Spätaussiedler in den letzten Jahren verändert (Migrationsbericht 2009, 2011:55): Der Anteil der Spätaussiedler im Alter von 65 Jahren und älter lag von 1991 bis 2005 bei etwa 7 %, betrug in den Jahren von 2006 bis 2008 zwischen rund 10 % und 12 %, sank jedoch bis 2010 wieder auf 7 % (siehe Tabelle 2.2).

Die Zahl der als Spätaussiedler und ihrer Familienangehörigen eingewanderten Deutschen lässt sich nur schätzen, da sie als deutsche Staatsbürger nicht gesondert in der Bevölkerungsstatistik ausgewiesen und auch im Rahmen des Mikrozensus nicht zweifelsfrei erhoben werden. Derzeit dürften rund 4,1 Mio. Spätaussiedler, deren Ehepartner, Familienangehörige und in Deutschland geborene Nachkommen in Deutschland leben. Davon wurde gut ein Fünftel bereits in Deutschland geboren (Migrationsbericht 2009, 2011:57). Nach den Zuwanderungen der Flüchtlinge und Vertriebenen in der Nachkriegszeit von 1945 bis 1949 mit etwa 12,0 Mio. Personen und der ausländischen Migranten von 1955 bis 1973 mit 9,5 Mio. Personen bildet die Zuwanderung der Spätaussiedler, eine Art „Rückwanderung über Generationen hinweg“ (Oltmer 2010), mit rund 4,5 Mio. Personen von 1950 bis 2010 die drittstärkste Wanderungsbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Abbildung 2.2: Zuwanderung von Spätaussiedlern 1985-2010



Quelle: Bundesverwaltungsamt.

Tabelle 2.2: Zuzüge von Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen nach Altersgruppen 1991-2010

Jahr	unter 18 Jahre	in %	18 bis unter 45 J.	in %	45 bis unter 65 J.	in %	65 Jahre und älter	in %	Gesamt
1991	71.268	32,1	98.320	44,3	38.612	17,4	13.795	6,2	221.995
1992	81.188	35,2	99.045	43,0	34.620	15,0	15.712	6,8	230.565
1993	76.519	35,0	94.871	43,3	31.360	14,3	16.138	7,4	218.888
1994	76.739	34,5	98.124	44,1	31.147	14,0	16.581	7,4	222.591
1995	74.822	34,3	97.257	44,6	30.327	13,9	15.492	7,1	217.898
1996	59.564	33,5	80.545	45,3	26.056	14,7	11.586	6,5	177.751
1997	43.442	32,3	60.111	44,7	21.085	15,7	9.781	7,3	134.419
1998	32.837	31,9	46.777	45,4	16.564	16,1	6.902	6,7	103.080
1999	32.266	30,8	48.243	46,0	17.289	16,5	7.118	6,8	104.916
2000	28.401	29,7	44.315	46,3	16.580	17,3	6.319	6,6	95.615
2001	28.662	29,1	45.883	46,6	17.749	18,0	6.190	6,3	98.484
2002	25.561	28,0	43.080	47,1	16.752	18,3	6.023	6,6	91.416
2003	19.938	27,4	34.269	47,0	13.479	18,5	5.199	7,1	72.885
2004	15.927	27,0	28.016	47,4	11.069	18,7	4.081	6,9	59.093
2005	9.345	26,3	16.560	46,6	7.131	20,1	2.486	7,0	35.522
2006	1.712	22,1	3.246	41,9	1.929	24,9	860	11,1	7.747
2007	1.366	23,6	2.256	39,0	1.483	25,6	687	11,9	5.792
2008	1.006	23,1	1.837	42,1	1.100	25,2	419	9,6	4.362
2009	808	24,0	1.410	42,0	825	24,6	317	9,4	3.360
2010 ¹	627	26,7	969	41,2	589	25,1	165	7,0	2.350

1) Für 2010: Altersgruppen: unter 20 Jahre, von 20 bis unter 45 Jahre, von 45 bis unter 65 Jahre und 65 Jahre und älter.

Quelle: Bundesverwaltungsamt.

2.5.4 Flüchtlinge

Humanitäre Zuwanderung hat in der Bundesrepublik stets eine wichtige Rolle gespielt und die öffentliche Migrationsdiskussion immer wieder stark geprägt. Nach dem Fall der Mauer im Jahr 1989 stieg vor allem während des Jugoslawienkrieges die Zahl der Flüchtlinge erheblich an. In den Jahren 1987 bis 1992 war eine starke Zunahme von Asylbewerbern zu verzeichnen: von 57.379 auf 438.191 Personen. Nach der Änderung der

Asylgesetzgebung im Jahr 1993 lässt sich jedoch eine nahezu kontinuierliche Abnahme von Asylantragstellern verzeichnen, deren Zahl erst seit 2008 wieder deutlich gestiegen ist. Unter dem Begriff „Flüchtling“ wird eine Vielzahl von unterschiedlichen und vielfältigen Personengruppen zusammengefasst. Hierzu zählen Asylbewerber, Asylberechtigte, Bürgerkriegsflüchtlinge, Konventionsflüchtlinge und jüdische Kontingentflüchtlinge, die eine Sonderstellung einnehmen.

Seit dem Jahr 1991 nimmt die Bundesrepublik jüdische Zuwanderer und ihre Familienangehörigen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion auf. Hauptherkunftsländer sind die Ukraine und die Russische Föderation. Mit der Aufnahme von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion will Deutschland seine historische Verantwortung für das an den Juden begangene Unrecht während der Zeit des Nationalsozialismus wahrnehmen sowie die jüdischen Gemeinschaften in Deutschland erhalten und stärken. Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland ist mit circa 105.000 Mitgliedern und 111 Gemeinden die drittgrößte in Europa und die weltweit am schnellsten wachsende jüdische Gemeinschaft. Etwa 90 % der Mitglieder sind jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion (BMI 2008:132ff.).

Zwischen 1993 und 2010 sind etwa 204.000 jüdische Zuwanderer einschließlich ihrer Familienangehörigen aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland zugewandert. Hinzu kommen über 8.500 Personen, die bis Ende 1992 einreisten. Nachdem der Zuzug von 1993 bis 2004 jährlich zwischen 9.000 und 20.000 Personen betrug, nahm er bis 2010 auf 1.000 Personen ab. Der Rückgang seit dem Jahr 2005 steht zum einen im Zusammenhang mit der Schaffung von Rechtsgrundlagen zur Neuregelung der jüdischen Zuwanderung (Migrationsbericht 2009, 2011:102), zum anderen mit den verbesserten gesellschaftlichen Bedingungen in den Herkunftsgeländern.

Jüdische Zuwanderer haben uneingeschränkt Zugang zum Arbeitsmarkt. Soweit sie nicht selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können, erhalten sie Leistungen nach den Vorschriften des SGB II (Arbeitslosengeld II) und SGB XII (Sozialgeld, Grundsicherungsrente). Einen Anspruch auf Rente haben sie nur dann, wenn sie in Deutschland erwerbstätig waren und Beiträge in die Rentenversicherung einbezahlt haben. Als Zuwanderer im Rentenalter können sie keine Rente erhalten (Migrationsbericht 2007, 2008:95).

Obwohl das Lebensalter ein zentrales Merkmal der für jeden Antragsteller vorgenommenen Integrationsprognose ist, liegt keine nach Alter gegliederte Zuzugsstatistik für jüdische Zuwanderer vor. Insofern muss auf andere Quellen wie die Bestandszahlen im Ausländerzentralregister (AZR) zurückgegriffen werden, in dem alle ausländischen Personen im Bundesgebiet u.a. auch nach dem Aufenthaltstitel gespeichert sind. Für jüdische Zuwanderer gibt es im AZR allerdings keinen speziellen Speichersachverhalt, sodass dieser Personenkreis nicht direkt aus dem Register ermittelt werden kann. Sie sind jedoch eine Teilmenge der Personen, die eine Niederlassungserlaubnis nach § 23 Abs. 2 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) erhalten haben. Dies gilt insbesondere für Personen aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Nur Personen aus diesen Staaten können als jüdische Zuwanderer anerkannt werden. Es ist also davon auszugehen, dass es sich bei diesem Personenkreis praktisch ausschließlich um jüdische Zuwanderer handelt.

Berücksichtigt man nur Personen mit den entsprechenden Staatsangehörigkeiten, dann zeigt sich für die Jahre von 2007 bis 2011 folgendes Bild: Von allen jüdischen Zuwanderern waren zwischen 22 % und 26 % 65 Jahre und älter. Der Anteil an älteren Personen unter den aufhältigen jüdischen Zuwanderern ist damit deutlich höher als bei anderen Migrantengruppen und liegt auch über dem Anteil für die Bevölkerung insgesamt mit 21,6 % (Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung 2012:19). Unterscheidet man nach Geschlecht, dann überwiegt unter den Älteren der Anteil an Frauen (siehe Tabelle 2.3).

Tabelle 2.3: Jüdische Zuwanderer nach Alter und Geschlecht 2007-2011

Jahr	Altersgruppe								
	unter 20 Jahre			20 bis unter 65 Jahre			65 Jahre und älter		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
2007	16,3	17,6	15,2	61,7	62,4	61,0	22,0	20,0	23,8
2008	15,9	17,1	14,7	62,1	62,7	61,6	22,0	20,2	23,7
2009	14,3	15,4	13,2	62,9	63,7	62,2	22,8	20,9	24,6
2010	12,5	13,5	11,5	63,1	64,1	62,2	24,4	22,4	26,2
2011	11,2	12,1	10,3	62,9	64,3	61,6	26,0	23,6	28,1

Anteil der jeweiligen Altersgruppe an allen jüdischen Zuwanderern.

Angaben in Prozent.

Quelle: Ausländerzentralregister.

Von allen Älteren waren zwischen 2007 und 2011 etwa 43 % Männer und 57 % Frauen, wobei der Anteil von Frauen geringfügig zugenommen hat. In den jüngeren und mittleren Altersgruppen sind dagegen die Geschlechteranteile relativ ausgeglichen (siehe Tabelle 2.4).

Tabelle 2.4: Jüdische Zuwanderer nach Altersgruppen und Geschlecht 2007-2011

Jahr	2007			2008			2009		
	Altersgruppe			Altersgruppe			Altersgruppe		
	0 – 20	20 – 65	65 +	0 – 20	20 – 65	65 +	0 – 20	20 – 65	65 +
Männer	51,3	48,3	43,6	51,0	47,7	43,4	51,0	47,7	43,1
Frauen	48,7	51,7	56,4	49,0	52,3	56,6	49,0	52,3	56,9

Jahr	2010			2011		
	Altersgruppe			Altersgruppe		
	0 – 20	20 – 65	65 +	0 – 20	20 – 65	65 +
Männer	51,0	47,8	43,1	51,0	47,9	42,6
Frauen	49,0	52,2	56,9	49,0	52,1	57,4

Anteil des jeweiligen Geschlechts an der Altersgruppe.

Angaben in Prozent.

Quelle: Ausländerzentralregister.

Die Aufgliederung nach dem Familienstand zeigt für die Jahre von 2007 bis 2011 einen hohen Anteil an Verheirateten. Für die über 65-Jährigen liegt ein sehr geringer Ledigenanteil, aber auch ein höherer Anteil an bereits Verwitweten vor. Jüdische Zuwanderer unterscheiden sich von anderen Migrantengruppen somit nach der Alters- und Geschlechtsstruktur sowie nach dem Familienstand (siehe Tabelle 2.5).

Tabelle 2.5: Jüdische Zuwanderer nach Alter und Familienstand 2007-2011

Jahr	2007			2008			2009		
	Altersgruppe			Altersgruppen			Altersgruppen		
	0 – 20	20 – 65	65 +	0 – 20	20 – 65	65 +	0 – 20	20 – 65	65 +
ledig	89,2	21,8	4,3	88,6	20,7	4,3	87,7	22,2	4,3
verheiratet	0,1	58,3	62,1	0,1	58,5	61,3	0,2	56,9	61,3
verwitwet	0,0	1,4	16,7	0,0	1,5	16,7	0,0	1,5	16,5
geschieden	0,1	9,8	8,9	0,0	10,4	9,3	0,0	10,5	9,5
unbekannt	10,6	8,7	7,9	11,3	8,9	8,4	12,2	8,8	8,5

Jahr	2010			2011		
	Altersgruppe			Altersgruppen		
	0 – 20	20 – 65	65 +	0 – 20	20 – 65	65 +
ledig	87,2	23,4	4,2	87,4	24,3	4,2
verheiratet	0,2	55,4	60,9	0,1	55,0	61,5
verwitwet	0,0	1,5	16,3	0,0	1,5	15,9
geschieden	0,0	10,9	9,8	0,0	11,0	10,2
unbekannt	12,7	8,8	8,8	12,5	8,2	8,2

Angaben in Prozent.

Quelle: Ausländerzentralregister.

Eine Auswertung von Antragsakten jüdischer Zuwanderer in der Landesaufnahmestelle des Freistaates Bayern im Jahr 2005 kam zu dem Ergebnis, dass die soziodemographische Struktur jüdischer Zuwanderer typisch ist für eine „klassische“ Auswanderung bzw. „ethnische“ Zuwanderung. Sie unterscheidet sich deutlich von der Alters- und Geschlechtszusammensetzung bei Arbeitsmigranten. Jüdische Zuwanderer weisen eine ausgewogene Geschlechtsstruktur auf, alle Altersgruppen sind relativ gleichmäßig vertreten und die Zuwanderung erfolgt im Familienverband. Insofern sind jüdische Zuwanderer im Hinblick auf die Altersstruktur vergleichbar mit Spätaussiedlern (Haug/Schimany 2005; Haug/Wolf 2007).

Im Gegensatz zu jüdischen Zuwanderern sind unter den Asylsuchenden Ältere deutlich unterrepräsentiert. Als ein zahlenmäßig relativ kleiner und sehr spezifischer Teil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund finden ältere Flüchtlinge bis heute wenig Aufmerksamkeit. Sie werden von der Gesellschaft kaum wahrgenommen und stoßen in Politik und Verwaltung

auf ein eher geringes Interesse. Die Ansätze einer kultursensiblen Altenarbeit richten sich nicht auf ältere Flüchtlinge. Gerade bei diesen können aber die Probleme im Schnittpunkt von Migration und Alter in besonderer Weise kulminieren (Zeman/Kalisch 2008).

Von 1990 bis 2010 haben fast 2,4 Mio. Menschen um politisches Asyl nachgesucht (Erstantragszahlen). Der größte Teil davon stammte aus Europa einschließlich der Türkei, wobei ab dem Jahr 2000 jeweils mehr Antragsteller aus asiatischen als aus europäischen Herkunftsstaaten einen Asylantrag stellten. Seit 1992, als rund 440.000 Personen gezählt wurden, lässt sich ein fast kontinuierliches Absinken der Asylerstantragsteller bis 2007 auf gut 19.000 Personen feststellen. Der Rückgang ist eine Folge der Asylrechtsreform in den Jahren 1992/1993, des Endes der Kriegshandlungen im ehemaligen Jugoslawien, der politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung in den Staaten Osteuropas sowie deren überwiegende Aufnahme in die Europäische Union (EU) 2004 und 2007, der Reformen in der Türkei sowie des Sturzes der totalitären Regime in Afghanistan und im Irak. Seit dem Jahr 2008 ist jedoch wieder eine Zunahme der Asylerstantragszahlen zu verzeichnen. Im Jahr 2010 wurden 41.300 Erstanträge gestellt (Migrationsbericht 2010, 2012). Die fünf häufigsten Herkunftsländer der Asylantragsteller in den letzten Jahren waren Irak, Serbien (und Montenegro), Afghanistan, Türkei und Iran. Für einige Hauptherkunftsländer wird auch die ethnische Herkunft der Asylantragsteller ausgewiesen. Hintergrund ist, dass diese Länder durch einen hohen Anteil von Asylsuchenden einer bestimmten ethnischen Gruppe gekennzeichnet sind. Für Serbien und Montenegro sind dies Albaner und Roma sowie für die Türkei und den Irak Kurden (Migrationsbericht 2009, 2011:109).

Seit dem Jahr 2000 können anhand der Asylstatistik die Asylantragsteller nach Alter und Geschlecht unterschieden werden (siehe Tabelle 2.6). Daraus abgeleitete Informationen können zudem aus der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik des Statistischen Bundesamtes gewonnen werden. Zwischen 2000 und 2010 wurden in jedem Jahr rund zwei Drittel der Asylanträge von Männern und ein Drittel von Frauen gestellt, wobei sich der Anteil der Frauen an den Asylerstantragstellern leicht erhöht hat. Der Anteil der männlichen Antragsteller überwiegt in den Altersgruppen bis unter 50 Jahre deutlich, wohingegen in den Altersgruppen darüber der Anteil an weiblichen Antragstellern größer ist. Im Alter von 65 Jahren und älter sind mehr als die Hälfte der Antragsteller Frauen. Altersmäßig sind Asylbewerber unter allen Migrantengruppen die bei Weitem jüngste: Rund 60 % aller Asylbewerber sind jünger als 25 Jahre und 98 % sind jün-

ger als 50 Jahre. Dagegen beträgt der Anteil der über 50-Jährigen lediglich 2 % und der über 65-Jährigen weniger als 1 %. Der Anteil an Älteren hat sich seit 2000 praktisch nicht verändert und schwankt zwischen 0,4 % und 0,8 %.

Der Vergleich mit Angaben für das Jahr 2009 von eurostat (Data in focus, 15/2011) zeigt, dass Deutschland in etwa dem EU-Durchschnitt entspricht. Auch auf EU-Ebene sind von allen Asylantragstellern zwei Drittel Männer und ein Drittel Frauen sowie lediglich 0,7 % 65 Jahre und älter.

Tabelle 2.6: Asylerstanträge nach Altersgruppen und Geschlecht 2001-2003 (Teil 1)

Altersgruppen	2001					
	insgesamt absolut	in %	Männer %	Frauen %	Anteil Männer	Anteil Frauen
unter 25 Jahre	49.913	56,5	56,0	57,8	69,6	30,4
25 bis unter 50 Jahre	35.960	40,7	42,1	37,4	72,7	27,3
50 bis unter 65 Jahre	1.833	2,1	1,5	3,5	50,2	49,8
65 Jahre und älter	580	0,7	0,4	1,3	40,0	60,0
Insgesamt	88.286	100	100	100	70,3	29,7
Altersgruppen	2002					
	insgesamt absolut	in %	Männer %	Frauen %	Anteil Männer	Anteil Frauen
unter 25 Jahre	39.076	54,9	54,1	56,8	68,1	31,9
25 bis unter 50 Jahre	30.041	42,2	43,9	38,5	71,9	28,1
50 bis unter 65 Jahre	1.581	2,2	1,6	3,6	50,7	49,3
65 Jahre und älter	429	0,6	0,4	1,1	41,7	58,3
Insgesamt	71.127	100	100	100	69,1	30,9
Altersgruppen	2003					
	insgesamt absolut	in %	Männer %	Frauen %	Anteil Männer	Anteil Frauen
unter 25 Jahre	28.074	55,5	55,0	56,8	69,2	30,8
25 bis unter 50 Jahre	21.166	41,9	43,3	38,5	72,3	27,7
50 bis unter 65 Jahre	999	2,0	1,4	3,3	49,1	50,9
65 Jahre und älter	324	0,6	0,3	1,3	38,0	62,0
Insgesamt	50.563	100	100	100	69,9	30,1

Tabelle 2.6: Asylersanträge nach Altersgruppen und Geschlecht 2004-2007 (Teil 2)

Altersgruppen	2004					
	insgesamt absolut	in %	Männer %	Frauen %	Anteil Männer	Anteil Frauen
unter 25 Jahre	19.747	55,5	55,3	55,8	67,6	32,4
25 bis unter 50 Jahre	14.928	41,9	43,0	39,7	69,5	30,5
50 bis unter 65 Jahre	734	2,1	1,5	3,3	48,1	51,9
65 Jahre und älter	198	0,6	0,3	1,2	32,8	67,2
Insgesamt	35.607	100	100	100	67,8	32,2
Altersgruppen	2005					
	insgesamt absolut	in %	Männer %	Frauen %	Anteil Männer	Anteil Frauen
unter 25 Jahre	19.683	68,1	65,8	71,7	59,2	40,8
25 bis unter 50 Jahre	8.574	29,7	32,5	25,2	67,1	32,9
50 bis unter 65 Jahre	514	1,8	1,5	2,3	50,2	49,8
65 Jahre und älter	143	0,5	0,3	0,8	37,1	62,9
Insgesamt	28.914	100	100	100	61,3	38,7
Altersgruppen	2006					
	insgesamt absolut	in %	Männer %	Frauen %	Anteil Männer	Anteil Frauen
unter 25 Jahre	13.644	64,9	63,0	68,1	60,8	39,2
25 bis unter 50 Jahre	6.806	32,4	35,0	27,9	67,8	32,2
50 bis unter 65 Jahre	435	2,1	1,5	3,0	45,7	54,3
65 Jahre und älter	144	0,7	0,5	1,0	43,1	56,9
Insgesamt	21.029	100	100	100	62,6	37,4
Altersgruppen	2007					
	insgesamt absolut	in %	Männer %	Frauen %	Anteil Männer	Anteil Frauen
unter 25 Jahre	11.881	62,0	61,0	64,0	65,0	35,0
25 bis unter 50 Jahre	6.730	35,1	37,0	31,4	69,7	30,3
50 bis unter 65 Jahre	426	2,2	1,6	3,4	48,4	51,6
65 Jahre und älter	127	0,7	0,4	1,2	37,8	62,2
Insgesamt	19.164	100	100	100	66,1	33,9

Tabelle 2.6: Asylersanträge nach Altersgruppen und Geschlecht 2008-2010 (Teil 3)

Altersgruppen	2008					
	insgesamt absolut	in %	Männer %	Frauen %	Anteil Männer	Anteil Frauen
unter 25 Jahre	13.314	60,3	59,9	61,0	67,3	32,7
25 bis unter 50 Jahre	8.099	36,7	38,0	33,8	70,2	29,8
50 bis unter 65 Jahre	501	2,3	1,6	3,7	47,7	52,3
65 Jahre und älter	171	0,8	0,4	1,5	37,4	62,6
Insgesamt	22.085	100	100	100	67,7	32,3
Altersgruppen	2009					
	insgesamt absolut	in %	Männer %	Frauen %	Anteil Männer	Anteil Frauen
unter 25 Jahre	16.392	59,3	58,6	60,6	65,3	34,7
25 bis unter 50 Jahre	10.350	37,5	39,2	34,1	69,0	31,0
50 bis unter 65 Jahre	692	2,5	1,9	3,9	47,4	52,6
65 Jahre und älter	215	0,8	0,5	1,3	41,9	58,1
Insgesamt	27.649	100	100	100	66,0	34,0
Altersgruppen	2010					
	insgesamt absolut	in %	Männer %	Frauen %	Anteil Männer	Anteil Frauen
unter 25 Jahre	24.694	59,8	59,2	60,7	62,7	37,3
25 bis unter 50 Jahre	15.133	36,5	38,1	34,2	65,6	34,4
50 bis unter 65 Jahre	1.154	2,7	2,2	3,8	49,5	50,5
65 Jahre und älter	351	0,8	0,6	1,2	47,6	52,4
Insgesamt	41.332	100	100	100	63,3	36,7

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Asylstatistik.

2.6 Internationalisierung und Heterogenität der Bevölkerung

Der demographische Wandel ist ein komplexer Prozess, der zwar zunehmend als „weniger, älter und bunter“ charakterisiert, meist aber nur anhand der beiden Komponenten „Fertilität“ und „Mortalität“ beschrieben wird. Zentrale Bedeutung kommt der Alterung der Bevölkerung zu. Die Schrumpfung der Bevölkerung ist nicht zuletzt eine Folge der Alterung, denn eine Bevölkerung mit einem immer geringer werdenden Anteil

an Frauen im gebärfähigen Alter ist bei gegebenem Fertilitätsniveau langfristig nicht in der Lage, aus sich selbst heraus zu wachsen. Die Internationalisierung der Bevölkerung besitzt als dritte Komponente eine doppelte Funktion. Zum einen stellen die Wanderungsbeziehungen mit dem Ausland die zentrale Ursache der Internationalisierung der Bevölkerung dar. Zum anderen bewirken sie eine Abschwächung der beiden anderen Komponenten des demographischen Wandels. Seit 1972 werden in Westdeutschland weniger Geburten als Sterbefälle verzeichnet. Dass die Bevölkerungszahl trotzdem bis 2003 nicht abgenommen, sondern meistens zugenommen hat, ist auf die Zuwanderung aus dem Ausland zurückzuführen. Weil die Sterbeüberschüsse in Zukunft weiter zunehmen werden, haben die Außenwanderungen als alleinige Quelle für Bevölkerungswachstum einen kontinuierlich größeren Einfluss (Korcz/Schlömer 2008:156).

Durch Zuwanderung ändern sich (aufgrund selektiver Wanderungsbewegungen) Umfang und Struktur einer Bevölkerung. Internationalisierung bezieht sich in diesem Kontext auf die Zunahme von Menschen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung. Eine Zunahme des Anteils von Migranten an der Bevölkerung ist allerdings nicht nur der Zuwanderung geschuldet, sondern beruht auch auf der relativen Abnahme der deutschen Bevölkerung. Migration hat aber nicht nur soziodemographische, sondern auch soziokulturelle Folgen im Sinne einer Zunahme an Heterogenität der Bevölkerung. Indem Zuwanderungsgründe und Herkunftsräume vielfältiger und komplexer geworden sind, wird die Bevölkerung in mehrfacher Hinsicht quasi „bunter“. Vor diesem Hintergrund gewinnen Fragen an Gewicht, wie angesichts wachsender Heterogenität soziale Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt gewährleistet werden können und wie sich die Lebensphase Alter für Migranten gestaltet. Die Annahme einer demographisch bedingten wachsenden Heterogenität darf jedoch nicht übersehen, dass der über Generationen verlaufende Integrationsprozess auch starke Angleichungsprozesse zwischen Zuwanderern und Einheimischen hervorruft, in dessen Verlauf ethnische Merkmale an Bedeutung verlieren und zur symbolischen Ethnizität mutieren (Heckmann 2010).

Der Begriff „Heterogenität“ bezieht sich auf die unterschiedliche Zusammensetzung einer Gruppe von Menschen und deren Vielfalt an Merkmalen. Kennzeichen wie Alter und Geschlecht sowie ethnische, kulturelle und nationale Herkunft gelten als vom Individuum relativ unveränderbar. Im Zuge von demographischem Wandel und Globalisierungsprozessen

sowie damit einhergehender internationaler Mobilität und Migration hat die Vielfalt der Kulturen in modernen Gesellschaften seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes weiter zugenommen. Ein sichtbares Merkmal gesellschaftlicher Vielfalt ist der wachsende Anteil von Menschen, deren ethnisch-kulturelle Wurzeln nicht in Deutschland liegen. Schon Anfang der 1990er Jahre wurde auf die stattgefundene Internationalisierung und Pluralisierung der Bevölkerung von Heckmann (1992) hingewiesen. Kemper (2007) betont die gewachsene ethnisch-kulturelle Vielfalt. Und Coleman (2006) spricht aufgrund der anhaltenden Migration in Niedrig-Fertilitäts-Ländern von einem dritten demographischen Übergang als Folge zunehmender Heterogenität der Bevölkerung. Diese Länder werden bei fortgesetzter Zuwanderung einen zunehmend höheren Anteil an Personen mit Migrationshintergrund haben. Moderne Staaten werden dadurch tendenziell zu Multi-Minoritäten-Gesellschaften. Für diesen neuen Pluralismus verwendet Vertovec (2007) den Begriff „Supervielfalt“. Die Migrantenbevölkerung setzt sich nicht nur aus großen Migrantengruppen zusammen, die aus wenigen Ländern kommen, sondern aus kleineren Gruppen, die aus vielen verschiedenen Ländern stammen. Zugleich bezieht sich „Diversität“ nicht nur auf Unterschiede zwischen Migrantengruppen, sondern auch auf Differenzen innerhalb der einzelnen Bevölkerungsgruppen.

Heute haben in Deutschland laut Mikrozensus rund 20 % der Bevölkerung einen Migrationshintergrund und tragen damit zur ethnisch-sozialen Heterogenisierung der Bevölkerung bei. „Heterogenität“ wird zu einem bleibenden Faktor im sozialen Zusammenleben. Die mit der „Heterogenität“ verknüpfte Vielfalt an Sichtweisen und Orientierungen wird allgemein als Bereicherung gesehen, die sich positiv auf Dynamik und Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft auswirkt. Gleichzeitig gehen mit der Heterogenität aber auch ethnisch-kulturelle Unterschichtungen einher, welche die sozioökonomischen Ungleichheiten überlagern und Fragen kultureller Anerkennung, sozialer Zugehörigkeit und ökonomischer Chancen betreffen.

Der Begriff der Vielfalt bezieht sich auch auf die Vielgestaltigkeit des Alters. Zahlreiche empirische Studien belegen das Vorliegen großer Heterogenität im Alter. Eine Metaanalyse zeigt in den Bereichen Persönlichkeit, kognitive Fähigkeiten und Gesundheit größere Unterschiede innerhalb der Gruppe der älteren Erwachsenen als innerhalb der Gruppe der jüngeren Erwachsenen. Allerdings finden sich nicht nur Belege für eine Zunahme von Heterogenität über den Lebenslauf, sondern auch für eine Abnahme von Vielfalt im Altersverlauf. Indem sich bestimmte altersphy-

siologische Veränderungen auf alle Menschen auswirken und die Selektivität derjenigen zunimmt, die überhaupt ein hohes Alter erreichen, ist im hohen Alter die Heterogenität teilweise wieder geringer (Motel-Klingebiel et al. 2010:22).

Ältere Menschen weisen allein schon aufgrund der großen Altersspanne der Lebensphase Alter von rund 40 Jahren eine große Heterogenität auf, was in der groben Unterscheidung von „jungen“ und „älteren“ Alten zum Ausdruck kommt. Sie unterscheiden sich deutlich in ihrer körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit, ihren Lebensbedingungen und Lebensstilen. Die meisten Menschen haben nach dem aktiven Berufsleben mit 60 oder 65 Jahren noch ein „drittes Lebensalter“ in gesundheitlicher und körperlicher Vitalität vor sich, welches vielfach mit neuen Aufgaben und Möglichkeiten einhergeht. Erst in einem höheren Alter (80 Jahre und älter) steigt die Wahrscheinlichkeit einer Pflegebedürftigkeit deutlich an. Trotz einer Zunahme chronischer Krankheiten leben 80-Jährige heute länger und gestalten ihren Alltag selbstständiger, als es frühere Jahrgänge konnten (Doblhammer et al. 2009).

Bei älteren Migranten stellt sich die Heterogenität noch ausgeprägter dar als dies bei älteren Einheimischen ohnehin der Fall ist. Denn die Lebenslage älterer Migranten ist durch die Gleichzeitigkeit alterstypischer und migrationspezifischer Lebenslagen gekennzeichnet. Zwischen verschiedenen Migrantengruppen bestehen zwar zahlreiche Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Lebenslage und z. B. des Bedarfs an muttersprachlichen Informations-, Beratungs- oder Betreuungsangeboten. Gleichwohl bilden ältere Migranten in mehrfacher Hinsicht keine homogene Gruppe.

Ältere Migranten lassen sich nicht nur nach Alter, Geschlecht, Familienstand und anderen sozialgerontologisch relevanten Merkmalen unterscheiden. Hinzu kommen Unterschiede in der Lebenssituation und Merkmale, die mit Herkunft und Migration verbunden sind. Hierzu zählen unter anderem Herkunftsland, Nationalität bzw. Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsdauer, Aufenthaltsstatus, Religiosität und spezifische Aspekte der sozialen und kulturellen Integration, die wiederum Auswirkungen auf die ethnische Identität, die inter-ethnischen Kontakte und die Rückkehrorientierung haben können. Entwicklungen wie die Transnationalität verstärken die Heterogenität älterer Migranten weiter. Durch das Leben in „zwei Welten“ (und eventuell auch „dazwischen“) entstehen neue Zugehörigkeiten und Identitäten, wodurch Fragen der Integration in einem neuen Licht erscheinen. Die internationale Migration zwingt dazu,

die Vorstellungen von Zugehörigkeit und Integration – und damit auch von Homogenität – zu überdenken. Migranten stellen keine einheitliche Gruppe dar, deren Unterscheidung sich allein durch den Grad ihrer strukturellen Integration ergibt. Heterogenität resultiert auch aus den unterschiedlich starken und vielfältigen Verflechtungen zu dem Herkunfts- und Ankunftsland sowie dem Ausmaß an multidimensionaler und multilokaler gesellschaftlicher Inkorporation von Migranten.

Insgesamt ist die Herkunft von Migranten, festgemacht am Geburtsland und der Staatsangehörigkeit, vielfältiger geworden, da diese aus einer ansteigenden Zahl von Ländern stammen. Die klassischen Migrantengruppen bilden zwar immer noch die größten Gruppen, ihre Anteile nehmen aufgrund einer hohen Zahl kleiner bis kleinster Migrantengruppen aus aller Welt jedoch ab. Mit dieser dynamischen Vielfalt zeigen sich Facetten einer neuen Migrationsrealität. Dadurch haben sich – trotz globaler Prozesse der Vereinheitlichung – auch die interkulturellen Unterschiede zwischen einzelnen Migrantengruppen tendenziell vergrößert. Damit verknüpft sind typische demographische Muster im Geschlechterverhältnis (Sexualproportion), im generativen Verhalten (Fertilität), im Heiratsverhalten (Nuptialität) und in der Sterblichkeit (Mortalität). Diese Muster gleichen sich vielfach nur bedingt und mit zeitlicher Verzögerung an; und sie haben Rückwirkungen etwa auf Familien- und Generationenbeziehungen sowie auf Fragen der Versorgung und Pflege von (älteren) Angehörigen.

Nach der Herkunft können zumindest folgende Gruppen von älteren Migranten unterschieden werden: Zuwanderer aus den ehemaligen Anwerbestaaten, die heute zur Europäischen Union gehören (Italien, Spanien, Griechenland und Portugal), Zuwanderer aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawien, Zuwanderer aus der Türkei sowie Spätaussiedler und Zuwanderer aus Osteuropa, die erst nach dem Fall der Mauer aus Rumänien, den GUS-Staaten und vor allem aus Polen nach Deutschland übergesiedelt sind. Hinzu kommen jüdische Zuwanderer sowie Flüchtlinge und Asylbewerber. Schließlich können noch Migranten aus weiteren westlichen und nicht westlichen Ländern, sogenannte „Drittstaatsangehörige“, unterschieden werden.

Eine zentrale strukturelle Folge der Zuwanderung ist die Verbreitung des Islam als Massenreligion auch in Deutschland mit derzeit etwa 3,8 Mio. bis 4,3 Mio. Muslimen. Damit beträgt der Anteil der Muslime an der Bevölkerung zwischen 4,6 % und 5,2 %. Ein Vergleich der Altersstruktur für 2007 zeigt, dass der Anteil an Personen aus muslimischen Ländern bzw.

von Muslimen aus muslimischen Ländern im Alter 65 Jahre und älter 4,2 % bzw. 3,5 % beträgt. Dagegen beläuft sich der Anteil an Älteren an der Bevölkerung insgesamt auf 20,4 % und an Personen mit Migrationshintergrund auf 8,4 %. Weiterhin zeigt sich, dass die Altersstruktur von Muslimen nach Herkunftsländern erheblich streut. Mit 4,2 % weisen allein Muslime aus der Türkei einen höheren Anteil an Älteren auf (Haug et al. 2009:105). Ältere Muslime stellen zwar einen kleinen Anteil an allen älteren Migranten, deren Anteil dürfte aber aufgrund der anhaltenden Zuwanderung aus muslimischen Ländern weiter zunehmen.

Trotz eines mittlerweile seit 40 Jahren andauernden intergenerativen Säkularisierungsprozesses tragen religiöse Bindungen weiterhin zur Heterogenität von älteren Migranten bei. Angesichts der „neuen Unübersichtlichkeit“ verändern sich die Einstellungen von Menschen zu den gesellschaftlichen Institutionen wie Wissenschaft und Religion, die ihnen Orientierung und Sicherheit geben können. Mit dem Ende der „einfachen Modernisierung“ hat die Wissenschaft ihren Monopolanspruch auf die „richtige“ Weltdeutung und ihren Glauben an einen linearen Fortschrittsprozess tendenziell verloren. Gleichzeitig hat sich die Annahme als falsch erwiesen, die Säkularisierung der Welt sei ein unumkehrbarer Prozess. Gerade im Kontext der internationalen Migration zeigt sich, dass kulturelle und religiöse Selbstvergewisserungen vielfach eine große Rolle spielen (Pries 2009:18f.). Da die internationale Migration multiple Formen der Zugehörigkeit erzeugt, dürfte die Religion als Instrument der Komplexitätsreduktion und der Rückbesinnung in Zukunft gerade auch für ältere Menschen bedeutsam bleiben.

3 Konzepte, Datenquellen und Forschungssituation

Nachfolgend werden Konzepte und Datenquellen der amtlichen Statistik und der empirischen Sozialforschung sowie die Forschungssituation aufgezeigt. Zuerst werden die Konzepte „Ausländische Bevölkerung“, „Bevölkerung nach Migrationsstatus“ und „Personen mit Migrationshintergrund“ und die jeweils damit verbundenen Datenquellen erläutert. Zudem wird die Reichweite von amtlichen Datenquellen kurz angesprochen (Kapitel 3.1). Danach werden wichtige Datenquellen der empirischen Sozialforschung behandelt (Kapitel 3.2). Abschließend wird die Forschungssituation erläutert, wobei in einem Exkurs auch auf Forschungen zu Alter(n) und Migration in Europa eingegangen wird (Kapitel 3.3).

3.1 Konzepte und Datenquellen der amtlichen Statistik

Zu den Verwaltungs- und Registerdatensätzen zählen alle Datengrundlagen, die für einen spezifischen Zweck erhoben werden und auf einer gesetzlichen Grundlage (z. B. Volkszählungs-, Bevölkerungsstatistik-, Mikrozensusgesetz) beruhen. Zudem können Daten als Nebenprodukt anfallen, wenn sie zur Erfüllung eines anderen Zweckes zwingend erhoben werden müssen. Diese so genannten prozessproduzierten Daten entstehen etwa in der gesetzlichen Rentenversicherung, weil zur Bestimmung der Höhe des ausgezahlten Rentenbetrags zahlreiche Informationen herangezogen werden müssen (z. B. Ausbildungs-, Kindererziehungs- und Erwerbslosigkeitszeiten). Datensätze aus Verwaltung und Registern stellen typischerweise Vollerhebungen dar, die kosten- und pflegeintensiv sind. Aus diesem Grund sind die Erhebungsmerkmale stark eingeschränkt und entsprechen meist nur dem gesetzlich festgelegten Zweck. Neben Verwaltungs- und Registerdaten, die zur Erfüllung gesetzlich vorgeschriebener Pflichten erhoben werden, gibt es zahlreiche Datengrundlagen, die vorwiegend wissenschaftlichen Zwecken dienen. Diese Daten aus sozialwissenschaftlichen Erhebungen besitzen typischerweise nur geringe Fallzahlen sowie eine dem Untersuchungsgegenstand entsprechende Variablenauswahl. Die amtlichen Bevölkerungsstatistiken unterscheiden in der Regel nur zwischen Deutschen und Ausländern. Aufgrund der Vielfalt des Migrationsgeschehens, von Einbürgerungen und der seit dem Jahr 2000 geltenden ius soli-Regelung lassen sich Stand und Entwicklung von Migranten,

zu denen neben Ausländern und ihren Nachkommen unter anderem auch Spätaussiedler und Eingebürgerte zählen, nur noch unzureichend abbilden. Seit dem 01.01.2000 erwirbt ein Kind ausländischer Eltern neben der Staatsangehörigkeit der Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit mit Geburt in Deutschland, sofern mindestens ein Elternteil seit mindestens acht Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat und eine Niederlassungserlaubnis oder nunmehr ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt. Die Ergänzung des bis dahin geltenden Abstammungsprinzips (*ius sanguinis*) durch Elemente des Geburtsorts- oder Territorialprinzips (*ius soli*) war Kernbestandteil der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Mit dem Mikrozensusgesetz 2005 wurde auf diese Defizite der amtlichen Bevölkerungsstatistik reagiert und – unter Zugrundelegung des Konzeptes „Migrationsstatus“ – das Konzept „Bevölkerung mit Migrationshintergrund“ eingeführt. Seit 2005 ist im Mikrozensus die Identifizierung von Personen mit Migrationshintergrund möglich.

3.1.1 Konzept „Ausländische Bevölkerung“

Grundlage der Ausländerbestandsstatistik ist der rechtliche Ausländerbegriff. Als Ausländer gelten alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne von Art. 116 Abs. 1 GG sind, d. h. nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Dazu zählen auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Ausländer können in Deutschland geboren oder zugewandert sein. Personen, die neben der deutschen Staatsangehörigkeit noch eine andere besitzen, gehen nur als Deutsche in die Bevölkerungsstatistik ein. Die Zahl der ausländischen Staatsangehörigen ist abhängig von den grenzüberschreitenden Zu- und Abwanderungen, der Geburtenentwicklung und der Sterblichkeit der ausländischen Bevölkerung sowie von der jeweiligen Einbürgerungspraxis. Datenquellen der amtlichen Statistik zur Gewinnung von Informationen über die ausländische Bevölkerung sind die auf der Volkszählung beruhende Bevölkerungsfortschreibung und das Ausländerzentralregister.

3.1.1.1 Volkszählung

Eine Volkszählung (Zensus) stellt eine Vollerhebung der Bevölkerung nach bestimmten Merkmalen zu einem bestimmten Zeitpunkt dar. Erhoben werden die soziodemographischen Angaben einer Person (Alter, Geschlecht, Familienstand, Staatsangehörigkeit u. a.) und erwerbsstatistische Merkmale. In der früheren BRD fanden Volkszählungen in den Jahren 1950, 1961, 1970 und zuletzt 1987 statt. In der ehemaligen DDR wurden 1950, 1964, 1971 und zuletzt 1981 Zensen durchgeführt. In den Volkszählungen der BRD wurde stets das Merkmal der Staatsangehörigkeit erfasst,

womit Vergleiche zwischen deutschen und ausländischen Personen möglich waren. Eine gesamtdeutsche Volkszählung wurde im Jahr 2011 in einer registergestützten Form durchgeführt.

3.1.1.2 Bevölkerungsfortschreibung

Seit Einführung der Statistik in 1950 liegen Daten zur Bevölkerungsfortschreibung ohne methodischen Umbruch vor. Die Ergebnisse ab 1991 beziehen sich auf den neuen Gebietsstand der Bundesrepublik und sind daher mit früheren Ergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. Nachgewiesen wird als Bestand die Summe aller Personen, die nach den melderechtlichen Vorschriften in Deutschland mit einer alleinigen oder Hauptwohnung angemeldet sind. Erhebungsinhalte sind die in Deutschland lebende Bevölkerung insgesamt und die deutsche Bevölkerung sowie Geschlecht, Alter, Familienstand und Gemeinde (Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 Reihe 1.3, 2012: 3ff.). Ausgehend vom Volkszählungsbestand wird der Bevölkerungsbestand jeweils zum Ende eines Jahres durch Fortschreibung ermittelt. Hierbei werden die Geburten und Zuzüge eines Jahres zu dem Jahresendbestand des Vorjahres hinzuaddiert, während die Sterbefälle und Fortzüge desselben Jahres vom Vorjahresbestand abgezogen werden. Zudem werden auch Wechsel der Staatsangehörigkeit und sonstige Bestandskorrekturen berücksichtigt. Der Bevölkerungsbestand wird aber nicht nach der Staatsangehörigkeit getrennt fortgeschrieben, da laut Bevölkerungsstatistikgesetz nur zwischen gesamter und deutscher Bevölkerung zu unterscheiden ist. Mit diesen Angaben kann somit nur die Zahl der ausländischen Bevölkerung ermittelt werden, indem die Differenz zwischen der Gesamtbevölkerung und der deutschen Bevölkerung gebildet wird. Nicht möglich ist jedoch eine Differenzierung der Bevölkerung nach einzelnen Staatsangehörigkeiten.

Die Bevölkerungsfortschreibung weist Ungenauigkeiten auf. Geburten und Sterbefälle unterliegen der Anzeigepflicht und werden nahezu vollständig bei den zuständigen Standesämtern registriert. Die Zu- und Fortzüge sind ebenso meldepflichtig. Hier ergeben sich jedoch Unschärfen aufgrund unterlassener Abmeldungen. Da jedes Jahr eine bestimmte Zahl an Ausländern Deutschland verlässt, ohne sich abzumelden, vergrößert sich der Fehlbestand mit zunehmendem Abstand zur letzten Volkszählung. Die Verzerrungen aufgrund unterlassener Abmeldungen von Ausländerinnen und Ausländern wurden in der Volkszählung von 1987 offengelegt. Der Ausländerbestand war in der Bevölkerungsfortschreibung um 13,6 % höher als in der Volkszählung, wobei vor allem die höheren Altersgruppen stark überschätzt wurden (Kohls 2008:12). Auch nach 1987

entstand erneut ein Fehlbestand an Ausländern und Deutschen, wie sich im Registertest 2001 zeigte. Demzufolge dürfte der Bevölkerungsbestand von 82,4 Mio. im Jahr 2004 um 1,3 Mio. Personen überschätzt sein, was wesentlich auf die erhöhten Bestandszahlen der Ausländer – und hier wiederum in den höheren Altersgruppen – zurückgeht (Statistisches Bundesamt 2004).

3.1.1.3 Ausländerzentralregister

Im Ausländerzentralregister (AZR) werden ausländische Staatsangehörige zusätzlich zur kommunalen melderechtlichen Registrierung erfasst. Dabei werden Informationen über Ausländer gespeichert, die sich drei Monate oder länger in Deutschland aufhalten. Daneben werden Ausländer beim Vorliegen bestimmter ausländer- oder asylrechtlicher Sachverhalte unabhängig von der Aufenthaltsdauer gespeichert.

Das AZR ermöglicht eine weiter gehende Differenzierung der ausländischen Bevölkerung als die Bevölkerungsfortschreibung. Es enthält neben soziodemographischen Angaben (Geschlecht, Alter, Familienstand) auch Daten zur Staatsangehörigkeit, zum Einreisedatum (Aufenthaltsdauer), zum Meldestatus (Aufenthaltsstatus) und zum Sterbezeitpunkt. Ein Nachteil des Registers ist, dass nach einer Einbürgerung alle Daten dieser Person gelöscht werden. Zudem werden alle personenbezogenen Angaben getilgt, wenn der Sterbezeitpunkt mehr als fünf Jahre zurückliegt, womit länger zurückreichende Sterblichkeitsanalysen nicht möglich sind (Kohls 2008:33).

In einer Bereinigungsaktion in den Jahren von 2000 bis 2004 wurden – durch einen Abgleich der im AZR gemeldeten Personen mit den Daten der Ausländerbehörden – rund 600.000 Personen aus dem AZR entfernt. Dadurch wurde die Validität des AZR im Vergleich zum amtlichen Bevölkerungsbestand mittels Bevölkerungsfortschreibung erheblich verbessert (Opfermann et al. 2006:480ff.). Allerdings sind die Zahlen ab dem Jahr 2004 nicht mehr unmittelbar mit denen der Vorjahre vergleichbar. Zudem weicht die Gesamtzahl der ausländischen Bevölkerung nach dem AZR deutlich von der nach der Bevölkerungsfortschreibung ab.

3.1.2 Konzept „Migrationsstatus“

Sowohl die Klassifikation der Bevölkerung nach „Migrationsstatus“ als auch die Identifizierung der Personen mit „Migrationshintergrund“ zielen darauf ab, die Bevölkerung nach Herkunft differenzierter zu erfassen und die einzelnen Bevölkerungsgruppen – auch im Hinblick auf Integrations-

aspekte – quantitativ genauer auszuweisen als dies mit der Unterscheidung anhand der Nationalität nach In- und Ausländern in der Bevölkerungsfortschreibung bzw. im AZR möglich ist (Diefenbach/Weiß 2007).

In Deutschland stellen die Wanderungsstatistiken auf den Rechtsbegriff „Ausländer“ ab. Die amtliche Bevölkerungsstatistik weist Personen daher in der Regel nur nach Nationalität bzw. Staatsangehörigkeit aus. Mit dem Begriff „Nationalität“ wird zumeist lediglich eine Unterscheidung zwischen „deutsch“ und „nichtdeutsch“ vorgenommen, und der Begriff „Staatsangehörigkeit“ findet bei einer tiefer gehenden Gliederung der Nichtdeutschen Verwendung. Insofern kann das „Ausländerkonzept“ die Migrantenbevölkerung nur unzureichend abbilden: Zum einen werden im Zielland geborene und aufgewachsene Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit als Ausländer erfasst, obwohl sie selbst nicht migriert sind. Zum anderen werden im Ausland geborene und aufgewachsene Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit als Inländer erfasst, obwohl sie als Eingebürgerte oder Spätaussiedler zugewandert sind.

Zur näheren Beschreibung von Migranten ist daher das Merkmal „Geburtsland“ notwendig. Wie bei der Staatsangehörigkeit gibt es auch beim Geburtsland zwei Ausprägungen: im Inland und im Ausland geboren, wobei für die letztere eine tiefer gehende Gliederung möglich ist. Grundsätzlich sind Gliederungen nach Staatsangehörigkeit und Geburtsland voneinander unabhängig und führen zu jeweils eigenständigen Ergebnissen. Beide Ausprägungen müssen nicht zwangsläufig übereinstimmen.

Anhand eines Vier-Quadrantenschemas lassen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufzeigen (siehe Übersicht 3.1). Der 1. Quadrant enthält die nicht in Deutschland geborenen, zugewanderten Ausländer und der 2. Quadrant die in Deutschland geborenen, nicht zugewanderten Ausländer. Diese beiden Gruppen machen zusammen die in der amtlichen Statistik üblicherweise nachgewiesene Gruppe der Ausländer aus. Der 3. Quadrant enthält die im Ausland geborenen, zugewanderten Deutschen und der 4. Quadrant die nicht zugewanderten Deutschen. Diese letzte Gruppe erfasst mehrheitlich Deutsche ohne Migrationshintergrund, daneben aber auch Personen mit Migrationshintergrund. Dieser Personenkreis kann jedoch nicht ausschließlich durch das Geburtsland und die Staatsbürgerschaft identifiziert werden. Man benötigt zusätzliche Angaben, etwa die frühere Staatsbürgerschaft bei Eingebürgerten oder Angaben zur Herkunft der Eltern, wenn der Migrationshintergrund aus dem familialen Umfeld abgeleitet wird. Im Gegensatz dazu stellt die definitorische Ab-

grenzung der in den Quadranten 1 bis 3 erfassten Bevölkerungsgruppen keine hohen Anforderungen.

Übersicht 3.1: Klassifikation der Bevölkerung nach Migrationsstatus

Staatsangehörigkeit	Geburtsland	
	Ausland	Inland
nicht deutsch	<p>1. <i>Quadrant</i> Zugewanderte Ausländer</p> <p>(Migranten der 1. Generation)</p>	<p>2. <i>Quadrant</i> Nicht zugewanderte Ausländer</p> <p>(Migranten der 2. und 3. Generation mit ausländischer Staatsangehörigkeit)</p>
deutsch	<p>3. <i>Quadrant</i> Zugewanderte Deutsche</p> <p>(Eingebürgerte ausländische Migranten der 1. Generation, im Ausland geborene Deutsche und Spätaussiedler)</p>	<p>4. <i>Quadrant</i> Nicht zugewanderte Deutsche</p> <p>(Einheimische (Personen ohne Migrationshintergrund) und Migranten der 2. und 3. Generation mit deutscher Staatsangehörigkeit (Personen mit Migrationshintergrund))</p>

Quelle: Statistisches Bundesamt (2007:321).

Anhand des „foreign-born-Konzeptes“ kann der Zuwandereranteil an der Bevölkerung eines Landes quantitativ genauer angegeben werden. Er setzt sich aus ausländischen Zuwanderern und Personen zusammen, die im Ausland geboren wurden, aber die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Dies kann aufgrund von Einbürgerung oder durch Zuwanderung von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit wie bei Spätaussiedlern der Fall sein. Zuwanderer sind demnach Personen, die selbst gewandert sind und der ersten Migrantengeneration angehören, unabhängig von der jeweiligen Staatsangehörigkeit (1. und 3. Quadrant). Genauere Angaben zum Personenkreis des 4. Quadranten können aber erst mit dem Konzept „Personen mit Migrationshintergrund“ gewonnen werden.

3.1.3 Konzept „Personen mit Migrationshintergrund“

Seit Inkrafttreten des Mikrozensusgesetzes 2005 ermöglichen die Daten des Mikrozensus die Identifizierung von Personen mit Migrationshintergrund. Der Mikrozensus, 1957 in der früheren Bundesrepublik und ab

1990 in Gesamtdeutschland eingeführt, ist die amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, an der jährlich 1 % aller Haushalte in Deutschland beteiligt sind. Befragt werden etwa 390.000 Haushalte mit rund 830.000 Personen. Neben sich jährlich wiederholenden, vor allem soziodemographischen und erwerbsstatistischen Fragebereichen werden zusätzlich wechselnde Schwerpunktthemen etwa zu Gesundheit und Wohnen erfragt.

Mit dem neuen Befragungsprogramm lassen sich zusätzlich zum Ausländerbestand auch Zahlen zu Personen mit Migrationshintergrund angeben. Bei eingebürgerten Personen wird auch nach der ehemaligen Staatsangehörigkeit und dem Jahr der Einbürgerung gefragt. Zusätzlich werden alle vier Jahre die Staatsangehörigkeit der Eltern, sofern sie seit 1960 ihren ständigen Aufenthalt in Deutschland haben oder hatten, ihr Zuzugsjahr und, sofern eingebürgert, ihre frühere Staatsangehörigkeit erhoben. Damit stellen die Daten des Mikrozensus eine wichtige Ergänzung zu anderen amtlichen Statistiken dar, die bislang nur das Merkmal Staatsangehörigkeit erfassen und deshalb weder zwischen der ersten und der zweiten Ausländergeneration unterscheiden, noch Spätaussiedler und Eingebürgerte, die als Deutsche in die Statistik eingehen, identifizieren können.

Das Statistische Bundesamt (2011:6) zählt zu den Personen mit Migrationshintergrund „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.“ Da nicht in allen Fällen zwischen der zweiten und dritten Generation unterschieden werden kann, nimmt das Statistische Bundesamt nur eine Differenzierung zwischen erster Generation (Zuwanderer) und zweiter Generation und höher (in Deutschland Geborene) vor. Ausländern und Eingebürgerten wird generell ein Migrationshintergrund unterstellt. In Deutschland geborene Deutsche können ebenfalls a) als Deutsche mit einseitigem Migrationshintergrund, b) als Kinder von Spätaussiedlern oder c) als ius soli-Kinder einen Migrationshintergrund haben. Dieser Personenkreis kann den Migrationshintergrund statistisch aber nicht mehr weiter „vererben“ (Statistisches Bundesamt 2011:6). Im Mikrozensus 2007 wird zudem erstmals die Gruppe der Spätaussiedler gesondert ausgewiesen. Sie sind in der Kategorie „Deutsche mit eigener Migrationserfahrung“ enthalten.

Das Statistische Bundesamt (2011:7) nimmt die folgende Unterscheidung der Bevölkerung nach Migrationshintergrund vor (siehe Übersicht 3.2):

Übersicht 3.2: Bevölkerung nach Migrationshintergrund

Bevölkerung insgesamt	
1	Deutsche ohne Migrationshintergrund
2	Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn
2.1	Personen mit nicht durchgehend bestimmbareren Migrationshintergrund
2.2	Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn
2.2.1	Personen mit eigener Migrationserfahrung (Zugewanderte)
2.2.1.1	Ausländer
2.2.1.2	Deutsche
2.2.1.2.1	Spätaussiedler (ohne Einbürgerung)
2.2.1.2.2	Eingebürgerte
2.2.2	Personen ohne eigene Migrationserfahrung
2.2.2.1	Ausländer (2. und 3. Generation)
2.2.2.2	Deutsche
2.2.2.2.1	Eingebürgerte
2.2.2.2.2	Deutsche mit mindestens einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil (mit einseitigem bzw. beidseitigem Migrationshintergrund)

Quelle: Statistisches Bundesamt (2011:7).

Nicht zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund gehören demnach: nicht zugewanderte Deutsche ohne Migrationshintergrund und während eines Auslandsaufenthalts geborene Kinder von Deutschen ohne Migrationshintergrund.

3.1.4 Anmerkungen zu den Datenquellen

Daten der Bevölkerungsfortschreibung weisen ältere Ausländer mit einem zu hohen Anteil aus. Ursache hierfür ist, dass Personen trotz Rückkehr in ihr Heimatland verschiedentlich im Melderegister verbleiben, weil eine Abmeldung in Deutschland unterblieb. Im AZR, dessen Datenbestand bereinigt wurde, sind Zahlen und Anteile der ausländischen Bevölkerung daher niedriger als in der Bevölkerungsfortschreibung (Opfermann et al. 2006:480ff.). Die Bevölkerungsfortschreibung und das AZR erfassen nur die Bevölkerung mit ausländischer Staatsbürgerschaft. Das dem Mikrozensus 2005 zu Grunde liegende Konzept „Personen mit Migrationshintergrund“ spiegelt dagegen umfassender und differenzierter Informationen (und mögliche Integrationsbedarfe im Alter) für rund ein Fünftel der Bevölkerung wider.

Aufgrund der statistischen Unsicherheit infolge des Stichprobencharakters des Datensatzes werden die Ergebnisse des Mikrozensus an die Bestände der Bevölkerungsfortschreibung angepasst. Die Korrektur erfolgt nach den Merkmalen Staatsangehörigkeit und Geschlecht. Dadurch beruht die Verteilung der Bevölkerung im Mikrozensus auf der Verteilung

in der Bevölkerungsfortschreibung, deren Probleme bereits angesprochen wurden. Die Daten des Mikrozensus zeigen aber, dass der allgemeine Alterungsprozess in Deutschland durch den hohen Anteil an jüngeren Menschen mit Migrationshintergrund abgeschwächt wird. Zuwanderer sind im Durchschnitt jünger als Abwanderer. Zudem relativieren die Daten des Mikrozensus den fortschreitenden Alterungsprozess der ausländischen Bevölkerung in Deutschland.

Der Mikrozensus ist derzeit die einzige amtliche und repräsentative Datenquelle zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Allerdings wird auch im Rahmen der empirischen Sozialforschung (z. B. PISA-Untersuchung und Berufsbildungsforschung, Settlemeyer/Erbe 2010) und der Kommunalstatistik (z. B. Stadt Nürnberg, Statistik aktuell Juli 2010) der Migrationshintergrund erfasst. Dies erfolgt aber auf Grundlage unterschiedlicher und weniger tief gehender Definitionen als im Mikrozensus. Zudem gibt es Ansätze, den Migrationshintergrund auch in anderen amtlichen Statistiken abzubilden wie der Schulstatistik sowie der Kinder- und Jugendhilfestatistik. Auf Länderebene hat sich die länderoffene Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ 2009 auf eine gemeinsame Definition des Merkmals „Migrationshintergrund/Zuwanderungsgeschichte“ geeinigt (Santel 2009:3). Danach liegt ein Migrationshintergrund vor bei

- a) Zugewanderten seit dem 01.01.1950,
- b) Ausländerinnen und Ausländern,
- c) Eingebürgerten und
- d) Kindern mit mindestens einem im Ausland geborenen und zugewanderten, ausländischen oder eingebürgerten Elternteil.

Um eine Vergleichbarkeit von Datenquellen zu erzielen, müssten die bestehenden Unterschiede in den Definitionen des Migrationshintergrundes und zwischen den sich daraus ergebenden Erhebungsmerkmalen beseitigt werden.

3.2 Datenquellen der empirischen Sozialforschung

Daten über ältere Migranten stammen im Wesentlichen aus zwei Typen von Quellen: Sie fallen bei der fortlaufenden Registrierung personenbezogener Ereignisse im Rahmen staatlichen Verwaltungshandelns an oder sie wurden in Umfragen erhoben, die entweder als staatlich organisierte Total- oder Teilerhebungen (Zensen) mit Antwortpflicht oder als Erhebungen an Stichproben von Freiwilligen durchgeführt werden. Parallel zu

den amtlichen Umfragedaten gibt es eine Reihe von prozessproduzierten Daten, die in Spezialregistern Eingang finden. Hierzu zählen z. B. die Daten der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) oder die Asylzahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

Neben dem Mikrozensus, der sich aufgrund des Fragenprogramms als Datenquelle an der Schnittstelle zwischen amtlicher Statistik und empirischer Sozialforschung befindet, sind mehrere sozialwissenschaftliche Datenquellen für die Beschreibung und Analyse älterer Migranten von Relevanz: das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) (Kapitel 3.2.1), die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) (Kapitel 3.2.2) und die Repräsentativbefragung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2006/2007“ (RAM) (Kapitel 3.2.3). Besondere Bedeutung kommt dem Alterssurvey zu (Kapitel 3.2.4), der zu einer Vielzahl von Themen repräsentative Daten zu älteren Ausländern bereitstellt. Andere Datenquellen der Sozialwissenschaften haben aus unterschiedlichen Gründen einen stärker eingeschränkten Informationswert (Kapitel 3.2.5). Mit Ausnahme des SOEP ist allen Datenquellen gemeinsam, dass sie Ausländer, nicht aber Personen mit Migrationshintergrund erfassen. Gleichwohl tragen die Datenquellen der empirischen Sozialforschung dazu bei, das Bild über ältere Migranten zu schärfen (Kapitel 3.2.6).

3.2.1 Sozio-oekonomisches Panel

Das Sozio-oekonomische Panel ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die im jährlichen Rhythmus seit 1984 in West- und seit 1990 in Gesamtdeutschland bei denselben Personen und Familien durchgeführt wird. Die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) organisierte Befragung umfasst gegenwärtig rund 12.500 Haushalte und deren Mitglieder, die 16 Jahre und älter sind. Kontinuierliche Themenschwerpunkte sind unter anderem Haushaltszusammensetzung und Wohnsituation, Erwerbs- und Familienbiographie, Erwerbsbeteiligung und berufliche Mobilität, Einkommensverläufe und Partizipation, Gesundheit und Lebenszufriedenheit. In jährlich wechselnden Schwerpunktthemen werden zudem Informationen z. B. über „Familie und soziale Dienste“ oder „Soziale Sicherung“ erhoben.

Das SOEP besteht aus acht Teilstichproben, von denen sich zwei auf Ausländer bzw. Zuwanderer beziehen. Die seit 1984 durchgeführte Ausländerstichprobe (Teilstichprobe B), die gegenwärtig die größte Wiederholungsbefragung bei Ausländern in Deutschland ist, umfasst Haushalte mit einem Haushaltsvorstand türkischer, spanischer, griechischer und ehemals

jugoslawischer Nationalität. Die Zuwandererstichprobe (Teilstichprobe D) erfasst Zuwanderer, die zwischen 1984 und 1995 nach Westdeutschland gekommen sind. Darüber hinaus sind auch in den anderen Teilstichproben Ausländer bzw. Zuwanderer enthalten. Im Jahr 2010 waren im SOEP 19.127 Personen Befragungspersonen, davon hatten 985 (5 %) eine ausländische Staatsangehörigkeit bzw. 2.763 (14 %) einen Migrationshintergrund (ungewichtete Zahlen).

3.2.2 Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften

Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) ist eine multithematische Umfrageserie zur Sozialstruktur sowie zu Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung, die seit 1980 in zweijährigem Abstand in West- und seit 1991 in Gesamtdeutschland durchgeführt wird. In persönlichen Interviews wird seit 1998 ein repräsentativer Querschnitt der erwachsenen, deutschsprachigen Wohnbevölkerung (d. h. Deutsche und Ausländer) befragt. Die Stichprobe wird aus den Einwohnermelderegistern gezogen. Die Fallzahl beträgt rund 3.500 Interviews. Durch die Einbindung in das International Social Survey Programme (ISSP) besteht die Möglichkeit, international vergleichende Analysen durchzuführen.

Das Fragenprogramm jeder ALLBUS-Erhebung umfasst einen Block konstanter Fragen, Einzelindikatoren und Itembatterien (z. B. zu Einstellungen gegenüber Ausländern), die im Abstand von etwa vier bis sechs Jahren repliziert werden, sowie ein bis zwei Themenschwerpunkte (z. B. religiöse Orientierungen und politische Partizipation). Ein Themenschwerpunkt der letzten Erhebung aus dem Jahr 2006 ist die Einstellung gegenüber ethnischen Gruppen bzw. die Akzeptanz von Immigration, ethnischen Minderheiten und Juden. Aufgrund der geringen Fallzahl an Ausländern, 2006 wurden 228 Ausländer befragt, 2004 184 und 2002 sogar nur 121, können weiter gehende Differenzierungen vielfach nicht vorgenommen werden.

3.2.3 Repräsentativbefragung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2006/2007“

Die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge durchgeführte Repräsentativbefragung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2006/2007“ steht in der Tradition der „Repräsentativuntersuchungen zur Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen“, die 1980, 1985, 1995 und 2001 stattfand und vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung bzw. vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit beauftragt wurde. Die Studie wurde konzeptionell

überarbeitet und umfasst die im Jahr 2006 fünf größten ausländischen Nationalitätengruppen in Deutschland. Insgesamt wurden in persönlichen Interviews 4.576 türkische, ehemalige jugoslawische, italienische, griechische und polnische Staatsangehörige im Alter von 15 bis 79 Jahren befragt, die sich zum Zeitpunkt der Befragung mindestens seit 12 Monaten in Deutschland aufhielten.

Änderungen gegenüber den Vorgängeruntersuchungen wurden auch in methodischer Hinsicht vorgenommen, indem eine Zufallsstichprobe aus dem Ausländerzentralregister gezogen wurde. Die RAM-Studie ist – wie auch ALLBUS – eine Mehrthemenbefragung zu verschiedenen Integrationsaspekten. Themenbereiche sind unter anderem Bildung und Beruf, Haushalt und familiäre Situation, soziale Integration und Rückkehrabsichten, Werteorientierungen und religiöse Einstellungen (Babka von Gostomski 2008; 2010). Der Datensatz enthält 395 Personen im Alter von 65 bis 79 Jahren, was einem Anteil an Älteren von 8,6 % entspricht. Auch bei diesem Sample sind somit die Möglichkeiten für Analysen bei weitergehenden Differenzierungen eingeschränkt.

3.2.4 Alterssurvey

Der vom Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA) durchgeführte und vom BMFSFJ finanziell geförderte Deutsche Alterssurvey (DEAS) ist eine bundesweit repräsentative Quer- und Längsschnittbefragung von Personen, die sich in der zweiten Lebenshälfte befinden (40 Jahre und älter). Die Untersuchung dient dazu, Mikrodaten bereitzustellen, die sowohl für die sozial- und verhaltenswissenschaftliche Forschung als auch für die Sozialberichterstattung genutzt werden. Die erste Befragungswelle wurde 1996, die zweite 2002 und die dritte 2008 durchgeführt. Mit der dritten Welle verfügt das DEAS über eine komplexe Stichproben- und Datenstruktur. Die Kombination aus Erst- und Wiederholungsbefragungen ermöglicht sowohl das Erforschen gesellschaftlicher Entwicklungen des Alters im Zeitvergleich als auch die Analyse individueller Entwicklungen des Älterwerdens aus einer Lebenslaufperspektive (Motel-Klingebiel et al. 2010:16).

Um auch die Lebenssituation älterer Ausländer zu untersuchen und diese mit den Lebensbedingungen der gleichaltrigen deutschen Wohnbevölkerung zu vergleichen, wurde mit der zweiten Welle des Alterssurveys eine Ausländerstichprobe gezogen. Befragt wurden 586 Personen im Alter von 40 bis 85 Jahren zu den Themen materielle Lage, Gesundheit, Familienbeziehungen, soziale Unterstützung und transnationale Mobilität im Alter (Baykara-Krumme/Hoff 2006).

Die Ausländerstichprobe des Alterssurveys ermöglicht einen Vergleich mit der deutschen Wohnbevölkerung. Sie kann aber der großen Heterogenität der ausländischen Bevölkerung in Deutschland nicht gerecht werden. Da jeweils nur geringe Fallzahlen zur Verfügung stehen, erschwert die Vielfalt der Befragten die Datenanalyse und die Aussagekraft der Analyseergebnisse. Zudem weist die Ausländerstichprobe ein Selektivitätsproblem auf, indem praktisch nur Ausländer mit ausreichenden deutschen Sprachkenntnissen an der Befragung teilnahmen. Die Ergebnisse können nur unter Vorbehalt auf die ausländische Bevölkerung Deutschlands bezogen werden. Gleichwohl kann die Ausländerstichprobe des Alterssurveys als ein weiterer Beitrag zur Verbesserung der Datenlage der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit angesehen werden.

Für die Erhebung 2008 wurde eine Stichprobe aus der Grundgesamtheit der 40- bis 85-jährigen Bevölkerung in Privathaushalten gezogen, ungeachtet der Staatsangehörigkeit. Diese Ausweitung beruhte auf dem Wunsch nach einer Stichprobe, die einen repräsentativen Querschnitt über die gesamte Bevölkerung einschließlich der Personen mit Migrationshintergrund bildet (Engstler/Motel-Klingebiel 2010:41). Allerdings können dadurch keine Vergleiche zwischen der Basisstichprobe 2008 und der Ausländerstichprobe 2002 vorgenommen werden.

3.2.5 Weitere Datenquellen

„SHARE“ (Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe) ist ein multidisziplinärer Mikrodatensatz, der Informationen zu Gesundheitszustand, sozioökonomischer Lage sowie den familiären und sozialen Netzwerken enthält. Die derzeitige Stichprobe umfasst über 45.000 Menschen ab einem Alter von 50 Jahren in 14 europäischen Ländern und Israel. Der Basisdatenerhebung in den Jahren 2004/2005 folgte 2006/2007 eine Wiederholungsbefragung. Die dritte Datenerhebungswelle, SHARELIFE, fand 2008/2009 statt. Eine vierte Welle wurde 2011 durchgeführt. Share ist auf die US-amerikanische Health and Retirement Study (HRS) und die English Longitudinal Study of Ageing (ELSA) abgestimmt. Im Gegensatz zum HRS ist SHARE jedoch international vergleichend konzipiert. Die wissenschaftliche Stärke des Surveys ist seine Panelform, durch die der dynamische Charakter von Alterungsprozessen erfasst werden kann.

Die deutsche Teilstudie umfasst 3.000 Befragte. Hierbei handelt es sich um Personen, die in einem privaten Haushalt leben, gesundheitlich in der Lage sind, an der Befragung teilzunehmen und die deutsche Sprache

sprechen. Zwischen In- und Ausländern oder Personen ohne und mit Migrationshintergrund wird nicht unterschieden. Allerdings wird in der Befragung der Geburtsort erhoben. Eine Datenauswertung nach diesem Merkmal steht jedoch aus. Insofern liegen keine Informationen über Ausländer bzw. Migranten sowie zwischen deutscher und ausländischer Wohnbevölkerung vor.

Hinzuweisen ist zudem auf zwei Datenquellen, die teilweise oder ausschließlich auf (ältere) Ausländer aus der Türkei bzw. auf türkische Migranten abstellen: den „Generations and Gender Survey“ (GGs) und die Projekte des „Zentrums für Türkeistudien“ (ZfT). Beiden Datenquellen kommt insofern Relevanz zu, als Staatsangehörige aus der Türkei im Jahr 2009 mit 1,66 Mio. Personen – wenn auch mit abnehmender Tendenz – die größte Gruppe an ausländischen Staatsbürgern in Deutschland stellten. Dies entsprach einem Anteil von 24,8 % an allen ausländischen Staatsangehörigen (Migrationsbericht 2009, 2011:204f.).

Der „Generations and Gender Survey“ ist eine international vergleichende, multidisziplinäre sowie retrospektiv und prospektiv angelegte Bevölkerungsumfrage. Erhoben werden Fragen zum Fertilitätsverhalten, zur Bildung und Entwicklung von Partnerschaften, zu Geschlechterbeziehungen, zu Generationenbeziehungen sowie zur familiären Situation. Erfragt werden zudem familienbezogene Ereignisse in der Vergangenheit und in der Zukunft geplante Handlungen (Naderi et al. 2009).

Der GGS ist als Paneluntersuchung angelegt. Vorgesehen sind drei Erhebungswellen in einem zeitlichen Abstand von jeweils drei Jahren. Die erste Welle des GGS wurde im Jahr 2005 durchgeführt und umfasste die deutschsprachige Wohnbevölkerung in Deutschland im Alter zwischen 18 und 79 Jahren. Befragt wurden 10.017 Personen. Allerdings sind in dieser Befragung die türkischen Migranten, vor allem jene mit schlechten Deutschkenntnissen, stark unterrepräsentiert. Aussagen zur sozialen Situation von türkischen Migranten sind mit großer Unsicherheit behaftet (Etté et al. 2007:7). Im Jahr 2006 wurde daher eine Zusatzerhebung von 4.045 in Deutschland lebenden Migranten mit türkischer Staatsangehörigkeit durchgeführt. Hierbei wurden auch 572 Personen im Alter von 55 bis 79 Jahren erfasst (Micheel/Naderi 2009:179).

In einer gesonderten Studie wurde der Fokus auf die älteren türkischen Migranten gelegt (Hubert et al. 2009). Die Daten der Haupt- und Zusatz-

befragung wurden auf Personen eingegrenzt, die zum Zeitpunkt der Befragung mindestens 50 Jahre alt waren. Damit liegen Daten für 3.946 bzw. 784 Personen vor. Ältere Türken sind in der Zusatzbefragung zwar stark unterrepräsentiert, gleichwohl handelt es sich hier um die bisher größte Stichprobe von älteren Menschen mit türkischer Staatsangehörigkeit.

Befragungsthemen sind objektive und subjektive Lebenslagendimensionen. Zu diesen gehören soziodemographische Indikatoren, migrationsbezogene Angaben, berufliche, ökonomische und soziale Angaben sowie Angaben zur Gesundheit und zum subjektiven Wohlbefinden. Dieses Konstrukt wird durch die Themenkomplexe „Zufriedenheit mit unterschiedlichen Lebensbereichen“ und „Einsamkeit“ abgedeckt. Weiterhin wird die Generierung von sozialen Migrantenclustern auf Basis von Werten, Normen und Einstellungen sowie Bildungs- und Integrationsindikatoren erhoben, um Akkulturationsstrategien herausarbeiten zu können.

Das Zentrum für Türkeistudien hat das Ziel, den Wissens- und Informationsstand über die Türkei und die türkischen Migranten zu erhöhen. Im Rahmen seiner Arbeit hat das ZfT seit 1985 über 200 Projekte abgeschlossen. Seit 1999 wird im Rahmen des Projektes „Türkeistämmige Migranten in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland: Lebenssituation und Integrationsstand“ jährlich eine Mehrthemenbefragung in gleicher Form durchgeführt. Hierbei werden Daten bereitgestellt, welche über die Merkmalskataloge der amtlichen Statistik hinausgehen und als Zeitreihen aufbereitet werden können. Erfasst werden das Stimmungsbild der Bürger türkischer Herkunft, ihre Wahrnehmung von Problemen und ihre Erwartungen an das Land hinsichtlich dieser Probleme. Als „türkeistämmig“ werden alle Personen definiert, die einen türkischen Vor- und/oder Nachnamen haben und sich selbst als türkeistämmig bezeichnen – unabhängig davon, welche Staatsbürgerschaft sie haben und wie sie die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten haben (Sauer 2010).

Ergebnisse der elften Mehrthemenbefragung beziehen sich auf die kognitive, strukturelle, identifikative und gesellschaftliche Integration sowie auf politische Einstellungen und Partizipation. Das jährlich wechselnde Thema widmete sich 2010 dem zivilgesellschaftlichen Engagement. Befragt wurden rund 1.000 Personen aus Nordrhein-Westfalen (NRW). Hierunter waren 7,5 % der Befragten 65 Jahre und älter. Trotz der kleinen Befragtenzahl an Älteren ist die Datenquelle aufgrund der Möglichkeit, Trends aufzuzeigen, von Interesse.

3.2.6 Fazit

Die genannten Surveys tragen mit ihren Analysepotenzialen auch zum Verständnis des Prozesses des Alterns und der Lebensphase des Alters von Migranten bei. Wie Zeman (2009:437) konstatiert, ist das Wissen über ältere Migranten aber fragmentiert, weil sich die empirischen Befunde mit größerer Reichweite bisher an der Unterscheidung zwischen Ausländern und Deutschen orientieren, wodurch soziale und kulturelle Differenzen nur teilweise erfasst werden. Daneben steht unverbunden eine Fülle von kleineren, meist qualitativen Studien und Praxisberichten, die zwar Einzelaspekte tiefer gehend behandeln, jedoch keinen Anspruch auf Verallgemeinbarkeit der Ergebnisse erheben können.

Teilweise handelt es sich um bundesweite Erhebungen, die auch einen Vergleich mit der deutschen Bevölkerung ermöglichen. Allerdings lassen die Befragungen aufgrund des Stichprobendesigns nur repräsentative Aussagen über Ausländer bzw. bestimmte Nationalitätengruppen zu. Repräsentative Daten zu älteren Personen mit Migrationshintergrund liegen mit Ausnahme des SOEP bisher nicht vor. Methodisch schwer zu erfassende Migrantengruppen, kleine Nationalitätengruppen und Personengruppen wie Flüchtlinge sind wenig erforscht. Insofern ist die Datenlage zur Beschreibung älterer Migranten unbefriedigend. Für einen Überblick zur Soziodemographie und zu relevanten Aspekten der Lebenssituation von älteren Migranten muss daher auf Datenquellen der amtlichen Statistik und der empirischen Sozialforschung zurückgegriffen werden.

3.3 Forschungssituation

3.3.1 Forschungen zu „Älteren Migranten“

Die Tatsache, dass sich Deutschland erst relativ spät als Zuwanderungsland verstand, spiegelt sich auch in der Forschungssituation wider. Erst in neuerer Zeit existiert eine umfangreiche und vielfältige Literatur zum Thema Migration (Schimany/Schock 2011). Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels sind in den letzten Jahren auch verstärkt ältere Migranten in den Blick gekommen (Baykara-Krumme/Hoff 2006:449f.; Hubert et al. 2009:14). Recherchen in der Literatur-Datenbank SOLIS zeigen, dass bis 1975 nahezu keine einschlägigen Veröffentlichungen vorliegen (siehe Tabelle 3.1). Erst danach finden sich zunehmend Publikationen. Seit Beginn der 1990er Jahre hat sich die Zahl der Veröffentlichungen alle zehn Jahre in etwa verdoppelt. Im Durchschnitt erscheinen seit 2001 jährlich etwa zwanzig Publikationen. Geht man davon aus, dass nicht alle Veröffentlichungen erfasst werden, dürfte die Zahl der jährlichen Neuerscheinungen noch höher liegen.

Tabelle 3.1: Veröffentlichungen zum Thema „Ältere Migranten“ 1945-2009

Erscheinungsjahre	Anzahl Veröffentlichungen
1945 – 1960	0
1961 – 1975	3
1976 – 1980	19
1981 – 1985	22
1986 – 1990	32
1991 – 1995	61
1996 – 2000	55
2001 – 2005	102
2006 - 2009	91
Insgesamt	387

Anmerkung: Für zwei Veröffentlichungen liegen keine Jahresangaben vor.

Quelle: GESIS-Recherche Dezember 2009

In den 1980er Jahren beschäftigte sich die Migrationsforschung zunächst mit der Arbeitssituation und den Bleibe- bzw. Rückkehrabsichten von „Gastarbeitern“. Besonderes Interesse wurde Untersuchungen zu Bereitschaft und Förderung der Rückkehr zuteil (Bostanci 1982, Hönekopp 1987). Gleichzeitig wurden die Wohlfahrtsverbände sowie die Sozial- und Gesundheitsdienste auf Probleme der älter werdenden Arbeitsmigranten aufmerksam. Mit dem Erreichen des Rentenalters eines Gutteils der ersten Generation von „Gastarbeitern“ wurden die Themen Ruhestand sowie Gesundheit und Pflege im Alter verstärkt aufgegriffen. Im Verlauf der 1990er Jahre erschien hierzu eine Reihe von Publikationen (z. B. Dietzel-Papakyriakou 1991, 1993).

In den 1990er Jahren beschäftigte sich auch die praxisorientierte sozialwissenschaftliche Forschung mit der Lebenssituation im Ruhestand und der Versorgung bei Hilfebedürftigkeit, wobei – vor dem Hintergrund des anhaltenden Familiennachzugs seit Mitte der 1970er Jahre – zunehmend auch Frauen und Familien in den Blick kamen. Eine vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegebene Studie ermittelte die soziale Lage alleinstehender älterer Migrantinnen auf der Grundlage von 87 narrativen Interviews. Die Gespräche wurden mit Frauen aus der Türkei, Italien, Griechenland, dem ehemaligen Jugoslawien und Vietnam geführt (Matthäi 2004, 2006). Weitere Forschungen bezogen

sich auf die Eltern-Kind-Beziehungen. Herausgearbeitet wurde, inwieweit die Migration zu Veränderungen in den Generationenbeziehungen führt (Nauck 2000).

3.3.2 „Ältere Migranten“ als Thema der Politik

Die Studien dienten zumeist als Grundlage für die Weiterentwicklung der Altenarbeit und der Sozialen Dienste sowie der Sozialberichterstattung auf kommunaler Ebene. Ab dem Jahr 2000 fand das Thema „ältere Migranten“ auch zunehmend Eingang in die Sozialberichte des Bundes. Im sechsten Familienbericht zum Thema „Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen – Belastungen – Herausforderungen“ kamen im Rahmen der Familienberichterstattung ältere Migranten in den Blick (BMFSFJ 2000). Der Dritte Altenbericht „Alter und Gesellschaft“ beschäftigte sich erstmals ausführlicher mit älteren Migranten (BMFSFJ 2001). Zuvor war eine empirisch orientierte Forschung nicht möglich, da ältere Ausländer in den einschlägigen Datenquellen aufgrund ihres geringen Anteils an der Bevölkerung kaum vertreten waren. Erst der Fünfte Altenbericht „Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft – Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen“ diskutierte das Thema „ältere Migranten“ umfassender (BMFSFJ 2005).

Im Zentrum des Berichts stehen die Potenziale älterer Menschen in der Erwerbs- und Nacherwerbsphase, die in verschiedenen Handlungsfeldern untersucht werden. Behandelt werden die Themen Beschäftigung, Bildung, Einkommenslage, Seniorenwirtschaft, Familie und private Netzwerke sowie Engagement und Teilhabe. In einem eigenen Kapitel wird abschließend auf ältere Migrantinnen und Migranten eingegangen. Auf rund sechzig Seiten werden aufgezeigt: kulturspezifische Potenziale, Prognosen und Szenarien zur Migration, Datenlage, demographische Struktur und Entwicklung der Migrantenbevölkerung, Einkommenssituation und Einkommensquellen, Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit, Bezug von Transferleistungen und von Sozialhilfe, Sprachkenntnisse und Bildungssituation, Gesundheitssituation, familiäre und soziale Netzwerke, soziales Engagement sowie Mobilitätspotenziale und Wanderungsverhalten. Abgerundet wird der Bericht mit Handlungsempfehlungen zur Datensituation und zu den behandelten Lebenslagen.

Vor dem Hintergrund des vom Deutschen Zentrums für Altersfragen bereits 1989 herausgegebenen Tagungsbandes „Produktivität des Alters. Zur Neubestimmung gesellschaftlicher Funktionen der nachberuflichen Lebensphase“ greift der Fünfte Altenbericht erneut die Frage auf, wie

„die Potenziale des Alters gesellschaftlich besser genutzt werden können“ (BMFSFJ 2005). Hierbei wurden erstmals auch ältere Migranten in die politischen Überlegungen zur Produktivität älterer Menschen und zu den dem demographischen Wandel innewohnenden Chancen einbezogen.

Darüber hinaus werden „ältere Migranten“ auch im 2007 erschienenen „Nationalen Integrationsplan“ der Bundesregierung mehrfach angesprochen (z. B. im Beitrag der Länder und im Themenfeld 4 „Lebenssituation von Frauen und Mädchen verbessern, Gleichberechtigung verwirklichen“). Gleiches gilt für den 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung „Lebenslagen in Deutschland“ aus dem Jahr 2008. „Ältere Migranten“ sind zudem Thema von Parteianfragen im Deutschen Bundestag: der großen Anfrage der FDP „Seniorinnen und Senioren in Deutschland“ (Drucksache 16/8301 vom 20.02.2008) und der großen Anfrage der Fraktion DIE LINKE „Beschäftigungssituation Älterer, ihre wirtschaftliche und soziale Lage und die Rente ab 67“ (Drucksache 17/169 vom 07.12.2009). Schließlich werden ältere Migranten auf Bundesebene im Kontext von „Zusammenhalt und Integration“ erwähnt (BMI: 2010:5). Auf Länderebene finden ältere Migranten im Rahmen der Integrationspolitik verstärkt Berücksichtigung, und hier wiederum vor allem in den Handlungsfeldern Wohnen und Gesundheit (Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 14/5643 vom 17.11.2009). Diese Beispiele zeigen, dass das Thema „ältere Migranten“ Eingang in die Landes- und Bundespolitik gefunden hat. Eine eingehende Behandlung steht bisher aber noch aus.

3.3.3 Forschungsstand

„Ältere Migranten“ werden zwar in Wissenschaft und Politik mittlerweile weithin thematisiert, aber selbst in der Alter(n)sforschung kommen Migranten nur nachrangig in den Blick, während umgekehrt ältere Menschen kaum Gegenstand migrationswissenschaftlicher Erörterungen sind. In den von der Akademiegruppe „Altern in Deutschland“ unter dem Titel „Gewonnene Jahre“ vorgelegten Empfehlungen von 2009 werden „ältere Migranten“ nicht näher diskutiert (WZB 2009:55). Und die Volkswagen-Stiftung bewilligte im Rahmen der Ausschreibung „Perspektiven des Alterns“ 2008 und 2009 eine Reihe von Projekten, von denen sich keines explizit mit älteren Migranten befasst.

Gleichwohl wurden in den letzten Jahren mehrere einschlägige Untersuchungen vorgelegt. Die Forschungen zur Lebenssituation älterer Migranten fokussieren auf fünf Aspekte, die zugleich das gesellschaftliche und sozialpolitische Spannungsfeld abstecken, in dem sich das oftmals prekäre

Altern von Migranten in der Einwanderungsgesellschaft vollzieht (Reinprecht 2007:214f.):

1. Problemlagen und Benachteiligungen:

Der Übergang in die nachberufliche Lebensphase ist für ältere Migranten durch die Erfahrung „komplexer Unsicherheit“ geprägt. Es besteht ein erhöhtes Risiko einer Verdichtung von Problemlagen und Benachteiligungen.

2. Soziale Beziehungen:

Soziale Ressourcen deuten auf eine ausgeprägte Binnenintegration der Migrantenmilieus hin. Außerfamiliäre Sozialressourcen sind dagegen selten.

3. Krankheit und Pflege:

Der Bedarf an Unterstützung und Hilfe in der Alltagsbewältigung wird überwiegend informell durch familiäre und nachbarschaftliche Netze abgedeckt. Soziale Dienste werden aufgrund individueller und systematischer Barrieren wenig in Anspruch genommen.

4. Lebensmittelpunkt:

Auch nach Eintritt in den Ruhestand verbleibt die ganz überwiegende Mehrzahl älterer Migranten im Aufnahmeland.

5. Heterogenität:

Zwischen den verschiedenen Migrantengruppen bestehen zahlreiche Gemeinsamkeiten in der Lebenslage. Sie bilden jedoch keine homogene Einheit, da ihre Bedarfslagen erheblich differieren.

In einer Auswertung vorliegender Studien kommen Baykara-Krumme/Hoff (2006:451f.) zu dem Schluss, dass die Ergebnisse zur sozialen Lage älterer Ausländer bzw. Migranten weitgehend übereinstimmen. Überblicksdarstellungen von Zeman (2005; 2009), Reinprecht (2007), Anderson (2008) und Menning/Hoffmann (2009) bestätigen die grundlegenden Muster zur Lebenslage von älteren Ausländern (bzw. älteren Personen mit Migrationshintergrund).

Hinsichtlich der Einkommenssituation bzw. der materiellen Lage wird auf das unterdurchschnittliche Renteneinkommen der ehemaligen „Gastarbeiter“ hingewiesen. Sie sind das Ergebnis niedriger Rentenbeiträge aufgrund geringer Einkommen bei un- und gering qualifizierten Beschäf-

tigungen, geringer Beitragszeiten aufgrund von verkürzten Arbeitszeiten und Arbeitslosigkeit sowie einem häufig früheren, krankheitsbedingtem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben. Die schwierigen Arbeitsbedingungen und die psychischen Belastungen durch die Migrationssituation werden von vielen Älteren als Gründe für den schlechten persönlichen Gesundheitszustand angeführt. Ein unterdurchschnittlicher Wohnstandard, ein spezifisches Wohnumfeld sowie eine geringe soziale Integration aufgrund niedriger Bildung und unzureichender Deutschkenntnisse sind weitere Merkmale der sozioökonomischen Lebenslage von zahlreichen älteren Ausländern.

Neben den vielschichtigen strukturellen Benachteiligungen gelten das größere familiäre Netzwerk aufgrund höherer Kinderzahl und die stärkere familiäre Einbindung von älteren Migranten als eine wichtige soziale Ressource. Ein Mehrgenerationenhaushalt ist zwar auch die Ausnahme, ältere Ausländer leben aber seltener allein als Deutsche. Die Kontakthäufigkeit ist hoch und es werden wechselseitig Unterstützungsleistungen gewährt. Die Studien betonen aber auch das immanente Konfliktpotenzial zwischen den Generationen und die prekäre Situation derjenigen, die aufgrund der Migrationssituation über keine familiären Netzwerke verfügen. Hinzu kommt, dass ältere Migranten durchaus Zweifel an der Pflegebereitschaft der Kindergeneration haben, und zugleich auch den sozialen Institutionen des Aufenthaltslandes gegenüber skeptisch sind. Die Untersuchungen verweisen auf den notwendigen sozialpolitischen Informations- und Handlungsbedarf hinsichtlich der Versorgung älterer Migranten im Rahmen der Alten- und Pflegehilfe.

Bei Befragten aus den ehemaligen Anwerbeländern ist der Lebensentwurf verschiedentlich auf eine Rückkehr in die Heimat im Alter ausgerichtet. Der Wunsch nach Rückkehr erweist sich jedoch mit steigender Aufenthaltsdauer und Hilfebedürftigkeit als Illusion. Als Gründe für den Verbleib in Deutschland werden vor allem die familiären Bindungen, das soziale Sicherungssystem im Allgemeinen und das Gesundheitssystem im Besonderen sowie eine Entfremdung vom Herkunftskontext genannt. Vielfach bleibt die emotionale Bindung an das Herkunftsland mittels transnationaler Netzwerke und Pendelmigration erhalten. Vor diesem Hintergrund wird „Älteren in transnationalen Netzwerken“ ein zunehmendes Forschungsinteresse zuteil (Pielage/Pries 2009).

Darüber hinaus wird einhellig betont, dass es sich bei älteren Migranten um eine sehr heterogene Gruppe handelt, sodass Klischees zu revidieren sind. Zwischen den verschiedenen Migrantengruppen bestehen zahlreiche Gemeinsamkeiten in der Lebenslage und benötigter (muttersprachlicher) Informations-, Beratungs- und Betreuungsangebote. Ältere Migranten bilden jedoch keine homogene Einheit, da ihre Lebenssituation und Bedarfslagen erheblich nach sozioökonomischen und soziokulturellen Merkmalen differieren.

Unter den sozialwissenschaftlichen Studien kommt dem Alterssurvey aufgrund von Inhalt und Methodik besondere Relevanz zu. Die vorgelegten Befunde zeigen deutliche Unterschiede zwischen Ausländern und Deutschen in den Bereichen materielle Lage und Gesundheit. Die Schlechterstellung in den objektiven Lebensbedingungen schlägt sich in einem niedrigeren subjektiven Wohlbefinden nieder. Die sich aus der Studie ergebenden gesellschaftspolitischen Implikationen lassen sich mit Baykara-Krumme/Hoff (2006:509f.) wie folgt zusammenfassen: Die Daten bestätigen die relative sozioökonomische Deprivation. Ältere Migranten könnten daher zu einer wesentlichen Zielgruppe sozialpolitischer Interventionen in der Zukunft werden.

Trotz der Intensivierung der Forschung über das Altern der Zuwanderungspopulation bleiben Forschungslücken bestehen (Reinprecht 2007:223; Zeman 2009:437). Nach wie vor fehlt es an einer repräsentativen Studie, welche als Grundlage der Sozialberichterstattung dienen könnte. Eine solche Studie müsste Ausländer und Personen mit Migrationshintergrund gleichermaßen einbeziehen und unterschiedliche Herkunft- und Statusgruppen berücksichtigen. Sie müsste der Heterogenität der Migranten und der fortschreitenden Diversifizierung des migrantischen Alters gerecht werden. Forschungsdefizite bestehen zum einen hinsichtlich der Abschätzung des Migrationspotenzials, Pflegebedarfs und Rückkehrpotenzials. Zum anderen bedarf es weiterer Informationen zu Familienzusammenhängen, generationenübergreifenden Solidarbeziehungen und transnationalen Formen der Lebensführung. Wenig erforscht sind zudem Lebensstildifferenzierungen (Migrantenumilieus, „ethnische Identität“), Wirkungen sozialräumlicher Segregation und Bewältigungsstrategien von Diskriminierung. Bisher dominierte eine anlassbezogene, auf bestimmte migrantische Gruppen bezogene und lokal eingegrenzte

Auftragsforschung. Eine stärkere Grundlagenforschung könnte nicht nur eine Erweiterung und Vertiefung der Inhalte bewirken, sondern auch die bestehenden methodischen Probleme angehen, denen sich die Forschung zum Thema Altern und Migration gegenübersteht.

3.3.4 Exkurs: Alter(n) und Migration in Europa

Das Thema „Ältere Migranten“ gewinnt auch in anderen europäischen Ländern an Bedeutung. Zum einen ist eine Zunahme an älteren Migranten zu verzeichnen, zum anderen geht die demographische Alterung mit einer ethnischen und kulturellen Vielfalt der älteren Bevölkerung einher. Allerdings sind die europäischen Länder in unterschiedlichem Ausmaß von der Alterung und Heterogenität ihrer Migrantenbevölkerung betroffen. Ursachen sind unterschiedliche Formen und Regelungen früherer und gegenwärtiger Zuwanderung. Sie hängen zusammen mit der kolonialen Vergangenheit, mit Zuwanderung aus wirtschaftlichen und humanitären Gründen, mit speziellen Gruppen von Zuwanderern und mit neuen Formen der Wohlstandsmobilität im Alter. Darüber hinaus kommt in einigen europäischen Ländern älteren Angehörigen nationaler Minderheiten besondere Relevanz zu.

Trotz der Zunahme an älteren Migranten in Europa steht diese Bevölkerungsgruppe bisher nicht auf der politischen Agenda der Europäischen Union (EU). Wie Gerling (2010) darlegt, hat es aber seit 2000 vier Projekte auf europäischer Ebene zum Zusammenhang „Altern in der Migration“ gegeben:

1. Das von der Europäischen Kommission geförderte Projekt „Minority Elderly Care in Europe“ wurde im Rahmen des 5. Europäischen Forschungsprogramms durchgeführt. In zehn europäischen Ländern wurden die pflegerischen Bedürfnisse älterer Migranten untersucht. Der Endbericht wurde 2003 veröffentlicht.
2. Das Projekt „Entwicklung innovativer Konzepte zur sozialen Integration älterer Migranten“ wurde von der Generaldirektion Beschäftigung und Soziales der Europäischen Kommission finanziert. Anliegen des Projektes war die Auswertung und systematische Zusammenführung von Arbeiten, die auf eine Verbesserung der sozialen Teilhabe älterer Migranten in den Bereichen Bildung, Kultur und Freizeit abzielten. Der Abschlussbericht wurde ebenfalls 2003 vorgelegt. Beschrieben werden bewährte Konzepte aus den beteiligten Ländern Belgien, Niederlande, Österreich und Deutschland (Olbermann 2003).

3. Auch das Projekt „Soziale Dienste für ältere Angehörige ethnischer Minderheiten“ wurde von der Generaldirektion Beschäftigung und Soziales der Europäischen Kommission finanziert. Das Projekt verfolgte das Ziel, zu einer Sensibilisierung der Bedürfnisse älterer Angehöriger ethnischer Minderheiten auf der kommunalen, nationalen und europäischen Ebene beizutragen. Im Zentrum stand die Verbesserung des Zugangs zu Diensten und Hilfeangeboten in den Kommunen durch den Austausch von „good practice“. Der Abschlussbericht wurde 2005 vorgelegt.

4. Das von 2007 bis 2009 durchgeführte Projekt „Aktives Altern älterer Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Europa“ (AAMEE) wurde vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration Nordrhein-Westfalen (MGFFI NRW) und erneut von der Generaldirektion Beschäftigung und Soziales der Europäischen Kommission unterstützt. Das inhaltlich breiter angelegte Projekt befasst sich mit den Chancen der wachsenden Vielfalt älterer Menschen in Europa. Der Fokus liegt auf dem aktiven Altern, dem ehrenamtlichen Engagement sowie der Entwicklung neuer kultursensibler Produkte und Dienstleistungen in den Bereichen Wohnen, Pflege, Bildung, Freizeit und Kultur. Das Projekt fördert neben praktischen auch wissenschaftliche Aktivitäten im Bereich des aktiven Alterns. Es zielt darauf ab, a) die Lebensleistungen von älteren Menschen mit Zuwanderungsgeschichte anzuerkennen, b) ihre Potenziale zu verdeutlichen und c) ihre Integration zu verbessern. Im Rahmen des Projektes wurden unter anderem folgende Aktivitäten durchgeführt: a) „Good-Practice-Wettbewerbe“ zum Thema „Aktives Altern und soziale, kulturelle und wirtschaftliche Integration älterer Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Europa“, b) Durchführung einer internationalen Konferenz zu den geförderten Handlungsfeldern und c) Gründung eines europäischen Forschungsnetzwerkes zum Thema „Altern in der Migration“ (MGFF/NRW 2010a). Zudem liegt eine Veröffentlichung der „Good-Practice-Beispiele“ vor. Diese enthält Empfehlungen für erfolgreiche Maßnahmen und Strategien für ein aktives Altern von älteren Menschen mit Zuwanderungsgeschichte (MGFF/NRW 2010b).

Die Projekte verdeutlichen, dass sich auch auf europäischer Ebene bzw. auf der Ebene der Europäischen Kommission ein Problembewusstsein für die besonderen Bedürfnisse von älteren Migranten entwickelt hat. Im Vordergrund steht eine praxisorientierte, auf kommunale Erfordernisse ausgerichtete sozialgerontologische Forschung. Ältere Migranten werden aber auch in der sozialwissenschaftlichen Forschung verstärkt thematisiert. Im Kontext von Bevölkerungsalterung und internationaler

Migration gewinnen Analysen zu Heterogenität, Lebenslagen, Potenzialen und Bedürfnissen in vergleichender Perspektive an Relevanz (Warnes et al. 2004:307ff.). Zudem zeigt sich, dass klassische Einwanderungsländer wie die USA sich der Alterung ihrer Migrantenbevölkerung bewusst werden und diese statistisch dokumentieren und deren Lebenslage reflektieren (Treas/Batalova 2009:365ff.).

4 Ältere Migranten im Spiegel der amtlichen Statistik

Anhand von amtlichen Datenquellen werden Stand und Entwicklung der „ausländischen Bevölkerung“ und der „Personen mit Migrationshintergrund“ dargestellt. Hierbei werden Differenzierungen nach Alter, Geschlecht und weiteren Merkmalen vorgenommen (4.1 und 4.2). Vor dem Hintergrund der zukünftigen Entwicklung der Bevölkerung Deutschlands (4.3) werden dann Tendenzen der beiden Bevölkerungsgruppen aufgezeigt (4.4 und 4.5). Ein Exkurs zum internationalen Vergleich (4.6) und eine Zusammenfassung beschließen das Kapitel (4.7).

4.1 Ausländische Bevölkerung

Nachfolgend wird auf die ausländische Bevölkerung eingegangen. Hierbei handelt es sich um Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes sind. Die Zahl der ausländischen Staatsangehörigen ist abhängig von Zu- und Abwanderungen, der Entwicklung von Geburten und Sterblichkeit sowie der Einbürgerungspraxis. Datenquellen sind die Bevölkerungsfortschreibung und das Ausländerzentralregister (Migrationsbericht 2009, 2011:202).

4.1.1 Stand und Entwicklung der ausländischen Bevölkerung

Die langfristige Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik ab 1951 zeigt, dass bis Anfang der 1960er Jahre der Ausländeranteil rund ein Prozent betrug (siehe Tabelle 4.1). Erst als Folge anhaltender wirtschaftlicher Prosperität und weiterer Anwerbeabkommen nahm der Ausländeranteil nahezu kontinuierlich von 3,0 % im Jahr 1967 auf 6,5 % in 1974 zu. Damit erhöhte sich die Ausländerzahl von rund 700.000 im Jahr 1961 auf über 4 Mio. im Jahr 1974. In den Folgejahren nahm der Anteil aufgrund rechtlicher Regelungen – wie dem Anwerbestopp von 1973 – geringfügig ab, um ab 1978 wieder auf über 4 Mio. anzusteigen. In den 1980er Jahren bewegte sich der Anteil zwischen 7,2 % und 8,0 %. Mit Ende des Ost-West-Konfliktes im Jahr 1989 zählte die ausländische Bevölkerung erstmals über 5 Mio. Menschen.

Tabelle 4.1: Gesamtbevölkerung und Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland 1951-1989

Jahr	Gesamtbevölkerung ¹	Ausländische Bevölkerung ²	Ausländeranteil in %	Veränderung der ausländischen Bev. in % ³
1951	51.434.800	506.000	1,0	-
1961	56.589.100	686.200	1,2	+35,6
1967	59.948.500	1.806.653	3,0	+163,3
1968	60.463.000	1.924.229	3,2	+6,5
1969	61.194.600	2.381.061	3,9	+23,7
1970	61.001.164	2.737.905	4,5	+15,0
1971	61.502.503	3.187.857	5,2	+16,4
1972	61.809.387	3.554.078	5,8	+11,5
1973	62.101.369	3.991.352	6,4	+12,3
1974	61.991.475	4.050.962	6,5	+1,5
1975	61.644.624	3.900.484	6,3	-3,7
1976	61.441.996	3.852.182	6,3	-1,2
1977	61.352.745	3.892.226	6,3	+1,0
1978	61.321.663	4.005.819	6,5	+2,9
1979	61.439.342	4.250.648	6,9	+6,1
1980	61.657.945	4.566.167	7,4	+7,4
1981	61.712.689	4.721.120	7,7	+3,4
1982	61.546.101	4.671.838	7,6	-1,0
1983	61.306.669	4.574.156	7,5	-2,1
1984	61.049.256	4.405.463	7,2	-3,7
1985	61.020.474	4.481.618	7,3	+1,7
1986	61.140.461	4.661.880	7,6	+4,0
1987 ⁴	61.238.079	4.286.472	7,0	-8,1
1988	61.715.103	4.623.528	7,5	+7,9
1989	62.679.035	5.007.161	8,0	+8,3

(1) Gesamtbevölkerung zum 31.12.

(2) Ausländer zum 31.12.

(3) Jährliche Veränderung, d.h. Bezug auf das Vorjahr. Ausnahme: Veränderungsraten für 1961 und 1967 beziehen sich auf die Jahre 1951 bzw. 1961.

(4) Zahl an die Ergebnisse der Volkszählung vom 25.05.1987 angepasst.

Quelle: Statistisches Bundesamt. Bevölkerungsfortschreibung; Rühl (2009:49f.)

Für den Zeitraum ab der Wiedervereinigung liegt folgende Entwicklung vor: Nach den Angaben der Bevölkerungsfortschreibung hat die ausländische Bevölkerung von 1991 bis 2002 von knapp 6 Mio. auf über 7,3 Mio. zugenommen (siehe Tabelle 4.2). Damit wurde nach 1996 und 1997 der Höchststand an Ausländern in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erreicht. Bis zum Jahr 2009 ging die Zahl der Ausländer nahezu kontinuierlich zurück. Im Jahr 2010 lebten etwa 7,2 Mio. Menschen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit in Deutschland; das entsprach einem Anteil von 8,8 % an der Gesamtbevölkerung. Im Vergleich zum Vorjahr war ein leichter Anstieg um 1 % zum Vorjahr zu verzeichnen. Legt man die Angaben des 2004 bereinigten Ausländerzentralregisters zu Grunde, beläuft sich die Zahl ausländischer Personen im Jahr 2010 auf fast 6,7 Mio. – und damit um 0,5 Mio. weniger als in der Bevölkerungsfortschreibung. Dementsprechend beträgt der Ausländeranteil nur 8,2 %. Aufgrund von Einbürgerungen war die ausländische Bevölkerung von 2005 bis 2009 leicht rückläufig. Die gestiegenen Zuwanderungszahlen haben 2010 aber zu einem Wiederanstieg der ausländischen Bevölkerung geführt.

Tabelle 4.2: Gesamtbevölkerung und Ausländer in Deutschland 1990-2010

Jahr	Gesamtbevölkerung	Ausländische Bevölkerung nach der Bevölkerungsfortschreibung ¹	Ausländeranteil in %	Veränderung der ausländischen Bevölkerung in % ²	Ausländische Bevölkerung nach AZR ¹
1990	79.753.103	5.582.357	7,0	+11,5	k.A.
1991 ³	80.274.564	6.066.730	7,6	+8,7	5.882.267
1992	80.974.632	6.669.568	8,2	+9,9	6.495.792
1993	81.338.093	6.977.476	8,6	+4,6	6.878.117
1994	81.538.603	7.117.740	8,7	+2,0	6.990.510
1995	81.817.499	7.342.779	9,0	+3,2	7.173.866
1996	82.012.162	7.491.650	9,1	+2,0	7.314.046
1997	82.057.379	7.419.001	9,0	-1,0	7.365.833
1998	82.037.011	7.308.477	8,9	-1,5	7.319.593
1999	82.163.475	7.336.111	8,9	+0,4	7.343.591
2000	82.259.540	7.267.568	8,8	-0,9	7.296.817
2001	82.440.309	7.318.263	8,9	+0,7	7.318.628
2002	82.536.680	7.347.951	8,9	+0,4	7.335.592
2003	82.531.671	7.341.820	8,9	-0,1	7.334.765
2004 ⁴	82.500.849	7.287.980	8,8	-0,7	6.717.115
2005	82.437.995	7.289.149	8,8	0,0	6.755.811
2006	82.314.906	7.255.949	8,8	-0,5	6.751.002
2007	82.217.837	7.255.395	8,8	0,0	6.744.879
2008	82.002.837	7.185.921	8,8	-1,0	6.727.618
2009	81.802.257	7.130.919	8,7	-0,8	6.694.776
2010	81.751.602	7.198.946	8,8	+1,0	6.753.621

(1) Stichtag: jeweils 31.12.

(2) Jährliche Veränderung der ausländischen Bevölkerung nach der Bevölkerungsfortschreibung im Vergleich zum Vorjahr.

(3) Zahlen für den Gebietsstand seit dem 03.10.1990.

(4) Infolge unterschiedlicher Erhebungsmethoden und aufgrund einer umfangreichen Registerbereinigung des AZR weicht die Gesamtzahl der Ausländer in der Bevölkerungsfortschreibung (ca. 7,3 Mio.) und im Ausländerzentralregister (ca. 6,7 Mio.) insbesondere ab dem Jahr 2004 deutlich voneinander ab.

Quelle: Statistisches Bundesamt. Bevölkerungsfortschreibung; Rühl (2009:49f.).

4.1.2 Alters- und Geschlechtsstruktur der ausländischen Bevölkerung

Vergleicht man die Altersstruktur der deutschen und ausländischen Bevölkerung anhand der Bevölkerungsfortschreibung, dann ist im Jahr 2010 der Anteil an Älteren (65 Jahre und älter) unter den Deutschen mit 21,6 % mehr als doppelt so hoch wie unter den Ausländern mit 9,8 % (siehe Tabelle 4.3). Betrachtet man die Gruppe der Hochbetagten (über 80 Jahre), so liegt deren Anteil bei den Deutschen mit 5,6 % dreimal so hoch wie bei den ausländischen Staatsangehörigen (1,8 %). Die ausländische Bevölkerung verteilt sich – mit Ausnahme der unter 15-Jährigen, was der Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft für in Deutschland geborene Kinder von Ausländern im Jahr 2000 geschuldet sein dürfte – stärker auf die jüngeren Altersgruppen. Weitaus stärker besetzt ist vor allem die Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen (11,2 % zu 20,5 %). Dementsprechend liegt 2010 das Durchschnittsalter der ausländischen Bevölkerung mit 38,9 Jahren deutlich unter dem der deutschen Bevölkerung mit 44,2 Jahren.

Tabelle 4.3: Altersstruktur der deutschen und ausländischen Bevölkerung 2010

Altersgruppe	Deutsche		Ausländer	
	absolut	%	absolut	%
0-<5	3.235.019	4,3%	174.101	2,4%
5-<15	6.981.248	9,4%	550.833	7,7%
15-<25	8.153.674	10,9%	982.711	13,7%
25-<35	8.315.250	11,2%	1.477.902	20,5%
35-<45	10.113.846	13,6%	1.480.573	20,6%
45-<55	12.286.452	16,5%	1.042.248	14,5%
55-<65	9.326.256	12,5%	787.196	10,9%
65-<80	11.964.969	16,0%	572.655	8,0%
80+	4.175.942	5,6%	130.727	1,8%
Gesamt	74.552.656	100,0%	7.198.946	100,0%

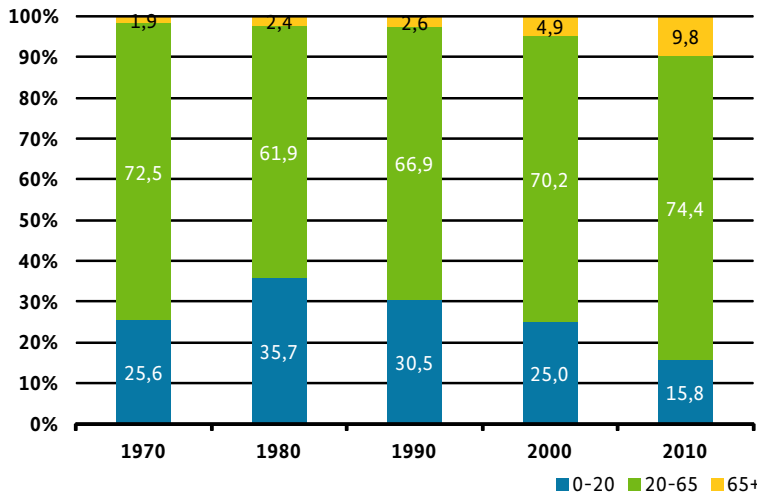
Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung.

Die Entwicklung der Altersstruktur der Ausländer seit Beginn der 1970er Jahre zeigt allerdings, dass auch die ausländische Bevölkerung demographisch altert (siehe Abbildung 4.1). Anfang der 1970er Jahre betrug der Anteil der Personen im Alter von 65 Jahren und älter knapp 2 %. Seitdem hat der Anteil an Älteren nahezu kontinuierlich zugenommen, wobei eine größere Zunahme gerade im letzten Jahrzehnt zu verzeichnen ist. Zudem

zeigt sich, dass im Jahr 2010 auf Ausländer in der Altersgruppe 55 bis 64 Jahre mit 10,9 % ein annähernd gleich großer Anteil entfällt wie auf Deutsche mit 12,5 % (siehe Tabelle 4.3).

Ältere Ausländer sind im Vergleich zur deutschen Bevölkerung relativ schwach vertreten, die 50- bis 65-Jährigen bilden jedoch eine gewichtige Gruppe. Bei gegebener demographischer und migrationspolitischer Entwicklung werden in Zukunft die absolute Zahl und der relative Anteil an älteren Ausländern steigen, sodass es zu einer stärkeren Angleichung an die deutsche Bevölkerung kommt (siehe Kapitel 4.4).

Abbildung 4.1: Ausländische Bevölkerung nach Hauptaltersgruppen 1970-2010



Angaben in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung 2010.

In der deutschen Bevölkerung gab es früher vor allem als Folge der beiden Weltkriege einen größeren Frauenüberschuss, der sich aufgrund der längeren Lebenserwartung von Frauen vergrößerte. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich das Geschlechterverhältnis aber immer mehr angeglichen. Im Jahr 1961 standen 1.000 Männern 1.127 Frauen gegenüber; 2010 waren es 1.046 Frauen, was einem Anteil von rund 51 % entspricht. Bei der ausländischen Bevölkerung hat dagegen im gleichen Zeitraum der Anteil an Frauen von 30 % auf 49 % zugenommen. Im Jahr 1961 standen 1.000 Ausländern nur 451 Ausländerinnen gegenüber; 2010 waren es 962 Frau-

en. Zum Teil deutliche Unterschiede zeigen sich jedoch nach einzelnen Staatsangehörigkeiten. In den nach Nationalität ungleichen Geschlechterproportionen spiegelt sich die eher männlich geprägte Arbeits- und Fluchtmigration bzw. die eher weiblich geprägte Heiratsmigration aus bestimmten Herkunftsländern wider. Bei den ehemaligen Arbeitsmigranten aus Italien, Griechenland und der Türkei gibt es noch heute einen Männerüberschuss, dagegen bei den im Durchschnitt älteren Spätaussiedlern aus Rumänien, Russland und Polen einen höheren Frauenanteil, da diese, wie auch jüdische Zuwanderer, zumeist im Familienverband eingereist sind.

Die nachfolgende Tabelle 4.4 zeigt die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung nach Hauptaltersgruppen und Geschlecht. Von 1970 bis heute liegt eine Feminisierung des Alters für die Gruppe der Hochaltrigen (80 Jahre und älter) vor: 1,6 % zu 2,1 % im Jahr 2010. In der Altersgruppe der 65- bis 80-Jährigen überwiegt dagegen der Anteil der Männer: 8,6 % zu 7,3 % im Jahr 2010. In der deutschen Bevölkerung betragen die entsprechenden Anteile für 2010 15,0 % zu 17,1 %.

Tabelle 4.4: Ausländische Bevölkerung nach Hauptaltersgruppen und Geschlecht 1970-2010 (Teil 1)

Jahr	Altersgruppen					
	Unter 20 Jahren			20 bis unter 65		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
1970	25,6	21,1	33,0	72,5	77,6	64,2
1975	32,3	29,3	36,3	65,7	69,2	61,1
1980	35,7	33,3	38,7	61,9	64,7	58,3
1985	32,4	30,5	34,7	64,4	66,9	61,6
1990	30,5	28,7	32,8	66,9	69,0	64,2
1995	28,0	26,5	29,9	68,7	70,6	66,3
2000	25,0	24,2	25,9	70,2	71,2	69,0
2005	20,0	19,9	20,2	72,6	72,6	72,7
2006	19,0	18,9	19,2	73,1	72,9	73,3
2007	18,1	18,0	18,1	73,6	73,3	73,9
2008	17,3	17,3	17,3	73,8	73,4	74,3
2009	16,6	16,7	16,5	74,1	73,5	74,6
2010	15,8	15,9	15,7	74,4	73,9	74,9

Angaben in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung.

Tabelle 4.4: Ausländische Bevölkerung nach Hauptaltersgruppen und Geschlecht 1970-2010 (Teil 2)

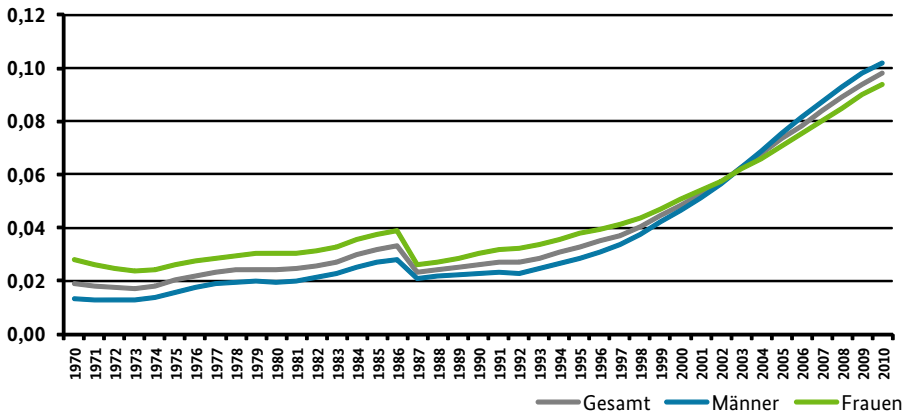
Jahr	Altersgruppen					
	65 bis unter 80			80 Jahre und älter		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
1970	1,6	1,2	2,3	0,3	0,2	0,5
1975	1,7	1,4	2,1	0,3	0,2	0,5
1980	2,0	1,7	2,3	0,5	0,3	0,7
1985	2,4	2,2	2,7	0,8	0,5	1,0
1990	2,2	2,0	2,4	0,4	0,3	0,6
1995	2,7	2,5	3,0	0,6	0,4	0,8
2000	4,0	4,1	4,0	0,8	0,6	1,0
2005	6,1	6,5	5,6	1,3	1,0	1,5
2006	6,5	7,0	5,9	1,4	1,1	1,6
2007	6,9	7,5	6,3	1,5	1,2	1,7
2008	7,3	8,0	6,6	1,6	1,3	1,9
2009	7,7	8,3	7,0	1,7	1,5	2,0
2010	8,0	8,6	7,3	1,8	1,6	2,1

Angaben in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung.

Die nachfolgende Abbildung 4.2 verdeutlicht die Entwicklung des Anteils der über 65-Jährigen an allen Ausländern nach Geschlecht. Von 1970 bis heute hat der Anteil von knapp 2 % auf fast 10 % zugenommen. Deutlich wird auch, dass der Anteil der Frauen seit 2000 unter dem der Männer liegt. Ursache hierfür dürften altersstrukturelle Effekte der Wanderungen sein. Denkbar ist, dass in den vergangenen Jahren verstärkt jüngere Frauen zu- und/oder ältere Frauen abgewandert sind.

Abbildung 4.2: Entwicklung des Anteils der über 65-Jährigen an allen Ausländern nach Geschlecht 1970-2010



Anmerkung: Der Rückgang von 1986 auf 1987 ist Folge der Anpassung an die Ergebnisse der Volkszählung von 1987.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung.

4.1.3 Ausländische Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsdauer

Laut Ausländerzentralregister lebten zum Jahresende 2010 rund 6,75 Mio. Ausländer in Deutschland. Davon stellten Staatsangehörige aus der Türkei mit rund 1,63 Mio. Personen die bei Weitem größte ausländische Personengruppe. Dies entsprach einem Anteil von etwa einem Viertel (24,1 %) an allen ausländischen Staatsangehörigen. Die zweitgrößte Nationalitätengruppe bildeten italienische Staatsangehörige mit 518.000 Personen (7,7 %), vor polnischen Staatsbürgern mit 419.000 Personen (6,2 %). Wichtige Herkunftsländer sind zudem Griechenland mit 277.000 (4,1 %) und Serbien (inkl. ehemaliges Serbien und Montenegro) mit 272.000 (4,0 %) Staatsangehörigen (Migrationsbericht 2010, 2012:205).

Betrachtet man die ausländische Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit im Jahr 2010, dann zeigt sich folgendes Bild (siehe Tabelle 4.5): Angehörige ehemaliger Anwerbestaaten weisen im Durchschnitt einen höheren Anteil an älteren Personen auf als Personen von Staaten, deren Migrationsgeschichte mit Deutschland neueren Datums ist. Überdurchschnittlich hohe Anteile in der Altersgruppe 65 bis 74 Jahre liegen bei Kroaten, Griechen und Spaniern sowie bei Türken und Italienern vor. Einen unterdurchschnittlichen Anteil weisen dagegen Staatsangehörige aus Polen und der Russischen Föderation auf. Hohe Anteile liegen ebenso in der Altersgruppe 75 Jahre und älter bei Spaniern, Griechen und Italie-

nern vor, aber auch bei Angehörigen aus der Russischen Föderation. Dies verweist unter anderem darauf, dass diese häufig im Familienverbund nach Deutschland kamen bzw. ihre Eltern oder Großeltern nachholten. In der Altersgruppe 65 bis 74 Jahre zeigen sich – mit Ausnahme der Russischen Föderation – nach Geschlecht deutliche Unterschiede, wobei Männer überwiegen. In der Altersgruppe 75 Jahre und älter gleichen sich die Differenzen weitgehend an. Für Polen und Kroatien zeigt sich sogar ein höherer Frauenanteil.

Tabelle 4.5: Ausländische Bevölkerung nach Hauptaltersgruppen, Geschlecht und ausgewählten Staatsangehörigkeiten 2010

Staatsangehörigkeit	Geschlecht	Altersgruppen			
		0-20	20-65	65-75	75+
Italien	männlich	11,1	76,4	9,1	3,4
	weiblich	14,8	75,8	6,0	3,3
Griechenland	männlich	12,1	72,2	11,1	4,5
	weiblich	13,4	72,6	9,7	4,3
Spanien	männlich	7,4	76,2	10,3	6,1
	weiblich	6,8	79,2	8,6	5,3
Portugal	männlich	13,1	76,7	8,2	2,0
	weiblich	14,7	75,6	7,7	2,0
Türkei	männlich	19,0	68,8	10,0	2,3
	weiblich	19,7	70,5	8,0	1,8
Kroatien	männlich	8,7	74,5	14,1	2,6
	weiblich	7,8	79,4	9,8	2,9
Bosnien und Herzegowina	männlich	14,9	75,0	8,7	1,4
	weiblich	14,6	77,9	6,1	1,5
Serbien	männlich	24,4	66,6	7,3	1,6
	weiblich	24,2	67,8	6,3	1,7
Polen	männlich	10,3	87,8	1,2	0,7
	weiblich	9,4	87,7	1,8	1,2
Russische Föderation	männlich	17,9	73,5	5,3	3,4
	weiblich	10,7	81,3	4,8	3,3
Ausländer insgesamt	männlich	15,4	74,8	7,4	2,5
	weiblich	15,0	76,6	5,9	2,4

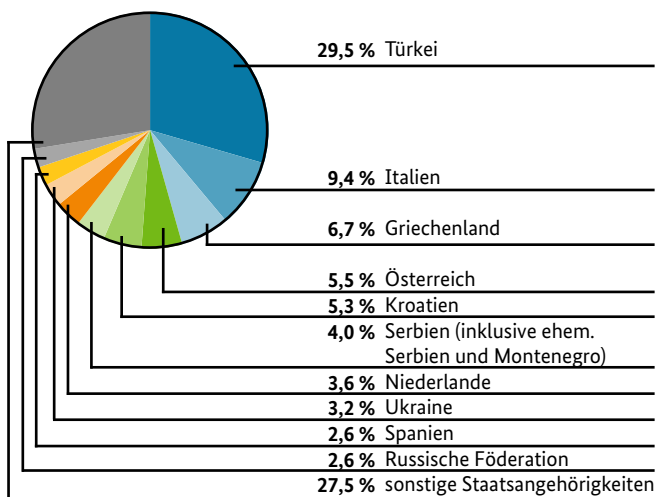
Angaben in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ergebnisse des Ausländerzentralregisters (2011).

Betrachtet man nur Ausländer im Alter 65 Jahre und älter, dann stammen im Jahr 2010 54 % aus den ehemaligen Anwerbestaaten Türkei, Italien, Griechenland, Ex-Jugoslawien und Spanien (siehe Abbildung 4.3). Die größte Gruppe unter den Älteren sind mit einem Anteil von 29,5 % Türken. Mit weitem Abstand folgen dann Italiener (9,4 %) und Griechen (6,7 %). Relativ große Anteile entfallen zudem auf die Ukraine und die Russische Föderation. Rund 6 % aller Älteren kommen aus diesen beiden osteuropäischen Ländern. Eine Sonderrolle nehmen zum einen Österreicher und Niederländer ein, was durch die jeweils hohe berufliche und soziale Mobilität zwischen Deutschland und diesen Ländern sowie den hohen Grad an binationalen Ehen bedingt ist.

Abbildung 4.3: Ausländische Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter nach Staatsangehörigkeit 2010

Gesamtzahl: 614.905



Angaben in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ergebnisse des Ausländerzentralregisters (2011).

Zum Ende des Jahres 2010 lebten zwei Drittel (67,4 %) der ausländischen Bevölkerung seit mindestens zehn Jahren in Deutschland, über ein Drittel (39,1 %) seit mehr als 20 Jahren und ein Viertel (25,0 %) sogar seit 30 Jahren und länger. Betrachtet man die ausländische Bevölkerung nach Alter und Aufenthaltsdauer in 2009 (siehe Tabelle 4.6), dann haben Arbeitsmigration

und anschließende Familienzuwanderung die Struktur der älteren ausländischen Bevölkerung entscheidend geprägt. Über die Hälfte der heute über 64-Jährigen reiste im Zeitraum der Hauptanwerbung und des einsetzenden Familiennachzuges zwischen 1961 und 1975 ein. Im Jahr 2009 lebten zwei Drittel der über 64-Jährigen bereits 30 Jahre und länger in Deutschland. Nur 10 % von ihnen lebten höchstens seit zehn Jahren hier. Die über 64-Jährigen aus einem ehemaligen Anwerbestaat weisen in der Regel eine weit überdurchschnittlich lange Aufenthaltsdauer auf. Dagegen ist die Aufenthaltsdauer älterer Personen aus mittel- und osteuropäischen Staaten deutlich kürzer.

Der größte Teil der älteren Migranten ist in Deutschland alt geworden. Hierbei handelt es sich vor allem um Arbeitsmigranten, die als junge Menschen ab Mitte der 1950er Jahre zuwanderten. Die Zuwanderer aus den mittel- und osteuropäischen Staaten brachten dagegen die Großelterngeneration vielfach mit. Die Aufenthaltsdauer und „alt sein“ variiert somit je nach der Migrationsgeschichte eines Landes mit Deutschland (Zeman 2009).

Tabelle 4.6: Ausländische Bevölkerung nach Hauptaltersgruppen, ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Aufenthaltsdauer 2009 (Teil1)

Staatsangehörigkeit	Altersgruppen			
	Unter 20 Jahre			
	Aufenthaltsdauer in Jahren			
	Unter 10	10 - 20	20 - 30	über 30
Italien	29,6	70,4	-	-
Griechenland	30,0	70,0	-	-
Spanien	40,0	60	-	-
Portugal	39,1	60,9	-	-
Türkei	18,7	81,3	-	-
Serbien	48,0	52	-	-
Kroatien	27,7	72,3	-	-
Bosnien-Herzegovina	39,5	60,5	-	-
Polen	81,6	18,4	-	-
Russische Föderation	84,1	15,9	-	-
Rumänien	88,4	11,6	-	-
Ukraine	81,9	18,1	-	-
Ausländer insgesamt	46,2	53,8	-	-

Tabelle 4.6: Ausländische Bevölkerung nach Hauptaltersgruppen, ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Aufenthaltsdauer 2009 (Teil2)

Staatsangehörigkeit	Altersgruppen			
	20 bis 64 Jahre			
	Aufenthaltsdauer in Jahren			
	Unter 10	10 - 20	20 - 30	über 30
Italien	14,8	16,0	26,7	42,5
Griechenland	14,3	21,6	25,8	38,3
Spanien	27,4	12,0	12,3	48,3
Portugal	21,1	33,0	15,1	30,8
Türkei	15,6	21,9	29,1	33,4
Serbien	19,6	36,3	13,9	30,2
Kroatien	12,3	23,2	18,8	45,7
Bosnien-Herzegovina	16,9	50,7	10,7	21,7
Polen	67,9	19,6	11,3	1,2
Russische Föderation	72,3	26,9	0,7	0,1
Rumänien	76,7	20,7	2,3	0,3
Ukraine	70,0	29,8	0,2	0
Ausländer insgesamt	37,1	24,7	17,0	21,3

Staatsangehörigkeit	Altersgruppen			
	65 Jahre und älter			
	Aufenthaltsdauer in Jahren			
	Unter 10	10 - 20	20 - 30	über 30
Italien	5,7	5,9	5,8	82,6
Griechenland	6,5	8,2	5,5	79,8
Spanien	4,4	3,6	2,1	89,8
Portugal	7,8	7,2	4,3	80,6
Türkei	3,1	7,1	9,0	80,8
Serbien	2,7	8,7	5,1	83,5
Kroatien	2,1	6,5	4,2	87,2
Bosnien-Herzegovina	3,3	24,8	5,1	66,8
Polen	20,4	25,9	33,4	20,3
Russische Föderation	47,9	50,4	0,8	0,9
Rumänien	33,6	40,1	18,9	7,4
Ukraine	46,5	53,3	0,1	0,1
Ausländer insgesamt	10,0	13,2	8,3	68,4

Angaben in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt ,Ergebnisse des Ausländerzentralregisters (2011).

4.2 Bevölkerung mit Migrationshintergrund

4.2.1 Stand und Entwicklung der Bevölkerung nach Migrationsstatus

Von den 81,7 Mio. Einwohnern in Deutschland im Jahr 2010 waren etwa vier Fünftel (80,8 %) Deutsche ohne Migrationshintergrund, während 15,75 Mio. (19,3 %) einen Migrationshintergrund hatten, davon etwa 8,60 Mio. Deutsche und 7,15 Mio. Ausländer (54,6 % bzw. 45,4 %). Der Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund beträgt 10,5 %, der Ausländeranteil 8,7 %. Von 2005 bis 2010 nahm der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund um etwa 860.000 Personen zu. Der stärkste Zuwachs war dabei bei Deutschen mit Migrationshintergrund, aber ohne eigene Migrationserfahrung zu verzeichnen, also bei den im Inland geborenen Nachkommen von Zuwanderern (siehe Tabelle 4.7).

Tabelle 4.7: Bevölkerung nach Migrationsstatus 2005–2010

Migrationsstatus/ Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Bevölkerung insgesamt	82.465 (100,0%)	82.369 (100,0%)	82.257 (100,0%)	82.135 (100,0%)	81.904 (100,0%)	81.715 (100,0%)
Deutsche ohne Migrationshintergrund	67.132 (81,4%)	67.225 (81,6%)	66.846 (81,6%)	66.569 (81,0%)	65.856 (80,4%)	65.970 (80,8%)
Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne:						
• Personen mit eigener Migrationserfahrung	10.399 (12,6%)	10.431 (12,7%)	10.534 (12,8%)	10.623 (12,9%)	10.601 (12,9%)	10.591 (13,0%)
- Ausländer	5.571 (6,7%)	5.584 (6,8%)	5.592 (6,8%)	5.609 (6,8%)	5.594 (6,8%)	5.577 (6,8%)
- Deutsche	4.828 (5,8%)	4.847 (5,9%)	4.942 (6,0%)	5.014 (6,1%)	5.007 (6,1%)	5.013 (6,1%)
• Personen ohne eigene Migrationserfahrung	4.658 (5,6%)	4.713 (5,7%)	4.877 (5,9%)	4.944 (6,0%)	5.102 (6,2%)	5.155 (6,3%)
- Ausländer	1.749 (2,1%)	1.716 (2,1%)	1.688 (2,0%)	1.661 (2,0%)	1.630 (2,0%)	1.570 (1,9%)
- Deutsche	2.908 (3,5%)	2.997 (3,6%)	3.189 (3,9%)	3.283 (4,0%)	3.472 (4,2%)	3.585 (4,4%)

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ergebnisse des Mikrozensus 2010.

Eine weiter gehende Differenzierung der Personen mit Migrationshintergrund nach Ausländern und Deutschen für das Jahr 2010 zeigt, dass die größte Gruppe mit 35,4 % (5,6 Mio.) Ausländer mit eigener Migrationserfahrung bilden. Keine Migrationserfahrung haben dagegen 10,0 % (1,6 Mio.) der Ausländer. Sie sind in Deutschland geboren und gehören der zweiten oder dritten Generation an.

4.2.2 Alters- und Geschlechtsstruktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

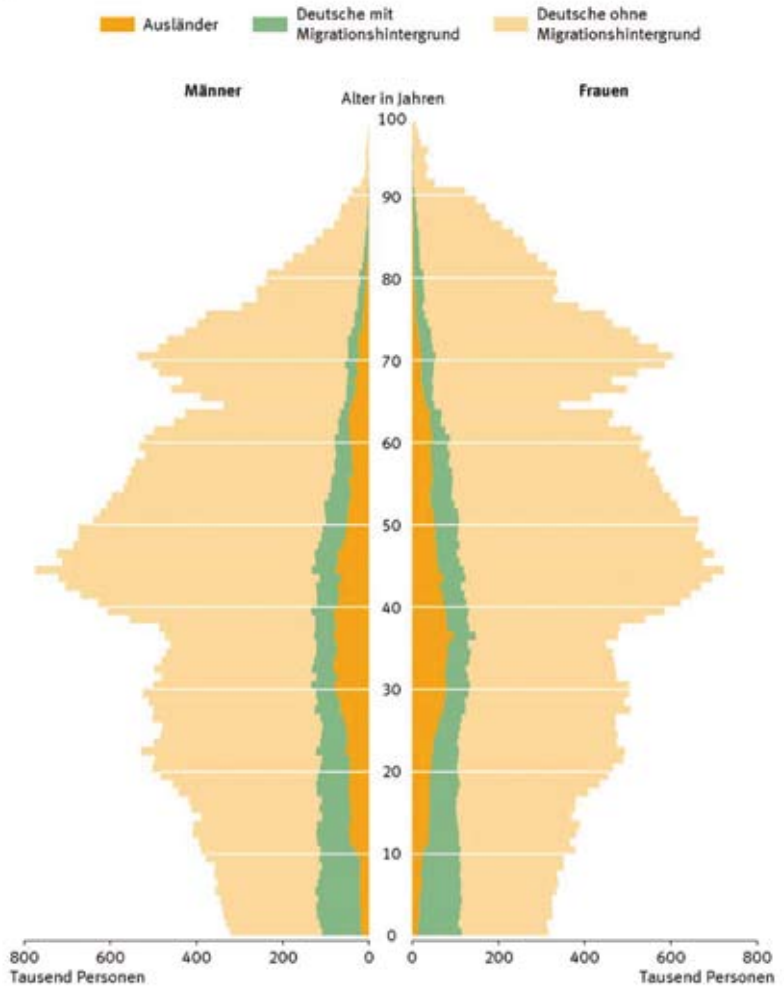
Die Alterspyramide für das Jahr 2010 bildet die Altersstruktur für Ausländer sowie für Deutsche mit und ohne Migrationshintergrund nach Geschlecht ab (siehe Abbildung 4.4). Für Deutsche ohne Migrationshintergrund zeigt sich die typische Altersstruktur mit den spezifischen Ein- und Ausbuchtungen für bestimmte Jahrgänge, welche die jüngere Zeitgeschichte und den gesellschaftlichen Wandel widerspiegeln. Deutlich erkennbar sind auch die bereits vorliegende starke Alterung und die Feminisierung des Alters in den sehr hohen Altersgruppen.

Bei Ausländern sind die Altersgruppen oberhalb von 75 Jahren sehr schwach, ab etwa 60 Jahre aber deutlich stärker besetzt. Am stärksten besetzt ist die Altersklasse 30 bis 40 Jahre. Unterhalb von ca. 60 Jahren sind unter den Ausländern Männer und Frauen in etwa gleich stark vertreten, während in den höheren Altersgruppen – wie bereits ausgeführt – Männer leicht überwiegen.

Bei Deutschen mit Migrationshintergrund fällt die starke Ausprägung in den unteren Altersklassen auf. Weiterhin zeigt sich, dass in den höheren Altersklassen ab etwa 65 Jahren Frauen überwiegen. Deutsche mit und ohne Migrationshintergrund weisen damit in den höheren Altersklassen tendenziell eine ähnliche Altersstruktur auf. Ursache hierfür ist, dass Deutsche mit Migrationshintergrund, zumindest soweit es sich um Spätaussiedler handelt, im Gegensatz zu Ausländern häufig im Familienverband zuwanderten.

Abbildung 4.4: Alterspyramide 2010 nach Migrationshintergrund

Abb. 1 Alterspyramide 2010 nach Migrationshintergrund
 Ergebnisse des Mikrozensus



2011 - 06 - 0593

Quelle: Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2010. Fachserie 1, Reihe 2.2, Wiesbaden, S. 15.

Ein Vergleich der Altersstruktur der Bevölkerung ohne und mit Migrationshintergrund für das Jahr 2010 zeigt, dass sich die Personen mit Migrationshintergrund deutlich stärker auf die jüngeren Altersgruppen bis unter 35 Jahre verteilen (siehe Tabelle 4.8). Bei den älteren Jahrgängen sind dagegen 23,7 % der Personen ohne Migrationshintergrund über 64 Jahre alt, aber nur 9,4 % der Migranten. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund liegt deutlich über dem der Bevölkerung mit Migrationshintergrund: 47,3 zu 35,4 Jahre.

Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung insgesamt beträgt im Jahr 2010 19,3 %. Deutlich höhere Anteile finden sich in den unteren Altersklassen. So besitzt jeweils ein Drittel der Kinder unter fünf Jahren bzw. von fünf bis unter zehn Jahren einen Migrationshintergrund (34,8 % bzw. 32,4 %). Erst in der Altersgruppe von 35 bis 44 Jahre liegt der Anteil mit 21,0 % deutlich niedriger und entspricht in etwa dem Durchschnittswert. In den folgenden Altersgruppen nimmt der Anteil immer weiter ab. In der Altersgruppe über 64 Jahre beträgt der Migrantenanteil nur noch 8,6 %.

Tabelle 4.8: Altersstruktur der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund 2010

Altersstruktur	ohne Migrationshintergrund		mit Migrationshintergrund im engeren Sinne		Bevölkerung insgesamt	Migrantenanteil je Altersgruppe
	absolut	in %	absolut	in %		
unter 5 Jahre	2.137	3,2	1.143	7,3	3.280	34,8
von 5 bis unter 10 Jahre	2.377	3,6	1.141	7,2	3.518	32,4
von 10 bis unter 15 Jahre	2.748	4,2	1.123	7,1	3.871	29,0
von 15 bis unter 20 Jahre	3.148	4,8	1.116	7,1	4.264	26,2
von 20 bis unter 25 Jahre	3.813	5,8	1.100	7,0	4.913	22,4
von 25 bis unter 35 Jahre	7.289	11,0	2.486	15,8	9.775	25,4
von 35 bis unter 5 Jahre	9.453	14,3	2.516	16,0	11.968	21,0
von 45 bis unter 55 Jahre	10.858	16,5	2.104	13,4	12.962	16,2
von 55 bis unter 5 Jahre	8.482	12,9	1.538	9,8	10.019	15,4
65 Jahre und älter	15.666	23,7	1.479	9,4	17.145	8,6
Insgesamt	65.970	100,0	15.746	100,0	81.715	19,3

Angaben in 1.000.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ergebnisse des Mikrozensus 2010.

Gegenüber dem Jahr 2005 hat sowohl der Anteil von Älteren unter den Migranten als auch der Anteil an Migranten unter den Älteren insgesamt bis 2010 zugenommen (siehe Tabelle 4.9 und 4.10). Der Anteil der 65- bis 75-Jährigen stieg von 5,4 % auf 6,0 % und der Anteil der über 75-Jährigen von 2,7 % auf 3,4 %. Der Anteil an Älteren (65+) betrug 9,4 %. Die entspre-

chenden Anteile in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund nahmen aber ebenfalls zu und waren weiterhin rund zwei- bzw. dreimal so hoch.

Tabelle 4.9: Altersstruktur der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund 2005-2010

Jahr	Bevölkerung ohne Migrationshintergrund				Bevölkerung mit Migrationshintergrund			
	Altersgruppe				Altersgruppe			
	0-20	20-65	65-75	75+	0-20	20-65	65-75	75+
2005	17,1	60,4	12,8	9,7	29,3	62,6	5,4	2,7
2006	17,2	60,5	12,8	9,5	29,7	62,1	5,5	2,7
2007	16,9	60,3	13,2	9,5	29,3	61,6	6,0	3,0
2008	16,5	60,4	13,5	9,7	29,4	61,4	6,0	3,2
2009	16,2	60,2	13,7	10,0	28,8	61,8	6,0	3,3
2010	15,8	60,5	13,3	10,4	28,7	61,9	6,0	3,4

Angaben in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ergebnisse des Mikrozensus 2010.

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund altert nicht nur im Vergleich zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, sondern auch in sich, so dass ihr Anteil an allen Älteren zunimmt. Im Jahr 2010 hatten 9,7 % aller 65- bis 74-Jährigen und 7,2 % aller über 75-Jährigen einen Migrationshintergrund (siehe Tabelle 4.10).

Tabelle 4.10: Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung insgesamt nach Altersgruppen 2005-2010

Jahr	Anteil an Migranten an der jeweiligen Altersgruppe			
	0 - 20	20 - 65	65 - 75	75+
2005	28,1	19,1	8,8	6,1
2006	28,0	18,8	8,9	6,0
2007	28,6	19,1	9,5	6,8
2008	29,4	19,2	9,5	7,1
2009	29,7	19,6	9,5	7,3
2010	30,3	19,6	9,7	7,2

Angaben in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ergebnisse des Mikrozensus 2010.

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund weist im Jahr 2010 eine nahezu ausgeglichene Geschlechtsstruktur auf: 50,3 % Männer und 49,7 % Frauen. Die Geschlechtsstruktur der Gesamtbevölkerung weist dagegen mit 48,9 % zu 51,1 % einen höheren Frauenanteil auf, während die Geschlechtsstruktur der ausländischen Bevölkerung mit 51,0 % zu 49,0 % einen höheren Männeranteil verzeichnet. Bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund liegen jedoch für einzelne Herkunftsländer deutliche Unterschiede vor. Wie für die ausländische Bevölkerung, so spiegelt sich auch hier bei den unterschiedlichen Geschlechterproportionen zum einen die eher weiblich geprägte Heiratsmigration und zum anderen die stärker männlich geprägte Arbeits- und Fluchtmigration aus jeweils bestimmten Herkunftsländern wider. Auffällig ist insbesondere der niedrige Frauenanteil von 40,4 % für Italien (Migrationsbericht 2009, 2011:223).

Die nachfolgende Tabelle 4.11 zeigt die Entwicklung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Hauptaltersgruppen und Geschlecht für die Jahre 2005 bis 2010 (siehe Tabelle 4.11). In der Altersgruppe 65 bis 75 Jahre sind Männer geringfügig stärker vertreten, was mit der männlich geprägten Arbeitsmigration bei Ausländern zusammenhängen könnte, während in der Altersgruppe über 75 Jahre Frauen deutlich überwiegen und was der Feminisierung des Alters geschuldet sein dürfte.

Tabelle 4.11: Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Alter und Geschlecht 2005-2010

Jahr	Altersgruppen					
	65 bis unter 75			Über 75 Jahre		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
2005	5,4	5,3	5,0	2,7	2,0	3,2
2006	5,5	5,7	5,3	2,7	2,1	3,3
2007	6,0	6,1	5,9	3,0	2,5	3,6
2008	6,0	6,1	6,0	3,2	2,7	3,6
2009	6,0	6,1	6,0	3,3	2,8	3,7
2010	6,0	6,1	6,0	3,4	2,9	3,8

Angaben in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ergebnisse des Mikrozensus 2010.

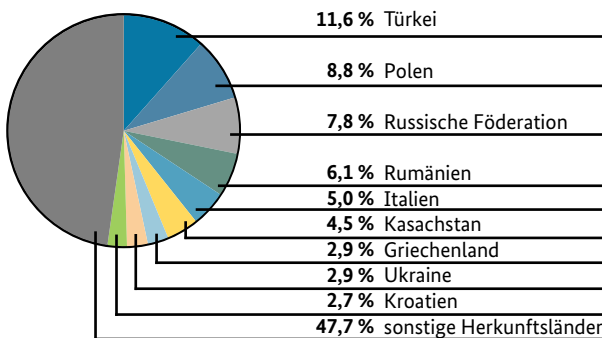
4.2.3 Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Herkunftsländern und Aufenthaltsdauer

Die Unterscheidung der Migrantenbevölkerung nach Herkunftsländern für das Jahr 2010 zeigt, dass die bei Weitem größte Gruppe mit etwa 2,5 Mio. Personen türkischer Herkunft ist. Dies entspricht einem Anteil von 15,8 % an allen Personen mit Migrationshintergrund. Danach folgen Personen polnischer und russischer Herkunft (8,3 % bzw. 6,7 %). Personen italienischer und griechischer Herkunft spielen dagegen eine geringere Rolle (4,7 % bzw. 2,4 %) (Statistisches Bundesamt 2011).

Betrachtet man nur die älteren Personen mit Migrationshintergrund nach Herkunftsländern, dann zeigt sich folgendes Bild (siehe Abbildung 4.5): Im Jahr 2010 entfällt von den rund 1,5 Mio. Menschen im Alter von 65 Jahren und älter etwas mehr als die Hälfte auf neun Länder. Davon entfallen über ein Fünftel auf die ehemaligen „Gastarbeiterländer“ Türkei, Italien, Griechenland und Kroatien sowie fast ein Drittel auf die mittel- und osteuropäischen Länder Polen, Rumänien, Russische Föderation, Kasachstan und Ukraine. Bei älteren Personen mit Migrationshintergrund aus den MOEL-Staaten handelt es sich zu einem großen Teil um Spätaussiedler, bei Migranten aus der Russischen Föderation und der Ukraine zu einem geringen Teil auch um jüdische Zuwanderer.

Abbildung 4.5: Personen mit Migrationshintergrund im Alter von 65 Jahren und älter nach Herkunftsländern 2010

Bevölkerung mit MH im Alter 65+: 1,479 Mio.



Quelle: Statistisches Bundesamt, Ergebnisse des Mikrozensus 2010.

Tabelle 4.12 gibt den Anteil an Älteren nach dem Herkunftsland wieder. Für die ehemaligen Anwerbestaaten zeigen sich Werte von rund 10 %, nur für die Türkei liegt der Anteil bei 6,9 %. Auffällig hohe Anteile an Älteren verzeichnen Rumänien (21,0 %), die Ukraine (16,8 %) und die Russische Föderation (11,1 %). Der Anteil für Spätaussiedler insgesamt beträgt 19,1 %, was die Zuwanderung im Familienverband unter Beteiligung älterer Menschen unterstreicht. Von den 10,6 Mio. selbst zugewanderten Personen mit Migrationshintergrund (Personen mit eigener Migrationserfahrung) lebten im Jahr 2010 etwa vier Fünftel (81,0 %) seit mindestens neun Jahren, über 44 % seit mehr als zwanzig Jahren und mehr als 11 % sogar 40 Jahre und länger in Deutschland.

Tabelle 4.12: Personen mit Migrationshintergrund 65 Jahre und älter nach Herkunftsland 2010

Herkunftsland	Insgesamt (in 1.000)	65 Jahre und älter	Anteil der über 65- Jährigen (in Prozent)
Griechenland	375	43	11,5
Italien	745	74	9,9
Polen	1.311	130	9,9
Rumänien	428	90	21,0
Bosnien und Herzegowina	207	15	7,2
Kroatien	335	40	11,9
Russische Föderation	1.049	116	11,1
Serbien	260	21	8,1
Türkei	2.485	171	6,9
Ukraine	256	43	16,8
Kasachstan	728	66	9,1
ohne Angabe	2.574	225	8,7
Gebiet des ehem. Jugoslawien	1.348	125	9,3
Gebiet der ehem. Sowjetunion	2.413	262	10,9
Spätaussiedler	3.264	624	19,1
Personen mit MH gesamt	15.746	1.479	9,4

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2010.

Für Personen mit Migrationshintergrund im Alter von 65 Jahren und älter ergibt sich nach Herkunftsland und Aufenthaltsdauer für 2009 folgendes Bild (siehe Tabelle 4.13): Jeweils rund 90 % der Angehörigen aus ehemaligen Anwerbeländern lebten seit 30 Jahren und länger in Deutschland. Dagegen trifft dies nur für etwa die Hälfte der Polen und ein Drittel der Rumänen zu. Sehr geringe Anteile von rund 10 % verzeichnen Angehörige aus der Ukraine und der Russischen Föderation. Für Personen aus Bosnien-Herzegowina zeigt sich, dass ein Fünftel der heutigen Älteren während des Krieges in Jugoslawien als Flüchtlinge nach Deutschland kamen. Im Durchschnitt lebt über die Hälfte aller älteren Personen mit Migrationshintergrund 30 Jahre und länger hier. Gleichzeitig zeigt sich, dass mit abnehmender Aufenthaltsdauer der Anteil an Älteren abnimmt.

Tabelle 4.13: Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Hauptaltersgruppen, Herkunftsländern und Aufenthaltsdauer 2009 (Teil 1)

Staatsangehörigkeit	Altersgruppe			
	unter 20 Jahre			
	Aufenthaltsdauer in Jahren			
	unter 10	10-20	20 - 30	über 30
Italien	95,4	4,6	-	-
Griechenland	95,9	4,1	-	-
Spanien	96,1	3,9	-	-
Portugal	92,8	7,2	-	-
Türkei	95,3	4,7	-	-
Serbien	86,0	14,0	-	-
Kroatien	97,3	2,7	-	-
Bosnien-Herzegowina	89,5	10,5	-	-
Polen	95,8	4,2	-	-
Russische Föderation	73,9	26,1	-	-
Rumänien	94,0	6,0	-	-
Ukraine	83,7	16,3	-	-
Bevölkerung mit MH. insgesamt	99,3	6,3	-	-

Angaben in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2010b): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2009. Fachserie 1, Reihe 2.2. Wiesbaden. Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes

Tabelle 4.13: Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Hauptaltersgruppen, Herkunftsländern und Aufenthaltsdauer 2009 (Teil 2)

Staatsangehörigkeit	Altersgruppe			
	unter 20 Jbis 64 Jahre			
	Aufenthaltsdauer in Jahren			
	unter 10	10-20	20 - 30	über 30
Italien	37,8	12,6	14,1	35,6
Griechenland	37,4	18,9	14,4	29,2
Spanien	49,3	8,7	7,0	34,9
Portugal	29,4	27,6	9,6	33,5
Türkei	34,5	18,2	17,2	30,1
Serbien	30,0	32,5	9,0	28,5
Kroatien	29,5	18,4	9,7	42,4
Bosnien-Herzegowina	23,1	47,5	9,4	20,1
Polen	24,7	20,1	44,4	10,8
Russische Föderation	33,1	59,2	6,0	1,7
Rumänien	18,2	43,7	29,0	9,1
Ukraine	53,3	44,0	1,9	0,9
Bevölkerung mit MH. insgesamt	37,2	29,7	16,2	16,9,0

Staatsangehörigkeit	Altersgruppe			
	65 Jahre und älter			
	Aufenthaltsdauer in Jahren			
	unter 10	10-20	20 - 30	über 30
Italien	4,0	1,1	4,3	90,7
Griechenland	1,9	2,9	3,4	91,8
Spanien	3,7	-	2,7	93,6
Portugal	-	-	5,5	94,5
Türkei	0,9	2,1	10,0	87,0
Serbien	2,2	7,0	3,2	87,6
Kroatien	1,5	2,6	4,5	91,4
Bosnien-Herzegowina	-	21,1	4,2	74,7
Polen	1,7	8,5	38,2	51,6
Russische Föderation	22,9	61,8	8,3	7,0
Rumänien	1,0	28,7	34,3	36,1
Ukraine	34,4	48,8	5,4	11,4
Bevölkerung mit MH. insgesamt	21,0	16,3	10,9	51,8

Angaben in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2010b): Bevölkerung mit Migrationshintergrund — Ergebnisse des Mikrozensus 2009. Fachserie1, Reihe 2.2. Wiesbaden. Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes

4.3 Zukünftige Entwicklung der Bevölkerung Deutschlands

Nachfolgend werden die Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung anhand der Variante „Untergrenze der mittleren Bevölkerung“ kurz beschrieben. Die Variante zeigt die Entwicklung von 2008 bis 2060 unter der Annahme annähernd konstanter Geburtenhäufigkeit von 1,4 Kindern je Frau, eines Anstiegs der Lebenserwartung um etwa 8 Jahre für Männer auf 85 Jahre bzw. 7 Jahre für Frauen auf 89 Jahre und eines Wanderungssaldos von 100.000 Personen im Jahr auf (Statistisches Bundesamt 2009).

Die Geburtenzahl wird künftig weiter zurückgehen. Die niedrige Geburtenhäufigkeit führt dazu, dass die Anzahl potenzieller Mütter immer kleiner wird. Die Zahl der Sterbefälle wird trotz steigender Lebenserwartung zunehmen, weil die stark besetzten Jahrgänge, die „Babyboomer“ (Mening/Hoffmann 2009), ins hohe Alter hineinwachsen werden. Die Zahl der Gestorbenen übersteigt die Zahl der Geborenen immer mehr. Das dadurch wachsende Geburtendefizit kann auch durch eine höhere Zuwanderung nicht kompensiert werden. Die Bevölkerungszahl, die seit 2003 rückläufig ist, wird – ungeachtet gewisser Schwankungen – weiter abnehmen. Heute leben in Deutschland etwa 82 Mio. Menschen, im Jahr 2060 werden voraussichtlich nur noch 65 Mio. hier leben (Statistisches Bundesamt 2009).

Parallel zur Bevölkerungsabnahme kommt es zu erheblichen Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung. Das Altern der heute stark besetzten mittleren Jahrgänge führt zu deutlichen Verschiebungen in der Altersstruktur. Im Jahr 2008 waren 19 % unter 20 Jahre, 61 % 20 bis unter 65 Jahre und 20 % 65 Jahre und älter. Im Jahr 2060 wird jeder Dritte (34 %) mindestens 65 Jahre alt sein. Die Alterung führt insbesondere zu einer Zunahme Hochaltriger. Im Jahr 2008 lebten 4 Mio. 80-Jährige und Ältere, was einen Anteil von 5 % an der Bevölkerung ausmachte. Ihre Zahl wird kontinuierlich steigen und mit 10 Mio. im Jahr 2050 den bis dahin höchsten Wert erreichen. Zwischen 2050 und 2060 sinkt dann die Zahl der Hochaltrigen auf 9 Mio. Jeder Siebente wird dann 80 Jahre und älter sein. Dies entspricht einem Anteil von 14 % an der Bevölkerung. Infolge der Veränderungen steigt das Medianalter der Bevölkerung schnell an. Heute beträgt das Medianalter 43 Jahre. Bis Mitte der 2040er Jahre wird es um neun Jahre steigen. Zwischen 2045 und 2060 wird etwa die Hälfte der Bevölkerung älter als 52 Jahre sein.

Wie die Bevölkerung insgesamt wird auch die Bevölkerung im Erwerbsalter von 20 bis 65 Jahren deutlich altern und schließlich schrumpfen. Im

Jahr 2008 gehörten 50 Mio. Menschen dieser Altersgruppe an. Ihre Zahl wird nach 2020 deutlich zurückgehen und 2035 etwa 39 bis 41 Mio. betragen. Im Jahr 2060 wird das Erwerbspersonenpotenzial nur noch 33 Mio. umfassen. Gegenüber 2008 entspricht dies einem Rückgang von 34 %. Die Abnahme der Bevölkerung im Erwerbsalter geht mit einer Verschiebung hin zu den Älteren im Erwerbsalter einher. Bereits ab 2017 wird die Bevölkerung im Erwerbsalter stark durch die Älteren geprägt sein. Der Erwerbsbevölkerung werden künftig immer mehr ältere Menschen gegenüberstehen. Im Jahr 2008 entfielen auf 100 Personen im Erwerbsalter (20 bis unter 65 Jahre) 34 Ältere (65 Jahre und älter). Bis zum Jahr 2040 wird der Altenquotient um über 80 % ansteigen. Im Jahr 2060 werden dann 100 Personen im Erwerbsalter 67 potenzielle Rentenbezieher gegenüber stehen (siehe Tabelle 4.14).

Tabelle 4.14: Entwicklung der Bevölkerung Deutschlands bis 2060

Art der Nachweisung		31.12. des Jahres					
		2008	2020	2030	2040	2050	2060
		Altenquotient mit Altergrenze 65 Jahre					
Bevölkerungsstand	1000...	82.002	79.914	77.350	73.829	69.412	64.651
	2008 = 100...	100	97,5	94,3	90,0	84,6	78,8
	unter 20 Jahre	1000...	15.619	13.624	12.927	11.791	10.701
	%...	19,0	17,0	16,7	16,0	15,4	15,6
	2008 = 100...	100	87,2	82,8	75,5	68,5	64,6
20 bis unter 65 Jahre	1000...	49.655	47.636	41.149	38.329	35.722	32.591
	%...	60,6	59,6	54,4	51,9	51,5	50,4
	2008 = 100...	100	95,9	84,9	77,2	81,9	65,6
65 Jahre und älter	1000...	16.729	18.654	22.275	23.709	22.989	21.975
	%...	20,4	23,3	28,8	32,1	33,1	34,0
	2008 = 100...	100	111,5	133,2	141,7	137,4	131,4
Jugend-, Alten-, Gesamtquotient							
Auf 100 20- bis unter 65-Jährige kommen							
	unter 20-Jährige.....	31,5	28,6	30,7	30,8	30,0	30,9
	65-Jährige und Ältere.....	33,7	39,2	52,8	61,9	64,4	67,4
	zusammen.....	65,1	67,8	83,5	92,6	94,3	98,4

Anmerkungen: Variante „Untergrenze der mittleren Bevölkerung“ (Geburtenhäufigkeit: annähernd konstant, Lebenserwartung: Basisannahme, Wanderungssaldo: 100.000). Ab 2020 Schätzwerte der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Differenzen in den Summen sind rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2009:39, Tab. 1).

4.4 Zukünftige Entwicklung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

4.4.1 Annahmen der Modellrechnung

Nachfolgend wird anhand einer von Kohls (2012) vorgenommenen Modellrechnung die Entwicklung der Bevölkerung nach der Staatsangehörigkeit (deutsch, nicht-deutsch) und dem Migrationshintergrund (mit bzw. ohne Migrationshintergrund) von 2007 bis 2032 dargestellt. In dem Prognosemodell wurden die grundlegenden Annahmen der Basisvariante der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes hinsichtlich Geburtenverhalten, Lebenserwartung bzw. Sterblichkeit und Wanderungen eingefügt. Das Prognosemodell ist allerdings nicht genau mit dem des Statistischen Bundesamtes vergleichbar, da beide Geschlechter zusammen betrachtet, mit Altersgruppen von jeweils fünf Jahren gerechnet und hinsichtlich der Abfolge möglicher demographischer Ereignisse vereinfachende Annahmen getroffen wurden. Allerdings wurden für Deutsche und Ausländer hinsichtlich Geburtenverhalten und Sterblichkeit unterschiedliche Annahmen verwendet. Mit Blick auf das Einbürgerungsverhalten wurde unterstellt, dass die altersspezifischen Einbürgerungsquoten der Jahre 2005 bis 2008 für den gesamten Vorausrechnungszeitraum gelten.

4.4.2 Ergebnisse zur ausländischen Bevölkerung

Ausgehend von 7,28 Mio. ausländischen Personen im Mikrozensus 2007 geht die Zahl der Ausländer bei einem Wanderungssaldo von 100.000 Personen pro Jahr im betrachteten Zeitraum von 2007 bis 2032 auf 7,07 Mio. um 3 % zurück. Der Rückgang ist vor allem Folge sinkender Zahlen in den jüngeren Altersgruppen, der durch die Optionsregelung bedingt ist. Aufgrund dieser Regelung geht ein zunehmender Teil der von ausländischen Eltern geborenen Kinder als Deutsche in die Statistik ein. Im Gegensatz dazu steigt die Zahl der Ausländer, die älter als 45 Jahre alt sind. In der Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren ist sogar eine Zunahme um mehr als das Dreifache festzustellen: von 513.000 auf 1,66 Mio.

Der Anteil der ausländischen Personen an der Bevölkerung insgesamt bleibt allerdings annähernd gleich: 8,9 % bzw. 9,0 %. Die Betrachtung nach Altersgruppen zeigt aber, dass die Anteile in den jüngeren Altersgruppen bis 35 Jahre zurückgehen, während in den höheren Altersgruppen ein deutlicher Anstieg vorliegt. Eine besonders hohe Zunahme von 3,1 % auf 7,0 % ist für die 65-Jährigen und Älteren zu erwarten (siehe Tabelle 4.15).

Tabelle 4.15: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung von 2007 bis 2032

Alter	2007		2012		2017	
	1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %
0 – 5	205	6,0	197	5,7	190	5,5
5 – 15	779	10,2	491	6,8	362	5,3
15 – 25	964	9,9	942	10,7	817	10,4
25 – 35	1.573	16,4	1.384	13,8	1.216	12,0
35 – 45	1.438	10,7	1.302	12,1	1.383	14,5
45 – 55	946	7,8	1.211	8,9	1.262	9,5
55 – 65	863	8,9	843	7,9	831	7,2
65+	513	3,1	740	4,3	995	5,3
Insgesamt	7.281	8,9	7.110	8,7	7.056	8,7

Alter	2022		2027		2032	
	1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %
0 – 5	180	5,3	173	5,3	166	5,4
5 – 15	364	5,3	350	5,1	334	5,0
15 – 25	594	8,0	513	7,2	525	7,3
25 – 35	1.296	13,9	1.208	14,3	1.016	12,7
35 – 45	1.233	12,3	1.120	11,0	1.201	12,8
45 – 55	1.156	10,9	1.250	13,2	1.111	11,2
55 – 65	1.103	8,4	1.151	9,1	1.059	10,4
65+	1.153	5,8	1.323	6,2	1.657	7,0
Insgesamt	7.079	8,8	7.087	8,9	7.070	9,0

Anmerkungen: Anteil jeweils an der Gesamtbevölkerung, Datengrundlage Mikrozensus 2007, Wanderungssaldo 100.000.

Quelle: Kohls (2012).

4.3.3 Ergebnisse zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Die Modellrechnung für Personen mit Migrationshintergrund zeigt, dass Zahl und Anteil an der Gesamtbevölkerung bis 2032 steigen. Die Zunahme beruht zum einen auf der höheren Geburtenhäufigkeit vor allem von Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit und zum anderen auf der weiterhin deutlich jüngeren Altersstruktur der zuziehenden gegenüber den fortziehenden Personen.

Bei einem Wanderungsüberschuss von 100.000 Personen im Jahr fällt der Anstieg der Zahl der Personen mit Migrationshintergrund ab 2017 deutlich aus. Von 2007 bis 2032 steigt die Zahl von 15,4 Mio. auf 20,4 Mio., was

einer Zunahme von knapp einem Drittel (32,2 %) entspricht. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung nimmt bis 2032 von 19 % auf 26 % zu. Die altersspezifische Betrachtung zeigt, dass zwar die absolute Zahl der jüngeren Personen mit Migrationshintergrund bis 15 Jahren leicht zurückgeht, die jeweiligen Anteile aber dennoch steigen, weil bei den Personen ohne Migrationshintergrund ein noch stärkeres Absinken der absoluten Zahl der Jüngeren festzustellen ist. Dagegen steigt die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund ab 15 Jahren an. Besonders deutlich fällt der Anstieg der absoluten Zahl in der Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren aus: von 1,4 Mio. auf 3,6 Mio. Hier ergibt sich ein Zuwachs um 150 %. Der Anteil der Älteren an allen Älteren verdoppelt sich nahezu, indem ein Anstieg von 8,4 % auf 15,1 % vorliegt (siehe Tabelle 4.16).

Tabelle 4.16: Entwicklung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund von 2007 bis 2032

Alter	2007		2012		2017	
	1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %
0 – 5	1.157	33,8	1.103	32,5	1.059	31,1
5 – 15	2.228	29,0	2.299	32,0	2.266	33,4
15 – 25	2.292	23,6	2.380	27,1	2.449	31,1
25 – 35	2.530	26,3	2.609	26,1	2.747	27,2
35 – 45	2.430	18,0	2.310	21,5	2.549	26,7
45 – 55	1.928	16,0	2.316	17,0	2.377	18,0
55 – 65	1.452	14,9	1.627	15,3	1.824	15,9
65+	1.393	8,4	1.719	9,9	2.104	11,2
Insgesamt	15.410	18,7	16.363	20,0	17.375	21,4

Alter	2022		2027		2032	
	1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %
0 – 5	1.058	30,8	1.078	32,4	1.081	34,7
5 – 15	2.177	32,1	2.137	31,2	2.156	31,9
15 – 25	2.543	34,3	2.517	35,8	2.429	34,5
25 – 35	2.934	31,5	3.035	36,0	3.129	39,2
35 – 45	2.690	26,8	2.857	28,1	3.044	32,4
45 – 55	2.300	21,7	2.556	27,0	2.698	27,1
55 – 65	2.229	17,1	2.300	18,1	2.237	21,9
65+	2.489	12,6	2.940	13,7	3.595	15,1
Insgesamt	18.420	22,9	19.421	24,5	20.369	26,0

Anmerkungen: Anteil jeweils an der Gesamtbevölkerung, Datengrundlage Mikrozensus 2007, Wanderungssaldo 100.000.

Quelle: Kohls (2012).

4.5 Ausblick

Die Modellrechnung mit einem Wanderungsüberschuss von 100.000 Personen im Jahr zeigt, dass die absolute Zahl und der Anteil der ausländischen Personen von 2007 bis 2032 in etwa konstant bleiben bzw. leicht abnehmen dürfte. Dagegen ist bei der Zahl und dem Anteil der Personen mit Migrationshintergrund ein im Zeitverlauf kontinuierlicher Anstieg zu erwarten. Der Anteil der Ausländer dürfte im Jahr 2032 weiterhin bei rund 9 % liegen, während der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund von derzeit 19 % auf 26 % steigen dürfte. Die altersspezifische Betrachtung zeigt zudem, dass in der Altersgruppe der 25- bis unter 35-Jährigen ein Anteil von bis zu 40 % wahrscheinlich ist, der in regionaler und lokaler Perspektive (alte Bundesländer, Großstädte, einzelne Stadtteile) noch höher liegen dürfte.

Mit Blick auf die älteren Ausländer ist festzuhalten, dass die Zahl der über 64-Jährigen deutlich steigen wird: von 500.000 auf 1,7 Mio. Personen. Damit steigt der Anteil an Älteren von 3 % auf 7 %. Für die Älteren unter den Personen mit Migrationshintergrund ergibt sich eine Zunahme von 1,4 Mio. auf 3,6 Mio. bzw. ein Anstieg von 8 % auf 15 %. Ältere Migranten gewinnen somit absolut wie relativ erheblich an Gewicht. Allerdings ist die Ausgangsbevölkerung auf der Grundlage des Mikrozensus 2007 um 1,3 Mio. Personen überschätzt, was vor allem auf erhöhte Bestandszahlen der Ausländer in Höhe von 600.000 Personen zurückzuführen ist. Die Zahl älterer Migranten dürfte aktuell daher etwas niedriger liegen.

4.6 Exkurs: Ältere Migranten im internationalen Vergleich

Altern in der Fremde ist im Zuge der internationalen Migration zu einem globalen Thema geworden, das Industriestaaten und Entwicklungsländer gleichermaßen betrifft. Vor allem in den Staaten der Europäischen Union nimmt die Gruppe älterer Migranten – und damit die ethnische und kulturelle Vielfalt im Alter – zu. Die Ursachen hierfür sind unterschiedlich. Zudem hat sich das Migrationsgeschehen verändert. Heute sind viele EU-Staaten gleichzeitig von Zu- und Abwanderung sowie von Transmigration gekennzeichnet. Die einzelnen Länder lassen sich grob drei Gruppen zuordnen: 1. Staaten, die zu Zielländern der jüngeren europäischen Arbeitsmigration zählen (z. B. Dänemark, Deutschland und Österreich), 2. Staaten mit einer kolonialen Vergangenheit und besonderen Beziehungen nach Afrika und Übersee (z. B. Belgien, die Niederlande, Frankreich und Großbritannien) und 3. „neue Einwanderungsländer“ (z. B. Irland, Griechenland, Spanien, Portugal und Italien).

Die Definition von (älteren) Personen mit Migrationshintergrund variiert zwischen den einzelnen EU-Staaten relativ stark. Eurostat liefert zwar Statistiken zur Staatsangehörigkeit und zum Geburtsland der jeweiligen Wohnbevölkerung, generell wird aber nur die ausländische Bevölkerung nach Alter ausgewiesen. Darüber hinaus gilt als Minimalkonsens die Zahl der Menschen, die in einem EU-Staat außerhalb ihres Geburtslandes leben. Wie bereits dargelegt, geht das „Foreign Born Konzept“ zwar über das „Ausländerkonzept“ hinaus, es erfasst aber nur einen Teil der Personen mit Migrationshintergrund.

Die nachfolgende Tabelle 4.17 für das Jahr 2010 zeigt, dass Zahl und Anteil an Migranten 60 Jahre und älter in den Ländern der EU erheblich variieren. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Erhebungskonzepte ist die Ursache hierfür darin zu sehen, dass die Statistiken nicht auf einheitlichen und verlässlichen Datengrundlagen beruhen. Teilweise liegen für einzelne Länder keine bzw. fragwürdige Daten vor. Die Tabellenwerte erlauben somit keinen aussagekräftigen internationalen Vergleich. Eine vorsichtige Interpretation ergibt folgendes Bild:

Die zahlenmäßig größte Gruppe an älteren Menschen nach dem „Foreign Born Konzept“ lebt in Deutschland, Frankreich und im Vereinigten Königreich. Der höchste Migrantenanteil in der Altersgruppe der über 60-Jährigen findet sich, lässt man die Länder Estland und Lettland aufgrund des hohen Anteils an russischstämmigen Personen unberücksichtigt, in Luxemburg (23 %). Danach folgen mit Anteilen zwischen 11 % und 14 % die Länder Frankreich, Österreich, Slowenien, Schweden, Zypern und Belgien. Deutschland weist einen Anteil von knapp 9 % auf, die Niederlande und das Vereinigte Königreich einen Anteil von etwa 8 %.

Auffällig ist, dass ältere Migranten in Italien und Griechenland praktisch keine sowie in Portugal und Spanien nur eine geringe Rolle spielen. Zudem kommt älteren Migranten in mehreren osteuropäischen Ländern kaum eine Bedeutung zu (Tschechische Republik, Slowakei, Bulgarien und Rumänien). Bei gegebener Datenlage nimmt Deutschland bei den absoluten Zahlen eine Spitzenstellung ein, hinsichtlich des Anteils an älteren Migranten befindet es sich dagegen nur im Mittelfeld.

Tabelle 4.17: Ältere Migranten in den Ländern der Europäischen Union 2010

Land	60 Jahre und älter		
	Insgesamt	im Ausland Geborene	In Prozent
Belgien	2.492.031	286.205	11,5
Bulgarien	-	-	-
Dänemark	1.275.516	59.293	4,6
Deutschland	21.209.336	1.831.192	8,6
Estland	303.322	100.175	33,0
Finnland	1.307.327	17.475	1,3
Frankreich	14.132.832	1.913.328	13,5
Griechenland	2.798.628	131.583	4,7
Irland	717.664	36.427	5,1
Italien	15.896.353	333.228	2,1
Lettland	508.292	159.516	31,4
Litauen	697.113	71.775	10,3
Luxemburg	94.805	22.030	23,2
Malta	91.089	4.749	5,2
Niederlande	3.608.335	294.638	8,2
Österreich	1.926.425	245.457	12,7
Polen	7.282.729	298.747	4,1
Portugal	2.506.147	61.692	2,5
Rumänien	-	-	-
Schweden	2.316.232	275.480	11,9
Slowakei	-	-	-
Slowenien	449.731	55.551	12,4
Spanien	10.157.033	590.184	5,8
Tschechische Republik	2.320.083	20.082	0,9
Ungarn	2.252.965	107.533	4,8
Vereinigtes Königreich	13.946.481	1.100.428	7,9
Zypern	147.300	17.585	11,9

Quelle: Eurostat (2011).

4.7 Zusammenfassung

Nachfolgend werden einige zentrale Befunde kurz zusammengefasst (siehe Tabelle 4.18). Danach sind derzeit über 20 % der Bevölkerung 65 Jahre und älter. Während Deutsche bzw. Personen ohne Migrationshintergrund einen Anteil von gut 22 % aufweisen, beträgt dieser bei Ausländern bzw. Personen mit Migrationshintergrund nur etwa 9 % bis 10 %. Dementsprechend liegt auch das Durchschnittsalter mit ca. 35 bzw. 39 Jahren deutlich niedriger als bei Deutschen bzw. Personen ohne Migrationshintergrund mit rund 45 Jahren. Bei Ausländern sind Frauen unter den Älteren seltener vertreten als bei der inländischen Bevölkerung. Eine Feminisierung des Alters liegt nur für die Gruppe der Hochaltrigen (80 Jahre und älter) vor, die aber aufgrund der Zuwanderungsgeschichte relativ schwach ausgeprägt ist.

Eine Differenzierung der ausländischen Bevölkerung zeigt, dass Angehörige ehemaliger Anwerbestaaten im Durchschnitt einen höheren Anteil an Älteren aufweisen. Über die Hälfte aller älteren Ausländer stammt aus der Türkei, Italien, Griechenland, Kroatien und Spanien, wobei die mit Abstand größte Gruppe Türken sind. Hinsichtlich der Aufenthaltsdauer zeigt sich, dass über zwei Drittel der älteren Ausländer bereits 30 Jahre und länger in Deutschland leben.

Ein etwas anderes Bild liegt für Personen mit Migrationshintergrund vor. Der Anteil an Älteren ist höher und die Geschlechtsstruktur ist ausgeglichener. Die Unterscheidung nach Herkunftsländern zeigt, dass auch osteuropäische Länder einen höheren Anteil an Älteren aufweisen. Besondere Bedeutung kommt hier der Gruppe der Spätaussiedler zu. Gleichwohl stellt die Türkei immer noch die größte Gruppe an Älteren. Nur gut die Hälfte der älteren Personen mit Migrationshintergrund lebt seit über 30 Jahren hier.

Derzeit beträgt der Anteil an Personen über 64 Jahre an der Bevölkerung Deutschlands gut 20 %. Anfang der 2030er Jahre wird dieser Anteil voraussichtlich rund 29 % betragen und bis 2060 auf 35 % ansteigen. Gegenwärtig beträgt der Anteil Älterer unter den Ausländern gut 3 %. Bis 2032 dürfte er auf 7 % ansteigen. Einen deutlich höheren Zuwachs dürfte dagegen die Bevölkerung mit Migrationshintergrund verzeichnen. Hier wird sich der Anteil Älterer von 8 % auf 15 % nahezu verdoppeln. Gleichzeitig wird der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung insge-

samt (bei einem Wanderungsüberschuss von 100.000 Personen pro Jahr) von 19 % auf 26 % zunehmen. Ein Zuwachs des Anteils von Migranten an der Bevölkerung ist allerdings nicht nur der Zuwanderung geschuldet, sondern beruht auch auf der relativen Abnahme der deutschen Bevölkerung.

Für den Vergleich europäischer Länder gilt zudem generell: Je früher die Zuwanderung in einem Land einsetzte, desto älter ist heute die ehemals zugewanderte Bevölkerung. Bei gegebener Datenlage ist festzuhalten, dass Deutschland bei den absoluten Zahlen auf EU-Ebene eine Spitzenstellung einnimmt, hinsichtlich des Anteils an älteren Migranten weisen Frankreich, Schweden und Österreich jedoch höhere Werte auf.

Die nachfolgende Tabelle 4.18 listet den Anteil an Älteren an der Gesamtbevölkerung in Deutschland und das Durchschnittsalter auf. Hierbei wird noch einmal deutlich, dass der Prozess der demographischen Alterung in den vier Bevölkerungsgruppen unterschiedlich weit fortgeschritten ist.

Tabelle 4.18: Merkmale der demographischen Alterung für verschiedene Bevölkerungsgruppen 2010

65 Jahre und älter	
	20,6 % der Bevölkerung insgesamt
	21,7 % der deutschen Bevölkerung
	23,7 % der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund
	9,8 % der ausländischen Bevölkerung
	9,4 % der Bevölkerung mit Migrationshintergrund
	4,2 % aller Älteren sind Ausländer
	8,6 % aller Älteren sind Personen mit Migrationshintergrund
Durchschnittsalter	
	Bevölkerung insgesamt: 43,7 Jahre
	Deutsche: 44,2 Jahre
	Personen ohne Migrationshintergrund: 45,9 Jahre
	Ausländer: 38,9 Jahre
	Personen mit Migrationshintergrund: 35,0 Jahre

5 Arbeitsmarktsituation

5.1 Forschungsrahmen

In der Arbeitsgesellschaft spielt die Erwerbsarbeit in individueller und gesellschaftlicher Hinsicht eine zentrale Rolle. Zum einen ist die Erwerbstätigkeit die Hauptquelle zur Sicherung des Lebensunterhalts. Zum anderen sind der ausgeübte Beruf und die berufliche Stellung von entscheidender Bedeutung für das Selbstverständnis und die gesellschaftliche Verortung jedes Einzelnen. Die Arbeit wirkt strukturgebend und sinnstiftend und erhöht die soziale Wertschätzung. Das durch Erwerbsarbeit erzielte Einkommen ermöglicht eine eigenständige Lebensplanung und die gesellschaftliche Teilhabe. Die Arbeitsmarktintegration stellt somit eine grundlegende Voraussetzung für die gesellschaftliche Integration dar.

Vor diesem Hintergrund stellt sich mit Seebaß/Siegert (2011) die Frage nach der Situation von Migranten auf dem Arbeitsmarkt. Inwieweit unterscheidet sich das Ausmaß ihrer Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit von Personen ohne Migrationshintergrund? Sind sie in den gleichen Wirtschaftsbranchen und Berufen vertreten oder konzentrieren sie sich auf wenige Berufe, vor allem solche, die hinsichtlich Einkommen und Beschäftigungsstabilität eher ungünstig sind? Welche beruflichen Stellungen nehmen sie ein und in welchen Beschäftigungsformen sind Migranten tätig?

Ziel der Ausführungen ist es, die Datenlage und Ergebnisse zum Thema „Ältere Migranten am Arbeitsmarkt“ darzustellen. Hierbei wird zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund bzw. Ausländern und Deutschen unterschieden. Zunächst werden Forschungsschwerpunkte und theoretische Ansätze zur Arbeitsmarktpositionierung sowie der Zusammenhang von demographischem Wandel und Arbeitsmarktintegration skizziert. Danach wird kurz auf die Datenquellen eingegangen (Kapitel 5.1). Anschließend wird das Ausmaß der Erwerbstätigkeit und der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung aufgezeigt (Kapitel 5.2 und 5.3). Weiterhin wird dargestellt, in welchen Wirtschaftsbereichen und beruflichen Stellungen ältere Migranten beschäftigt sind und inwieweit Selbstständigkeit und Beschäftigungsformen wie Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung sowie besondere Arbeitssituationen vorliegen (Kapitel 5.4 bis 5.7). Abschließend wird das Ausmaß der Erwerbs- und Arbeitslosigkeit in vergleichender Perspektive erörtert (Kapitel 5.8).

5.1.1 Forschungssituation

Bei der Frage nach der Positionierung von älteren Migranten am Arbeitsmarkt ist davon auszugehen, dass sich ein bedeutsamer Teil der Erwerbsbevölkerung mit Migrationshintergrund aus den ehemaligen „Gastarbeitern“ zusammensetzt, die in Zeiten der wirtschaftlichen Konjunktur angeworben und als un- oder angelernte Arbeitnehmer überwiegend in der industriellen Massenproduktion, der Schwerindustrie und dem Bergbau tätig waren. Eine Fort- und Weiterbildung fand kaum oder gar nicht statt, da ursprünglich nicht von einer langfristigen Beschäftigung der ausländischen Arbeitnehmer ausgegangen wurde. Die Arbeitsmigranten übten eine Pufferfunktion aus, indem sie in Boomphasen Produktionsspitzen auffingen und in Abschwungphasen relativ einfach entlassen werden konnten und wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren sollten. Während der ersten Wirtschaftskrise 1966/67 zeigte sich dieser gewünschte Effekt, bei der durch die Ölkrise von 1973 ausgelösten Wirtschaftskrise, die im gleichen Jahr zum Anwerbestopp führte, aber nur bedingt.

Zwar nahm auch nach 1973 die Ausländerbeschäftigung relativ deutlich ab und viele Arbeitsmigranten kehrten – auch im Zuge des Rückkehrförderungsgesetzes von 1983 – in ihre Heimatländer zurück, ein großer Teil verblieb jedoch in Deutschland, da aufgrund des Anwerbestopps kaum Aussichten bestanden, nach der Rückkehr erneut als Arbeitsmigrant einreisen zu können. Viele der in Deutschland verbliebenen ausländischen Arbeitnehmer holten ihre Familien nach und richteten sich auf einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland ein (Bade/Oltmer 2004:73).

Als Folge der Anwerbe- und Beschäftigungspraxis befinden sich die ehemaligen „Gastarbeiter“ heute in einem fortgeschrittenen Alter und stellen einen Gutteil der Erwerbspersonen mit Migrationshintergrund im Alter von 50 bis 65 Jahren. Sie sind weiterhin überwiegend im produzierenden Gewerbe beschäftigt und üben Tätigkeiten aus, die nur geringe formale Qualifikationen erfordern sowie ein höheres Arbeitsplatzrisiko aufweisen.

Wie Seebaß/Siegert (2009) ausführen, ist die Arbeitsmarktsituation von Migranten seit den 1980er Jahren Gegenstand von Untersuchungen. Dabei zeigt sich, dass Personen aus den ehemaligen Anwerbestaaten eine eher ungünstige Stellung am Arbeitsmarkt einnehmen. „Gastarbeitern“ ist es nur eingeschränkt gelungen, sich beruflich weiter zu qualifizieren und beruflich aufzusteigen. Berufliche Mobilität findet zwar statt, diese erfolgt jedoch überwiegend von un- zu angelernten Tätigkeiten und in großen Industriebetrieben. Gleichzeitig liegt eine Abwärtsmobilität vor. Ehemalige Arbeitsmigranten sind vom Strukturwandel der Wirtschaft – Rückgang

des produzierenden Gewerbes und Abbau von gering qualifizierter Beschäftigung – besonders betroffen, was sich in einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit niederschlägt. Seit Anfang der 1980er Jahre liegt die Arbeitslosenquote von ausländischen Beschäftigten durchgängig deutlich höher als die von deutschen Arbeitnehmern.

Viele der heute in Deutschland lebenden Migranten sind allerdings erst nach der Anwerbephase gekommen. Für die später Zugewanderten liegen häufig andere Motive der Migration zu Grunde, und sie weisen eine andere Ressourcenausstattung auf als die ehemaligen „Gastarbeiter“. Zwischen den einzelnen Herkunftsgruppen und Zuwandererkohorten bestehen daher teilweise deutliche Unterschiede in der Arbeitsmarktposition (Hess 2011).

Unter den „neueren“ Zuwanderergruppen sind Spätaussiedler aus mittel- und osteuropäischen Ländern verstärkt in den Fokus von Untersuchungen gerückt. Dabei zeigt sich, dass die bis Mitte der 1990er Jahre zugewanderten Spätaussiedler sich vergleichsweise gut auf dem Arbeitsmarkt behaupten konnten, auch wenn sie häufig unter ihren beruflichen Qualifikationen beschäftigt sind und Männern die Arbeitsmarktintegration besser gelang als Frauen. Dagegen haben Spätaussiedler, die seit Ende der 1990er Jahre nach Deutschland zuwanderten, größere Schwierigkeiten in den Arbeitsmarkt einzumünden – was auch mit der veränderten allgemeinen Arbeitsmarktlage zusammenhängt. Die teilweise fehlende Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen, vergleichsweise schlechtere Deutschkenntnisse und die geringere Anbindung an die deutsche Kultur bei den späteren Zuwandererkohorten liefern – neben dem höheren Alter beim Zuzug – Erklärungsansätze für die Unterschiede der Arbeitsmarktintegration von Spätaussiedlern (Frick et al. 2009).

Untersuchungen beschäftigen sich zudem mit den Auswirkungen der Zuwanderung auf den deutschen Arbeitsmarkt. Dabei kann entgegen häufiger Befürchtungen gezeigt werden, dass sich Zuwanderung, zumal von qualifizierten Migranten, eher positiv auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung auswirkt und am Arbeitsmarkt kaum Verdrängungsprozesse von Einheimischen durch Migranten stattfinden (Brücker/Jahn 2010:18ff., von Loeffelholz 2010:228). Neuzuwanderer üben aber einen negativen Effekt auf die Beschäftigung bereits länger in Deutschland lebender Zuwanderer aus. Substitutionsprozesse sind deshalb möglich, da sich „alte“ und „neue“ Migranten hinsichtlich ihrer Qualifikationen und Berufserfahrungen teilweise ähneln und sich beide Gruppen partiell auf schrumpfende Wirtschaftsbereiche konzentrieren.

Zur Erklärung der marginalen Arbeitsmarktstellung von Zuwanderern bieten sich mehrere Ansätze an (Kalter 2008): 1. die geringe Humankapitalausstattung, 2. die unzureichende Ausstattung mit sozialem Kapital, 3. die Segmentierung des Arbeitsmarkts und 4. Diskriminierungen am Arbeitsmarkt.

Nach dem Humankapitalansatz wird die Stellung am Arbeitsmarkt vor allem durch das (Aus-)Bildungsniveau (formale Schul- und Berufsabschlüsse) und die Arbeitsmarkterfahrung bestimmt. Je höher diese sind, desto höher ist auch die Arbeitsproduktivität, was wiederum zu sicheren und gut bezahlten Beschäftigungsverhältnissen führt. Entsprechend würde das häufig eher geringe (Aus-)Bildungsniveau von Migranten bzw. die häufig geringe Verwertbarkeit von im Herkunftsland erworbenen Bildungsabschlüssen zu ihrer prekären Stellung auf dem Arbeitsmarkt führen. Tatsächlich zeigen Analysen, dass ein bedeutsamer Teil der niedrigen Arbeitsmarktpositionierung von Migranten auf ihre geringe Humankapitalausstattung zurückzuführen ist (Frick et al. 2009:23).

Soziales Kapital ist die Möglichkeit, sich durch die Zugehörigkeit in sozialen Netzwerken Zugang zu knappen Ressourcen zu verschaffen. Zu den knappen Ressourcen gehören auch Informationen über Beschäftigungsmöglichkeiten. Arbeitsplätze werden vielfach nicht über formale Suchkanäle wie Anzeigen, institutionelle Arbeitsvermittlungen oder Direktbewerbungen, sondern über soziale Kontakte gefunden. Soziale Netze erleichtern die Informationssuche über verfügbare Arbeitsplätze und die besonderen Charakteristika dieser Stellen. Da Migranten häufiger in wenig prosperierenden Wirtschaftsbereichen beschäftigt sind, dürften sie sich vor allem mit Informationen über diese Segmente austauschen. Dagegen wären die Informationen über zukunftssträchtigere Bereiche eingeschränkt. Inwieweit soziales Kapital die Arbeitsmarktintegration von Migranten beeinflusst, ist bisher wenig erforscht. Untersuchungen zeigen aber, dass Netzwerke bei der Stellensuche grundsätzlich von großer Bedeutung sind. Zudem wurde festgestellt, dass sich deutsche Freunde als „soziale Ressource“ positiv auf die Arbeitsmarktintegration von Migranten auswirken (Kalter 2007).

Wie Sengenberger (1987) bereits in den 1980er Jahren nachwies, übt die Struktur des Arbeitsmarktes einen wesentlichen Einfluss auf die Lage von Migranten aus. Der Arbeitsmarkt ist in einen primären, kapitalintensiven und einen sekundären, arbeitsintensiven Sektor unterteilt. Arbeitnehmer im primären Sektor weisen zumeist ein höheres Bildungsniveau auf und

sind beruflich höher qualifiziert. Sie gehen anspruchsvollen Tätigkeiten nach, die Aufstiegschancen eröffnen, und sie verfügen über relativ sichere Beschäftigungsverhältnisse. Arbeitnehmer im sekundären Sektor sind dagegen relativ gering qualifiziert, üben vor allem einfache Tätigkeiten aus und befinden sich in eher instabilen Beschäftigungsverhältnissen. Ihre Erwerbsverläufe sind unsteter und häufiger durch Phasen der Arbeitslosigkeit unterbrochen. Die diskontinuierlichen Erwerbsbiographien und die eingeschränkten Möglichkeiten zur beruflichen Weiterqualifizierung führen dazu, dass Beschäftigte aus dem sekundären Arbeitsmarkt selten in den primären Sektor wechseln. Da die ehemaligen Arbeitsmigranten vor allem für den sekundären Arbeitsmarkt angeworben wurden, dürften ihre auch heute noch häufig niedrige Arbeitsmarktposition und ihre vergleichsweise geringe Aufwärtsmobilität wesentlich auf die Segmentierung des Arbeitsmarktes zurückzuführen sein.

Schließlich sind die relativ schlechte Arbeitsmarktstellung und die höhere Arbeitslosigkeit von Migranten auch auf Formen der Diskriminierung zurückzuführen. Migranten werden demnach nicht nur aufgrund tatsächlich nachweisbarer, sondern zugeschriebener Eigenschaften und Fertigkeiten von bestimmten Tätigkeiten und Branchen ausgeschlossen. Auch bei älteren Migranten sind Benachteiligungen am Arbeitsmarkt vielfach die Folge von Diskriminierung, wobei sich ethnische und altersbezogene Etikettierungen verstärken (Tucci 2008:203).

5.1.2 Demographischer Wandel und Arbeitsmarktintegration

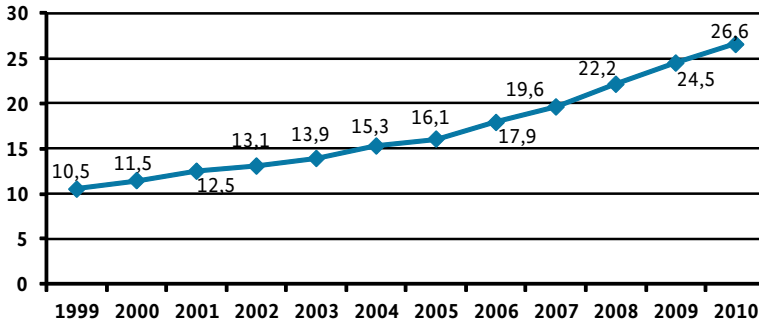
Ältere Arbeitnehmer erfahren seit einiger Zeit besondere Aufmerksamkeit. Ihnen wird nicht mehr der Übergang in den Ruhestand nahegelegt, sondern der längere Verbleib im Arbeitsleben. Mit der Heraufsetzung des Rentenalters, der kürzeren Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I und den neu entdeckten „Potenzialen des Alters“ reagiert die Politik auf den demographischen Wandel und die Erosion der sozialen Sicherungssysteme. Gleichzeitig werden Initiativen ergriffen, um die Wiederbeschäftigung für arbeitslose Ältere zu erleichtern (Drucksache 17/2277 vom 23.06.2010). Kaum in den Blick genommen werden jedoch ältere Migranten und ihre spezifische Arbeitsmarktsituation. Dies liegt vor allem daran, dass häufig eine Kombination von vermittlungshemmenden Merkmalen vorliegt, die eine differenzierte Betrachtung erfordert (Breithecker/Burkert 2008:251). Die Arbeitsmarktsituation älterer Migranten ist im Kontext der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen von Zuwanderung, dem demographischen Wandel und der gesellschaftlichen Integration von Migranten zu sehen. In den fünfzig Jahren Zuwanderung sind vielfach un- und gering

qualifizierte Personen gekommen, deren Arbeitsmarktchancen sich im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels verschlechtert haben. Mangelnde Arbeitsmarktintegration geht jedoch mit sozialer Ausgrenzung einher. Mit dem frühzeitigen Ausscheiden aus der Erwerbsarbeit droht aufgrund der veränderten Rentengesetzgebung zudem vielfach Altersarmut. Vor diesem Hintergrund hat die Steuerung der Arbeitsmigration zusätzliches Gewicht erhalten.

Mit dem demographischen Wandel vollzieht sich allerdings eine Neuinterpretation des Alters, die von einer Trendwende in der Arbeits- und Rentenpolitik begleitet wird. Die Politik hat eine Reihe von Schritten eingeleitet, um den Folgen des demographischen Wandels zu begegnen und die Systeme der sozialen Sicherung „demographiefest“ zu machen. Zu den verschiedenen Renten- und arbeitsmarktpolitischen Reformen gehören die Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre, die weitgehende Vermeidung von Frühverrentungen durch neue Vorruhestandsregelungen und Bemühungen zur Erhöhung der Beschäftigungsquote speziell von Frauen (Kraatz/Sproß 2008). Ergänzt werden diese Maßnahmen durch Programme zur Förderung der Erwerbstätigkeit von Älteren, wie die 2006 verabschiedete „Initiative 50plus“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (Naumann/Gordo 2010:121). „Demographiesensible Personalpolitik“ und „Diversity Management“ sind Konzepte, die auch ältere Migrantinnen in den Blick nehmen.

Die vielfältigen Neuregelungen und Maßnahmen signalisieren einen Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik und den Abschied von der bisherigen „Frühverrentungskultur“ seit den 1980er Jahren. Im Gegensatz zur geringen Wertschätzung älterer Mitarbeiter in der Vergangenheit werden nun die spezifischen Eigenschaften und Erfahrungen Älterer betont (Schmid/Hartlapp 2008). Aufgrund der veränderten rechtlichen Bedingungen ist die Beschäftigungsquote der 60- bis 64-Jährigen deutlich angestiegen: Vor rund zehn Jahren übte nur jeder Zehnte (10,5 %) eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aus, im Jahr 2010 war es jeder Vierte (26,6 %) (siehe Abbildung 5.1).

Abbildung 5.1: Beschäftigungsquote der 60- bis 64-Jährigen 1999-2010



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2011): Beschäftigungsstatistik 2010.

Wie arbeitsmarkt- und rentenpolitisch gewollt, hat sich allgemein die Erwerbstätigen- bzw. Beschäftigungsquote der 60- bis 64-Jährigen erhöht. Damit ist auch das durchschnittliche Renteneintrittsalter in 2009 auf über 63 Jahre gestiegen. Das durchschnittliche Erwerbsaustrittsalter erhöhte sich jedoch nur für Personen, die bis vor ihrem Renteneintritt noch erwerbstätig waren (Neumann/Gordo 2010:118). Wie Brussig (2010-04) ausführt, geht der Anstieg der Erwerbstätigenquote in erster Linie auf eine Verlängerung des Erwerbslebens zurück und erst in zweiter Linie auf eine höhere Erwerbsbeteiligung vor allem von Frauen.

Von Interesse ist, inwieweit auch ältere Migranten von der verbesserten Arbeitsmarktsituation für Ältere profitieren. Die großen Unterschiede hinsichtlich der Arbeitsmarktintegration bei Älteren wurden bisher vernachlässigt, weil diese primär unter dem Aspekt der frühzeitigen Ausgliederung aus dem Arbeitsmarkt betrachtet wurden. Im Zuge der politischen Trendwende ist zu vermuten, dass es zu einer Polarisierung des Rentenzugangsalters und einer Zunahme der sozialen Differenzierung im Alter kommt. Mit dem Fehlen von Nachwuchskräften und der branchenspezifischen „Facharbeiterlücke“ wird die Nachfrage nach qualifizierten Älteren steigen, während „Einfacharbeitsplätze“ wegfallen oder von höher qualifizierten Arbeitskräften besetzt werden. Ältere Geringqualifizierte – und darunter insbesondere Migranten – unterliegen damit der Gefahr der „Ausgliederung“.

Neben der Politik muss auch die Wirtschaft auf „alternde Belegschaften“ reagieren. Für die Unternehmen ist ein Umdenken und Umsteuern in der Personalpolitik erforderlich, um die alternden Belegschaften angemessen

zu fördern und damit länger im Betrieb zu halten (Bellmann et al. 2007). Weiterbildungsangebote sowie die Anpassung der Arbeitsplätze und Arbeitszeiten an die Bedürfnisse Älterer gewinnen verstärkt an Relevanz (Seifert 2008).

5.1.3 Datenquellen

Für die Beschreibung und Analyse der Arbeitsmarktsituation von (älteren) Migrant*innen stehen im Wesentlichen drei Arten von Datenquellen zur Verfügung:

1. amtliche Statistiken zum Arbeitsmarkt,
2. repräsentative Erhebungen der Wohnbevölkerung mit Informationen zu Art und Ausmaß der Arbeitsmarkteteiligung wie der Mikrozensus (MZ) und das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) sowie
3. spezifische, eingeschränkt repräsentative Studien mit Arbeitsmarktbezug.

Amtliche Statistiken zum Arbeitsmarkt liefern das Statistische Bundesamt und die Bundesagentur für Arbeit. Statistiken der Bundesagentur für Arbeit basieren vorwiegend auf Verwaltungsdaten, die im Zusammenhang mit ihren Aufgaben der Arbeitsvermittlung und Leistungserbringung für Arbeitslose und Kurzarbeiter anfallen. Sie enthalten Daten zu den registrierten Arbeitslosen, den gemeldeten Stellen, zum Ausbildungsmarkt, zur Zahlung von Lohnersatzleistungen und zur Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Die Beschäftigtenstatistik, die auf den Meldungen der Arbeitgeber an die Sozialversicherungsträger beruht, beinhaltet vor allem Informationen über sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnte Beschäftigte (Wingerter 2008:110).

Anhand der Beschäftigtenstatistik stehen folgende Merkmale zur Verfügung: Geburtsjahr, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, allgemeiner und beruflicher Ausbildungsabschluss, ausgeübte Tätigkeit, Auszubildende, Stellung im Betrieb, Voll-/Teilzeitbeschäftigung, Wirtschaftszweig des Betriebs sowie Arbeits- und Wohnort, aus denen die Ein- und Auspendler für Regionen ermittelt werden können (Bundesagentur für Arbeit 2012:5). Aufgrund der Totalerhebung liefert die Beschäftigtenstatistik ein repräsentatives Bild der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Da auch das Merkmal Staatsangehörigkeit erhoben wird, sind entsprechend differenzierte Auswertungen möglich. Nicht möglich ist bisher eine Abgrenzung der Beschäftigten nach dem Migrationshintergrund.

Im Rahmen der Statistik über Arbeitslose und offene Stellen wird monatlich der Bestand der in den regionalen Arbeitsagenturen gemeldeten Arbeitslosen und offenen Stellen ermittelt (Bundesagentur für Arbeit 2012). Erhoben werden die registrierten Arbeitslosen nach Geschlecht, Altersgruppen, Staatsangehörigkeit, Dauer der Arbeitslosigkeit sowie die Zu- und Abgänge in die Arbeitslosigkeit hinein bzw. aus der Arbeitslosigkeit heraus. Eine Differenzierung nach Nationalität (Deutsche/Ausländer) ist möglich, nicht aber nach der Staatsangehörigkeit. Zudem kann, wie bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die Arbeitslosigkeit von Deutschen mit einem Migrationshintergrund nicht differenziert erfasst werden. Lediglich der Status als Spätaussiedler bleibt in der Arbeitslosenstatistik ab dem Zeitpunkt der Einreise für maximal fünf Jahre erhalten. Zukünftig wird es jedoch möglich sein, für alle Ausbildungs- und Arbeitssuchenden, Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Personen, Merkmale des Migrationshintergrundes zu erhalten (Seebaß/Siegert 2011:16).

Die Bundesagentur hat ab dem Berichtsmonat Januar 2009 die Darstellung der Arbeitslosenquoten auf das Konzept „alle zivilen Erwerbspersonen“ umgestellt. Zu den zivilen Erwerbspersonen zählen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Auszubildende, geringfügig Beschäftigte, Personen in Arbeitsgelegenheiten, Beamte (ohne Soldaten), Grenzpendler sowie Selbstständige und mithelfende Familienangehörige. Die vorherige Bezugsgröße der abhängigen zivilen Erwerbspersonen umfasste dagegen keine Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen. Durch die Umstellung auf das neue Konzept fallen die Arbeitslosenquoten niedriger aus.

Neben den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit erstellt das Statistische Bundesamt Statistiken zum Erwerbssystem. Es berechnet die Zahl der Erwerbstätigen und der Erwerbslosen nach dem Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Zudem führt es jährlich die Bevölkerungsbefragung Mikrozensus mit der integrierten EU-Arbeitskräfteerhebung durch.

Das arbeitsmarktbezogene Fragenprogramm des Mikrozensus bezieht sich auf das Labour-Force-Konzept der ILO. Verwendet wird ein extensives Erwerbskonzept, wonach jemand bereits als erwerbstätig gilt, der in der Woche wenigstens eine Stunde bezahlt tätig ist. Außerdem werden Selbstständige, Soldaten, Zivildienstleistende, mithelfende Familienangehörige und Auszubildende als erwerbstätig gezählt. Hinter den Begriffen

„Erwerbslose“ und „Arbeitslose“ bzw. „Erwerbstätige“ und „Beschäftigte“ stehen somit unterschiedliche Konzepte, mit denen Personengruppen beschrieben werden, die nur teilweise identisch sind. Dies führt dazu, dass die Ergebnisse des Mikrozensus und der Statistiken der Bundesagentur für Arbeit nicht deckungsgleich sind (Körner/Puch 2009, Bundesagentur für Arbeit 2012). Ältere Erwerbspersonen umfassen in den Statistiken des Statistischen Bundesamtes die Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen, in den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit jedoch die 50- bis 64-Jährigen. Entsprechend der jeweiligen Datenquelle werden Erwerbspersonen daher mit unterschiedlichen Altersabgrenzungen ausgewiesen.

5.2 Erwerbstätigkeit

5.2.1 Die Erwerbsquote

Die Erwerbsquote ist ein zentraler Indikator zur Messung der Arbeitsmarktbeteiligung. Sie stellt den Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren dar. Die Erwerbsquote bringt die Erwerbsneigung zum Ausdruck und gibt an, wie groß in der Bevölkerung der Anteil an Personen ist, die Einkommen über eine Erwerbstätigkeit erzielen bzw. erzielen wollen. Nach den Daten des Mikrozensus 2010 liegt die Erwerbsquote bei 76,5 %. Von 53,9 Mio. Personen im erwerbsfähigen Alter stehen damit 41,2 Mio. dem Arbeitsmarkt potenziell zur Verfügung.

Unterscheidet man die Erwerbspersonen nach Migrationshintergrund und Geschlecht, dann zeigt sich folgendes Bild (siehe Tabelle 5.1): Bei Personen ohne Migrationshintergrund (78,2 %) ist die Erwerbsneigung größer als bei Personen mit Migrationshintergrund (69,4 %). Bei den Männern sind die Unterschiede relativ gering: 83,0 % bzw. 78,4 % stehen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Eine größere Differenz liegt dagegen bei Frauen mit 73,4 % zu 60,3 % vor. Es zeigt sich erwartungsgemäß, dass sowohl bei den Erwerbspersonen ohne als auch mit Migrationshintergrund die Erwerbsneigung von Männern höher ist als von Frauen. Der Mikrozensus weist zudem die Erwerbspersonen im Alter von 65 Jahren und älter aus. Die Erwerbsquote in dieser Altersgruppe beträgt insgesamt 3,9 %. Dabei unterscheiden sich die Erwerbsquoten von Personen ohne bzw. mit Migrationshintergrund kaum (3,9 % zu 3,8 %). Nur ein geringer Teil der über 65-Jährigen ist erwerbstätig, wobei es sich hier vor allem um Selbstständige handelt.

Tabelle 5.1: Erwerbsquote der 15- bis 64-Jährigen nach Migrationshintergrund und Geschlecht 2010

	Personen ohne MH	Personen mit MH
Männer	83,0 %	78,4 %
Frauen	73,4 %	60,3 %
Insgesamt	78,2 %	69,4 %

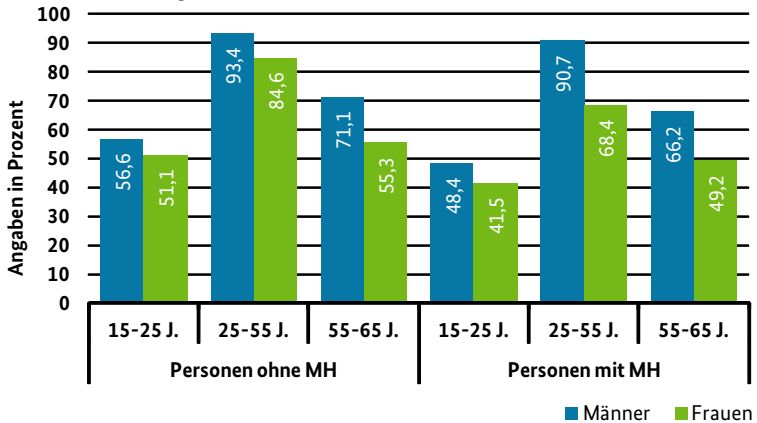
Quelle: Statistisches Bundesamt (2011):
Bevölkerung mit Migrationshintergrund –
Ergebnisse des Mikrozensus 2010. Fachserie 1 Reihe 2.2.

Unterscheidet man die Erwerbspersonen zusätzlich nach Hauptaltersgruppen, dann liegt erwartungsgemäß bei Personen ohne und mit Migrationshintergrund die größte Erwerbsneigung in der „Kernarbeitsbevölkerung“ zwischen 25 und 54 Jahren vor. Weiterhin zeigt sich, dass bei Personen ohne und mit Migrationshintergrund die Erwerbsneigung im Altersverlauf gleichermaßen abnimmt. Die Erwerbsquoten der 55- bis 64-jährigen Männer und Frauen mit Migrationshintergrund liegen aber um rund 5 % bzw. 6 % Prozentpunkte niedriger. Unterschiede in der Erwerbsneigung bestehen somit auch bei Älteren (siehe Abbildung 5.2).

Differenziert man die 55- bis 64-Jährigen nach Geschlecht und ausgewählten Staatsangehörigkeiten, dann fallen die niedrigen Erwerbsquoten von türkischen Männern und Frauen auf. Überwiegend liegen die Erwerbsquoten von Frauen mit nichttürkischem Migrationshintergrund über der Erwerbsquote von Männern mit türkischem Migrationshintergrund (siehe Abbildung 5.3).

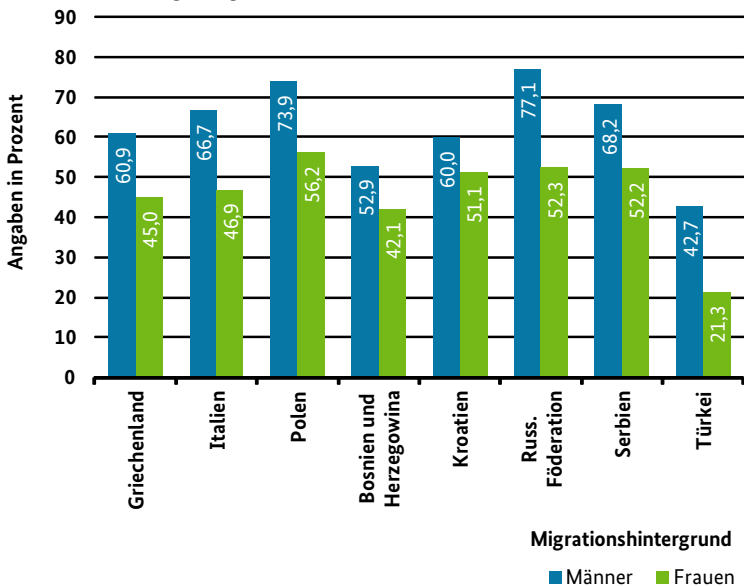
Für die Erwerbsbeteiligung spielt neben dem Geschlecht und Alter der Bildungsstand eine entscheidende Rolle. In den vergangenen Jahren bewegte sich die Erwerbsquote von 55- bis 64-Jährigen zwischen 43 % für Personen ohne einen beruflichen Abschluss und 74 % für Hochschulabsolventen. Der grundlegende Zusammenhang von Bildung und Erwerbsbeteiligung besteht für Männer und Frauen gleichermaßen (Wingerter 2008:114f.). Dies gilt auch für die Unterscheidung nach Qualifikationsniveau. Zudem zeigt sich, dass ältere Hochqualifizierte öfters vollzeitbeschäftigt sind als Ältere mit mittlerem und niedrigem Qualifikationsniveau (Brussig 2010-03:5ff.).

Abbildung 5.2: Erwerbsquote nach Altersgruppen, Geschlecht und Migrationshintergrund 2010



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2010. Fachserie 1 Reihe 2.2.

Abbildung 5.3: Erwerbsquote der 55- bis 64-Jährigen nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit 2009



Quelle: Statistisches Bundesamt (2010): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2009. Fachserie 1 Reihe 2.2. Sonderauswertung.

5.2.2 Die Erwerbstätigenquote

Die Erwerbstätigenquote gibt an, wie hoch der Anteil der Erwerbstätigen an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) ist. Nach den Daten des Mikrozensus 2010 liegt die Erwerbstätigenquote bei 71,0 % und damit 5,5 Prozentpunkte unter der Erwerbsquote. 38,3 Mio. Personen der 15- bis 64-Jährigen waren zumindest eine Stunde in der Woche gegen Entgelt tätig. Die Unterscheidung nach Migrationshintergrund und Geschlecht zeigt, dass drei Viertel (77,7 %) der Männer ohne, aber nur zwei Drittel (68,5 %) der Männer mit Migrationshintergrund erwerbstätig sind. Wie aufgrund der geringeren Erwerbsneigung zu erwarten war, sind Frauen mit Migrationshintergrund am seltensten erwerbstätig (53,9 %). Dagegen sind Frauen ohne Migrationshintergrund mit 69,1 % sogar etwas häufiger erwerbstätig als Männer mit Migrationshintergrund (siehe Tabelle 5.2).

Tabelle 5.2: Erwerbstätigenquote der 15- bis 64-Jährigen nach Migrationshintergrund und Geschlecht 2010

	Personen ohne MH	Personen mit MH
Männer	77,7 %	68,5 %
Frauen	69,1 %	53,9 %
Insgesamt	73,5 %	61,2 %

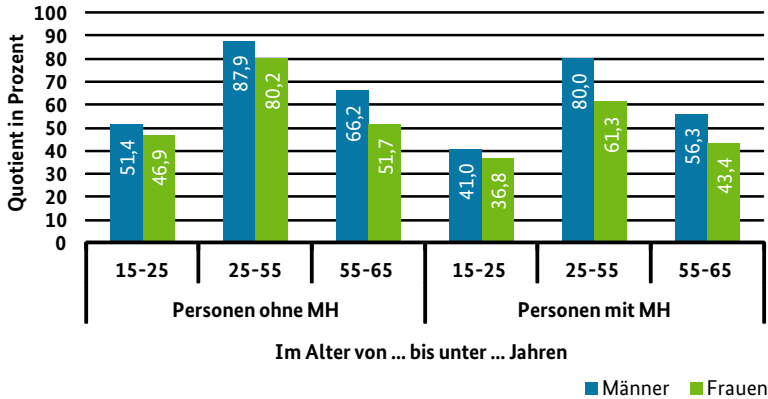
Quelle: Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2010. Fachserie 1 Reihe 2.2.

Unterscheidet man die Erwerbstätigen nach Hauptaltersgruppen, dann sind erwartungsgemäß in allen Bevölkerungs- und Altersgruppen Männer häufiger erwerbstätig als Frauen. Bei Männern und Frauen mit Migrationshintergrund im Alter von 55 bis 64 Jahren liegen die Erwerbstätigenquoten deutlich niedriger als bei Personen ohne Migrationshintergrund. Die Unterschiede betragen 9,9 bzw. 8,3 Prozentpunkte (siehe Abbildung 5.4). Im Vergleich zu 2009 ist die Erwerbstätigenquote in allen Gruppen leicht angestiegen.

Bei den über 65-Jährigen betrug die Erwerbstätigenquote bei Männern ohne Migrationshintergrund 5,7 %, bei Männern mit Migrationshintergrund 4,8 %. Bei Frauen dieser Altersgruppe lagen die entsprechenden Werte bei 2,6 % bzw. 2,7 %.

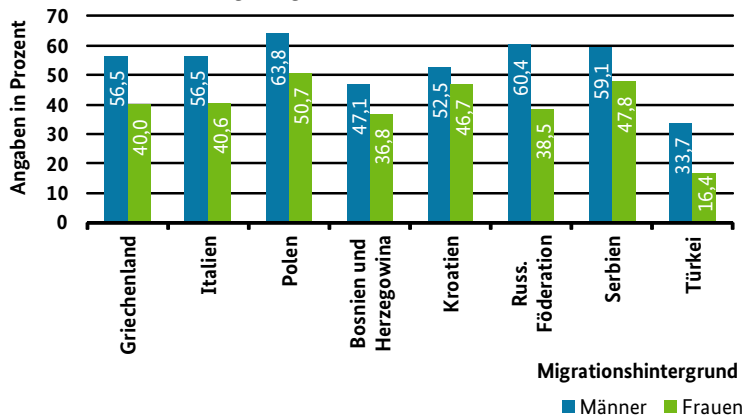
Differenziert man ältere Erwerbstätige nach Geschlecht und ausgewählten Staatsangehörigkeiten, dann fällt – analog zur Erwerbsquote – die geringere Erwerbstätigkeit von türkischen Männern und Frauen auf. Die Erwerbstätigenquote türkischer Männer liegt unter der Erwerbstätigenquote von Frauen mit anderen Staatsangehörigkeiten (siehe Abbildung 5.5).

Abbildung 5.4: Erwerbstätigenquote nach Altersgruppen, Geschlecht und Migrationshintergrund 2010



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2010. Fachserie 1 Reihe 2.2.

Abbildung 5.5: Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit 2009



Quelle: Statistisches Bundesamt (2010b): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2009. Fachserie 1 Reihe 2.2. Sonderauswertung.

Schulbildung und Ausbildung sind über alle Altersgruppen und das Geschlecht hinweg notwendige Voraussetzungen für eine qualifizierte berufliche Tätigkeit. Die nachfolgende Tabelle zeigt, dass in allen Altersgruppen das Bildungsniveau von Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund höher ist als das von Personen mit Migrationshintergrund. Ältere Männer mit Migrationshintergrund haben etwa vier Mal so häufig eine niedrigere Qualifikation wie ältere Männer ohne Migrationshintergrund (29,9 % zu 6,3 %). Ältere Frauen haben dagegen nur drei Mal so häufig eine niedrigere Qualifikation wie gleichaltrige Frauen ohne Migrationshintergrund (38,7 % zu 14,6 %). Dagegen sind die Unterschiede bei hohem Qualifikationsniveau für Männer (21,4 % zu 26,7 %) und vor allem für Frauen (18,1 % zu 16,4 %) relativ gering. Das Qualifikationsproblem besteht demzufolge darin, dass der Übergang von un- und angelernten zu qualifizierten Tätigkeiten häufig nicht gelingt. Zudem zeigt sich, dass in beiden Bevölkerungsgruppen ältere erwerbstätige Frauen ein niedrigeres Qualifikationsniveau aufweisen als Männer (siehe Tabelle 5.3).

Das geringere Qualifikationsniveau der älteren Migranten ist vor allem dadurch zu erklären, dass in der Anwerbephase wenig Wert auf mitgebrachte Qualifikationen gelegt wurde, da es sich zumeist um un- und angelernte Tätigkeiten handelte. Hinzu kommt, dass die im Herkunftsland erworbenen Abschlüsse verschiedentlich nicht anerkannt wurden, was für „Gastarbeiter“ und Spätaussiedler gleichermaßen gilt (Frick et al. 2009).

Tabelle 5.3: Qualifikationsniveau von erwerbstätigen Frauen und Männern nach Migrationshintergrund 2009

Alter	Qualifikation	Erwerbstätige Frauen		Erwerbstätige Männer	
		ohne MH	mit MH	ohne MH	mit MH
15 bis unter 25	niedrig	55,0 %	67,8 %	59,3 %	72,6 %
	mittel	42,5 %	30,3 %	39,5 %	27,4 %
	hoch	2,5 %	2,0 %	1,1 %	/
25 bis unter 55	niedrig	9,4 %	32,5 %	8,1 %	32,9 %
	mittel	71,4 %	48,0 %	69,3 %	49,9 %
	hoch	19,2 %	19,4 %	22,6 %	17,1 %
55 bis unter 65	niedrig	14,6 %	38,7 %	6,3 %	29,9 %
	mittel	69,0 %	43,2 %	67,0 %	48,8 %
	hoch	16,4 %	18,1 %	26,7 %	21,4 %

Quelle: Statistisches Bundesamt (2010b): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2009. Fachserie 1 Reihe 2.2. Sonderauswertung.

5.3 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stellt das klassische „Normalarbeitsverhältnis“ dar. Darunter wird ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis verstanden, das unbefristet und mit einer Wochenarbeitszeit von mindestens 21 Stunden ausgeübt wird. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind kranken-, renten-, arbeitslosen- und pflegeversichert. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist daher von entscheidender Bedeutung für die Finanzierung des Sozialversicherungssystems. Im Gegensatz zum Erwerbskonzept ist der Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten enger gefasst. Nicht berücksichtigt werden Beamte, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, Berufs- und Zeitsoldaten sowie Wehr- und Zivildienstleistende (Bundesagentur für Arbeit 2011). Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erfasst zwar nur einen Teil der Beschäftigten, sie stellt aber den größten Teilbereich des Arbeitsmarktes dar. Abnehmende sozialversicherungspflichtige Beschäftigtenzahlen bei gleichzeitiger Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse – gut 36 % der Beschäftigten arbeiten derzeit befristet, geringfügig in Teilzeit oder als Leiharbeitnehmer (Keller/Seifert 2011) – signalisieren eine Erosion des „Normalarbeitsverhältnisses“ mit weitreichenden Folgen für die sozialen Sicherungssysteme und der Gefahr einer Zunahme von Altersarmut.

5.3.1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Im Jahr 2010 waren rund 27,7 Mio. Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, davon 15,0 Mio. Männer und 12,7 Mio. Frauen. Der Ausländeranteil betrug bei den männlichen Beschäftigten 7,9 % und bei den weiblichen Beschäftigten 5,8 % (siehe Tabelle 5.4). Die bei den ausländischen Beschäftigten größte Gruppe bilden mit deutlichem Abstand türkische Staatsangehörige mit 484.000 Personen. Danach folgen Italiener (181.000) vor Polen (102.000).

Zwischen 2000 und 2010 ist die Zahl der männlichen Beschäftigten um 563.000 (-3,6 %) auf 15,0 Mio. gesunken, die der weiblichen Beschäftigten aber um 456.000 (+3,7 %) auf 12,7 Mio. gestiegen. Die Zahl der männlichen deutschen Beschäftigten ging um 471.000 (-3,3 %) zurück, während die Zahl der weiblichen deutschen Beschäftigten um 387.000 (+3,3 %) zunahm. Bei den männlichen ausländischen Beschäftigten sank die Zahl um 97.000 (-7,6 %), bei den weiblichen ausländischen Beschäftigten stieg sie dagegen um 66.000 (+9,7 %) an. Der Ausländeranteil bei den männlichen Beschäftigten ging von 8,2 % auf 7,9 % zurück, während er bei den Frauen von 5,5 % auf 5,8 % zunahm.

Von den vier unterschiedenen Beschäftigtengruppen ist der Rückgang bei den ausländischen Männern am stärksten. Ursache hierfür dürfte zum einen der fortgesetzte Strukturwandel der Wirtschaft sein, der vor allem mit einem Abbau von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen für un- und angelernte Tätigkeiten in der Industrie und mit einer Zunahme atypischer Beschäftigung einhergeht. Zum anderen dürften aber auch Einbürgerungen eine Rolle spielen, sodass in der Beschäftigungsstatistik Eingebürgerte nun als Deutsche gezählt werden. Gegenüber 2000 hat sich 2010 der Anteil an ausländischen Beschäftigten um 1,6 % verringert (siehe Tabelle 5.4).

Tabelle 5.4: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Nationalität und Geschlecht 2000 und 2010 (Teil1)

Nationalität / Geschlecht	Stand: 30.06.2000		Stand: 30.06.2010		Veränderung 2000-2010		Veränderung 2000-2010	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	absolut	Anteil		
Deutsche	Männer	14.259.518	91,8 %	13.788.543	92,1 %	-470.975		-3,3 %
	Frauen	11.602.486	94,5 %	11.989.354	94,1 %	386.868		3,3 %
	Insgesamt	25.862.004	93,0 %	25.777.897	93,0 %	-84.107		-0,3 %
Ausländer	Männer	1.279.558	8,2 %	1.182.401	7,9 %	-97.157		-7,6 %
	Frauen	676.690	5,5 %	742.623	5,8 %	65.933		9,7 %
	Insgesamt	1.956.248	7,0 %	1.925.024	7,0 %	-31.224		-1,6 %
Griechenland	darunter							
	Männer	68.647	0,4 %	51.315	0,3 %	-17.332		-25,2 %
	Frauen	42.934	0,3 %	34.211	0,3 %	-8.723		-20,3 %
Italien	Insgesamt	111.581	0,4 %	85.526	0,3 %	-26.055		-23,4 %
	Männer	146.217	0,9 %	120.419	0,8 %	-25.798		-17,6 %
	Frauen	61.210	0,5 %	60.801	0,5 %	-409		-0,7 %
Polen	Insgesamt	207.427	0,7 %	181.220	0,7 %	-26.207		-12,6 %
	Männer	30.743	0,2 %	46.887	0,3 %	16.144		52,5 %
	Frauen	28.264	0,2 %	54.947	0,4 %	26.683		94,4 %
Bosnien und Herzegowina	Insgesamt	59.007	0,2 %	101.834	0,4 %	42.827		72,6 %
	Männer	15.560	0,1 %	29.050	0,2 %	13.490		86,7 %
	Frauen	11.551	0,1 %	22.820	0,2 %	11.269		97,6 %
Kroatien	Insgesamt	27.111	0,1 %	51.870	0,2 %	24.759		91,3 %
	Männer	30.357	0,2 %	42.339	0,3 %	11.982		39,5 %
	Frauen	27.101	0,2 %	42.135	0,3 %	15.034		55,5 %
Kroatien	Insgesamt	57.458	0,2 %	84.474	0,3 %	27.016		47,0 %

Tabelle 5.4: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Nationalität und Geschlecht 2000 und 2010 (Teil2)

Nationalität / Geschlecht	Stand: 30.06.2000		Stand: 30.06.2010		Veränderung 2000-2010		Veränderung 2000-2010	
					absolut		Anteil	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil				
Serbien und Montenegro*	Männer	k.A.	k.A.	51.936	0,3 %	-	-	-
	Frauen	k.A.	k.A.	30.026	0,2 %	-	-	-
	Insgesamt	k.A.	k.A.	81.962	0,3 %	-	-	-
(ehemaliges) Jugoslawien**	Männer	129.468	0,8 %	8.736	0,1 %	-	-	-
	Frauen	79.111	0,6 %	4.483	0,0 %	-	-	-
	Insgesamt	208.579	0,7 %	13.219	0,0 %	-	-	-
Russische Föderation	Männer	13.730	0,1 %	23.668	0,2 %	9.938	72,4 %	
	Frauen	10.486	0,1 %	25.171	0,2 %	14.685	140,0 %	
	Insgesamt	24.216	0,1 %	48.839	0,2 %	24.623	101,7 %	
Türkei	Männer	389.323	2,5 %	336.874	2,2 %	-52.449	-13,5 %	
	Frauen	167.175	1,4 %	147.071	1,2 %	-20.104	-12,0 %	
	Insgesamt	556.498	2,0 %	483.945	1,7 %	-72.553	-13,0 %	
Zusammen	Männer	15.539.076	100 %	14.975.593	100 %	-563.483	-3,6 %	
	Frauen	12.279.176	100 %	12.734.894	100 %	455.718	3,7 %	
	Insgesamt	27.818.252	100 %	27.710.487	100 %	-107.765	-0,4 %	

* Serbien (einschl. Kosovo) und Montenegro sind zusammengefasst, da eine Zuordnung zu den seit 2006 getrennten Staaten noch nicht für alle Beschäftigten möglich ist.

** Hierbei handelt es sich um Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien, denen noch keine Staatsangehörigkeit einer der Nachfolgestaaten zugeordnet werden konnte.

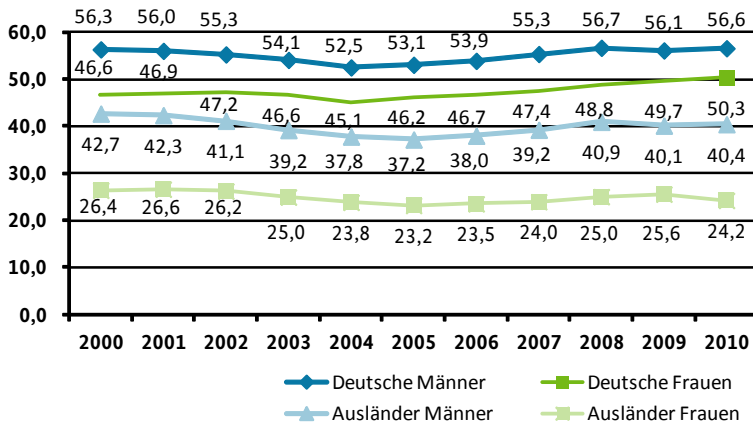
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2011): Beschäftigungsstatistik 2010, Beschäftigte — nach Nationalitäten und Geschlecht - Zeitreihe ab Juni 1999 (jeweils zum Stichtag 30.06. des Jahres).

5.3.2 Die Beschäftigungsquote

Die Beschäftigungsquote wird berechnet als Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren. In 2010 betrug die Beschäftigungsquote von Deutschen 53,5 % und von Ausländern 32,4 %. Differenziert nach Geschlecht betrug sie bei deutschen Männern und Frauen 56,6 % bzw. 50,3 %, bei ausländischen Männern und Frauen dagegen 40,4 % bzw. 24,2 %. Bei Deutschen und Ausländern sind die Beschäftigungsquoten von Männern erwartungsgemäß höher als von Frauen. Vergleicht man Deutsche und Ausländer, dann beträgt die Differenz von Männern und Frauen bei Deutschen rund 6, bei Ausländern jedoch 16 Prozentpunkte.

Von 2000 bis 2010 zeigten die Beschäftigungsquoten der vier unterschiedenen Gruppen gewisse Schwankungen, was wirtschaftliche und demographische Ursachen hatte. Für deutsche Männer lag die Beschäftigungsquote 2010 wieder in etwa so hoch wie zu Beginn des Jahrzehnts, für deutsche Frauen stieg sie deutlich und für ausländische Frauen und Männer nahm sie jeweils um gut 2 Prozentpunkte ab (siehe Abbildung 5.6).

Abbildung 5.6: Beschäftigungsquote der 15- bis 64-Jährigen nach Nationalität und Geschlecht 2000-2010

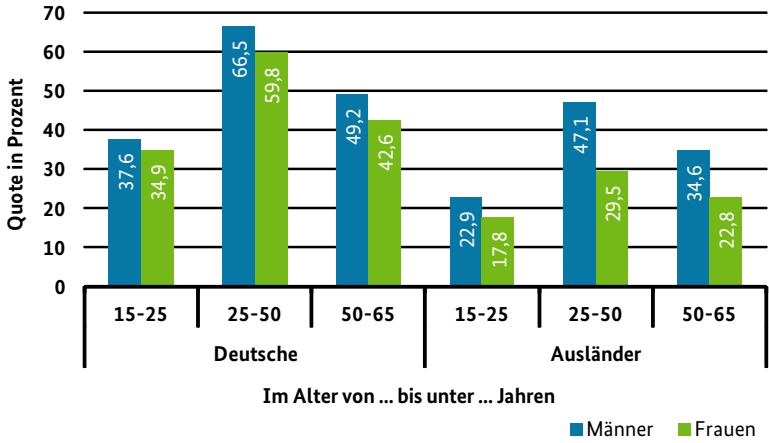


Angaben in Prozent.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt.

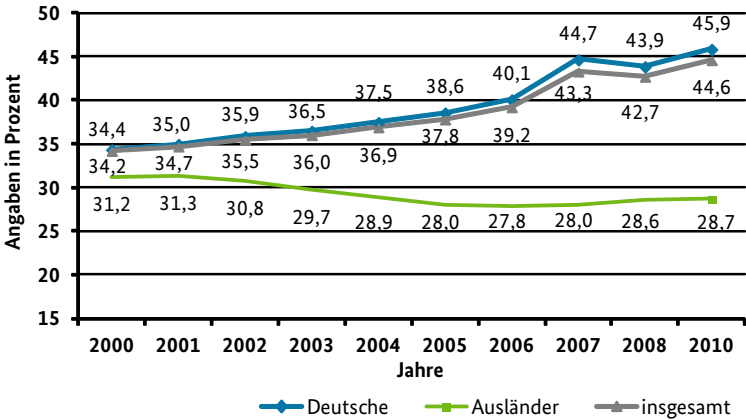
Die Differenzierung nach Altersgruppen zeigt, dass der Anteil an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten bei Deutschen in allen drei Hauptaltersgruppen höher ist als bei Ausländern. Die geringsten Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländern zeigen sich in der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen. Deutsche Männer und Frauen weisen aber deutlich höhere Beschäftigungsquoten auf. Die Unterschiede gegenüber den ausländischen Männer und Frauen betragen 14,6 bzw. 19,8 Prozentpunkte (siehe Abbildung 5.7).

Abbildung 5.7: Beschäftigungsquote der 15- bis 64-Jährigen nach Nationalität, Altersgruppen und Geschlecht 2010



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2011): Beschäftigungsstatistik (Sonderauswertung)

Abbildung 5.8: Beschäftigungsquote der 50- bis 64-Jährigen nach Nationalität 2000-2010



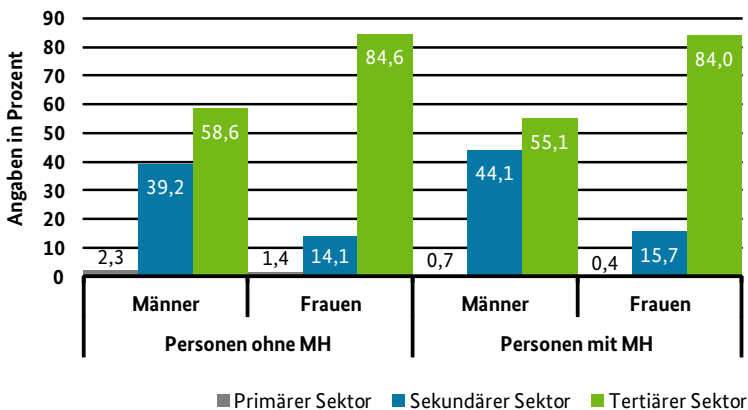
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2011): Beschäftigungsstatistik 2010.

Betrachtet man nur die 50- bis 64-Jährigen nach Nationalität, dann zeigt sich zwischen 2000 und 2010 folgende Entwicklung: Während die Beschäftigungsquote von Deutschen nahezu kontinuierlich um über zehn Prozentpunkte zunahm, verringerte sie sich von Ausländern um 2,5 Prozentpunkte, wobei der Tiefpunkt im Jahr 2006 mit 27,8 % erreicht wurde. Die Beschäftigungsquote älterer Ausländer hat sich gegenüber älteren Deutschen somit deutlich verschlechtert (siehe Abbildung 5.8).

5.4 Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen

Die Erwerbstätigen können einzelnen Wirtschaftsbereichen bzw. -zweigen zugeordnet werden. Der Vergleich nach Nationalität und Geschlecht zeigt für das Jahr 2010 folgendes Bild: Personen mit Migrationshintergrund sind etwas häufiger im sekundären Sektor tätig. Dagegen sind Personen ohne Migrationshintergrund öfters im tertiären Sektor beschäftigt. Der primäre Sektor spielt bei Personen ohne Migrationshintergrund eine sehr geringe Rolle, und bei Personen mit Migrationshintergrund spielt er sogar eine fast zu vernachlässigende Rolle. Größere Unterschiede liegen nach Geschlecht vor. Über vier Fünftel der Frauen arbeitet im tertiären Sektor, aber nur gut die Hälfte der Männer (siehe Abbildung 5.9). Ursache hierfür dürfte auch sein, dass Frauen in Formen atypischer Beschäftigung mehr oder weniger deutlich überrepräsentiert sind, diese Beschäftigungsformen im Dienstleistungsbereich aber besonders weit verbreitet sind (Keller/ Seifert 2011).

Abbildung 5.9: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen, Migrationshintergrund und Geschlecht 2010

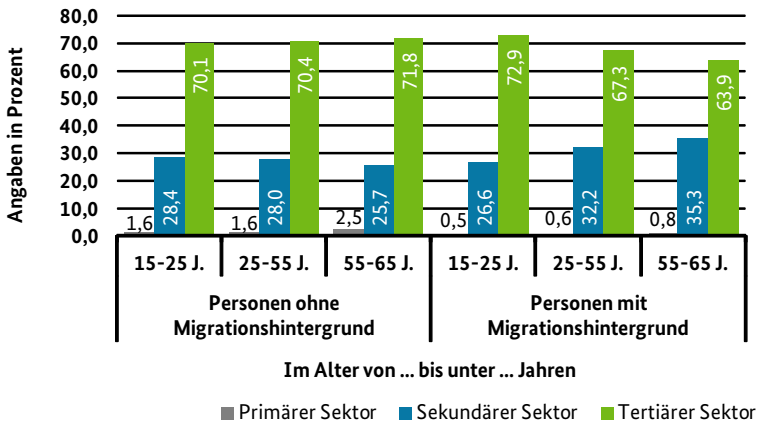


Anmerkung: Primärer Sektor (Land- und Forstwirtschaft), Sekundärer Sektor (Produzierendes Gewerbe), Tertiärer Sektor (Handel-, Gastgewerbe und Verkehr, Sonstige Dienstleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2010. Fachserie 1 Reihe 2.2.

Die Unterscheidung nach Altersgruppen zeigt, dass bei Personen ohne Migrationshintergrund der Anteil im tertiären Sektor über die Altersgruppen hinweg gleich bleibt und der Anteil im sekundären Sektor mit dem Alter leicht abnimmt. Bei Personen mit Migrationshintergrund sinkt dagegen der Anteil im tertiären Sektor mit dem Alter, während der Anteil im sekundären Sektor steigt. Ältere Migranten arbeiten deutlich häufiger im sekundären Sektor als gleichaltrige Personen ohne Migrationshintergrund (35,3 % zu 25,7 %). Jüngere Migranten sind dagegen in etwa gleich häufig im tertiären Sektor beschäftigt wie Personen ohne Migrationshintergrund: 72,9 % zu 70,1 % (siehe Abbildung 5.10).

Abbildung 5.10: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen, Migrationshintergrund und Altersgruppen 2010



Anmerkung: Primärer Sektor (Land- und Forstwirtschaft), Sekundärer Sektor (Produzierendes Gewerbe), Tertiärer Sektor (Handel-, Gastgewerbe und Verkehr, Sonstige Dienstleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2010. Fachserie 1 Reihe 2.2.

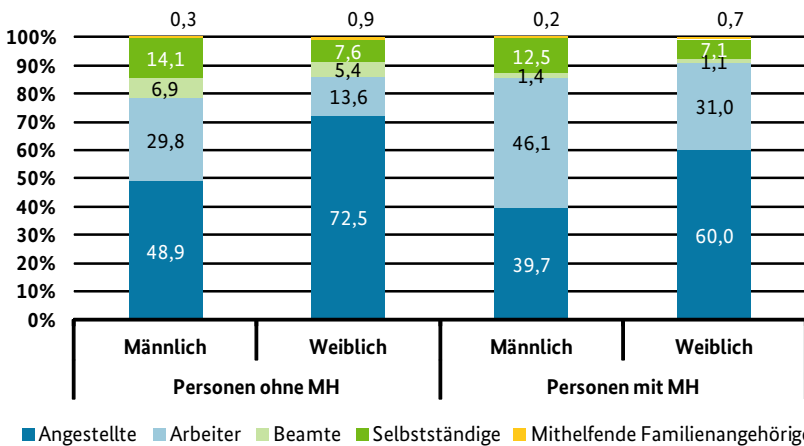
5.5 Berufliche Stellung

Die Stellung im Erwerbssystem betrifft neben der Verteilung nach Wirtschaftssektoren und Branchen auch die Verteilung nach dem beruflichen Status. In modernen Gesellschaften wird die soziale Stellung einer Person wesentlich durch ihre Stellung im System der Erwerbsarbeit bestimmt. Neben der Bildung und dem Einkommen stellt der berufliche Status ein

zentrales Merkmal der sozialen Schichtung dar. Einen groben Überblick gewinnt man anhand der Unterscheidung nach Arbeiter, Angestellte, Beamte, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige. Allerdings verliert die Unterscheidung nach dem beruflichen Status an Trennschärfe, da die Kategorien „Arbeiter“, „Angestellte“ und „Beamte“ jeweils mehrere Qualifikationsstufen umfassen. Hinzu kommt, dass die arbeitsrechtliche und personalpolitische Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten zunehmend aufgehoben wird.

Die Unterscheidung nach Migrationshintergrund und Geschlecht ergibt, dass Männer ohne Migrationshintergrund am häufigsten in einem Angestelltenverhältnis arbeiten (49 %). Dagegen weisen Männer mit Migrationshintergrund am häufigsten einen Arbeiterstatus auf (46 %). Etwas anders stellt sich die Situation bei Arbeitnehmerinnen dar: Rund drei Viertel der Frauen ohne Migrationshintergrund arbeiten in einem Angestelltenverhältnis (73 %). Bei Frauen mit Migrationshintergrund ist es immerhin noch weit über die Hälfte (60 %). Wie bei der Verteilung nach Wirtschaftsbereichen bestehen auch beim beruflichen Status größere Differenzen zwischen den Geschlechtern als zwischen Personen ohne und mit Migrationshintergrund (siehe Abbildung 5.11).

Abbildung 5.11: Erwerbstätige nach beruflicher Stellung, Migrationshintergrund und Geschlecht 2010

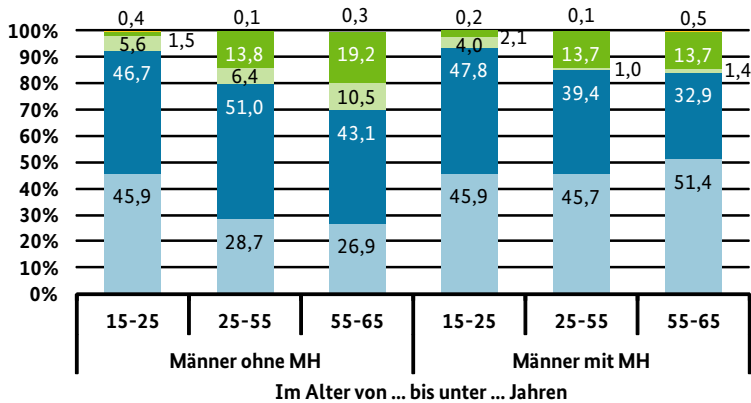


Quelle: Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2010. Fachserie 1 Reihe 2.2.

Die Unterscheidung nach Migrationshintergrund und Altersgruppen zeigt für männliche Erwerbstätige folgendes Bild: Während in der jüngsten Altersgruppe knapp die Hälfte der Männer ohne Migrationshintergrund als Arbeiter tätig ist, verliert diese berufliche Stellung im Altersverlauf an Bedeutung. Für Männer mit Migrationshintergrund bleibt der Status als Arbeiter über alle Altersgruppen hinweg dagegen nahezu gleich bedeutsam. Der Anteil ist bei den 55- bis 64-Jährigen sogar am höchsten, was mit dem „Gastarbeiter-Status“ zusammenhängen dürfte. Auffällig ist für Männer mit Migrationshintergrund dementsprechend, dass der Angestelltenstatus in der höheren Altersgruppe relativ schwach besetzt ist und der Beamtenstatus praktisch keine Rolle spielt. Der Anteil an Selbstständigen ist zwar unter den 55- bis 64-Jährigen am höchsten, verglichen mit den Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund aber um rund 5 Prozentpunkte geringer. Ein zentraler Befund ist, dass über die Hälfte (51 %) der 55- bis 64-Jährigen mit Migrationshintergrund als Arbeiter tätig ist, aber nur gut ein Viertel (27 %) der Älteren ohne Migrationshintergrund (siehe Abbildung 5.12).

Die Unterscheidung nach Migrationshintergrund und Altersgruppen zeigt für weibliche Erwerbstätige ein anderes Bild: Frauen befinden sich weitaus häufiger in einem Angestelltenverhältnis als Männer. Bei Frauen mit Migrationshintergrund nimmt der Anteil im Altersverlauf deutlich ab, gleichzeitig steigt der Anteil an Arbeiterinnen. 40 % der älteren Frauen weist diesen Status auf. Bei den gleichaltrigen Frauen ohne Migrationshintergrund beträgt der entsprechende Anteil dagegen nur 16 %. Für ältere Frauen mit Migrationshintergrund deutet dies – wie bei den Männern – darauf hin, dass sie vielfach nur über ein geringes schulisches und berufliches Qualifikationsniveau verfügen und deshalb häufig als Arbeiterinnen tätig sind. Auffällig ist schließlich, dass der Anteil an Personen, die selbstständig sind, über die Altersgruppen bei Frauen mit und ohne Migrationshintergrund zunimmt, wenn auch nicht so stark wie bei Männern (siehe Abbildung 5.13).

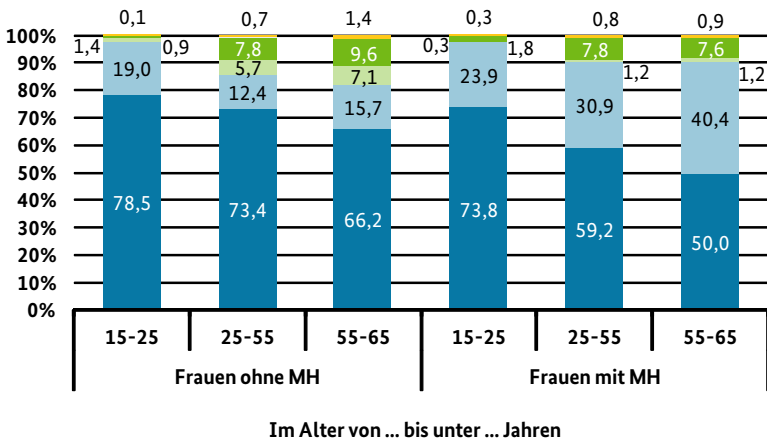
Abbildung 5.12: Männliche Erwerbstätige nach beruflicher Stellung, Migrationshintergrund und Altersgruppen 2010



■ Arbeiter ■ Angestellte ■ Beamte ■ Selbstständige ■ Mithelfende Familienangehörige

Quelle: Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2010. Fachserie 1 Reihe 2.2.

Abbildung 5.13: Weibliche Erwerbstätige nach beruflicher Stellung, Migrationshintergrund und Altersgruppen 2010



■ Angestellte ■ Arbeiter ■ Beamte ■ Selbstständige ■ Mithelfende Familienangehörige

Quelle: Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2010. Fachserie 1 Reihe 2.2.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich die Arbeitsmarktsegmentierung entlang ethnischer Herkunft sowohl in der Verteilung nach Wirtschaftssektoren als auch in der Verteilung nach der beruflichen Stellung zeigt. Ältere Migranten sind auch heute im Vergleich zu gleichaltrigen Deutschen überproportional häufig als Arbeiter tätig. Dies gilt für Männer und Frauen gleichermaßen. Dagegen sind Personen mit Migrationshintergrund auch in jüngeren Altersgruppen unter Angestellten und vor allem unter Beamten weiterhin unterrepräsentiert.

5.6 Beschäftigungsformen

Um die Position einer Person am Arbeitsmarkt zu bestimmen, ist neben dem Erwerbsstatus, der beruflichen Stellung und der Branchenzugehörigkeit auch die Beschäftigungsform von Bedeutung. Nachfolgend wird auf drei Beschäftigungsformen näher eingegangen: Selbstständigkeit (die zugleich auch die berufliche Stellung abbildet), sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung und geringfügige Beschäftigung. Anhand dieser drei Formen kann die Arbeitsmarktsituation älterer Migranten eingehender beschrieben werden

5.6.1 Selbstständigkeit

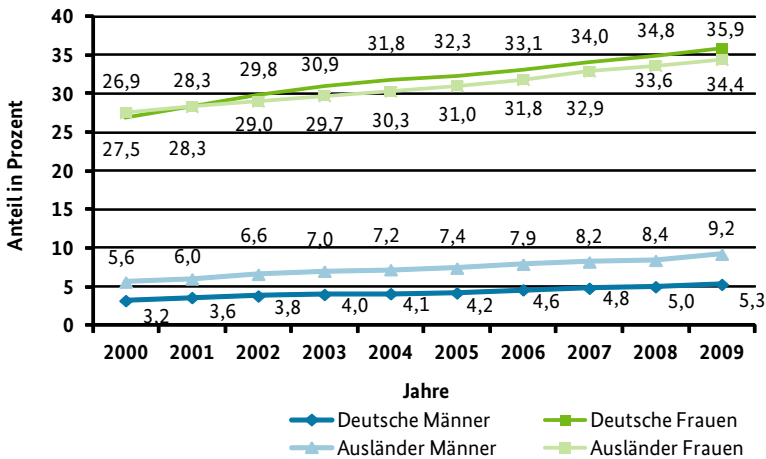
Im Jahr 2010 waren laut Mikrozensus 4,3 Mio. Personen selbstständig, was einem Anteil von 10,9 % an allen Erwerbstätigen entspricht. Unter den Erwerbstätigen ohne bzw. mit Migrationshintergrund sind 3,6 Mio. bzw. 681.000 Personen (11,1 % bzw. 10,2 %) selbstständig. Für Ältere (55-64 Jahre) betragen die entsprechenden Anteile 14,9 % bzw. 11,0 %. Wie die Angaben zur beruflichen Stellung gezeigt haben, ist die Selbstständigkeit von Migranten eine nicht zu vernachlässigende Größe auf dem Arbeitsmarkt, wobei Männer häufiger selbstständig sind als Frauen (etwa im Verhältnis zwei Drittel zu einem Drittel).

Studien zufolge beeinflusst vor allem die Humankapitalausstattung die Gründungsneigung und Geschäftschance, wobei insbesondere Türken, Italiener, Griechen und Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien deutliche Defizite in der Humankapitalausstattung aufweisen. Der jeweils hohe Anteil an Ungelernten erschwert den Weg in die Selbstständigkeit und bei erfolgter Gründung eines Unternehmens den Erfolg und Verbleib am Markt. Ausländische Selbstständige sind daher auch überwiegend im Handel und Gastgewerbe tätig, während sich die Unternehmen von Selbstständigen ohne Migrationshintergrund stärker auf wissensintensive Dienstleistungen konzentrieren (Leicht/Leiß 2006).

5.6.2 Sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung

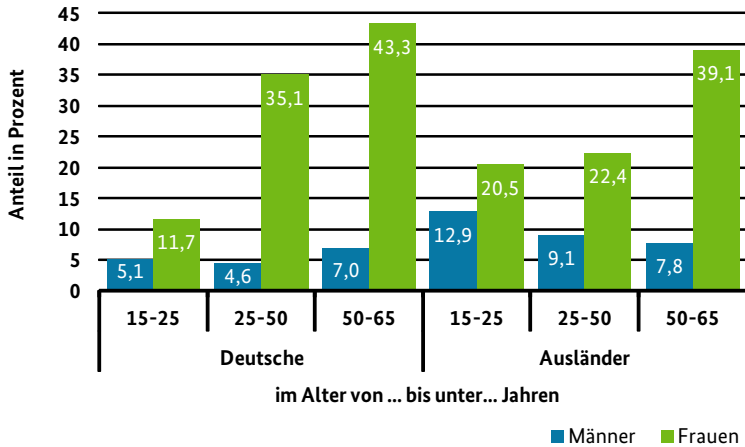
Teilzeitarbeit wird ganz überwiegend von Frauen ausgeübt. Nach den Daten der Bundesagentur für Arbeit arbeiteten im Jahr 2009 rund ein Drittel aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen in Teilzeit: 35,9 % der Frauen ohne und 34,4 % der Frauen mit Migrationshintergrund. Bei Männern betragen die entsprechenden Anteile dagegen nur 9,2 % bzw. 5,3 %. Von 2000 bis 2009 hat die Bedeutung von Teilzeitarbeit bei allen vier Gruppen kontinuierlich zugenommen, vor allem bei den in- und ausländischen Frauen (siehe Abbildung 5.14). Die Abnahme des Gesamtvolumens an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung ist durch die Zunahme an Teilzeitarbeit somit teilweise kompensiert worden. Ihre säkulare Zunahme hängt vor allem mit der gestiegenen Erwerbstätigkeit von Frauen und der Expansion des Dienstleistungssektors zusammen (Keller/Seifert 2011).

Abbildung 5.14: Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte nach Nationalität und Geschlecht 2000-2009



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2010): Beschäftigungsstatistik 2009 (Sonderauswertung).

Abbildung 5.15: Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte nach Nationalität, Altersgruppen und Geschlecht 2009



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2010): Beschäftigungsstatistik 2009 (Sonderauswertung).

Ein Vergleich von Teilzeitbeschäftigten nach Altersgruppen zeigt, dass der Anteil dieser Beschäftigungsform über die Altersgruppen hinweg zunimmt. Eine Ausnahme bilden ausländische Männer; hier nimmt die Beschäftigungsform mit steigendem Alter ab. Der Anteil der älteren ausländischen Männer liegt damit nur knapp über dem Anteil der gleichaltrigen deutschen Männer: 7,8 % zu 7,0 %. Auffällig ist zudem, dass ältere deutsche Frauen häufiger teilzeitbeschäftigt sind als ältere ausländische Frauen: 43,3 % zu 39,1 % (siehe Abbildung 5.15). Dies korrespondiert mit den unterschiedlichen Erwerbstätigenquoten von älteren Frauen ohne und mit Migrationshintergrund: 51,7 % zu 43,4 % (siehe Abbildung 5.4).

5.6.3 Geringfügige Beschäftigung

Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse haben nach ihrer Neuregelung zu Minijobs im Rahmen der Hartz-Gesetze weiter zugenommen und stellen die zweithäufigste Form atypischer Beschäftigung dar (Keller/Seifert 2011). Sie zählen gemäß dem ILO-Konzept als Erwerbstätigkeit. Hierunter fallen alle Tätigkeiten ab einer Stunde Arbeitszeit pro Woche, die als 400 Euro Job oder als kurzfristige Beschäftigung angemeldet sind. Zu unter-

scheiden ist zwischen ausschließlich ausgeübten Minijobs und solchen als Nebenerwerbstätigkeiten. Im Mikrozensus erfasst werden nur Personen, die ausschließlich geringfügig entlohnt beschäftigt sind und keiner weiteren bezahlten Erwerbstätigkeit nachgehen. Unterstellt wird, dass das durch einen Minijob verdiente Einkommen nicht ausreicht, um die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu sichern, sondern ein Zusatzverdienst im Rahmen des Haushaltseinkommens ist.

Im Jahr 2010 übten 3,34 Mio. Personen ausschließlich eine geringfügige Beschäftigung aus; dies entsprach einem Anteil von 8,6 % an der erwerbstätigen Bevölkerung. Sowohl bei den Personen ohne als auch mit Migrationshintergrund sind vor allem Frauen geringfügig beschäftigt. Besonders hoch ist der Anteil bei Frauen mit Migrationshintergrund, von denen rund ein Fünftel (19,2 %) einen Minijob ausübt. Deutlich geringer sind die Anteile bei Männern, wobei wiederum Personen mit Migrationshintergrund häufiger geringfügig beschäftigt sind: 6,4 % zu 4,3 % (siehe Tabelle 5.5).

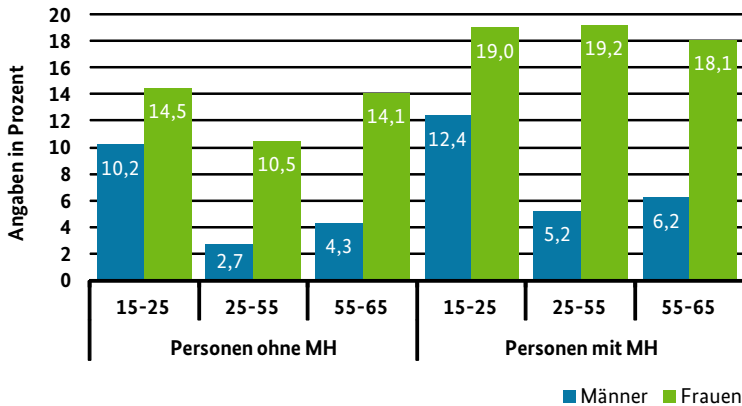
Tabelle 5.5: Geringfügig Beschäftigte nach Migrationshintergrund und Geschlecht 2010

	Personen ohne MH	Personen mit MH
Männer	4,3 %	6,4 %
Frauen	12,0 %	19,2 %
Insgesamt	7,9 %	12,0 %

Quelle: Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2010. Fachserie 1 Reihe 2.2.

Die Unterscheidung nach Altersgruppen unterstreicht, dass Frauen durchgängig häufiger Minijobs ausüben und Personen mit Migrationshintergrund öfters geringfügig beschäftigt sind. Bei Frauen sind die Unterschiede in den einzelnen Altersgruppen gering. Größere Differenzen zeigen sich dagegen bei Männern (siehe Abbildung 5.16). Betrachtet man die über 65-Jährigen, dann sind etwa ein Drittel der Erwerbstätigen ausschließlich geringfügig beschäftigt. Dabei sind Personen ohne Migrationshintergrund etwas häufiger geringfügig beschäftigt als Personen mit Migrationshintergrund (34 % zu 32,7 %)

Abbildung 5.16: Geringfügig Beschäftigte nach Migrationshintergrund, Altersgruppen, und Geschlecht 2010



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2010. Fachserie 1 Reihe 2.2.

Bei den vorliegenden Angaben ist zu berücksichtigen, dass die geringfügige Beschäftigung im Mikrozensus mit 3,3 Mio. Personen, darunter 0,8 Mio. Personen mit Migrationshintergrund, für 2010 untererfasst ist. In der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit werden für 2010 4,9 Mio. Minijobber ausgewiesen, darunter 0,45 Mio. ausländische Staatsangehörige. Neben Erfassungsunterschieden ist speziell für den Mikrozensus darauf hinzuweisen, dass es sich hier um eine hochgerechnete Zahl auf der Grundlage der Selbsteinschätzung der Befragten handelt. Anzunehmen ist, dass das verwendete ILO-Konzept nicht einheitlich verstanden wird. Vermutet wird, dass die Zahl der geringfügig Beschäftigten deutlich höher liegen dürfte, wenn korrekte Angaben gemacht würden (Körner/Puch 2009).

5.7 Besondere Beschäftigungssituationen

Abweichungen vom „Normalarbeitstag“ und spezifische Arbeitszeiten stellen für die Betroffenen in der Regel eine erhebliche Belastung dar, vor allem dann, wenn diese Beschäftigungssituation auf Dauer angelegt ist. Besondere Beschäftigungssituationen sind darüber hinaus häufig mit

einer geringen beruflichen Stellung verknüpft. Aufgrund der Beanspruchungen bei gleichzeitig abnehmender Leistungsfähigkeit können besondere Beschäftigungssituationen wie Schicht- und Nachtarbeit sowie Arbeit an Wochenenden und Feiertagen gerade für ältere Arbeitnehmer mit Benachteiligungen einhergehen.

5.7.1 Schichtarbeit

Regelmäßige Schichtarbeit stellt eine erhebliche physische und psychische Belastung dar und beeinträchtigt das soziale Leben des Einzelnen. Nach den Daten des Mikrozensus haben im Jahr 2010 rund 5,4 Mio. Menschen Schichtarbeit geleistet. Dies entspricht einem Anteil von 13,8 % an allen Erwerbstätigen, wobei Männer etwas häufiger als Frauen in Schichtarbeit beschäftigt waren: 14,6 % zu 12,9 %. Am höchsten ist der Anteil mit 20,3 % bei männlichen Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund (siehe Tabelle 5.6). Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass Migranten häufig in der Industrie und hier wiederum in der Produktion tätig sind. Gleichzeitig ist Schichtarbeit als Arbeitsorganisation im Industriesystem weit verbreitet.

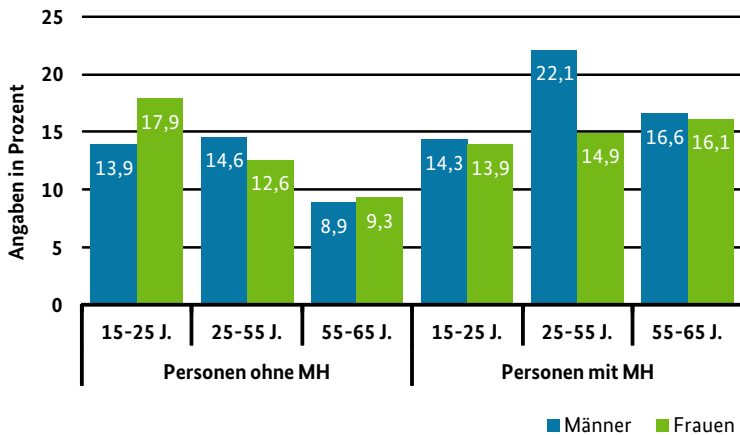
Tabelle 5.6: Schichtarbeit Leistende nach Migrationshintergrund und Geschlecht 2010

	Personen ohne MH	Personen mit MH
Männer	13,3 %	20,3 %
Frauen	12,5 %	14,8 %
Insgesamt	12,9 %	17,9 %

Quelle: Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2010. Fachserie 1 Reihe 2.2.

Die Unterscheidung nach Altersgruppen zeigt, dass der Anteil an Schichtarbeit Leistenden bei männlichen Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund in der mittleren und höheren Altersgruppe höher ist als bei Männern ohne Migrationshintergrund. Gleiches gilt für Frauen, wobei die Unterschiede etwas geringer sind. Größere Differenzen liegen in der Altersgruppe 55 bis 64 Jahre vor. Vor allem Männer mit Migrationshintergrund arbeiten deutlich häufiger in Schichtarbeit als gleichaltrige Personen ohne Migrationshintergrund: 16,6 % zu 8,9 % (siehe Abbildung 5.17).

Abbildung 5.17: Schichtarbeit Leistende nach Migrationshintergrund, Altersgruppen und Geschlecht 2010



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2010. Fachserie 1 Reihe 2.2.

5.7.2 Arbeit an Sonn- und Feiertagen

Auch die regelmäßige Arbeit an Sonn- und Feiertagen ist für den Einzelnen häufig mit beruflichen Belastungen und sozialen Einschränkungen verbunden. Im Gegensatz zur Schichtarbeit sind von dieser besonderen Beschäftigungsform aber Frauen etwas stärker betroffen, wobei die Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund relativ gering sind. Am häufigsten arbeiten Frauen mit Migrationshintergrund an Sonn- und Feiertagen (siehe Tabelle 5.7).

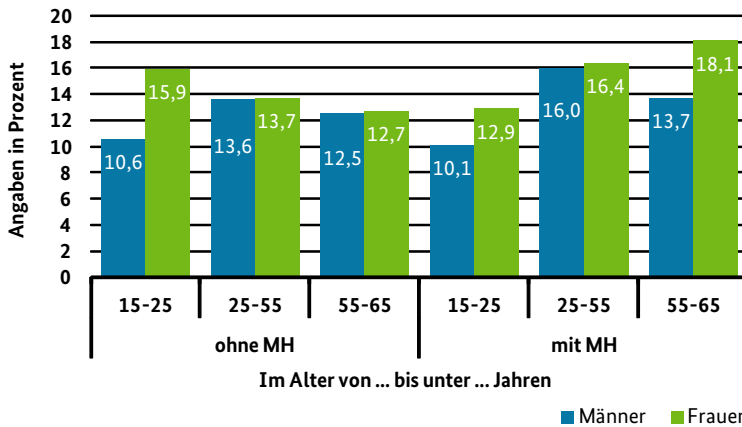
Tabelle 5.7: Erwerbstätige an Sonn- und Feiertagen nach Migrationshintergrund und Geschlecht 2010

	Personen ohne MH	Personen mit MH
Männer	13,2 %	15,0 %
Frauen	13,8 %	16,1 %
Insgesamt	13,5 %	15,5 %

Quelle: Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2010. Fachserie 1 Reihe 2.2.

Der Vergleich nach Altersgruppen zeigt, dass Frauen im Alter von 55 bis 64 Jahren mit Migrationshintergrund deutlich häufiger regelmäßig an Sonn- und Feiertagen arbeiten als gleichaltrige Frauen ohne Migrationshintergrund: 18,1 % zu 12,7 %. Weiterhin zeigt sich, dass unter den Personen mit Migrationshintergrund Frauen weitaus öfters als Männer an Sonn- und Feiertagen arbeiten: 18,1 % zu 13,7 % (siehe Abbildung 5.18).

Abbildung 5.18: Erwerbstätige an Sonn- und Feiertagen nach Migrationshintergrund, Altersgruppen und Geschlecht 2010



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2010. Fachserie 1 Reihe 2.2.

5.8 Erwerbs- und Arbeitslosigkeit

Nachfolgend wird das Ausmaß der Erwerbs- und Arbeitslosigkeit von Personen ohne und mit Migrationshintergrund bzw. von Deutschen und Ausländern dargestellt. Die Daten zur Erwerbslosigkeit stammen aus der Mikrozensus-erhebung und die Daten zur Arbeitslosigkeit basieren auf den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit. Die Kategorien „erwerbslos“ und „arbeitslos“ sind nicht deckungsgleich. Als „erwerbslos“ gilt eine Person im Alter von 15 bis 64 Jahren, die im Berichtszeitraum nicht erwerbstätig war und in den letzten vier Wochen vor der Befragung aktiv nach einer Tätigkeit gesucht hat. Eine Person gilt jedoch nicht als „erwerbslos“, sobald sie in der Woche wenigstens eine Stunde gegen Vergütung tätig ist. Dagegen gilt eine Person unter bestimmten Voraussetzungen als „arbeitslos“,

wenn sie eine Beschäftigung unter 15 Wochenstunden ausübt. Die beiden unterschiedlichen Konzepte führen dazu, dass die Ergebnisse der ILO-Arbeitsmarktstatistik und der Statistik der Bundesagentur für Arbeit nicht direkt vergleichbar sind (Bundesagentur für Arbeit 2012).

5.8.1 Erwerbslosigkeit

Die Erwerbslosenquote gibt an, wie groß der Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen ist. Sie zeigt damit an, wie groß der Anteil an Personen ist, die gegen Entgelt tätig sein wollen, aber keine Arbeitsstelle gefunden haben. Im Jahr 2010 weist der Mikrozensus (im Jahresdurchschnitt) 2,95 Mio. Erwerbslose aus, davon 2,06 Mio. Personen ohne und 0,89 Mio. Personen mit Migrationshintergrund. Die Unterscheidung nach Geschlecht zeigt, dass die Erwerbslosenquote bei Frauen und Männern mit Migrationshintergrund fast doppelt so hoch ist wie bei Personen ohne Migrationshintergrund. Dagegen liegen für beide Personengruppen zwischen den Geschlechtern nur geringe Differenzen vor (siehe Tabelle 5.8).

Tabelle 5.8: Erwerbslosenquote nach Migrationshintergrund und Geschlecht 2010

	Personen ohne MH	Personen mit MH
Männer	6,3 %	12,5 %
Frauen	5,7 %	10,7 %
Insgesamt	6,0 %	11,7 %

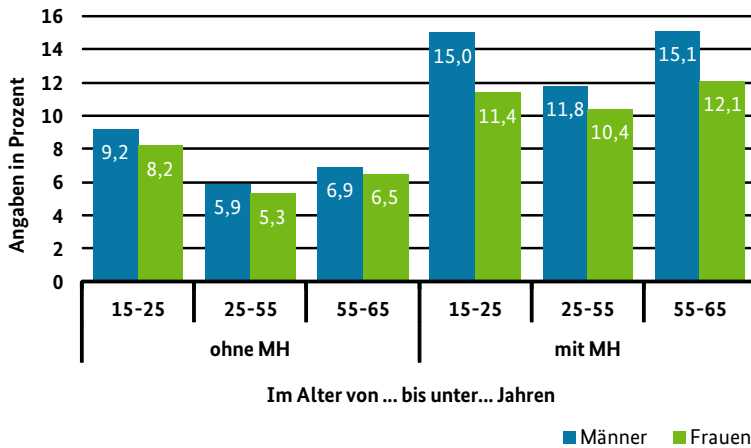
Quelle: Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2010. Fachserie 1 Reihe 2.2.

Die Unterscheidung nach Altersgruppen unterstreicht, dass Personen mit Migrationshintergrund durchgängig deutlich häufiger von Erwerbslosigkeit betroffen sind als Personen ohne Migrationshintergrund. Hohe Erwerbslosenquoten liegen bei 55- bis 64-Jährigen vor, wobei die Unterschiede zwischen Personen ohne und mit Migrationshintergrund vor allem für die Männer relativ groß sind: 6,9 % zu 15,1 %. Geringere Unterschiede zeigen sich in allen Altersgruppen für beide Personengruppen zwischen den Geschlechtern (siehe Abbildung 5.19).

Die hohen Erwerbslosenquoten der 55- bis 64-Jährigen mit Migrationshintergrund dürften – wie bereits betont – darauf zurückzuführen sein, dass es sich hier vielfach um ehemalige „Gastarbeiter“ handelt. Diese

wurden für gering qualifizierte Tätigkeiten in der industriellen Massenproduktion, in der Schwerindustrie und im Bergbau angeworben. Diese Wirtschaftsbereiche haben in den vergangenen Jahrzehnten jedoch zunehmend an Bedeutung verloren. Die freigesetzten und mittlerweile älteren ehemaligen Arbeitsmigranten treffen auf einen Arbeitsmarkt, auf dem ihre Qualifikationen kaum noch nachgefragt werden.

Abbildung 5.19: Erwerbslosenquote nach Migrationshintergrund, Altersgruppen und Geschlecht 2010



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2010. Fachserie 1 Reihe 2.2.

Neben wirtschaftsstrukturellen Gründen können auch gesundheitliche Einschränkungen aufgrund der vorangegangenen Tätigkeiten in Verbindung mit fehlenden Aufstiegsmöglichkeiten ursächlich für die Arbeitslosigkeit sein. Hinzu kommen Bildungs- und Qualifikationsdefizite sowie unzureichende Sprachkenntnisse. Diese Annahme wird gestützt durch Informationen zum Qualifikationsniveau von erwerbslosen Frauen und Männern nach dem Migrationshintergrund (siehe Tabelle 5.9).

Tabelle 5.9: Qualifikationsniveau von erwerbslosen Frauen und Männern nach Migrationshintergrund 2009

Alter	Qualifikation	Erwerbslose Frauen		Erwerbslose Männer	
		ohne MH	mit MH	ohne MH	mit MH
15 bis unter 25	niedrig	63,3 %	80,4 %	59,0 %	79,8 %
	mittel	36,7 %	19,6 %	41,0 %	20,2 %
	hoch	/	/	/	/
25 bis unter 55	niedrig	21,4 %	44,8 %	21,8 %	51,2 %
	mittel	70,8 %	39,5 %	71,8 %	38,5 %
	hoch	7,8 %	15,7 %	6,4 %	10,2 %
55 bis unter 65	niedrig	19,7 %	48,8 %	12,4 %	40,6 %
	mittel	80,3 %	39,5 %	77,4 %	42,0 %
	hoch	/	11,6 %	10,2 %	17,4 %

Quelle: Statistisches Bundesamt (2010b): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2009. Fachserie 1, Reihe 2.2 (Sonderauswertung).

Betrachtet man die erwerbslosen 55- bis 64-jährigen Frauen, dann weist rund die Hälfte der Frauen mit Migrationshintergrund ein niedriges Qualifikationsniveau auf, aber nur ein Fünftel der Frauen ohne Migrationshintergrund (48,8 % zu 19,7 %). Unter den Männern weisen rund dreimal so viele Personen mit Migrationshintergrund ein niedriges Qualifikationsniveau auf wie Personen ohne Migrationshintergrund (40,6 % zu 12,4 %). Auffällig ist zudem, dass sowohl Frauen als auch Männer mit Migrationshintergrund häufiger eine hohe Qualifikation besitzen als Personen ohne Migrationshintergrund. Offensichtlich schützt bei diesem Personenkreis eine hohe Qualifikation aber nicht vor Erwerbslosigkeit. Vermutlich weisen die Qualifikationen keine entsprechende Arbeitsmarktwertigkeit auf. Möglicherweise kommen noch weitere Einschränkungen hinzu, die eine Vermittlung zusätzlich erschweren.

5.8.2 Arbeitslosigkeit

Nachfolgend werden Ergebnisse aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit dargestellt. Aufgrund verwaltungsrechtlicher Maßnahmen und Reformen ist die Aussagekraft der Zeitreihen zur Arbeitslosigkeit eingeschränkt. Seit Anfang 2005 haben sich mit der Neufassung des Zweiten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB II) die Grundlagen der Arbeitsmarktstatistik geändert. Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe kam es zu einer deutlichen Ausweitung der Zahl der Arbeitslo-

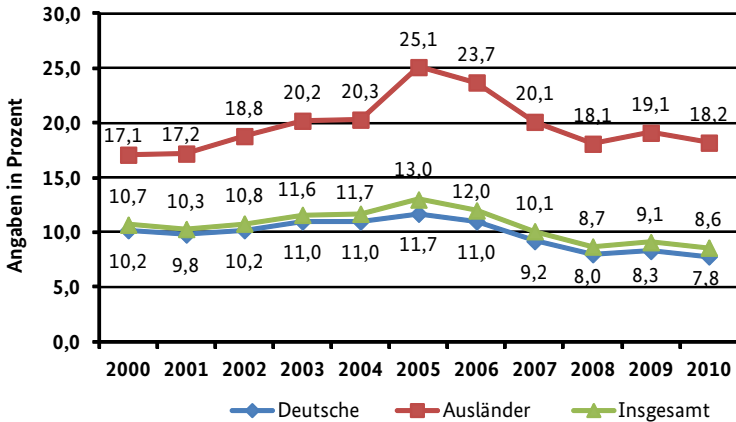
sen. Seit der Reform zählen grundsätzlich alle Personen als arbeitslos, die ohne Arbeit, erwerbsfähig und zwischen 15 und 64 Jahren alt sind sowie staatliche Hilfe beanspruchen. Ausgenommen sind nur Personen, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen (Bundesagentur für Arbeit 2012).

Weiterhin ist zu beachten, dass die Arbeitslosenquote bis 2008 auf dem Konzept der abhängigen zivilen Erwerbspersonen beruhte. Dabei wurde die Zahl der Arbeitslosen ins Verhältnis zur Summe aus sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten (einschließlich Auszubildenden), geringfügig Beschäftigten, Personen in Arbeitsgelegenheiten, Beamten (ohne Soldaten) und Grenzpendlern gesetzt. Seit 2009 wird das Konzept der zivilen Erwerbspersonen verwendet. Die Zahl der Arbeitslosen wird nun ins Verhältnis zur Summe der oben genannten Personengruppen plus den Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen gesetzt.

Die Arbeitsmarktchancen von Migranten sind schon seit Jahrzehnten durchgängig schlechter als die der übrigen Bevölkerung. Die Arbeitslosenquote von Ausländern erreichte bereits 1982 das Anderthalbfache der Quote für Deutsche und blieb seitdem auf höherem Niveau. Betrachtet man die Entwicklung der Arbeitslosenquote von 2000 bis 2010, dann war die Quote der Ausländer in etwa immer rund doppelt so hoch wie die von Deutschen. Vor Beginn der wirtschaftlichen Schwächephase im Jahr 2001 betrug die Arbeitslosenquote insgesamt 10,3 %. Sie stieg bis 2005 an und erreichte ihren bisherigen Höchststand von 13,0 %. Hierbei muss der Effekt des Hartz IV-Gesetzes mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe berücksichtigt werden, wodurch die Arbeitslosenzahl Schätzungen zufolge um 380.000 Personen zunahm (Wingenter 2008:118). Bisher inaktive Lebenspartner von vormaligen Arbeitslosenhilfe Beziehenden werden nunmehr selbst zu Leistungsbeziehenden und damit auch zu Arbeitslosen, sofern eine Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt unterstellt wurde. Das Gleiche gilt auch für bis dahin Sozialhilfe Beziehende, die trotz gegebener Erwerbsfähigkeit nicht arbeitslos gemeldet waren (Knuth/Brussig 2010:26).

Seit 2005 sank die Arbeitslosenzahl wieder, was mit dem leichten Anstieg der Beschäftigtenquoten in diesem Zeitraum korrespondiert. Nur im Wirtschaftskrisenjahr 2009 war ein vorübergehender Anstieg der Arbeitslosenquoten festzustellen. Im Jahr 2010 lag die Arbeitslosenquote der Gesamtbevölkerung zur Jahresmitte bei 8,6 %, für Deutsche bei 7,8 % und für Ausländer bei 18,2 % (siehe Abbildung 5.20). Seit 2005 ist die Arbeitslosenquote von Ausländern mehr als doppelt so hoch. Die Zahlen dürften nicht zuletzt auch Auswirkungen der SGB-Reform widerspiegeln.

Abbildung 5.20: Entwicklung der Arbeitslosenquote insgesamt und nach Nationalität 2000-2010



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2011): Analytikreport der Statistik, Analyse des Arbeitsmarktes für Ausländer.

Bei einer Differenzierung nach Geschlecht für das Jahr 2010 zeigt sich folgendes Bild (siehe Tabelle 5.10): Die Arbeitslosigkeit deutscher Frauen ist etwas niedriger als die von deutschen Männern, bei ausländischen Frauen liegt sie jedoch über der von ausländischen Männern. Rund jede sechste ausländische Frau ist arbeitslos. Damit liegt die Arbeitslosenquote erheblich über der Erwerbslosenquote. Der Grund hierfür ist, dass viele ausländische Frauen einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen und nach dem ILO-Konzept als erwerbstätig gelten, bei der Bundesagentur aber als arbeitslos gemeldet sind und in die Arbeitslosenstatistik eingehen. Allein schon aufgrund der unterschiedlichen Bezugsgruppen (Ausländer bzw. Personen mit Migrationshintergrund) ist aber kein direkter Vergleich möglich.

Tabelle 5.10: Arbeitslosenquote nach Nationalität und Geschlecht 2010

	Deutsche	Ausländer
Männer	6,9 %	13,8 %
Frauen	6,3 %	16,8 %
Insgesamt	6,6 %	15,1 %

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2011): Arbeitsmarktstatistik 2010 (Sonderauswertung).

Die Unterscheidung nach dem Alter in 2010 zeigt, dass erwartungsgemäß, über alle Altersgruppen hinweg, Ausländer höhere Arbeitslosenquoten aufweisen. Ein Vergleich zwischen ausländischen Männern und Frauen ergibt, dass nur in der jüngsten Altersgruppe Männer stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind als Frauen. Zudem zeigt sich, dass die Unterschiede zwischen den Geschlechtern bei Ausländern deutlich stärker ausgeprägt sind. Die höchste Arbeitslosenquote bei den Deutschen weisen Männer in der Altersgruppe der 60- bis 64-Jährigen auf (10,4 %). Bei Ausländern ist die höchste Arbeitslosenquote bei den 55- bis 59-jährigen Frauen zu verzeichnen (20,0 %). Ältere ausländische Männer und Frauen haben rund doppelt so hohe Arbeitslosenquoten wie die gleichaltrigen deutschen Männer und Frauen (siehe Tabelle 5.11).

Tabelle 5.11: Arbeitslosenquote nach Nationalität, Altersgruppen und Geschlecht 2010

	Deutsche					Ausländer				
	15 bis 24	25 bis 49	50 bis 54	55 bis 59	60 bis 64	15 bis 24	25 bis 49	50 bis 54	55 bis 59	60 bis 64
Männer	6,0	6,7	7,8	8,8	10,4	10,6	13,7	17,0	18,0	14,8
Frauen	4,7	6,2	7,0	8,6	8,5	9,2	17,5	19,9	20,0	15,9
Insgesamt	5,4	6,5	7,4	8,7	9,6	10,0	15,3	18,2	18,9	15,2

Angaben in Prozent

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2011).

Die zentrale Ursache für die hohe Arbeitslosigkeit unter älteren Migranten dürfte die geringe berufliche Qualifikation sein. Die höhere Arbeitslosigkeit dürfte zudem die eingeschränkten Möglichkeiten von Ausländern widerspiegeln, vorzeitig aus dem Erwerbsleben auszuschneiden, etwa durch Vorruhestandsregelungen oder aufgrund der Anerkennung von gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Breithecker/Burkert (2008:255) weisen zudem darauf hin, dass die Daten aufgrund der Rückkehr von Migranten in ihre Herkunftsländer verzerrt sein können. Beruflich erfolgreiche Migranten könnten frühzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Weniger erfolgreiche Migranten müssen dagegen länger im Erwerbsleben bleiben. Im Vergleich zu den Deutschen könnte es sich bei älteren Ausländern daher um eine bedingt repräsentative Bevölkerungsgruppe handeln (Bauer et al. 2004:31).

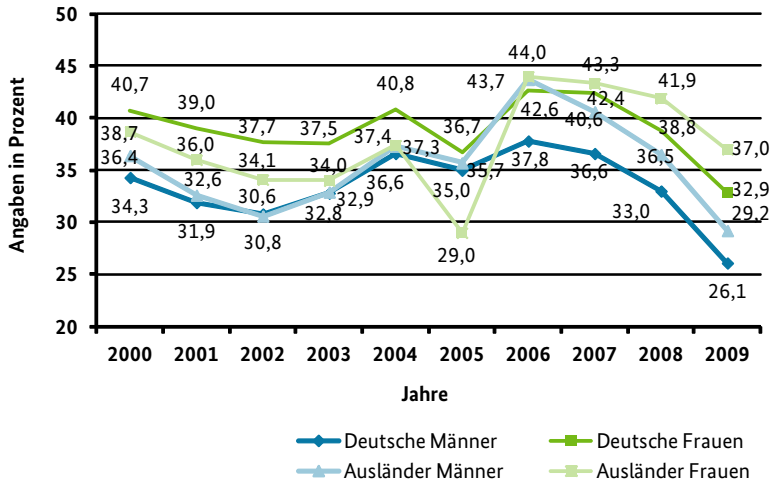
5.8.3 Langzeitarbeitslosigkeit

Als langzeitarbeitslos gelten alle Personen, die ein Jahr oder länger arbeitslos gemeldet sind (SGB III §18). Der Anteil dieser Personen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen ergibt die Langzeitarbeitslosenquote. Im Jahr 2009 waren von allen Arbeitslosen rund 30 % der Deutschen und 33 % der Ausländer langzeitarbeitslos. Von allen arbeitslosen ausländischen Frauen waren 37 % ein Jahr oder länger arbeitslos. Bei den deutschen Frauen war der Anteil mit 33 % niedriger. Unter den ausländischen Männern betrug der Anteil 29 % und bei den deutschen Männern 26 %. Damit hat sich der Anteil an Langzeitarbeitslosen für alle vier Personengruppen seit 2006 weiter verringert (siehe Abbildung 5.21).

Die Entwicklung für den Zeitraum von 2000 bis 2009 zeigt, dass der Anteil an Langzeitarbeitslosen bei deutschen Männern und Frauen deutlich abgenommen hat. Dies gilt auch für ausländische Männer. Dagegen hat sich der Anteil bei ausländischen Frauen gegenüber 2000 kaum verringert. Auffällig ist wiederum die Entwicklung zwischen 2004 und 2006. Von 2004 auf 2005 nimmt zunächst vor allem bei den ausländischen Frauen der Anteil an Langzeitarbeitslosen ab, um dann von 2005 auf 2006 um 15 Prozentpunkte anzusteigen. In 2005 erreicht auch die Quote ausländischer Männer ihr höchstes Niveau, danach sinkt die Quote aber deutlicher als bei Frauen: 15 zu 7 Prozentpunkte. Ursache hierfür dürfte die Einführung des ALG II sein. Als Folge davon kam es zu einer verstärkten Arbeitslosigkeitsmeldung erwerbsfähiger Frauen von ehemaligen Beziehern von Arbeitslosenhilfe. Bis 2006 dürfte ein großer Teil dieser Frauen keine Beschäftigung gefunden haben, sodass der Anteil an Langzeitarbeitslosen zunahm.

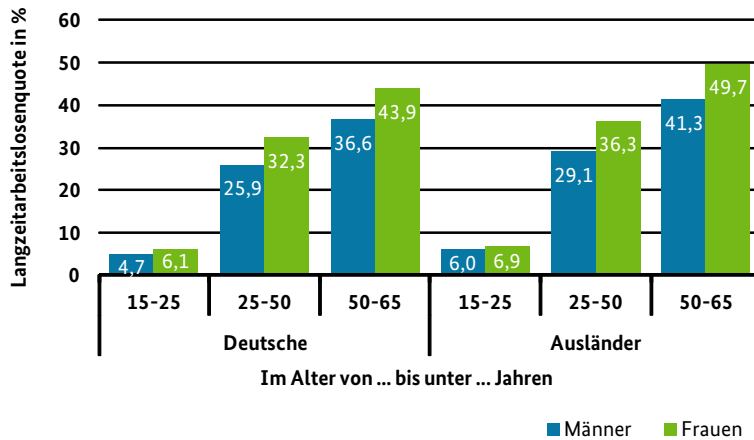
Wie die Unterscheidung nach dem Alter für das Jahr 2009 zeigt, steigt die Langzeitarbeitslosigkeit über die Altersgruppen hinweg stark an. Bei den 50- bis 64-Jährigen sind rund die Hälfte der deutschen bzw. knapp die Hälfte der ausländischen Frauen schon ein Jahr und länger arbeitslos. Die Anteile der Männer liegen mit 36,6 % bzw. 41,3 % jeweils unter denen der Frauen. Rund jeder zweite arbeitslose ausländische Mann und jede zweite arbeitslose ausländische Frau ab 50 Jahren dürfte somit nur noch geringe Chancen auf einen Wiedereinstieg in den (ersten) Arbeitsmarkt haben (siehe Abbildung 5.22).

Abbildung 5.21: Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit nach Nationalität und Geschlecht 2000-2009



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2010a): Bestand an arbeitslosen Deutschen und Ausländern nach Geschlecht und Altersgruppen (Sonderauswertung).

Abbildung 5.22: Langzeitarbeitslose nach Nationalität, Altersgruppen und Geschlecht 2009



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2010a): Bestand an arbeitslosen Deutschen und Ausländern nach Geschlecht und Altersgruppen (Sonderauswertung).

5.9 Zusammenfassung

Ausländer bzw. Personen mit Migrationshintergrund weisen in etwa die gleiche Erwerbsneigung auf wie Deutsche bzw. Personen ohne Migrationshintergrund, sie sind jedoch deutlich schlechter am Arbeitsmarkt positioniert (Seebaß/Siegert 2011:67). Dies gilt insbesondere für ältere Migranten. Erstens sind Migranten in einem geringeren Ausmaß am Erwerbseleben beteiligt, und sie sind seltener sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Dies trifft vor allem auf Frauen zu. Ihre schlechtere Arbeitsmarktpositionierung spiegelt sich zweitens in der beruflichen Stellung und in den Wirtschaftsbereichen bzw. Branchen, in denen sie tätig sind, wider. Beide Indikatoren sind Ausdruck der Anwerbung bzw. Zuwanderung un- und gering qualifizierter Arbeitskräfte. Migranten sind drittens auch häufiger in geringfügiger Beschäftigung zu finden. Sie weisen viertens auch öfters besondere Beschäftigungssituationen wie Schichtarbeit oder Arbeit an Sonn- und Feiertagen auf, wobei sich geschlechts- und migrationspezifische Differenzierungen überlagern. Schließlich sind Migranten auch deutlich häufiger erwerbs- bzw. arbeitslos und öfters langzeitarbeitslos.

Für die Erklärung der schlechteren Positionierung am Arbeitsmarkt darf nicht die Herkunft per se herangezogen werden. Vielmehr müssen weitere Merkmale wie die soziale Schichtzugehörigkeit betrachtet werden. Eine zentrale Rolle spielt hierbei die Bildung. Wie weiterführende Analysen zeigen, verfügen ältere Migranten häufig über keine oder nur über eine geringe formale Qualifikation. „Daneben wirken sich die nur geringe Teilnahme an beruflichen Weiterbildungsangeboten, mangelnde Sprachkenntnisse, gesundheitliche Einschränkungen sowie die Konzentration auf bestimmte Branchen und Berufsbereiche negativ auf die Erwerbschancen älterer MigrantInnen aus“ (Breithecker/Burkert 2008:258). Ältere Migranten stellen eine Problemgruppe auf dem Arbeitsmarkt dar. Es bedarf daher besonderer arbeitsmarktpolitischer Bemühungen, um der Gefahr von sozialer Desintegration und Altersarmut vorzubeugen.

6 Ruhestand und Alterssicherung

6.1 Vorbemerkungen

Das Migrationsgeschehen der Bundesrepublik Deutschland ist – sieht man von den 12,5 Mio. Flüchtlingen und Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg und den 2,7 Mio. Flüchtlingen aus der früheren DDR bis 1961 ab – durch zwei große Zuwanderungswellen gekennzeichnet. Zum einen führte in den 1960er und 1970er Jahren die Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem Ausland zur massiven Zuwanderung von „Gastarbeitern“. „Von Ende der 1950er Jahre bis zum Anwerbestopp 1973 kamen rund 14 Mio. ausländische Arbeitskräfte nach Deutschland, rund 11 Mio. kehrten wieder zurück, die anderen blieben und holten ihre Familien nach“ (Bade/Oltmer 2007:159). Zum anderen kam es mit dem Ende des West-Ost-Konfliktes und aufgrund des Jugoslawien-Krieges zu einer zweiten großen Zuwanderungswelle. Neben der Zuwanderung von Asylbewerbern stieg vor allem Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre die Zahl der Aussiedler stark an. Die Zuwanderung von Spätaussiedlern bildete nach der Zuwanderung von Flüchtlingen und Vertriebenen sowie von Arbeitsmigranten eine weitere wichtige Zuwanderungsgruppe. Heute sind die Spätaussiedler mit rund 4,5 Mio. Personen die größte Migrantengruppe.

Ende der 1990er Jahre kamen die ersten zahlenmäßig umfangreicheren Kohorten von ehemaligen „Gastarbeitern“ in das Rentenalter (Kohls/Dinkel 2006:30). Heute haben viele der „Gastarbeiter“ das Rentenalter erreicht oder befinden sich am Ende ihres Erwerbslebens. Dies gilt auch für einen Teil der Spätaussiedler, die zwar später, jedoch im Durchschnitt in einem höheren Alter eingewandert sind. Nach den Daten des Mikrozensus 2010 leben in Deutschland rund 1,5 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund, die 65 Jahre und älter sind. Der Anteil älterer Menschen unter den Migranten ist mit 9,4 % immer noch deutlich geringer als in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund mit 23,7 %. Im Zuge der demographischen Entwicklung und bei gegebener Zu- und Rückwanderung wird es aber zu einem weiteren Anstieg des Anteils älterer Menschen mit Migrationshintergrund kommen. Schätzungen zufolge wird ihr Anteil im Jahr 2030 rund 15 % betragen.

Obwohl ältere Migranten noch eine relativ kleine Bevölkerungsgruppe darstellen, ist die Frage nach ihrer gegenwärtigen und zukünftigen Alterssicherung von Relevanz. Verschiedene Studien weisen darauf hin, dass ältere Migranten in Deutschland (und auch in anderen EU-Staaten) mit schwierigeren Lebenssituationen konfrontiert sind als ältere Personen ohne Migrationshintergrund. Ältere Migranten aus den Anwerbestaaten gehören überwiegend zur ersten Zuwanderungskohorte und wurden aufgrund der wirtschaftlichen Bedingungen häufig als un- und angelernte Arbeitskräfte im verarbeitenden Gewerbe und im Bergbau eingestellt. Die Konzentration in geringqualifizierten Tätigkeiten ging mit ungünstigen Arbeitsbedingungen, niedrigerem Einkommen und überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit einher.

Für Spätaussiedler bestanden günstigere Rahmenbedingungen der Arbeitsmarktintegration. Bis Anfang der 1990er Jahre bestand für sie ein spezielles Eingliederungsprogramm. Aufgrund des massiven Zustroms von Spätaussiedlern, im Jahr 1990 wanderten fast 400.000 Personen ein, wurde dieses allerdings gekürzt. Besonders relevant für ihre Lebenssituation im Alter ist, dass sie im Gegensatz zu ausländischen Migranten in das Fremdentrentenrecht einbezogen wurden (Mika et al. 2010). Dies trifft allerdings nur auf die Spätaussiedler selbst zu, nicht jedoch auf die nach dem BVFG mit ihnen eingewanderten Familienangehörigen.

Das Fremdentrentenrecht war von der Leitidee bestimmt, Vertriebene und Flüchtlinge in das Wirtschafts- und Sozialsystem der Bundesrepublik Deutschland zu integrieren. Sie wurden rentenrechtlich nach dem Zuzug so behandelt, als ob sie ihre bisherige Erwerbstätigkeit unter der Geltung des hiesigen Rentenversicherungsrechts zurückgelegt hätten. Das Ende des Ost-West-Konfliktes veranlasste den Gesetzgeber, das Fremdentrentenrecht neu zu regeln. Zunächst wurde 1991 ein Abschlag in Höhe von 30 Prozent auf die nach dem Fremdentengesetz ermittelten Entgeltpunkte eingeführt. Ausgenommen waren Aussiedler, die vor 1991 in die Bundesrepublik Deutschland kamen. Im Jahr 1996 wurde der Abschlag auf 40 Prozent erhöht und der betroffene Personenkreis erweitert. Damit wurden von dem Rentenabschlag alle nach dem 6. Mai 1996 Zugezogenen und alle nach dem Fremdentengesetz Berechtigten mit einem Rentenbeginn ab dem 1. Oktober 1996 erfasst (Bundesverfassungsgericht 2006).

Eine differenzierte Betrachtung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist somit notwendig, um die nach Nationalität bzw. Herkunft unterschiedlichen Migrationsverläufe und gesellschaftlichen Rahmenbe-

dingungen zum Zeitpunkt der Zuwanderung entsprechend zu berücksichtigen. Erst dann erklärt sich, warum sich Migranten in ihrer Einkommenssituation im Alter unterscheiden.

Ziel ist eine Bestandsaufnahme der sozioökonomischen Lebenslage älterer Migranten nach dem Migrationshintergrund bzw. Migrationsstatus (Ausländer, Spätaussiedler und Eingebürgerte) und im Vergleich zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Betrachtet werden „berentete“ Personen, die nicht mehr im Erwerbsleben stehen und in der Regel bereits 65 Jahre oder älter sind. Das Kapitel ist wie folgt aufgebaut: In Kapitel 6.2 wird der Forschungsrahmen dargestellt. Zunächst wird der Forschungsstand angesprochen. Anschließend werden Ursachen der sozioökonomischen Situation von Migranten im Ruhestand und Formen der Alterssicherung thematisiert. Vor dem Hintergrund von Rentenreformen und Zugängen in Altersrenten werden in Kapitel 6.3 Daten der gesetzlichen Rentenversicherung diskutiert. In Kapitel 6.4 werden die Befunde einer Datenauswertung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) von Frick et al. (2009) zu Haushaltseinkommen, Rente und Vermögen referiert. Zudem wird auf die Bildungsabschlüsse und Erwerbsbiographien als zentrale Faktoren für die Erklärung von Unterschieden in der sozioökonomischen Situation eingegangen. Kapitel 6.5 beschäftigt sich mit der Grundsicherung im Alter und Kapitel 6.6 mit der Altersvorsorge. Zusammenfassung und Ausblick (Kapitel 6.7) beschließen das Kapitel.

6.2 Forschungsrahmen

6.2.1 Forschungsstand

Die Bildungs- und Ausbildungsqualifikationen sind entscheidend für die Art der Beschäftigung, die Stellung im Beruf sowie das dabei erzielte Einkommen und die Erwerbsdauer. Für Zuwanderer sind zudem der Migrationsverlauf und die spezifische Eintrittsbedingung in eine (sozialversicherungspflichtige) Beschäftigung zentrale Faktoren für den Verlauf der Erwerbsbiographie. Art und Dauer der Erwerbstätigkeit bestimmen den Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen und das Ausmaß der späteren Alterssicherung.

Erst neuerdings liegen Forschungen vor, die sich speziell mit der materiellen Situation im Alter und der Altersvorsorge von Migranten beschäftigen (Frick et al. 2009; Micheel/Naderi 2009; Sauer/Halm 2010). Zuvor wurde das Thema „Alterssicherung von Migranten“ im Kontext anderer Lebenslagen mit behandelt (Özcan/Seifert 2004; Mika/Tucci 2006; Baykara-Krumme/Hoff 2006; Motel-Klingebiel et al. 2010). Im Mittelpunkt der

Studien stehen Ausländer, die als „Gastarbeiter“ nach Deutschland zuwanderten. Aufgrund ihrer spezifischen Migrationsbiographie und Beschäftigungsverhältnisse sind die Alterssicherung bzw. Alterssicherungsmöglichkeiten vielfach prekär.

Informationen zu den ökonomischen Verhältnissen von Migranten im Ruhestand finden sich in unterschiedlichen Quellen: Erstens in den Daten der amtlichen Statistik wie dem Mikrozensus und der „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ sowie zweitens in Daten aus Verwaltung und Registern wie der gesetzlichen Rentenversicherung. Hinzu kommen Informationen auf der Grundlage sozialwissenschaftlicher Erhebungen wie dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), dem Alters-Survey, dem „Generations and Gender Survey“ (GGS) und der Repräsentativbefragung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2006/2007“ (RAM). Anhand der Datenquellen können jedoch nur bedingt Aussagen über die sozioökonomische Lebenssituation von Migranten im Alter getroffen werden. Ursache hierfür ist zum einen, dass die Erhebungsmerkmale amtlicher Statistiken sowie von Datensätzen aus Verwaltung und Registern stark eingeschränkt sind. Zum anderen werden in sozialwissenschaftlichen Umfragen zwar mehr Merkmale erhoben, allerdings sind die Fallzahlen gering, sodass weitergehende Differenzierungen nicht möglich sind. Andere Sachverhalte haben dagegen kaum Einfluss auf statistische Unstimmigkeiten. So dürften Verzerrungen im Kontext von Einbürgerungen keine Rolle spielen. Lediglich 1,8 % aller eingebürgerten Personen waren im Jahr 2009 64 Jahre und älter (Statistisches Bundesamt 2010, Fachserie 1 Reihe 2.1). Ein Problem stellt aber die Erfassung von Rückwanderern im Alter dar, da in sozioökonomischer Hinsicht eine selektive Remigration nicht auszuschließen ist.

6.2.2 Migrationsverläufe, Familienzyklen und Altersstruktur

In den einzelnen Migrantengruppen entwickeln sich Altersstruktur und Alterung in Abhängigkeit von den verschiedenen Einwanderungswellen, Eingliederungsphasen sowie Lebens- und Familienverläufen unterschiedlich. Ältere Personen haben daher in den einzelnen Migrantengruppen ein unterschiedliches Gewicht. Je nach Herkunftsland ergeben sich zudem unterschiedliche Verteilungen nach Geschlecht. Von einem einheitlichen Prozess der Alterung der Migrantenbevölkerung kann daher nicht gesprochen werden.

Die unterschiedlich verlaufenden Migrationsphasen haben auch Auswirkungen auf die Familienzyklen, die wiederum für die Zusammensetzung der Haushalte und ihre materielle Lage von Bedeutung sind. Während bis zum Anwerbestopp 1973 bei Ausländern allein lebende, aber verheiratete Männer und Frauen dominierten, deren Eheschließung in den jeweiligen Herkunftsländern stattfand, änderten sich die Haushaltsstrukturen im Zuge der Familienzusammenführungen. Dabei zeigten sich zwischen den verschiedenen Migrantengruppen Unterschiede hinsichtlich Heiratsverhalten, binationalen Eheschließungen und Geburtenraten (BMFSFJ 2000:76; Weidacher 2000; Schmid/Kohls 2011).

6.2.3 Bildungs- und Erwerbsbiographien

Die Rolle von Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen für die Positionierung auf dem Arbeitsmarkt ist eingehend untersucht worden. Mit Daten des Mikrozensus wurde festgestellt, dass Differenzen in den erreichten Abschlüssen zwischen Deutschen und Ausländern ursächlich für die unterschiedliche Stellung am Arbeitsmarkt sind (Frick et al. 2009:138ff.). Weiterhin ist empirisch belegt, dass ein Großteil der Arbeitsmarktunterschiede auf Ausbildungsdefizite zurückzuführen ist. Unterschiede in den Bildungsverläufen zeigen sich zudem, wenn verschiedene Alterskohorten miteinander verglichen werden. Es besteht eine negative Korrelation zwischen Bildungsniveau und Alterskohorte: Die jüngste Altersgruppe hat den höchsten und die der über 64-Jährigen den niedrigsten durchschnittlichen Bildungsgrad (Frick et al. 2009:24). Spätaussiedler weisen gegenüber anderen Migrantengruppen ein im Durchschnitt höheres Bildungs- und Ausbildungsniveau auf. Ihre Schulbildung ist am ehesten mit derjenigen von Einheimischen vergleichbar (Tucci 2008). Allerdings wurden auch von Spätaussiedlern die beruflichen Qualifikationen verschiedentlich nicht als gleichwertig anerkannt, was ihre Arbeitsmarktintegration erschwerte und ihre berufliche Karriere einschränkte (Brück-Klingberg et al. 2007; Mika et al. 2010).

Hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung wurde festgestellt, dass Migranten seltener erwerbstätig sind als gleichaltrige Deutsche. Dies gilt vor allem für Frauen. Differenziert man nach Herkunftsgruppen, dann weisen vor allem Spätaussiedler eine relativ hohe Erwerbsbeteiligung auf. In der Literatur wird zudem auf deutliche Unterschiede bei den Aufstiegsmöglichkeiten von deutschen und ausländischen Erwerbstätigen hingewiesen. Hierbei schneiden Frauen noch weitaus schlechter ab als Männer (Frick et al. 2009:31).

Die sozialstrukturelle Unterschichtung und Segmentierung in Beschäftigungssektoren erfolgte auch geschlechtsspezifisch. Frauen wurden zumeist für Montagearbeiten und Tätigkeiten am Fließband angeworben und beschäftigt. Zudem verrichteten sie häufig Hilfsarbeiten im Büro und Verkauf sowie im Reinigungs- und Küchenbereich. Die Zahl der erwerbstätigen ausländischen Frauen stieg von 1960 bis 1973, dem Jahr des Anwerbestopps, von rund 43.000 auf 707.000. Mit der Zunahme wandelte sich auch die Zusammensetzung: Die Zahl von Migrantinnen aus EG-Ländern sowie Spanien und Portugal verringerte sich, während die Zahl von Frauen aus der Türkei und Jugoslawien anstieg. Indem sich deutsche Frauen aufgrund der Wiederbetonung traditioneller Familienbilder und des Babybooms vielfach aus dem Erwerbsleben zurückzogen, traten an ihre Stelle alleinlebende und „kinderlose“ Arbeitsmigrantinnen (Velling 1995). Zu Beginn der 1960er Jahre bildeten Geburten von ausländischen Frauen in Deutschland eher eine Ausnahme. Erst in den darauf folgenden Jahren sind aufgrund zunehmender Ausländerbestandszahlen verstärkt Geburten von Ausländerinnen verzeichnet worden (Schmid/Kohls 2011:59).

Ältere Erwerbspersonen sind gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil hinsichtlich ihrer Erwerbsbeteiligung deutlich unterrepräsentiert. Im Zuge von Rationalisierungsprozessen, des technologischen Umbruchs und des Strukturwandels im Beschäftigungssystem kommt es insbesondere zu einer überdurchschnittlichen Betroffenheit älterer Migranten von Arbeitslosigkeit. Ursache hierfür ist zum einen die Konzentration ausländischer Arbeitnehmer in bestimmten Wirtschaftszweigen des sekundären Sektors. Zum anderen treffen Umstrukturierungsmaßnahmen vor allem gewerbliche Arbeitnehmer in Betrieben. Nach dem IAB-Betriebspanel beschäftigen über die Hälfte der Betriebe keine Mitarbeiter, die älter als 50 Jahre sind (Bellmann et al. 2007). Zudem weisen Ältere häufig Phasen von Langzeit- und Dauerarbeitslosigkeit auf, wovon Migranten wiederum stärker betroffen sind als Deutsche.

6.2.4 Formen der Alterssicherung

Die Alterssicherung im modernen Sozialstaat beruht auf drei Säulen. Die erste Säule ist die gesetzliche Rentenversicherung (GRV), die auch die Beamtenversorgung umfasst. Sie ist direkt mit dem Erwerbssystem gekoppelt. Die geleisteten Beiträge aus der Erwerbstätigkeit bilden die Grundlage für die später zu erwartenden Anwartschaften. Die zweite Säule ist die betriebliche Altersvorsorge. Bis zur Rentenreform im Jahr 2001 erfolgte die betriebliche Altersvorsorge überwiegend durch freiwillige Zahlungen

der Arbeitgeber in die Alterssicherung der Arbeitnehmer. Seitdem können durch gesetzliche Regelungen Arbeitnehmer einen Teil ihres Einkommens in Form der sozialversicherungsfreien Entgeltumwandlung in betriebliche Altersvorsorgekonten einzahlen. Dies setzt allerdings voraus, dass zumindest über den Großteil der Erwerbsbiographie ein ausreichendes Erwerbseinkommen erzielt wird, um für das Alter zusätzlich vorsorgen zu können. Geringfügig Beschäftigte und Teilzeitarbeitende sind nicht oder nur bedingt in der Lage, eine betriebliche Alterssicherung aufzubauen, obwohl durch die Umstrukturierung des Alterssicherungssystems die zweite Säule an Gewicht gewonnen hat.

Die dritte Säule umfasst die private Vorsorge. Ein Kernstück der Rentenreform 2001 ist der Aufbau einer staatlich geförderten zusätzlichen Altersvorsorge, der sogenannten Riester-Rente, die auf Freiwilligkeit basiert. Sie soll nach den Reformen des Alterssicherungssystems das Absinken des Rentenniveaus kompensieren (Motel-Klingebl et al. 2010). Laut Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMAS) verfügen Migranten seltener als Deutsche über eine private Vorsorge (Frick et al. 2009:44, 48).

Neben diesen drei sozialpolitischen Säulen spielt bei der Absicherung altersbedingter Risiken auch das private Geld- und Sachvermögen eine wichtige Rolle. Dabei ist die selbst genutzte Immobilie die wichtigste Anlageform. Über ein Drittel der Bevölkerung verfügt über eine Immobilie. Verschiedenen Studien zufolge liegt ein Anstieg des Eigentümeranteils unter ausländischen Haushalten vor, allerdings bleibt die Quote weiterhin deutlich unter der für deutsche Haushalte. Migranten verfügen zudem seltener als Deutsche über Einkommen aus Vermögen oder privaten Lebensversicherungen. Die große Differenz zwischen Median und Durchschnittsvermögen weist zudem auf eine stärkere Polarisierung des Vermögensbesitzes unter Migranten im Vergleich zu Deutschen hin (Frick et al. 2009:49). Alle Befragungen zeigen, dass ältere Migranten häufig nur über geringe oder über keine Ersparnisse verfügen.

Für die Absicherung im Alter dürften zudem Selbstständigkeit und finanzielle Unterstützung durch Familienmitglieder verschiedentlich eine Rolle spielen. Zum einen ist das erzielte Einkommen von Selbstständigen aber häufig gering. Zum andern führt der Wandel der Familienstrukturen und Generationenbeziehungen dazu, dass die finanzielle Unterstützung durch Familienmitglieder immer weniger eine Selbstverständlichkeit darstellt, die vielfach von Angehörigen auch nicht geleistet werden kann.

6.2.5 Einkommenssituation

Ausschlaggebend für die Höhe der späteren Alterssicherung sind die Dauer der Erwerbstätigkeit und das dabei erzielte Einkommen. Ursache für das niedrigere Durchschnittseinkommen ausländischer Arbeitnehmer ist, dass sie häufig in Sektoren mit relativ niedrigen Verdiensten beschäftigt sind. Neuere Ergebnisse bestätigen die andauernden Disparitäten der Einkommen. Zwar verzeichneten auch Migranten einen Anstieg ihrer Arbeitseinkommen, der Abstand zu deutschen Beschäftigten hat sich jedoch kaum verringert. Zudem stieg bei verschiedenen Migrantengruppen der Anteil an Personen, die im Niedrigeinkommensbereich tätig sind (Tucci 2008). Die vorliegenden Untersuchungen stimmen hinsichtlich der Einkünfte der ehemaligen „Gastarbeiter“ in drei Punkten überein: Erstens haben abhängig beschäftigte Ausländer durchschnittlich ein niedrigeres Einkommen als Deutsche, zweitens haben Frauen generell und ausländische Frauen speziell geringere Erwerbseinkünfte als Männer und drittens existieren Lohnunterschiede zwischen den Nationalitätengruppen (Frick et al. 2009:39).

Die (ehemals) niedrigen Verdienste von Migranten spiegeln sich zum einen in den Haushaltsnettoeinkommen und Pro-Kopf-Einkommen von älteren Personen mit Migrationshintergrund wider. Die Unterschiede in der Haushaltsstruktur erklären zum Teil die Unterschiede in der Höhe der Pro-Kopf-Einkommen. Die größere Zahl der Haushaltsmitglieder wirkt sich negativ auf das erzielte Pro-Kopf-Einkommen aus, da Migranten häufig nicht nur durchschnittlich geringere Einkommen erzielen, sondern zugleich auch mehr Personen von diesem Einkommen leben müssen.

Die Einkommenssituation spiegelt sich zum anderen in den Alterseinkünften wider. Rund vier Fünftel der älteren Deutschen bestreiten ihren Lebensunterhalt überwiegend aus ihrer Rente oder Pension, aber nur zwei Drittel der Ausländer (Mika/Tucci 2006). Um die Renteneinkünfte und Rentenanwartschaften von Personen mit Migrationshintergrund richtig einzuschätzen, müssen neben der Dauer der Erwerbstätigkeit und der Höhe des erzielten Einkommens auch migrationsbezogene Aspekte berücksichtigt werden. Denn Zeitraum und Ausmaß der Beitragszahlungen in das deutsche Rentensystem hängen auch mit dem Zeitpunkt der Zuwanderung und dem Alter der ersten Arbeitsaufnahme zusammen.

Rückblickend zeigt sich, dass Migranten aus den Anwerbestaaten im Durchschnitt in einem höheren Alter in das Erwerbsleben eintraten als Deutsche. Das Durchschnittsalter beim ersten Beitrag zur GRV betrug für

Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei für die Fälle des Rentenzuganges 2003 etwa 29 Jahre. Deutsche traten dagegen mit durchschnittlich 17 Jahren ins Erwerbsleben ein und zahlten dementsprechend früh Beiträge zur GRV (Mika/Tucci 2006:21f.). Die relativ späten Eintritte ins deutsche Erwerbssystem und die dadurch „verspäteten“ Beitragszahlungen in die Sozialversicherungssysteme hängen auch mit dem schrittweisen Nachzug von Familienangehörigen zusammen. Der verzögerte Eintritt der nachgeholtten Lebenspartner ins Erwerbsleben lag auch an der Zugangssperre für Nicht-EG-/EU-Ausländer auf dem Arbeitsmarkt. Erst nach einer bis zu vierjährigen Wartezeit erhielten diese eine Arbeitserlaubnis. Die „verspätete Ankunft im deutschen Rentensystem“ ist somit ein wichtiger Indikator für die Höhe der Renteneinkünfte von Personen mit Migrationshintergrund (Frick et al. 2009:41).

Dieser Sachverhalt trifft jedoch nur bedingt auf Spätaussiedler zu, da diese teilweise durch das für sie geltende Fremdrentengesetz in das deutsche Rentenversicherungssystem eingegliedert wurden. Die Beschäftigungszeiten in ihren Heimatländern und die geleisteten Beiträge zur dortigen Rentenversicherung wurden ihnen anerkannt, entsprechend umgerechnet und als Renteneinkommen im Alter ausgezahlt (Deutsche Rentenversicherung 2008). Diese Regelungen galten jedoch nicht fortwährend. Der Anspruch von Spätaussiedlern auf Rente (und Arbeitslosengeld), ohne vorher in das Versicherungssystem einbezahlt zu haben, wurde durch die Nivellierung des Fremdrentengesetzes von 1996 eingeschränkt. Die Rentenansprüche verringerten sich um 40 %, wenn ausschließlich eine Erwerbstätigkeit im Herkunftsland zugrunde lag. Nach 1996 zugewanderte Spätaussiedler erhalten nur noch eine Mindestrente, wenn sie in Deutschland nicht erwerbstätig waren (Mika/Tucci 2006). Weitere Gründe für die geringeren Rentenanwartschaften von Spätaussiedlern im Vergleich zu Deutschen ohne Migrationshintergrund sind auch niedrigere Erwerbseinkommen und längere Zeiten der Arbeitslosigkeit in Deutschland (Westphal 2003).

Neben dem verspäteten Beginn des Erwerbslebens und der prekären Beschäftigungssituation ist auch das vorzeitige Ende des Erwerbslebens ein wichtiger Indikator für die Rentenhöhe von Migranten. Im Vergleich zu deutschen Erwerbstätigen tragen diese ein deutlich höheres Risiko, vor dem Ruhestand eine längere Phase in Arbeitslosigkeit zu verbringen. Deutschen Erwerbstätigen wurde zudem häufiger die Möglichkeit angeboten, über die Altersteilzeit vorzeitig und ohne (größere) finanzielle Einbußen das Erwerbsleben zu beenden (Mika/Tucci 2006:25ff.).

6.3 Gesetzliche Rentenversicherung

In der GRV werden detaillierte Daten nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Entgeltpunkten und weiteren erwerbsstatistischen Merkmalen erhoben. Die Daten der GRV weisen dabei eine sehr hohe Validität auf, weil der Meldestatus sich unmittelbar auf Ansprüche (rentenversicherungspflichtige Zeiten) und Leistungen (Rentenzahlung) auswirkt. Dadurch sind Statuswechsel bzw. -erweiterungen, wie etwa Migrationsvorgänge und Geburten, in der Regel gut dokumentiert. Einschränkend ist aber zu beachten, dass die GRV die Gesamtbevölkerung nicht repräsentativ abbildet, weil bestimmte Erwerbsgruppen wie Selbstständige, Beamte und Hausfrauen nicht rentenversicherungspflichtig und daher in der GRV nicht enthalten sind (Deutsche Rentenversicherung 2010a, 2010b).

Anhand der Statistik der Deutschen Rentenversicherung (DRV) zum Rentenbestand erfolgt ein Überblick zur Situation von Rentenbeziehern nach Geschlecht und Nationalität. Den Daten liegen die Renten nach SGB VI insgesamt bzw. die Renten wegen Alters zu Grunde. Im Wesentlichen wird der Zeitraum von 2003 bis 2009 berücksichtigt, da Daten der DRV erstmals für die Rentenzugänge des Jahres 2003 über das Internet frei zugänglich sind. Die DRV zahlt Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und Renten wegen Alters sowie Renten wegen Todes (Witwen-/Witwerrente, Erziehungsrente oder Waisenrente). Eine Rente wegen (teilweiser oder voller) Erwerbsminderung erhält eine Person, wenn sie wegen Krankheit oder Behinderung (etwa als Folge eines Arbeitsunfalles) erwerbsgemindert ist (DRV 2010).

6.3.1 Zugänge in Altersrenten

Das durchschnittliche Renteneintrittsalter war in den vergangenen 50 Jahren immer wieder Schwankungen unterworfen. Im Jahr 1960 beantragten Männer mit 65,2 Jahren und Frauen mit 63,9 Jahren ihre Altersrenten. 2000 lag das mittlere Zugangsalter bei 62,2 bzw. 62,3 Jahren. Seitdem ist es wieder angestiegen und beträgt in 2009 63,5 Jahre für Männer und 62,9 Jahre für Frauen. Damit wird die derzeit gültige Regelaltersgrenze von 65 Jahren um rund 2 Jahre unterschritten. Noch prägen die Frührentner aus stark besetzten Geburtskohorten den Altersdurchschnitt stärker als die Spätrentner aus schwach besetzten Jahrgängen. Unter Kontrolle demographischer Veränderungen erfolgt der Rentenzugang aktuell aber häufiger mit 65 bzw. 63 Jahren, während der Rentenzugang mit 60 Jahren allmählich zurück geht (Brussig 2010a).

Im gleichen Zeitraum ist die Lebenserwartung 60-Jähriger für beide Geschlechter deutlich gestiegen: zwischen 1960 und 2009 von 15,5 Jahre auf 20,9 Jahre für Männer und von 18,2 Jahre auf 24,7 Jahre für Frauen. Mit den gewonnenen Lebensjahren hat sich auch die durchschnittliche Rentenbezugsdauer verlängert. 1960 betrug sie 9,6 Jahre für Männer und 10,6 Jahre für Frauen. Im Jahr 2009 wurden 15,8 Jahre bzw. 20,6 Jahre erreicht. Damit stieg die Rentenbezugsdauer seit 1960 bei Männern um über 6 Jahre und bei Frauen sogar um rund 10 Jahre.

In den vergangenen Jahren sind nahezu kontinuierlich immer weniger Menschen in Altersrente gewechselt. Wurden im Jahr 2000 noch nahezu 900.000 Zugänge in Altersrente verzeichnet, so waren es im Jahr 2009 697.000 Personen, die erstmals eine Altersrente erhielten. Dieser Rückgang ist vor allem demographisch bedingt, da sich Personen aus den geburtschwachen Kriegs- und Nachkriegsjahrgängen im Renteneintrittsalter von 60 bis 65 Jahren befinden. Die rückläufige Anzahl der Neuzugänge in Altersrente beruht zudem darauf, dass – vor dem Hintergrund der Rentenreformen – zunehmend mehr Menschen ihren Rentenbeginn aufschieben, um Abschlüsse zu vermeiden. Demographisch bedingt ist allerdings in den kommenden Jahren mit einer steigenden Zahl von Neurentnern zu rechnen. Die steigenden Zugänge in Altersrente werden dann für einen langen Zeitraum anhalten. Erst wenn der geburtenstärkste Jahrgang (1964) das Rentenalter erreicht hat und die nachfolgenden Jahrgänge wieder schwächer besetzt sind, ist mit einer sinkenden Zahl der Neueintritte in Altersrente zu rechnen. Dies ist ab den 2030er Jahren zu erwarten (Brussig 2010b).

Untersuchungen zeigen, dass fast die Hälfte aller neuen Altersrenten mit Abschlüssen versehen ist. Etwa die Hälfte der Personen, die eine Altersrente direkt nach einer stabilen Beschäftigung beziehen, nahm Abschlüsse in Kauf. Noch weiter verbreitet sind Abschlüsse bei Neurentnern, die vor dem Rentenbeginn langzeitarbeitslos waren. Drei Viertel der Langzeitarbeitslosen gehen vorzeitig in Rente, im Durchschnitt dreieinhalb Jahre früher. Ein vorzeitiger Rentenbeginn wird zudem von Personen genutzt, die einer prekären Beschäftigungs- oder Arbeitsmarktsituation am Ende des Erwerbslebens entgegen wollen (Brussig 2010a).

Hinsichtlich der Wirkung von Abschlüssen ist, neben rentenmindernden Abschlüssen von maximal 18 % bei einem um fünf Jahre vorgezogenen Rentenbeginn, auch die Anwartschaftsminderung zu berücksichtigen. Sie entsteht dadurch, dass Versicherte vor dem 65. Lebensjahr aus dem

Erwerbsleben ausgeschieden sind. Beide Effekte bewirken zusammen eine Verringerung der Rente um 25 %, wenn der Rentenzugang mit 60 anstelle von 65 Jahren erfolgt. Mit Blick auf die zunehmende Relevanz der betrieblichen und privaten Alterssicherung deuten die Befunde auf ein doppeltes Risiko gerade für untere Einkommensbezieher und von Arbeitslosigkeit Betroffene hin: Geringe Einkommen über längere Erwerbsphasen führen nicht nur zu niedrigen Anwartschaften in der GRV, sondern mindern auch die Möglichkeiten, die Sicherungslücke durch Eigenvorsorge zu schließen (Frommert/Himmelreicher 2010).

Angesichts steigender Zugänge in die Altersrente gewinnt die Frage an Gewicht, inwieweit die Erwerbspersonen bis zur Regelaltersgrenze erwerbstätig sind und Altersrenten ohne Abschläge bezogen werden oder ob mit einer zunehmenden Ungleichheit der Alterseinkünfte und einer steigenden Altersarmut zu rechnen ist. Hierbei ist von besonderem Interesse, inwieweit Unterschiede nach der Nationalität bzw. dem Migrationshintergrund vorliegen.

6.3.2 Entwicklung und Befunde

Die Anzahl der Renten an Deutsche nach SGB VI hat zwischen 1984 und 2009 von 13,3 Mio. auf 22,6 Mio. zugenommen (siehe Tab. 6.1). Bei Ausländern erfolgte im gleichen Zeitraum eine Zunahme von 560.000 auf 2,3 Mio. Renten. Ursache für den Anstieg bei der deutschen Bevölkerung ist zum einen die Wiedervereinigung und die Einbeziehung der ostdeutschen Renten in das Rentensystem. Zum anderen ist der Anstieg auf die Zuwanderung von Spätaussiedlern und den Prozess der demographischen Alterung zurückzuführen. Bei der ausländischen Bevölkerung beruht die Zunahme auf der anhaltenden Zuwanderung sowie dem Verbleib und Altern in Deutschland.

Im ausgewiesenen Zeitraum wurde die Rente an Deutsche durchgängig zu 99 % im Inland ausgezahlt (siehe Tab. 6.1). Überweisungen ins Ausland haben zwar absolut, kaum aber prozentual zugenommen. Dies verweist darauf, dass internationale Ruhesitzwanderungen von Deutschen nach wie vor nur eine marginale Rolle spielen.

Tabelle 6.1: Anzahl der Renten an deutsche und ausländische Versicherte nach Inland und Ausland 1984-2009

Jahr	Renten an Deutsche				Renten an Ausländer			
	ins Inland		ins Ausland		ins Inland		ins Ausland	
	Absolut	Prozent	Absolut	Prozent	Absolut	Prozent	Absolut	Prozent
1984	13.208.805	99,3	89.912	0,7	56.069	10,0	504.627	90,0
1985	13.325.703	99,3	90.313	0,7	62.347	10,4	535.638	89,6
1986	13.411.749	99,3	90.417	0,7	69.099	10,9	562.090	89,1
1987	13.564.689	99,3	90.694	0,7	75.852	11,4	590.629	88,6
1988	13.745.522	99,3	90.544	0,7	83.673	11,9	618.967	88,1
1989	13.943.970	99,3	91.351	0,7	92.401	12,4	653.092	87,6
1990	14.129.121	99,4	92.048	0,6	101.545	12,9	688.610	87,1
1991	14.360.607	99,4	93.204	0,6	112.937	13,5	725.046	86,5
1992	18.114.519	99,4	114.970	0,6	344.076	31,7	740.793	68,3
1993	18.596.100	99,4	116.083	0,6	380.205	33,0	773.010	67,0
1994	19.150.445	99,4	125.015	0,6	408.572	33,1	824.886	66,9
1995	19.661.599	99,3	129.195	0,7	435.340	33,6	860.493	66,4
1996	20.076.989	99,4	130.479	0,6	467.208	34,0	905.402	66,0
1997	20.409.424	99,4	133.501	0,6	502.471	34,6	947.840	65,4
1998	20.700.439	99,3	137.510	0,7	538.218	35,3	987.208	64,7
1999	20.933.033	99,3	147.099	0,7	578.832	36,3	1.014.558	63,7
2000	21.329.309	99,3	152.376	0,7	617.309	36,8	1.061.083	63,2
2001	21.546.331	99,3	159.564	0,7	650.242	37,2	1.098.716	62,8
2002	21.707.626	99,3	156.598	0,7	675.114	37,4	1.129.379	62,6
2003	21.922.108	99,3	160.685	0,7	712.229	37,9	1.168.547	62,1
2004	22.116.327	99,2	171.307	0,8	741.136	37,9	1.213.893	62,1
2005	22.271.997	99,2	169.598	0,8	773.399	38,1	1.257.843	61,9
2006	22.318.371	99,2	178.045	0,8	800.914	38,2	1.295.518	61,8
2007	22.376.876	99,2	185.846	0,8	833.782	38,6	1.326.846	61,4
2008	22.382.204	99,2	191.703	0,8	874.625	39,4	1.345.163	60,6
2009	22.437.952	99,1	200.890	0,9	907.258	39,7	1.376.604	60,3

Anmerkung: Renten nach SGB VI insgesamt. Rentenbestand jeweils Ende des Jahres.

Quelle: Deutsche Rentenversicherung (2010a), Rentenversicherung in Zeitreihen 2010.

Zudem dürfte den Rückwanderungen von Spätaussiedlern und Eingebürgerten kaum Bedeutung zukommen.

Die Renten an Ausländer wurden noch bis Ende der 1980er Jahre zu rund 90 % ins Ausland überwiesen. Rückkehrüberlegungen waren nicht nur präsent, sie wurden häufig auch vollzogen.

Ein Wandel setzte zu Beginn der 1990er Jahre mit der Wiedervereinigung ein, als rund ein Drittel der Renten an Ausländer im Inland ausgezahlt wurde. Seitdem nimmt der Anteil kontinuierlich zu. Im Jahr 2009 wurden von allen Renten an Ausländer 40 % im Inland ausgezahlt und nur noch 60 % ins Ausland überwiesen (siehe Tabelle 6.1). Trotz Zunahme neuer Migrationsformen wie die zirkuläre und Pendelmigration steigt der Anteil an Ausländern, die im Alter offensichtlich dauerhaft in Deutschland bleiben und hier ihren Lebensabend verbringen. Hierfür spricht auch, dass die Heimatüberweisungen ausländischer Arbeitskräfte seit Anfang der 1990er Jahre rückläufig sind, was mit der Aufenthaltsdauer von Migranten zusammenhängt (Kohls/Dinkel 2006:35). Zu bedenken ist aber auch, dass das moderne Bankensystem einen flexiblen Umgang mit Geld erlaubt.

Eine Unterscheidung der an ausländische Versicherte überwiesenen Renten wegen Alters nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit zeigt folgendes Bild (siehe Tab. 6.2): Für den relativ kurzen Zeitraum von 2003 bis 2009 liegen erwartungsgemäß nur geringfügige Änderungen vor, die vor allem Folge altersstruktureller Veränderungen sind. Auffällig ist allerdings die Zunahme von Rentenüberweisungen an türkische Frauen und Männer um rund 3,5 bzw. 2,0 Prozentpunkte – eine Entwicklung, die Kohls/Dinkel (2006:38) bereits für den Zeitraum von 1993 bis 2003 feststellten. Für Frauen ist allgemein eine Zunahme an Rentenbeziehenden festzustellen, während bei Männern aus den früheren „Gastarbeiterländern“ der Anteil eher stagniert oder sogar abnimmt. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass zumindest bei Männern die Arbeitsmigration zunehmend von Personen aus anderen Herkunftsländern getragen wird. Ein Rückgang für beide Geschlechter ist nur bei Angehörigen der Russischen Föderation festzustellen, was auf Einbürgerungen, aber auch auf eine abnehmende Zuwanderung von Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen zurückzuführen sein dürfte.

Tabelle 6.2: Renten wegen Alters an ausländische Versicherte nach Geschlecht und ausgewählten Staatsangehörigkeiten 2003-2009

Jahr	Geschl.	Ausländer	Griechenland	Italien	Portugal	Spanien	Serbien*	Russ. Föd.	Türkei
2003	Männer	100,00	6,6	22,4	1,2	12,0	5,2	0,6	11,3
	Frauen	100,00	7,4	10,8	1,0	7,2	6,2	1,9	5,8
2004	Männer	100,00	6,6	22,6	1,2	11,8	5,2	0,6	11,7
	Frauen	100,00	7,5	11,1	1,1	7,3	6,2	1,8	6,3
2005	Männer	100,00	6,6	22,7	1,3	11,6	5,2	0,6	12,3
	Frauen	100,00	7,7	11,5	1,1	7,4	6,2	1,7	6,9
2006	Männer	100,00	6,6	22,9	1,4	11,3	5,3	0,6	12,7
	Frauen	100,00	7,9	11,9	1,2	7,5	6,2	1,6	7,4
2007	Männer	100,00	6,6	22,9	1,4	11,1	5,3	0,5	13,1
	Frauen	100,00	8,0	12,1	1,3	7,5	6,2	1,5	8,0
2008	Männer	100,00	6,5	22,9	1,5	11,0	5,4	0,5	13,4
	Frauen	100,00	8,1	12,4	1,4	7,7	6,3	1,4	8,6
2009	Männer	100,00	6,5	22,8	1,5	11,0	5,3	0,5	13,5
	Frauen	100,00	8,0	12,5	1,5	7,7	6,2	1,4	9,1

* Einschließlich ehemaliges Jugoslawien und ehemaliges Serbien und Montenegro.

Angaben in Prozent.

Quelle: Deutsche Rentenversicherung (2010b), Rentenbestand, versch. Jahrgänge.

Die Unterscheidung der Altersrenten nach Geschlecht und ausgewählten Staatsangehörigkeiten der Versicherten zeigt folgendes Bild (siehe Tab. 6.3): Unter der deutschen Bevölkerung entfallen im Jahr 2009 die Renten zu 42 % auf Männer und zu 58 % auf Frauen, wobei der Anteil an Männern seit 2003 geringfügig zugenommen hat. Unter der ausländischen Bevölkerung entfallen 63 % der Renten auf Männer und 37 % auf Frauen, wobei im gleichen Zeitraum der Anteil an Frauen etwas gestiegen ist. Unterscheidet man nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten der Versicherten, dann liegen für Angehörige aus Serbien und der Russischen Föderation kaum Veränderungen vor. Dagegen hat der Anteil von Frauen aus Griechenland und Italien um 3 %, aus Spanien um 4 %, aus Portugal um 5 % und aus der Türkei um 6 % zugenommen. Für Staatsangehörige der Russischen Föderation beträgt der Frauenanteil an Rentenbeziehenden wegen Alters 63 %. Damit wird der Anteil deutscher Frauen um 5 % übertroffen. Türkinnen und Spanierinnen weisen einen Anteil von nur 28 % auf. Den

niedrigsten Anteil verzeichnen aber Italienerinnen mit 24 %. Ursache könnte u.a. der hohe Anteil an mithelfenden Familienangehörigen in der Gastronomie sein.

Tabelle 6.3: Renten wegen Alters an Versicherte nach Geschlecht und ausgewählten Staatsangehörigkeiten 2003-2009

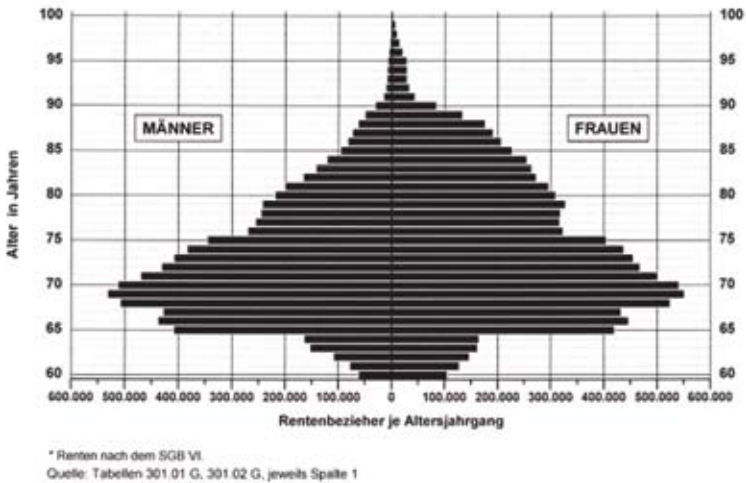
Jahr	Geschl.	Deutschland	Ausland	Griechenland	Italien	Portugal	Spanien	Serbien*	Russ. Föd.	Türkei
2003	Männer	41,8	64,3	61,6	78,8	68,4	75,0	60,1	37,5	77,8
	Frauen	58,2	35,7	38,4	21,2	31,6	25,0	39,9	62,5	22,2
2004	Männer	41,9	64,3	61,3	78,5	67,8	74,5	60,1	37,5	77,1
	Frauen	58,1	35,7	38,7	21,5	32,2	25,5	39,9	62,5	22,9
2005	Männer	42,1	64,4	60,8	78,1	67,4	73,9	60,4	37,8	76,4
	Frauen	57,9	35,6	39,2	21,9	32,6	26,1	39,6	62,2	23,6
2006	Männer	42,1	64,3	60,3	77,7	66,7	73,3	60,6	37,9	75,6
	Frauen	57,9	35,7	39,7	22,3	33,3	26,7	39,4	62,1	24,4
2007	Männer	42,3	64,1	59,6	77,1	65,8	72,6	60,6	34,8	74,7
	Frauen	57,7	35,9	40,4	22,9	34,2	27,4	39,4	65,2	25,3
2008	Männer	42,4	63,9	58,9	76,6	64,5	71,9	60,3	37,3	73,5
	Frauen	57,6	36,1	41,1	23,4	35,5	28,1	39,7	62,7	26,5
2009	Männer	42,4	63,4	58,2	75,9	63,3	71,2	59,6	37,2	71,9
	Frauen	57,6	36,6	41,8	24,1	36,7	28,8	40,4	62,8	28,1

* Einschließlich ehemaliges Jugoslawien und ehemaliges Serbien und Montenegro.

Angaben in Prozent.

Quelle: Deutsche Rentenversicherung (2010b), Rentenbestand, versch. Jahrgänge.

Die nachfolgende Abbildung zeigt den Altersaufbau der Bezieher von Rente wegen Alters nach Geschlecht für das Jahr 2009 (siehe Abb. 6.1). Deutlich zu erkennen ist die Feminisierung des Alters bzw. die Übersterblichkeit von Männern in den höheren Altersgruppen. Eine Unterscheidung nach Nationalität zeigt (ohne Abb.), dass die Alterspyramide der ausländischen Rentenempfänger erwartungsgemäß deutlich zugunsten des männlichen Geschlechts verschoben ist. Etwa ab dem Alter von 75 Jahren sind aber auch bei der ausländischen Bevölkerung mehr weibliche als männliche Rentenbezieher festzustellen, was wiederum auf die Übersterblichkeit der Männer zurückzuführen ist (Deutsche Rentenversicherung 2010a).

Abbildung 6.1: Altersaufbau der Bezieher von Renten wegen Alters am 31.12.2009

Quelle: Deutsche Rentenversicherung (2010a): Rentenbestand am 31.12.2009, S. XVII.

Sowohl unter der deutschen Bevölkerung als auch über alle Migrantengruppen hinweg stellen Frauen in der GRV vielfach eine benachteiligte Gruppe dar. Aufgrund kürzerer Erwerbsphasen und geringerer Verdienste beziehen sie durchschnittlich niedrigere Renten als Männer. Nachfolgend werden die Rentenanwartschaften bzw. Beitragszeiten nach Geschlecht und Nationalität aufgezeigt. Vor diesem Hintergrund wird dann auf die Rentenhöhe bzw. den Rentenzahlbetrag eingegangen.

Die Unterscheidung der durchschnittlichen Versicherungsjahre nach Geschlecht und Nationalität zeigt folgendes Bild (siehe Tab. 6.4): Berücksichtigt man, dass die Versicherungsjahre von Ausländern untererfasst sind, da nur die Beitragszeiten und beitragsfreien Zeiten für Nichtvertragsrenten dargestellt werden, dann weisen im Jahr 2009 deutsche Männer 41 Jahre, ausländische Männer aber nur 32 Jahre an Beitragszeiten auf. Seit 2003 hat sich bei Deutschen keine Änderung ergeben, während bei Ausländern die Beitragszeiten um ein Jahr zunahm. Zwischen deutschen und ausländischen Frauen liegt für das Jahr 2009 mit 28,1 zu 25,8 Jahren ein geringer Unterschied vor, wobei die Beitragszeiten für beide Gruppen seit 2003 um ein halbes Jahr anstiegen.

Die Unterscheidung von Ausländern nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten zeigt, dass Männer der Russischen Föderation bzw. der ehemaligen Sowjetunion im Jahr 2009 mittlere Beitragszeiten von 39 Jahren aufweisen und damit die von deutschen Männern nur um zwei Jahre unterschreiten. Relativ hohe Beitragszeiten haben mit 36 Jahren auch noch italienische Männer, während türkische Männer mit 30 Jahren die niedrigsten Beitragszeiten verzeichnen. Auch unter den Frauen weisen Angehörige der Russischen Föderation mit 36 Jahren die höchsten Beitragszeiten auf, acht Jahre mehr als deutsche Frauen. Dagegen belaufen sich die Beitragszeiten von türkischen Frauen auf 22 und von spanischen Frauen sogar nur auf 19 Jahre.

Die Ursachen für die unterschiedlichen Versicherungsjahre sind mit Blick auf die Angehörigen der Russischen Föderation zum einen im Fremdrentengesetz zu suchen. Zum anderen spiegeln die unterschiedlichen Beitragszeiten die Prozesse der Arbeitsmigration, des Ehegatten- und Familiennachzugs sowie die Muster der Familien- und Erwerbsorientierung wider. So erklären sich die fünf Jahre höheren Beitragszeiten von italienischen Männern gegenüber anderen Staatsangehörigen wesentlich dadurch, dass das Anwerbeabkommen mit Italien bereits im Jahr 1955 in Kraft trat, während die Verträge mit weiteren Ländern erst zwischen 1960 und 1968 geschlossen wurden. Mit Blick auf die Frauen ist festzustellen, dass ihr Anteil an den Rentenbeziehern zwar zunimmt, noch weisen die derzeitigen Ruhestandsgenerationen aber aufgrund von Familienzeiten und atypischer Beschäftigung vielfach niedrige Beitragszeiten auf.

Tabelle 6.4: Durchschnittliche Versichertenjahre (Beitrags- und beitragsfreie Zeiten) bei Nichtvertragsrenten nach Geschlecht und ausgewählten Staatsangehörigkeiten 2003-2009

Jahr	Geschl.	Deutsch-land	Aus-land	Griechen-land	Ita-lien	Portu-gal	Span-nien	Ser-bien*	Russ. Föd.	Türkei
2003	Männer	41,5	31,1	31,2	33,1	29,1	31,1	28,2	43,0	28,0
	Frauen	27,6	25,3	26,2	22,0	22,8	18,1	23,5	37,0	20,7
2004	Männer	41,4	31,4	31,3	33,6	29,3	31,5	28,7	42,3	28,4
	Frauen	27,6	25,4	26,3	22,3	22,9	18,3	23,9	36,8	20,9
2005	Männer	41,6	31,6	31,5	34,0	29,9	32,1	29,5	41,7	29,0
	Frauen	27,6	25,4	26,6	22,6	23,2	18,3	24,5	36,7	21,1
2006	Männer	41,3	31,8	31,8	34,5	30,4	32,5	30,1	41,4	29,3
	Frauen	27,6	25,5	27,0	22,9	23,6	18,5	24,9	36,7	21,3
2007	Männer	41,3	32,0	31,9	35,0	30,7	33,3	30,7	40,8	29,6
	Frauen	27,8	25,6	27,4	23,3	23,9	18,8	25,4	36,5	21,4
2008	Männer	41,3	32,2	32,1	35,4	31,1	33,5	31,2	40,3	29,9
	Frauen	27,9	25,7	27,9	23,8	24,4	19,0	26,0	36,3	21,6
2009	Männer	41,3	32,2	32,1	35,7	31,3	33,5	31,6	39,1	30,1
	Frauen	28,1	25,8	28,1	24,2	24,5	19,3	26,5	35,7	21,7

* Einschließlich ehemaliges Jugoslawien und ehemaliges Serbien und Montenegro. Anmerkung: Die Differenzierung der Ergebnisse des Rentenbestandes nach Nationalität ist technisch möglich. Ausgewiesen werden aber nur die durchschnittlichen Beitrags- und beitragsfreien Zeiten für Nichtvertragsrenten, da die Vertragsrenten Besonderheiten bei der Berechnung von rentenrechtlichen Zeiten aufweisen. Da zu einem Großteil Ausländer Vertragsrenten erhalten, sind die Versicherungsjahre von Ausländern systematisch untererfasst.

Quelle: Deutsche Rentenversicherung (2010b), Sonderrechnungen zum Rentenbestand. Eigene Berechnungen.

Die unterschiedlichen Versichertenjahre schlagen sich in den Rentenzahlbeträgen für Renten wegen Alters nieder. Die Differenzierung nach Geschlecht und ausgewählten Staatsangehörigkeiten zeigt folgendes Bild (siehe Tab. 6.5): Erwartungsgemäß erhalten im Jahr 2009 Männer einen deutlich höheren Rentenzahlbetrag als Frauen, was für Deutsche und Ausländer gleichermaßen gilt. Deutsche Frauen bekommen allerdings nur rund die Hälfte des Rentenzahlbetrages von Männern, während der Anteil ausländischer Frauen gut zwei Drittel beträgt. Deutsche Frauen haben aber einen im Durchschnitt höheren Rentenzahlbetrag als ausländische Männer.

Die Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit zeigt, dass im Jahr 2009 türkische Männer mit durchschnittlich 728 € die höchste Rente erhalten. Danach folgen Angehörige der Russischen Föderation und Portugiesen mit 667 € bzw. 650 €. Die geringste Rente bekommen Italiener und Spanier mit 336 € und 307 €. Bei Frauen erhalten Angehörige der Russischen Föderation mit 602 € eine höhere Rente als deutsche Frauen mit 546 €. Die geringste Rente haben Italienerinnen und Spanierinnen mit 247 € bzw. 264 €, während türkische Frauen 366 € bekommen.

Die niedrigen Renten von italienischen und spanischen Frauen korrespondieren mit einer geringeren Anzahl an Versichertenjahren. Für Männer aus diesen Ländern dürften die niedrigen Renten dagegen auf atypische Beschäftigungsverhältnisse zurückzuführen sein. Insgesamt ist festzustellen, dass die durchschnittlichen Rentenzahlbeträge für ausländische Versicherte vergleichsweise niedrig ausfallen. Altersrenten der gesetzlichen Rentenversicherung werden zunehmend an ausländische Rentempfänger gezahlt, und sie werden verstärkt im Inland ausbezahlt.

Tabelle 6.5: Durchschnittlicher Rentenzahlbetrag für Renten wegen Alters an Versicherte nach Geschlecht und ausgewählten Staatsangehörigkeiten 2003-2009

Jahr	Geschl.	Deutschland	Ausland	Griechenland	Italien	Portugal	Spanien	Serbien*	Russ. Föd.	Türkei
2003	Männer	1.087,62	436,36	553,79	322,67	588,56	294,20	517,43	738,33	661,70
	Frauen	523,41	310,95	389,74	245,13	354,84	267,24	382,85	621,86	359,03
2004	Männer	1.073,26	437,16	547,88	321,61	592,93	292,72	516,25	715,25	667,24
	Frauen	520,77	308,34	385,81	243,21	349,46	264,18	383,15	611,67	355,08
2005	Männer	1.061,71	439,46	546,88	320,80	599,35	292,80	520,77	696,95	672,80
	Frauen	519,16	306,22	383,99	240,30	348,35	260,91	383,82	605,17	352,09
2006	Männer	1.055,66	442,40	545,83	319,55	604,82	294,54	526,17	684,91	680,59
	Frauen	519,99	305,89	381,71	239,05	345,22	259,83	385,75	601,05	352,63
2007	Männer	1.053,09	449,00	547,86	321,78	614,37	297,18	535,30	674,26	691,04
	Frauen	522,43	307,40	382,22	238,97	344,39	258,89	390,60	597,94	352,71
2008	Männer	1.057,25	456,59	553,58	325,54	628,64	300,02	549,22	669,91	703,36
	Frauen	528,22	309,39	385,93	240,33	348,54	259,28	399,22	598,66	355,72
2009	Männer	1.080,36	472,03	566,34	335,66	650,10	306,87	562,04	666,53	727,84
	Frauen	546,03	320,48	394,88	246,51	355,90	263,58	414,11	601,63	366,12

* Einschließlich ehemaliges Jugoslawien und ehemaliges Serbien und Montenegro.

Angaben in Euro.

Quelle: Deutsche Rentenversicherung (2010b), Sonderrechnungen zum Rentenbestand.

6.4 Ergebnisse des Sozio-oekonomischen Panels

6.4.1 Konzept und Methoden

Mit dem Mikrozensus liegen seit 2005 verlässliche Daten zur Struktur der Bevölkerung nicht mehr nur nach der Nationalität, sondern auch nach dem Migrationshintergrund vor. Im Hinblick auf differenzierte Analysen der Lebenslagen und Lebensverläufe von Migranten fehlen aber weiterführende Informationen über die Erwerbsbiographie sowie das Einkommen und Vermögen. Zudem werden keine subjektiven Indikatoren zur Bewertung der eigenen sozioökonomischen Lage erhoben. Ergebnisse hierzu enthält das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), eine repräsentative Längsschnittbefragung der Bevölkerung in privaten Haushalten in Deutschland. Wie der Mikrozensus ermöglicht auch das SOEP eine Unterscheidung der Bevölkerung nach dem Migrationshintergrund. Damit stellt das SOEP die wichtigste sozialwissenschaftliche Datenquelle zum Themenkomplex „Alterssicherung von Migranten“ dar. Nachfolgend werden Befunde der Datenauswertung von Frick et al. (2009) referiert.

Im Rahmen der deskriptiven Analysen werden folgende Herkunftsgruppen unterschieden:

- Spätaussiedler,
- Migranten aus den ehemaligen Anwerbeländern außerhalb der EU (Türkei und Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien),
- Migranten aus den ehemaligen EU-Anwerbeländern (Italien, Griechenland, Spanien und Portugal),
- Migranten aus weiteren westlichen Ländern,
- Migranten aus weiteren nichtwestlichen Ländern und
- Personen ohne Migrationshintergrund.

Bei der Interpretation von Unterschieden der sozioökonomischen Lebenssituation von Migrantengruppen spielt neben dem Unterscheidungsmerkmal „Herkunft“ auch der rechtliche Status eine wichtige Rolle. Eingebürgerte, Ausländer und Spätaussiedler weisen allein schon aufgrund von Unterschieden in der soziodemographischen Struktur und Haushaltszusammensetzung auch Unterschiede in der Einkommenssituation auf. Nach dem rechtlichen Status werden daher folgende Bevölkerungsgruppen unterschieden:

- Spätaussiedler,
- eingebürgerte Deutsche mit Migrationshintergrund,

- ausländische Staatsbürger und
- Personen ohne Migrationshintergrund.

Im Jahr 2007 enthält das SOEP 482 berentete Personen mit individuellem Migrationshintergrund. Damit steht eine hinreichende Fallzahl für Analysen nach Alters- und Herkunftsgruppen zur Verfügung. Tiefer gehende Differenzierungen stoßen jedoch an die Grenzen der statistischen Belastbarkeit. Unter den Berenteten weisen Spätaussiedler einen höheren Anteil als andere Migrantengruppen auf. Dies ist zum einen ein Hinweis auf die unterschiedlichen Altersstrukturen innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und auf das vergleichsweise höhere Durchschnittsalter der Spätaussiedler. Zum anderen könnte der geringere Anteil an Älteren aus den Herkunftsländern Türkei und Ex-Jugoslawien ein Indiz für ein stärkeres Remigrationsverhalten, aber auch für eine höhere Sterblichkeit sein (Kohls 2011). Mit Blick auf die Verteilung nach Geschlecht zeigt sich zudem, dass der Frauenanteil unter den berenteten Ausländern mit knapp 30 % deutlich geringer ist als bei den anderen Gruppen (siehe Tab. 6.6). Ursache hierfür sind die Folgen der verspäteten weiblichen Migration und der spezifischen weiblichen Lebensverläufe in dieser Statusgruppe (Frick et al. 2009:66).

6.4.2 Wohnsituation

Zur Einschätzung der Lebenssituation von Berenteten wird die Wohnsituation anhand verschiedener Indikatoren untersucht. Hierbei unterscheiden sich Personen mit Migrationshintergrund deutlich von der einheimischen Bevölkerung. Den SOEP-Daten zufolge leben Migranten häufiger in Mietwohnungen (59 % zu 45 %), und sie besitzen seltener Wohneigentum (41 % zu 56 %), wobei allerdings auch zu berücksichtigen ist, dass Migranten überwiegend in urbanen Ballungszentren leben (Rühl 2009). Zudem sind die Wohnungen der zugewanderten Berenteten im Mittel rund 10 m² kleiner (siehe Tab. 6.7). Micheel/Naderi (2009:196) kommen anhand der Auswertung von GGS-Daten zu dem Ergebnis, dass von den Befragten im Alter zwischen 55 und 79 Jahren etwa doppelt so viele Türken zur Miete wohnen wie Deutsche (86 % zu 42 %). Dagegen leben 55 % der Deutschen, aber nur 14 % der Türken in Wohneigentum.

Tabelle 6.6: Ausgewählte soziodemographische Merkmale von Berenteten nach Herkunft und Status

	Personen ohne Migrationshintergrund		Personen mit Migrationshintergrund							Gesamt
	Gesamt	Spät- aus- sied- ler	"Türkei/ Ehem. Jugos lawien"	"EU- Anwerbe- länder"	Weitere west- liche Länder	Weitere nicht- westliche Länder	"Aus- länder"	Einge- bü- rger	"Gesamt mit Migra- tionshin- tergrund"	
Personenbezogener Migrationsstatus										
Frauenanteil (in %)	57,9	58,1	40,2	53,7	39,5	51,6	29,7	60,1	50,0	57,1
Alter (Mittelwert)	73,7	74,3	70,4	73,1	74,1	74,7	71,3	75,1	73,6	73,7
Haushaltskontext (in %)										
in Migranten- Haushalten	/	79,9	95,5	92,0	68,7	69,6	80,5	77,8	79,4	7,7
in gemischten Haushalten	2,1	20,1	4,5	8,0	31,3	30,1	19,5	22,2	20,6	3,9
in deutschen Haushalten	97,9	/	/	/	/	/	/	/	/	88,4
Alter bei Zuwanderung (im Mittel)	/	48,7	36,1	34,1	33,4	30,3	36,1	28,5	39,6	/
Aufenthaltsdauer in Jahren (im Mittel)	/	26,0	33,2	39,4	39,5	40,6	35,1	42,5	32,9	/
Haushaltsbezogener Migrationsstatus										
"Haushaltsgröße (im Mittel)"	1,7	1,8	2,5	1,9	1,9	1,7	2,2	1,7	1,9	1,7

Quelle: SOEP 2007; Frick et al. (2009:164f., Tab. 7 und 8).

Erhebliche Unterschiede zeigen sich, wenn nach der Herkunft bzw. dem Status differenziert wird. Migranten aus den Anwerbeländern und Spätaussiedler leben am häufigsten in Miet- und Sozialwohnungen. Zuwanderer aus westlichen und nichtwestlichen Ländern leben dagegen am häufigsten in Wohneigentum (62 % bzw. 52 %). Dagegen trifft dies nur auf 29 % bzw. 27 % der berenteten Spätaussiedler und Personen aus der Türkei und Ex-Jugoslawien zu. Für Eingebürgerte liegt der Anteil an Wohneigentum am höchsten (64 %). Rund ein Viertel der Spätaussiedler, die zur Miete wohnen, leben in einer Sozialwohnung, während dies nur für 8 % der Ausländer, 6 % der Personen ohne Migrationshintergrund und 4 % der Eingebürgerten gilt. Von allen Gruppen müssen Zuwanderer aus der Türkei und Ex-Jugoslawien mit 37 % den größten Teil des Netto-Haushaltseinkommens für die Bruttokaltmiete aufwenden (siehe Tab. 6.7). Zusammenfassend zeigt sich, dass die Wohnsituation berenteter Personen mit Migrationshintergrund schlechter ist als die von Einheimischen (Frick et al. 2009:65f.).

Tabelle 6.7: Wohnsituation von Berenteten nach Herkunft und Status

	Personen ohne Migrationshintergrund		Personen mit Migrationshintergrund							Gesamt	
	Gesamt		Spät- aus- sied- ler	"Türkei/ Ehem. Jugos- lawien"	"EU- Anwerbe- länder"	Weitere west- liche Länder	Weitere nicht- westliche Länder	"Aus- länder"	Einge- bü- rerte		"Gesamt mit Migra- tionshin- tergrund"
Mietwohnung (in %)	44,5		70,6	73,1	68,9	37,6	47,7	71,9	36,1	59,4	46,3
davon in Sozialwohnungen	5,9		23,2	12,2	12,7	2,4	0,5	7,9	3,8	14,1	7,2
Wohnigentum (in %)	55,6		29,4	26,9	31,1	62,4	52,3	28,1	63,9	40,7	53,7
Wohnfläche pro Person im Haushalt	60,5		47	33,8	46,2	62,5	57,6	40,4	63,1	50,8	59,4
Miethöhe (im Mittel Bruttokaltmiete)	423		375	349	429	444	336	390	365	379	416
Bruttokaltmiete in % des Nettohaushaltseinkommens	28,6		29,4	36,9	29,4	24	27,1	31,6	26,5	29,7	28,8

Quelle: SOEP 2007; Frick et al. (2009:169,171, Tab. 12 und 14).

6.4.3 Sozioökonomische Lage

Nachfolgend wird die sozioökonomische Lage von Berenteten anhand verschiedener Indikatoren dargestellt: Höhe und Zusammensetzung des Haushaltseinkommens, Renteneinkommen sowie Höhe und Zusammensetzung des Vermögens als private Form der Alterssicherung.

6.4.3.1 Haushaltseinkommen

Das verfügbare Haushaltseinkommen beträgt bei einheimischen Personen im Durchschnitt rund 24.800 € und bei Personen mit Migrationshintergrund 20.500 € im Jahr (siehe Tab. 6.8). Der Unterschied von 4.300 € ist aber zu relativieren. Erstens blendet er die Unterschiede zwischen einheimischen Berenteten in West- und Ostdeutschland aus. Und zweitens existieren erhebliche Einkommensunterschiede zwischen Migranten unterschiedlicher Herkunft. Zugewanderte aus „weiteren westlichen Ländern“ weisen mit einem Einkommen von rund 27.300 € noch vor Personen ohne Migrationshintergrund das höchste verfügbare Einkommen auf. Es folgen Personen aus „weiteren nichtwestlichen Ländern“ mit 23.400 €. Spätaussiedler und Zuwanderer aus den EU-Anwerbeländern liegen mit einem Jahreseinkommen von 19.800 € und 18.800 € deutlich darunter. Mit rund 14.100 € verfügen Migranten aus der Türkei und aus Ex-Jugoslawien über das mit Abstand geringste Haushaltseinkommen. Unterscheidet man nach dem Geschlecht, dann haben Frauen ein etwas geringeres verfügbares Einkommen als Männer. Das gilt für Personen ohne Migrationshintergrund wie für die meisten Migrantengruppen gleichermaßen (Frick et al. 2009:75).

Vergleicht man die Verteilung der Einkommen von Berenteten mit und ohne Migrationshintergrund anhand des Gini-Koeffizienten, einem Konzentrationsmaß, so ist das verfügbare Einkommen der Migranten etwas ungleicher verteilt: 0,334 zu 0,316 (siehe Tab. 6.8). Dafür sind vor allem die Zugewanderten aus den weiteren nichtwestlichen Ländern verantwortlich, was auf die besondere Heterogenität dieser Migrantengruppe hinweist. Die Unterscheidung nach dem Migrationsstatus (Eingebürgerte, Ausländer, Aussiedler) zeigt, dass das Einkommen von berenteten Eingebürgerten weit ungleicher verteilt ist als das Einkommen der anderen Gruppen. Die Daten deuten darauf hin, dass Einbürgerungsentscheidungen, sofern sie nicht auf einem Rechtsanspruch der Migranten beruhen, offensichtlich auch von der ökonomischen Lage der Antragsteller abhängig sind (Frick et al. 2009:76). Generell gilt, dass die Einbürgerungsneigung mit der Einkommenshöhe steigt (Worbs 2008).

Tabelle 6.8: Einkommenssituation von Berenteten nach Herkunft

	Personen ohne Migrationshintergrund					Personen mit Migrationshintergrund					Gesamt
	Gesamt					"Gesamt mit Migrationshintergrund"					
	Spätaus-siedler	"Türkei/ Ehem. Jugos-lawien"	"EU-Anwerbe-länder"	Weitere westliche Länder	Weitere nicht-westliche Länder	Spätaus-siedler	"Türkei/ Ehem. Jugos-lawien"	"EU-Anwerbe-länder"	Weitere westliche Länder	Weitere nicht-westliche Länder	
Einkommen - Höhe											
Äquivalenzeinkommen (im Mittel)											
Verfügbares Einkommen	24.839 €	19.779 €	14.089 €	18.771 €	27.344 €	23.372 €	20.489 €	23.372 €	20.489 €	24.196 €	24.196 €
Äquivalenzeinkommen (Median)											
Verfügbares Einkommen	21.644 €	17.565 €	12.299 €	17.114 €	23.955 €	19.771 €	16.844 €	19.771 €	16.844 €	20.565 €	20.565 €
Einkommensungleichheit (Gini-Koeffizient)											
Verfügbares Einkommen	0,316	0,278	0,315	0,247	0,299	0,383	0,334	0,383	0,334	0,321	0,321
Einkommen - in Euro											
Erwerbseinkommen	26.459 €	20.506 €	11.816 €	22.253 €	31.838 €	21.178 €	20.967 €	21.178 €	20.967 €	25.647 €	25.647 €
Einkommen aus Kapital	1.675 €	576 €	397 €	964 €	1.139 €	3.384 €	1.266 €	1.139 €	1.266 €	1.615 €	1.615 €
Kalkulatorische Miete	1.460 €	824 €	540 €	611 €	1.147 €	965 €	821 €	1.147 €	965 €	1.366 €	1.366 €
Private Transfers	92 €	42 €	1 €	0 €	51 €	336 €	90 €	51 €	336 €	92 €	92 €
Private Renten	343 €	292 €	306 €	34 €	799 €	996 €	500 €	799 €	996 €	366 €	366 €
Altersrenten	2.562 €	1.869 €	2.307 €	1.360 €	2.538 €	2.169 €	2.087 €	2.538 €	2.169 €	2.492 €	2.492 €
Sozialleistungen	1.642 €	2.638 €	2.440 €	1.453 €	1.111 €	2.409 €	2.121 €	1.111 €	2.409 €	1.713 €	1.713 €
"Steuern und Sozial-versicherungsausgaben"	-9.395 €	-6.969 €	-3.718 €	-7.904 €	-11.279 €	-8.066 €	-7.364 €	-11.279 €	-8.066 €	-9.095 €	-9.095 €
"Einkommen nach sozialen Transfers"											
	24.839 €	19.779 €	14.089 €	18.771 €	27.344 €	23.372 €	20.489 €	23.372 €	20.489 €	24.196 €	24.196 €

Quelle: SOEP 2007; Frick et al. (2009:181, Tab. 24).

Hinsichtlich der Einkommensstruktur zeigt sich, dass Altersrenten bei allen Migrantengruppen den größten Teil des Haushaltseinkommens von Berenteten ausmachen (siehe Tab. 6.9). Der Anteil beläuft sich auf 62 %, bei Personen ohne Migrationshintergrund sogar auf 70 %. Berentete mit Migrationshintergrund beziehen zudem 12 % ihres verfügbaren Einkommens aus privaten Renten, bei Personen ohne Migrationshintergrund beträgt dieser Anteil dagegen nur 8 %. Die Einkommensstruktur variiert je nach Herkunftsgruppe stark. Bei Berenteten aus der Türkei und Ex-Jugoslawien entfallen 10 % der Einkommensquellen auf Sozialleistungen. Bei allen Berenteten mit Migrationshintergrund beträgt der Anteil dagegen nur 3 % und bei der einheimischen Bevölkerung sogar nur 2 %. Dieser höhere Anteil von Sozialleistungen weist auf die vorangegangene prekäre Arbeitsmarktlage von Migranten aus der Türkei und Ex-Jugoslawien hin. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass insbesondere diese beiden Migrantengruppen am seltensten über private Renten und (wie auch Spätaussiedler) über Einkommen aus Kapital verfügen (Frick et al. 2009:77).

Zusammenfassend zeigt sich, dass Berentete aus der Türkei und Ex-Jugoslawien sowie im geringeren Maße aus den EU-Anwerbeländern hinsichtlich des Einkommens schlechter gestellt sind als andere Migrantengruppen und Personen ohne Migrationshintergrund. In diese Richtung weisen auch andere Studien. Micheel/Naderi (2009:180) kommen anhand der Auswertung von GGS-Daten zu dem Ergebnis, dass im Ruhestand lebende Türken ihre finanzielle Haushaltssituation deutlich häufiger als (sehr) negativ einschätzen als vergleichbare Deutsche (25 % zu 6 %). Umgekehrt schätzen nur 14 % der türkischen, aber 39 % der deutschen Befragten ihre finanzielle Haushaltssituation als (sehr) positiv ein. Türkische Berentete sind mit dem Ruhestand insgesamt auch seltener zufrieden als Deutsche (Micheel/Naderi 2009:197).

6.4.3.2 Rentenbezug und Rentenhöhe

Neben den Daten der GRV zu Beitragszeiten und Rentenzahlbetrag liegen auch Daten des SOEP zu Rentenbezug und Rentenhöhe vor. Beide Datenquellen stimmen darin überein, dass Deutsche bzw. Personen ohne Migrationshintergrund höhere Renten beziehen als Ausländer bzw. Personen mit Migrationshintergrund. Unterschiede zeigen sich aber bei einzelnen Herkunftsgruppen, was dem Erhebungskonzept des SOEP geschuldet ist. Altersrenten stellen die mit Abstand quantitativ wichtigste Einkommensquelle im Alter dar. Renten der gesetzlichen Rentenversicherung werden von 86 % der Berenteten bezogen und stellen die Hauptart der Altersrenten dar. Zwischen Berenteten mit und ohne Migrationshintergrund zeigen

sich kaum Unterschiede in den Bezugsquoten. Je nach Herkunftsgruppe und Migrationsstatus schwankt der Anteil der Bezieher von GRV-Renten jedoch: Nur 76 % der Zuwanderer aus weiteren westlichen Ländern und 82 % der Migranten aus der Türkei und Ex-Jugoslawien beziehen eine GRV-Rente, aber jeweils rund 90 % der Personen anderer Herkunftsgruppen. Auch nach Migrationsstatus zeigen sich deutliche Unterschiede: Nur 76 % der berenteten Ausländer beziehen eine GRV-Rente, aber 91 % bzw. 92 % der Spätaussiedler und Eingebürgerten (siehe Tab. 6.9).

Neben dem Rentenbezug zeigen sich ebenso Unterschiede in der durchschnittlichen Rentenhöhe: Einheimische Berentete beziehen eine GRV-Rente in Höhe von 880 € im Monat, Personen mit Migrationshintergrund aber nur eine Rente in Höhe von 740 €. Migranten aus der Türkei, Ex-Jugoslawien und weiteren nichtwestlichen Ländern weisen mit 600 € die niedrigsten GRV-Renten auf, während Migranten aus den weiteren westlichen Ländern mit 1.000 € die höchsten GRV-Renten erhalten. Zuwanderer aus den EU-Anwerbeländern und Spätaussiedler beziehen GRV-Renten von durchschnittlich 710 € bis 760 €. Die niedrigeren Renten, so vermuten Frick et al. (2009:80), sind auch die Folge diskontinuierlicher Erwerbsbiographien aufgrund von Pendelmigration der ehemaligen „Gastarbeiter“ in den Anfangsjahren der Anwerbung sowie von temporären Rückwanderungen in den 1970er und 1980er Jahren.

Tabelle 6.9: Einkommensstruktur und Rentenhöhe von Berenteten nach Herkunft und Status

	Personen ohne Migrationshintergrund		Personen mit Migrationshintergrund							Gesamt		
	Gesamt		Spät- aus- siedler	"Türkei/ Ehem. Jugos- lawien"	"EU- Anwerbe- länder"	Weitere westliche Länder	Weitere nicht- westliche Länder	Aus- länder	Einge- bür- gerte		"Gesamt mit Migra- tionshin- tergrund"	
Einkommen - Struktur												
Erwerbseinkommen	10,0		8,0	22,2	14,6	9,2	7,1	19,3	6,1	9,7	10,0	
Einkommen aus Kapital	10,1		5,5	6,4	13,2	7,9	28,2	4,1	22,1	12,6	10,4	
Kalkulatorische Miete	9,8		7,8	4,0	6,0	9,4	10,4	4,4	11,0	8,5	9,6	
Private Transfers	0,3		0,4	1,4	0,2	0,0	0,0	0,5	0,1	0,2	0,3	
Private Renten	7,9		8,6	2,8	13,7	22,8	9,6	11,9	15,5	12,4	8,4	
Altersrenten	70,3		74,2	64,3	62,0	58,8	50,6	66,6	51,6	62,4	69,5	
Sozialleistungen	1,8		4,0	10,1	0,5	2,8	1,8	5,7	1,8	3,4	2,0	
"Steuern und Sozial- versicherungsabgaben"	-10,2		-8,4	-11,3	-10,2	-10,8	-7,7	-12,5	-8,2	-9,2	-10,1	
"Einkommen nach sozialen Transfers"	100		100	100	100	100	100	100	100	100	100	
Rente - Höhe der gesetzlichen Rente												
"GRV-Rente und Knappschaft auf Personenebene (monatl., im Vorjahr)"	881		757	607	714	1.011	607	802	678	743	868	
Anteil der Bezieher (in %)	86,2		90,5	81,7	88,0	76,1	91,8	75,5	92,0	86,4	86,2	
"Bruttoeinkünfte aus Renten und Pensionen auf Personenebene (monatl., im Vorjahr)"	1.125		893	667	790	1.634	991	1.172	1.022	1.016	1.114	
Anteil der Bezieher (in %)	95,5		96,5	91,8	88,6	95,9	95,9	89,3	98,6	95	95,4	

Quelle: SOEP 2007; Frick et al. (2009:184, 186, Tab. 27 und 29).

Die vergleichsweise niedrigeren GRV-Renten von Ausländerinnen können anhand der Erwerbsbiographie erklärt werden (Frick et al. 2009:81, 210, Tab. 53). Von allen Gruppen waren Spätaussiedlerinnen mit durchschnittlich 29 Jahren am längsten in Vollzeit erwerbstätig. Die Anrechnung von Beschäftigungszeiten in ihren Heimatländern wirkt sich günstig auf den Rentenbezug und die Rentenhöhe aus. Eingebürgerte Frauen haben 22 und Frauen ohne Migrationshintergrund 21 Jahre in Vollzeit gearbeitet. Ausländische Frauen waren dagegen nur 16 Jahre in Vollzeit beschäftigt. Sie weisen zudem mit 57 % den niedrigsten Anteil an Empfängern von Renten und Pensionen auf. Dagegen beträgt er bei Frauen ohne Migrationshintergrund 86 %, bei Spätaussiedlerinnen 93 % und bei eingebürgerten Frauen 94 % (Frick et al. 2009:186, Tab. 29).

Differenziert man nach der Herkunft, dann sind Geschlechtsunterschiede bei Personen aus der Türkei und Ex-Jugoslawien besonders ausgeprägt (Frick et al. 2009:185, Tab. 28). Für Männer liegt eine Bezugsquote von 92 % vor, für Frauen jedoch nur von 67 %. Bei der einheimischen Bevölkerung zeigen sich dagegen mit 87 % zu 86 % kaum Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Für Frauen aus der Türkei und Ex-Jugoslawien beträgt die durchschnittliche GRV-Rente 420 €, für Frauen ohne Migrationshintergrund dagegen 630 € (Frick et al. 2009:185, Tab. 28). Die niedrigeren GRV-Renten dürften neben der kürzeren Erwerbstätigkeit auch auf geringeren Einkommen beruhen, welche die ehemaligen „Gastarbeiterinnen“ aufgrund ihrer häufig un- und angelernten Tätigkeiten bezogen haben.

6.4.3.3 Vermögenslage

Für die Alterssicherung kommt dem Vermögen, vor allem in Form von Wohneigentum, eine große und zunehmende Bedeutung zu. Das Vermögen als Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen unterteilt sich in folgende Einzelkomponenten: selbstgenutzter und sonstiger Immobilienbesitz, Bausparvermögen, Finanzanlagen, Lebensversicherungen, Betriebsvermögen und Sachvermögen sowie Schulden für selbstgenutzten und sonstigen Immobilienbesitz und Konsumkredite (Frick et al. 2009:82). Der Median der Vermögensverteilung ist bei den Berenteten ohne Migrationshintergrund mit 51.700 € fast viermal höher als bei den zugewanderten Berenteten mit 14.300 €, wobei der Gini-Koeffizient bei zugewanderten Berenteten höher ist als bei Einheimischen (0,744 zu 0,685). Rund ein Viertel der Haushalte, in denen Migranten leben, besitzen kein Vermögen, aber nur etwa 15 % der Haushalte von einheimischen Berenteten (siehe Tab. 6.10). Die Vermögen von Migranten sind somit nicht nur geringer, sie sind auch ungleicher verteilt.

Tabelle 6.10: Vermögenssituation von Berenteten nach Herkunft und Status

	Personen ohne Migrationshintergrund		Personen mit Migrationshintergrund							Gesamt
	Gesamt	Spätaussiedler	"Türkei/Ehem. Jugoslawien"	"EU-Anwerbeländer"	Weitere westliche Länder	Weitere nicht-westliche Länder	Ausländer	Eingebürgerte	"Gesamt mit Migrationshintergrund"	
Geld und Sachvermögen - Pro-Kopf-Haushaltsvermögen										
Mittelwert	119.597 €	59.792 €	27.451 €	43.597 €	150.410 €	180.165 €	37.829 €	191.735 €	98.215 €	116.901 €
Median	51.669 €	8.323 €	0 €	12.473 €	120.009 €	38.680 €	3.400 €	138.000 €	14.329 €	49.894 €
Gini-Koeffizient	0,685	0,790	0,822	0,654	0,508	0,726	0,762	0,603	0,744	0,693
Personen in Haushalten mit Vermögen <=0%	14,7	28,3	55,7	16,6	6,5	17,2	34,4	12,2	24,6	15,9
Geld und Sachvermögen - Vermögenskomponenten Besitzanteil in der jeweiligen Bevölkerung (in%)										
Selbstgenutzter Immobilienbesitz	54,4	31,5	25,5	31,1	62,4	52,3	28,1	63,3	41,3	52,7
Sonstiger Immobilienbesitz	14,2	4,8	11,1	15,5	9,6	13,3	5,3	17,2	9,1	13,6
Bausparvermögen	24,0	18,7	8,0	14,5	20,5	18,9	12,0	20,3	17,4	23,2
Finanzlagen	66,4	56,8	22,6	50,5	84,0	75,8	49,1	76,3	61,2	65,8
Lebensversicherungen	20,9	11,8	3,2	19,2	40,9	24,0	36,1	14,8	19,5	20,7
Betriebsvermögen	2,9	0,4	0,6	2,5	0,6	1,8	0,4	1,9	0,9	2,6
Sachvermögen	10,6	5,5	3,4	0,1	31,9	2,4	3,6	19,0	9,5	10,5

Quelle: SOEP 2007; Frick et al. (2009:187, 189, Tab. 30 und 32).

Große Vermögensunterschiede zeigen sich nach der Herkunft von Berenteten (Frick et al. 2009:187, Tab. 30). Kein Vermögen weisen 15 % der Einheimischen, aber 28 % bzw. 56 % der Spätaussiedler und ehemaligen „Gastarbeiter“ auf. Unterschiede in der Vermögenssituation zeigen sich auch nach dem rechtlichen Status (Frick et al. 2009:189, Tab. 32). Bei Eingebürgerten liegt der Median mit 138.000 € deutlich höher als bei Einheimischen mit 52.000 €. Bei Spätaussiedlern und Ausländern beträgt der Median dagegen nur 8.300 € bzw. 3.400 €. „Dies bedeutet, dass die Vermögen der Eingebürgerten nicht nur in ihren Extremen, sondern insgesamt deutlich über denen aller anderen Gruppen liegen“ (Frick et al. 2009:85).

Während sich bei Berenteten mit bzw. ohne Migrationshintergrund die Vermögenshöhe deutlich unterscheidet, gibt es hinsichtlich der Zusammensetzung der Vermögen kaum Unterschiede. Bei beiden Bevölkerungsgruppen stellt der selbstgenutzte Immobilienbesitz mit über 57 % des Nettovermögens die größte Vermögenskomponente dar. Es folgen bei zugewanderten Berenteten Finanzanlagen mit 22 % und bei einheimischen Berenteten sonstiger Immobilienbesitz mit 19 % am Nettovermögen (Frick et al. 2009:192, Tab. 35). Unterschiede in der Zusammensetzung des Vermögens liegen aber nach Herkunft und Status vor. Ausländer (28 %) und Spätaussiedler (31 %) sind weitaus seltener Besitzer selbst genutzter Immobilien als Berentete ohne Migrationshintergrund (54 %) und Eingebürgerte (63 %) (Frick et al. 2009:189, Tab. 32). Zudem sind die selbstgenutzten Immobilien beider Migrantengruppen im Durchschnitt deutlich weniger wert als von Einheimischen und Eingebürgerten: 25.000 € bzw. 39.000 € zu 69.000 € bzw. 102.000 € (Frick et al. 2009:192, Tab. 35).

Zusammenfassend zeigt sich, dass ein großer Teil der Ausländer und Spätaussiedler kein oder nur ein sehr geringes Vermögen besitzt. Von Vermögenslosigkeit oder Verschuldung sind 34 % der Ausländer und 28 % der Spätaussiedler betroffen, aber nur 15 % der Berenteten ohne Migrationshintergrund und 12 % der Eingebürgerten (Frick et al. 2009:86). Das Potenzial der zugewanderten Berenteten, Vermögen an die nachfolgende Generation weiterzugeben, ist im Durchschnitt somit deutlich geringer als bei der einheimischen Bevölkerung. Die unterschiedlichen Vermögensverhältnisse können eine Reihe von Gründen haben. Erstens kann ein höheres Alter zum Zeitpunkt der Zuwanderung, wie es vor allem bei Spätaussiedlern der Fall ist, die Möglichkeiten der Vermögensbildung verringern. Zweitens kann der potenzielle Rückkehrwunsch bei Ausländern Investitionen in Immobilien entgegenstehen. Schließlich ist allgemein zu berücksichtigen, dass Personen mit Migrationshintergrund häufig aus

ärmeren Regionen stammen, vielfach mittellos in Deutschland ankamen und sich erst eine Existenz aufbauen mussten.

6.4.4 Erklärungsfaktoren

Zentrale Faktoren für die Erklärung von Differenzen im Einkommen, Vermögen und Rentenniveau der betrachteten Gruppen sind die Unterschiede in den erreichten Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen sowie in der Erwerbsbiographie, welche die Teilnahme und Stellung am Arbeitsmarkt während der Erwerbsphase widerspiegelt. Nachfolgend werden die Berufs- und Schulabschlüsse von Berenteten miteinander verglichen und die Erwerbsbiographien anhand der Anzahl der Jahre in unterschiedlichem Erwerbsstatus untersucht.

6.4.4.1 Qualifikationsunterschiede

Zwischen den einzelnen Herkunftsgruppen ist das Bildungsniveau von Berenteten extrem unterschiedlich (siehe Tab. 6.11). Zudem gibt es innerhalb der einzelnen Gruppen deutliche Unterschiede nach Geschlecht. Im Vergleich zwischen berenteten Männern mit und ohne Migrationshintergrund erweist sich die Qualifikationsstruktur von Migranten stärker polarisiert: Es gibt sowohl einen größeren Anteil mit geringen Qualifikationen (ohne oder nur Hauptschulabschluss: 15,5 % zu 7,5 %) als auch einen größeren Anteil mit tertiären Qualifikationen (33,5 % zu 25,4 %). Die berenteten Frauen mit Migrationshintergrund haben generell ein geringeres Bildungsniveau als Frauen ohne Migrationshintergrund, was auf größere geschlechtsspezifische Unterschiede in der Gruppe der Migranten verweist (Frick et al. 2009:90, 206, Tab. 49).

Tabelle 6.11: Bildungsniveau von Berenteten nach Herkunft und Status

	Personen ohne Migrationshintergrund		Personen mit Migrationshintergrund							Gesamt
	Gesamt	Spätaussiedler	"Türkei/Ehem. Jugoslawien"	"EU-Anwerbeländer"	Weitere westliche Länder	Weitere nicht-westliche Länder	Ausländer	Eingebürgerte	"Gesamt mit Migrationshintergrund"	
Bildungsniveau und Bildungsverläufe										
Anteil der Personen mit (in %)										
Schulbildung im Ausland	2,7	61,1	76,7	73,9	52,5	30,9	78,4	31,8	56,9	8,1
Berufliche Bildung im Ausland	1,6	24,1	26,3	33,3	29,1	9,9	33,0	13,3	23,3	3,8
Art des Bildungsabschluss										
Ohne Abschluss	0,8	12,0	32,6	21,2	1,3	0,5	20,6	2,3	10,5	1,8
Hauptschulabschluss ohne berufliche Ausbildung	20,1	30,5	27,2	29,0	6,3	31,8	17,9	26,2	23,9	20,6
Hauptschulabschluss und berufliche Ausbildung	43,4	35,2	31,4	35,3	16,9	29,2	28,6	24,7	28,0	42,1
Mittlere Reife	15,0	7,4	4,7	5,8	11,7	8,1	4,9	10,8	7,4	14,4
Fachhochschulreife/Abitur	4,6	1,4	1,4	0,2	4,0	8,3	0,0	8,2	3,1	4,4
Fachhochschulabschluss	5,6	4,7	1,4	0,0	26,5	16,0	6,7	20,3	9,8	6,1
Hochschulabschluss	10,5	8,8	1,4	8,6	33,4	6,2	21,2	7,5	11,1	10,6

Quelle: SOEP 2007; Frick et al. (2009:205,207, Tab. 48 und 50).

Das höchste Bildungsniveau haben Migranten aus den weiteren westlichen Ländern, was tendenziell auch für die Frauen dieser Gruppe gilt: Rund zwei Drittel der Männer und knapp die Hälfte der Frauen verfügen über einen (Fach-)Hochschulabschluss. Die Qualifikationsstruktur der Spätaussiedler ähnelt derjenigen von Berenteten ohne Migrationshintergrund am stärksten, geschlechtsspezifische Unterschiede treten jedoch deutlicher hervor. Die Mehrheit der berenteten Spätaussiedlerinnen hat keine berufliche Ausbildung. Die mit Abstand geringsten Qualifikationen finden sich bei Personen aus der Türkei und Ex-Jugoslawien. Sie haben nur selten höhere Bildungsabschlüsse als den Hauptschulabschluss. Vor allem Frauen besitzen häufig keinen schulischen Abschluss.

Die Verteilung nach Bildungsabschlüssen spiegelt die Heterogenität der ausländischen Rentnerbevölkerung hinsichtlich ihres Humankapitals wider. Ausländische Berentete weisen mit 21 % zwar den größten Anteil von Personen ohne Schulabschluss auf, mit 21 % besitzen aber genau so viele auch einen Hochschulabschluss (siehe Tab. 6.11). Deutliche Unterschiede zeigen sich nach Geschlecht. Von den berenteten ausländischen Frauen können fast die Hälfte (46 %) keinen Schulabschluss vorweisen, während es bei den Männern nur 8 % sind. Bei Personen ohne Migrationshintergrund sind es dagegen nur 1 % der Frauen und 0,3 % der Männer, die über keinen Bildungsabschluss verfügen, sodass ihre Bildungssituation weniger polarisiert ist. Das im Durchschnitt höchste Bildungsniveau weisen erwartungsgemäß Eingebürgerte auf. Vor allem eingebürgerte Frauen sind im Durchschnitt erheblich besser (aus)gebildet als andere Migrantinnen (Frick et al. 2009:92).

6.4.4.2 Erwerbsbiographien

Da sich das Rentenniveau aus der Höhe der Einzahlungen in das Rentensystem und aus den geleisteten Beitragsjahren berechnet, kann anhand der Erwerbsbiographie auch auf die finanzielle Lage von Berenteten geschlossen werden. Grundsätzlich unterscheiden sich Berentete ohne und mit Migrationshintergrund nur geringfügig in ihren durchschnittlichen Erwerbsbiographien. Migranten haben mit 31 Jahren aber rund zwei Jahre länger in Vollzeitberufstätigkeit verbracht als einheimische Berentete. Sie waren allerdings auch gut ein Jahr länger arbeitslos (zwei Jahre zu einem Jahr) (siehe Tab. 6.12).

Tabelle 6.12: Erwerbsbiographien von Berenteten nach Herkunft und Status

	Personen ohne Migrationshintergrund		Personen mit Migrationshintergrund							Gesamt
	Gesamt	Spätaus-siedler	"Türkei/Ehem. Jugoslawien"	"EU-Anwerbeländer"	Weitere westliche Länder	Weitere nicht-westliche Länder	Aus-länder	Einge-bürgerte	"Gesamt mit Migra-tionshin-tergrund"	
Erwerbsbiographie (in Jahren)										
Zeit in Vollzeit-EW	28,5	33,0	28,1	28,4	30,9	28,3	30,8	27,5	30,6	28,7
Zeit in Teilzeit-EW	3,4	2,3	2,5	2,0	1,5	2,3	1,5	2,7	2,1	3,2
Zeit in Arbeitslosigkeit	0,7	1,4	3,3	1,5	0,1	1,9	2,1	1,2	1,6	0,8
Zeit in Schulbildung	1,9	1,8	1,1	1,4	3,6	3,5	2,1	3,2	2,3	2,0
Zeit in Ausbildung	2,1	1,3	1,3	1,9	1,7	1,7	1,5	1,7	1,5	2,0
Zeit in Zivil-/Wehrdienst	0,6	0,8	0,9	1,1	0,7	0,8	0,8	0,9	0,8	0,6
Zeit im Ruhestand	4,5	4,8	3,6	3,0	4,8	4,4	4,2	4,2	4,4	4,5
Zeit als Hausfrau/Hausmann	8,4	4,8	8,2	11,1	7,3	6,9	6,7	8,8	6,7	8,2
Sonstiges/ Mutterschaft	0,8	0,9	1,9	0,6	0,2	1,3	1,3	0,8	1,0	0,8
Erwerbsbiographie (in %, Mittelwert)										
Zeit in Vollzeit-EW	55,9	64,7	55,2	55,7	60,7	55,4	60,5	53,9	59,9	56,4
Zeit in Teilzeit-EW	6,6	4,4	5,0	3,9	3,0	4,4	2,9	5,2	4,2	6,4
Zeit in Arbeitslosigkeit	1,4	2,8	6,5	2,9	0,2	3,7	4,1	2,4	3,1	1,5
Zeit in Schulbildung	3,8	3,5	2,2	2,8	7,0	6,9	4,1	6,3	4,6	3,9
Zeit in Ausbildung	4,1	2,5	2,5	3,7	3,4	3,2	3,0	3,3	2,9	4,0
Zeit in Zivil-/Wehrdienst	1,2	1,5	1,7	2,1	1,4	1,6	1,6	1,7	1,6	1,3
Zeit im Ruhestand	8,9	9,4	7,1	5,9	9,5	8,6	8,1	8,3	8,7	8,9
Zeit als Hausfrau / Hausmann	16,4	9,5	16,0	21,8	14,3	13,5	13,1	17,3	13,1	16,1
Sonstiges / Mutterschaft	1,6	1,7	3,7	1,2	0,5	2,6	2,6	1,6	1,9	1,6

Quelle: SOEP 2007; Frick et al. (2009:208, 210, Tab. 51 und 53).

Je nach Herkunftsgruppe weichen die Erwerbsbiographien von Migranten jedoch von diesem allgemeinen Muster ab. Personen aus der Türkei und Ex-Jugoslawien waren mit 28 Jahren mit am kürzesten vollzeitbeschäftigt und mit über drei Jahren am längsten in Arbeitslosigkeit. Bei Frauen aus diesen Herkunftsregionen, aber auch aus den EU-Anwerbeländern, wird der Lebenslauf zudem durch die als Hausfrau verbrachten Jahre bestimmt. Allgemein dürften die kürzere Zeit in Erwerbstätigkeit und die längere Zeit in Arbeitslosigkeit – neben der Verdiensthöhe – ursächlich für die festgestellten Einkommensunterschiede sein. Bei Männern zeigen sich nach Status folgende Unterschiede: Spätaussiedler waren mit 33 Jahren am längsten vollzeitbeschäftigt; es folgen Ausländer (31 Jahre), Einheimische (29 Jahre) und Eingebürgerte (28 Jahre) (Frick et al. 2009:210, Tab. 53). Für Frauen zeigt sich, dass ausländische Rentnerinnen deutlich weniger Zeit erwerbstätig waren als Rentnerinnen ohne Migrationshintergrund. Im Durchschnitt waren sie 16 Jahre in Vollzeit beschäftigt und 22 Jahre als Hausfrau tätig. Dagegen waren einheimische Frauen 21 Jahre berufstätig und nur 15 Jahre Hausfrau (Frick et al. 2009:93).

Hinsichtlich Qualifizierung und Erwerbsbiographien bestätigen die deskriptiven Analysen die Befunde vorliegender Studien. Vor allem Personen aus der Türkei und Ex-Jugoslawien – und hier wiederum insbesondere Frauen – weisen im Durchschnitt niedrigere schulische und berufliche Abschlüsse sowie lückenhaftere Erwerbsbiographien auf als andere Migrantengruppen und Einheimische. Berentete Spätaussiedler scheinen zudem aufgrund des häufig höheren Zuzugsalters und nicht anerkannter Bildungstitel teilweise benachteiligt zu sein. Dies gilt vor allem für hochqualifizierte Personen (Mika et al. 2010:144).

6.4.5 Einschätzung der sozialen Absicherung

Mit dem SOEP besteht die Möglichkeit, objektive und subjektive Indikatoren in Verbindung zu setzen. Die Ergebnisse zur objektiven sozio-ökonomischen Lage können mit den subjektiven Einschätzungen und Erwartungen zum Altern in Beziehung gesetzt werden. Aus der Forschung ist bekannt, dass beide Dimensionen keineswegs übereinstimmen müssen. Soziale Gruppen, die aufgrund ihrer objektiven Lebenslage als benachteiligt erscheinen, äußern subjektiv keine Benachteiligungen, während umgekehrt objektiv privilegierte soziale Gruppen ihre Lebenssituation subjektiv negativ einschätzen. Diese Diskrepanz, die als „relative Deprivation“ bezeichnet wird, lässt sich im Wesentlichen durch sozial unterschiedliche Anspruchsniveaus und Vergleichsmaßstäbe erklären.

Nachfolgend werden Befunde zur Einschätzung der eigenen Absicherung im Alter sowie im Falle von Pflegebedürftigkeit dargestellt. Berentete mit Migrationshintergrund geben eine nur leicht niedrigere Zufriedenheit mit dem System der sozialen Sicherung an als Berentete ohne Migrationshintergrund (Mittelwert 5,2 zu 5,5 auf einer Skala von 0 bis 10) (siehe Tab. 6.13). Personen aus der Türkei und Ex-Jugoslawien haben mit 4,7 zwar mit den niedrigsten Wert von allen Gruppen, er liegt jedoch nicht so niedrig, wie aufgrund der objektiven sozioökonomischen Lage zu erwarten gewesen wäre. Von allen nach Herkunft unterschiedenen Gruppen weisen Spätaussiedler mit 5,6 den höchsten und Eingebürgerte mit 5,1 den niedrigsten Wert auf. Die einzelnen Herkunftsgruppen liegen allerdings relativ dicht zusammen. Der Grund hierfür könnte sein, dass sich die Frage der Zufriedenheit mit dem sozialen Sicherungssystem auf die subjektive Einschätzung sozialstaatlicher Institutionen bezieht und nicht direkt auf die eigene soziale Absicherung. Hinsichtlich der Krankenversicherung unterscheiden sich Berentete ohne und mit Migrationshintergrund ziemlich deutlich voneinander. Von den Einheimischen sind 10 % privatversichert, aber nur 4 % der Personen mit Migrationshintergrund. Besonders auffällig ist wiederum die Situation von Migranten aus der Türkei und Ex-Jugoslawien: Niemand ist privat versichert und 5 % sind überhaupt nicht versichert. Unterscheidet man nach dem Status, dann sind Spätaussiedler und Ausländer häufiger ausschließlich gesetzlich versichert als Eingebürgerte (92 % bzw. 90 % zu 84 %).

Tabelle 6.13: Krankenversicherung und Zufriedenheit mit der sozialen Sicherung von Berenteten nach Herkunft und Status

	Personen ohne Migrationshintergrund		Personen mit Migrationshintergrund						Gesamt	
	Gesamt	Spät- aus- siedler	"Türkei/ Ehem. Jugoslawien"	"EU- Anwerbe- länder"	Weitere westliche Länder	Weitere nicht- westliche Länder	Aus- län- der	Einge- bür- gerte		"Gesamt mit Migra- tionshin- tergrund"
Krankenversicherung (Anteil an Personen in %)										
nicht krankenversichert	1,2	0,5	5,3	2,2	0,0	1,2	3,3	0,8	1,5	1,2
gesetzlich, ohne private Zusatzversicherung	75,2	92,0	93,0	80,2	81,9	89,1	89,6	84,3	88,8	76,6
gesetzlich, mit privater Zusatzversicherung	13,7	3,6	1,7	17,5	10,1	5,4	5,4	9,0	5,9	12,9
privatversichert	9,9	3,9	0,0	0,0	8,0	4,3	1,7	5,9	3,9	9,3

Subjektive Einschätzung der sozialen Sicherung**Zufriedenheitsskala soziale Sicherung 0 (niedrig) bis 10 (hoch)**

Mittelwert	5,5	5,6	4,7	5,3	5,4	4,5	4,8	5,1	5,2	5,4
Median	5,0	6,0	6,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0

Quelle: SOEP 2007; Frick et al. (2009:222, 224, Tab. 66 und 68).

Berentete ohne und mit Migrationshintergrund beurteilen ihre Absicherung gegenüber dem Alter häufiger negativ als positiv. Jeweils rund zwei Drittel der Befragten gaben an, nur befriedigend oder schlecht für das Alter finanziell abgesichert zu sein. Jeder zweite Migrant aus der Türkei und Ex-Jugoslawien sowie jede dritte Person aus den EU-Anwerbeländern fühlt sich schlecht abgesichert. Dagegen beurteilen Berentete aus den sonstigen westlichen und nichtwestlichen Ländern ihre Lage im Alter positiver. Unterscheidet man nach Status, dann überwiegt auch unter Spätaussiedlern und Ausländern die Einstellung, eher schlechter abgesichert zu sein. Hingegen fühlt sich von den Eingebürgerten nur eine Minderheit weniger gut oder schlecht abgesichert (siehe Tab. 6.14).

Unterschiede nach Geschlecht zeigen sich zwischen Personen ohne Migrationshintergrund und Spätaussiedlern sowie den anderen Migrantengruppen. Bei den ersten beiden Gruppen geben Männer positivere Bewertungen ab als Frauen, während es sich bei den anderen Gruppen umgekehrt verhält. Unterscheidet man nach der Herkunft, dann geben nur 13 % der Männer aus der Türkei und Ex-Jugoslawien, aber 26 % der Frauen dieser Gruppe an, sehr gut oder gut abgesichert zu sein (Frick et al. 2009:228). Die positivere Einschätzung von Frauen könnte darauf beruhen, dass sie in der Erwartung, über den Ehepartner finanziell abgesichert zu sein, ihre Situation im Alter zu positiv bewerten. Zudem dürften die Einschätzungen teilweise auf Unwissenheit beruhen.

Die Befunde deuten auch darauf hin, dass sich Berentete mit und ohne Migrationshintergrund über ihre Absicherung im Pflegefall häufig nicht im Klaren sind. Rund ein Fünftel der Einheimischen und ein Viertel der Migranten machen hierzu keine Angaben. 46 % der Personen ohne und 40 % der Personen mit Migrationshintergrund bewerten ihre finanzielle Absicherung bei Pflegebedürftigkeit als weniger gut oder schlecht. Mit Ausnahme von Befragten aus den weiteren westlichen und den nichtwestlichen Ländern, die ihre Situation im Pflegefall am seltensten negativ einschätzen, zeigen sich zwischen den einzelnen Gruppen nach Herkunft kaum Unterschiede. Nur 13 % der Personen ohne und 8 % der Personen mit Migrationshintergrund bewerten ihre finanzielle Situation im Pflegefall als sehr gut oder gut. Differenziert man wiederum nach Herkunft, dann schätzen nur 0,4 % der Migranten aus EU-Anwerbeländern und 6 % der Berenteten aus der Türkei und Ex-Jugoslawien ihre Lage bei Pflegebedürftigkeit positiv ein (siehe Tab. 6.15).

Hinsichtlich der subjektiven Einschätzung der finanziellen Absicherung gegen Risiken im Alter sind mehrere Sachverhalte auffällig: Erstens wird das System der sozialen Sicherung von Berenteten ohne und mit Migrationshintergrund ähnlich gut eingeschätzt. Zweitens scheinen die einzelnen Gruppen mit Migrationshintergrund, trotz ihrer teilweise deutlich schlechteren sozioökonomischen Lage, subjektiv nicht wesentlich unzufriedener mit ihrer finanziellen Absicherung gegen Risiken im Alter zu sein als die Berenteten ohne Migrationshintergrund. Eine mögliche Erklärung hierfür könnten, dem Konzept der relativen Deprivation zufolge, die unterschiedlichen Anspruchsniveaus und Vergleichsmaßstäbe sein. Drittens wird die finanzielle Absicherung bei Pflegebedürftigkeit von knapp der Hälfte aller Befragten als weniger gut oder schlecht beurteilt. Viertens zeigt sich, dass einzelne Bevölkerungsgruppen nur bedingt in der Lage sind, ihre Absicherung im Alter richtig einzuschätzen. Ursache hierfür dürfte neben einer möglichen Überschätzung der eigenen Absicherung auch Informationslücken über Möglichkeiten und Risiken der finanziellen Absicherung im Alter sein.

Tabelle 6.14: Bewertung der finanziellen Absicherung für das Alter von Berenteten nach Herkunft und Status

Tabelle 6.15: Bewertung der finanziellen Absicherung im Fall von Pflegebedürftigkeit von Berenteten nach Herkunft und Status

	Personen ohne Migrationshintergrund		Personen mit Migrationshintergrund							Gesamt	
	Gesamt		Spät-siedler aus Jugoslawien"	"Türkei/ Ehem. Jugoslawien"	"EU-Anwerbeländer"	Weitere westliche Länder	Weitere nicht-westliche Länder	Ausländische der	Eingebürgerte		"Gesamt mit Migrationshintergrund"
Tabelle 6.14											
Finanzielle Absicherung für das Alter (Tabelle 7.9)											
"Mittelwert (1 "sehr gut" bis 5 "schlecht")"	3,1		3,3	3,7	3,3	2,9	3,1	3,5	2,9	3,2	3,1
Anteil "sehr gut" oder "gut"	28,1		23,9	18,3	15,8	22,2	32,5	14,3	32,9	23,8	27,7
Anteil "befriedigend"	35,4		27,0	13,8	41,4	50,9	34,3	30,4	39,4	32,0	35,1
Anteil "weniger gut" oder "schlecht"	29,0		37,5	55,9	35,0	14,7	29,9	41,8	23,4	34,3	29,5
Anteil "weiß nicht" oder k.A.	7,5		11,5	12,1	7,8	12,2	3,3	13,6	4,2	9,8	7,7
Tabelle 6.15											
Finanzielle Absicherung bei Pflegebedürftigkeit											
"Mittelwert (1 "sehr gut" bis 5 "schlecht")"	3,6		3,8	3,8	4,1	3,2	3,6	3,8	3,4	3,7	3,6
Anteil "sehr gut" oder "gut"	13,3		9,7	6,1	0,4	13,3	5,6	5,0	10,0	8,4	12,8
Anteil "befriedigend"	22,3		22,7	20,9	16,5	35,8	28,7	20,7	34,1	25,7	22,6
Anteil "weniger gut" oder "schlecht"	46,3		46,4	42,7	46,4	31,3	33,3	42,2	31,1	40,3	45,7
Anteil "weiß nicht" oder k.A.	18,1		21,1	30,3	36,6	19,6	32,4	32,0	24,8	25,6	19,0

Quelle Tabelle 6.14: SOEP 2007; Frick et al. (2009: 227, 229, Tab. 72 und 74).

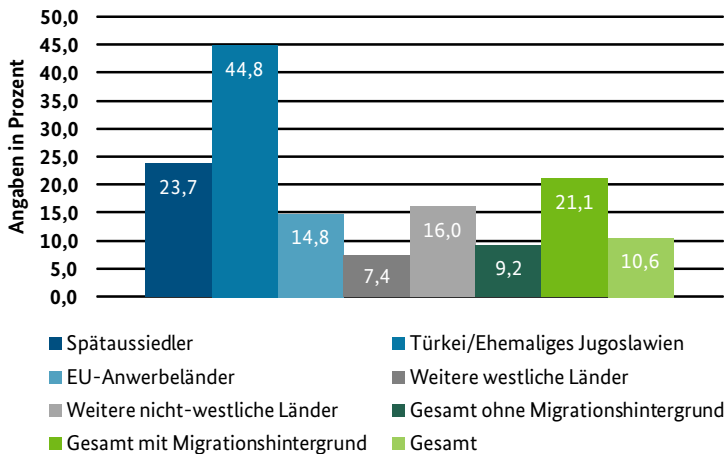
Quelle Tabelle 6.15: SOEP 2007; Frick et al. (2009:230, 231, Tab. 75 und 77).

6.4.6 Einkommensarmut

Zahlungen der GRV sind nach wie vor die Hauptquelle des Alterseinkommens. Hierbei zeigen die deskriptiven Analysen, dass hinsichtlich Ausmaß und Höhe von Rentenzahlungen zwischen Personen ohne und mit Migrationshintergrund deutliche Unterschiede bestehen. Auch nach Kontrolle wichtiger Faktoren wie Berufsabschluss und Erwerbsbiographie haben die deskriptiv festgestellten Unterschiede Bestand. Männer aus der Türkei und Ex-Jugoslawien, den EU-Anwerbeländern und bedingt auch Spätaussiedler weisen im Vergleich zu Männern ohne Migrationshintergrund deutlich niedrigere Renteneinkommen (pro Jahr) auf. Bei Spätaussiedlern und Zuwanderern aus den EU-Anwerbeländern ist das Renteneinkommen um 23 % bzw. 28 % niedriger als von einheimischen Berenteten. Migranten aus der Türkei und Ex-Jugoslawien beziehen sogar nicht einmal die Hälfte des Renteneinkommens von Personen ohne Migrationshintergrund (Frick et al. 2009:132).

Zwischen Frauen ohne und mit Migrationshintergrund liegen dagegen kaum Unterschiede in der Höhe des Rentenbezuges vor. Auch für Frauen zeigt sich, dass die (Aus)Bildung und die Erwerbsbiographie die wesentlichen Einflussfaktoren für die Höhe des individuellen Renteneinkommens sind. Gemeinsam ist beiden Frauengruppen, dass sie im Mittel ein ähnlich niedriges Erwerbseinkommen hatten und entsprechend geringe Rentenansparungen erworben haben (Frick et al. 2009:133).

Deutliche Unterschiede zwischen Berenteten ohne und mit Migrationshintergrund bestehen hinsichtlich des gesamten Haushaltseinkommens. Neben der Herkunft wirken qualifizierte Bildungs- und Berufsabschlüsse positiv auf die Höhe des Haushaltseinkommens, eine kürzere Aufenthaltsdauer dagegen negativ. Ein geringes Alterseinkommen und Haushaltseinkommen schlägt sich in relativer Einkommensarmut nieder. (Sie liegt vor, wenn das erzielte Einkommen weniger als 60 % des Median des Äquivalenzeinkommens beträgt). Personen mit Migrationshintergrund sind gut doppelt so häufig von Armut betroffen wie Personen ohne Migrationshintergrund (21 % zu 9 %). Differenziert man nach Herkunft, dann sind von allen Berenteten Personen in Haushalten aus der Türkei und Ex-Jugoslawien mit rund 45 % am häufigsten in einer prekären Einkommenssituation. Von den Spätaussiedlern sind fast 24 % von relativer Einkommensarmut betroffen, während der Anteil bei Berenteten aus den EU-Anwerbeländern und den weiteren nichtwestlichen Ländern nur 15 % bzw. 16 % beträgt. Mit einem Anteil von 7 % weisen Personen aus den weiteren westlichen Ländern die mit Abstand geringste Armutsbetroffenheit auf (siehe Abb. 6.2).

Abbildung 6.2: Relative Einkommensarmut von Berenteten nach Herkunft und Status

Quelle: SOEP 2007; Frick et al. (2009:135).

6.5 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Am 01.01.2003 trat das „Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ (GSiG) in Kraft. Dieses Sozialleistungsgesetz sieht für ältere Personen und Menschen mit einer dauerhaften Minderung der Erwerbsfähigkeit eine eigenständige soziale Leistung vor, welche den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt sicherstellt. Die Leistungen der Grundsicherung sollen dazu beitragen, die so genannte „verschämte Armut“ einzugrenzen. Vor allem ältere Menschen machen bestehende Sozialhilfeansprüche häufig nicht geltend, weil sie den Rückgriff auf ihre unterhaltsverpflichteten Kinder fürchten. Deshalb bleiben bei der Grundsicherung im Regelfall Unterhaltsansprüche gegenüber den Kindern und Eltern des Leistungsempfängers unberücksichtigt.

Mit dem Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch wurde neben dem Bundessozialhilfegesetz auch das Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung mit Wirkung vom 01.01.2005 als 4. Kapitel in das Sozialgesetzbuch (SGB) XII „Sozialhilfe“ integriert. Die Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung werden daher ab dem Jahr 2005 im Rahmen der Sozialhilfestatistik nachgewiesen. Seit 2006 erscheinen die Daten in der Fachserie 13 Reihe 2 des Statistischen Bundesamtes. Jeweils zum Jahresende wird eine Bestandserhebung (Totalerhebung) durchgeführt. Neben

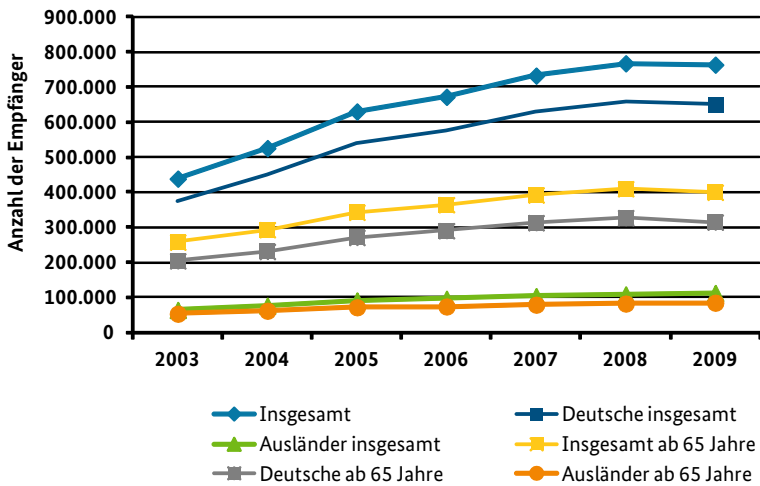
soziodemographischen Grunddaten (Geschlecht, Geburtsjahr, Staatsangehörigkeit) werden auch Angaben über Höhe und Dauer des Leistungsbezuges erhoben. Eine tiefergehende Differenzierung der Personen nach Staatsangehörigkeit ist jedoch nicht möglich, da nur zwischen deutsch und nicht-deutsch bzw. EU-Ausländern und sonstigen Ausländern unterschieden wird.

Ergänzend zu den Angaben der relativen Einkommensarmut anhand des SOEP werden nachfolgend Daten der Grundsicherungsstatistik vorgelegt. Grundsicherung im Alter stellt eine eigenständige soziale Leistung für Personen dar, welche den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt sicherstellt. Demnach reichen die Einkünfte der Leistungsbezieher nicht aus, um sich selbst zu versorgen.

Die Abbildung 6.3 zeigt, dass zwischen 2003 und 2008 die Zahl der Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung von 440.000 auf 769.000 gestiegen ist und im Jahr 2009 weiterhin auf hohem Niveau verharrt. Betrachtet man nur Empfänger von Grundsicherung im Alter, dann hat der Anstieg von 258.000 auf 400.000 etwas weniger stark zugenommen als der Anstieg insgesamt (55 % zu 74 %).

Unterscheidet man zwischen älteren Deutschen und Ausländern, dann zeigen sich relativ gleiche Entwicklungsverläufe: Für Deutsche liegt im ausgewiesenen Zeitraum eine Zunahme von 204.000 auf 315.000 um 54 % und für Ausländer von 54.000 auf 85.000 um 59 % vor. Von allen Personen 65 Jahre und älter waren zwischen 2003 und 2009 nahezu gleichbleibend 79 % Deutsche und 21 % Ausländer (siehe Tab. 6.16).

Abbildung 6.3: Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach Nationalität 2003-2009



Quelle: Statistisches Bundesamt 2011a.

Tabelle 6.16: Empfänger von Grundsicherung im Alter nach Nationalität 2003-2009

Jahr	Personen ab 65 Jahren und älter					
	Absolut			Prozent		
	Deutsche	Ausländer	Insgesamt	Deutsche	Ausländer	Insgesamt
2003	204.202	53.532	257.734	79,2	20,8	100,0
2004	231.055	62.082	293.137	78,8	21,2	100,0
2005	270.931	71.924	342.855	79,0	21,0	100,0
2006	290.288	74.247	364.535	79,6	20,4	100,0
2007	313.068	79.300	392.368	79,8	20,2	100,0
2008	327.497	82.461	409.958	79,9	20,1	100,0
2009	314.820	85.017	399.837	78,7	21,3	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt 2011a.

Unterscheidet man deutsche und ausländische Personen ab 65 Jahren und älter nach Geschlecht, dann zeigen sich für beide Personengruppen unterschiedliche Entwicklungen. Bei Deutschen nimmt der Anteil an Frauen im ausgewiesenen Zeitraum deutlich ab und der von Männern entsprechend zu: von 74 % auf 66 % bzw. von 26 % auf 34 %. Bei Ausländern bleiben die Anteile dagegen konstant (siehe Tabelle 6.17). Eine Erklärung hierfür liegt in der demographischen Entwicklung. Mehr Männer erreichen zunehmend ein höheres Alter, sodass auch der Anteil an männlichen Beziehern von Grundsicherung im Alter steigt. Gleichzeitig finden sich unter den Frauen überdurchschnittlich viele Hochaltrige. Unter diesem Personenkreis ist „verschämte Armut“ weit verbreitet, sodass bestehende Sozialhilfeansprüche nicht geltend gemacht werden. Bei Ausländern deuten die gleichgebliebenen Geschlechteranteile darauf hin, dass die verstärkte Erwerbsbeteiligung von Frauen bisher nicht zu einer Zunahme von Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter geführt hat. Allgemein ist davon auszugehen, dass der höhere Anteil von Frauen nicht nur demographisch bedingt ist, sondern auch mit dem Familienstand und der Haushaltsstruktur (höhere Anteile an Verwitweten und Alleinlebenden) zusammenhängt.

Tabelle 6.17: Empfänger von Grundsicherung im Alter nach Geschlecht und Nationalität 2003-2009

Jahr	Personen ab 65 Jahren und älter					
	Deutsche		Ausländer		Insgesamt	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
2003	26,1	73,9	40,1	59,9	29,0	71,0
2004	27,6	72,4	40,3	59,7	30,3	69,7
2005	29,7	70,3	41,2	58,8	32,1	67,9
2006	30,8	69,2	41,0	59,0	32,9	67,1
2007	31,3	68,7	40,0	60,0	33,1	66,9
2008	32,2	67,8	40,3	59,7	33,8	66,2
2009	33,7	66,3	40,3	59,7	35,1	64,9

Angaben in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2011a.

Von allen Deutschen 65 Jahre und älter haben im Jahr 2009 knapp 2 % Grundsicherung im Alter erhalten. Damit hat der Anteil seit 2003 leicht zugenommen. Bei gleichaltrigen Ausländern beträgt der Anteil seit 2004 relativ gleichbleibend rund 13 %. Der Anteil an ausländischen Beziehern von Grundsicherung im Alter ist damit etwa sechs Mal so hoch wie von Deutschen (siehe Tab. 6.18).

Tabelle 6.18: Empfänger von Grundsicherung im Alter nach Nationalität an der Bevölkerung 65 Jahre und älter 2003-2009

Jahr	Insgesamt 65+		Empfänger absolut		Empfänger in %	
	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer
2003	14.402.013	457.982	204.202	53.532	1,4	11,7
2004	14.874.996	492.455	231.055	62.082	1,6	12,6
2005	15.336.093	533.981	270.931	71.924	1,8	13,5
2006	15.730.439	568.850	290.288	74.247	1,8	13,1
2007	15.910.680	608.064	313.068	79.300	2,0	13,0
2008	16.090.556	638.457	327.497	82.461	2,0	12,9
2009	16.234.487	667.255	314.820	85.017	1,9	12,7

Angaben in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2011a und 2011b,
Daten der Bevölkerungsfortschreibung

6.6 Altersvorsorge

Derzeit sind in Deutschland relativ wenige Rentner arm. Im Jahr 2009 benötigten nur rund 2 % zusätzlich zum Ruhegeld Grundsicherung. Das wird voraussichtlich nicht so bleiben. In den letzten Jahren hat die Zahl älterer Menschen mit Hilfebedarf weiter zugenommen. Dieser Trend dürfte sich in Zukunft verstärken, weil geburtenstärkere Jahrgänge in den Ruhestand gehen. Zur demographischen Entwicklung kommen grundsätzliche Probleme hinzu: Die GRV sorgt nicht in jedem Fall für eine ausreichende Rente im Alter. Zum einen bewirken die Rentenreformen seit 2001 Rentenkürzungen, zum anderen führen diskontinuierliche Berufsverläufe aufgrund von Familienzeiten und Arbeitslosigkeit sowie der Zunahme atypischer Beschäftigung zu geringeren Rentenansprüchen (Riedmüller/Schmalreck 2011:19ff.). Vor diesem Hintergrund gewinnt die private Altersvorsorge an Gewicht. Elemente der privaten Vorsorge sind neben geförderten und nicht geförderten Rentenverträgen auch Lebensversicherungen und Immobilien. Vor allem die so genannte Riester-Rente soll die Versorgungslücke schließen, vor der die heute Beschäftigten wegen der geringeren gesetzlichen Rente im Alter möglicherweise stehen werden. Ziel der Riester-Rente ist es, Personen mit niedrigem Einkommen besonders zu fördern. Denn gerade sie tragen hinsichtlich möglicher Altersarmut ein doppeltes Risiko: Sie erhalten eine niedrigere Rente und können die Sicherungslücke durch Eigenvorsorge nicht schließen (Frommert/Himmelreicher 2010).

Eine Untersuchung zur Inanspruchnahme der Riester-Förderung auf der Grundlage von Befragungsdaten des SOEP kommt zu folgenden Ergebnissen (Geyer/Steiner 2009): Zwischen 2004 und 2007 ist der Anteil der Riester-Sparer an allen Personen in Deutschland zwischen 17 und 64 Jahren um mehr als zehn Prozentpunkte auf rund 19 % gestiegen. Unterscheidet man nach Geschlecht, dann haben Frauen häufiger als Männer einen Riester-Vertrag abgeschlossen (ca. 23 % zu 17 %). Erwartungsgemäß verfügen die jüngeren und mittleren Kohorten öfter über einen Riester-Vertrag als die älteren. Eine Unterscheidung nach dem Bildungsniveau zeigt, dass nur etwa ein Zehntel der Personen mit geringer Bildung 2007 über einen Riester-Vertrag verfügt. Tendenziell gilt: Je höher der Bildungsabschluss, desto höher der Anteil der Riester-Sparer. Zudem verfügen Personen in den höheren Einkommensklassen öfter über einen Riester-Vertrag als Personen mit einem geringeren Einkommen. Möglicherweise hat die Riester-Rente Personen im unteren Einkommensbereich lediglich dazu bewogen, ihre Ersparnisse umzuschichten: von nicht-subventionierten Anlageformen in subventionierte Riester-Verträge (Corneo et al. 2009).

Die sich abzeichnende Rentenlücke wird die rund 2,5 Mio. Menschen mit türkischem Migrationshintergrund aufgrund von geringen Beitragszahlungen und Ausfallzeiten härter treffen als die Bevölkerung insgesamt. Hinweise auf die Verteilung und Inanspruchnahme der privaten Altersvorsorge durch die türkeistämmige Bevölkerung gibt eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Altersvorsorge (DIA). Die mittels einer Telefonumfrage im Jahr 2010 geführten rund 1.000 Interviews mit Personen ab 18 Jahren zeigen, dass sich Türkeistämmige mit dem Thema Altersvorsorge nicht weniger beschäftigen als die Gesamtbevölkerung (Sauer/Halm 2010). Das vergleichsweise geringere Sparpotenzial, nur die Hälfte spart gegenüber drei Viertel in der Gesamtbevölkerung, wirkt sich jedoch negativ auf die Vorsorge aus. Gründe hierfür sind das niedrigere Bildungsniveau und weniger qualifizierte Arbeitsplätze, was sich in einem geringeren Haushaltsnettoeinkommen niederschlägt. Die Befragten schätzen daher ihre Möglichkeiten, für den Lebensabend ausreichend vorsorgen zu können, ganz überwiegend als gering ein. 85 % der Türkischstämmigen glauben, dass der Lebensstandard durch die gesetzliche Rente nicht oder nur mit Einschränkungen aufrechterhalten werden kann. Der Befragung zufolge besitzen aber nur rund 8 % eine Riester-Rente, jedoch 25 % der Gesamtbevölkerung. Über die Hälfte der türkischstämmigen Befragten hoffen, die Rentenlücke durch günstigere Lebenshaltungskosten in der Türkei schließen zu können. Etwa 20 % der über 60-Jährigen möchte im Alter in der Türkei leben. Wie auch in anderen Studien zeigt sich erneut,

dass ein Teil der Befragten nur über unzureichende Kenntnisse sowohl bezüglich der gesetzlichen Rente als auch hinsichtlich der privaten Altersvorsorge verfügt.

6.7 Zusammenfassung und Ausblick

Neben der Flussgröße „Einkommen“ stellt die Bestandsgröße „Vermögen“ eine zentrale Ressource der Wohlfahrtsposition eines Individuums in der Gesellschaft dar. Analysen zur Vermögensbildung betonen die Bedeutung von Bildung, Arbeitsmarktintegration und Einkommenssituation als prägende Faktoren. Bestehende sozialstrukturelle Unterschiede im Bildungsbereich, beim Arbeitsmarkterfolg und in der Einkommenshöhe spiegeln sich auch in der Vermögenssituation der Bevölkerung wider. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung der privaten Altersvorsorge als Folge der Rentenreformen kommt der Analyse des individuellen Vermögens zunehmende Bedeutung zu. Noch ist das Risiko relativer Einkommensarmut in der derzeitigen Rentnerpopulation eher unterdurchschnittlich. Aufgrund von atypischen Beschäftigungen und arbeitslosigkeitsbedingten Erwerbsunterbrechungen ist für künftige Rentner aber eine Zunahme des Altersarmutsrisikos nicht auszuschließen (Frick et al. 2010:171). Frauen könnten aufgrund von erwerbs- und familienbedingten Risiken von Altersarmut besonders betroffen sein (Riedmüller/Schmalreck 2011:26).

Personen mit Migrationshintergrund weisen ein im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung rund ein Fünftel geringeres Vermögen auf. Die beobachteten Unterschiede finden sich auch bei den Rentenanwartschaften, da Personen ohne und mit Migrationshintergrund nach Arbeitsmarktbeziehung und Entlohnung differieren. Die Befunde weisen darauf hin, dass Migranten größere Probleme mit der finanziellen Absicherung im Alter haben als Personen ohne Migrationshintergrund. Aufgrund ihrer geringeren Qualifikation und ungünstigeren Stellung am Arbeitsmarkt sind die Haushaltseinkommen von Migranten niedriger als von Einheimischen. Trotz häufig längerer Erwerbszeiten von Migranten führen um rund ein Zehntel niedrigere Erwerbseinkommen, seltenere Vollzeitberufstätigkeit und längere Zeiten in Arbeitslosigkeit zu geringeren Renten und weniger Vermögen.

Alle Indikatoren verweisen im Hinblick auf die sozioökonomische Lage älterer Migranten zudem auf große Unterschiede zwischen den verschiedenen Migrantengruppen. Ausgeprägte Unterschiede liegen sowohl nach dem Herkunftsland als auch nach dem rechtlichen Status (Spätaussiedler,

Ausländer und Eingebürgerte) vor. Vor allem Personen aus der Türkei und Ex-Jugoslawien stellen hinsichtlich der Alterssicherung eine Problemgruppe dar. Frauen aus diesen Herkunftsregionen weisen in ihrer Erwerbsbiographie lange Phasen der Nichterwerbstätigkeit auf, sodass sie häufig sehr niedrige oder gar keine Renten erhalten. Trotz langer Zeiten der Erwerbstätigkeit stellen mitunter auch Spätaussiedler eine sozialpolitische Problemgruppe dar. Vielfach konnten sie ihre Berufserfahrungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt nur bedingt umsetzen und für ihre Alterssicherung nicht ausreichend vorsorgen. Für die niedrigen Renten und das geringe Vermögen von Spätaussiedlern scheinen teilweise eine geringe Aufenthaltsdauer und ein höheres Einwanderungsalter ursächlich zu sein.

Dagegen besitzen Migranten aus sonstigen westlichen und nichtwestlichen Ländern im Durchschnitt ein relativ hohes Haushaltseinkommen und Vermögen. Insbesondere Personen aus sonstigen westlichen Ländern scheinen in finanzieller Hinsicht positiv selektiert zu sein, da sie als Berentete über hohe Vermögen verfügen. Nach Migrationsstatus differenziert weisen berentete Ausländer die deutlich niedrigsten Einkommen und Vermögen auf, sodass sie im Alter nur eingeschränkt finanziell abgesichert sind. Im Gegensatz dazu verfügen eingebürgerte Migranten über das größte finanzielle Potenzial für die Alterssicherung. Vor dem Hintergrund einer günstigen Qualifikationsstruktur verfügen sie über überdurchschnittliche Renteneinkommen und Vermögen.

Trotz der finanziellen Unterschiede gilt die Rente aber als wichtigste Quelle des Lebensunterhalts für alle Gruppen von Älteren. Geringe Renten sind jedoch vielfach der Grund, warum bestimmte Migrantengruppen stärker und dauerhaft in die Abhängigkeit von Transferleistungen geraten (Baykara-Krumme/Hoff 206:468). Die Grundsicherung im Alter, welche die Armut von Personen über 64 Jahre eingrenzen soll, wird vergleichsweise häufiger von Ausländern als von Deutschen beansprucht. Der Anteil unter Ausländern liegt mit 13 % deutlich höher als unter Deutschen mit 2 %. Über alle Migrantengruppen hinweg stellen Frauen in allen Altersklassen eine besondere Problemgruppe dar, die aufgrund ihrer spezifischen Erwerbsbiographie und ihres Familienstandes (geschieden, verwitwet) im Alter in Armut geraten können (Frick et al: 2009:46).

Die Analyse der subjektiven Wahrnehmung der sozialen Sicherungssysteme hat zudem gezeigt, dass sich Migranten im Alter eher schlecht abgesichert fühlen und sie im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund mit der finanziellen Situation im Ruhestand unzufriedener sind. Gleichwohl schätzen sie ihre Lage subjektiv aber besser ein, als dies aufgrund der objektiven Situation zu erwarten gewesen wäre. Mögliche Unkenntnis über ihre finanzielle Absicherung im Alter signalisiert einen anhaltenden Bedarf an Informationsangeboten über die Alterssicherung. Den vorliegenden Befunden zufolge ist die sozioökonomische Situation von älteren Migranten häufig vergleichsweise schlecht und erklärt sich aus ihrer Migrationsgeschichte und Erwerbsbiographie. Vor diesem Hintergrund kommen Armutsrisiken und soziale Ausgrenzung im Alter verstärkt in den Blick. Bisher sind ältere Migranten noch eine relativ kleine Gruppe unter allen älteren Menschen. Vor dem Hintergrund eines künftig steigenden Anteils gewinnt die Frage nach der Alterssicherung älterer Migranten und ihrer sozioökonomischen Lage im Alter aber an Gewicht. Inwieweit zukünftig Migranten im Alter in einer besseren finanziellen Situation sind als die heutigen Rentner mit Migrationshintergrund hängt von vielen Faktoren ab. Besondere Bedeutung kommt einer Verbesserung der Arbeitsmarktpartizipation zu. Grundlage einer Zunahme der Erwerbsbeteiligung und einer entsprechenden beruflichen Stellung sind eine qualifizierte schulische Bildung und berufliche Ausbildung. Die Ergebnisse zeigen, dass insbesondere das Humankapital die Einkommensunterschiede auch im Alter zwischen Personen ohne und mit Migrationshintergrund sowie zwischen einzelnen Migrantengruppen fast vollständig erklärt (Frick et al. 2009:145).

7 Gesundheitssituation

7.1 Vorbemerkungen

Der Gesundheitszustand eines Menschen bestimmt wesentlich seine Möglichkeiten der Lebensgestaltung und seine Lebensqualität. Mit zunehmendem Alter nehmen die Erkrankungs Wahrscheinlichkeit, die Häufigkeit physischer und psychischer Beeinträchtigungen und damit auch der Hilfebedarf in der alltäglichen Lebensführung zu (Zeman 2005:35). Migranten wiesen bisher eine deutlich jüngere Altersstruktur auf als die einheimische Bevölkerung, sodass nur relativ wenige Erkrankungs-, Pflege- und Sterbefälle beobachtet wurden. Allerdings ist die Zahl ausländischer Personen, die älter als 65 Jahre sind, zwischen 1990 und 2010 von 146.000 auf 703.000 um fast das Fünffache gestiegen. Damit hat sich der Anteil der Älteren unter den Ausländern von 3 % auf rund 9 % erhöht. Auch für Personen mit Migrationshintergrund ist eine zunehmende Alterung festzustellen. Die Zahl an Älteren erhöhte sich zwischen 2005 und 2010 von rund 1,2 Mio. auf 1,5 Mio. Damit stieg der Anteil von 7,8 % auf über 9 % an allen Personen mit Migrationshintergrund. Dieser Trend wird sich bei gegebener demographischer Entwicklung fortsetzen, sodass verstärkt auch ältere Migranten von Erkrankungen und Pflegebedürftigkeit betroffen sein werden. Sozial-, Gesundheits- und Altenhilfeplanungen müssen ältere Migranten als Nutzer der Sozialsysteme zunehmend berücksichtigen (Habermann et al. 2009:2). Kenntnisse des Gesundheits- bzw. Krankheitszustandes und der Sterblichkeit dieser Bevölkerungsgruppe werden somit immer wichtiger (Kohls 2009:153; 2011:17).

Nachfolgend werden Datenlage und Ergebnisse zur Gesundheitssituation älterer Migranten dargestellt und die speziellen gesundheitlichen Bedingungen, Risiken und Bedürfnisse dieser Bevölkerungsgruppe aufgezeigt. Im Anschluss an die Skizzierung des Forschungsrahmens (Kapitel 7.2) folgen insbesondere auf der Grundlage der Studien von Pohl (2010), Kohls (2011) und des Robert Koch Instituts (RKI 2008) Ausführungen zu Gesundheitszustand (Kapitel 7.3), Gesundheitsversorgung (Kapitel 7.4), Sterblichkeit (Kapitel 7.5) und Pflegebedürftigkeit (Kapitel 7.6). Zusammenfassung und Ausblick (Kapitel 7.7) beschließen das Kapitel.

7.2 Forschungsrahmen

7.2.1 Relevanz des Themas

Es wird angenommen, dass ein Migrationshintergrund Einfluss auf die Gesundheit der Betroffenen hat. Zum einen kann er sich auf das Risiko auswirken, zu erkranken. Zum anderen kann er die Chance beeinträchtigen, eine adäquate Behandlung zu erhalten. Menschen mit Migrationshintergrund verfügen aber auch über gesundheitliche und soziale Ressourcen, die sich positiv auf den Gesundheitszustand auswirken können (RKI 2008:7). Die Relevanz des Themas „Migration und Gesundheit“ resultiert nicht nur aus der vermuteten Vulnerabilität (Anfälligkeit gegenüber Krankheiten) von Menschen mit Migrationshintergrund. Sie beruht auch auf der Zunahme an älteren Migranten. Ehemalige Arbeitsmigranten, deren Familienangehörige und andere Gruppen von Zuwanderern bleiben nach Abschluss ihres Erwerbslebens zunehmend in Deutschland. Ein Grund hierfür ist auch, bei Bedarf die hiesige Gesundheitsversorgung in Anspruch nehmen zu können.

Schließlich ist eine Auseinandersetzung mit der Gesundheitssituation von älteren Migranten nicht nur deshalb wichtig, weil die erste Generation von Migranten längst ein höheres Alter aufweist, sondern auch, weil Forschungsergebnisse zeigen, dass Migranten häufig „früher“ altern. Aufgrund ihrer Biographie und ihrer oft im Vergleich zu Deutschen schlechteren Arbeits- und Lebensbedingungen setzen Alterungsprozesse bzw. demenzielle Erkrankungen bei Migranten etwa fünf bis zehn Jahre früher ein als bei der deutschen Bevölkerung (Kuratorium Deutsche Altershilfe 2007). Vor diesem Hintergrund beschäftigen sich die Ausführungen mit zentralen Fragen der Gesundheit von älteren Migranten: Worin besteht ihre besondere Gesundheitssituation? Sind sie höheren gesundheitlichen Risiken ausgesetzt? Leiden sie an anderen Krankheiten? Haben sie aufgrund sprachlicher und kultureller Barrieren einen erschwerten oder „anderen“ Zugang zu Gesundheitsversorgung und Pflege? Und welche Zusammenhänge bestehen zwischen Migration und Sterblichkeit?

7.2.2 Begriffsbestimmungen

Die Begriffe Alter(n) und Gesundheit haben im Zuge des demographischen Wandels und der Zunahme an älteren Menschen eine stärkere positive Akzentuierung erfahren. Gleichzeitig wird die medizinische Perspektive durch soziale Sichtweisen ergänzt.

Der Prozess des Alterns ist vom Lebensabschnitt Alter zu unterscheiden. Altern bezieht sich auf individuelle Veränderungsprozesse über die Lebensspanne, während Alter einen Abschnitt im Lebenslauf meint (Tesch-Römer/Wurm 2009:8). Das chronologische oder kalendarische Alter gibt das Alter eines Menschen seit Geburt in Jahren an. Das Alter ist aber nicht nur mit der Lebenszeit in Jahren gleichzusetzen. Die Altersforschung (Gerontologie) unterscheidet daher zwischen biologisch-physiologischem, psychologischem und sozialem Alter (RKI 2008:95). Im Alltag werden diese drei Konzepte des Alters häufig aufeinander bezogen und miteinander vermischt.

Das biologisch-physiologische Alter ist vor allem durch die zunehmende Anfälligkeit für Krankheiten und den Verlust körperlicher Funktionen gekennzeichnet. Diese Veränderungen prägen generell das Altern, sind aber bei jedem Menschen unterschiedlich. Sie sind von genetischen Faktoren ebenso abhängig wie vom individuellen Lebensverlauf. Das psychologische Alter stellt die geistigen Funktionen des Menschen in den Vordergrund. Im Lebensverlauf treten zwar Verluste in der Geschwindigkeit der Informationsverarbeitung und der Merkfähigkeit auf, gleichzeitig helfen aber bisherige Lebenserfahrungen, Herausforderungen im Alter trotz Einschränkungen zu bewältigen. Das soziale Alter wird durch gesellschaftliche Rollen bestimmt. Altern wird als Abfolge von Lebensphasen verstanden, die typischerweise an physisch definierten Merkmalen festgemacht werden. Das fortgeschrittene Alter ist wesentlich durch den Austritt aus dem Erwerbsleben und den Eintritt in den Ruhestand gekennzeichnet. Diese grundlegend neue Situation birgt sowohl die Gefahr der sozialen Isolation als auch die Chance, sich neuen Interessen zu widmen und neue Aufgaben zu übernehmen.

Aus biomedizinischer Perspektive ist das Altern ein lebenslanger bio-psychosozialer Prozess, der mit der Geburt beginnt und mit dem Tod endet. Er stellt einen biologischen Abbauprozess dar, der mit physischen und psychosozialen Defiziten, wie Funktionseinschränkungen von Organen und körperlichen Alterungsprozessen, einhergeht. Älterwerden ist jedoch nicht ausschließlich gleichbedeutend mit Abbau und Verlust. Aus psychologischer bzw. sozialgerontologischer Sicht wird der Alterungsprozess als ein Vorgang definiert, in welchem der alternde Mensch weiter reift und sich durch Umstrukturierung an Veränderungen anpasst. In der modernen Gesellschaft geht dem „abhängigen Alter“ eine mehr oder minder lange Phase des „autonomen Alters“ voraus (von Kondratowitz 2009:262ff.).

Wie der Begriff des Alter(n)s, so hat sich in den vergangenen Jahren auch der Gesundheitsbegriff deutlich gewandelt. Bis Mitte des 20. Jahrhunderts wurde Gesundheit als „Abwesenheit von Krankheit“ definiert, heute wird Gesundheit als positiver Zustand beschrieben. Laut Definition der World Health Organization (WHO) von 1948 ist Gesundheit ein Zustand vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht allein das Fehlen von Krankheit oder Gebrechlichkeit. Die Gesundheitswissenschaften formulieren Gesundheit als Zustand des objektiven und subjektiven Wohlbefindens. Wohlbefinden ist dann gegeben, wenn eine Person sich in den physischen, psychischen und sozialen Bereichen in Einklang mit den eigenen Möglichkeiten und Zielvorstellungen sowie den gegebenen äußeren Lebensbedingungen befindet.

„Gesundes Altern“ bezieht sich auf den Prozess der Optimierung der physischen, psychischen und sozialen Gesundheit älterer Menschen, um diese in die Lage zu versetzen, eine aktive Rolle in der Gesellschaft ohne Benachteiligungen zu spielen und eine gute Lebensqualität bei hoher Selbstständigkeit zu genießen (Swedish National Institute of Public Health 2006:16).

7.2.3 Migration als Risikofaktor

Das Alter wird von biologischen, psychischen, sozioökonomischen und ökologischen Faktoren beeinflusst, weshalb „Wohlbefinden“ bzw. eine gelungene Lebensgestaltung im Alter von ausreichenden Ressourcen abhängig ist. Zu allgemeinen Problemlagen des Alters wie Renten- und Wohnprobleme, Verschlechterung der Gesundheit und Vereinsamung kommen bei älteren Migranten noch migrationspezifische Aspekte des Alterns hinzu. Özcan/Seifert (2006:20) betonen daher, dass die Lebenslage älter Migranten durch die „Gleichzeitigkeit von migrationspezifischen und alterstypischen Belastungsfaktoren“ gekennzeichnet ist.

Das Altern von Migranten ist nicht nur sozial geprägt, sondern auch kulturell und durch (eigene) Migrationserfahrungen beeinflusst. Das Merkmal „Migration“ bedeutet nicht zwangsläufig „Krankheit“. Migration kann aber das Risiko, im Alter zu erkranken, beeinflussen. Die heutige Lebenssituation und gesundheitliche Verfassung älterer Migranten muss daher auch im Kontext ihrer spezifischen Migrationsbedingungen verstanden werden. Die Tätigkeiten auf Arbeitsplätzen in den unteren Segmenten des Arbeitsmarktes waren mit niedriger Entlohnung, einem hohen Arbeitslosigkeitsrisiko und gesundheitlichen Belastungen verbunden. Diskontinuierliche

Erwerbsbiographien und Versicherungsverläufe haben ein geringes Rentenniveau zur Folge. Die prekäre Beschäftigungssituation schlägt sich in der sozialen Lage und einem erhöhten Armutsrisiko nieder (Habermann/Schenk 2010a).

Kennzeichnend ist zudem, dass die Wohnverhältnisse vielfach beengt sind und die Qualität des Wohnumfeldes geringer ist. Hinzu kommen nicht selten psychische Belastungen infolge der Migration und damit verbundener Folgen im Aufnahmeland. Ältere Migranten verfügen seltener über einen hohen und häufiger über gar keinen Schulabschluss. Fehlende oder unzureichende Deutschkenntnisse und Informationsdefizite seitens der Migranten sowie mangelnde interkulturelle Kompetenz der Fachkräfte in sozialen Diensten und gesundheitlichen Einrichtungen erschweren die Inanspruchnahme (sozial)medizinischer Leistungen und tragen zur Fehl- und Unterversorgung bei. Schließlich sind bei älteren Migranten bestimmte risikobehaftete Gewohnheiten und Verhaltensweisen stärker verbreitet. Aufgrund der Kumulation verschiedener verhältnis- und verhaltensbedingter Risikofaktoren stellen ältere Migranten eine besonders vulnerable Gruppe dar, deren Chancen für ein gesundes Altern vielfach erheblich beeinträchtigt sind. Im Vergleich zu älteren Einheimischen sind ältere Migranten häufiger von sozialen Benachteiligungen und schwierigen Lebensumständen betroffen, die mit gesundheitlichen Einschränkungen einhergehen (Olbermann 2011:22). Zusammenfassend betonen daher Menning/Hoffmann (2009:31): „Nicht die Migration selbst macht krank, sondern es sind vielmehr die Gründe und Umstände einer Migration sowie die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, die zu einem schlechteren Gesundheitszustand führen können.“

7.2.4 Forschungsstand und Datenlage

7.2.4.1 Forschungsstand

Bereits Anfang der 1990er Jahre betonte Dietzel-Papakyriakou (1993) in ihrer Studie im Rahmen des Ersten Altenberichtes der Bundesregierung, dass eine immer größer werdende Zahl von Ausländern im Rentenalter in der Bundesrepublik Deutschland verbleibt. Dabei ist auch ihre Lebensqualität im Alter von der sozialen Lage und dem subjektiven Wohlbefinden abhängig. Neben den materiellen Ressourcen und Fragen des familiären Wandels wurde auch die „gesundheitliche Situation alter Arbeitsmigranten“ thematisiert. In der Folgezeit wurde zwar dem Zusammenhang „Migration und Gesundheit“ vermehrt Aufmerksamkeit zuteil, die gesundheitliche Lage älterer Migranten kam jedoch nur nachrangig in den Blick.

Erst vor dem Hintergrund einer steigenden Inanspruchnahme von Versorgungs- und Pflegeleistungen geriet diese Bevölkerungsgruppe verstärkt in den Fokus von Altenhilfe und Forschung. Konzepte der interkulturellen Öffnung sowie einer kultursensiblen Medizin und Pflege wurden diskutiert und Fragen der seelischen Gesundheit von Migranten gewannen an Gewicht.

Anfang der 2000er Jahre fand die Thematik auch Eingang in die Altenberichte der Bundesregierung. Vor allem der Fünfte Altenbericht der Bundesregierung (2006) fasst sich explizit mit der „Lebenssituation und Gesundheit älterer Migranten in Deutschland“. Zu erwähnen sind auch die Studie von Zeman (2005) und der „Zweite Alterssurvey“ (Baykara-Krumme/Hoff 2006). Beide Publikationen enthalten gesonderte Ausführungen zur „gesundheitlichen Lage“. Ein eigenes Kapitel zur „Gesundheitssituation älterer Migranten“ enthält auch der Bericht „Migration und Gesundheit“ des RKI (2008). Einen Überblick geben zudem Menning/Hoffmann (2009). Darüber hinaus sind in den letzten Jahren einige einschlägige Aufsätze erschienen (z. B. Schenk 2008). Einen umfassenden Bericht zu „Gesundheit und Krankheit im Alter“ haben zuletzt Böhm et al. (2009) vorgelegt. Allerdings wird auf ältere Migranten nicht gesondert eingegangen.

Die gesundheitliche Situation von Menschen mit Migrationshintergrund ist auch Thema des Achten Berichts über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland (Beauftragte 2010a). Allerdings wird auch hier auf ältere Migranten nur indirekt eingegangen. Im Rahmen eines Lehrprojektes befasst sich eine Studiengruppe an der Universität Bielefeld in ihrem Bericht mit der „Gesundheit älterer Migranten in Deutschland“ (Yilmaz-Aslan et al. 2010, zitiert als UB 2010). Angesprochen werden spezifische Bedingungen der Gesundheit, die Themen Versorgung, Morbidität und Mortalität sowie der Komplex Pflege, eine tiefer gehende Bearbeitung erfolgt jedoch nicht. In übergreifender Perspektive erfährt verstärkte Aufmerksamkeit zudem eine migrationsensible Datenerhebung im Bereich der Gesundheits- und Pflegeberichterstattung (Beauftragte 2010b).

7.2.4.2 Datenlage

Im Allgemeinen basiert die Gesundheitsberichterstattung auf Datenquellen, die oft keine oder nur unzureichende Informationen zum Migrationshintergrund enthalten oder bestimmte Gruppen von Personen mit Migrationshintergrund nicht einschließen. Für eine differenzierte Analyse der Gesundheitssituation älterer Migranten fehlte bisher die Datenbasis (Habermann/Schenk 2010a). Zahlreiche Einzelbefunde belegen aber

höhere Gesundheitsgefährdungen und Krankheitsrisiken im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung. Trotz anfänglich besserer gesundheitlicher Voraussetzungen sind ein höherer Krankenstand, eine höhere Rate an Unfallverletzten und Berufskrankheiten sowie ein höherer Grad an Beeinträchtigungen im Alltag Folge von gesundheitsbelastenden Arbeitsbedingungen. Gleichzeitig verstärken Risikofaktoren wie Rauchen und Übergewicht sowie ein allgemein ungünstigeres Gesundheitsverhalten die Krankheitsgefahren.

Die Zunahme an älteren Migranten stellt nicht nur neue Herausforderungen an die gesundheitliche, sondern auch an die pflegerische Versorgung dieser Bevölkerungsgruppe. Pflegebezogene Datenquellen weisen jedoch Migranten in der pflegerischen Versorgung weder als Klienten und Pflegebedürftige noch als Dienstleistungsanbieter aus (Habermann et al. 2009). Dies ist insofern problematisch, da auch hier Studien Hinweise auf eine defizitäre Pflegeversorgung von Migranten erbracht haben. Aufgrund der unzureichenden Datenlage werden Informationen zur Wirksamkeit von Konzepten zur interkulturellen Öffnung und zur migrationssensiblen Versorgung in der Pflege bisher nur in Einzeluntersuchungen beleuchtet.

Um ein adäquates Bild vom Gesundheitszustand älterer Migranten, ihrem Gesundheitsverhalten, der Verbreitung von Risikofaktoren und der Inanspruchnahme von Leistungen zeichnen zu können, wären vielfach spezifischere Daten sowie eine genauere Erhebung des Migrationsstatus nötig. Wie das RKI (2008:9) ausführt, sind

„Menschen mit Migrationshintergrund (...) keine einheitliche und leicht zu definierende Gruppe. Sie kommen aus verschiedenen Herkunftsländern oder sind bereits in Deutschland zur Welt gekommen, entstammen aber einer zugewanderten Familie. Diejenigen, die selbst migriert sind, hatten ganz unterschiedliche Motive für die Migration. Schließlich unterscheiden sich Menschen mit Migrationshintergrund auch noch hinsichtlich ihres Rechtsstatus und damit ihrer Repräsentanz in amtlichen und sonstigen gesundheitsbezogenen Statistiken.“

Auch Knipper/Bilgin (2009:5) betonen, dass Migranten keine homogene Gruppe darstellen. Dementsprechend unterschiedlich können der gesundheitliche Zustand sowie die Erwartungen und Bedürfnisse an das Gesundheitssystem sein.

Daten zur Gesundheitssituation von Migranten finden sich vor allem in der amtlichen Statistik, in der Sozial- und Gesundheitsberichterstattung sowie in empirischen Querschnitt- und Längsschnitterhebungen wie Mikrozensus (MZ) und Sozio-oekonomisches Panel (SOEP). Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Einzelstudien (vgl. RKI 2008:25ff. und Kohls 2011:103ff.). Die Datenquellen stellen weitgehend repräsentative und regelmäßig erhobene Informationen zum Gesundheits- und Migrationsstatus der Bevölkerung oder einzelner Teilgruppen bereit. Dadurch ist die Beobachtung von Veränderungen über die Zeit im Sinne eines fortlaufenden Monitoring möglich. Wie die vom RKI (2008:26f.) vorgelegte Übersicht vorliegender Datenquellen allerdings zeigt, unterscheiden die meisten Datenquellen die Bevölkerung nach dem Migrationshintergrund entweder nicht oder nur grob, indem lediglich zwischen Deutschen und Ausländern bzw. nach der Staatsangehörigkeit differenziert wird. Detaillierte Angaben zum Migrationshintergrund werden bisher nur im MZ und im SOEP erhoben.

Habermann et al. (2009) und Habermann/Schenk (2010b) haben eine Bestandsaufnahme von Statistiken auf Bundes- und Landesebene mit hoher Relevanz für eine allgemeine Gesundheitsberichterstattung hinsichtlich ihrer Migrationssensitivität vorgenommen. Wie die nachfolgende Übersicht 7.1 zeigt, bilden nur wenige Quellen den Migrationshintergrund ab. In einigen Statistiken, die höchst relevant für die Optimierung der Gesundheits- und Pflegeversorgung von Menschen mit Migrationshintergrund sind, wie z. B. die Krankenhausstatistik, werden keine Migrationsmerkmale erhoben. Ein vergleichbares Bild zeigt sich, wenn nur pflegebezogene Datenquellen untersucht werden. Zentrale Konsequenz der eingeschränkten Datenerfassung ist, dass nicht repräsentativ festgestellt werden kann, ob Menschen mit Migrationshintergrund häufiger an bestimmten gesundheitlichen Problemen leiden, als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Weiterhin können ambulante und stationäre Versorgungsleistungen nicht eingehend beurteilt werden.

Übersicht 7.1: Migrationsstatus in Datenquellen der Gesundheitsberichterstattung

Quelle	Datenhalter	Gesetzliche Grundlage	Gesundheitliche Indikatoren	Migrationsmerkmale	Wohnbezogene Merkmale
Einwohnermelderegister	Statistische Landesämter	AZR-Gesetz	-	Staatsangehörigkeit, Name	Adresse
Geburtenregister	Statistische Landesämter	Gesetz über Bevölkerungsbewegungen	-	Staatsangehörigkeit	Kommune
Mikrozensus	Statistische Landesämter	MZG 2005	Alle 5 Jahre: Rauchverhalten, Gewichtsstatus, gesundheitliche Lage	Staatsangehörigkeit, Einbürgerung, Name, Geburtsland	Kommune
Mortalitätsstatistik	Statistische Landesämter	Gesetz über Bevölkerungsbewegungen	Mutter	deutsch/nicht-deutsch	Adresse
Krankenhausstatistik	Statistische Landesämter	KHStatV	Krankheit	-	Postleitzahl
Statistik der meldepflichtigen Krankheiten	Robert-Koch-Institut,	IfSG	Krankheit	deutsch/nicht-deutsch	Adresse
Krebsregister	Krebsregister der Länder	KRG	Krankheit, Mortalität	Name z.T. Migrationsstatus	Adresse
Renten- und Rehabilitationsstatistik	Bundesversicherungsanstalten	-	Krankheit	Staatsangehörigkeit	Adresse
SOEP	Deutsches Institut für Wirtschaftspragen (DIW) Berlin	-	Rauchverhalten, Gewichtsstatus, Pflegebedürftigkeit, gesundheitl. Lage, gesundheitl. Verhalten, Krankenversicherung	Staatsangehörigkeit, Migrationsstatus, Name, Geburtsland, Krankenversicherung	Adresse
Telefonisches Bundesgesundheitsurvey	Robert-Koch-Institut	-	Krankheit, Rauchverhalten, Gewichtsstatus, Pflegebedürftigkeit, gesundheitliche Lage, Krankenversicherung, gesundheitliche Versorgung	Staatsangehörigkeit, vorherige Staatsangehörigkeit, Geburtsland	Landesebene

Quelle: Habermann et al. (2009:2) und Habermann/Schenk (2010b:85).

Auch in den Daten der Gesundheitsberufe wird der Migrationshintergrund weitgehend nicht erfasst. Lediglich in der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird zwischen deutschen und nicht-deutschen Beschäftigten unterschieden (Deerst et al. 2006). Gleiches gilt für die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV), die im Bundesärztereister auch ausländische Ärztinnen und Ärzte nach der Staatsangehörigkeit ausweist (RKI 2008:113). Aussagen zu Pflegekräften mit Migrationshintergrund sind nur auf Grundlage regionaler Erhebungen möglich (Friebe 2006). Damit kann die Frage nicht umfassend beantwortet werden, inwieweit die bildungspolitischen Bemühungen zur Einmündung von Migranten in Gesundheits- und Pflegeberufen erfolgreich waren. Aus regionalen Studien ist allerdings bekannt, dass vor allem Hilfskräfte in der ambulanten und stationären Altenpflege über einen Migrationshintergrund verfügen. Interkulturalität und damit verbundene Hierarchien im Altenpflege-sektor sind bislang nicht gezielt als relevante Dimension der Qualitätssicherung in der Versorgungsplanung berücksichtigt worden. Gleiches gilt für die Sprachkompetenzen von Pflegetätigen. Versorgungspolitisch wäre aber zu prüfen, ob interkulturelle Verständigungsprobleme nicht auch als Interaktion zwischen inländischen Pflegebedürftigen und zugewanderten Pflegekräften mit begrenzten Sprachvermögen zu begreifen sind. Mit der Öffnung der Europäischen Union (EU) für grenzüberschreitende Dienstleistungen auch im Pflegesektor dürfte diese Problematik weiter an Bedeutung gewinnen (Habermann et al. 2009:4).

7.3 Gesundheitszustand

Zu Beginn der 1990er Jahre stellte Dietzel-Papakyriakou (1993:53) fest, dass zur gesundheitlichen Situation „alter Arbeitsmigranten“ erst wenige Daten vorliegen. Die Untersuchungen beziehen sich auf jüngere Arbeitsmigranten und ausländische Familien. Heute stellt sich die Datenlage tendenziell besser dar. Erstens leben in Deutschland derzeit mehr ältere Migranten als noch vor zwanzig Jahren, sodass sie statistisch auch ausgewiesen werden können. Zweitens sind die Erhebungskonzepte differenzierter geworden, sodass die Heterogenität älterer Migranten stärker berücksichtigt werden kann. Und drittens gewinnen im Zuge der demographischen Alterung auch Fragen der Morbidität, Pflege und Mortalität von älteren Migranten zunehmend an Gewicht, was wiederum zur weiteren Verbesserung der Datenlage beiträgt.

7.3.1 Gesundheitsbedingungen

Für den Gesundheitszustand einer heterogenen Bevölkerung lassen sich drei Gruppen von Bedingungsfaktoren unterscheiden, die sich gegenseitig beeinflussen (Hurrelmann 2006:21f.):

- personale Faktoren, zu denen die genetische Disposition, die ethnische Herkunft und die körperlich-psychische Konstitution zählen;
- Verhaltensfaktoren, die unter anderem Ernährungsgewohnheiten, Suchtmittelverhalten, körperliche Aktivitäten und Vorsorgeverhalten umfassen;
- Verhältnisfaktoren, zu denen der sozioökonomische Status einer Bevölkerung sowie die wirtschaftliche Situation und die Qualität der Gesundheits- und Krankheitsversorgung eines Landes gehören.

Im Rahmen dieses allgemeingültigen Erklärungsmodells kommt der Migration besondere Bedeutung zu. Denn Migration ist nicht als einmaliges Ereignis, sondern als fortlaufender Prozess zu betrachten, bei dem sich die gesundheitsbezogenen Verhaltensweisen von Migranten im Laufe der Zeit verändern. Erklärungsmodelle, wie das Konzept des „Healthy-Migrant-Effects“ und das Modell des „gesundheitlichen Überganges einer Gesellschaft“, müssen um die Lebenslaufperspektive erweitert werden. Der komplexe Zusammenhang von sozioökonomischen Einflussfaktoren auf die Gesundheit ist um räumliche und zeitliche Einflussfaktoren zu ergänzen (Razum/Spallek 2009:7). Menschen mit Migrationshintergrund sind – wie bereits betont – generell nicht kränker als Menschen ohne Migrationshintergrund (Zeman 2005). Sie können aber erhöhte Gesundheitsrisiken aufweisen. Der Arbeitsmigrant, wie es Dietzel-Papakyriakou (1993:54) formuliert, „erkrankt nicht nur körperlich, sondern auch in seinem Migrationsstatus.“

Der Gesundheitszustand und die gesundheitliche Entwicklung sowie deren Einfluss auf die Sterblichkeit von Migranten wurde bereits kurz nach Beginn der Gastarbeiteranwerbung in den 1960er Jahren zum Gegenstand intensiver sozialepidemiologischer Forschungen. Untersuchungsthemen waren das Auftreten von Infektionskrankheiten, Differenzen bei der Inanspruchnahme der Gesundheitsversorgung sowie Unterschiede im Ernährungs- und Gesundheitsverhalten. Zudem befasste man sich verstärkt mit der Arbeitssituation von Migranten, die vergleichsweise höhere Kranken-

stände und höhere Frühberentungsquoten aufwiesen als die deutschen Erwerbstätigen (Kohls 2011:61). Arbeitsmigranten hatten aufgrund ihrer geringen beruflichen Qualifikationen und Sprachkenntnisse kaum Chancen, den gesundheitsbelastenden Arbeitsbedingungen auszuweichen. Wie Dietzel-Papakyriakou (1993:55) betonte, können die gesundheitlichen Probleme von Arbeitsmigranten nicht allein auf einen altersmäßigen, „unausweichlichen Verschleiß“ zurückgeführt werden. Gesundheitsrisiken von Migranten und migrationspezifische Gesundheitsbelastungen kamen daher verstärkt in den Blick.

7.3.2 Gesundheitsrisiken

Die Lebenslaufperspektive der Gesundheitssituation älterer Migranten verdeutlicht, dass diese sowohl im Herkunftsland als auch im Zielland Gesundheitsrisiken ausgesetzt waren, die über die Zeit wirken. Zu unterscheiden sind daher mitgebrachte herkunftslandbezogene und erworbene ziellandbezogene Gesundheitsrisiken. Nachfolgend werden chronologisch auf die Gesundheit einwirkende Einflüsse behandelt, denen Migranten vor, während und nach der Migration ausgesetzt sind.

Genetische Besonderheiten

Grundsätzlich können sich genetische Besonderheiten auf die Gesundheit von Migranten auswirken. Sie treten bei Bevölkerungen in bestimmten geographischen Räumen auf, die Kennzeichen einer Anpassung an lokale Bedingungen sein können. Biologische Faktoren können somit das Vorkommen einzelner Erkrankungen und Todesursachen bei bestimmten Migrantengruppen erklären (Schenk 2007, Kohls 2011:69).

Umweltbelastungen

Migranten aus weniger entwickelten Herkunftsländern wurden unter Umständen häufiger und stärker durch Umweltgifte und industriell verursachte Schadstoffe belastet als dies in sozioökonomisch höher entwickelten Zielländern der Migration zumeist der Fall ist. Diese Belastungen begünstigen eine höhere Verbreitung von Magen- und Darmerkrankungen, die dann als langfristige Folgeerscheinungen auch im Zielland der Migration auftreten. Zudem sind auch im Zielland aufgrund spezifischer Arbeitsbedingungen weitere Belastungen durch Umweltgifte, Toxine und Strahlenbelastungen möglich. Infolge einer dauerhaften Schadstoffbelastung dürften zugewanderte Personen aus bestimmten Regionen daher auch im Zielland der Migration erhöhte Morbiditäts- und Mortalitätswerte aufweisen (Kohls 2011:68).

Krankheiten

Wenn Menschen migrieren, sind sie in der Regel durch die Lebens- und Umweltbedingungen ihres Herkunftslandes gesundheitlich anders geprägt als die Mehrheitsbevölkerung des Ziellandes. Dies gilt vor allem dann, wenn sie von einem Entwicklungs- oder Schwellenland in ein Industrieland migrieren. In ihrem Herkunftsland können sie schlechteren Hygiene-, Wohn- und Versorgungsbedingungen ausgesetzt gewesen sein. Dies kann zu Ansteckungen mit Infektionskrankheiten führen, welche unter Umständen ins Zielland mit „einwandern“ (RKI 2008:38ff.) Migranten häufiger als Nichtmigranten an infektiösen und parasitären Erkrankungen. Zu den häufig mitgebrachten Infektionskrankheiten zählen Tuberkulose, Hepatitis B und Infektionen, die durch *Helicobacter pylori* ausgelöst werden. Problematisch hierbei ist nicht nur, dass sie ein Gesundheitsrisiko für die Ziellandbevölkerung darstellen, sondern auch, dass sie zu chronischen Krankheitsverläufen bei den Betroffenen führen können, was zumal bei älteren Migranten wiederum Folgeerkrankungen, wie z. B. Krebserkrankungen von Magen und Darm, nach sich ziehen kann.

Stressbelastungen

Migranten erfahren im Aufnahmeland häufig erhöhte Stressbelastungen, weil ungewohnte klimatische und geographische Bedingungen sowie kulturelle und soziale Gepflogenheiten Anpassungsreaktionen erfordern. Zudem ist die Phase der Ankunft im Zielland für zugewanderte Personen mit einem Verlufterlebnis und einer hohen existenziellen Verunsicherung verbunden. Insbesondere zu Beginn ihrer Zuwanderung müssen Migranten erhebliche Adaptionsleistungen kognitiver und emotionaler Art erbringen. Sie unterliegen dem Akkulturationsdruck des fremden Kontextes und erleiden oft soziale Segregation und Abwertung (Dietzel-Papakyriakou 1993:63). Der Stress kann zu einem höheren Risiko von Arbeits-, Haushalts- und Verkehrsunfällen sowie sozialen Konflikten und Suizid führen. Die wenigen Informationen deuten allerdings darauf hin, dass das Suizidrisiko unter ausländischen Staatsangehörigen im Alter von 65 Jahren und älter eher geringer ist als das von Deutschen (RKI 2008:36). Ethnische Gemeinschaften verringern aufgrund religiöser Werte und kultureller Normen vielfach das Suizidrisiko (Dietzel-Papakyriakou 1993:65).

Informationen, die eine gesundheitliche Anpassung in der ersten Phase nach der Zuwanderung begünstigen oder erschweren, liegen nicht vor. Insbesondere ist die Bedeutung dieser Phase für spätere Erkrankungsrisiken unzureichend untersucht. Medizinische Untersuchungen bei

der Einreise werden vor allem mit dem Ziel durchgeführt, ansteckende Krankheiten wie die Tuberkulose zu entdecken. Die medizinischen Untersuchungen in den Herkunftsländern der Arbeitsmigranten, welche die Anwerbekommissionen der Bundesanstalt für Arbeit in den 1950er und 1960er Jahren in den Rekrutierungszentren durchführten, waren vorrangig als betriebsmedizinische Eignungsuntersuchungen gedacht (RKI 2008:60).

Arbeitsbelastungen

Unabhängig von der Herkunft einer Person geht mit schlechten Arbeitsbedingungen ein höheres Gesundheitsrisiko einher. Un- und Angelernte unterliegen höheren Gesundheitsrisiken und sind zugleich wegen ihrer geringen Qualifikation leichter austauschbar. Arbeitsmigranten versuchen daher vielfach, ihre qualifikatorischen Konkurrenz Nachteile durch erhöhte Leistungsbereitschaft zu kompensieren. Diese individuelle Strategie beschleunigt jedoch den gesundheitlichen Verschleiß (Dietzel-Papakyriakou 1993:72). Körperlich schwere Arbeit, verbunden mit mangelndem Arbeitsschutz, führt daher bei älteren Migranten über die Jahre hinweg zu Erkrankungen mit teils irreversiblen Schäden. Auch von Arbeitsunfällen, verursacht durch unzureichende oder unverstandene Sicherheitsbelehrenungen am Arbeitsplatz, sind Migranten häufiger betroffen. Migranten werden aufgrund chronischer Erkrankungen durchschnittlich in jüngeren Lebensjahren frühberentet als Arbeitnehmer ohne Migrationshintergrund. Kennzeichnend ist, dass diese Personen in der Regel niedrig qualifizierte Tätigkeiten unter schlechten Arbeitsbedingungen ausgeübt haben (UB 2010:35).

Soziale Belastungen

Migranten sind neben reproduktiven auch mit sozialen Belastungen konfrontiert. Aufgrund einer niedrigen sozialen Position entstehen soziale Benachteiligungen, die gesundheitliche Risiken zur Folge haben können. Diese resultieren zum einen aus gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen und beruflichen Belastungen, zum anderen aus schwierigen Wohnverhältnissen und sozialen Abstiegsprozessen. Die langfristigen Folgen eines mit soziökonomischer Benachteiligung einhergehenden Minderheitenstatus bewirken, dass die Gesundheitsprobleme von Migranten und ihrer Nachkommen mit zunehmender Aufenthaltsdauer zunehmen. Letztlich führt eine sozioökonomische Marginalisierung zu einem höheren Sterberisiko und einer niedrigeren Lebenserwartung (Himmelreicher et al. 2008, von dem Knesebeck/Mielck 2008, Kohls 2011:67).

Lebensgewohnheiten

Die Gesundheit und Sterblichkeit von Migranten wird auch durch deren Lebensgewohnheiten beeinflusst. Besondere Bedeutung kommt hierbei dem Alkohol- und Tabakkonsum sowie dem weiteren Suchtmittelgebrauch zu (RKI 2008:52ff.). Daten des Mikrozensus 2005 und 2009 zeigen, dass der Anteil der Raucher im Alter 65 Jahre und älter bei Frauen und Männern unter Ausländern höher ist als bei Deutschen.

Auch die Anpassung an einen neuen Lebensstil bleibt häufig nicht ohne gesundheitliche Folgen. In Deutschland sind Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowohl bei deutschen als auch bei nichtdeutschen Frauen und Männern im Alter von über 65 Jahren die zweithäufigste Todesursache. Dieses Ergebnis erscheint auf den ersten Blick erstaunlich, denn die altersspezifischen Mortalitätsraten für Koronar-Herz-Krankheiten liegen in den Herkunftsländern der ehemaligen Gastarbeiter um bis zu 55 % niedriger als in Deutschland. Es ist daher davon auszugehen, dass sich die meisten Migranten an die Lebensbedingungen und den Lebensstil des Ziellandes anpassen. Eine Umstellung der Ernährung kann zu Übergewicht führen. Übergewicht gilt aber als einer der Faktoren, die Herz-Kreislauf-Erkrankungen begünstigen. Daten des Mikrozensus 2005 und 2009 zeigen, dass ein höherer Anteil ausländischer als deutscher Frauen im Alter von 65 Jahren und älter (deutlich) übergewichtig ist.

Zusammenfassung

Klimaveränderungen, andere Lebensgewohnheiten sowie ungewohnte Arbeitsformen und -bedingungen (Akkord- und Schichtarbeit, Leistungs- und Zeitdruck), aber auch das Erleben von Diskriminierung können psychosomatische Störungen bedingen. Darüber hinaus können die Bemühungen um Integration die Gesundheit im Sinne von permanenter Stressbelastung beeinträchtigen. Ältere Migranten tragen unter Umständen somit ein doppeltes Risiko. Zum einen kann ihre Gesundheit durch mitgebrachte Gesundheitsrisiken negativ beeinflusst werden, zum anderen haben sie sich gegebenenfalls zusätzlichen Risiken durch das Leben und Arbeiten im Zielland ausgesetzt.

7.3.3 Migrationsspezifische Gesundheitsbelastungen

Wie bereits im Kontext von „Stressbelastungen“ erwähnt, können Migrationserfahrungen Einfluss auf die Gesundheit der Betroffenen nehmen. Neben allgemeinen Belastungen können besondere Anforderungen im Zusammenhang mit dem Migrationsprozess oder den Motiven für die Migration zu Belastungsstörungen und bei älteren Migranten zu Bilanzierungskrisen führen.

Posttraumatische Belastungsstörungen

Migration bzw. Flucht kann ein lebensrettender Schritt sein, um Verfolgung, Vertreibung und Krieg oder ökologischen Krisen und Hungersnöten zu entkommen. Die psychologischen Folgen der durchlebten Belastungen können in eine „posttraumatische Belastungsstörung“ (PTBS) münden. Sie ist definiert als Reaktion auf ein belastendes Ereignis oder eine Situation außergewöhnlicher Bedrohung oder katastrophenartigen Ausmaßes, die in der Regel eine tiefe Verzweiflung und Verstörung hervorrufen würde. Wegen des breiten Spektrums potenziell traumatisierender Ereignisse und wegen der uneinheitlichen Verwendung des Begriffs ist eine Schätzung der Häufigkeit von PTBS schwierig. Bei der PTBS wird ein Abklingen der Symptome im Zeitverlauf unterstellt. Es gibt jedoch Hinweise auf bestehende oder sogar zunehmende Beschwerden, die durch unzureichende oder fehlende Behandlung mit verursacht werden. Erschwerend wirken die Trennung von der Familie, die Unsicherheit über das Schicksal von Angehörigen, Isolation und Diskriminierung sowie Zukunftsunsicherheit hinsichtlich der Bleibeperspektive und der Lebens- und Arbeitsbedingungen (RKI 2008:60).

Bilanzierungskrisen

Migranten stehen immer wieder vor der Frage, ob ihre Entscheidung zu migrieren richtig war und wo langfristig ihr Lebensmittelpunkt sein soll. Im mittleren und höheren Alter kann es daher verstärkt zu Bilanzierungskrisen kommen, in denen die mit der Migration verbundenen Erwartungen und Hoffnungen an der Realität des Erreichten gemessen werden. Bilanzierungskrisen können sich verstärkt in psychischen Störungen oder psychiatrischen Erkrankungen ausdrücken. Anhand von Daten der Rentenversicherer zu Rehabilitationsmaßnahmen zeigen sich nach Geschlecht und Nationalität keine Unterschiede im Anteil der psychisch indizierten Rehabilitation an allen Maßnahmen. Unterschiede zeigen sich jedoch nach Alter: 60 % der für ausländische Staatsangehörige veranlassenen Rehabilitationen betreffen die 40- bis 54-Jährigen. Von den deutschen Teilnehmern an entsprechenden Maßnahmen sind nur 50 % in dieser Altersgruppe. Das Risiko psychischer Erkrankungen steigt im mittleren Lebensalter allgemein an, wobei nichtdeutsche Frauen dieser Altersgruppe besonders stark betroffen sind (RKI 2008:61).

7.3.4 Auswahlprozesse bei Migranten

Migranten und Nichtmigranten weisen teilweise und zumal in früheren Jahren deutliche Unterschiede in der Sterblichkeit auf. Diese Differenzen werden allgemein mit Selektionsprozessen begründet, die mit der Migration zusammenhängen. Nachfolgend wird der „Healthy-Migrant-Effect“

dargestellt und diskutiert, inwieweit Auswahlprozesse bei Migranten wirksam sind.

7.3.4.1 Der „Healthy-Migrant-Effect“

Zur Erklärung von Morbiditäts- und Mortalitätsunterschieden zwischen Migranten und Nichtmigranten werden häufig Selektionsprozesse bei der Migration betont, worauf schon Ernest George Ravenstein (1885) in „The Laws of Migration“ hingewiesen hat. Wandernde Personen stellen eine selektive Gruppe innerhalb der Bevölkerung eines Landes dar, die im Vergleich zu den nichtwandernden Personen jünger und überdurchschnittlich gesund ist. Der Grad des „Healthy-Migrant-Effects“ wird wesentlich durch die räumliche Distanz und das wirtschaftliche Gefälle bestimmt. Je geringer die Distanz und je niedriger die ökonomischen Unterschiede, desto geringer die Selektivität. In Studien wird zumeist die Sterblichkeit der zugewanderten Personen mit der Bevölkerung im Zielland verglichen. Dagegen wird ein Vergleich der Sterblichkeit zwischen Migranten im Zielland und der Herkunftsbevölkerung kaum vorgenommen (RKI 2008:23f.).

Der als „Healthy-Migrant-Effect“ bezeichnete Auswahlprozess bei der Zuwanderung wird mit dem sozioökonomischen Status der Migranten im Zielland und der Aufenthaltsdauer in Zusammenhang gebracht. Danach liegt mit der Zuwanderung nur ein zeitlich befristeter Mortalitätsvorteil vor, der aufgrund von Marginalisierung mit zunehmender Aufenthaltsdauer immer geringer wird. Wegen des Zusammenhanges von sozialer Ungleichheit und Morbidität bzw. Mortalität wird angenommen, dass bei Personen mit niedrigem Sozialstatus der ursprüngliche Vorteil mit zunehmender Aufenthaltsdauer aufgehoben und der Gesundheitszustand letztlich nur noch durch die Schichtzugehörigkeit bestimmt wird (Richter/Hurrelmann 2006).

7.3.4.2 Rückwanderungen

Bereits Ravenstein (1885) zeigte, dass von den Auswanderern immer auch eine mehr oder minder große Zahl von Personen wieder in ihr Herkunftsland zurückwandert: Zu jedem Wanderungsstrom gibt es auch eine gegenläufige Bewegung, wobei der Zeitpunkt der Remigration unterschiedlich ist. Auch bei Rückwanderungen treten selektive Auswahlprozesse auf (Dietzel-Papakyriakou 1987).

Unter gesundheitlichen Aspekten entscheiden sich Zuwanderer dann zur Rückkehr, wenn sie unter eingeschränkter Gesundheit leiden und eine bessere medizinische und psychologische Versorgung in der „vertrau-

ten“ Umgebung des Herkunftslandes erwarten. Dieses Verhalten wird als „Unhealthy-Remigration-Effect“ bezeichnet (Kohls 2011:86). Eine Rückkehr bei gesundheitlicher Beeinträchtigung dürfte aus mehreren Gründen jedoch nicht der Normalfall sein.

Erstens könnte eine längere oder dauerhafte Rückkehr in das Herkunftsland zum Verlust des Aufenthaltsstatus im Zielland führen. Zweitens ist es fraglich, ob bei einer Rückkehr ins Herkunftsland eine entsprechende medizinische Versorgung bereitgestellt werden kann. Dies ist vor allem bei einer Remigration in weniger entwickelte Länder nicht sichergestellt (Sander 2007). Drittens steigt mit zunehmender Aufenthaltszeit im Zielland die Wahrscheinlichkeit einer Familiengründung bzw. des Nachzuges von Familienangehörigen. Sofern familiäre Bezugspersonen ebenfalls im Zielland leben, wird eine Rückkehr bei Krankheit höchst unwahrscheinlich. Mit Eintritt in den Ruhestand stellt sich für viele ältere Migranten grundsätzlich die Frage von „bleiben oder gehen“. Einerseits besteht bei gesundheitlichen Problemen älterer Menschen vielfach der Wunsch, die verbleibenden Lebensjahre in der Heimat zu verbringen. Andererseits wird von einer Remigration gerade bei gesundheitlichen Beeinträchtigungen abgesehen, um die besseren Leistungen des Gesundheitssystems im Zielland in Anspruch nehmen zu können (Glodny et al. 2011). Bereits zu Beginn der 1990er Jahre stellte Dietzel-Papakyriakou (1993:57) fest, dass der schlechte Gesundheitszustand und die gleichzeitig gute gesundheitliche Versorgung ausschlaggebende Gründe dafür sind, die Rückkehr ins Herkunftsland aufzugeben und im Alter im Immigrationsland zu verbleiben. Keine Informationen liegen bisher dazu vor, welche gesundheitlichen Belastungen und welche Nutzungsmuster des Gesundheitssystems mit der transnationalen bzw. Pendelmigration verbunden sind (RKI 2008:62).

7.3.5 Morbidität

7.3.5.1 Infektionskrankheiten

In vielen Herkunftsländern von zugewanderten Personen prägen Infektionskrankheiten das Morbiditäts- und Mortalitätsgeschehen in der Bevölkerung. Herkunftsspezifische epidemiologische Daten liegen jedoch nur für wenige Infektionskrankheiten vor.

Die Zahl der Tuberkuloseerkrankungen ist in Deutschland seit vielen Jahren rückläufig. Ausländische Staatsangehörige sind aber weiterhin überproportional von dieser Erkrankung betroffen. Sowohl die Prävalenz von Tuberkulose als auch das Neuerkrankungsrisiko ist bei Ausländern und Spätaussiedlern deutlich höher als bei der einheimischen Bevölke-

zung. Vor allem in den Altersstufen ab 65 Jahren ist die Tuberkulosesterblichkeit um bis zu 100 % höher als bei Nichtmigranten (Kohls 2011:62). Verschiedene Faktoren wirken hier vermutlich zusammen: Eine Erstinfektion, die möglicherweise bereits in der Kindheit erfolgte, und die soziale Lage, die durch beengte Wohnverhältnisse und eine qualitativ mangelhafte Ernährung das Infektionsrisiko erhöht und die allgemeine Abwehrlage schwächt (RKI 2008:39).

Eine Infektion mit dem Bakterium „*Helicobacter pylori*“ führt zu chronischen Magenentzündungen (Gastritis) und Geschwürbildungen und ist mit Krebserkrankungen des Magens assoziiert. Untersuchungen zeigen, dass auch bei türkischen und osteuropäischen Kindern und Erwachsenen deutlich häufiger als bei der deutschen Bevölkerung eine Prävalenz vorliegt (RKI 2008:41). Andere Krankheiten treten bei Migranten dagegen seltener auf. Vor allem Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind bei Zuwanderergruppen weitaus weniger verbreitet als bei Deutschen. Dies wird mit „protektiven“ Ernährungsgewohnheiten begründet.

7.3.5.2 Krankenstand

Zum objektiven Gesundheitszustand älterer Migranten liegen keine repräsentativen Daten vor. Verschiedene Untersuchungen lassen jedoch eine hohe Prävalenz chronischer Krankheitsbilder vermuten. Der Mikrozensus ermöglicht einen Vergleich des Krankenstandes nach der Staatsangehörigkeit bzw. dem Migrationshintergrund. Alle vier Jahre werden Fragen zur Gesundheit gestellt. Daten für ausländische Frauen und Männer im Alter 65 Jahre und älter liegen in ausreichender Zahl aber erst für das Jahr 2005 vor. Der berechnete Krankenstand stützt sich auf Selbstangaben der Befragten. Eine Aufschlüsselung nach Altersgruppen zeigt, dass der Anteil der Kranken an allen Befragten (Krankenquote) der nichtdeutschen Bevölkerung sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen bis 39 Jahre unter dem der Deutschen liegt. Die Krankenquoten der nichtdeutschen Frauen und Männer in der Altersgruppe der 40- bis 64-Jährigen liegen dagegen über denen der deutschen Frauen und Männer. Mögliche Erklärungen für die höhere Krankenquote der nichtdeutschen Personen im höheren Erwerbsalter liegen in einer stärkeren Arbeitsbelastung und in einem größeren Unfallrisiko am Arbeitsplatz. Ein teilweise abweichendes Bild zeigt sich dagegen für die über 64-Jährigen: Nichtdeutsche Männer haben eine niedrigere Krankenquote als deutsche Männer (18,8 % zu 20,4 %), während es sich bei den Frauen umgekehrt verhält (23,1 % zu 22,5 %) (siehe Tabelle 7.1).

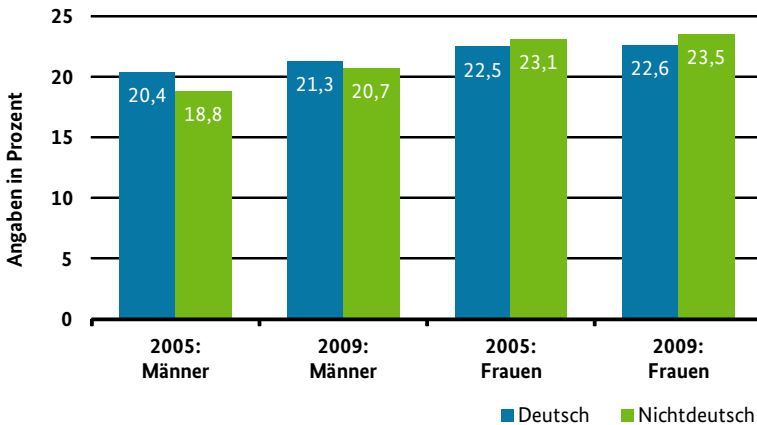
Tabelle 7.1: Krankenquote nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit 2005

2005 Altersgruppe	Männer		Frauen	
	Deutsche	Nichtdeutsche	Deutsche	Nichtdeutsche
<15 Jahre	9,9%	-	9,6%	-
15–39 Jahre	7,6%	6,9%	8,8%	6,9%
40–64 Jahre	11,2%	13,4%	11,4%	14,8%
>65 Jahre	20,4%	18,8%	22,5%	23,1%
Insgesamt	11,6%	9,7%	13,1%	10,2%

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2005, RKI (2008:45).

Das gleiche Bild für die über 64-Jährigen zeigt sich auch für das Jahr 2009. Erneut weisen nichtdeutsche Männer eine etwas geringere Krankenquote als deutsche Männer auf, während es sich bei den Frauen umgekehrt verhält. Für alle Personengruppen liegt die Krankenquote etwas höher als im Jahr 2005. Dagegen haben sich die Unterschiede zwischen den Personengruppen tendenziell nicht verändert (siehe Abbildung 7.1).

Abbildung 7.1: Krankenquote von über 64-Jährigen nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit 2005 und 2009



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2005 und 2009.

Eine Befragung in Hamburg Mitte der 1990er Jahre weist ein höheres Vorkommen altersbedingter Krankheiten bei über 54-jährigen Ausländern im Vergleich zu über 59-jährigen Deutschen aus. In der Studie wurde auch

nach psychischen Problemen gefragt, wobei die Symptome Schlaflosigkeit, Vergesslichkeit und Gereiztheit von den ausländischen Befragten deutlich häufiger berichtet wurden. Zudem gaben sie öfter Probleme bei der Bewältigung von Alltagssituationen wie Treppen steigen, Einkaufen oder Körperpflege an. Keine gesundheitsbezogenen Probleme hatten nur 32,7 % der ausländischen, aber 60,4 % der deutschen Befragten. Die Zahlen deuten auf einen schlechteren Gesundheitszustand der ausländischen Bevölkerung hin. Dieses Bild wird durch die subjektive Einschätzung des Gesundheitszustandes bestätigt: 54,0 % der ausländischen, aber nur 23,9 % der deutschen Befragten schätzen ihren Gesundheitszustand als schlecht oder sehr schlecht ein. Mit 70,1 % gaben vor allem türkische Staatsangehörige einen schlechten oder sehr schlechten Gesundheitszustand an (RKI 2008:101).

7.3.5.3 Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Daten zu Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten können als Indikatoren einer berufsbedingten gesundheitlichen Belastung interpretiert werden. Die Arbeitsunfallstatistik des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung deutet auf ein erhöhtes Arbeitsunfallrisiko für ausländische Beschäftigte hin. Vor allem türkische Beschäftigte sind deutlich stärker von Arbeitsunfällen betroffen als deutsche Arbeitnehmer. Auch Sonderauswertungen der Betriebskrankenkassen bestätigen, dass ausländische Versicherte, und darunter vor allem türkische Versicherte, eine höhere Arbeitsunfallrate haben als Deutsche. Ursache hierfür dürfte sein, dass ausländische Beschäftigte häufiger Tätigkeiten verrichten, die ein erhöhtes Unfallrisiko aufweisen. Das Unfallrisiko ist besonders hoch bei körperlichen Tätigkeiten mit beweglichen Arbeitsgeräten, wie etwa im Baugewerbe, in der Landwirtschaft und bei gering qualifizierten Tätigkeiten in der verarbeitenden Industrie. In diesen Bereichen ist der Anteil der ausländischen Beschäftigten höher als im Durchschnitt aller Wirtschaftszweige. Allerdings ist die Krankheitsdauer pro Arbeitsunfall bei Nichtdeutschen kürzer als bei Deutschen (RKI 2008:48).

Die Arbeitsunfähigkeit stellt nur einen kurzfristigen Indikator des Gesundheitszustandes einer Person dar. Langfristige Auswirkungen auf die Gesundheit lassen sich anhand anerkannter Berufserkrankungen und möglicherweise damit einhergehender Frühberentungen ablesen, die zumeist als Spätfolge dauerhaft gesundheitlich belastender Arbeitsbedingungen auftreten. Die lange Expositionsdauer belastender Bedingungen bzw. die lange Latenzzeit schädlicher Substanzen führen dazu, dass Berufskrankheiten zumeist erst nach langjähriger Beschäftigung oder in

einem höheren Alter auftreten. Eine durchschnittlich etwas geringere Zahl an Berufsjahren der ausländischen Arbeitnehmer und die Verringerung schadstoffbelasteter Arbeitsplätze könnten eine Erklärung dafür sein, warum seit Mitte der 1990er Jahre ausländische Arbeitnehmer insgesamt von Berufskrankheiten nicht überproportional betroffen sind im Vergleich zu Deutschen. Als unqualifizierte Arbeiter können Migranten zudem vielfach keinen Berufsschutz in Anspruch nehmen (Dietzel-Papakyriakou 1993:87). Eine Ausnahme stellen jedoch türkische Beschäftigte dar (RKI 2008:49). Daten der Berufsgenossenschaften zu anerkannten Berufserkrankungen zeigen, dass türkische Beschäftigte überproportional von berufsbedingten Krankheiten betroffen sind. Ihr Anteil an den anerkannten Berufskrankheiten ist etwa doppelt so hoch wie ihr Anteil an den Beschäftigten.

7.3.5.4 Behinderung und Frühinvalidität

Behinderung und Frühinvalidität zeigen eine bleibende gesundheitliche Beeinträchtigung an. Die Schwerbehindertenstatistik erfasst anerkannte Fälle von Schwerbehinderung, bei denen der Grad an Behinderung mindestens 50 % beträgt. Eine Aufschlüsselung nach Altersgruppen für das Jahr 2007 zeigt, dass bei den über 64-jährigen deutschen Männern eine Quote von 27,0 % und bei den nichtdeutschen Männern eine Quote von 19,5 % vorlag. Bei den deutschen Frauen dieser Altersgruppe betrug sie 20,1 % und bei den nichtdeutschen Frauen 11,9 %. Ein Grund für die geringere Quote dürfte der geringere Anteil an Älteren unter den Nichtdeutschen zu diesem Zeitpunkt sein. Zudem können Selektionseffekte hinsichtlich Remigration und Mortalität eine Rolle spielen. Betrachtet man dagegen die Altersgruppen 55 bis 59 Jahre und 60 bis 64 Jahre, dann weisen Deutsche und Nichtdeutsche vergleichbar hohe Schwerbehindertenquoten auf (siehe Tabelle 7.2).

Tabelle 7.2: Schwerbehindertenquote nach ausgewählten Altersgruppen, Geschlecht und Staatsangehörigkeit 2007

Altersgruppe	Männer		Frauen	
	Deutsche	Nichtdeutsche	Deutsche	Nichtdeutsche
55-59 Jahre	13,5%	12,6%	11,3%	11,1%
60-62 Jahre	19,4%	19,5%	14,6%	13,5%
63-64 Jahre	21,9%	22,5%	15,3%	13,9%
über 65 Jahre	27,0%	19,5%	20,1%	11,9%
Insgesamt	9,3%	5,1%	8,3%	3,6%

Schwerbehindertenquote = Anteil der schwerbehinderten Menschen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Pfaff (2010:157).

Die Anerkennung einer Schwerbehinderung ist oft ein langwieriger Prozess. Personen, die weniger gut mit dem Versorgungssystem und mit der deutschen Sprache vertraut sind, könnten möglicherweise bei der Anerkennung eines Schwerbehindertenstatus Benachteiligungen erfahren. Auch dies könnte den relativ niedrigen Anteil an Ausländern unter den Schwerbehinderten erklären (RKI 2008:50). Ferner zeigt sich, dass Ausländer eine Erwerbsminderungsrente durchschnittlich erst mit 51,4 Jahren beziehen, Deutsche dagegen bereits ein Jahr früher mit 50,1 Jahren. Zu vermuten ist, dass die Sorge vor dem Einkommensverlust als Folge des vorzeitigen Ausscheidens aus dem Berufsleben dazu führt, dass Migranten trotz gesundheitlicher Beeinträchtigungen versuchen, möglichst lange zu arbeiten (Höhne/Schubert 2007:103ff.). Von Migranten werden zudem medizinische Rehabilitationsleistungen seltener in Anspruch genommen. Ursachen dürften auch Kommunikations- und Verständigungsprobleme, Informationsdefizite und ein unterschiedliches Gesundheits- und Krankheitsverständnis sein – Indikatoren, die im Kontext der Gesundheitsversorgung von besonderer Relevanz sind.

7.3.6 Subjektive Gesundheit

Für die Beschreibung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung wird neben objektiven Variablen auch die subjektive Bewertung der eigenen Gesundheit gemessen. In den Selbstangaben gehen die kulturell geprägte Wahrnehmung von Symptomen sowie eine Einschätzung des Wohlbefindens und der Anfälligkeit für Krankheiten ein. Die subjektive Gesundheit ist demnach der Gesundheitszustand, den Menschen individuell erleben, während unter objektiver Gesundheit der medizinisch diagnostizierte Gesundheitszustand verstanden wird. Angaben zur subjektiven Gesundheit ergänzen und erweitern das aufgrund von Morbiditäts- und Mortalitätsdaten gewonnene Bild des Gesundheitszustandes (RKI 2008:50f.).

Die Unterscheidung zwischen subjektiver und objektiver Gesundheit ist insofern wichtig, weil die subjektive Bewertung der eigenen Gesundheit nicht unbedingt den objektiven Gesundheitszustand widerspiegelt. Die subjektive Gesundheit kann durch die objektive Gesundheit beeinflusst werden, sie ist aber nicht mit ihr gleichzusetzen. Dieser Sachverhalt gilt insbesondere für ältere Menschen. Mit steigendem Alter verschlechtert sich zwar die objektive Gesundheit häufig deutlich, das subjektive Gesundheitserleben nimmt aber nicht im selben Maße ab. Objektiver Gesundheitszustand und subjektive Gesundheitseinschätzung stimmen im höheren und hohen Alter im Vergleich zu jüngeren Altersgruppen am geringsten überein (Wurm et al. 2010:104).

Anhand der Daten des Deutschen Alterssurvey aus dem Jahr 2002 zeigt sich, dass die Unterschiede in der subjektiven Gesundheit und den selbst wahrgenommenen gesundheitlichen Einschränkungen zwischen Deutschen und Nichtdeutschen im höheren Alter gering sind. Allerdings bewerten ältere Nichtdeutsche ihre Gesundheit etwas häufiger als schlecht oder sehr schlecht wie die deutsche Vergleichsgruppe. Auch hinsichtlich der Auswirkungen der gesundheitlichen Situation auf die Verrichtung alltäglicher Arbeiten ergaben sich kaum Unterschiede. In Übereinstimmung mit den Ergebnissen zur subjektiven Bewertung des Gesundheitszustandes berichteten ausländische 70- bis 85-Jährige in allen Kategorien aber deutlich häufiger über stärkere Einschränkungen als die gleichaltrigen Deutschen (Baykara-Krumme/Hoff 2006:472ff.).

Auch Daten des SOEP zeigen, dass die erhobene Zufriedenheit mit der eigenen Gesundheit in erster Linie vom Alter abhängig ist. Der Vergleich zwischen Deutschen und Zuwanderern ergibt nur geringe Unterschiede. Allerdings sind in der Altersgruppe ab 65 Jahre die türkischen Befragten deutlich unzufriedener als andere Migranten und Deutsche. Dieses Muster liegt für Frauen und Männer vor, wobei Frauen etwas niedrigere Werte aufweisen (RKI 2008:51f.). Zudem zeigt sich, dass sich im Zeitverlauf die Gesundheitszufriedenheit von Personen mit Migrationshintergrund im Vergleich zur deutschen Bevölkerung zunehmend verringert. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen Zeeb et al. (2005). Sie führten einen Vergleich der Gesundheitszufriedenheit in den Jahren 1984/85, 1992/93 und 2002/03 u. a. von über 54-jährigen Deutschen und Zuwanderern aus den ehemaligen Anwerbeländern durch. Bei den Zuwanderern hatten die Männer ursprünglich eine etwas höhere Gesundheitszufriedenheit als die Deutschen. In den Folgejahren lagen die Werte jedoch leicht darunter. Bei den Zuwanderinnen lag die Gesundheitszufriedenheit sogar deutlich niedriger als bei den deutschen Frauen, wobei sie im Zeitverlauf immer stärker abnahm.

Neben Alter und Geschlecht wird die Einschätzung der eigenen Gesundheit auch durch sozioökonomische Faktoren wie Bildungsstatus und Einkommen beeinflusst (Wurm et al. 2010:105). Bei den ermittelten Differenzen zwischen Migranten und Deutschen kommt dem Migrationsstatus eine besondere Bedeutung zu. Für Spätaussiedler zeigt sich, dass ihre Gesundheitszufriedenheit über die Zeit auch dann stärker sinkt als bei Deutschen, wenn sich ihr sozioökonomischer Status verbessert hat (RKI 2008:52). Offensichtlich besitzt der Migrationsstatus eine lang anhaltende Wirkung, der selbst die verbesserte soziale Lage beeinflusst.

7.3.7 Gesundheit im Lebensverlauf

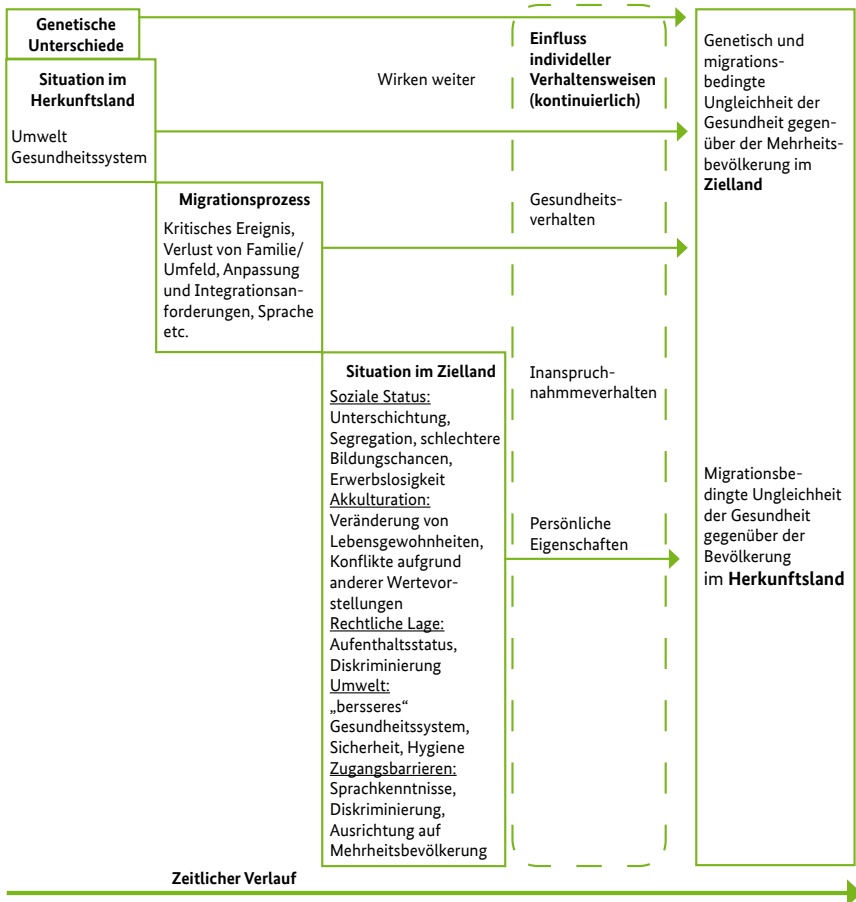
Die Bedingungen der Gesundheit von älteren Migranten sind ein äußerst komplexes Feld. Zunächst kann die Gesundheit nach objektiver und subjektiver Betrachtung differenziert werden. Generell ist im Alter von einer hohen Prävalenz chronischer Erkrankungen auszugehen, sodass mit einer Verschlechterung des objektiven Gesundheitszustandes zu rechnen ist.

Nachfolgend werden in einem Modell Einflussgrößen auf die Gesundheit während des Lebensverlaufs von Migranten dargestellt. Hierbei wird davon ausgegangen, dass die soziale Lage einen großen Einfluss auf den Gesundheitszustand hat (Hurrelmann 2006). Die Einflussfaktoren auf die Gesundheit resultieren aber nicht allein aus dem sozioökonomischen Status. Migranten bringen andere lebensgeschichtliche Expositionen mit. Sie unterliegen, ethnisch bedingt, anderen genetischen Einflüssen, die zu unterschiedlichen Ausprägungen von Gesundheitsrisiken führen können. Um die verschiedenen Expositionen während des Lebenslaufs zu berücksichtigen, haben Spallek/Razum (2008) ein lebenslauforientiertes Modell entwickelt. Dieses zeigt entlang einer Zeitachse, welche Einflussfaktoren sowohl aus dem Herkunfts- als auch aus dem Zielland auf die Gesundheit von (älteren) Migranten wirken. Dem Modell zufolge wird die Gesundheitssituation von Zuwanderern vor allem von vier zeitlich aufeinander folgenden Einflussfaktoren bestimmt (Razum/Spallek 2009):

1. Genetische Unterschiede,
2. Bedingungen im Herkunftsland, wie andere Ernährungsgewohnheiten und eine schlechtere Gesundheitsversorgung,
3. Bedingungen während des Migrationsprozesses, wie Verlust der gewohnten Umgebung, die Trennung von der Familie und die Auflösung bestehender sozialer Beziehungen, und
4. Bedingungen im Zielland, wie Arbeits- und Lebensbedingungen sowie die Gesundheitsversorgung.

Diese Faktoren beeinflussen das Gesundheitsverhalten und damit den Gesundheitsstatus von Migranten – sowohl kurzfristig aufgrund von Fremdheitsgefühlen und Trennungsschmerz als auch langfristig wegen unterschiedlicher Traditionen und Verständigungsproblemen. Zwar sind nicht alle Einflussfaktoren empirisch abgesichert, das Modell vermittelt aber eine Vorstellung davon, welche Vielzahl an Faktoren Einfluss auf die Gesundheit von Migranten im Lebensverlauf nehmen. Neben diesen die Gesundheit beeinflussenden Faktoren beschreibt das lebenslauforientierte Modell auch deren komplexes Zusammenspiel (siehe Abbildung 7.2).

Abbildung 7.2: Einflussgrößen auf die Gesundheit von Migranten im Lebensverlauf



Quelle: Spallek/Razum (2008:283), Razum/Spallek (2009:7).

Allgemein lässt sich festhalten, dass sich die Gesundheitssituation der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich verbessert hat. Dies zeigt sich in einem Rückgang der Sterblichkeit und in einem Anstieg der Lebenserwartung. Mit steigendem Alter kommt es jedoch zu einer Zunahme der gesundheitlichen Probleme und der Krankheitstage. Wie in der Mehrheitsbevölkerung steigt auch in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund mit zunehmendem Alter die Krankheitslast, -dauer und -komplexität. Im Vordergrund stehen die gleichen Krankheiten wie in

der gleichaltrigen deutschen Bevölkerung. Teilweise sind die Häufigkeiten nach Herkunftsland bzw. Migrationshintergrund aber unterschiedlich ausgeprägt. Auffallend ist zudem, dass psychische Erkrankungen bei Menschen mit Migrationshintergrund im Rahmen medizinischer Rehabilitationsmaßnahmen eine größere Rolle spielen. Allerdings sind (ältere) Migranten in der psychiatrischen Versorgung generell unterrepräsentiert.

Die Gesundheitssituation von älteren Migranten ist im Lebenskontinuum zu betrachten. Sie ist das Resultat der Wechselwirkungen von gesundheitsschädigenden Faktoren und den Möglichkeiten der physischen und psychischen Regeneration im Verlauf der gesamten Biographie. Mit Dietzel-Papakyriakou (1993:57) ist daher weiterhin zu vermuten, dass Migranten im Alter aufgrund der erfahrenen gesundheitlichen Gefährdungen ein relativ hohes Krankheits- und Pflegerisiko tragen. Dies wirft die Frage nach der Reichweite der Gesundheitsversorgung und der Inanspruchnahme der Gesundheitsleistungen von Menschen mit Migrationshintergrund auf.

7.4 Gesundheitsversorgung

Aufgabe des Gesundheitssystems ist es, allen Patienten eine möglichst gute Versorgung zu bieten und einen uneingeschränkten Zugang zu medizinischen Leistungen sicherzustellen. Generell gilt (Hajji 2010:125): Je höher das Alter ist, desto eher wird ein gesundheitsförderliches Verhalten entwickelt, desto eher wird der Gesundheitszustand als schlecht empfunden und desto eher werden medizinische Leistungen in Anspruch genommen. Leistungen der Gesundheitsversorgung werden von (älteren) Migranten jedoch „anders“ und teilweise seltener in Anspruch genommen als von der deutschen Bevölkerung. Dies hat verschiedene Gründe. Das Gesundheitssystem ist auf die Bedürfnisse der Mehrheitsbevölkerung ausgerichtet. Die Angebote sind an der Mittelschicht orientiert und das Personal verfügt oft über keine interkulturellen Kompetenzen (Schenk 2008). Seitens der Migranten kann es daher zu Kommunikationsproblemen und aufgrund des kulturellen Hintergrundes zu anderen Erwartungen an die Gesundheitsversorgung kommen. Zu Sprachproblemen kommen häufig Informationsdefizite über Versorgungsangebote hinzu. Im Zusammenhang mit den Determinanten der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen kommt der interkulturellen Öffnung der Regeldienste besondere Bedeutung zu. Erreicht werden soll eine Gesundheitsversorgung, die sich an der Heterogenität der Bevölkerung orientiert. Gerade auch aufgrund der Zunahme älterer Migranten gewinnen Maßnahmen an Relevanz, die eine Inanspruchnahme der Regeldienste durch Menschen mit Migrationshintergrund erleichtern.

7.4.1 Determinanten der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen

Menschen mit Migrationshintergrund nehmen viele gesundheitliche Leistungen in geringerem Maße in Anspruch als die Mehrheitsbevölkerung. Dies zeigt sich etwa an der deutlich niedrigeren Rate von Tetanusimpfungen. Eine geringere Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen kann auf einen ungleichen Zugang zum Gesundheitssystem oder einer ungleichen Nutzung beruhen. Mögliche Gründe für Unterschiede in der Inanspruchnahme können sein (RKI 2008:106):

- Unterschiede im Versicherungsstatus,
- Kommunikationsprobleme,
- Unterschiede im Krankheitsverständnis,
- Unterschiede im Nutzungsverhalten aufgrund eines unterschiedlichen Rollenverständnis und
- strukturelle Bedingungen aufgrund des Migrationsstatus.

7.4.1.1 Versicherungsstatus

Zugewanderte Personen mit legalem Aufenthaltsstatus sind in der Regel krankenversichert. Damit haben sie den gleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung wie Deutsche. Der Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung ist in der Regel an ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis gebunden und schließt Ehepartner und Kinder ein. In Fällen, in denen die Voraussetzung für die Erteilung eines Aufenthaltstitels die Sicherung des Lebensunterhalts ist, muss die betreffende Person nachweisen, dass sie ihren Lebensunterhalt einschließlich eines ausreichenden Krankenversicherungsschutzes ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel bestreiten kann.

Laut Daten des SOEP verfügt nur rund 1 % der Personen mit Migrationshintergrund über keinen Krankenversicherungsschutz. Damit unterscheiden sie sich praktisch nicht von Deutschen (Frick et al. 2009:222ff.). Migranten und Deutsche unterscheiden sich aber hinsichtlich des Anteils an gesetzlich und privat Versicherten: Rund 94 % der Migranten, aber nur 85 % der Deutschen sind in einer gesetzlichen Versicherung. (Damit sind ca. 88 % der Bevölkerung gesetzlich krankenversichert). Dabei dominieren die Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK) und die Betriebskrankenkassen, bei denen rund drei Viertel der Migranten, aber nur weniger als die Hälfte der Deutschen versichert sind. Für legal und längerfristig in Deutschland lebende Migranten ist die medizinische Versorgung gesichert (RKI 2008:107f.).

7.4.1.2 Kommunikationsprobleme

Kommunikationsprobleme resultieren aus Sprachbarrieren und Informationsdefiziten. Sie entstehen zum einen durch unzureichende Deutschkenntnisse, zum anderen sind Informationen zu Gesundheitsleistungen verschiedentlich nicht in einer für Migranten verständlichen Sprache (oder Form) verfasst. Eine Studie unter deutschen und türkischen Krankenhauspatientinnen zeigte, dass ein niedriger Bildungsgrad und geringe Deutschkenntnisse mit einem geringeren Wissen um die Diagnose und Therapie einhergehen. Das Ziel, vor einem Eingriff oder einer Behandlung eine geeignete Aufklärung durchzuführen, wurde in diesen Fällen nicht erreicht. In der gleichen Studie wurde auch festgestellt, dass türkische Frauen über ein geringeres Gesundheitswissen über den eigenen Körper und dessen Funktionen verfügten. Visuelle Kommunikationshilfen oder Dolmetscherdienste stehen zur Unterstützung bisher jedoch nur selten zur Verfügung (RKI 2008:109).

7.4.1.3 Krankheitsverständnis

Eine fehlende oder mangelhafte Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen ist nicht immer nur sprachlich bedingt. Das Verständnis von Gesundheit und Krankheit ist mit der jeweiligen Kultur verbunden (Dietzel-Papakyriakou 1993:57). In westlichen Ländern beruht die Gesundheitsversorgung vor allem auf einem naturwissenschaftlich medizinischen Wissen. In anderen Ländern basieren Gesundheits- und Krankheitskonzepte dagegen häufig auf einem ganzheitlichen Verständnis, das bis heute teilweise mit religiösen Ansätzen verknüpft ist. In einzelnen Kulturkreisen gibt es für Krankheiten andere Ausdrucksweisen. Häufig wird keine genaue Beschreibung für ein Leiden vorgenommen, sondern allgemeiner in Organchiffren gesprochen (UB 2010:39ff.). Die unterschiedliche Präsentation und Interpretation von Symptomen einer Erkrankung können zu Missverständnissen und in der Folge zu Fehlbehandlungen führen. Dadurch wird sowohl das weitere Inanspruchnahmeverhalten beeinflusst als auch die Bereitschaft, an den Behandlungsmaßnahmen mitzuwirken.

Besonders ältere Migranten können durch Erfahrungen in ihrem Herkunftsland spezifische Vorstellungen von Gesundheitseinrichtungen und Behandlungen haben, was sich im Umgang zwischen Patienten und medizinischem Personal niederschlägt. Missverständnisse in der Interaktion können in der allgemeinmedizinischen Versorgung dazu führen, dass Beschwerden oft sehr lange symptombezogen mit Medikamenten behandelt werden. Eine eventuell indizierte psychosomatische Behandlung unterbleibt oder erfolgt erst in einem fortgeschrittenen Stadium

der Chronifizierung. „Dieser diagnostisch-therapeutische Prozess wird als „Einverständnis im Missverständnis“ bezeichnet“ (RKI 2008:110). Weil psychische und psychosomatische Beschwerden und Erkrankungen häufig als Begleitung anderer körperlicher Krankheiten diagnostiziert und behandelt werden, sind psychisch erkrankte Menschen mit Migrationshintergrund in der psychiatrischen Versorgung unterrepräsentiert.

7.4.1.4 Nutzungsverhalten

Migranten weisen im Vergleich zur deutschen Bevölkerung ein anderes Nutzungsverhalten des öffentlichen Gesundheitswesens auf. Auf Unterschiede in der Gesundheitsversorgung von Migranten und Nichtmigranten wird bereits seit Beginn der „Gastarbeiterzuwanderung“ hingewiesen (Dietzel-Papakyriakou 1993:57). Migranten nutzen als erste Anlaufstelle häufiger Rettungsstellen als Hausärzte und suchen diese öfter in den Abend- und Nachtstunden sowie an Wochenenden auf. Dagegen ist die Teilnahme an Vorsorge- und Früherkennungsuntersuchungen sowie die Nutzung von ambulanten Pflegediensten im Vergleich zur deutschen Bevölkerung unterdurchschnittlich. Dies gilt auch für die Inanspruchnahme von Rehabilitationsleistungen. Generell ist ein geringerer Zugang zu den regulären Angeboten des öffentlichen Gesundheitswesens festzustellen (Knipper/Bilging 2009, Schenk et al. 2009, Kohls 2011:65).

7.4.1.5 Migrationsstatus

Die Inanspruchnahme von Leistungen der Gesundheitsversorgung wird auch von Erfahrungen beeinflusst, die im Zusammenhang mit der Migration stehen. Möglicherweise aus Angst, den Arbeitsplatz oder den aufenthaltsrechtlichen Status zu verlieren, werden medizinische Leistungen in Einzelfällen erst sehr spät in Anspruch genommen. Zudem kann Diskriminierung potenziell auch im Gesundheitswesen erfolgen. Studien zufolge wird sie jedoch nicht als alltägliche Erfahrung oder als häufiges Problem im Gesundheitsbereich genannt (RKI 2008:111).

7.4.2 Interkulturelle Öffnung

Unabhängig vom Migrationshintergrund haben Patientinnen und Patienten vielfältige und unterschiedliche Bedürfnisse. Die generelle Berücksichtigung dieser Unterschiede im Sinne einer „Interkulturellen Öffnung“ erfolgt im Gesundheitswesen bisher nicht durchgängig. Migranten werden von der Regelversorgung „mitversorgt“, ohne dass auf ihre spezifischen Gesundheitsvorstellungen und Lebenslagen eingegangen wird. Der sprachlichen und kulturellen Heterogenität von Patienten und Pflegebedürftigen wird aber in zahlreichen Einzelinitiativen Rechnung

getragen. „Interkulturelle Kompetenz“ wird hierbei als Basisqualifikation von Gesundheitsberufen begriffen. Aus der Zunahme von medizinischen Fachkräften mit Migrationshintergrund kann jedoch nicht zwingend eine Vergrößerung des muttersprachlichen Versorgungsangebotes abgeleitet werden. Die in Deutschland geborenen und/oder zur Schule gegangenen und ausgebildeten Fachkräfte sind hinsichtlich ihrer Fachkompetenz deutschsprachig. Inwieweit diese Personen Dolmetschen können und ob sie als Kulturvermittler auftreten wollen, ist unklar. Es ist davon auszugehen, dass im Zuge des Integrationsprozesses zunehmend mehr Migranten der zweiten und dritten Generation diese Rollen nicht oder nur bedingt ausüben können. Gleichzeitig stellt sich das Problem, dass verstärkt fremdsprachiges Personal im medizinischen und Pflegebereich tätig ist. Interkulturelle Verständigungsprobleme sind daher auch als Interaktion zwischen inländischen Patienten und Pflegebedürftigen sowie medizinischem Personal mit begrenztem Sprachvermögen zu begreifen.

Die Qualität der Kommunikation hat einen großen Einfluss auf die Krankheitsbewältigung und die Mitwirkung der Betroffenen. Bisher ist die Hinzuziehung von Dolmetscherdiensten nur bei stationären Aufenthalten und vor operativen Eingriffen in Kliniken rechtlich gesichert. Eine Befragung von Krankenhäusern ergab jedoch, dass nur eine von fünfunddreißig Einrichtungen professionelle Dienste in Anspruch nimmt. Ganz überwiegend wird auf die sprachliche Vermittlung von Angehörigen und Freunden der Patienten gesetzt (RKI 2008:114). In der ambulanten Versorgung sind Sprachhilfen noch seltener, da Krankenkassen die Kosten für Dolmetscherdienste nicht übernehmen müssen. Insofern ist das Hinzuziehen von mehrsprachigem, nicht aber immer medizinisch geschultem Personal oder von Familienangehörigen gängige Praxis im Gesundheitsbereich. Dies ist jedoch hinsichtlich der Übersetzungsqualität und der Schweigepflicht problematisch. „Gemeindedolmetscherdienste“ und der Ausbau klinikinterner Dolmetscherdienste stellen aber Ansätze zur besseren sprachlichen Verständigung dar (RKI 2008:115).

7.4.3 Zusammenfassung

Insbesondere ältere Migranten fragen Gesundheitsleistungen „anders“ und teilweise seltener nach als die Mehrheitsbevölkerung. Bisher ist das Gesundheitssystem nicht umfassend auf die Versorgung von älteren Migranten eingestellt. Sie stellen aber einen zunehmend größer werdenden Teil der Bevölkerung. Damit steigt auch die Wahrscheinlichkeit, dass sie verstärkt Leistungen des Gesundheitssystems in Anspruch nehmen. Auf-

gabe des Gesundheitssystems ist es daher, neue Wege zu finden, um ältere Migranten adressatengerechter anzusprechen. Sowohl im ambulanten als auch im stationären Sektor sind in den letzten Jahren verschiedene Projekte entstanden, um älteren Migranten einen besseren Zugang zur Gesundheitsversorgung zu ermöglichen. Besondere Bedeutung kommt hierbei der interkulturellen Öffnung der Regeldienste zu.

7.5 Mortalität

Gesundheit und Krankheit hängen eng mit der Sterblichkeit einer Person zusammen. Je häufiger und schwerer eine Person von Erkrankungen bzw. von gleichzeitig mehreren Erkrankungen (Multimorbidität) betroffen ist, desto höher ist auch ihr Sterblichkeitsrisiko. Nachfolgend werden auf der Grundlage der Studien des RKI (2008) und von Kohls (2011) Befunde zur Mortalität von (älteren) Migranten und deren Einflussfaktoren dargestellt.

7.5.1 Studien zur Mortalität von Migranten

Trotz der im Vergleich zu anderen Ländern relativ hohen Zahl an Ausländern bzw. Personen mit Migrationshintergrund sind Untersuchungen zur Mortalität von Migranten im Gegensatz zur Morbidität selten. Der Großteil der Studien zur Mortalität entstammt der epidemiologischen Forschung, die sich eingehender mit dem Paradox der niedrigen Sterblichkeit von Migranten im Vergleich zu Nichtmigranten trotz niedrigerem Sozialstatus beschäftigt (RKI 2008:31, Kohls 2011:71).

Die Gesamtsterblichkeit von Migranten ab 65 Jahren ist bisher nicht umfassend untersucht worden, weil die Bestandszahlen älterer Migranten und die Zahl der Sterbefälle gering waren. Roloff (1997) zeigte anhand amtlicher Daten, dass die Sterblichkeit von Ausländern im Alter von 60 Jahren und älter etwa um 60 % niedriger lag als bei Deutschen. Die Aussagekraft der Befunde war aufgrund der großen Verzerrungen der Bestandszahlen von älteren Migranten jedoch stark eingeschränkt. Scholz (2005) stellte anhand von Daten der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) fest, dass ausländische Rentempfänger eine niedrigere Sterblichkeit als deutsche Rentempfänger aufwiesen. Die Ergebnisse von Salzmann/Kohls (2006) gingen in die gleiche Richtung. Kibele et al. (2008) und Kohls (2009) zeigten dagegen, dass die Sterblichkeit ausländischer Rentempfänger mit Wohnsitz in Deutschland leicht höher als bei deutschen Rentempfängern war. Kibele et al. (2008) stellten zudem fest, dass ausländische Rentempfänger mit niedrigem Sozialstatus eine im Vergleich zu deutschen Rentempfängern besonders niedrige Lebenserwartung aufweisen (Kohls 2011:72ff.).

Eine Analyse der Sterblichkeit einzelner Migrantengruppen anhand der amtlichen Statistik ist schwierig, da eine Differenzierung von Ausländern nicht standardmäßig vorgenommen wird. Lediglich für die großen Migrantengruppen der Türken und Spätaussiedler liegen Sonderauswertungen vor. Zudem gibt es mehrere Studien, die sich mit diesen beiden Migrantengruppen befassen. Razum et al. (1998) untersuchten die Mortalität türkischer Migranten in Deutschland von 1980 bis 1994 und verglichen diese mit der Mortalität der deutschen Bevölkerung und der türkischen Bevölkerung in der Türkei. Türkische Migranten in Deutschland wiesen im gesamten Zeitraum eine niedrigere Sterblichkeit als die deutsche Bevölkerung und eine deutlich geringere Sterblichkeit als die türkische Bevölkerung in der Türkei auf. Auch in Analysen der amtlichen Statistik und des SOEP wiesen türkische Migranten eine niedrigere Sterblichkeit als die deutsche Bevölkerung auf, wobei in höheren Altersgruppen die Unterschiede besonders groß waren.

Hinsichtlich der Sterblichkeit von Spätaussiedlern in Deutschland wurde vor dem Hintergrund einer hohen „Krisensterblichkeit“ in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion eine überraschend niedrige Gesamtsterblichkeit verzeichnet. Diese war geringer als bei der deutschen Bevölkerung, wobei die Sterblichkeitsrisiken in hohen Altersstufen und mit zunehmender Aufenthaltsdauer besonders niedrig waren. Eine Erklärung für dieses Ergebnis könnte sein, dass die Gruppe der Spätaussiedler in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion eine selektierte Bevölkerungsgruppe darstellte, die im Hinblick auf die Gesundheitssituation ein günstigeres Risiko- und Sozialverhalten aufwies als die Mehrheit der ehemals sowjetischen Bevölkerung. Kyobutungi et al. (2005) analysierten die Sterblichkeit von in Nordrhein-Westfalen (NRW) lebenden Spätaussiedlern. Deren Gesamtsterblichkeit war signifikant geringer als die der Gesamtbevölkerung von NRW. Im Vergleich zur Bevölkerung in den Herkunftsländern war die Sterblichkeit sogar deutlich niedriger (Kohls 2011:74ff.).

7.5.2 Befunde zur Sterblichkeit und Lebenserwartung

Die Sterblichkeit von Migranten wurde bisher nur mit wenigen Datengrundlagen analysiert. Ursache hierfür ist die geringe Verfügbarkeit entsprechender Daten. In der Regel stellen Daten der amtlichen Statistik die Grundlage von Sterblichkeitsanalysen dar. Umfangreiche Berechnungen anhand verschiedener Datengrundlagen wurden von Kohls (2011:110ff.) vorgenommen. Nachfolgend werden Ergebnisse zur Sterblichkeit und Lebenserwartung auf der Grundlage von Daten der gesetzlichen Rentenversicherung dargestellt, die sich als besonders valide erwiesen haben.

Mit den GRV-Datensätzen zum Rentenbestand und Rentenwegfall ist es möglich, Berechnungen zur Mortalität von Ausländern im Alter 60 Jahre und älter mit Wohnsitz innerhalb und außerhalb Deutschlands vorzunehmen. Erfasst werden sowohl Personen, die durch den Erwerb von Rentenanwartschaften eine (Regel-)Altersrente beziehen, als auch Personen, die zwischen 60 und 64 Jahre alt sind, noch keine Altersrente, aber eine Erwerbsminderungsrente erhalten.

Festzustellen ist, dass die Mortalitätsunterschiede zwischen der deutschen und ausländischen Bevölkerung mit Wohnsitz in Deutschland seit 1994 zunehmend geringer sind. Seit 2002 weisen ausländische Rentempfänger sogar eine höhere Mortalität als deutsche Rentempfänger auf. Die „durchschnittliche fernere Lebenserwartung im Alter 60“ nahm für ausländische Männer von 1994 bis 2000 von 18,5 auf 19,4 Jahre zu und sank bis 2007 wieder auf 18,8 Jahre. Dagegen stieg der Wert bei deutschen Männern kontinuierlich von 17,6 auf 20,0 Jahre. Der Wert für ausländische Frauen nahm von 1994 bis 2000 von 23,6 auf 24,1 Jahre zu, sank bis 2007 aber wieder auf 23,7 Jahre ab. Für deutsche Frauen stieg die fernere Lebenserwartung im ausgewiesenen Zeitraum nahezu kontinuierlich von 22,5 auf 24,7 Jahre. Die Differenz zwischen ausländischen und deutschen Frauen wandelte sich von -1,1 Jahre 1994 auf +1,0 Jahre 2007. Bei Männern wandelte sich die Differenz etwa im gleichen Umfang von -0,9 Jahre 1994 auf +1,2 Jahre 2007 (Kohls 2011:187f.) (siehe Tabelle 7.3).

Tabelle 7.3: Fernere Lebenserwartung im Alter 60 von Deutschen und Ausländern nach Geschlecht in Jahren, Wohnsitz in Deutschland, GRV, 1994-2007

Jahr	1994	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	Männer								
Deutsche	17,6	19,0	19,3	19,3	19,2	19,7	19,8	20,0	20,0
Ausländer	18,5	19,4	19,4	19,2	19,0	19,3	19,1	18,9	18,8
Differenz	-0,9	-0,4	-0,1	+0,1	+0,2	+0,4	+0,7	+1,1	+1,2
	Frauen								
Deutsche	22,5	23,9	24,1	24,0	23,9	24,3	24,5	24,5	24,7
Ausländer	23,6	24,1	24,1	23,5	23,7	24,0	24,1	23,8	23,7
Differenz	-1,1	-0,2	+/-0	+0,5	+0,2	+0,3	+0,4	+0,7	+1,0

Quelle: Kohls (2011:189, Tab. 5-9).

Über zwei Fünftel der in der GRV registrierten ausländischen Rentempfänger besitzt derzeit einen Wohnsitz außerhalb Deutschlands. Dagegen ist der Anteil bei deutschen Rentempfängern mit Wohnsitz im Ausland mit rund 1 % eher zu vernachlässigen. Bei ausländischen Männern nahm zwischen 1994 und 2007 die Lebenserwartung im Alter 60 von 18,3 auf 21,0 Jahre zu, während bei deutschen Männern ein Anstieg von 18,3 auf 22,2 Jahre festzustellen war. Für Deutsche fiel damit die Zunahme um 1,2 Jahre höher aus. Bei Ausländerinnen wurde ein Anstieg von 24,5 auf 26,2 Jahre und bei deutschen Frauen von 24,3 auf 26,7 Jahre verzeichnet. Damit fiel die Zunahme mit +0,7 Jahren auch bei deutschen Frauen höher aus (Kohls 2011:191) (siehe Tabelle 7.4).

Tabelle 7.4: Fernere Lebenserwartung im Alter 60 von Deutschen und Ausländern nach Geschlecht in Jahren, Wohnsitz außerhalb Deutschlands, GRV, 1994-2007

Jahr	1994	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	Männer								
Deutsche	18,3	22,1	23,2	23,5	22,9	23,2	22,7	21,8	22,2
Ausländer	18,3	19,6	20,1	19,8	19,8	20,4	20,5	20,9	21,0
Differenz	+/-0	+2,5	+3,1	+3,7	+2,1	+2,8	+2,2	+0,9	+1,2
	Frauen								
Deutsche	24,3	25,8	25,8	26,4	26,1	26,3	26,2	26,2	26,7
Ausländer	24,5	25,3	25,5	25,8	25,3	26,0	25,8	26,0	26,2
Differenz	-0,2	+0,5	+0,3	+0,6	+0,8	+0,3	+0,4	+0,2	+0,5

Quelle: Kohls (2011:235, Tab. A-24).

Deutsche mit einem Wohnsitz außerhalb Deutschlands weisen eine um rund zwei Jahre höhere Lebenserwartung auf als Deutsche mit einem Wohnsitz in Deutschland. Ursache hierfür ist der Zusammenhang von Sozialstatus und Gesundheit. Die ebenfalls um rund zwei Jahre höhere Lebenserwartung ausländischer Personen mit einem Wohnsitz außerhalb Deutschlands kann durch selektive Rückwanderungsprozesse ehemaliger Zuwanderer erklärt werden. Anzunehmen ist, dass nach Eintritt in den Ruhestand eine Remigration in das Herkunftsland eher bei guter Gesundheit erfolgt. Bei Personen mit eingeschränkter Gesundheit ist dagegen eher ein Verbleib in Deutschland zu erwarten.

Bei der Analyse der altersspezifischen Sterblichkeit von Männern zeigt sich, dass in den Jahren 1995 und 2000 die Sterblichkeit von Ausländern in den Altersgruppen 60 - 69 Jahre und 85 Jahre und älter unter den Werten

von Deutschen lag. Für die Jahre danach zeigt sich jedoch, dass Ausländer in den Altersgruppen zwischen 60 und 79 Jahren ungünstigere Werte der Sterblichkeit aufweisen als deutsche Männer. Dagegen lagen in den Altersstufen ab 85 Jahren die Werte darunter. Dieser Verlauf, der auch bei einer Analyse ausländischer und deutscher Frauen festgestellt wurde, deutet auf einen Kohorteneffekt. Zu vermuten ist, dass im Jahr 2005 zunehmend ausländische Personen ihr Renteneintrittsalter erreicht haben, die im Zuge der „Gastarbeiteranwerbung“ nach Deutschland kamen und häufig Tätigkeiten unter belastenden Arbeitsbedingungen ausübten. Dadurch kam es langfristig zu einer Verschlechterung des ursprünglich überdurchschnittlich guten Gesundheitszustandes. Zusätzlich wirkte sich vermutlich eine anhaltende sozioökonomische Benachteiligung aus, die letztlich zu einer sozial bedingten geringeren Lebenserwartung von Migranten führte (Kohls 2011:193).

Mit den GRV-Daten kann auch die Mortalität einzelner Ausländergruppen im Alter 60 Jahre und älter untersucht werden. Der Großteil sind Personen aus den ehemaligen Anwerbeländern Italien, Spanien, Griechenland, Portugal und Türkei. Diese stellten in den 1950er bis 1970er Jahren die Mehrheit der Zuwanderer, sodass sie im Vergleich zu anderen Ausländergruppen bereits eine überdurchschnittlich „alte“ Bevölkerungsstruktur aufweisen. Betrachtet man die durchschnittliche Lebenserwartung im Alter 60, dann besitzen sowohl Männer als auch Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien mit 16,8 bzw. 22,4 Jahren eine deutlich geringere Lebenserwartung als die Vergleichsgruppen (siehe Tabelle 7.5) (Kohls 2011:195).

Tabelle 7.5: Fernere Lebenserwartung im Alter 60 von Deutschen und einzelnen Ausländergruppen nach Geschlecht in Jahren, Wohnsitz in Deutschland, GRV, 2007

Türkei	Ex-Jugoslawien	Südeuropäische Anwerbeländer	Deutschland
Männer			
20,4	16,8	18,4	19,7
Frauen			
24,2	22,4	24,2	24,4

Quelle: Kohls (2011:194, Tab. 5-10).

Die prozessproduzierten Daten der GRV schließen Verzerrungen bei Bestandszahlen und Sterbefällen von Ausländern weitgehend aus. Es zeigt sich, dass die ursprüngliche Übersterblichkeit der deutschen Bevölkerung

gegenüber der ausländischen Bevölkerung seit 1994 rückläufig ist und sich seit 2002 in eine Übersterblichkeit der ausländischen Bevölkerung gewandelt hat. Im Vergleich zur deutschen Bevölkerung weisen ausländische Personen oberhalb Alter 60 höhere Sterblichkeitsrisiken auf, wobei die höchsten Werte in der Altersgruppe der 65- bis 69-Jährigen verzeichnet wurden. Diese Übersterblichkeit ist vermutlich zum einen durch die zunehmende Zahl ehemaliger „Gastarbeiter“ in der Rentenbestandsstatistik und zum anderen durch selektive Rückwanderungen verursacht, die vor allem in der Zeit kurz nach dem (Regel-)Renteneintrittsalter vollzogen wurden. In höheren Altersgruppen sind dagegen bisher nur wenige ehemalige Gastarbeiter enthalten. Bei diesen Personengruppen findet kaum noch eine (selektive) Remigration statt, sodass die Übersterblichkeit ausländischer Personen im Vergleich zur deutschen Bevölkerung wieder rückläufig ist (Kohls 2011:211).

7.5.3 Morbidität und Mortalität im Wandel

Differenzen in der Morbidität und Mortalität von Migranten und Nichtmigranten beruhen auf verschiedenen Ursachen. Sie können durch „mitgebrachte“ Gesundheitsrisiken, beibehaltene Ernährungs- und Verhaltensweisen, selektive Auswahlprozesse (Healthy-Migrant-Effect) und Auswirkungen gesundheitsbelastender Lebens- und Arbeitsweisen im Herkunfts- und Zielland begründet sein. Zudem haben Unterschiede in der Nutzung des Gesundheitssystems einen Einfluss. Trotz der häufig festgestellten sozioökonomischen Benachteiligung von Migranten weisen diese in verschiedenen Datenquellen eine geringere Morbidität und Mortalität auf als die einheimische Bevölkerung. Dies steht im Gegensatz zu dem bekannten Zusammenhang von sozialer Marginalisierung und erhöhter Morbidität und Mortalität. Aufgrund dieses Widerspruchs wird daher von einem „Paradox“ gesprochen.

Zur Begründung von Morbiditäts- und Mortalitätsunterschieden gibt es verschiedene Erklärungsansätze. Der populärste Ansatz geht von Auswahlprozessen bei der Migration aus. Migranten stellen eine selektierte Personengruppe dar, die im Vergleich zur nichtwandernden Bevölkerung des Herkunfts- und Ziellandes überdurchschnittlich gesund ist. Der Healthy-Migrant-Effect erzeugt – wie weiter oben ausgeführt – zeitlich befristet einen Morbiditätsvorteil. Dieser nimmt mit zunehmendem Aufenthalt im Zielland aber immer weiter ab, was auf dem niedrigen sozioökonomischen Status von Migranten beruht. Allerdings weisen verschiedene Migrantengruppen auch bei längerer Aufenthaltsdauer und damit einhergehender sozialer Benachteiligung eine günstigere Morbidität als Nichtmigranten auf.

Ein zweiter Erklärungsansatz geht von einem „gesundheitlichen Übergang“ aus. Gemeint ist ein Übergang von einer insgesamt hohen Sterblichkeit überwiegend an Infektionskrankheiten sowie kindlichen und mütterlichen Todesfällen hin zu einer insgesamt niedrigen Sterblichkeit überwiegend an chronischen, nicht übertragbaren Erkrankungen („Zivilisationskrankheiten“). Dieser Prozess ist in Industrieländern viel weiter fortgeschritten als in Schwellen- oder Entwicklungsländern. Differenzielle Unterschiede bei einzelnen Krankheiten werden damit begründet, dass sich Migranten im Herkunfts- und Zielland in unterschiedlichen Phasen des gesundheitlichen Überganges befinden, sodass Migranten nach der Zuwanderung noch längere Zeit eine geringere Morbidität und Mortalität aufweisen.

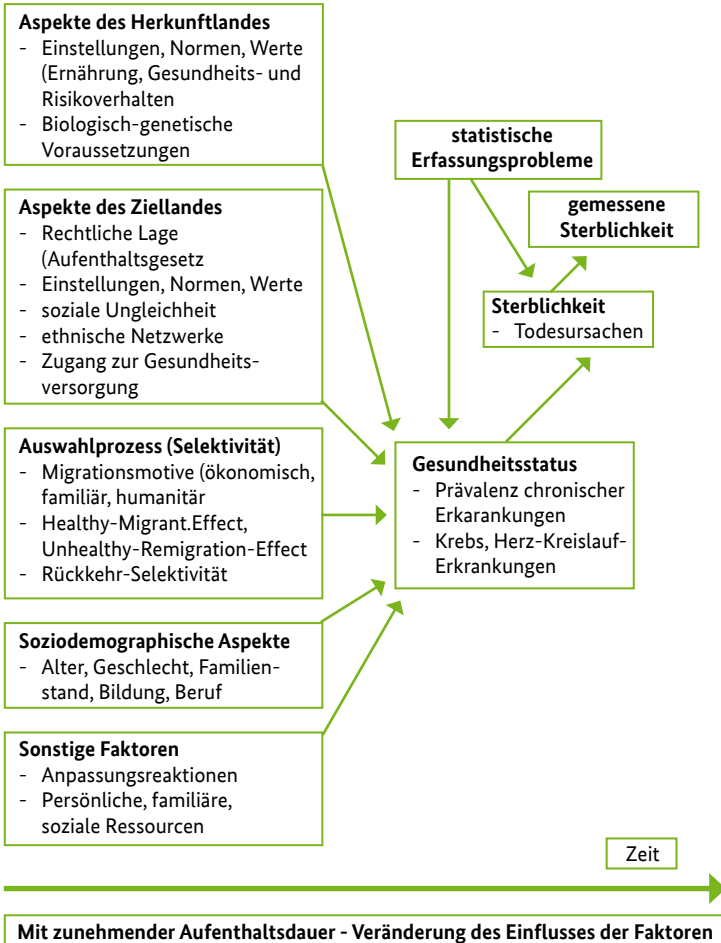
Darüber hinaus werden methodische Probleme bei der statistischen Erfassung von Migranten angeführt. Selektive Rückwanderungsprozesse erschweren die Interpretation des Healthy-Migrant-Effect, da ein Teil der ursprünglichen Zuwanderer remigriert, wodurch Verzerrungen hervorgerufen werden. Ungeklärt ist, ob mehr gesunde oder kranke Migranten zurückwandern, sodass auch unsicher ist, ob mehr gesunde oder kranke Migranten im Zielland verbleiben. Zudem ist der Bestand an Migranten in den Daten der Bevölkerungsstatistik häufig verzerrt, da eine Abwanderung mitunter nicht erfasst wird. Infolge der Überschätzung des Bevölkerungsbestandes und der Unterschätzung von Krankheits- und Sterbefällen von Migranten ergibt sich zwangsläufig eine Unterschätzung der erfassten Morbidität und Mortalität von Migranten.

Das nachfolgend adaptierte Modell von Schenk (2007) und Kohls (2008) zur Beschreibung der Gesundheit und Sterblichkeit von Migranten fasst verschiedene Einflussfaktoren zusammen (siehe Abbildung 7.3). Hierzu zählen Aspekte des Herkunfts- und des Ziellandes, Auswahlprozesse (Selektivität) sowie soziodemographische und sonstige Faktoren, wobei sich die Stärke der Einflüsse in Abhängigkeit von der Aufenthaltszeit verändert – analog zum Modell der Einflussgrößen auf die Gesundheit von Migranten im Lebensverlauf von Spallek/Razum (2008).

Differenzierte Forschungsergebnisse zur Morbidität und Mortalität von Migranten sind erforderlich, um bestehende und zukünftige Risiken und Ungleichheiten im Vergleich zu Nichtmigranten identifizieren zu können. Höhere Sterblichkeitsrisiken gehen in der Regel mit vorherigen höheren Gesundheits- und Pflegebedürftigkeitsrisiken einher. Erkenntnisse zur Pflegebedürftigkeit von Migranten sind bisher kaum vorhanden. Aufgrund einer erwarteten Zunahme älterer Migranten dürften Dienste und

Einrichtungen der Pflege in Zukunft aber verstärkt nachgefragt werden. Zentrale Bedeutung kommt daher der Abschätzung zu, wie sich die Pflegebedürftigkeit von Migranten in den kommenden Jahren entwickeln wird und wie Pflegeleistungen nachgefragt werden.

Abbildung 7.3: Modell zur Beschreibung der Morbität und Mortalität von Migranten



Quelle: Kohls (2008:31, 2011:102).

7.6 Pflegebedürftigkeit

7.6.1 Einführung

In Zukunft werden aufgrund der Zunahme an älteren Menschen wahrscheinlich deutlich mehr Pflegebedürftige leben. Gleichzeitig schrumpft das Erwerbspersonenpotenzial, sodass sich die Frage nach einer adäquaten Versorgung von Pflegebedürftigen stellt. Hinsichtlich der Pflegebedürftigkeit von Migranten liegen bisher nur wenige Daten und Studien vor, die zudem in der Regel regional bzw. lokal beschränkt sind. Dies ist insofern unbefriedigend, da die Zahl der ausländischen Personen im Alter von über 64 Jahren zwischen 1990 und 2010 von 146.000 um fast das Fünffache auf 703.000 zugenommen hat. Auch die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund in dieser Altersgruppe nahm zwischen 2005 und 2010 um rund 300.000 von 1,2 Mio. auf 1,5 Mio. zu. Dieser Trend wird bei gegebener demographischer Entwicklung anhalten, sodass vermehrt auch Migranten von Pflegebedürftigkeit im Alter betroffen sein dürften. Mit einer Zunahme des Pflegebedarfs ist bereits in der gegenwärtigen Dekade zu rechnen, wenn verstärkt mehr Arbeitsmigranten der ersten Generation 70 Jahre und älter werden. Der wachsende Pflegebedarf beruht aber nicht nur auf der zunehmenden Zahl an älteren Migranten, sondern dürfte auch Folge der während des Arbeitslebens erfahrenen gesundheitlichen Belastungen sein.

Die Art der Versorgung von Pflegebedürftigen wird entscheidend sein für den zukünftigen Bedarf an professionellen Pflegearbeitskräften. Mit Blick auf ältere Migranten ist neben der Nachfrage auch das Angebot von Pflegeleistungen von gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Bedeutung. Personen mit Migrationshintergrund könnten Personalengpässe schließen sowie zu einer verstärkten interkulturellen Sensibilität im Gesundheits- und Pflegewesen beitragen.

7.6.2 Forschungsstand und Datenlage

Seit Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung im Jahr 1995 liefert die amtliche Statistik Daten zu Angebot und Nachfrage ambulanter und stationärer Versorgung sowie zur Inanspruchnahme von Pflegegeldleistungen im Rahmen häuslicher Versorgung durch Angehörige. Statistiken sind seit 1999 zweijährlich erhältlich. In Verbindung mit der regelmäßigen Berichterstattung des Bundesministeriums für Gesundheit werden grundlegende Informationen zur Pflegeversorgung der Bevölkerung insgesamt bereit gestellt. Aufgrund fehlender Differenzierungen sind anhand der beiden Datengrundlagen allerdings keine Aussagen zur Pflegebedürftigkeit von Ausländern und Personen mit Migrationshintergrund möglich (Kohls 2010:123, 2012a:48).

Eine Auswertung von pflegebezogenen Daten unter dem Aspekt der Migrations sensitivität zeigt, dass Menschen mit Migrationshintergrund in der pflegerischen Versorgung weder als Klienten und Pflegebedürftige noch als Dienstleistungsanbieter ausgewiesen werden (Habermann et al. 2009:3, Habermann/Schenk 2010b:85). Die nachfolgende Übersicht 7.2 verdeutlicht, dass bei keiner Datenquelle ein Migrationsstatus erhoben wird. Ebenso werden auch keine Daten erhoben, die Hinweise auf die soziale Lage der Leistungsbezieher geben können. Betreute Personen werden weitgehend nur nach Alter, Geschlecht, Pflegestufe und Art der Pflegeleistungen erfasst. Auch die Statistik der Gesundheits- und Pflegeberufe enthält keine Hinweise, ob und in welchen Sektoren und mit welchem Ausbildungsniveau Personen mit Migrationshintergrund beschäftigt sind. Nur mittels Mikrozensus können Informationen zur gesetzlichen Pflegeversicherung abgeleitet werden. Neuerdings sind jedoch auf der Grundlage einer Studie zu den „Wirkungen des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes“ repräsentative Aussagen zu pflegebedürftigen Personen und Pflegekräften mit Migrationshintergrund möglich (BMG 2011).

Mit der Zunahme älterer Migranten wird ein erheblicher Pflege- und Hilfebedarf für diese Bevölkerungsgruppe unterstellt. Dieser Bedarf soll kultursensitiv befriedigt werden, um von der Bevölkerung angenommen zu werden und um die Pflegequalität zu sichern. Fehlende oder unzureichende migrationssensitive Daten der Pflegeberichterstattung erschweren jedoch die Einschätzung aktueller und zukünftiger Bedarfe einer vielschichtigen Migrantenbevölkerung. Ebenso fehlen Informationen zur subjektiven Einschätzung der eigenen Bedürftigkeit.

Übersicht 7.2: Migrationsstatus in Datenquellen der Pflegeberichterstattung

Datenquellen	Datenhalter/ Verantwortlich für Zusammen- stellung	Gesetzliche Grundlage	Migrations- spezifische merkmale	PBE-Daten einsehbar
Bundesstatistik zu Pflege- und Gesundheits- berufen	Länder, Bund	Sekundär- statistik	Keine	Zweijährlich veröffentlicht in der Bundesstatistik zu Gesundheits- berufen
Berichterstattung zur Entwicklung der Pflegever- sicherung	Länder, Bund	SGB XI, § 10, Berichtverant- wortlicher: BMGS – berichtet wird alle 3 Jahre	Keine in Bezug auf in Deutsch- land lebende Migranten; nur Aussagen zu Begutachtungen in EU- und EWR- Staaten	Veröffentlichung: BMGS
Bericht der MDS zur Qualität in der ambulanten Versorgung 2004, 2007	MDS	SGB XI, § 118, 4	Keine	MDS, dreijährlich
Pflegebericht- erstattung des MDS	MDS	SGB XI, § 53a, Satz 1,	Keine	MDS- Veröffentlichungen
Bericht entspre- chend der Pflegestatistik- Verordnung	Land, Bund	§ 109 (seit 1999) SGB IX	Keine	Stat. Bundesamt, BMGS
Gesundheits- berichterstat- tung des Bundes, Themenschwer- punkt „Pflege“	Robert-Koch- Institut, Statistisches Bundesamt	Zusammen- stellung und Diskussion Primär- und Sekundär- statistiken	Keine	Robert-Koch-Institut, Stat. Bundesamt Gesundheitsbericht- erstattung

Quelle: Habermann et al. (2009:3).

7.6.3 Rahmenbedingungen der Pflegeversicherung

Die „soziale Pflegeversicherung“ wurde als fünfte Säule der gesetzlichen Sozialversicherung im Jahr 1995 eingeführt, wobei eine Versicherungspflicht besteht. In § 14 Abs. 1 SGB XI werden Personen als pflegebedürftig definiert, die „wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkeh-

renden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens (...) in erheblichem oder höherem Maß der Hilfe bedürfen.“ Entsprechend des Umfangs des Hilfebedarfs werden die Betroffenen einer von drei Pflegestufen zugeordnet, wobei in Pflegestufe 1 erhebliche Pflegebedürftigkeit vorliegen muss, in Pflegestufe 2 Schwerpflegebedürftigkeit und in Pflegestufe 3 Schwerstpflegebedürftigkeit.

Das Ausmaß des Pflegebedarfs korreliert mit der in Anspruch genommenen Versorgungsart. Für die Betroffenen und ihre Angehörigen besteht die Möglichkeit, zwischen einer häuslichen Betreuung mit oder ohne Hilfe ambulanter Dienste und einer stationären Versorgung zu wählen. Neben dem Pflegebedarf sind hier vor allem die häuslichen Ressourcen sowie regionale Versorgungsstrukturen und Unterstützungsangebote ausschlaggebend (Hoffmann/Nachtmann 2007:16). Die häusliche Pflege geht der stationären Pflege voran, damit Pflegebedürftige möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. In der ambulanten Versorgung unterscheidet man zwischen Pflegesachleistungen und Pflegegeld. Der ambulante Pflegedienst soll die Pflegebedürftigen und deren Angehörigen bei der Pflege zu Hause unterstützen. Sofern Pflegegeld in Anspruch genommen wird, muss die häusliche Pflege durch Angehörige oder andere Personen gesichert sein. Der Bereich der stationären Pflege unterteilt sich in teilstationäre und vollstationäre Pflege, wobei wiederum eine Kurzzeitpflege und eine Dauerpflege unterschieden werden kann.

7.6.4 Betroffenheit von Pflegebedürftigkeit

Das Pflegerisiko steigt mit dem Alter. Vier von fünf pflegebedürftigen Menschen sind 65 Jahre oder älter. Nur 1 % der unter 65-Jährigen ist pflegebedürftig, aber 20 % der über 80-Jährigen. Bei den über 90-Jährigen ist beinahe jeder Zweite auf Pflegeleistungen angewiesen. Mit steigendem Alter überwiegen zudem die höheren Pflegestufen.

Neben dem Alter ist das Pflegerisiko auch vom Geschlecht abhängig. Frauen sind nicht nur sehr viel stärker von Pflegebedürftigkeit betroffen als Männer, ihr Bedarf an Pflege wächst im Alter deutlich schneller als bei Männern. Ein Grund für den hohen Anteil weiblicher Pflegebedürftiger besteht darin, dass Frauen länger leben und der Pflegebedarf mit dem Alter ansteigt. Die höhere Lebenserwartung erklärt jedoch nicht deren höhere Pflegeprävalenzen. Ursachen hierfür sind unter anderem in den geschlechtsspezifischen Gesundheitsbedingungen und Krankheitsbildern älterer Menschen zu finden. Frauen leiden häufiger als Männer an chronischen Krankheiten und Multimorbidität. Sie haben nicht unmittelbare

Todesfolgen, schränken jedoch eine autonome Lebensführung nachhaltig ein und verursachen langfristigen Pflegebedarf. Auch die ab 80 Jahren zunehmend auftretenden demenziellen Erkrankungen sind vor allem für Frauen ein Risiko, da mehr Frauen als Männer ein höheres Alter erreichen. Zudem dürfte der Familienstand Einfluss auf die höheren Pflegeprävalenzen von Frauen haben. Im Gegensatz zu Männern sind sie häufiger frühzeitig verwitwet bzw. alleinstehend und können deshalb auf weniger Unterstützung im familiären Umfeld zurückgreifen, wenn ein Hilfe- und Pflegebedarf entsteht (Hoffmann/Nachtmann 2007:10).

7.6.5 Vorstellungen über Pflege und Versorgung im Alter

Die Vorstellungen, die ältere Migranten über ihre Versorgung im Alter haben, unterscheiden sich nur wenig von denen der älteren Deutschen. Beide Gruppen erwarten Hilfe vor allem vom Partner und von den Kindern. Allerdings verfügen nicht alle älteren Migranten über Angehörige in Deutschland oder in erreichbarer Nähe. Auch bei Migranten herrscht die Meinung vor, dass Familienangehörige die Pflege nicht allein oder in ausreichendem Maße leisten können (Paß 2006). In einer Befragung älterer Migrantinnen waren diese überwiegend der Auffassung, dass ihre Kinder die Pflege nicht übernehmen können bzw. werden (Matthäi 2004). Die Kinder sind meist selbst erwerbstätig, verfügen teilweise nur über kleine Wohnungen und geringe finanzielle Ressourcen und haben oft nur unzureichende Gesundheits- und Pflegekenntnisse. Erfahrungsberichte aus der Pflegepraxis verweisen auf fehlende Ressourcen im häuslichen Pflegealltag wie wohnräumliche Bedingungen, Überforderung der Angehörigen und Tabuisierung von für die Pflege wichtigen Themen (Schenk 2008). Hinzu kommt, dass ganz überwiegend Frauen (Ehefrauen, Töchter, Schwiegertöchter) die Pflege wahrnehmen, deren Verfügbarkeit zur häuslichen Hilfe aufgrund des demographischen und sozialen Wandels aber abnimmt.

Auch wenn die Kinder den Wunsch haben, ihre Eltern im Alter zu pflegen, kann dieser aufgrund fehlender Möglichkeiten häufig nicht umgesetzt werden. Dieses Problem wird, wie auch bei deutschen Älteren, oftmals verdrängt, bis akuter Pflegebedarf eintritt. Hinzu kommen Schamgefühle, fremde Hilfe in Anspruch zu nehmen, die eigentlich von der Familie zu leisten wäre. Trotz der starken Belastung pflegender Angehöriger werden ambulante Pflegedienste häufig erst im Notfall eingeschaltet. Zudem leiden ältere Menschen mit eigener Migrationserfahrung häufig unter Schuldgefühlen gegenüber den eigenen Eltern. Aufgrund der Auswanderung war es ihnen nicht möglich, sich um die Eltern zu kümmern. Vielfach

fehlen ihnen daher auch Erfahrungen im Umgang mit Älterwerden und Hinfälligkeit.

Die Nutzung von Angeboten der Altenpflege ist für Migranten teilweise erschwert, was im Zusammenhang mit dem Versorgungssystem und seiner zielgruppenspezifischen Ausrichtung steht. Die vielfältigen Angebote sind oft wenig bekannt oder werden nicht wahrgenommen. Ursachen hierfür können, wie oben ausgeführt, Informationsdefizite, Sprachprobleme und kulturell begründete Vorbehalte gegenüber deutschen Institutionen sein. Ursache kann aber auch sein, dass man auf die Hilfe der Kinder vertraut und hinsichtlich des Aufenthaltsortes im Alter unentschlossen ist. Insgesamt ist bei Personen mit Migrationshintergrund eine im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund größere Distanz zur Inanspruchnahme professioneller Pflege festzustellen (BMG 2011).

In vielen Institutionen der Altenhilfe und -pflege stellt man sich schon länger auf die besonderen sprachlichen und kulturellen Bedürfnisse von älteren Menschen mit Migrationshintergrund ein. Dies gilt für ambulante und stationäre Angebote gleichermaßen. Um ältere Migranten besser über bestehende Angebote zu informieren und die Altenhilfe auf diese „neue“ Zielgruppe vorzubereiten, wurden bereits Anfang 2000 der „Arbeitskreis Charta für eine kultursensible Altenhilfe (2000)“ und die Informationsreihe „Älter werden in Deutschland (2001)“ initiiert. Zudem werden im Rahmen von Modellprogrammen zur Verbesserung der Versorgung pflegebedürftiger Migranten Projekte gefördert (RKI 2008:103). Darüber hinaus zielen verschiedene Angebote auf die allgemeine Unterstützung von familialen und ehrenamtlichen Pflegepersonen ab (Tesch-Römer/Mardorf 2009:201ff.).

7.6.6 Entwicklung der Pflegebedürftigkeit

Im Jahr 2009 gab es 2,34 Mio. Pflegefälle (Kohls 2012a:58). Seit Einführung der Pflegestatistik hat sich die Zahl der Pflegebedürftigen kontinuierlich erhöht. Von 1999 bis 2007 stieg die Zahl von 2,02 Mio. um 231.000 auf knapp 2,25 Mio., was einer Zunahme um 11,4 % entspricht. Die Zunahme der Pflegebedürftigen verteilt sich dabei nicht gleichmäßig auf alle drei Pflegestufen. Während die Zahl an Personen in den Pflegestufen 2 und 3 im betrachteten Zeitraum nahezu konstant blieb, entfällt nahezu der gesamte Zuwachs auf Eintritte in die Pflegestufe 1.

Von den 2,25 Mio. Pflegebedürftigen im Jahr 2007, wovon 32,4 % Männer sind, werden 1,03 Mio. bzw. 46 % durch Angehörige versorgt. Rund 504.000

bzw. 22 % der Betroffenen werden zu Hause durch ambulante Pflegedienste betreut, während 709.000 bzw. 32 % in Pflegeheimen untergebracht sind. Von 1999 bis 2007 hat sich die Art der Versorgung verändert: Die Zahl der pflegenden Angehörigen ist weitgehend konstant geblieben (+5.695), während die ambulanten Pflegedienste (+88.943) und vor allem die Heimunterbringung (+136.100) deutlich zugenommen haben. Die Professionalisierung der Pflege, d.h. die Betreuung durch ambulante Pflegedienste und die Unterbringung in Pflegeheimen, ist dabei positiv mit der Pflegestufe korreliert. So sind von allen Pflegebedürftigen in Pflegestufe 1 (1,15 Mio.) nur 22 % (253.000) stationär untergebracht, während der Anteil in Pflegestufe 3 (292.000) rund 50 % (145.000) beträgt (Pohl 2010:359).

Die zukünftige Zahl der Pflegebedürftigen ist eng an die weitere Bevölkerungsentwicklung geknüpft. Aufgrund der sinkenden Zahl an Geburten bei gleichzeitiger Zunahme der Sterbefälle wird sich der Bevölkerungsrückgang in den nächsten Jahren beschleunigen. Die derzeitige Bevölkerung von 82,1 Mio. in 2007 könnte bis 2020 um 2,8 % auf 79,9 Mio. zurückgehen (Statistisches Bundesamt 2009). Während die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Bevölkerungsgröße eher moderat sind, wird es gravierende Verschiebungen in der Altersstruktur geben, die wiederum für den Pflegebereich relevant sind. Die Kombination aus Bevölkerungsrückgang und Zunahme von älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung hat für den Pflegebereich zwei Konsequenzen. Zum einen wird das Potenzial an Arbeitskräften und damit auch die Zahl an potenziellen Pflegekräften zurückgehen, da die Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung (20- bis 64-Jährige) sinken wird. Zum anderen wird die Zahl der Pflegebedürftigen weiter ansteigen, da mehr Ältere und damit potenziell mehr Pflegebedürftige leben.

Theoretisch sind für die hinzugewonnene Lebenszeit drei Szenarien hinsichtlich der Pflegebedürftigkeit denkbar. Im Status-quo-Szenario verändert sich das altersabhängige Pflegefallrisiko in den kommenden Jahren nicht. Die Pflegebedürftigkeit verschiebt sich parallel zur Erhöhung der Lebenserwartung lediglich nach oben. Denkbar ist aber auch ein unter- bzw. überdurchschnittlicher Zuwachs an gesunden Lebensjahren – im Sinne der Expansions- (oder Medikalierungs-) bzw. Kompressionsthese. Nach der Expansions- (oder Kompressionsthese) werden die durch zurückgehende Sterberisiken gewonnenen Lebensjahre in Krankheit bzw. Pflege verbracht. Durch den medizinischen Fortschritt wird das Sterben nur hinausgezögert. Dagegen geht die Kompressionsthese davon aus, dass der medizinische Fortschritt und eine gesundheitsbewusste Lebensweise dazu beitragen,

dass die Menschen nicht nur länger leben, sondern auch gesünder altern. Die Menschen werden daher auch später pflegebedürftig, wobei sich die Pflegephase auf eine kurze Zeit vor dem Tod beschränkt. Die vorliegenden Ergebnisse deuten auf eine Zunahme der Lebenserwartung in Gesundheit hin (Kroll/Ziese 2009:105).

Die amtliche Statistik hat eine (regionalisierte) Vorausberechnung der Pflegebedürftigen bis 2020 vorgenommen. Zudem liegen Berechnungen für den Zeitraum bis 2050 vor (Bomsdorf 2008, Statistisches Bundesamt 2009). Auf der Grundlage des Status-quo-Szenarios wird bis zum Jahr 2020 mit einem Anstieg von rund 650.000 Pflegebedürftigen auf knapp 2,9 Mio. errechnet. Dies entspricht gegenüber 2007 einem Zuwachs von rund 30 %. Im bundesdeutschen Durchschnitt werden in 2020 rund 364 Pflegebedürftige je 10.000 Einwohner leben, 2007 waren es noch 274 Personen (siehe Tabelle 7.6).

Tabelle 7.6: Zahl der Pflegebedürftigen in 2007 und 2020

Deutschland	2007		2020	
	Pflegebedürftige in 1.000	Pflegebedürftige je 10.000 Einwohner	Pflegebedürftige in 1.000	Pflegebedürftige je 10.000 Einwohner
	2.247	274	2.911	364

Quelle: Statistisches Bundesamt; Pohl (2010:366, Tab. 2).

Neben den Vorausberechnungen der Pflegebedürftigen ist für die Pflegeversorgung entscheidend, wie sich die Pflegebedürftigen auf die verschiedenen Pflegearrangements zukünftig verteilen, in welchem Umfang eine Versorgung zu Hause durch Angehörige und ambulante Pflegedienste sowie in Pflegeheimen zu erwarten ist. Wie Pohl (2010) darlegt, wird im Basisszenario angenommen, dass die Verteilung der Pflegebedürftigen auf die verschiedenen Versorgungsformen auch in Zukunft der gegebenen Verteilung des Jahres 2007 entspricht. In allen Versorgungsformen werden zwar zukünftig um ca. 30 % mehr Pflegebedürftige versorgt, an der grundlegenden Verteilung nach der Versorgungsart ändert sich jedoch nichts.

Dem Basisszenario liegt die Annahme zu Grunde, dass sich zukünftig auch die Zahl der pflegenden Angehörigen erhöht. Dies ist jedoch kritisch zu beurteilen, da soziodemographische Vorausberechnungen zur Verfügbarkeit von Pflegeverantwortung und Studien zur familiären Pflegebe-

reitschaft den Schluss nahelegen, dass das Angebot an pflegenden Angehörigen zukünftig nicht zunehmen, sondern vielmehr abnehmen wird (Blinkert/Gräf 2009, Tesch-Römer/Mardorf 2009).

- Dies ist erstens auf die anhaltend niedrige Geburtenhäufigkeit und den Anstieg der Kinderlosigkeit zurückzuführen. Als Folge davon ist das familiäre Pflegepotenzial rückläufig.
- Zweitens ist ein Trend zu weniger stabilen Partnerschaften zu beobachten, sodass neben der Pflege durch die eigenen Kinder auch die Pflege durch den Partner abnehmen könnte.
- Drittens zeigen Bevölkerungsvorausberechnungen, dass vor allem bei den über 80-Jährigen ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen sein wird („doppeltes Altern“). Hochbetagte haben die höchste Wahrscheinlichkeit pflegebedürftig zu werden, zumal demenzielle Erkrankungen im höheren Alter erheblich zunehmen. Gleichzeitig verfügen sie aber über ausgedünnte familiäre und soziale Netzwerke.
- Viertens hat die berufliche und soziale Mobilität zugenommen. Damit ist auch die räumliche Entfernung zwischen Eltern und Kindern vielfach gestiegen, was wiederum mit einer Abnahme der Familienpflege einhergeht.
- Fünftens wirkt sich ein Anstieg der Erwerbstätigkeit negativ auf das familiäre Pflegepotenzial aus. Zum einen liegt ein allgemeiner Trend zur beruflichen Höherqualifizierung von Frauen und Männern vor. Mit steigendem Qualifikationsniveau steigt auch die Erwerbsquote, eine Erwerbstätigkeit hat jedoch einen Rückgang der Familienpflege zur Folge. Zum anderen steigt vor allem auch die Erwerbstätigkeit von Frauen, sodass sich Frauen immer weniger in der Lage sehen, neben ihrer Berufstätigkeit auch Pflegetätigkeiten zu übernehmen. Dies ist insofern problematisch, da Frauen bisher zu 80 % die Hauptpflegeperson sind. Studien zeigen, dass die häusliche Versorgung durch Angehörige oder Freunde stark mit der sozialen Schichtzugehörigkeit variiert. Vor allem in statushöheren Milieus haben die Opportunitätskosten, der Verzicht auf Einkommen aus Erwerbstätigkeit, eine große Bedeutung für die Entscheidung, Angehörige zu pflegen. Generell gilt: je höher das Einkommen, desto geringer die Pflegebereitschaft.
- Sechstens zeichnet sich durch die Abschaffung des Vorruhestandes und die Anhebung der gesetzlichen Altersgrenze für die Regelaltersrente bereits ab, dass die Beschäftigten länger

berufstätig sind. Zunehmende und längere Erwerbstätigkeit vor allem von Frauen erschwert jedoch die Pflege von Angehörigen, wobei Frauen aufgrund der veränderten Generationenabstände vielfach sogar einer Mehrfachbelastung unterliegen.

Aus heutiger Sicht sprechen somit mehrere Gründe dagegen, dass das bisherige Ausmaß an Versorgung von Pflegebedürftigen durch Angehörige beibehalten wird. Durch die Einführung der „Familienpflegezeit“ dürfte die familiäre Pflege bestenfalls gefestigt, nicht aber erhöht werden, so dass die ambulante und stationäre Pflege weiter an Bedeutung gewinnen dürfte. Bereits seit Jahren zeigt sich eine deutliche Verschiebung hin zur stationären Versorgung in allen drei Pflegestufen. Besonders auffällig ist hierbei die Zunahme von Personen mit Pflegestufe 1 in stationären Einrichtungen. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass eine Betreuung durch Angehörige immer weniger geleistet werden kann (Hoffmann/Nachtmann 2007:17f.).

Vor diesem Hintergrund hat Pohl (2010:368) ein Alternativszenario gerechnet, bei dem das Niveau der pflegenden Angehörigen auf dem Niveau des Jahres 2007 festgeschrieben wird. Die Zahl der Pflegebedürftigen entspricht dem Status-quo-Szenario, die Verteilung auf die einzelnen Versorgungsformen fällt jedoch unterschiedlich aus. Gegenüber 2020 würde sich die Zahl der zu Hause versorgten Pflegebedürftigen um 5 % verringern. Dagegen fallen die Anstiege in der ambulanten Versorgung (+57 %) und im stationären Bereich (+61 %) erheblich höher aus als im Basisszenario. Die beiden Szenarien zeigen, in welchem Korridor sich die Zahl der zukünftigen Pflegebedürftigen, die professionell versorgt werden müssen, bewegen könnte. Hierbei wird deutlich, dass zwischen privater und professioneller Pflege ein hohes Substitutionspotenzial besteht, was mit einem wachsenden Bedarf an professionellen Pflegearbeitskräften einhergeht (siehe Tabelle 7.7).

Tabelle 7.7: Zahl der Pflegebedürftigen nach Versorgungsart 2020

Deutschland	Zu Hause		Ambulant		Stationär		Insgesamt
	Absolut in 1.000	Veränderung	Absolut in 1.000	Veränderung	Absolut in 1.000	Veränderung	
Basisszenario							
	1.339	30%	646	28%	925	30%	2.911
Alternativszenario							
	979	-5%	792	57%	1.139	61%	2.911

Anmerkung: Veränderung von 2007 zu 2020.

Quelle: Pohl (2010:367, Tab. 3 und 369, Tab. 4).

7.6.7 Schätzung der pflegebedürftigen Personen mit Migrationshintergrund

Vorausberechnungen mit konstanten Pflegequoten zeigen, dass allein schon aufgrund der demographisch bedingten Altersstrukturverschiebungen in den kommenden Jahrzehnten mit einem weiteren Anstieg pflegebedürftiger Personen gerechnet werden muss. Gleichzeitig wird der Anteil Pflegebedürftiger an der Bevölkerung weiter steigen (Bomsdorf 2008:4, Tab. 1). Unter der Annahme, dass bei der ausländischen Bevölkerung dieselben Pflegequoten wie bei der deutschen Bevölkerung gelten, wären im Jahr 2007 ca. 95.000 Ausländer pflegebedürftig gewesen. Der Anteil der ausländischen Pflegebedürftigen an allen Pflegebedürftigen würde 4,2 % betragen. Werden Personen mit Migrationshintergrund betrachtet und wiederum gleiche Pflegequoten wie bei der einheimischen Bevölkerung unterstellt, hätte es im Jahr 2007 ca. 184.000 pflegebedürftige Migranten gegeben. Deren Anteil an allen Pflegebedürftigen würde etwa 8,2 % betragen.

Analysen des Mikrozensus von Kohls (2010:124) zeigen allerdings, dass bereits im Jahr 2005 ca. 192.000 Personen mit Migrationshintergrund Pflegegeld bzw. Pflegesachleistungen bezogen haben. Unter der Annahme, dass für Migranten die gleichen Anteile an Empfängern wie für die Gesamtbevölkerung gelten, wären allerdings nur 110.000 Personen zu erwarten gewesen. Dieser erhebliche Unterschied könnte durch ein erhöhtes Pflegerisiko von Migranten bedingt sein. Zugleich wird deutlich, dass Migranten überdurchschnittlich häufig Pflegegeld bzw. Pflegesachleistungen beziehen, was auf eine stärkere ambulante Pflegeversorgung hinweist, die vielfach von Angehörigen geleistet wird. Studien zeigen, dass türkische Migranten im ambulanten Bereich Geldleistungen bevorzugen

(91 %), während Sachleistungen (Pflegedienste, Hilfsmittel) nur selten beantragt werden (9 %). Ungeachtet der grundsätzlichen Bereitschaft für die Übernahme von Pflege sehen die Angehörigen in der Pflege von Älteren oftmals ein Zusatzeinkommen. Außerdem besitzen die meisten älteren Pflegebedürftigen nicht genügend Einkommen, um professionelle Pflege bezahlen zu können (Okken et al. 2008).

Berücksichtigt man alle Personen, die Leistungen aus der Pflegeversicherung empfangen, dann waren im Jahr 2005 rund 320.000 Personen mit Migrationshintergrund pflegebedürftig. Dies entspräche einem Anteil an allen leistungsberechtigten Pflegebedürftigen von 15 %. Beachtet man, dass in Befragungen wie dem Mikrozensus Personen in Heimen tendenziell unterschätzt werden, dann dürften die von Kohls (2010:125) vorgestellten Zahlen eher die Untergrenze der pflegebedürftigen Migranten darstellen.

Auch mittels der Studie „Wirkungen des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes“ kann die Zahl pflegebedürftiger Personen mit Migrationshintergrund abgeschätzt werden. Danach weisen 8 % der Pflegebedürftigen in Privathaushalten, 7 % der von ambulanten Diensten Betreuten und 9 % der stationär Versorgten einen Migrationshintergrund auf. Insgesamt würde die Zahl pflegebedürftiger Personen mit Migrationshintergrund für das Jahr 2009 rund 192.000 Personen betragen. Der Anteil an allen Pflegebedürftigen würde 8,2 % ausmachen, was etwa dem Anteil an allen älteren Personen entspricht (Kohls 2012a:76).

7.6.8 Bedarf an Pflegearbeitskräften

Neben der Nachfrage von Pflegeleistungen ist auch die Angebotsseite von Relevanz. Migranten könnten im Zuge des demographischen Wandels die im Gesundheits- und Pflegebereich auftretenden Personallücken schließen. Gleichzeitig würde durch eine Zunahme von Personal mit Migrationshintergrund die interkulturelle Sensibilität erhöht und eine bessere Behandlungsqualität für Migranten erreicht werden (RKI 2008:107ff.).

Vorausberechnungen von Pohl (2010:370) zeigen, dass sich die Nachfrage nach professionellen Pflegearbeitskräften von derzeit 561.000 auf bis zu 900.000 Vollzeitäquivalente in 2020 erhöhen könnte. Im Basisszenario liegt die Zahl der Beschäftigten in Vollzeitäquivalenten bei 728.000. Dies entspricht einem Anstieg von 30 % gegenüber 2007. Im Alternativszenario, bei dem der Umfang der pflegenden Angehörigen auf dem Niveau des Jahres 2007 festgeschrieben wird, fällt der Bedarf an Pflegearbeitskräften mit

893.000 Personen (in Vollzeitäquivalenten) deutlich höher aus. Der Bedarf könnte sich somit gegenüber 2007 um 59 % erhöhen, wobei der Bedarf wiederum für den stationären Bereich etwas schneller wächst als für den ambulanten Bereich (siehe Tabelle 7.8).

Tabelle 7.8: Zahl der Beschäftigten in Vollzeitäquivalenten in der ambulanten Pflege und im stationären Bereich 2020

Basisszenario ohne Produktivitätsfortschritte					
ambulant		stationär		insgesamt	
absolut	Veränderung	absolut	Veränderung	absolut	Veränderung
143,5	28%	584,4	30%	727,9	30%
Basisszenario mit Produktivitätsfortschritten					
ambulant		stationär		insgesamt	
absolut	Veränderung	absolut	Veränderung	absolut	Veränderung
138,9	24%	565,7	26%	704,6	26%
Alternativszenario ohne Produktivitätsfortschritte					
ambulant		stationär		insgesamt	
absolut	Veränderung	absolut	Veränderung	absolut	Veränderung
175,9	57%	717,4	60%	893,3	59%
Alternativszenario mit Produktivitätsfortschritten					
ambulant		stationär		insgesamt	
absolut	Veränderung	absolut	Veränderung	absolut	Veränderung
170,3	52%	694,4	55%	864,7	54%

Anmerkung: Veränderung von 2007 zu 2020.

Quelle: Pohl (2010:371, Tab. 5 und 373, Tab. 6).

In beiden Szenarien wurde davon ausgegangen, dass das Verhältnis zwischen Pflegepersonal und Pflegebedürftigen im Zeitverlauf konstant bleibt. Denkbar sind aber auch Produktivitätssteigerungen in der Erbringung von Pflegedienstleistungen im ambulanten und stationären Bereich. Im Basis- und im Alternativszenario wird für beide Versorgungsarten mit Produktivitätsfortschritten in Höhe von 0,25 % pro Jahr gerechnet, sodass sich das Verhältnis Pflegekräfte/Pflegebedürftige verbessert. Im Basisszenario beträgt der Personalbedarf in 2020 rund 705.000 Vollzeitäquivalente und damit etwa 23.000 Beschäftigte weniger als im Szenario ohne Produktivitätsfortschritte. Im Alternativszenario beläuft sich der Bedarf an Pflegekräften im Jahr 2020 auf 865.000 Vollzeitäquivalente. Dies sind

rund 28.000 Beschäftigte weniger als im Szenario ohne Produktivitätsfortschritte (siehe Tabelle 7.8). Effizienzgewinne könnten somit den Bedarf an Pflegekräften abmildern. Entscheidender Einfluss für die zukünftige Entwicklung des professionellen Pflegearbeitsmarktes kommt dem Ausmaß an pflegenden Angehörigen zu. Aber auch wenn sich Angehörige in Zukunft stärker um ihre Pflegebedürftigen kümmern und Produktivitätsfortschritte greifen, steigt der Bedarf bis 2020 in der stationären Pflege um 115.000 und im ambulanten Bereich um 28.000 Vollzeitäquivalente (Pohl 2010:372).

Die Entwicklung des Pflegearbeitsmarktes wird auch von der Beschäftigung ausländischer Haushaltshilfen abhängen, da diese seit 2010 grundpflegerische Tätigkeiten legal ausüben dürfen. Angehörige von Pflegebedürftigen stehen damit vor der Entscheidung, selber die Pflege zu übernehmen, auf ambulante Pflegedienste zurückzugreifen, eine stationäre Unterbringung zu veranlassen oder eine Haushaltshilfe einzusetzen. Da die Beschäftigung einer ausländischen Haushaltshilfe oftmals die günstigste Alternative zur Versorgung Pflegebedürftiger darstellt, zumal bei einer zeitlich intensiven Betreuung, dürfte diese Beschäftigungsform in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen. Diese Entwicklung wird durch die Zunahme an Demenzkranken begünstigt, da bei diesen Pflegefällen häufig eine 24-Stunden-Betreuung erforderlich ist (Pohl 2010:374). Die Pflege durch Migrantinnen aus zumeist osteuropäischen Staaten kann die Ausdünnung familiärer Netze aber nur bedingt kompensieren. Angesichts des raschen demographischen Wandels in den osteuropäischen Staaten und der zunehmenden Angleichung des Lebensstandards sind der Beschäftigung von Migrantinnen in Privathaushalten deutliche Grenzen gesetzt (Tesch-Römer/Mardorf 2009:199).

7.6.9 Fazit

Aufgrund des demographischen Wandels werden zukünftig immer mehr ältere Menschen einer abnehmenden Erwerbsbevölkerung gegenüberstehen. Da die Wahrscheinlichkeit pflegebedürftig zu werden mit dem Alter zunimmt, ist auch mit einer Zunahme an Pflegebedürftigen zu rechnen. Deren Zahl könnte sich von derzeit 2,25 Mio. auf 2,9 Mio. im Jahr 2020 erhöhen. Bis 2030 könnte die Zahl weiter auf 3,37 Mio. zunehmen (Kohls 2012 a:73). Mit dem Anstieg von Pflegebedürftigen wird die professionelle Pflege an Bedeutung gewinnen, da das familiäre Pflegepotenzial allein schon aus demographischen Gründen rückläufig ist. Berechnungen zufolge steigt bei konstanten Pflegequoten der Pflegelastquotient bereits bis 2030 etwa von 4 auf 8. Die Anzahl Pflegebedürftiger auf 100 Personen

zwischen 20 und 65 Jahren wird sich somit verdoppeln (Bomsdorf 2008). Eine Abnahme familiärer Betreuungspotenziale zeigt sich auch anhand der Berechnung der intergenerationellen Unterstützungsrate für Hochalt-rige. Während gegenwärtig rein rechnerisch noch rund 7 40- bis 64-Jährige für eine über 80-jährige Person zur Verfügung stehen, werden es 2020 nur noch rund 5 Personen sein. Berücksichtigt man nur 40- bis 64-jährige Frauen, die ganz überwiegend die Pflege leisten, dann verringert sich das Betreuungspotenzial von derzeit knapp 4 auf 3 Personen in 2020. Im Jahr 2035 werden vermutlich sogar nur noch zwei Frauen auf eine hochalt-rige Person kommen (Hörl/Schimany 2004).

Veränderte Bedarfslagen und Ressourcen vor dem Hintergrund von demographischer Alterung sowie ethnischer und kultureller Vielfalt erfordern auch in der professionellen Pflege ein Umdenken. Pflegerelevante Datenquellen erweisen sich gegenwärtig jedoch als wenig aussagekräftig, da sie migrationsensitive Pflegebedarfe für die Versorgungsplanung nur unzureichend abbilden. Dies wiegt umso schwerer, als ältere Menschen mit Migrationshintergrund von Pflegebedürftigkeit offensichtlich über-durchschnittlich betroffen sind und ihre Pflegesituation vielfach unbefriedigend ist.

7.7 Zusammenfassung und Ausblick

Menschen mit Migrationshintergrund können im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung erhöhte Gesundheitsrisiken aufweisen. Es ist aber nicht die Migration an sich, die krank macht, sondern es sind die Gründe und Umstände einer Migration sowie die Lebens- und Arbeitsbedingungen im Zielland, die zu einem schlechteren Gesundheitszustand führen können (RKI 2008:129ff.).

Migranten sind eine heterogene Bevölkerungsgruppe im Hinblick auf ethnische, kulturelle und soziale Hintergründe sowie sozioökonomischen Status und Gesundheitsverhalten. Entsprechend verschiedenartig sind ihre Gesundheitsprobleme. Im Vordergrund stehen zwar die gleichen Krankheiten wie in der deutschen Bevölkerung, zum Teil jedoch mit nach Herkunftsland unterschiedlichen Häufigkeiten. Darüber hinaus sind Migranten aufgrund ihrer Migrationsgeschichte spezifischen Gesundheitsrisiken ausgesetzt.

Ältere zugewanderte Personen sind eine zahlenmäßig anwachsende Gruppe mit teilweise relativ schlechtem Gesundheitszustand und möglicherweise großem Pflegebedarf. Oft hatten sie nicht geplant, den Lebens-

abend im Zielland zu verbringen. Für sie kann das Altwerden mit starken psychosozialen Belastungen verbunden sein. Erschwert wird die Lage dadurch, dass ältere Migranten die bestehenden Angebote und Dienste der Altenpflege bisher nur eingeschränkt in Anspruch nehmen. Die Nutzung präventiver Angebote ist oftmals geringer als bei Einheimischen. Es gibt mittlerweile aber vielfältige Bemühungen, den Zugang zu Gesundheitsdiensten zu erleichtern und sprachlich oder kulturell bedingte Hindernisse abzubauen.

Die Sozial- und Gesundheitsforschung beschäftigt sich schon seit langem mit Migranten. Gleichwohl wird diese Bevölkerungsgruppe immer noch nicht in allen Gesundheitsstudien einbezogen sowie in der Gesundheits- und Pflegeberichterstattung umfassend und differenziert erfasst. Als Folge davon liegt ein Mangel an belastbaren Daten zu gesundheitlichen Risiken und Potenzialen von Menschen mit Migrationshintergrund vor. Unklar bleibt der Zusammenhang von Migrationsstatus und sozioökonomischem Status, welcher Anteil der Gesundheitsbelastung migrationsbedingt bzw. statusspezifisch ist. Unklar bleibt ebenso, ob zugewanderte Personen bei Krankheit eher ins Herkunftsland zurückkehren oder im Zielland verbleiben – eine Frage, die letztlich mit dem Wandel von Familie und Generationenbeziehungen verknüpft ist.

8 Generationenbeziehungen

8.1 Einführung

In der Diskussion über das Altern der Gesellschaft werden ältere Migrantinnen und Migranten aufgrund ihrer Zunahme verstärkt berücksichtigt. Ein zentraler Aspekt ist der Familienzusammenhang bzw. das Verhältnis zwischen den Generationen, wobei Beziehungen zwischen Eltern und ihren erwachsenen Kindern zunehmende Behandlung erfahren. Hierbei wird hinterfragt, ob sich die Generationenbeziehungen in Migrantenfamilien zwischen einzelnen Migrantengruppen und von denen Einheimischer unterscheiden und wie mögliche Unterschiede zu erklären sind (Baykarakrumme 2007a:36, 2007b).

An Familien mit Migrationshintergrund werden erhebliche Erwartungen gestellt. Sie sollen den Integrationsprozess der Familienmitglieder in die Gesellschaft unterstützen, den Bildungsweg von Kindern und Heranwachsenden begleiten und Einstellungen vermitteln, die eine Orientierung an das Leben im Zielland ermöglichen. Schließlich sollen sie sich um ihre älteren Angehörigen kümmern und diese nach Möglichkeit bei Bedürftigkeit versorgen und pflegen. Aber auch Migrantenfamilien unterliegen dem gesellschaftlichen und demographischen Wandel. Haushaltsstrukturen und Familienformen verändern sich, was wiederum Rückwirkungen auf die sozialen Beziehungen und Netzwerke hat.

Nachfolgend wird zuerst der Forschungsrahmen aufgezeigt, wobei auf den Generationenbegriff, den Wandel von Generationenbeziehungen, Vorstellungen von Familienzusammenhängen und die Forschungssituation eingegangen wird (Kapitel 8.2). Anschließend werden Unterschiede in den Lebensformen der Bevölkerung und soziodemographische Strukturen verschiedener Migrantengruppen dargelegt (Kapitel 8.3). Die beiden nächsten Abschnitte beschreiben den Analyserahmen und die Konzepte von Generationenbeziehungen in Migrantenfamilien (Kapitel 8.4 und 8.5). Vor diesem Hintergrund werden Ergebnisse zu Generationenbeziehungen vorgestellt, wobei Befunde verschiedener Datenquellen berücksichtigt werden. Besondere Aufmerksamkeit erfahren Familien mit türkischem Migrationshintergrund und Spätaussiedlerfamilien (Kapitel 8.6). Abschlie-

ßend wird betont, dass von einer Entfremdung der Generationen bei allen Untersuchungsgruppen keine Rede sein kann sowie Unterschiede zwischen Einheimischen und Migranten – zumindest entlang der üblicherweise untersuchten Dimensionen – gering sind (Kapitel 8.7).

8.2 Forschungsrahmen

8.2.1 Generationenbegriff

Der Generationenbegriff im Sinne von „Genealogischen Generationen“ bezieht sich auf die Familie und Verwandtschaft sowie die Abfolge von Generationen und ihr Verhältnis zueinander. Folgt man der Definition von Lüscher et al. (2009:4), dann gibt es zwischen den Angehörigen von zwei und mehr Generationen soziale Beziehungen, die durch das Bewusstsein der familiären Zugehörigkeit sowie sich daraus ergebenden Gemeinsamkeiten und Verschiedenheiten geprägt sind.

Der Ausgangspunkt von Generationenbeziehungen ist die (Kern-)Familie. Generationenbeziehungen in der zweiten Lebensphase sind von der Lösung der Kinder von den Eltern geprägt (Höpflinger 1999:27). In dieser Phase des Lebens verändern sich die Aufgaben, Rechte und Pflichten, die Familienangehörige aufgrund ihrer Generationenzugehörigkeit inne haben. Dabei können Generationenbeziehungen, je nach kulturellem und sozialem Hintergrund, von unterschiedlichen Werten, Normen und Einstellungen geprägt und beeinflusst sein.

8.2.2 Familien- und Generationenbeziehungen im Wandel

Wie Mahne/Motel-Klingebiel (2010:189ff.) ausführen, lassen sich Veränderungen der Lebensformen beobachten. Insbesondere haben sich die Strukturen des Zusammenlebens von Generationen gewandelt. Als eine relativ neue Beziehungsform und sich entwickelnde Altersrolle hat sich die über einen langen Zeitraum gelebte, aktive Großelternschaft herausgebildet. Ein Großteil der Menschen im Ruhestandsalter hat auch heute Enkelkinder, und auch die Mehrzahl der künftig Älteren kann Großelternschaft für ihr eigenes Leben erwarten. Allerdings hat sich die Zeitspanne der gemeinsamen Lebenszeit von Großeltern und Enkeln erweitert und beträgt bis zu 30 Jahre. Die Analyse von Generationenbeziehungen kann sich daher in Zukunft nicht mehr allein auf die Beziehungen zwischen Eltern und (erwachsenen) Kindern beschränken, sondern muss eine Dreigenerationen-Perspektive einnehmen.

Frauen haben bei der Geburt von Kindern zunehmend ein höheres Alter. Gleichzeitig sind anhaltend niedrige Geburtenzahlen festzustellen. Die

Zahl der Kinder sinkt und der Anteil an Kinder- und Enkellosen nimmt zu. Als Folge davon verschmälern sich die Generationen. Die Entwicklung von horizontaler in vertikale Richtung führt zum neuen Typ der „Bohnenstangenfamilie“ (Bengtson 2001), die durch mehr Generationen, aber weniger Angehörige pro Generation gekennzeichnet ist. Die steigende Lebenserwartung, die eine verlängerte gemeinsame Lebensspanne begünstigt, und die Geburtenentwicklung erweisen sich damit als zwei gegenläufige Prozesse.

Neben den demographischen Veränderungen kommen soziale Entwicklungen zum Tragen, die Auswirkungen auf familiäre Strukturen haben. Veränderte Muster von (neuen) Familiengründungen, steigende Scheidungsraten und wachsende Anteile von Alleinerziehenden führen zu zunehmend heterogenen und komplexen Familienzusammenhängen. Eine Pluralisierung und Dynamisierung der Lebensformen ist zwar vor allem für jüngere Generationen zu beobachten, in der Folge differenzieren sich die familialen Lebenssituationen aber auch für ältere Familienmitglieder aus. Der familiale Kontext wird im Verlauf der zweiten Lebenshälfte geprägt von strukturellen und funktionalen Veränderungen. Generationenpositionen verschieben sich und durch die länger werdende gemeinsame Lebenszeit können Beziehungen zu mehreren Generationen unterhalten werden. Unterstützung und Pflege der älteren Familienmitglieder rücken in späteren Lebensphasen oftmals in den Vordergrund. Die Beziehung zwischen Kindern und Eltern erfährt dadurch in der zweiten Lebenshälfte meist eine qualitative Veränderung.

Generationenbeziehungen sind zentral für die soziale Einbindung und die Sicherung gegenüber Lebensrisiken. Veränderungen der Familienstrukturen werden daher als Problem für den sozialen Zusammenhalt gesehen. Es wird befürchtet, dass die familialen Netzwerke zukünftig weniger belastbar sind und dass andere Beziehungen nicht an ihre Stelle treten könnten. Bisher hat sich die Familie aber als eine Institution erwiesen, die sich den gewandelten gesellschaftlichen und demographischen Bedingungen flexibel angepasst hat. In der Untersuchung von Generationenbeziehungen sind daher zum einen Haushalts- und Familienstrukturen und zum anderen Lebensformen und Beziehungsmuster analytisch zu trennen. Veränderungen von Haushalts- und Familienformen müssen nicht zwangsläufig mit einem Wandel in den gelebten Generationenbeziehungen einhergehen. Für die Beschreibung der modernen Familie bietet sich der Begriff der „multilokalen Mehrgenerationenfamilie“ (Bertram 2000) an. Obgleich sich die familialen Netze räumlich ausgedehnt haben und erwachsene

Kinder immer weniger in der Nähe ihrer älteren Eltern leben, leisten die Familien weiterhin einen entscheidenden Beitrag zur Lebensqualität älterer Menschen. Folgt man den Befunden des Alterssurvey, dann hat die bisher hohe Qualität der Generationenbeziehungen nicht abgenommen (Mahne/Motel-Klingebiel 2010:212).

8.2.3 Familienzusammenhang von Migranten

Zum Familienzusammenhang von Migranten liegen unterschiedliche Vorstellungen vor (Baykara-Krumme 2007:36). Zum einen gibt es das Bild einer im Vergleich zu einheimischen Familien besonders harmonischen und solidarischen Groß- bzw. Mehrgenerationenfamilie. Die ausgeprägte Familienorientierung der tendenziell traditionellen Herkunftskultur bleibt erhalten und wird mit dem Altern der Eltern und dem Übergang in den Ruhestand eher stärker.

Zum anderen gibt es das Bild der entfremdeten Familie, in der sich die Älteren nicht mehr auf die Solidarität der Kinder bzw. Enkel verlassen können, die traditionell von diesen erwartet wird. Aufgrund der desintegrierenden Wirkungen von Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozessen auf Familienstrukturen wird die Migration von einer traditionellen in eine moderne Gesellschaft als Pluralisierungs- und Individualisierungsprozess beschrieben, dem die einzelnen Familienmitglieder unterliegen. Dies führt letztlich zu einem Zusammenbruch des ursprünglich kollektivistisch orientierten Familienzusammenhangs.

Ursache hierfür ist, dass die Migration nach Intensität und Dynamik unterschiedliche Assimilationsprozesse von Eltern und Kindern zur Folge hat. Kinder orientieren sich stärker und rascher als ihre Eltern an der Kultur des Einwanderungslandes. Zu dem „natürlichen“ Unterschied zwischen den Generationen hinsichtlich der Aufnahmebereitschaft gegenüber Neuem kommt somit ein Kulturkonflikt hinzu.

8.2.4 Forschungssituation

Forschungen der 1980er und 1990er Jahre thematisierten zunächst nur Migrantenfamilien mit heranwachsenden Kindern (Dietzel-Papakyriakou 1993:96ff.). Aufgrund der demographischen Veränderungen werden seit Beginn der 2000er Jahre aber auch die Beziehungen zwischen älteren Migranten und ihren erwachsenen Kindern betrachtet. Hintergrund der erweiterten Forschungsperspektive ist Deutschlands spezifische Einwanderungsgeschichte. Die zwischen 1955 und 1973 angeworbenen Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten sind bereits verrentet oder erreichen

zunehmend das Ruhestandsalter. Allerdings sind nicht alle älteren Migranten klassische „Gastarbeiter“ und nachgezogene Familienmitglieder, die zuwanderten, sesshaft wurden und – oft entgegen ursprünglichen Plänen – nun ihren Lebensabend in Deutschland verbringen. Ein Teil der Älteren – und hierunter vor allem Spätaussiedler – reiste erst seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes zu Beginn der 1990er Jahre ein.

Bisher gibt es nur wenige Untersuchungen zu den Generationenbeziehungen zwischen erwachsenen Familienmitgliedern (Baykara-Krumme 2007a:37). Im Rahmen der Alterssozialberichterstattung wurde in zumeist lokalen Studien die allgemeine Lebenssituation von älteren Migrantinnen und Migranten erforscht, wobei einzelne Aspekte der Generationenbeziehungen berührt wurden. Die Analysen beruhen aber auf geringen Fallzahlen, sind eher deskriptiv, wenig differenziert und nicht vergleichend angelegt. Zudem beschränken sie sich auf bestimmte Migrantengruppen, wobei aufgrund der größeren Verbreitung Personen aus der Türkei und Spätaussiedler im Vordergrund stehen (Ebert 2008). Eine Überblicksdarstellung zu verschiedenen lokalen Studien findet sich bei Yildiz (2010:39f.). Darüber hinaus gibt es mehrere qualitative Studien, die sich insbesondere mit der Lebenssituation älterer Migrantinnen beschäftigen (Matthäi 2004, Paß 2006).

Erstmals lassen sich Fragen zu Generationenbeziehungen in vergleichender Perspektive auf der Grundlage bundesweiter Daten mit dem Deutschen Alterssurvey beantworten. Im Jahr 2002 wurde neben der deutschen eine Ausländerstichprobe von 40- bis 85-Jährigen in Privathaushalten erhoben, sodass eine Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit möglich ist. Analysen zu Generationenbeziehungen im Alter basieren vor allem auf dem Konzept der „Intergenerationalen Solidarität“ nach Bengtson/Roberts (2001). Danach ist die in Deutschland von den Älteren berichtete emotionale Verbundenheit und Kontakthäufigkeit zu ihren erwachsenen Kindern ausgesprochen hoch. Dies gilt für Deutsche und Ausländer in ähnlicher Weise (Baykara-Krumme/Hoff 2006:447ff.).

Generationenbeziehungen wurden auch anhand des „Gender and Generation Survey“ (GGS) erhoben. Hierbei handelt es sich um eine international vergleichende Bevölkerungsumfrage. Im Jahr 2006 wurde eine Zusatzerhebung mit Migranten türkischer Herkunft im Alter 50 Jahre und älter durchgeführt. Erste Befragungsergebnisse haben Hubert et al. (2009) vorgelegt. Eine weitere Datenquelle ist die Befragungswelle der „pairfam-Studie“ aus den Jahren 2008/2009. Hierbei handelt es sich um eine Re-

gisterstichprobe der Wohnbevölkerung Deutschlands, die Personen mit Migrationshintergrund einschließt. Die Daten erlauben einen Vergleich von deutschen, türkischen und Spätaussiedlerfamilien aus Sicht der heranwachsenden und jungen erwachsenen Kinder (Baykara-Krumme et al. 2011a). Wie noch dargestellt wird, kommen die Studien zu dem Ergebnis, dass von einer Entfremdung der Generationen bei allen Untersuchungsgruppen keine Rede sein kann.

8.3 Lebensformen und soziodemographische Strukturen

Nachfolgend wird die Bevölkerung insgesamt anhand der vorliegenden Lebensformen abgebildet. Vor diesem Hintergrund wird dann auf soziodemographische Strukturen relevanter Migrantengruppen im Vergleich zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund eingegangen. Es stellt sich die Frage, ob spezifische Lebensformen bzw. soziodemographische Strukturen Auswirkungen auf die Ausgestaltung von Generationenbeziehungen haben und mögliche Unterschiede zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen erklären.

Neben der traditionellen Familienform, Ehepaar mit Kind(ern), liegen alternative Lebensformen wie Lebensgemeinschaften mit Kindern oder alleinerziehende Elternteile vor. Gleichzeitig prägen nicht-familiale Lebensformen wie Alleinstehende das Bild der Gesellschaft. Die unterschiedlichen Lebensformen lassen sich nach der Haushalts- und Familienstruktur unterscheiden (siehe Abbildung 8.1).

Abbildung 8.1: Haushalts- und Familienformen

	Haushalte		Familien
	Mit Partner/-in	Ohne Partner/-in	
Mit Kind(ern)	Ehepaare, Lebensgemeinschaften	Alleinerziehende	Familien
Ohne Kind	Ehepaare, Lebensgemeinschaften Paare	Alleinstehende (darunter Alleinlebende)	

Quelle: Datenreport (2011:25).

Unter Zugrundelegung des Mikrozensus lebten in Deutschland im Jahr 2009 laut Datenreport (2011:26) 18,3 Mio. Ehepaare und 2,7 Mio. gemischt- oder gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. Daneben gab es 17,1 Mio. alleinstehende Personen, die ganz überwiegend (15,5 Mio.) auch allein wohnten. Zudem waren 2,6 Mio. Menschen alleinerziehend, 90 % davon waren Mütter und 10 % Väter. Im Vergleich zu früheren Jahren haben alternative Haushalts- und Lebensformen an Bedeutung gewonnen. Eine rückläufige Entwicklung zeigt sich dementsprechend bei Ehepaaren. Im Jahr 2009 gab es rund 1,2 Mio. Ehepaare weniger als noch vor zehn Jahren. Dies entspricht einem Rückgang von 6 %. Dagegen ist die Zahl der Alleinstehenden um 18 % gestiegen. Im Jahr 2009 war somit jede fünfte Person (21 %) – aus unterschiedlichen Gründen – alleinstehend. Als Familie werden alle Eltern-Kind-Gemeinschaften definiert. Im Einzelnen sind das Ehepaare, Lebensgemeinschaften sowie alleinerziehende Mütter und Väter mit ledigen Kindern im Haushalt. Die Kinder können danach unterschieden werden, ob sie noch minderjährig oder bereits volljährig sind. Dem Datenreport (2011:32) zufolge gab es im Jahr 2009 8,2 Mio. Familien mit minderjährigen Kindern. Im Jahr 1999 betrug deren Zahl noch 9,3 Mio. Innerhalb von zehn Jahren ist die Zahl der Familien somit um 1,1 Mio. gesunken, was einem Rückgang von 11 % entspricht. Hinter den rückläufigen Familienzahlen stehen unterschiedliche Entwicklungen der einzelnen Familienformen. Während die Zahl traditioneller Familien (Ehepaare mit Kind bzw. Kindern) insgesamt kontinuierlich sank, stieg die Zahl alternativer Familienformen (Alleinerziehende und Lebensgemeinschaften).

Anhand der Herkunft von Migrantinnen und Migranten können verschiedene Gruppen gebildet und deren soziodemographische Struktur miteinander verglichen werden. Mit Blick auf Generationenbeziehungen sind die zugrundeliegenden Strukturen von Personen türkischer Abstammung, Personen aus den ehemaligen südeuropäischen Anwerbestaaten Italien, Spanien, Portugal und Griechenland, Personen aus Ex-Jugoslawien und Spätaussiedlern von besonderem Interesse. Aufgrund ihrer unterschiedlichen Zuwanderungsgeschichte unterscheiden sich die Gruppen in ihrer soziodemographischen Zusammensetzung sowohl untereinander als auch im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung. In der Folge stellt sich die Frage, ob die Differenzen Auswirkungen auf die Generationenbeziehungen haben. Die nachfolgende Tabelle enthält Zahlen zu den soziodemographischen Strukturen der einzelnen Migrantengruppen. Hierbei werden die Demographie sowie die Haushalts- und Familienformen jeweils anhand mehrerer Merkmale erfasst.

Dem Mikrozensus zufolge lebten im Jahr 2010 3,3 Mio. Spätaussiedler in Deutschland, etwa 4 % aller Einwohner Deutschlands. Unter ihnen finden sich vergleichsweise viele ältere Menschen. Rund 19 % von ihnen sind über 65 Jahre (siehe Tabelle 8.1). Mit einem Durchschnittsalter von 46 Jahren sind die Spätaussiedler die älteste Zuwanderungsgruppe. Der hohe Altersdurchschnitt beruht zum einen darauf, dass Spätaussiedler zumeist im Familienverband eingewandert sind. Zum anderen sind auch mehr ältere Menschen eingewandert, weil durch den vereinfachten Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft (und der (teilweisen) Anerkennung von Rentenversicherungszeiten) die Hürden einer Einwanderung relativ niedrig lagen. Obwohl Spätaussiedler hinsichtlich der Haushaltsstrukturen weitgehend den Einheimischen gleichen, ist ihr familiäres Zusammenleben stärker von traditionellen Strukturen geprägt. Der Anteil der Verheirateten an allen Paaren mit Kindern beträgt 84 %, bei Einheimischen dagegen nur 72 %. Zudem weisen Spätaussiedler einen höheren Anteil an Familien mit zwei bzw. drei und mehr Kindern auf.

Türkischstämmige Personen sind nach Spätaussiedlern die zweitgrößte Migrantengruppe. Etwa 2,5 Mio. leben hier, das sind rund 3 % der Gesamtbevölkerung. Von den betrachteten Gruppen bilden sie mit einem Altersdurchschnitt von 35 Jahren die jüngste Migrantengruppe. Sie weisen mit 7 % auch den geringsten Anteil an über 65-Jährigen auf. Deutliche Unterschiede zu Einheimischen und den anderen Migrantengruppen zeigen sich sowohl bei den Haushaltsstrukturen als auch bei den Lebensformen. Zum einen ist der Anteil an Einpersonenhaushalten mit 20 % am geringsten und zum anderen ist der Anteil an Familien mit drei und mehr Kindern mit 28 % am höchsten. Auffallend sind zudem der hohe Anteil der Verheirateten an allen Personen mit Kindern (86 %) und der niedrige Anteil an Alleinerziehenden (9 %).

Heute leben etwa 1,4 Mio. Menschen in Deutschland, die südeuropäischer Herkunft sind, aus Italien, Spanien, Portugal oder Griechenland stammen und einem klassischen Gastarbeiterland angehören. Das sind ca. 1,7 % der Gesamtbevölkerung. Von den südeuropäischen Migranten sind 53 % italienischer Herkunft. Die zweitgrößte Gruppe stellen die griechischen Migranten mit 27 %, danach folgen die spanischen und portugiesischen Migranten mit 11 % bzw. 10 %. Der Anteil an über 65-Jährigen beträgt 10 % und der Altersdurchschnitt beläuft sich auf 40 Jahre. Gegenüber den Spätaussiedlern liegen beide Werte deutlich niedriger, aber höher als bei der türkischstämmigen Bevölkerungsgruppe. Auch im Hinblick auf die Haushaltsstrukturen und Familienformen zeigen sich größere Ähnlichkeiten mit Spätaussiedlern als mit türkischstämmigen Personen.

Derzeit leben rund 1,3 Mio. Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien in Deutschland. Mit einem Anteil von 1,7 % an der Gesamtbevölkerung bilden sie eine weitere größere Migrantengruppe. Mit einem Anteil von 9 % an über 65-Jährigen und einem Medianalter von 38 Jahren befinden sich die Menschen jugoslawischer Abstammung in demographischer Hinsicht zwischen den beiden Migrantengruppen aus Südeuropa und der Türkei. Die durchschnittliche Haushaltsgröße ist mit 2,5 Personen relativ hoch. Dagegen ist der Anteil an Single-Haushalten mit 12 % eher gering. Mit 23 % ist zudem der Anteil an Familien mit drei und mehr Kindern auffallend hoch. In soziodemographischer Hinsicht befinden sich Ex-Jugoslawen somit zwischen Türkischstämmigen und Südeuropäern, während Spätaussiedler eine gesonderte Position einnehmen. Zum Teil deutliche Differenzen zeigen sich zudem, wenn man zwischen der Bevölkerung ohne und mit Migrationshintergrund trennt. Unterschiede liegen etwa beim Medianalter, bei den über 65-Jährigen, den Einpersonenhaushalten sowie den Alleinerziehenden oder den Familien mit drei und mehr Kindern vor. Unterschiede in den Haushaltsstrukturen und Lebensformen müssen aber nicht zwangsläufig auch eine unterschiedliche Ausgestaltung und Qualität der Generationenbeziehungen zur Folge haben.

Tabelle 8.1: Soziodemographische Merkmale ausgewählter Migrantengruppen 2010 (Teil1)

Merkmal	Anzahl/% Insgesamt	Personen mit Migrationshintergrund (im engeren Sinne)				Migrationshintergrund (im engeren Sinne)	
		Spät- aussiedler	Türkei	Süd- europa	Ex- Jugoslawien	mit	ohne
Anzahl an der Gesamtbevölkerung	81.715,0	3.264,0	2.485,0	1.422,0	1.348,0	15.746,0	65.970,0
Anteil an der Gesamtbevölkerung	81.715/ 100,0 %	3,9	3,0	1,7	1,6	19,2	80,7
Anteil an allen Personen mit MH	15.746/ 100,0 %	20,7	15,8	9,0	8,6	100,0	0,0
Zuwanderer Gesamt (= Bevölkerung mit MH und eigener Migrationserfahrung)	10.591,0	3.264,0	1.497,0	841,0	960,0	10.591,0	0,0
Anteil der selbst Zugewanderten ¹ (an Gesamtbevölkerung)	13,0	4,0	1,8	1,0	1,2	13,0	0,0
Medianalter	43,8	46,2	35,2	39,5	37,6	35,0	45,9
Anteil der über 65-Jährigen	17.145/ 100,0 %	19,1	6,8	10,2	9,0	9,4	23,7
Haushalte Gesamt³	40.301,0	1.714,0	965,0	619,9	559,0	6.099,0	34.202,0
Durchschnittliche Haushaltsgröße ²	2,0	2,4	3,0	2,3	2,5	2,4	2,0
Einpersonenhaushalte Gesamt³	16.195,0	538,0	192,0	198,9	160,0	2.021,0	14.174,0
Anteil der Einpersonenhaushalte ³ (an jeweiligen Haushalten Gesamt)	40,2	31,4	19,9	32,1	28,6	33,1	41,4
Anteil der Einpersonenhaushalte ³ (an jeweiliger Gesamtbevölkerung)	19,8	16,5	7,7	14,0	11,9	12,8	21,5
Anteil der Zwei- Generationenhaushalte ⁴	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Anteil der Mehrgene- rationenhaushalte ⁴	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Lebensformen Gesamt*	40.915,0	1.761,0	1.037,0	672,7	595,0	6.436,0	34.478,0
Familien Gesamt	11.774,0	659,0	610,0	267,7	264,0	2.643,0	9.131,0

- 1 Anteil berechnet aus der jeweiligen Bevölkerung mit Migrationshintergrund und eigener Migrationserfahrung (Zugewanderte) gemessen an der jeweiligen Bevölkerung insgesamt.
- 2 Berechnet aus der jeweiligen Bevölkerung in Privathaushalten gemessen an der jeweiligen Haushaltsanzahl (mit Haupteinkommensbezieher), Staatsangehörigkeit bezogen auf Haupteinkommensbezieher.
- 3 Staatsangehörigkeiten bezogen auf Haupteinkommensbezieher.
- 4 Generationen in Bezug auf Haushalte/Familien werden im Mikrozensus nicht ausgewiesen/ausgewertet.

Tabelle 8.1: Soziodemographische Merkmale ausgewählter Migrantengruppen 2010 (Teil 2)

Merkmal	Anzahl/% Insgesamt	Personen mit Migrationshintergrund (im engeren Sinne)				Migrationshintergrund (im engeren Sinne)	
		Spät- aussiedler	Türkei	Süd- europa	Ex- Jugoslawien	mit	ohne
Anteil der Familien an allen Lebensformen* darunter:							
Familien mit einem Kind*	6.114,0	331,0	192,0	127,4	112,0	1.150,0	4.964,0
Anteil der Familien mit einem Kind* (an jeweiligen Familien Gesamt)	51,9	50,2	31,5	47,6	42,4	43,5	54,4
Anteil der Familien mit einem Kind* (an jeweiliger Gesamtbevölkerung)	7,5	10,1	7,7	9,0	8,3	7,3	7,5
Familien mit zwei Kindern*	4.273,0	243,0	248,0	106,5	92,0	1.000,0	3.272,0
Anteil der Familien mit zwei Kindern* (an jeweiligen Familien Gesamt)	36,3	36,9	40,7	39,8	34,8	37,8	35,8
Anteil der Familien mit zwei Kindern* (an jeweiliger Gesamtbevölkerung)	5,2	7,4	10,0	7,5	6,8	6,4	5,0
Familien mit drei und mehr Kindern*	1.388,0	85,0	170,0	33,8	60,0	493,0	894,0
Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern* (an jeweiligen Familien Gesamt)	11,8	12,9	27,9	12,6	22,7	18,7	9,8
Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern* (an jeweiliger Gesamtbevölkerung)	1,7	2,6	6,8	2,4	4,5	3,1	1,4
Alleinerziehende	1.575,0	70,0	58,0	25,0	31,0	333,0	1.242,0
Anteil der Alleinerziehenden* (an jeweiligen Familien Gesamt)	13,4	10,6	9,5	9,3	11,7	12,6	13,6
Anteil der Alleinerziehenden* (an jeweiliger Gesamtbevölkerung)	1,9	2,1	2,3	1,8	2,3	2,1	1,9
Anteil der Verheirateten an allen Paaren/Familien mit Kindern*	72,0	80,4	85,9	78,1	81,3	78,7	69,8

* Die Staatsangehörigkeiten mit bzw. ohne Migrationshintergrund sind bezogen auf die Bezugsperson in der Lebensform. Zu den Lebensformen als umfassendem Begriff des Lebens in Privathaushalten gehören Ehepaare mit und ohne Kinder, Lebensgemeinschaften gleichen oder verschiedenen Geschlechts mit und ohne Kinder sowie Alleinerziehende und Alleinstandende.

Quelle: Mikrozensus 2010. Statistisches Bundesamt (2011).

8.4 Generationenbeziehungen in Migrantenfamilien

Die Migrationssituation ist nicht nur mit einschneidenden individuellen und lebensräumlichen Veränderungen verbunden. Sie ist vielfach auch ein Familienprojekt. Die Migrationssituation kann in der Familie zu vielfältigen Herausforderungen und Spannungen führen. Soziale Rollen und Autoritätsstrukturen werden im Aufnahmeland, freiwillig oder erzwungen, neu definiert, was wiederum Auswirkungen auf die Generationenbeziehungen hat. Gleichzeitig stellt die Familie als soziales Netzwerk eine Entlastung in der Migrationssituation dar. Sie vermittelt Zugehörigkeit und Stabilität in einer fremden Umgebung und bietet Hilfe und Unterstützung im Alltag.

Darüber hinaus spielen soziale Beziehungen zum Herkunftsland auch nach der Migration eine Rolle (Pries 2011:23ff.). Emotional wichtige Beziehungen können nicht einfach gelöst werden, was vor allem für Menschen, die im Ankunftsland alt werden eine Herausforderung darstellt. Emotionale Beziehungen zum Herkunftsland bleiben bestehen, während neue familiäre Bindungen aufgebaut wurden. Alt werden in der Migration geht verschiedentlich mit einer „Betonung der ethnischen Herkunft“ einher, mit einer verstärkten Rückbesinnung auf die ursprüngliche kulturelle Identität (Dietzel-Papakyriakou 1993:28ff.). Generationenbeziehungen von Migrantenfamilien werden nicht nur von sozialen Faktoren geprägt, im Gegensatz zu einheimischen Familien sind auch spezifische kulturelle Faktoren für die Qualität und Ausgestaltung von Generationenbeziehungen mitunter von Relevanz.

Nachfolgend wird auf Generationenbeziehungen zwischen Erwachsenen ohne und mit Migrationshintergrund und ihren Eltern eingegangen. In den vergangenen Jahren wurden mehrere Untersuchungen durchgeführt, die alle den Nachweis einer hohen Qualität und Intensität der Generationenbeziehungen erbrachten (Mahne/Motel-Klingebiel 2010). Allerdings fanden hierbei Migrantenfamilien kaum Beachtung, sodass weitgehend ungeklärt ist, ob die vorliegenden Ergebnisse verallgemeinert werden können (Baykara-Krumme et al. 2011a:259; Baykara-Krumme et al. 2011b:42). Es gibt Anzeichen, die Unterschiede zwischen Einheimischen und Migranten erwarten lassen. Zum einen sind Migrantenfamilien durch den soziokulturellen Hintergrund ihrer Herkunftsgesellschaften geprägt, was sich in differenzen familienbezogenen Einstellungen und Verhaltensmustern niederschlagen dürfte. Zum anderen dürfte die Migrationserfahrung einen Einfluss auf den Zusammenhalt von Familien und Generationen haben. Hieran anknüpfend wurden zwei Thesen mit gegensätzlichen Annahmen

formuliert. Während die Solidaritätsthese einen engen Zusammenhalt in Migrationsfamilien behauptet, geht die Konfliktthese davon aus, dass die Generationenbeziehungen von Migranten in besonderem Maße von Spannungen geprägt sind. Beide Thesen wurden bisher nur ansatzweise überprüft, mit widersprüchlichen Ergebnissen (Baykara-Krumme et al. 2011a:259).

Neuere quantitative Studien vergleichen nicht nur Deutsche und Ausländer, sondern unterscheiden zumindest zwischen Personen mit türkischem Migrationshintergrund und osteuropäischen Spätaussiedlern. Gleichzeitig kommen verstärkt auch Erwachsene in der zweiten Lebenshälfte bzw. Kinder ab 40 Jahren und ihre Eltern in den Blick. Beide Migrantengruppen sind von besonderem Interesse, weil sie von allen Migrantengruppen zahlenmäßig am stärksten vertreten sind. Zudem bietet sich ein Vergleich auch deshalb an, weil sie sich im Hinblick auf den Migrationskontext unterscheiden. Angehörige beider Migrantengruppen sind zu verschiedenen Zeitpunkten sowie mit unterschiedlichen Motiven und Perspektiven migriert. Daraus ergeben sich sehr ungleiche Aufnahme- und Integrationsbedingungen. Zudem lassen die soziodemographischen Strukturen vermuten, dass sich die Herkunftskontexte hinsichtlich der Bedeutung von Familie und Generationenbeziehungen unterscheiden. Vor allem aber unterscheiden sich die Sozialisationskontexte beider Migrantengruppen von jenen der einheimischen Bevölkerung.

8.5 Konzepte von Generationenbeziehungen

Ausgangspunkt der Forschungen zu Generationenbeziehungen ist das Modell der intergenerationalen Solidarität, das verschiedene Dimensionen gegenseitiger Solidarität der Beziehungsgestaltung unterscheidet. Im Zentrum vorliegender Untersuchungen stehen die affektive, die assoziative und die funktionale Solidarität, welche über das Ausmaß an emotionaler Nähe, die Kontakthäufigkeit sowie den Umfang an instrumentellen und finanziellen Unterstützungsleistungen gemessen werden. Informationen werden zudem zur Wohnentfernung zwischen den Generationen erhoben. Aufgrund der Diskussion um Ambivalenzen in intergenerationalen Beziehungen werden auch Konflikte als ein zusätzlicher Aspekt der Beziehungsqualität erfasst. Das Konzept der intergenerationalen Ambivalenz betont, dass Generationenbeziehungen von emotionaler Verbundenheit und Konflikten gleichermaßen geprägt sind (Lüscher et al. 2009:5). Gerade für Migrantenfamilien werden aufgrund einer zunehmenden Überlastung der familialen Unterstützungsressourcen Generationenkonflikte erwartet (Zeman 2005:62).

Die Solidaritäts- und die Konfliktthese setzen jeweils an den beiden zentralen Erfahrungsbereichen an, hinsichtlich derer sich Migranten grundsätzlich von Einheimischen unterscheiden: am unterschiedlichen kulturellen Herkunfts- und Sozialisationskontext sowie an der Migrations- und Integrationserfahrung (Baykara-Krumme 2008).

Die Solidaritätsthese geht davon aus, dass die Herkunftskulturen von Migrantenfamilien und die Migrationserfahrungen ihrer Mitglieder eine größere Verbundenheit der Generationen bewirken. Migrantengruppen stammen vielfach aus Kulturkreisen, in denen zwischen Eltern und Kindern umfangreichere Interaktionen und Verpflichtungen bestehen. Eine starke Familienorientierung, hohe Erwartungen an die Generationenbeziehungen und gegenseitige Unterstützungen spielen eine größere Rolle als bei Einheimischen. Zu erwarten ist, dass Migrantengruppen wie Spätaussiedler und vor allem türkischstämmige Familien als Ausdruck ihrer Herkunftskultur ein hohes familiales Solidaritätspotenzial aufweisen. Zu einem ausgeprägten Familienzusammenhalt dürfte zudem beitragen, dass der Sozialisationskontext von Spätaussiedlern auch von den spezifischen Lebensbedingungen als ethnische Minderheit im Herkunftsland geprägt ist. Diese Erklärung gilt möglicherweise auch für andere ethnische Minderheiten, wie z. B. Kurden unter den türkischstämmigen Personen.

Die Solidaritätsthese sieht die Migrationserfahrung und die daraus resultierende Situation als Fremde in einem neuen sozialen Umfeld als wichtige Ursache für einen größeren Zusammenhalt in Migrantenfamilien. Eine Stärkung des Familienzusammenhalts kann als Reaktion auf die Migrationserfahrung und eine als fremd erlebte Gesellschaft verstanden werden. Der ausgeprägte Familienzusammenhalt wird hierbei nicht zwangsläufig als Rückzug von der Aufnahmegesellschaft, sondern als Ausdruck einer „Akkulturation in intergenerationaler Abfolge“ interpretiert (Baykara-Krumme et al. 2011a:263).

Auch die Konfliktthese stellt auf die kulturelle Distanz zwischen Herkunfts- und Aufnahmegesellschaft sowie auf die Wanderungserfahrungen von Migrantenfamilien im Aufnahmekontext ab. Während bei der Solidaritätsthese aber von zwei weitgehend parallel existierenden Mechanismen ausgegangen wird, greifen bei der Konfliktthese Kultur und Migration stärker ineinander. Der Generationenkonflikt resultiert nicht aus einem Transfer bestimmter Beziehungsmuster aus dem Herkunftsland, sondern entsteht erst in der Migrationssituation. „Eine Wanderung von einer traditionellen in eine moderne Gesellschaft führt zum Auseinanderbrechen des

vormals stabilen Familienverbandes“ (Baykara-Krumme et al. 2011a:263). Die Konfliktthese orientiert sich an allgemeinen modernisierungstheoretischen Annahmen, indem gleichsam die traditionelle Familienorientierung der Zuwanderer und der funktionale Individualismus im Aufnahme-land aufeinander prallen. Der Kulturkontakt wird von Migranten dann als besonders problematisch erfahren, wenn ein großes sozioökonomisches Gefälle und große kulturelle Unterschiede zwischen der Herkunfts- und der Aufnahmegesellschaft bestehen. In Migrantenfamilien führt dann die Sozialisation in zwei Kulturen zu einem Kulturkonflikt zwischen den Generationen. Konflikte treten demnach vor allem in Familien auf, deren Kinder in jungen Jahren eingewandert oder hier geboren sind, da die Kinder aufgrund ihrer gesellschaftlichen Prägung in ihrer kulturellen Orientierung von den im Herkunftsland sozialisierten Eltern abweichen. Die jüngere Generation orientiert sich nicht nur an anderen kulturellen Werten, sie verfügt auch über größere Sprachkenntnisse. Dies kann zu einem elterlichen Autoritätsverlust führen, was wiederum intergenerationelle Spannungen zur Folge hat.

Entsprechend der beiden Thesen stellt sich die Frage, ob die Erfahrung des Kontextwechsels aufgrund der Migration dazu geführt hat, dass die Generationen in dieser Lebensphase enger zusammenrücken oder ob es gerade deshalb verstärkt zu Konflikten kommt. Denkbar ist, dass es Anzeichen für beide Annahmen gibt, sodass Migrantenfamilien in besonderer Weise von Ambivalenz betroffen sind.

Hinsichtlich des kulturellen Einflusses wäre davon auszugehen, dass traditionell-familienzentrierte Einstellungen die intergenerationelle Verbundenheit erhöhen und Anlässe für Generationenkonflikte verringern. Der Einfluss der Migration könnte sich in zweifacher Hinsicht auswirken: über die Aufenthaltsdauer und ob die Familienmitglieder einzeln oder im Verbund zugewandert sind. Zum einen wäre zu erwarten, dass Angehörige der ersten Generation aufgrund ihrer Sozialisation im Herkunfts-kontext eine stärkere intergenerationale Verbundenheit aufweisen. Dagegen dürften bei hier aufgewachsenen Personen der zweiten Generation sozialisationsbedingte Generationenkonflikte stärker ausgeprägt sein. Zum anderen ist bei Personen, die nachgezogen sind, zu erwarten, dass die emotionale Verbundenheit mit den Eltern geringer ist. Bei einer Einreise im Familienverband ist dagegen davon auszugehen, dass die gemeinsame Migrationserfahrung die Familienmitglieder stärker aneinander bindet. Dies dürfte insbesondere beim Fehlen weiterer Sozialkontakte der Fall sein (Baykara-Krumme et al. 2011a:265).

8.6 Ergebnisse zu Generationenbeziehungen

Nachfolgend werden Ergebnisse des Alterssurveys und des Generations und Gender Surveys vorgestellt. Hierbei wird auf Generationenbeziehungen generell von Ausländern, von türkischstämmigen Personen und von Spätaussiedlern eingegangen. Anschließend werden anhand der Solidaritäts- und Konfliktthese Generationenbeziehungen in vergleichender Perspektive betrachtet, wobei deutsche Familien, Familien mit türkischem Migrationshintergrund und Spätaussiedler einander gegenübergestellt werden.

8.6.1 Ergebnisse des Alterssurveys

Erstmals lassen sich Fragen zu Generationenbeziehungen in vergleichender Perspektive auf der Grundlage bundesweiter Daten mit dem Deutschen Alterssurvey beantworten. Im Jahr 2002 wurde neben der deutschen eine Ausländerstichprobe von 40- bis 85-Jährigen in Privathaushalten erhoben, sodass eine Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit möglich ist. Anhand des Alterssurveys lassen sich Generationenbeziehungen von Deutschen und Ausländern mit folgenden Merkmalen untersuchen: Familienpotenzial (Vorhandensein von Familienangehörigen), Haushaltsgröße und Mehrgenerationenhaushalte, Wohnentfernung, Kontakthäufigkeit sowie finanzielle und emotionale Unterstützungsleistungen (Baykara-Krumme/Hoff 2006:475ff., Baykara-Krumme 2009, 2011:282ff.).

Zu Familienstrukturen liegen folgende Informationen vor: Die Anteile der Kinderlosen und Alleinstehenden unterscheiden sich zwischen den beiden Gruppen kaum. Vor allem deutsche Frauen sind häufiger alleinstehend, und Kinderlosigkeit ist unter Ausländern etwas weiter verbreitet. Dagegen ist die durchschnittliche Kinderzahl mit 2,1 zu 1,9 bei Migrantinnen höher als bei deutschen Frauen. Nur bei der Altersgruppe 70 Jahre und älter haben die nichtdeutschen Frauen durchschnittlich weniger Kinder – was der damaligen Arbeitsmigration geschuldet sein dürfte. Bei Nichtdeutschen leben häufiger noch ein Großelternanteil bzw. ein Elternteil als bei Deutschen (7 % zu 5 %). Einheimische haben aber öfter ein Enkelkind als Ausländer (44 % zu 34 %). Auch die Zahl der Urenkel ist größer (6 % zu 3 %). Gründe für diese Differenzen dürften auch auf die unterschiedlichen Altersstrukturen der befragten Gruppen zurückzuführen sein.

Hinsichtlich der Haushaltsstrukturen zeigt sich (wie auch bei den Daten des Mikrozensus 2010), dass Nichtdeutsche in größeren Haushalten leben als Deutsche (2,9 zu 2,4 Personen). Nur bei der ältesten Altersgruppe gibt

es kaum Unterschiede. Nichtdeutsche leben häufiger mit mindestens einem erwachsenen Kind im gleichen Haushalt als Deutsche. Am häufigsten wohnen Migranten aus der Türkei mit mindestens einem erwachsenen Kind unter einem Dach, während das Zusammenleben mit Eltern weitaus seltener vorkommt. Mehrgenerationenhaushalte sind bei ausländischen Personen verbreiteter als bei Deutschen. Dies betrifft aber vor allem den Zweigenerationenhaushalt (49 % zu 32 %), weniger den Dreigenerationenhaushalt (3 % zu 1 %), der bei beiden Bevölkerungsgruppen nahezu keine Rolle spielt.

Allgemein korreliert die Wohnentfernung mit der Enge sozialer Beziehungen. Gleichzeitig erleichtert eine geringe Wohnentfernung soziale Unterstützungsleistungen. Nicht alle Migranten können auf Unterstützung durch ihre Kinder hoffen, da bei 7 % der Migranten die erwachsenen Kinder im Ausland leben. Bei Deutschen ist es nur 1 %. Hinsichtlich der Beziehungen zu den eigenen Eltern gibt es nur wenige Möglichkeiten für Unterstützungsleistungen im Haushalt, da fast drei Viertel der Eltern von Migranten im Ausland leben (73 % zu 2 %). Dies gilt insbesondere für Personen aus Ex-Jugoslawien und der Türkei, während bei Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion die Eltern zumeist sogar in der näheren Umgebung wohnen.

Diese Unterschiede spiegeln die verschiedenen Rahmenbedingungen der Zuwanderung wider. Spätaussiedler reisten in der Regel gemeinsam mit Kindern und Eltern ein. Die ehemaligen Gastarbeiter holten dagegen zwar häufig ihre Lebenspartner und Kinder nach, nicht aber ihre Eltern. Dies zeigt sich auch in der Häufigkeit des Zusammenlebens. Spätaussiedler wohnen am häufigsten mit mindestens einem Elternteil im gleichen Haus(halt), gefolgt von Ex-Jugoslawen und Einheimischen (2,8 % zu 1,5 % bzw. 1,3 %).

Die Kontakthäufigkeit korreliert ebenfalls mit der Enge sozialer Beziehungen. Große räumliche Entfernungen schränken die Kontakthäufigkeit ein. Nichtdeutsche haben daher wesentlich weniger Kontakt zu ihren Eltern als Einheimische. Dagegen haben Ausländer zu ihren Kindern auch dann häufiger Kontakte, wenn man nur die getrennt lebenden Eltern-Kind-Paare betrachtet. Allgemein haben aber sowohl Deutsche wie Nichtdeutsche überwiegend häufigen Kontakt zu den Kindern. Wie Baykara-Krumme/Hoff (2006:490) ausführen, ist der Unterschied in der Beurteilung der Beziehungen von Eltern und Kindern auffällig. Er entspricht bei Deutschen

und Ausländern gleichermaßen der „Intergenerational Stake-Hypothese“, nach der Eltern für gewöhnlich von engeren Beziehungen zu ihren Kindern berichten als diese von ihren Beziehungen zu den Eltern.

Deutliche Unterschiede zwischen Migranten und Einheimischen sind hinsichtlich finanzieller Unterstützungen festzustellen. Weitaus weniger Migranten als Einheimische erhalten von ihren Eltern finanzielle Zuwendungen (3 % zu 9 %). Dagegen unterstützen Migranten ihre Eltern häufiger als Einheimische, indem sie ihnen gelegentlich oder dauerhaft Geld zukommen lassen (16 % zu 3 %). Verschiedene Studien zeigen, dass Rücküberweisungen vor allem von Familien getätigt werden, in denen die Eltern oder Großeltern im Herkunftsland leben (Holst/Schrooten 2007). Migranten unterstützen finanziell aber seltener als Einheimische ihre erwachsenen Kinder (22 % zu 32 %). Studien zu Generationenbeziehungen von Deutschen konnten wiederholt zeigen, dass finanzielle Transfers primär von der älteren an die jüngere Generation geleistet werden. Migranten in der zweiten Lebenshälfte befinden sich jedoch in einer „Sandwichposition“. Neben den Bedürfnissen der Eltern kommen sie denen der Kinder nach, erhalten aber selbst kaum finanzielle Unterstützung.

Die Daten des Alterssurveys zeigen, dass die Familie ein wichtiges Solidaritätspotenzial für ältere Migranten und ihre erwachsenen Kinder bietet. Zusammenhalt und nicht Konflikt charakterisiert die Beziehungen zwischen den Generationen in Migrantenfamilien. Entgegen aller Krisendiagnosen sind die Beziehungen in Migrantenfamilien von großer Verbundenheit geprägt. Die vergleichende Analyse zeigt darüber hinaus, dass die Unterschiede zu Einheimischen gering sind. Die große Mehrheit der Migranten und Einheimischen fühlt sich emotional sowohl den eigenen Eltern als auch den Kindern sehr eng bzw. eng verbunden. Grundlegende Konflikte zwischen den Generationen sind in beiden Gruppen selten. Wenn Unterschiede bestehen, auch nach dem Herkunftsland, dann sind sie in erster Linie strukturell bzw. sozioökonomisch zu erklären, etwa durch die größere Wohnentfernung zu den Eltern oder die geringeren finanziellen Ressourcen. Nur das häufigere Zusammenleben mit erwachsenen Kindern scheint auch auf einer kulturellen Differenz zu beruhen.

8.6.2 Ergebnisse des Generations and Gender Surveys zu türkischstämmigen Personen

Der „Generations and Gender Survey“ (GGS) ist eine international vergleichende Bevölkerungsumfrage. Ziel ist die Gewinnung von Daten zu Familienbeziehungen. Im Jahr 2005 erfolgte die erste Befragungswelle. Im

Jahr 2006 wurde eine Zusatzerhebung mit Migranten türkischer Herkunft im Alter 50 Jahre und älter durchgeführt. Damit liegt für vergleichende Untersuchungen ein Stichprobenumfang von 3.946 Personen ohne Migrationshintergrund und von 784 türkischstämmigen Personen vor. Die Generationenbeziehungen werden durch verschiedene Fragenbereiche erhoben: Einstellungen hinsichtlich Geschlechterbeziehungen, soziale Netzwerke, Kontakthäufigkeit sowie instrumentelle und emotionale Unterstützungsleistungen.

Der Untersuchung von Hubert et al. (2009) zufolge konzentrieren sich die sozialen Netzwerke türkischer Migranten stark auf familiäre Netzwerke. Außerfamiliäre Kontakte sind weniger intensiv und kommen seltener vor als bei Einheimischen. Hierauf wurde auch im sechsten Familienbericht hingewiesen (BMFSFJ 2000:120f.). Hinsichtlich der Kontakthäufigkeit zeigt sich, dass türkische Migranten öfters Kontakt zum ältesten Kind außerhalb des Haushalts haben als einheimische Befragte. Während über die Hälfte der türkischen Migranten mindestens einmal pro Woche Kontakt hat, ist dies bei Einheimischen weniger als die Hälfte. Gemeinsam sind beiden Befragtengruppen, dass Männer seltener Kontakte haben als Frauen.

Nicht eindeutig zu interpretieren ist der Befund, wonach gut die Hälfte der türkischen Großeltern sich mindestens einmal in der Woche um ein oder mehrere Enkelkinder kümmern, aber deutlich weniger als die Hälfte der deutschen Großeltern. Aufgrund der Altersabgrenzung „50 Jahre und älter“ ist denkbar, dass der Anteil an Nichterwerbspersonen unter türkischen Befragten vor allem aufgrund der geringeren Frauenerwerbstätigkeit größer ist als bei Einheimischen. Auffällig ist, dass sich hinsichtlich instrumenteller Unterstützungsleistungen zwischen den Geschlechtern sowohl bei türkischen, als auch bei deutschen Befragten kaum Unterschiede zeigen.

Erhoben wurden auch emotionale Unterstützungsleistungen. Gefragt wurde, ob man in den letzten zwölf Monaten mit jemandem über seine Gefühle gesprochen hat. Dabei zeigt sich, dass Migranten nicht nur seltener über ihre Gefühle sprechen als Deutsche, sie tauschen sich emotional auch mit weniger Personen aus. Geschlechtsspezifische Unterschiede liegen insbesondere bei Deutschen vor, wobei Frauen deutlich mehr Ansprechpartner haben als Männer. Wichtigster Ansprechpartner ist bei beiden Befragtengruppen der (Ehe-)Partner, gefolgt von der Tochter. Hierbei handelt es sich um Befunde, die in Studien wiederholt festgestellt wurden

(Mahne/Motel-Klingebl 2010). Die Untersuchung unterstreicht auch, dass Alleinstehende nicht zwangsläufig über weniger emotionale Unterstützung verfügen müssen. Sowohl deutsche als auch türkische Frauen scheinen über entsprechende soziale Netzwerke zu verfügen.

Unter der Annahme, dass Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen zu einem größeren Ausmaß an Misstrauen führen und Angaben zum Vertrauen in die Mitmenschen ein Indikator für den Grad der gesellschaftlichen Integration und des sozialen Zusammenhalts sein können, wurde im GGS auch das Maß des Vertrauens in die Mitmenschen erhoben. Insgesamt liegen kaum Unterschiede zwischen türkischen und deutschen Befragten vor, was im Hinblick auf die Integrationsdiskussion ein positiver Befund ist (Hubert et al. 2009:52). Als weiteres positives Ergebnis ist festzuhalten, dass hohe Solidaritätspotenziale sowohl innerhalb als auch zwischen den Generationen bestehen. Von intergenerationalen Konflikten wird in Migrantenfamilien nur geringfügig häufiger berichtet als bei Einheimischen (Hubert et al. 2009:70f.).

8.6.3 Ergebnisse des Generations and Gender Surveys zu Spätaussiedlern und Personen aus GUS-Staaten

Spätaussiedler unterscheiden sich in ihren Wanderungsmotiven von Arbeitsmigranten, Asylbewerbern und anderen Migrantengruppen. Da es sich in gewisser Weise um eine „Rückwanderung“ handelt, sind sie vielfach im Familienverband eingewandert, wobei die Familien häufig drei Generationen umfassten. Dagegen sind „Gastarbeiter“ alleine gekommen. Kinder haben ihre Eltern und Eltern ihre Kinder zurückgelassen. Und Enkelkinder sind zumeist ohne die räumliche Nähe zu ihren Großeltern aufgewachsen.

Wie Vogel (2011a:8) ausführt, werden – vom Alterssurvey abgesehen – Generationenbeziehungen von Spätaussiedlern in der Forschung noch kaum in den Blick genommen. Wie die Untersuchungen generell zeigen, so liegen auch für diese Migrantengruppe vor allem qualitative und kaum quantitative Studien vor. Mehrheitlich handelt es sich dabei um Qualifikationsarbeiten und kürzere Forschungsberichte. Die Studien sind zumeist deskriptiv und eher theorielos angelegt und sie beinhalten eine Vielzahl an beschreibenden und unverbundenen Einzelergebnissen. Fragen nach den Generationenbeziehungen älterer Spätaussiedler lassen sich auch auf der Basis des Generations and Gender Surveys (GGS) nur eingeschränkt beantworten. Der als Repräsentationsbefragung konzipierte GGS von 2005 erfasst neben Personen mit türkischem Migrationshintergrund auch

Spätaussiedler. Befragt wurden 366 (russischsprachige) Personen, sodass Einstellungsunterschiede zwischen Spätaussiedlern und Personen ohne Migrationshintergrund zum Thema Generationenbeziehungen dargestellt werden können (Vogel 2011b). Einschränkend ist aber darauf hinzuweisen, dass russischsprachige Personen nicht zwangsläufig Spätaussiedler sein müssen. Insofern dürften die Befunde für diese Befragtengruppe nicht repräsentativ sein - worauf auch eine Auswertung der Befragten nach der ethnischen Zugehörigkeit hinweist.

Wird nach der Einstellung gefragt, ob Eltern ihre erwachsenen Kinder bei finanziellen Problemen unterstützen sollten, so stimmen vier Fünftel der befragten Spätaussiedler, aber nur zwei Drittel der Deutschen ohne Migrationshintergrund dieser Aussage zu. Die Erwartungen an die ältere Generation sind unter den Eingewanderten somit deutlich höher. In beiden Gruppen ist die Zustimmung unter den über 60-Jährigen am stärksten. Die Einstellungsunterschiede lassen sich vermutlich aber nicht nur als Alterseffekt interpretieren, sondern auch als Kohorteneffekt, da die älteren Spätaussiedler noch einen großen Teil ihres Lebens in ihren Herkunftsländern verbrachten.

Hinsichtlich der Erwartungen an die jüngeren Generationen liegen ebenfalls stärkere Verpflichtungsnormen in der Gruppe der Spätaussiedler vor. Deutliche Unterschiede zeigen sich bei der Frage, ob Kinder ihre Eltern zu sich nehmen sollten, wenn diese nicht mehr selbst für sich sorgen können. Bei den Zugewanderten beträgt die Zustimmung über alle Altersgruppen hinweg über 70 %, bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund dagegen nur gut 40 %. In beiden Befragtengruppen sind die über 60-Jährigen vergleichsweise selten der Meinung, dass die Kinder ihre Eltern bei Hilfebedarf zu sich nehmen sollten. Möglicherweise spiegelt diese Einstellung das Wissen um eine verbesserte ambulante und stationäre Versorgungssituation für Ältere wider. Mehr Zustimmung erfährt die Frage, ob Kinder ihre Eltern bei finanziellen Problemen unterstützen sollen, wobei wiederum die Zustimmung bei Spätaussiedlern im Durchschnitt stärker ausfällt (etwa 80 % zu 60 %). Am stärksten votieren ältere Zugewanderte, was erneut im Zusammenhang mit dem Herkunftskontext stehen könnte.

Insgesamt zeigen die von Vogel (2011b) vorgelegten GGS-Ergebnisse deutlich familienzentriertere Einstellungen in der Gruppe der Spätaussiedler. Bezüglich der Einstellungen zu intergenerationalen Unterstützungsleistungen liegen bei ihnen stärkere Erwartungen an die Familienmitglieder verschiedener Generationen vor als bei Menschen ohne Migrationshinter-

grund. Eine möglicherweise drohende Entsolidarisierung von Familien in der Migrationssituation kann aufgrund dieser Befunde zu den Verpflichtungsnormen nicht aufgezeigt werden. Wie Vogel (2011b) betont, stimmen die Befunde quantitativer Erhebungen und qualitativer Studien tendenziell überein.

Die Forschungen geben aber keine Auskunft darüber, ob die Erwartungen auch erfüllt werden. Allein anhand der stärkeren Verpflichtungsnormen kann nicht auf tatsächlich engere Generationenbeziehungen von Spätaussiedlern geschlossen werden. Aus dem Alterssurvey ist bekannt, dass gegenseitige Hilfen nicht nur von spezifischen Einstellungen abhängen, sondern auch von verfügbaren Ressourcen wie Zeit, Geld und Fähigkeiten. Neben den familialen Verpflichtungsnormen müsste daher auch das familiäre Unterstützungspotenzial untersucht werden. Vogel (2011b) kommt daher zu dem Schluss: Um die tatsächliche Ausgestaltung der Generationenbeziehungen von Spätaussiedlern beschreiben und Bedarfe älterer Menschen ableiten zu können, wäre eine umfassende Erhebung repräsentativer Daten erforderlich.

8.6.4 Generationenbeziehungen in vergleichender Perspektive

Der Solidaritäts- und Konfliktthese wird in einer vergleichenden Untersuchung von Baykara-Krumme et al. (2011a) unter Verwendung von Daten der ersten Befragungswelle (2008/2009) der pairfam-Studie nachgegangen. Der intergenerationale Zusammenhalt der Eltern-Kind-Beziehung wird über das Ausmaß an emotionaler Verbundenheit und die Häufigkeit von Konflikten abgebildet, wobei die Generationenbeziehungen aus Sicht junger Erwachsener behandelt werden.

Die Befragten der drei Gruppen – deutsche Familien, Familien mit türkischem Migrationshintergrund und Spätaussiedlerfamilien – schätzen die emotionale Verbundenheit zu ihren Eltern jeweils sehr hoch ein. Einheimische berichten geringfügig häufiger von Konflikten mit Eltern als Spätaussiedler und Personen türkischer Herkunft. Lediglich 3 % der türkeistämmigen Migranten sowie jeweils 5 % der Spätaussiedler und Einheimischen haben keinen Kontakt zu den Eltern. Die Ergebnisse legen daher nahe, dass sich ein Migrationshintergrund und ein verschiedenartiger kultureller Herkunftskontext kaum auf die Beziehungsqualität zwischen erwachsenen Kindern und Eltern auswirken. Damit bestätigen die Ergebnisse vorliegende Befunde, wonach Unterschiede in den familialen Beziehungen zwischen Migranten und Einheimischen überschätzt werden.

Für die türkischen Befragten belegen die Ergebnisse tendenziell die Solidaritätsthese. Zum einen wird von ihnen die emotionale Nähe am stärksten bewertet, zum anderen werden intergenerationale Konflikte am seltensten erlebt. Hierfür sprechen auch soziokulturelle Merkmale, wonach türkeistämmige Migranten religiöser bzw. deutlich religiöser sind als Spätaussiedler und Einheimische. Zudem sind die Migranten türkischer Herkunft am wertkonservativsten, wiederum gefolgt von Spätaussiedlern und Einheimischen. Umgekehrt führen die stärker traditionellen und religiösen Einstellungen offensichtlich dazu, dass die Konflikthäufigkeit in Familien mit türkischem Migrationshintergrund und in Spätaussiedlerfamilien etwas geringer ist als in deutschen Familien. Baykara-Krumme et al. (2011a:274) kommen zu dem Schluss, dass die Ergebnisse gegen die Konfliktthese sprechen. Generationenkonflikte sind in Migrantenfamilien keinesfalls häufiger, sondern eher seltener. Dies hängt nicht nur mit soziodemographischen und soziostrukturellen Unterschieden zusammen, Einfluss haben auch traditionellere Einstellungen und die Migrationserfahrung. Vor allem die Angehörigen der ersten Generation erleben seltener Konflikte mit ihren Eltern. Offenbar wirkt eine eigene Migrationserfahrung konfliktreduzierend, fördert aber nicht zwangsläufig auch die emotionale Verbundenheit (Baykara-Krumme et al. 2011b:49).

In einem zweiten Schritt wird untersucht, ob die Aspekte Tradition und Migration nicht nur konfliktreduzierend, sondern auch kohäsionsfördernd wirken, wie es die Solidaritätsthese unterstellt. Im Gegensatz zu den Generationenkonflikten hat die Generationenzugehörigkeit bei der emotionalen Verbundenheit keinen Einfluss. Allerdings unterscheiden sich wiederum türkeistämmige Migranten und Aussiedler voneinander. Türkische Migranten weisen eine besonders hohe emotionale Verbundenheit auf. Dagegen unterscheiden sich Spätaussiedler nicht von Einheimischen, weshalb sich die Solidaritätsthese nur für türkische Migranten zu bestätigen scheint. Eine Erklärung für die größere Verbundenheit in türkischen Migrantenfamilien findet sich teilweise wieder in den traditionelleren, familienbezogenen Einstellungen und in der stärker ausgeprägten Religiosität, die als Mediatoren für eine höhere affektive Solidarität wirken. In Übereinstimmung mit bisherigen Forschungsbefunden äußern zudem Töchter eine größere emotionale Nähe zu ihren Eltern als Söhne und erwachsene Kinder fühlen sich der Mutter weitaus näher als dem Vater.

Baykara-Krumme et al. (2011a:276) schlussfolgern, dass die Solidaritätstheorie nur für die türkische Migrantengruppe belegt werden kann. Migrationsbezogene Erfahrungen sind als Einflussfaktoren für die emotionale Beziehungsqualität offenbar weniger bedeutsam. Kulturelle Differenzen haben eine gewisse Relevanz, da die Unterschiede zwischen türkischen Migranten und Einheimischen teilweise auf eine größere Bedeutsamkeit von Familie und Religion zurückzuführen sind. Möglicherweise wurden diese Einstellungen aber nicht nur aus dem Herkunftskontext „importiert“, sondern sie haben sich in dieser Tiefe erst im Zuge der Migration entwickelt. Letztlich dürften somit der Sozialisations- und Herkunftskontext wie auch der Migrantenstatus dafür verantwortlich sein, dass türkeistämmige Familien eine etwas größere intergenerationale Verbundenheit aufweisen als die beiden anderen Gruppen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass in der theoretischen Diskussion die Differenzen in den Generationenbeziehungen zwischen Einheimischen und Migranten zu Ungunsten letzterer überschätzt werden. Für eine Entfremdung zwischen den Generationen finden sich keine Hinweise. Die emotionale Verbundenheit ist allgemein stark ausgeprägt und Konflikte sind selten. Die größere Verbundenheit kann auf kulturelle Differenzen in den familiären Werten und Einstellungen zurückgeführt werden. Die geringere Konflikthäufigkeit kann für türkeistämmige Familien, abgeschwächt aber auch für Spätaussiedlerfamilien mit kulturellen und migrationspezifischen Merkmalen erklärt werden. Konflikte werden häufiger von hier aufgewachsenen Kindern berichtet, die im Gegensatz zu den Eltern keinen Kontextwechsel durch die Migration erlebt haben (Baykara-Krumme et al. 2011a:278).

8.7 Fazit

Ungeachtet der Frage einer Unterschätzung von Gruppenunterschieden aufgrund einer selektiven Auswahl der Befragten sowie von Angaben im Sinne der sozialen Erwünschtheit spiegeln die Ergebnisse eine große familiäre Stabilität und ein großes Unterstützungspotenzial wider, wobei sich die Ausprägungen zwischen Einheimischen und Migranten weitgehend angleichen. Da auch die Bevölkerung mit Migrationshintergrund zunehmend vom familialen und demographischen Wandel betroffen ist, bedeutet eine vergleichbare Generationensolidarität allerdings, dass die Gesellschaft im Hinblick auf Hilfe und Pflege für Ältere vor ähnlich großen Herausforderungen steht wie bei der einheimischen Bevölkerung (Baykara-Krumme et al. 2011a:279). Wie Mahne/Motel-Klingebiel (2010:212f.) betonen, dürften sich die Strukturen von Generationenbezie-

hungen in Zukunft weiter ausdifferenzieren. Diese Entwicklungen werden Auswirkungen auf die Unterstützungsfunktionen zwischen familialen Generationen haben, während die Kontakthäufigkeit und die emotionale Nähe bisher wenig von den Veränderungen beeinflusst sind. Angesichts der Ausdünnung sozialer Netzwerke, größerer räumlicher Distanzen zwischen den familialen Generationen und steigender Frauenerwerbsquoten wird es zukünftig schwieriger werden, bisherige familiäre Unterstützungsleistungen aufrechtzuerhalten.

Für die Generationenbeziehungen ist die Pflege von zentraler Bedeutung. In einer modernen Gesellschaft mit demographischer Alterung können traditionelle Pflegeerwartungen zum intergenerationellen Konfliktpotenzial werden. Die vorliegenden Befragungen, Alterssurvey, Generations and Gender Survey sowie die pairfam-Studie, liefern jedoch keine (weiter gehenden) Informationen zu Pflegeerwartungen und Pflegebereitschaft in Migrantenfamilien. Informationen hierzu wären jedoch wichtig. Denn von der zweiten Migrantengeneration wird vielfach weiterhin ein der Herkunft entsprechendes „kulturadäquates“ familiales Pflegeverhalten erwartet. In Wissenschaft und Praxis wird daher darauf hingewiesen, dass wachsende Generationenkonflikte nicht auszuschließen sind, „sollte es nicht gelingen, den Diskussionsprozess zwischen erster und zweiter Generation hinsichtlich der Ansprüche und Möglichkeiten einer Familienversorgung sensibel zu unterstützen und den Zugang zu familienentlastenden Angeboten der ambulanten Versorgung zu verbessern“ (Zeman 2005:64).

Soweit in den Studien die Strukturen familialer Generationen erfasst werden, verweisen sie darauf, dass Generationenbeziehungen von Migranten nicht nur im Ankunftsland gelebt werden, sondern auch durch die familiäre und verwandtschaftliche Situation im Herkunftsland geprägt sind. Aufgrund der modernen Transportmittel und Kommunikationstechniken verlieren Migrantenfamilien ihre Beziehungen zum Herkunftsland immer seltener. Generationenbeziehungen von Migranten müssen daher in einer erweiterten Perspektive gedacht werden, welche die Situation im Ankunfts- und im Herkunftsland berücksichtigt. Damit kommen größere verwandtschaftliche Netzwerke und mehr als zwei Generationen in den Fokus. Dadurch wird der Blick auch auf die Folgewirkungen gelenkt, welche die familiäre Migration in den Herkunfts- und Ankunftsregionen für die einzelnen Familien- und Verwandtschaftsmitglieder entfaltet (Pries 2011:31).

9 Rückkehr oder Verbleib?

9.1 Einleitung

Aufgrund der quantitativ und gesellschaftlich bedeutsamen Zuwanderung nach Deutschland war die Rückwanderung aus Deutschland lange Zeit weder in der Migrationsforschung noch in der politischen Diskussion ein Thema. Erst durch das gewachsene wissenschaftliche und politische Verständnis von Migration als einem im Prinzip unabgeschlossenen Mobilitätsprozess gewinnt das Thema Rückwanderung im Kontext von Auswanderung neuerdings zunehmendes Interesse (Erlinghagen et al. 2009). Anhand von Datenbanken zeigt sich, dass über Remigration bisher wenig geforscht und publiziert wurde. Dies gilt auch für Rückwanderungen älterer Migranten (Schimany/Schock 2010:350). Da die Einwanderer der ersten Generation aber entweder bereits im Rentenalter sind oder zunehmend ins Rentenalter kommen, stellt sich die Frage, ob diese auf Dauer in Deutschland bleiben oder wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren. Aufgrund einer zumeist langen Aufenthaltsdauer, welche die Bleibetendenz verstärkt, ist einerseits zu vermuten, dass viele der älteren Migranten hier ihren Lebensabend verbringen. Andererseits zeigt sich, dass das Erreichen des Rentenalters die Rückkehrneigung positiv beeinflusst (Jankowitsch et al. 2000, Haug 2001).

Nachfolgend werden zuerst Erklärungsansätze der Remigrationsforschung dargestellt (Kapitel 9.2). Vor dem Hintergrund von Migrationsentscheidungen wird dann auf den Verbleib eingegangen (Kapitel 9.3). Anschließend werden die Ergebnisse verschiedener Erhebungen vorgestellt (Kapitel 9.4). Danach folgen Ausführungen zu Pendelmigration und Ruhesitzwanderungen (Kapitel 9.5). Anhand von Daten der amtlichen Statistik zeigt sich, dass auch bei Migranten nicht Altenwanderungen vorherrschen, sondern ein stationäres Altern dominiert (Kapitel 9.6). Abschließend wird reflektiert, welche Bedeutung Rückwanderungen von älteren Migranten in Zukunft haben könnten (Kapitel 9.7).

9.2 Erklärungsansätze der Remigrationsforschung

9.2.1 Remigration und gesellschaftliche Entwicklung

Erklärungsansätze und Typisierungen von Wanderungen spiegeln die historischen Entwicklungen im vergangenen Jahrhundert wider. Lange Zeit konzentrierte sich die Forschung zu internationaler Migration auf Ab-

wanderungsgründe im Kontext der Arbeitsmigration. Dabei ging man von der Einmaligkeit und Endgültigkeit von Wanderungen aus. Gleichwohl gab es bereits in der Frühphase der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Migrationsprozessen erhebliche Rückwanderungen. Bade (2000:136ff.) vermutet, dass ein Viertel der transatlantischen Auswanderer zu Beginn des 20. Jahrhunderts wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehrten. Auch zirkuläre Wanderungen zwischen Europa und Amerika waren aufgrund der Zunahme von internationalen Handelsbeziehungen verbreitet.

Im Gegensatz zu den transatlantischen Auswanderungen war die „Gastarbeitermigration“ ab Mitte der 1950er Jahre von der Politik als befristete Aufenthaltsform konzipiert worden, die der Logik der industriellen Produktionsweise folgte (Glorius/Matuschewski 2009:205). Die staatlichen Arbeitsmigrationsprogramme dienten der Befriedigung des als temporär eingeschätzten Bedarfs an gering qualifizierten Arbeitskräften. Durch die zeitliche Befristung des Aufenthalts wurden Integrationskosten umgangen. Die Rückwanderung der Arbeitsmigranten wurde als Beitrag zur Entwicklungshilfe gesehen. Den gleichen Effekt hatten Rücküberweisungen, die einen erheblichen Anteil am Volkseinkommen der Entsendeländer darstellten (Münz/Weiner 1997:203f.). Dietzel-Papakyriakou (1993:80) beschreibt die Rückkehrorientierung der Nachkriegsmigration als Teil eines „triparten Migrationskontraktes“ zwischen Herkunftsland, Aufnahmeland und migrierendem Individuum. Die Migration wurde von allen Seiten als provisorisch aufgefasst. Deutsche und Zuwanderer blieben bei der Vorstellung eines befristeten Aufenthaltes und einer anschließenden Rückkehr, als aus den „Gastarbeitern“ längst ausländische Mitbürger geworden waren.

Die aktuelle Relevanz des Themas Rückwanderung innerhalb der Migrationsforschung ist zum einen dem Paradigmenwechsel im Bereich der Arbeitsmigration geschuldet, der mit einem Wandel von der industriellen Produktionsweise zur Dienstleistungsgesellschaft einhergeht. Verstärkt werden Arbeitsmigranten mit höheren Qualifikationen benötigt, die auf einem globalen Arbeitsmarkt angeworben werden müssen und die vielfach hochmobile bzw. transnationale Lebensstile praktizieren. Zum anderen beruht die aktuelle Relevanz des Themas Rückwanderung auf dem Prozess der demographischen Alterung in westlichen Gesellschaften. Ein Großteil der Arbeitsmigranten der ersten Generation, die im Rahmen der Anwerbeabkommen ab Mitte der 1950er Jahre nach Deutschland kamen, ist trotz ursprünglicher Rückkehrabsichten in Deutschland geblieben und hat inzwischen das Ruhestandsalter erreicht. Diese Entwicklung findet vor

allem in der Sozialgerontologie seit den 1990er Jahren unter dem Begriff „Altern in der Migration“ Beachtung. Studien belegen, dass nur ein kleiner Teil der älteren Migranten die Absicht hat, den Beginn des Ruhestands für eine endgültige Rückkehr in die Heimat zu nutzen. Allerdings ist auch das Verbleibsinteresse mitunter kaum größer. Verschiedentlich wird die Entscheidung für Rückkehr oder Verbleib vertagt, in dem beabsichtigt wird, im Ruhestand zu pendeln und zeitweise in Deutschland und im Herkunftsland zu leben. Hierbei handelt es sich um eine neue und in der Forschung bisher kaum thematisierte Lebensform im Ruhestand (Krumme 2004).

9.2.2 Definition und Forschungsrahmen

Der Begriff der Rückkehrmigration bzw. Remigration bezeichnet die Rückkehr einer Person in ihr Herkunftsland, nachdem sie eine bestimmte Zeit im Ausland war. Bei der Definition der Zeitspanne im Aufnahmeland kann zwischen dauerhafter (ab einem Jahr Aufenthalt) und temporärer Migration (unter einem Jahr Aufenthalt) unterschieden werden. Die Rückkehr lässt sich danach unterscheiden, ob sie freiwillig oder erzwungen ist. Weiterhin lässt sich die Remigration danach unterscheiden, ob sie dauerhaft und endgültig oder temporär und vorläufig ist, was in zirkulärer oder Pendelmigration zum Ausdruck kommt. Mit Blick auf Ruhesitzwanderungen ist zwischen Mobilität von einheimischen Älteren und tatsächlicher Remigration von Migranten zu trennen. Eine weitere Differenzierung ergibt sich hinsichtlich räumlicher Aspekte. Selbst wenn Rückwanderer in ihr Herkunftsland zurückkehren, ist damit nicht zwangsläufig die Rückkehr in den Heimatort verbunden. Studien zeigen, dass sich Migranten aus ländlichen Gebieten nach der Rückkehr vielfach in urbanen oder touristischen Regionen ihres Herkunftslandes niederlassen. Die Rückkehrer selbst können nach ihrer Wanderungsintention unterschieden werden. Anhand des Hauptmotivs und der soziodemographischen Merkmale können mehrere Rückwanderungstypen unterschieden werden. Mit Blick auf ältere Migranten sind Personen von Interesse, die nach Beendigung der Erwerbstätigkeit in ihr Herkunftsland zurückkehren, um dort den Lebensabend zu verbringen.

Die Frage nach den Determinanten von Migrationsentscheidungen ist in der Vergangenheit intensiv bearbeitet worden. Hierzu liegen eine Reihe von Überblicksartikeln vor (Parnreiter 2000, Currie 2006, Haug/Sauer 2006). Die Migrationsforschung zielt vor allem auf die Erklärung von Prozessen der Ab- und Auswanderung ab. Ihr Analysepotenzial lässt sich daher nicht umstandslos auf Remigrationsprozesse übertragen. Die

Remigration stellt jedoch einen Spezialfall einer Migrationsentscheidung dar. Erklärungsansätze der Migration können in Teilen herangezogen werden, um Motive und Folgen von Rückwanderungen zu beschreiben. Einschränkungen ergeben sich aus der unterschiedlichen Logik, der Rückwanderungsprozesse im Vergleich zu primären Wanderungsprozessen unterliegen (Glorius/Matuschewski 2009:208). Ansätze der Migrationsforschung konzentrieren sich auf ökonomische bzw. arbeitsmarktbezogene Migrationsentscheidungen im Rahmen von Erwerbsbiographien. Dagegen werden Aspekte des Ruhestands und soziale Zusammenhänge im fortgeschrittenen Alter vor dem Hintergrund transnationaler Lebensformen und Familienstrukturen weniger detailliert beschrieben.

Das Thema Rückwanderung gewann vor allem im Kontext der politisch gesteuerten Rückwanderung von „Gastarbeitern“ an Forschungsrelevanz (Hunn 2005). Die frühen Studien gingen davon aus, dass sich das Potenzial der Rückwanderer vor allem aus zwei Migrantengruppen zusammensetzt: Personen, die zeitlich befristet auswandern, und Personen, die eine dauerhafte Auswanderung planen, aufgrund unvorhergesehener Ereignisse aber zurückkehren. Befunde zum Zeitpunkt und zur Selektivität von Rückwanderungsprozessen verweisen darauf, dass die Mehrzahl der Migranten innerhalb weniger Jahre zurückkehrt. Je schneller ein bestimmtes Einkommen im Zielland erreicht wird, desto früher erfolgt die Rückwanderung. Zudem kehren Migranten mit dem Ziel der Selbstständigkeit eher zurück (Glorius/Matuschewski 2009:215). Auch wenn die meisten Migranten zum Zeitpunkt der Auswanderung eine Rückkehrabsicht haben, kehren doch deutlich weniger Menschen tatsächlich zurück. Studien zur „Gastarbeiterwanderung“ zeigen, dass die Arbeits- und Alltagserfahrungen Einfluss auf die Rückkehrbereitschaft haben und es im Zeitverlauf zu einer sinkenden Rückkehrquote kommt (Bostanci 1982). Da mit zunehmender Aufenthaltsdauer die Auswanderungswahrscheinlichkeit abnimmt (Erlinghagen et al. 2009:667), ist die Remigrationsforschung zugleich auch immer eine Forschung über Gründe und Rahmenbedingungen des Verbleibs.

Die Rückwanderung aus Deutschland erfolgte vor allem in den wirtschaftlichen Rezessionsphasen 1967 und 1973. Trotz „Rotationsprinzip“ blieben aber viele Zuwanderer hier oder kehrten erst nach langer Zeit zurück (Haug/Rühl 2008). Dazu trugen politische und rechtliche Entscheidungen bei, wie die Änderung des Aufenthaltsgenehmigungsrechts und die Ermöglichung des Familiennachzugs. Umgekehrt finden Rückwanderungen verstärkt dann statt, wenn staatliche Rückkehrprogramme greifen und die Barrieren für eine erneute Zuwanderung gering sind. Restriktive Ein-

wanderungsgesetze und komplizierte Einwanderungsverfahren können dagegen konjunkturell bedingte Rückwanderungen verhindern. Im Zentrum politikwissenschaftlicher Analysen steht aktuell die Ausformulierung einer gemeinsamen Rückkehrpolitik der Europäischen Union als Mittel der Migrationssteuerung (Schneider 2012).

Bei verschiedenen Nationalitäten lassen sich Unterschiede hinsichtlich Rückkehrneigung und Rückkehrverhalten beobachten (Jankowitsch et al. 2000). Ganz offensichtlich haben die jeweiligen staatlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den Herkunftsländern einen Einfluss auf die Remigration. Insofern überdecken allgemeine Befunde zur Rückkehr Besonderheiten für einzelne Herkunftsgruppen. Kaum Informationen gibt es zu geschlechtsspezifischen Unterschieden der Rückwanderung (Erlinghagen et al. 2009). Neben Analysen zur Migration von Frauen, die keinen spezifischen Fokus auf die Rückwanderung legen (Lutz 2007), liegen Studien zu (älteren) Migrantinnen vor, die sich mit dem veränderten geschlechtsspezifischen Rollenverständnis sowie der Bedeutung von familiären und sozialen Netzwerken im Kontext von „Rückkehr“ und „Verbleib“ beschäftigen (Paß 2006:25ff., Glorius/Matuschewski 2009:216).

Seit den 1990er Jahren werden in Abgrenzung zu klassischen Migrationstheorien verstärkt alternative Erklärungsansätze internationaler Migrationsprozesse diskutiert, wonach Migration nicht nur als einmaliger und unidirektionaler Prozess zu begreifen ist. Hervorgehoben wird die Einbettung von Migration in soziale Netzwerkstrukturen und die Entstehung „transnationaler Gemeinschaften“. Die zentralen Formen von Transnationalität stellen die zirkuläre und die Pendelmigration dar. Transmigranten unterhalten Netzwerke und praktizieren Lebensmuster, welche die Herkunfts- und Ankunftsgesellschaft umfassen. Arbeiten zur Transnationalität konzentrieren sich bisher aber weitgehend auf Arbeitsmigranten, während Personen im Ruhestand noch kaum thematisiert werden (Krumme 2004).

9.2.3 Erklärungsmodell von Migrationsentscheidungen

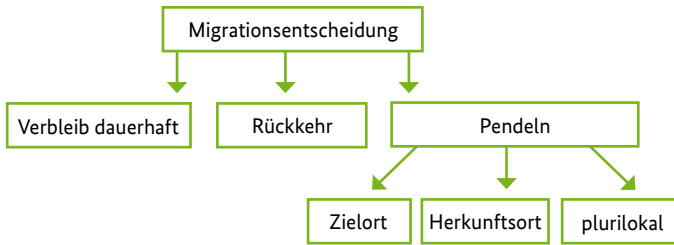
Neben der ökonomischen Ausstattung einer Person hängt die Verwirklichung der Rückkehrabsicht vor allem von ihrer sozialen Einbindung ab. Das Vorhandensein von Familienangehörigen im Zielland motiviert zum

Bleiben, während Familienangehörige am Herkunftsort die Rückkehrneigung verstärken. Gründe für eine Rückkehr können demnach sein, dass die Familie nicht nachgeholt wurde oder nicht nachkommen wollte und dass soziale Beziehungen am Herkunftsort wieder wichtiger werden. Je länger der Aufenthalt im Zielland war, desto geringer scheinen aber soziale Beziehungen im Herkunftsland von Einfluss zu sein, da das soziale Kapital mit der Zeit immer mehr an Wert verliert (Haug 2001:250).

Es besteht ein hoher Zusammenhang zwischen dem Übergang von einer Familienzyklusphase in eine andere und der räumlichen Mobilität. Insofern hängt nicht nur die Migration, sondern auch die Remigration mit lebens- und familienzyklischen Ereignissen zusammen. Idealtypisch kann davon ausgegangen werden, dass mit dem Übergang in den Ruhestand eine Entscheidung zwischen dem Leben im Ziel- oder Herkunftsland getroffen wird. Dieser Zeitpunkt im Lebenszyklus markiert bestimmte Familienkonstellationen und damit soziale Zusammenhänge, die eine Entscheidung bezüglich Verbleib oder Rückkehr nachdrücklich erfordern. Mit dem Übergang in den Ruhestand wird gleichsam ein umgekehrter Kettenmigrationsprozess in Gang gesetzt. Dieser Prozess ist aber häufig unvollständig, da zumeist nicht alle Familienangehörigen bzw. Angehörigen der verschiedenen Generationen mit zurückkehren.

Um Migrationsentscheidungen abzubilden, bietet sich ein Erklärungsmodell an, das strukturelle Faktoren mit individuellen Motiven verbindet (Haug 2001:244, Currie 2006:19). Zwischen den Möglichkeiten „Verbleib im Zielland“ und „Rückkehr ins Herkunftsland“ ist eine Entscheidung zu treffen. Eine dritte Möglichkeit – gleichsam im Sinne einer Entscheidung durch Nichtentscheidung – stellt die Pendelmigration dar. Rückwanderungen lassen sich somit analytisch trennen zwischen allgemeinen Wanderungen und Wanderungen, die als Spezialfall wiederholter Wanderungen zu betrachten sind. Tatsächliche Rückwanderungen implizieren einen endgültigen Verbleib im Herkunftsland, während temporäre Rückwanderungen auf einen vorläufigen Verbleib abstellen. Hierbei kann das Pendeln regelmäßig oder unregelmäßig erfolgen, unterschiedlich lange Phasen der Abwesenheit umfassen und Zielort oder Herkunftsort orientiert bzw. pluri-lokal sein (siehe Abbildung 9.1).

Abbildung 9.1: Migrationsentscheidungen



9.3 Verbleib trotz Rückkehrorientierung

9.3.1 Migration und Selbstkonzept

Aufgrund der Zuwanderung in den vergangenen Jahrzehnten nahmen im Zuge des Prozesses der demographischen Alterung auch Anzahl und Anteil älterer Migranten zu. Bereits seit den 1980er Jahren wird die Zunahme älterer Migranten von Einrichtungen der Wohlfahrtspflege, vor allem der Migrationsberatung und der Altenhilfe als gesellschaftliche und sozialpolitische Herausforderung thematisiert. Insbesondere die Arbeiten von Dietzel-Papakyriakou (1991, 1993) beschreiben die Spannungen bei alternen Migranten zwischen Rückkehr und Verbleib, zwischen subjektiver Rückkehrorientierung und objektiver Niederlassung.

Die Abwanderung aus dem Herkunftsland ist generell keine isolierte Entscheidung, sondern wird gemeinsam mit dem sozialen Umfeld getroffen. Durch das Migrationsprojekt ist der Arbeitsmigrant in bestimmte Verpflichtungen eingebunden und arbeitet auf bestimmte Ziele hin. Das Projekt ist zukunftsbezogen und beruht auf dem Selbstkonzept, durch eigene Leistung die Lebenslage zu verbessern. Das Migrationsprojekt als Lebensentwurf wird jedoch im Lebenslauf in der Auseinandersetzung mit der sozialen Umwelt immer wieder neu verhandelt. Denn im Verlauf der Migration finden – nicht zuletzt aufgrund veränderter Familienkonstellationen – „Umorientierungen“ statt.

Die Realität durchkreuzt die Lebensplanung. Das Migrationsziel der Rückkehr kann nicht realisiert werden, verschiedene Umstände zwingen zum (vorläufigen) Verbleib. Vor dem Hintergrund vielfältiger Zwänge wird die Rückkehr während des Migrationsverlaufs immer wieder verschoben. Das Alter macht aufgrund gesundheitlicher Beeinträchtigungen, finanzieller Einschränkungen und sozioemotionaler Veränderungen Modifikationen des Lebensentwurfs notwendig. Es müssen daher tragfähige Legitimatio-

nen gefunden werden, die das Selbstkonzept bewahren (Dietzel-Papakyriakou 1991:37).

Die Rückbesinnung auf das ursprüngliche Normen- und Wertesystem ist darauf gerichtet, das positive Selbstkonzept zu erhalten. Auch die Rückkehrorientierung vieler Arbeitsmigranten, die im Alter beibehalten wird, dient zur Sinnerhaltung. Teilweise würden Migranten die Aufgabe der Rückkehrabsicht als negative Lebensbilanz empfinden (Zeman 2005:71). Die „Illusion der Rückkehr“ garantiert dem Migrationsprojekt innere Kohärenz und Sinn, symbolisiert Loyalität gegenüber der Herkunftsgesellschaft und lässt die Zukunft offen erscheinen. Am Ende des Migrationszyklus wird der Wunsch nach Rückkehr ins Herkunftsland durch die im Alter einsetzende Vergangenheitsorientierung und die Idealisierung getragen (Dietzel-Papakyriakou 1991:39). Der Wunsch von alten Menschen nach Rückkehr zum Ursprungsort ist ein in der Gerontologie bekanntes Motiv und stellt die Ursache für einen Teil der Binnenmigration bei der einheimischen Altenpopulation dar.

9.3.2 Gründe des Verbleibs

Migranten(gruppen) unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Migrationsgründe. Entsprechend unterschiedlich sind auch ihre Absichten zu bleiben oder zu remigrieren. Auch die Migrantengruppe der ehemaligen Gastarbeiter ist aufgrund des Migrationsverlaufs in zwei Kategorien zu unterteilen. Ein Teil hat seine Lebensplanung am Herkunftsland ausgerichtet und die Rückkehr zum Migrationsziel gemacht. Dieses Verhalten stand im Einklang mit der gesellschaftspolitischen Programmatik des „Rotationsprinzips“ und der politisch immer wieder bekräftigten Fiktion, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Die über Jahrzehnte nicht realisierte, aber dennoch aufrechterhaltene Rückkehrorientierung wurde – wie erwähnt – für viele zur „Rückkehrillusion“ (Dietzel-Papakyriakou 1991). Nicht verwirklichte Rückkehrabsichten können Auswirkungen auf die Stärkung der ethnischen Identität und die Förderung der ethnischen Gemeinschaft haben sowie mit segmentierter Assimilation einhergehen. Der andere Teil hat sich dagegen auf den endgültigen Verbleib eingerichtet. Die darauf bezogene Lebensplanung führte vielfach zum gezielten Erwerb von Sprachkompetenzen, beruflichen Qualifikationen und materieller Absicherung. Dieser Personenkreis findet auch im Alter leichteren Zugang zu institutionellen Hilfen (Zeman 2005).

Bereits Anfang der 1980er Jahre wurde darauf hingewiesen, dass sich Deutschland vor allem für Migranten aus der Türkei von einem Arbeits-

aufenthaltsland zu einem Einwanderungsland entwickelt habe (Hunn 2005:522ff.). Insbesondere die mittleren und jüngeren Jahrgänge der türkischen Arbeitsmigranten äußerten die Absicht, in der Bundesrepublik zu bleiben und sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Begründet wurde diese Haltung auch mit der besseren sozialen Absicherung. Ab Mitte der 1980er Jahre zeigte sich, dass die meisten Migranten aus der Türkei nicht nur in der Bundesrepublik bleiben würden, sondern dass sie auch begonnen hatten, in der Gesellschaft Fuß zu fassen. Hunn (2005:527) stellt im Anschluss an ihre Analyse der Geschichte der türkischen Gastarbeiter fest:

„Bei denjenigen wiederum, die an einem dauerhaften Aufenthalt in der Bundesrepublik interessiert waren, machte sich in vielen Fällen eine neues Selbstverständnis und Selbstbewusstsein bemerkbar, das der bundesdeutschen Gesellschaft vor Augen führte, dass ein Großteil der Türken weder zurückkehren noch sich länger mit ihrer unbefriedigenden rechtlichen und politischen Situation zufrieden geben würde.“

Mit steigender Aufenthaltsdauer und dem Durchlaufen mehrerer Entscheidungsphasen wird eine Rückkehr generell weniger wahrscheinlich, da zunehmend soziale Bindungen am Zielort bestehen, welche die emotionalen Kosten eines Fortzuges überproportional erhöhen. Mit zunehmendem Alter und insbesondere wenn die Erwerbstätigkeit als eigentlicher Migrationsgrund endgültig entfällt, spitzt sich der Entscheidungskonflikt zwischen Verbleib und Rückkehr zu. Merkmale der kollektiven Lage älterer Migranten sind häufig die schwierige gesundheitliche und finanzielle Situation sowie die Entfremdung vom Herkunftsland (Dietzel-Papakyriakou 1991:41). Als wichtige Motive für den Verbleib werden neben der Anwesenheit von Familienangehörigen daher vor allem die sozialen Sicherungs- und Gesundheitssysteme genannt. Darüber hinaus spielen soziokulturelle Gründe eine Rolle (Zemann 2005:72f.).

Familiäre Motive sind in das gesamte „Migrationsprojekt“ biographisch eingebettet. Zu Beginn der Migration waren fast alle Migranten über einen längeren Zeitraum von ihren Familien getrennt. Diese Trennungserfahrungen waren schmerzhaft und haben bis heute Einfluss auf die Befindlichkeit der ersten Generation. Die Familienangehörigen wurden teilweise erst Jahre später nachgeholt. Die Angehörigen der zweiten und dritten Generation kennen häufig das Aufnahmeland besser als das Herkunftsland der Eltern. Vielen ist die Rückkehr ins Land ihrer Eltern aufgrund fehlender Kompetenzen wie Sprachkenntnisse nicht mehr möglich oder wegen

der kulturellen Distanz nicht mehr vorstellbar. Für Kinder und Enkel ist eine Rückkehr an den Herkunftsort der Eltern daher unwahrscheinlich (Sürig/Wilmes 2011:149). Dementsprechend bleiben sie und ihre Familien vorläufig oder für immer im Zielland. Die im Alter tragende Bindung an die Familie, der Kontakt zu den Kindern und die Betreuung der Enkelkinder, die das Gefühl des Gebrauchtwerdens vermittelt und die innerfamiliäre Integration sichert, kann und soll aber nicht aufgegeben werden. Für die erste Generation besteht die Gefahr, dass sich bei einer Rückkehr ohne Kinder und Enkel die zu Beginn der Migration erlittenen Trennungserfahrungen wiederholen, da die Familie erneut zerrissen würde.

Anhand von SOEP-Daten zeigt sich, dass seit den 1980er Jahren der Anteil durch Migration getrennter Familien in Deutschland sinkt, weil immer mehr „Gastarbeiter“ ihre Familien in der Zwischenzeit nach Deutschland geholt haben. Im SOEP wurde daher ab dem Jahr 2000 nicht mehr nach der aktuellen Trennungssituation gefragt (Hajji 2009:37). Indem der Anteil an transnationalen Familien von in Deutschland lebenden Migranten stagniert, dürfte auch die familiäre Trennung als Grund der Remigration an Bedeutung verloren haben. Familienzusammenführungen bzw. gemeinsam in Deutschland lebende Familien sind vielmehr ein Grund zum Bleiben. Der Verbleib führt unter Umständen aber zur endgültigen Trennung von denjenigen Kindern, die ins Herkunftsland zurückgekehrt oder nie emigriert sind.

Auch die Bedeutung gesundheitlicher Motive für den Verbleib erklärt sich aus der Migrationsbiographie. Das Arbeitsleben vieler Migranten wurde von gesundheitlichen Belastungen begleitet, sodass ein relativ hoher Anteil an Arbeitsmigranten den Arbeitsprozess mit gesundheitlichen Einschränkungen verlässt. Bei Arbeitsmigranten zumal der ersten Generation treten aufgrund eines intensiven und frühzeitigen Gesundheitsverschleißes sowie kultureller Anpassungen physische und psychosoziale Alterungsprozesse häufig früher auf als es dem chronologischen Alter im Durchschnitt entspricht. Vor diesem Hintergrund sind sich viele ältere Migranten ihres aktuellen und zukünftig wachsenden Bedarfs an medizinischen Leistungen bewusst. Die gesundheitliche Versorgung in Deutschland wird positiver eingestuft als in den Herkunftsländern. Vor allem türkische Migranten betonen, dass es in ihrem Heimatland an einer flächendeckenden Versorgung mangelt und die vergleichsweise teuren medizinischen und pflegerischen Versorgungsleistungen privat bezahlt werden müssen. Bereits zu Beginn der 1990er Jahre stellte Dietzel-Papakyriakou

(1991:57) fest, dass der schlechte Gesundheitszustand und die gleichzeitig gute gesundheitliche Versorgung im Zielland ausschlaggebende Gründe dafür sind, die Rückkehr ins Herkunftsland aufzugeben und im Alter im Zielland zu verbleiben. Eine Rückkehr bei gesundheitlicher Beeinträchtigung („Unhealthy-Remigration-Effect“) dürfte daher die Ausnahme sein.

Eng verknüpft mit dem Verbleib aus gesundheitlichen Gründen ist häufig der Verbleib wegen finanzieller Probleme. Oft sind die Altersrenten von Migranten so niedrig, dass sie trotz höherer Kaufkraft in den Herkunftsländern den auch dort gestiegenen Lebenshaltungskosten nicht entsprechen. Insbesondere können medizinische Leistungen nicht bezahlt werden. Die finanziellen Schwierigkeiten bedeuten nicht nur das Scheitern der materiellen Migrationsziele. Aufgrund schon bestehender Krankheiten oder des im Alter antizipierten erhöhten Erkrankungsrisikos werden Rückkehrpläne aufgegeben.

Neben den familialen und gesundheitlichen Gründen werden auch soziale und kulturelle Gründe für den Verbleib genannt. In der Rückkehrfrage gibt es häufig keine Übereinstimmung zwischen Paaren. Während Männer eher zurückkehren wollen, ziehen es Frauen vielfach vor, in Deutschland zu bleiben (Erlinghagen et al. 2009). Frauen befürchten, dass sie ihre erlangte Selbstständigkeit bei Rückkehr in die (patriarchalischen) Strukturen der Herkunftsländer wieder aufgeben müssten (Matthäi 2004). Auch Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten befürchten bei einer Rückkehr erneute Diskriminierungen.

Ein weiterer Grund für den Verbleib ist das Scheitern des Migrationsziels. Der erhoffte finanzielle Erfolg und die erwartete soziale Anerkennung in der Familie und im Herkunftsland wurden verfehlt. Außerdem ist es vielleicht auch zu Fehlinvestitionen gekommen: Während die Familie im Zielland im sanierungsbedürftigen Wohnraum eines sozialen Brennpunktes lebt, wurde in den Heimatländern in großzügigen Wohnraum investiert. Investiert wurde allerdings zumeist in Großstädten und touristischen Regionen und nur selten in den Herkunftsorten. Hintergrund war die Idee, die Lebenssituation der eigenen Kinder in der „Heimat“ zu verbessern. Die Kinder wollen jedoch in Deutschland bleiben, sodass den Älteren bei einer Rückkehr, zumal an einen fremden Ort, soziale Isolation droht.

Auch die allgemeine Entfremdung vom Herkunftsland ist ein Grund, im Zielland zu bleiben. Die Rückkehrorientierung beruhte auf der Illusion, verlorene Zeit später nachholen zu können. Migration war eine Lebens-

phase der „Zwischenzeit“; das eigentliche Leben sollte danach stattfinden. Die positive Zukunftsantizipation der Rückkehr trug das Migrationsprojekt und kompensierte seine psychischen Kosten. In der Zeit der Abwesenheit modernisierten sich aber auch die Herkunftsländer. Der Wandel veränderte die gesellschaftlichen Bedingungen und die sozialen Beziehungen, der von den in Deutschland lebenden Migranten teilweise nicht mit vollzogen wurde. Es entstand eine Distanz, die sich durch Entfremdung und den Verlust sozialer Beziehungen weiter verstärkte (Dietzel-Papakyriakou 1991:39). Diese Befindlichkeit führt teilweise aber nicht zu einer Identifikation mit dem Verbleib in Deutschland im Sinne einer bewussten Entscheidung, sondern zum ungewollten, aber notwendigen Verzicht auf die Rückkehr (Zeman 2005:74).

9.4 Befragungsergebnisse

In einer Untersuchung zu den Determinanten der Remigration italienischer Migranten (im Alter von 16 Jahren und älter) anhand von SOEP-Daten ging Haug (2001:252ff.) von folgenden Annahmen aus:

- Mit steigender Aufenthaltsdauer sinkt die Remigrationswahrscheinlichkeit.
- Je mehr Familienmitglieder im Zielland leben und je weniger im Herkunftsland, desto geringer ist die Rückkehrwahrscheinlichkeit.
- Mit Rentenbeginn steigt die Wahrscheinlichkeit einer Rückkehr oder Pendelmigration.

Hinsichtlich der Faktoren Aufenthaltsdauer, Alter, Geschlecht und Geburtsort liegen mit Blick auf ältere Migranten folgende Ergebnisse vor: Mit steigender Aufenthaltsdauer sinkt erwartungsgemäß die Rückkehrbereitschaft. Allerdings haben Personen im Alter über 60 Jahre eine stark erhöhte Remigrationswahrscheinlichkeit. Geschlechtsunterschiede zeigen sich in dieser Altersgruppe kaum. Frauen kehren allerdings vermehrt auch in einem sehr hohen Alter zurück, offensichtlich nach dem Tod des Lebenspartners. Einen deutlichen Effekt hat der Geburtsort. Unter den in Deutschland geborenen Personen beträgt der Anteil der Rückkehrer unter 1 %, während der Anteil unter den im Herkunftsland geborenen Personen 21 % beträgt. Dieser Effekt findet sich auch bei einer Betrachtung der Zuwanderer aller Nationalitäten im SOEP. Hier beträgt das Verhältnis 3 % zu 12 % (Haug 2001:252). Die Faktoren Familie und soziales Netzwerk liefern folgenden Erklärungsbeitrag: Die wichtigste Remigrationsdeterminante ist die Zahl der bereits zurückgekehrten Haushaltsmitglieder. Je mehr

Personen aus dem Haushalt fortziehen, desto wahrscheinlicher wird die Remigration. Mit steigender Zahl an aktuell im Haushalt lebenden Familienmitgliedern sinkt dagegen die Remigrationswahrscheinlichkeit. Eine Rückkehrentscheidung wird demnach in der Regel nicht allein, sondern von den im Haushalt lebenden Mitgliedern gemeinsam getroffen. Zusammenfassend kommt Haug (2001:257) zu dem Ergebnis, dass vor allem soziale Aspekte die Remigrationsentscheidung bestimmen.

Rückkehrabsichten führen nicht zwangsläufig zur Verwirklichung einer Rückkehr. Eine Rückkehrorientierung kann als eine Art Mythos aufrechterhalten werden, auch wenn faktisch bereits ein dauerhafter Verbleib erfolgt ist. Haug (2001:258ff.) ist in ihrer Untersuchung daher auch der Frage nachgegangen, inwiefern Rückkehrabsichten mit tatsächlicher Rückkehr und Indikatoren der Integration zusammenhängen. Die Rückkehrabsicht wird im SOEP erhoben, indem neben der Antwortkategorie „möchte für immer in Deutschland bleiben“ auch nach einer konkreten Rückkehrabsicht innerhalb eines Jahres oder in einigen Jahren gefragt wird. In mehr als der Hälfte der Fälle werden Rückkehrabsichten geäußert.

Erwartungsgemäß weisen Befragte, die eine Rückkehrabsicht angeben, eine erhöhte Remigrationswahrscheinlichkeit auf. Es zeigt sich jedoch: 11 % der Befragten, die bei der ersten Befragung bekunden, dass sie für immer in Deutschland bleiben wollen, remigrieren innerhalb des Befragungszeitraumes und 76 % der Befragten, die bei der ersten Befragung einen Rückkehrwunsch innerhalb der nächsten 12 Monate oder nach einigen Jahren angeben, wandern nicht innerhalb des Befragungszeitraumes zurück. Bei vielen Befragten erfolgt aus der Absicht kein konkretes Handeln. Eine Erhebung von Rückkehrabsichten erlaubt somit keine sichere Vorhersage der Remigrationstendenzen.

Die einzelnen Typen der Rückkehr (und des Verbleibs) lassen sich wie folgt erklären: Bei der unerwarteten oder vorgezogenen Rückkehr können zum einen unvorhergesehene Veränderungen der Arbeits- und Lebenssituation oder der rechtlichen Rahmenbedingungen zur Rückkehr zwingen. Zum anderen kann die Rückkehr durch das Verhalten von Familienangehörigen motiviert sein, sodass eine Rückkehr entgegen den eigenen Wünschen eintritt. Diese Personen wandern, weil eine Trennung von Familienmitgliedern nachteiliger wäre als das Festhalten an der ursprünglichen Bleibeabsicht. Dies dürfte auch für Personen gelten, die unerwartet bleiben. Familienangehörige, die auf keinen Fall remigrieren wollen, lassen die eigene Rückkehr unattraktiv erscheinen (Haug 2001:260).

Zusammenfassend zeigt sich, dass die Anzahl und die Rückkehr von Haushaltsmitgliedern, die Rückkehrabsicht und das Erreichen des Rentenalters einen starken Einfluss auf die Rückkehrentscheidung haben. Dabei erweist sich die vorherige Rückkehr von Haushaltsmitgliedern als wichtigste Determinante für Remigrationsentscheidungen. Eine zweite wichtige Bestimmungsgröße besteht im Vorhandensein einer Rückkehrabsicht. Personen mit Rückkehrabsicht haben eine deutlich höhere Remigrationswahrscheinlichkeit als Personen ohne Rückkehrabsicht. Ein dritter Faktor hängt mit der Erwerbstätigkeit zusammen. Das Erreichen des Rentenalters stellt einen bedeutsamen Einschnitt in der Biographie dar. In diesem Alter steigt die Rückkehrwahrscheinlichkeit stark an.

Im Alterssurvey 2002 wurde versucht, Erkenntnisse über Rückkehrabsichten von Ausländern (und über Ruhesitzwanderungen von Deutschen) zu gewinnen (Baykara-Krumme/Hoff 2006). Erfragt wurden Rückkehrabsicht und Zeitraum der geplanten Rückwanderung. Knapp ein Fünftel der befragten Ausländer plant eine Rückkehr (siehe Tabelle 9.1). Frühere Studien weisen ähnlich große Anteile an Rückkehrinteressierten aus. Gleichzeitig zeigen die Daten erneut, dass die überwiegende Mehrheit offensichtlich keine Rückkehr plant. Hinsichtlich der Schichtzugehörigkeit ist auffallend, dass der Anteil an Rückkehrinteressierten mit höherer Schicht zunimmt. Dagegen bestehen kaum Geschlechtsdifferenzen. Abweichend zu anderen Erhebungen (Jankowitsch et al. 2000, Haug 2001) ist in der höchsten Altersgruppe die Rückkehrabsicht am geringsten – was allerdings der sozialgerontologisch orientierten Altersabgrenzung geschuldet sein dürfte. Das Durchschnittsalter der Personen mit Rückkehrabsicht beträgt 53 Jahre. Das Durchschnittsalter der Personen mit Bleibeabsicht ist mit 55 Jahren jedoch kaum höher. Die Daten verweisen zudem darauf, dass der Migrationshintergrund für die Rückkehrabsicht bei deutschen Befragten (wie Eingebürgerte und Spätaussiedler) kaum eine Rolle spielt. Damit bestätigen die Daten das geringe Interesse von Spätaussiedlern, in ihre Herkunftsländer zurückzukehren (Baykara-Krumme/Hoff 2006:504).

Die Antworten zum Zeitraum einer geplanten Rückkehr zeigen, wie wenig konkret die Rückkehrabsichten sind. Von allen befragten Ausländern mit Rückkehrabsicht teilt ein Drittel mit, dass der Zeitpunkt dafür noch nicht feststeht. Ein Viertel der Befragten möchte in den nächsten fünf Jahren und ein Fünftel in fünf bis zehn Jahren zurückzukehren. Ein weiteres Fünftel gibt an, dass die Ausreise sogar erst in mehr als zehn Jahren stattfinden soll. Damit zeigt sich auch anhand des Alterssurveys die identifikative Bedeutung der Aufrechterhaltung einer Rückkehroption,

die ein spezifisches Merkmal der Biographie vieler Migranten ist (Baykara-Krumme/Hoff 2006:504). Die Daten bestätigen zudem, dass sich anhand der Erhebung von Rückkehrabsichten keine Vorhersage von Remigrations-tendenzen ableiten lässt.

Tabelle 9.1: Rückkehrabsichten

Merkmale	Ausländer	Deutsche
Alter		
40-54 Jahre	19,3	6,9
55-69 Jahre	21,3	4,1
70-85 Jahre	4,2	0,8
Geschlecht		
Weiblich	19,3	3,3
Männlich	17,9	5,8
Migrationshintergrund		
Vorhanden	19,4	5,5
Nicht vorhanden	9,3	4,5
Schichtzugehörigkeit		
Unterschicht, untere Mittelschicht	17,6	3,1
Mittlere Mittelschicht	10,7	3,4
Gehobene Mittelschicht	17,2	6,6
Obere Mittelschicht	28,9	5,8
insgesamt	18,6	4,5

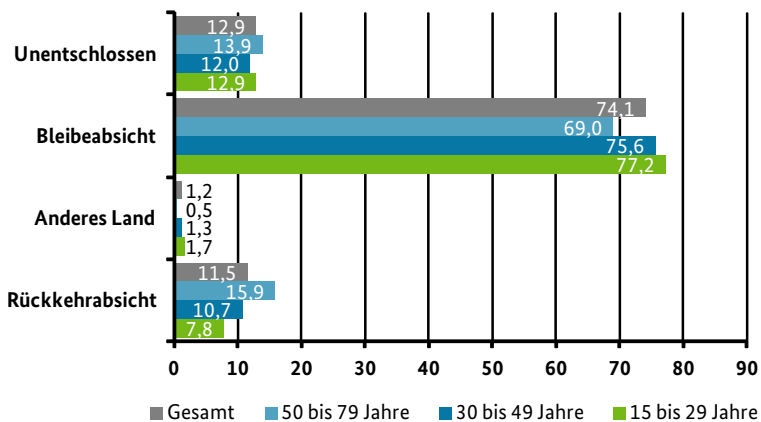
Angaben in Prozent.

Quelle: Baykara-Krumme/Hoff (2006:503, Tab. 17)

Weitere Informationen zu Bleibe- und Rückkehrabsichten liefert die Repräsentativbefragung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland“ (RAM 2006/2007) (Babka von Gostomski 2010a, 2010b). Anhand einer Stichprobenziehung aus dem Ausländerzentralregister (AZR) wurden die fünf größten Ausländergruppen in Deutschland befragt: Türken, Ex-Jugoslawen, Italiener, Griechen und Polen. Unterscheidet man alle Befragten nach Hauptaltersgruppen (15-29 Jahre, 30-49 Jahre und 50-79 Jahre), dann äußert die älteste Befragtengruppe am häufigsten eine Rückkehrabsicht (16 %). Ganz überwiegend wird aber auch von ihr eine Bleibeabsicht angegeben (69 %). Unentschlossen sind 14 % und nur 1 % der älteren Befragten möchte in ein anderes Land ziehen. Eventuelle Ruhesitzwanderungen

oder Familiennachzüge in ein Drittland spielen offensichtlich kaum eine Rolle (siehe Abbildung 9.2).

Abbildung 9.2: Bleibe- und Rückkehrabsichten nach Hauptaltersgruppen

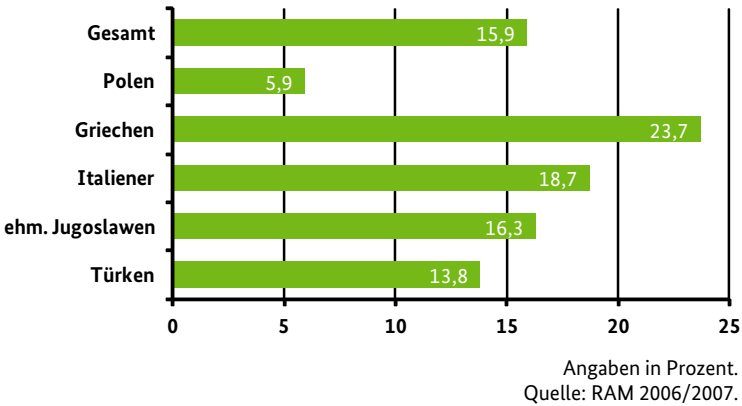


Angaben in Prozent.
Quelle: RAM 2006/2007.

Betrachtet man nur die 50- bis 79-Jährigen, dann zeigen sich hinsichtlich der Rückkehrabsicht Unterschiede nach der Nationalität. Von den Angehörigen der ehemaligen Anwerbeländer äußern Griechen am häufigsten und Türken selten eine Rückkehrabsicht (24 % zu 14 %). Am seltensten haben allerdings Polen die Absicht zurückzukehren (6 %). Unterschiede gibt es demnach zwischen „frühen“ und „späten“ Migrantengruppen und der damit zusammenhängenden Aufenthaltsdauer. Im Durchschnitt haben 16 % der befragten älteren Ausländer eine Rückkehrabsicht (siehe Abbildung 9.3).

Eine weitergehende Analyse der RAM-Daten anhand der kognitiven, strukturellen, sozialen und identifikativen Integrationsdimension zeigt, dass Personen mit weniger Kontakten zu Deutschen, aber vielen zu Personen aus dem Herkunftsland, und Personen mit geringer Verbundenheit zu Deutschland, aber hoher zum Herkunftsland, eher zurückkehren wollen. Dagegen möchten erwartungsgemäß Personen mit vielen Kontakten zu Deutschen und hoher Verbundenheit zu Deutschland sowie tendenziell höherer Schulbildung und in Deutschland erworbener Berufsausbildung sehr viel eher hier bleiben.

Abbildung 9.3: Rückkehrabsicht von 50- bis 79-Jährigen nach Nationalität



Betrachtet man Gründe für den Verbleib der über 50-Jährigen, die explizit eine Bleibeabsicht äußerten, dann spielen insbesondere familiäre Motive eine Rolle: Die Familie lebt hier, Familienmitglieder wollen nicht mehr zurückkehren und die Kinder und Enkel gehen hier zur Schule oder stehen hier im Berufsleben. Ein zweiter Grund bezieht sich auf die „neue Heimat“: Man fühlt sich in Deutschland wohl, ist hier verwurzelt und Freunde und Bekannte leben hier. Ein dritter wichtiger Grund für den Verbleib ist die medizinische Versorgung – ein Grund, der in allen Studien ebenfalls durchgängig genannt wird.

Anhand der RAM-Daten zeigt sich, dass nur eine Minderheit der Befragten eine Rückkehr plant. Dies gilt auch für die Gruppe der 50- bis 79-Jährigen, wengleich etwas abgeschwächer. Aspekte der Integration in Deutschland sind für die Bleibeabsicht entscheidend, wobei soziale und identifikative Aspekte wie Freunde, Netzwerke, Beziehungen und Verbundenheitsgefühle von zentraler Bedeutung sind. Zudem möchten Personen aus den ehemaligen Anwerbeländern Griechenland und Italien häufiger zurückkehren als Personen aus Ex-Jugoslawien, der Türkei und Polen. Gründe für den Verbleib dürften in den gesellschaftlichen Verhältnissen sowie für Polen in der geographischen Nähe und damit zusammenhängenden Einflüssen zu suchen sein.

Den Analysen von Erlinghagen et al. (2009) liegen Daten der SOEP-Wellen von 1984 bis 2005 zu Grunde. Im Zentrum steht die Frage, wie sich die Gruppe der Auswanderer aus Deutschland zusammensetzt. Im Gegen-

satz zu den deutschen Befragten wandern von den Migranten (nicht in Deutschland geboren oder nicht im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit) eher Männer als Frauen aus. Zudem sind klare Alterseffekte erkennbar. Auswanderung ist bei Migranten vor allem ein Phänomen der Personen im Alter zwischen 56 und 70 Jahren. Vorherrschend ist der Haushaltsstatus „Paar“. Zwischen Qualifikation und Auswanderung gibt es bei Migranten einen U-förmigen Zusammenhang: Sowohl Akademiker als auch Geringqualifizierte ohne Berufsabschluss verlassen Deutschland häufiger als Personen mit dualer Berufsausbildung und vergleichbarem Qualifikationsniveau.

Die Auswanderung von Deutschen hat sich im betrachteten Zeitraum nicht deutlich verändert. Dagegen nimmt die Auswanderung von Migranten im Zeitverlauf signifikant zu. Von Einfluss auf die Auswanderungsentcheidung sind die Migrationsgeschichte und die Staatsangehörigkeit. Je länger die Einwanderung nach Deutschland zurückliegt, umso niedriger ist die Auswanderungswahrscheinlichkeit. Wenn die Zuwanderung bereits mehr als 20 Jahre zurückliegt, lassen sich hinsichtlich der Auswanderung keine Unterschiede mehr zu in Deutschland geborenen Personen feststellen. Migranten ohne deutschen Pass haben gegenüber sonstigen Migranten eine generell höhere Auswanderungswahrscheinlichkeit. Gleichzeitig gibt es deutliche Schwankungen nach Nationalität. Vor allem Spanier, Portugiesen und Griechen haben im betrachteten Zeitraum Deutschland verlassen, während Türken die niedrigste Auswanderungswahrscheinlichkeit haben.

Die vorliegenden Analysen stimmen darin überein, dass die Remigration von Migranten insbesondere mit dem Übergang in den Ruhestand einhergeht. Gleichzeitig verringert sich die Wahrscheinlichkeit einer Remigration, je länger Migranten in Deutschland leben. Je mehr Familienmitglieder zudem im Zielland leben und je größer die Verbundenheit mit Deutschland ist, desto geringer ist die Rückkehrwahrscheinlichkeit. Insgesamt plant nur eine Minderheit eine Rückkehr, wobei der Anteil an Personen mit Rückkehrabsicht in den vergangenen Jahren offensichtlich weiter zurückgegangen ist.

9.5 Pendelmigration

In der Migrationsforschung kann – parallel zum Aufkommen des transnationalen Ansatzes und der Überwindung eines „methodologischen Nationalismus“ – ein zunehmendes Interesse an Entstehungskontexten und Ausprägungen der Pendelmigration Älterer beobachtet werden.

Pendelmigration bezeichnet eine fortwährende Migration zwischen zwei Ländern, die regelmäßig (zirkulär) oder unregelmäßig erfolgen und wobei die Aufenthaltsdauer unterschiedlich lang sein kann. Bereits Simmel (1908) betonte die Schwierigkeiten, die mit der Heimkehr verbunden sind. Die Spannung zwischen subjektiver Rückkehrorientierung und faktischer Niederlassung hat transnationale Orientierungs- und Handlungsformen entstehen lassen. Pendelmigration kann als Ausdruck der Unentschlossenheit in Bezug auf die weitere Lebensplanung gesehen werden, sie stellt aber vielmehr eine Strategie des Umgangs mit ungewissen familiären Zukunftsperspektiven dar. Die Frage von Rückkehr oder Verbleib wird offen gehalten und es wird pragmatisch auf die Ressourcen beider Länder zurückgegriffen. Mit Pendeln soll somit der Ambivalenz der Migrationssituation und den Bindungen zum Herkunfts- und Zielland Rechnung getragen werden (Bolzman et al. 2006).

Aufgrund geographischer Nähe, verbesserter und vereinfachter Kommunikationstechniken, rascher und billiger Transportmöglichkeiten sowie internationaler Sozialabkommen wird eine Pendelmigration erleichtert. Zuverlässige Daten zur Pendelmigration liegen nicht vor (Schupp et al. 2008). Hinweise auf eine Pendelmigration versuchen Özcan/Seifert (2004) über die Analyse der Besuchsdauer von Migranten im Herkunftsland zu gewinnen. Gefragt wird, wie lange sie sich in den vergangenen zwei Jahren im Herkunftsland aufgehalten haben. Wie die nachfolgende Tabelle 9.2 zeigt, hat sowohl 1996 als auch 2002 nur ein geringer Anteil der Migranten in den letzten zwei Jahren sein Herkunftsland nicht besucht. Dieser Anteil hat in allen Altersgruppen 2002 gegenüber 1996 abgenommen. Dies gilt vor allem für die höchste Altersgruppe. Bezüglich der Gesamtbesuchsdauer zeigen sich zwischen beiden Befragungszeitpunkten deutliche Unterschiede. In 2002 weisen ältere Ausländer ab 65 Jahren mit Abstand den höchsten Anteil mit einer Gesamtbesuchsdauer von sieben und mehr Monaten auf, wobei dieser Wert zwischen 1996 und 2002 erheblich gestiegen ist. Zu vermuten ist demnach, dass nicht nur längere Aufenthalte öfter stattfinden, sondern auch häufiger gependelt wird.

Tabelle 9.2: Gesamtbesuchsdauer von Migranten im Herkunftsland in den letzten zwei Jahren 1996 und 2002

Besuchsdauer	18-44 Jahre	45-64 Jahre	65 Jahre und älter
1996			
1. Nie	13,1	12,2	14,3
2. Bis 3 Wochen	16,8	15,6	17,0
3. 1-3 Monate	61,2	56,0	53,5
4. 4-6 Monate	6,0	10,3	9,3
5. Länger	2,9	5,9	5,9
2002			
6. Nie	10,3	6,6	2,6
7. Bis 3 Wochen	30,5	21,2	15,0
8. 1-3 Monate	56,8	55,0	34,7
9. 4-6 Monate	1,3	9,9	19,0
10. Länger	1,0	7,2	28,7

Angaben in Prozent.

Quelle: Özcan/Seifert 2004:36. Datenbasis: SOEP, Querschnitte 1996/2002.

Krumme (2004) hat in einer Studie zu älteren Arbeitsmigranten aus der Türkei die biographischen Voraussetzungen für die Pendelentscheidung, die Gestaltung des Pendelns und die sich entwickelnden Formen von Zugehörigkeit untersucht. Es zeigt sich, dass das Pendeln im Ruhestand als eine Art Fortsetzung der Transnationalität der Migrationsbiographie zu verstehen ist. Hierbei lassen sich drei Pendelmuster unterscheiden:

1. Pendeln als Ausdruck von Biolokalität: Es bestehen Lebensmittelpunkte in der Türkei und in Deutschland, zwischen denen gependelt wird.
2. Pendeln nach Rückkehr: Der Lebensmittelpunkt ist in der Türkei, jedoch werden von dort die Bindungen nach Deutschland durch typischerweise längere Reisen nach Deutschland aufrechterhalten.
3. Pendeln nach Verbleib: Der Lebensmittelpunkt ist Deutschland, die Beziehungen werden jedoch durch regelmäßige Aufenthalte in der Türkei gepflegt.

Für das nationale Zugehörigkeitsgefühl von transnationalen Pendlern gilt nicht die Logik des Entweder-oder, sondern das Sowohl-als-auch bzw. des Weder-noch. Dabei muss das Pendeln als Übergangsform begriffen werden. Die Frage nach dem Lebensmittelpunkt in der Zukunft, wenn

die Mobilität aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr aufrechterhalten werden kann, wird von Pendelmigranten zumeist nicht beantwortet. Eine endgültige Entscheidung wird so lange wie möglich nicht getroffen, alle Optionen sollen offen bleiben.

Während lokale Bindungen in der Regel der Hauptgrund für die geringe internationale Mobilität sind, führen sie im Fall von älteren Migranten zu zirkulärer Mobilität bzw. zur Pendelmigration. Besondere Bedeutung kommt hierbei den sozialen Ressourcen zu. Mit dem Familiennachzug und dem vorläufigen Verbleib im Zielland haben Migranten ihren Kindern Deutschland als Lebensmittelpunkt vermittelt. Der Kontakt zu ihnen soll im Ruhestand nicht abbrechen. Gleichzeitig leben in der Türkei die Herkunftsfamilie, Geschwister und weitere Verwandte und Freunde sowie manchmal eigene Kinder. Materielle Ressourcen sind weitere Motive für regelmäßige und längere Reisen in die Türkei, wobei die dort teilweise noch geringeren Lebenshaltungskosten ein wichtiger Pull-Faktor sind. Angesichts einer in der Regel niedrigen Rente bedeutet es viel, mit weniger Geld länger auszukommen. Weitere Gründe sind das mediterrane Klima und die Natur in der Türkei, was sich positiv auf das Wohlbefinden auswirkt. Als zentrales Motiv für Reisen nach Deutschland wird das vertraute und als besser eingeschätzte Gesundheitssystem genannt. Pendelmigration ist aber auch Ausdruck einer Gegenwartsorientierung, die Folge der Unsicherheit hinsichtlich der intergenerationalen familiären Unterstützung ist.

Pendelmigration zwischen beiden Ländern kann als eine Form der aktiven Lebensgestaltung vor allem der jungen Alten angesehen werden. Indem sich die Sozialräume über nationale Grenzen erstrecken, ist ihr Leben transnational organisiert. Im Ruhestand ermöglichen zeitliche Ressourcen eine zirkuläre transnationale Migration zwischen den zwei Ländern, die im Verlauf der Migration beide zur Heimat wurden.

Ruhesitzwanderungen bzw. Retirement Migration sind seit den 1990er Jahren auch in Europa ein Thema der Migrationsforschung. Hintergrund hierfür ist die veränderte Ressourcenausstattung von weiten Teilen der älteren Bevölkerung aufgrund verbesserter Gesundheit und zunehmenden Wohlstands, was sich letztlich in einer steigenden Lebenserwartung niederschlägt. Aufgrund der Entwicklung von Altenwanderungen in den USA, wo sie seit den 1950er Jahren ein gängiges Phänomen sind, wird auch in Europa eine Zunahme von Ruhesitzwanderungen vermutet (Warnes

2009). Ansätze einer ausschließlich auf die Bedürfnisse älterer Menschen ausgerichteten Tourismuswirtschaft und Immobilienentwicklung konzentrieren sich auf bestimmte Regionen und dort wiederum auf bestimmte Orte.

Rein quantitativ betrachtet stellen Ruhesitzwanderungen älterer Menschen ein medial überschätztes Phänomen dar. Kaiser/Friedrich (2004) haben für deutsche Ruhesitzwanderer auf Mallorca nachgewiesen, dass 37 % kürzer als ein halbes Jahr auf der Insel bleiben, 21 % zwischen sieben und neun Monaten, aber nur 42 % rund ein Jahr. Mehr als die Hälfte bleibt zu kurz, um als Zuwanderer gezählt zu werden, sofern EU-Bürger überhaupt in den kommunalen Statistiken der Zentren von Ruhesitzwanderern erfasst werden. Eine verpflichtende Erfassung von EU-Bürgern im Ausländerzentralregister erfolgt nur dann, wenn der Aufenthalt länger als drei Monate dauert und einer Erwerbstätigkeit nachgegangen wird. Bei vielen Ruhesitzwanderungen dürfte es sich somit um eine Pendelmigration bzw. zirkuläre Mobilität handeln. Dabei werden die Erstwohnsitze nicht aufgegeben und die Aufenthaltsdauer am Zielort ist häufig zu kurz, um statistisch in die internationale Mobilität einzugehen. Definitiv entsprechen die kurzfristigen oder saisonalen Aufenthalte damit eher einer Mobilität als einer Wanderung. Hinzu kommt ein weiteres definitives Problem hinsichtlich der Abgrenzung von Ruhesitzwanderern. Bisher war der Begriff reserviert für einheimische Personen, die im Ruhestand ihren Lebensabend im Ausland verbringen. Nicht gemeint waren Migranten, die im Ruhestand ins Herkunftsland zurückkehren und dort ihren Lebensabend verbringen. Aufgrund von Einbürgerungen und Transnationalität kann zwischen beiden Personengruppen jedoch nicht immer eindeutig unterschieden werden.

9.6 **Altenwanderungen und stationäres Altern**

9.6.1 **Erfassung von Remigration**

Anhand amtlicher Daten gibt es zwei Möglichkeiten der Erfassung von Remigration:

1. Fortzüge aus Deutschland nach dem Zielland ungeachtet der Staatsangehörigkeit von Migranten, wobei die Daten seit 1955 verfügbar sind, und
2. Fortzüge aus Deutschland nach der Staatsangehörigkeit von Migranten ungeachtet des Ziellandes, wobei die Daten seit 1962 vorliegen.

Der Vorteil der zweiten Möglichkeit ist, dass die Fortzüge von Angehörigen anderer Nationalität ausgeschlossen werden. Allerdings muss dabei eine gewisse Überschätzung in Kauf genommen werden, da nicht alle Personen in ihr Herkunftsland zurückkehren, sondern einige in ein anderes Land weiterwandern. Grundsätzlich ist anzumerken, dass die Zahl der Rückwanderer anhand amtlicher Daten unterschätzt wird, da eine Abmeldung verschiedentlich nicht vorgenommen wird.

Um das Wanderungsausmaß zu bestimmen, bieten sich mehrere Indikatoren an:

1. (Jährlicher) Wanderungssaldo: Zuzüge abzüglich Fortzüge;
2. Migrationskoeffizient: Wanderungssaldo geteilt durch die Summe der Zu- und Fortzüge;
3. Remigrationsquote: Rückwanderer geteilt durch Zuwanderer;
4. Rückkehrrate: Fortzüge geteilt durch die Bevölkerung der jeweiligen Nationalität.

Es besteht keine Einigkeit über das beste Verfahren zur Berechnung eines Maßes der relativen Rückwanderung. Bei allen Indikatoren hängt das Ergebnis stark von der Wahl des Zeitraumes ab. Zudem können sie eine zirkuläre bzw. Pendelmigration nicht erfassen. Mit Blick auf ältere Migranten empfiehlt sich die Verwendung der Rückkehrrate, wobei die Zahl der Fortzüge von Personen ab 65 Jahren entweder auf die Zahl aller Personen oder nur auf die Zahl aller Personen ab 65 Jahren, die im Zielland leben, bezogen wird.

9.6.2 Zu- und Fortzüge älterer Menschen

Die amtlichen Wanderungsstatistiken zeigen, dass Wanderungen von älteren Menschen statistisch wenig bedeutsam sind. Für das Jahr 2010 werden 530.000 Fortzüge von ausländischen Staatsangehörigen insgesamt ausgewiesen. Eine Unterscheidung nach Altersgruppen zeigt, dass Fortzüge insbesondere auf die jüngeren und mittleren Jahrgänge entfallen, sodass Wanderungen aus Gründen des Studiums und des Berufs vorherrschen. Dagegen ist die Zahl der Fortzüge der über 65-Jährigen geringer als die der unter 18-Jährigen. Betrachtet man nur die über 65-Jährigen, dann schwankte deren Zahl zwischen 2002 und 2010 zwischen 16.000 und 27.000 Personen, tendenziell liegt aus demographischen Gründen aber

eine Zunahme der Fortzüge vor. Dementsprechend hat auch der Anteil von Älteren an allen Fortzügen seit Anfang der 2000er Jahre von 3,1 % auf 4,3 % zugenommen. Differenziert man nach Geschlecht, dann sind im ausgewiesenen Zeitraum von den über 65-Jährigen stets mehr Männer als Frauen fortgezogen. Im Jahr 2010 waren dies 12.300 Männer, aber nur 10.400 Frauen. Im Verhältnis sind jedoch weniger Männer als Frauen fortgezogen: Von allen fortziehenden Männern waren 3,7 % über 65 Jahre alt, aber 5,3 % der gleichaltrigen Frauen (siehe Tabelle 9.3 und 9.4).

Tabelle 9.3: Fortzüge von ausländischen Staatsangehörigen nach Altersgruppen und Geschlecht 2002-2010

Jahr	unter 18 Jahren			18 bis unter 65 Jahre		
	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
2002	49.235	25.894	23.341	440.764	291.818	148.946
2003	46.289	24.199	22.090	437.193	287.793	149.400
2004	47.244	24.487	22.757	479.521	313.106	166.415
2005	39.765	20.438	19.327	426.584	279.140	147.444
2006	36.339	18.458	17.881	429.236	278.287	150.949
2007	33.531	17.083	16.448	424.439	276.345	148.094
2008	35.075	17.892	17.183	504.703	323.202	181.501
2009	33.622	17.237	16.385	518.292	329.480	188.812
2010	32.750	16.883	15.867	474.047	301.886	172.161

Jahr	über 65 Jahre			Insgesamt		
	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
2002	15.573	7.922	7.651	505.572	325.634	179.938
2003	15.581	8.077	7.504	499.063	320.069	178.994
2004	20.200	10.604	9.596	546.965	348.197	198.768
2005	17.235	9.368	7.867	483.584	308.946	174.638
2006	18.199	10.014	8.185	483.774	306.759	177.015
2007	17.779	9.812	7.967	475.749	303.240	172.509
2008	23.352	12.746	10.606	563.130	353.840	209.290
2009	26.894	14.887	12.007	578.808	361.604	217.204
2010	22.808	12.344	10.464	529.605	331.113	198.492

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Tabelle 9.4: Fortzüge von ausländischen Staatsangehörigen nach Altersgruppen und Geschlecht 2002-2010

Jahr	unter 18 Jahre			18 bis unter 65 Jahre			über 65 Jahre		
	Insg.	m	w	Insg.	m	w	Insg.	m	w
2002	9,7	8,0	13,0	87,2	89,6	82,8	3,1	2,4	4,3
2003	9,3	7,6	12,3	87,6	89,9	83,5	3,1	2,5	4,2
2004	8,6	7,0	11,4	87,7	89,9	83,7	3,7	3,0	4,8
2005	8,2	6,6	11,1	88,2	90,4	84,4	3,6	3,0	4,5
2006	7,5	6,0	10,1	88,7	90,7	85,3	3,8	3,3	4,6
2007	7,0	5,6	9,5	89,2	91,1	85,8	3,7	3,2	4,6
2008	6,2	5,1	8,2	89,6	91,3	86,7	4,1	3,6	5,1
2009	5,8	4,8	7,5	89,5	91,1	86,9	4,6	4,1	5,5
2010	6,2	5,1	8,0	89,5	91,2	86,7	4,3	3,7	5,3

Angaben in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Bei den Fortzügen zeigen sich auch deutliche Unterschiede nach der Staatsangehörigkeit. Gemessen am Durchschnittswert von 4,3 % weisen im Jahr 2010 über 65-jährige Personen aus den ehemaligen „Gastarbeiterländern“ einen höheren Fortzugsanteil auf als Angehörige neuer Migrantengruppen wie Polen und Russen. Bei den türkischen Staatsangehörigen entfallen immerhin 18 % der Fortzüge auf Personen im Alter 65 Jahre und älter. Die entsprechenden Werte betragen bei griechischen Staatsangehörigen 13 % und bei italienischen, spanischen und portugiesischen Staatsangehörigen noch 7 %. Der Anteil an Russen entspricht mit knapp 5 % etwa dem Durchschnittswert. Deutlich darunter liegen Polen und Rumänen mit jeweils rund 1 % (siehe Tabelle 9.5).

Tabelle 9.5: Fortzüge ausländischer Staatsangehöriger nach Altersgruppen 2010

Staatsangehörigkeit	Insgesamt	unter 18 Jahre		18 bis unter 65 Jahre		über 65 Jahre	
		absolut	in%	absolut	in%	absolut	in%
Griechenland	11.569	957	8,3	9.100	78,7	1.512	13,1
Italien	22.099	1.686	7,6	18.869	85,4	1.544	7,0
Polen	94.616	2.168	2,3	91.132	96,3	1.316	1,4
Portugal	6.709	456	6,8	5.770	86,0	483	7,2
Rumänien	48.943	2.046	4,2	46.543	95,1	354	0,7
Spanien	8.236	363	4,4	7.278	88,4	595	7,2
Türkei	31.754	1.803	5,7	24.283	76,5	5.668	17,8
Russische Föderation	11.424	1.005	8,8	9.889	86,6	530	4,6
Insgesamt	529.605	32.750	6,2	474.047	89,5	22.808	4,3

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Die auf den ersten Blick hohen Rückkehr- bzw. Fortzugsanteile von türkischen Staatsangehörigen müssen aber relativiert werden. Wird die Zahl der Fortzüge von Personen ab 65 Jahren auf die Zahl der in Deutschland lebenden türkischen Staatsbürger dieser Altersgruppe bezogen, dann ergibt sich für das Jahr 2010 eine Fortzugsrate von 3,1 %. Auch für die anderen Angehörigen der früheren Gastarbeiterländer und für russische Staatsangehörige liegt die Fortzugsrate nahe am Durchschnittswert von 3,7 %. Deutlich darüber liegen Polen und Rumänen, deren Fortzugsrate 13 % bzw. 12 % beträgt (siehe Tabelle 9.6). Dies bedeutet, dass vor allem ältere Polen eine vergleichsweise hohe Mobilität aufweisen, was – wie bereits erwähnt – im Zusammenhang mit der geographischen Nähe und damit zusammenhängenden Bedingungen stehen dürfte. Wie Fassmann (2008, 2011) ausführt, zeigen die Wanderungsstatistiken hinsichtlich der Fortzüge für Österreich und die Schweiz ein ähnliches Bild wie für Deutschland.

Tabelle 9.6: Ausländische Bevölkerung und Fortzüge ausländischer Staatsangehöriger 2010 (Altersgruppe 65 Jahre und älter)

Staatsangehörigkeit	In Deutschland lebende ausländische Bevölkerung 65 Jahre und älter	Fortzüge von Personen 65 Jahre und älter	Fortzüge bezogen auf die in Deutschland lebende ausländische Bevölkerung
Griechenland	41.276	1.512	3,7
Italien	57.850	1.544	2,7
Polen	10.327	1.316	12,7
Portugal	11.246	483	4,3
Rumänien	2.988	354	11,8
Spanien	15.968	595	3,7
Türkei	181.380	5.668	3,1
Russische Föderation	15.855	530	3,3
Insgesamt	614.905	22.808	3,7

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Deutschland ist – selbst bei Berücksichtigung einer statistischen Unterschätzung – offensichtlich nicht das Ausgangsland einer quantitativ nennenswerten Remigration oder Ruhesitzwanderung. Wie die Wanderungsstatistiken weiter zeigen, ist Deutschland aber auch nicht das Ziel einer ausgeprägten Altenzuwanderung. Die Zuzüge nach Deutschland im Jahr 2010 belaufen sich auf 684.000 Personen. Unterscheidet man nach Altersgruppen, dann konzentrieren sich die Zuzüge auf die jüngeren und vor allem mittleren Altersgruppen, während Personen ab 65 Jahren sogar eine noch geringere Rolle spielen als bei den Fortzügen. Betrachtet man erneut nur die über 65-Jährigen, dann hat sich deren Anteil zwischen 2002 und 2010 mit rund 1,7 % kaum verändert. Unterscheidet man nach Geschlecht, dann zeigt sich im Gegensatz zu den Fortzügen, dass im ausgewiesenen Zeitraum jedes Jahr mehr Frauen als Männer über 65 Jahre zugezogen sind. Im Jahr 2010 entfielen von allen Zuzügen ausländischer Staatsangehöriger rund 2 % auf über 65-jährige Frauen, aber nur gut 1 % auf gleichaltrige Männer (siehe Tabelle 9.7 und 9.8).

Tabelle 9.7: Zuzüge von ausländischen Staatsangehörigen nach Altersgruppen und Geschlecht 2002-2010

Jahr	unter 18 Jahren			18 bis unter 65 Jahre		
	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
2002	77.797	41.263	36.534	568.520	334.971	233.549
2003	64.369	33.963	30.406	526.206	309.403	216.803
2004	58.474	30.396	28.078	533.310	317.188	216.122
2005	52.091	26.783	25.308	517.783	308.747	209.036
2006	47.538	24.126	23.412	501.966	305.531	196.435
2007	48.858	25.132	23.726	516.173	313.823	202.350
2008	48.739	24.992	23.747	515.383	315.060	200.323
2009	55.064	28.738	26.326	540.924	328.047	212.877
2010	66.165	34.502	31.663	606.558	371.560	234.998

Jahr	über 65 Jahre			Insgesamt		
	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
2002	12.024	5.048	6.976	658.341	381.282	277.059
2003	11.184	4.737	6.447	601.759	348.103	253.656
2004	10.398	4.505	5.893	602.182	352.089	250.093
2005	9.427	4.215	5.212	579.301	339.745	239.556
2006	8.963	4.066	4.897	558.467	333.723	224.744
2007	9.721	4.490	5.231	574.752	343.445	231.307
2008	9.693	4.457	5.236	573.815	344.509	229.306
2009	10.326	4.729	5.597	606.314	361.514	244.800
2010	10.807	5.125	5.682	683.530	411.187	272.343

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Tabelle 9.8: Zuzüge von ausländischen Staatsangehörigen nach Altersgruppen und Geschlecht 2002-2010

Jahr	unter 18 Jahre			18 bis unter 65 Jahre			über 65 Jahre		
	Insg.	m	w	Insg.	m	w	Insg.	m	w
2002	11,8	10,8	13,2	86,4	87,9	84,3	1,8	1,3	2,5
2003	10,7	9,8	12,0	87,4	88,9	85,5	1,9	1,4	2,5
2004	9,7	8,6	11,2	88,6	90,1	86,4	1,7	1,3	2,4
2005	9,0	7,9	10,6	89,4	90,9	87,3	1,6	1,2	2,2
2006	8,5	7,2	10,4	89,9	91,6	87,4	1,6	1,2	2,2
2007	8,5	7,3	10,3	89,8	91,4	87,5	1,7	1,3	2,3
2008	8,5	7,3	10,4	89,8	91,5	87,4	1,7	1,3	2,3
2009	9,1	7,9	10,8	89,2	90,7	87,0	1,7	1,3	2,3
2010	9,7	8,4	11,6	88,7	90,4	86,3	1,6	1,2	2,1

Angaben in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Tabelle 9.9: Zuzüge ausländischer Staatsangehöriger nach Altersgruppen 2010

Staatsangehörigkeit	Insgesamt	unter 18 Jahre		18 bis unter 65 Jahre		über 65 Jahre	
		absolut	in%	absolut	in%	absolut	in%
Griechenland	12.256	1.556	12,7	10.131	82,7	569	4,6
Italien	23.894	2.190	9,2	20.986	87,8	718	3,0
Polen	115.587	5.264	4,6	109.567	94,8	756	0,7
Portugal	6.513	577	8,9	5.786	88,8	150	2,3
Rumänien	75.531	4.937	6,5	70.109	92,8	485	0,6
Spanien	10.657	876	8,2	9.620	90,3	161	1,5
Türkei	27.564	2.144	7,8	23.635	85,7	1.785	6,5
Russische Föderation	16.063	2.048	12,7	13.422	83,6	593	3,7
Insgesamt	683.530	66.165	9,7	606.558	88,7	10.807	1,6

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus.

Unterscheidet man auch bei den Zuzügen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten, dann zeigt sich folgendes Bild: Von den rund 680.000 Zuzügen im Jahr 2010 entfallen 1,6 % auf über 65-jährige Personen. Nennenswerte Anteile weisen Türken und Griechen mit 6 % bzw. 5 % auf. Auch die Ange-

hörigen der früheren Anwerbestaaten sowie russische Staatsangehörige weisen mit Ausnahme von Spanien überdurchschnittliche Anteile auf. Dagegen betragen die Anteile von polnischen und rumänischen Staatsangehörigen weniger als 1 %. Vor allem für ältere Polen liegen im Gegensatz zu den Fortzügen nur wenige Zuzüge vor (siehe Tabelle 9.9).

Berechnet man das Verhältnis von Fortzügen und Zuzügen, dann sind die Werte wie folgt zu interpretieren: Der Wert 1,0 bezeichnet ein ausgeglichenes Verhältnis von Zu- und Fortzügen. Ist der Wert niedriger als 1,0 überwiegen die Zuzüge, ist er höher als 1,0 überwiegen dagegen die Fortzüge. Im Jahr 2010 beträgt der Wert 0,7, der maßgeblich durch die Zuzüge der 18 bis 65-Jährigen bestimmt wird. Für die unter 18-Jährigen beträgt der Wert 0,4 und für die über 65-Jährigen 1,4. Demnach erfolgten von Personen im Alter 65 Jahre und älter 1,4 Mal so viele Fortzüge wie Zuzüge. Für die ausgewählten Staatsangehörigkeiten der über 65-Jährigen zeigt sich im Jahr 2010 folgendes Bild: Bei allen Angehörigen der ehemaligen Anwerbestaaten überwiegen die Fortzüge. Deutlich über dem Durchschnitt liegende Werte weisen Personen aus Spanien (3,7) sowie der Türkei (3,2) und Portugal (3,2) auf. Auch bei Polen überwiegen die Fortzüge (1,7). Dagegen verzeichnen Russen und Rumänen mit Werten von 0,9 bzw. 0,7 mehr Zu- als Fortzüge (siehe Tabelle 9.10).

Tabelle 9.10: Verhältnis Fortzüge zu Zuzügen 2010

Staatsangehörigkeit	Insgesamt	unter 18 Jahre	von 18 bis 64 Jahre	über 65 Jahre
Griechenland	0,9	0,6	0,9	2,7
Italien	0,9	0,8	0,9	2,2
Polen	0,8	0,4	0,8	1,7
Portugal	1,0	0,8	1,0	3,2
Rumänien	0,6	0,4	0,7	0,7
Spanien	0,8	0,4	0,8	3,7
Türkei	1,2	0,8	1,0	3,2
Russische Föderation	0,7	0,5	0,7	0,9
Insgesamt	0,7	0,4	0,7	1,4

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Allgemein wird eine tendenzielle Zunahme von Altenwanderungen prognostiziert. Eine verbesserte Ressourcenausstattung für weite Teile der Altenpopulation, anhaltender gesellschaftlicher Wohlstand und Lebenserwartungsgewinne lassen eine Erhöhung von Altenwanderungen erwarten. Wie Fassmann (2008, 2011) ausführt, spielen diese in europäischen Ländern wie Deutschland, Österreich und die Schweiz bisher aber nur eine geringe Rolle. Dies gilt für Fortzüge und Zuzüge gleichermaßen.

9.6.3 Verbleib und Altern

Quantitativ bedeutsamer als die Wanderungen älterer Menschen, die rückwandern, ihren Hauptwohnsitz (temporär) verlegen, pendeln oder als Familienangehörige einwandern, ist der Verbleib und das Altern der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Zielland. Es findet zwar ein gewisser „Export“ der älteren Bevölkerung mit Migrationshintergrund statt, da die Fortzüge die Zuzüge Älterer übersteigen. Für die Jahre 2002 bis 2010 ist für die über 65-Jährigen der Wanderungssaldo sowohl insgesamt als auch für Frauen und Männer negativ. Wie die Statistiken weiter zeigen, bleiben die Rückwanderungen – trotz leichter Zunahme in den letzten Jahren – aber auf einem relativ niedrigen Niveau. Weder die Vorstellung, wonach die zugewanderten Migranten und deren Familienangehörige nach Erreichen des Rentenalters in ihre Herkunftsländer zurückkehren, noch jene, wonach Ruhesitzwanderer aufgrund verbesserter Ressourcenausstattung ihre Haushalte ins Ausland verlegen, hat sich erfüllt (siehe Tabelle 9.11).

Tabelle 9.11: Wanderungssaldo von ausländischen Staatsangehörigen nach Altersgruppen und Geschlecht 2002-2010 (Teil 1)

Jahr	unter 18 Jahren			18 bis unter 65 Jahre		
	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
2002	28.562	15.369	13.193	127.756	43.153	84.603
2003	18.080	9.764	8.316	89.013	21.610	67.403
2004	11.230	5.909	5.321	53.789	4.082	49.707
2005	12.326	6.345	5.981	91.199	29.607	61.592
2006	11.199	5.668	5.531	72.730	27.244	45.486
2007	15.327	8.049	7.278	91.734	37.478	54.256
2008	13.664	7.100	6.564	10.680	-8.142	18.822
2009	21.442	11.501	9.941	22.632	-1.433	24.065
2010	33.415	17.619	15.796	132.511	69.674	62.837

Tabelle 9.11: Wanderungssaldo von ausländischen Staatsangehörigen nach Altersgruppen und Geschlecht 2002-2010 (Teil 2)

Jahr	über 65 Jahre			Insgesamt		
	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
2002	-3.549	-2.874	-675	152.769	55.648	97.121
2003	-4.397	-3.340	-1.057	102.696	28.034	74.662
2004	-9.802	-6.099	-3.703	55.217	3.892	51.325
2005	-7.808	-5.153	-2.655	95.717	30.799	64.918
2006	-9.236	-5.948	-3.288	74.693	26.964	47.729
2007	-8.058	-5.322	-2.736	99.003	40.205	58.798
2008	-13.659	-8.289	-5.370	10.685	-9.331	20.016
2009	-16.568	-10.158	-6.410	27.506	-90	27.596
2010	-12.001	-7.219	-4.782	153.925	80.074	73.851

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Vor dem Hintergrund einer tendenziellen Angleichung der Altersstrukturen der einheimischen Bevölkerung und der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zeigt sich vielmehr das Bild eines stationären Alters im Zielland. Dieses Bild wird durch die Aufenthaltsdauer gestützt. Wie bereits erwähnt, kommen die vorliegenden Studien zu dem Schluss, dass eine lange Aufenthaltsdauer die Bleibeabsicht verstärkt. Legt man die Daten des Ausländerzentralregisters zu Grunde, dann sind drei Viertel der über 65-jährigen Migranten vor 30 und mehr Jahren zugewandert. Sie befinden sich also seit mindestens 1980 in Deutschland. Gut 50 % der über 65-Jährigen leben sogar seit über 40 Jahren hier. Unterscheidet man nach Geschlecht, dann überwiegen bei einer Aufenthaltsdauer von über 40 Jahren Männer, bei einer kürzeren Aufenthaltsdauer dagegen Frauen, was auf Prozesse der Familienzusammenführung nach 1973 zurückzuführen sein dürfte (siehe Tabelle 9.12).

Tabelle 9.12: Ausländische Staatsangehörige im Alter von über 65 Jahren nach Aufenthaltsdauer am 31.12.2010

	Unter 1 Jahr		1-9 Jahre		10-19 Jahre	
	absolut	in%	absolut	in%	absolut	in%
männlich	1.515	0,4	17.724	5,2	24.955	7,4
weiblich	1.973	0,7	22.216	8,1	36.803	13,3
Insgesamt	3.488	0,6	39.940	6,5	61.758	10,0

	20-29 Jahre		30-39 Jahre		über 39 Jahre	
	absolut	in%	absolut	in%	absolut	in%
männlich	16.789	5,0	73.660	21,7	204.513	60,3
weiblich	28.663	10,4	74.519	27,0	111.575	40,5
Insgesamt	45.452	7,4	148.179	24,1	316.088	51,4

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Betrachtet man die Fortzüge nach der Aufenthaltsdauer, dann nimmt der Anteil an Fortzügen mit der Aufenthaltsdauer tendenziell ab. Nach 30 und mehr Jahren Aufenthalt steigt die Remigration aber wieder leicht an, was mit dem Eintritt in den Ruhestand zusammenhängen dürfte. Im Durchschnitt ziehen 5,8 % aller Personen nach einer derart langen Aufenthaltsdauer fort. Für Angehörige verschiedener Staatsangehörigkeiten zeigen sich allerdings deutliche Abweichungen. Angehörige der ehemaligen Anwerbestaaten weisen ausnahmslos Anteile zwischen 30 % und 15 % auf, Personen aus Serbien und Montenegro weisen sogar einen Anteil von rund 40 % auf. Dies bedeutet, dass teilweise jede vierte fortziehende Person eine sehr lange Aufenthaltsdauer aufweist. Aufgrund der geographischen Nähe und der rechtlichen Bestimmungen ist für EU-Angehörige allerdings denkbar, dass es sich nicht um eine endgültige Rückkehr in das Herkunftsland handelt, sondern dass verschiedentlich auch eine Pendelmigration praktiziert wird. Auch anhand des Merkmals Aufenthaltsdauer zeigt sich aber, dass Wanderungen Älterer mit steigendem Alter keine große Rolle mehr für die Veränderung der Bestandsgrößen spielen, weder durch Rückwanderung von Arbeitsmigranten noch durch Zuwanderung von Familienangehörigen (siehe Tabelle 9.13).

Tabelle 9-13: Fortzüge von Ausländern nach Aufenthaltsdauer im Jahr 2010 (Teil 1)

Land der Staatsangehörigkeit	Aufenthaltsdauer von ... bis unter ... Jahren						
	unter 1	1 bis 4	4 bis 8	8 bis 15	15 bis 20	20 bis 30	30 und mehr
Europa	37,9	23,2	10,9	9,9	6,8	3,4	7,8
darunter:							
Bulgarien	57,9	26,4	7,7	5,0	2,7	0,1	0,1
Frankreich	35,6	29,4	14,8	11,2	3,9	2,7	2,5
Griechenland	13,0	11,3	9,2	16,1	14,1	10,7	25,6
Italien	24,9	15,1	8,3	14,5	8,9	9,2	19,1
Niederlande	22,6	34,3	20,1	12,3	4,1	3,2	3,4
Österreich	24,5	26,1	13,5	13,0	5,5	5,9	11,6
Polen	38,8	30,7	14,8	8,8	5,0	1,7	0,2
Portugal	23,0	20,1	9,8	17,4	12,1	2,9	14,7
Rumänien	57,2	27,5	6,8	4,7	3,4	0,3	0,2
Slowakei	46,0	27,5	14,8	8,4	3,0	0,2	0,1
Spanien	39,0	20,3	8,8	7,7	3,1	2,8	18,3
Tschechische Republik	45,1	23,6	15,1	11,1	3,3	1,4	0,5
Ungarn	47,0	26,4	10,0	9,5	5,5	1,1	0,4
Vereinigtes Königreich	28,8	30,7	12,8	12,3	6,4	4,5	4,6
Bosnien- Herzegowina	24,6	17,4	8,6	8,9	24,5	4,0	11,9
Kroatien	20,9	16,7	8,3	10,9	14,5	4,2	24,4
Russische Föderation	50,3	21,4	14,3	11,5	2,4	0,1	0,0
Serbien ¹	44,2	14,7	5,0	9,0	11,9	3,7	11,6
ehem. Serbien und Montenegro ²	1,6	3,9	11,8	13,6	21,0	9,0	39,0
Kosovo	46,7	16,3	6,4	13,3	13,9	1,8	1,7
Türkei	19,0	10,7	8,4	11,8	9,8	10,7	29,6
Ukraine	47,6	21,7	16,0	12,5	2,1	0,1	0,0

Tabelle 9-13: Fortzüge von Ausländern nach Aufenthaltsdauer im Jahr 2010 (Teil 2)

Land der Staatsangehörigkeit	Aufenthaltsdauer von ... bis unter ... Jahren						
	unter 1	1 bis 4	4 bis 8	8 bis 15	15 bis 20	20 bis 30	30 und mehr
Afrika	39,4	23,1	14,6	13,3	5,2	2,4	1,9
darunter:							
Marokko	32,7	15,4	14,1	15,6	6,3	7,0	9,0
Amerika	49,4	27,7	10,2	6,9	3,0	1,5	1,3
darunter:							
Brasilien	51,3	28,2	10,7	6,5	2,2	0,8	0,2
Vereinigte Staaten	47,6	28,7	9,7	6,4	3,7	2,1	1,9
Asien	39,1	29,6	16,2	10,9	2,3	1,3	0,5
alle Staatsangehörigkeiten	39,1	24,6	11,8	10,0	5,7	2,9	5,8

Anmerkungen zu Tabelle 9.13:

Die Zahlen für Serbien enthalten zum Teil auch Personen aus dem Kosovo, das im Februar 2008 seine Unabhängigkeit von Serbien erklärte. Eine eindeutige Zuordnung im AZR war für 2008 jedoch noch nicht in allen Fällen möglich.

Seit Juni 2006 sind Serbien und Montenegro zwei unabhängige Staaten. Es haben sich jedoch noch nicht alle Personen, die im AZR mit der Staatsangehörigkeit des ehemaligen Serbien und Montenegro registriert sind, einem der beiden Nachfolgestaaten zugeordnet.

Angaben in Prozent.

Quelle: Ausländerzentralregister, Statistisches Bundesamt.

9.7 Fazit

Ein Teil der Migranten hat Rückkehrabsichten und realisiert diese auch im Alter von über 60 bzw. 65 Jahren. Die Gruppe der älteren Rückkehrer an allen ausländischen Fortziehenden ist mit jährlich rund 4 % allerdings relativ klein. Zu erwarten ist, dass auch weiterhin ein gewisser Anteil an Migranten mit Erreichen des Rentenalters in das Herkunftsland zurückkehrt. Aufgrund der demographischen Alterung steigt der Anteil an Migranten im Rentenalter an. Insofern ist denkbar, dass in Zukunft vermehrt ältere Migranten in ihr Herkunftsland zurückkehren.

Bisher sind mit dem Eintritt der ersten Generation ins Rentenalter aber keine größeren Rückwanderungen erfolgt. Vielmehr zeigt sich, dass auch mit Übergang in den Ruhestand Rückkehrabsichten nur selten verwirklicht werden. Anzunehmen ist, dass auch in Zukunft der Großteil an älteren Migranten vor allem aus familiären Gründen im Zielland verbleibt. Die zweite und dritte Generation, diejenigen also, die in Deutschland

geboren und hier aufgewachsen sind, äußern nur ein sehr geringes Interesse, in die Heimat ihrer Eltern zu ziehen. Bei älteren Migranten, deren Nachkommen im Zielland leben, und dies ist bei der Mehrheit der Fall, dürfte eine endgültige Remigration daher unwahrscheinlich sein. Insofern ist eine Rückwanderung nicht erst bei den in Deutschland Geborenen, sondern bereits bei der älteren Generation begrenzt.

Möglicherweise zeigt sich in Zukunft aber ein anderes Bild. Denn die Personen, die derzeit noch nicht im Rentenalter sind, werden vielfach über eine andere Ressourcenausstattung verfügen als diejenigen, die im Verlauf der letzten drei Jahrzehnte in ihr Herkunftsland zurückgekehrt sind. Zukünftig könnte die Pendelmigration im Ruhestand aufgrund bilokaler Orientierungen und Beziehungen weiter zunehmen. Pendelmigration mit einer starken Herkunftsorientierung dürfte vermutlich auf die erste Migrantengeneration beschränkt bleiben. Denkbar ist aber, dass sich in den nachfolgenden Generationen Formen entwickeln, bei denen der Aspekt der Ruhesitzwanderung oder der touristische Bezug zum Herkunftsland der Eltern oder Großeltern stärker in den Vordergrund tritt. Für die Migrationsforschung bedeutet dies, dass aufgrund zunehmend transnational geprägter Biographien bestehende Identitätskonzepte zu hinterfragen sind.



10 Zusammenfassung

Relevanz des Themas

Bedeutung und Bedingungen des Alters haben sich in modernen Staaten in den vergangenen Jahrzehnten wesentlich verändert. Altern als Lebensverlauf und Alter als Lebensphase sind im Zuge des gesellschaftlichen und demographischen Wandels vielfältiger geworden. Zu dieser Vielfalt trägt auch die Zunahme an älteren Personen mit Migrationshintergrund bei. Obwohl ältere Menschen schon länger Thema wissenschaftlicher und politischer Diskussionen sind, erfahren ältere Migranten erst in jüngster Zeit verstärkte Aufmerksamkeit. Ältere Migranten bilden die Schnittmenge der beiden zentralen gesellschaftlichen Prozesse „demographische Alterung“ und „internationale Migration“, sodass sie zunehmend in den Fokus der Alters- und Migrationsforschung geraten.

Entwicklung des Themas

Noch Ende der 1990er Jahre wurden ältere Migranten in der Wissenschaft kaum wahrgenommen. In dem 1998 herausgegebenen „Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands“ ist in dem Beitrag zur „ausländischen Bevölkerung“ von älteren Migranten noch nicht die Rede. Im Artikel zu „Migration“ heißt es nur, dass eine Rückkehr der „Gastarbeiter“ im Alter unwahrscheinlich ist. Allein Kohli (1998) führt in seinem Beitrag zu „Alter und Altern der Gesellschaft“ kurz aus, dass die ausländische Bevölkerung im höheren Alter kaum ins Gewicht fällt, aber aufgrund der Altersstruktur in absehbarer Zeit zunehmend als eigene Gruppe in den Blick rücken wird, sodass eine „Ethnisierung der Sozialpolitik für das Alter“ denkbar ist.

Ausschlaggebend für das gestiegene Interesse am Thema „Ältere Migranten“ ist zum einen die Zunahme von Zahl und Anteil älterer Menschen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung, zum anderen die häufig prekäre Lebenssituation im Alter, die als ein neues soziales Problem thematisiert wird. Vor diesem Hintergrund stellen sich in der Praxis Fragen nach dem Altsein und Altwerden in der Fremde und nach spezifischen Bedarfslagen älterer Migranten. Das Selbstverständnis als Einwanderungsgesellschaft und die Diskussionen über eine nachholende Integration verstärkten die gesellschaftspolitische und wissenschaftliche Sensibilisierung gegenüber älteren Migranten.

Ältere Migranten und ihre Lebenssituation werden im Rahmen der Sozialberichterstattung zwar inzwischen erfasst, die Forschungsergebnisse liegen aber verstreut vor und differenzierte Erkenntnisse zu den verschiedenen Lebensbereichen fehlen vielfach. Zudem wurde das Forschungsfeld bisher von einer deskriptiven und problemorientierten Auseinandersetzung geprägt, während eine ressourcenorientierte Forschung dahinter zurücktritt und erklärende Ansätze eher die Ausnahme sind. Vorherrschend ist die Perspektive „Alter als soziales Problem“, was nicht zuletzt auch der Datenlage geschuldet war. Erst durch die mit dem Mikrozensus im Jahr 2005 eingeführte Definition des Migrationshintergrundes wird es möglich, ältere Migranten im Rahmen der Bevölkerungsstatistik differenziert zu erfassen. Dadurch wurde die Migrationsforschung auf eine neue Grundlage gestellt.

Ältere Migranten in der Alters- und Migrationsforschung

Wissenschaftliche Beiträge zum Thema ältere Migranten stammen bisher vorrangig aus der Altersforschung. Ein Migrationshintergrund oder die Ethnizität wird als Merkmal der zunehmenden Diversität von Lebensverläufen und Lebenssituationen im Alter behandelt. Gesellschaften differenzieren sich im Zuge von Migration nicht nur sozial, sondern auch ethnisch und kulturell aus, was sich auch im höheren Alter zeigt. Die auch in internationaler Perspektive entscheidende Frage der Altersforschung ist, „whether the well-being of the older immigrant population approaches that of native-born seniors or is characterized by significant disadvantage“ (Treas/Batalova 2009:365).

In der Migrationsforschung wird zwar seit Ende des 19. Jahrhunderts der Zusammenhang von Alter und Mobilität thematisiert, die internationale Migration im Alter wird jedoch erst neuerdings behandelt. Die Migrationsforschung beschäftigt sich mit zwei großen Themenkomplexen: der Entstehung von Migrationsprozessen sowie gesellschaftlichen und sozialen Veränderungen durch die Migration im Ziel- und Herkunftsland. Zum ersten Themenbereich gehören Rahmenbedingungen und Determinanten, Formen bzw. Muster und Richtungen der Migration sowie Motive und Selektivität von Wanderungen. Der zweite Themenbereich umfasst die Folgen der Migration für Individuum, Gruppen und Gesellschaft im Ziel- land, seltener im Herkunftsland. Dazu zählen Fragen der Integration von Migranten in und der Einfluss der Migration auf die Gesellschaft.

In der Forschung wurde schon früh von der Vorstellung ausgegangen, dass Eingliederungsprozesse verschiedene Ausprägungen haben können. Anwendung fanden die Typologie der Akkulturationsstrategien (Berry 1997) und die Formen der Sozialintegration (Esser 2001): Assimilation, Segmentation, Mehrfachintegration und Marginalität. Beide Typologien gehen von einem Individuum im Spannungsfeld von zwei soziokulturellen Kontexten aus. Der Inklusion in die Mehrheitsgesellschaft (Assimilation) steht die Inklusion in die ethnische Gruppe (Segmentation), die Inklusion in beide Kontexte (Mehrfachintegration) und keine Inklusion (Marginalität) gegenüber. Hinsichtlich der Inklusion werden vier Dimensionen der Sozialintegration unterschieden (Esser 2010): Bei der kognitiv-kulturellen Dimension geht es um den Erwerb von Wissen zur Bildung von Humankapital und kulturellem Kapital. Die strukturelle Dimension stellt auf die Integration in den Bereichen Bildung und Beschäftigung zur Bildung von ökonomischem Kapital ab. Die soziale Dimension bezieht sich auf die Aufnahme sozialer Beziehungen durch persönliche Netzwerke und Heirat und damit auf die Bildung von sozialem Kapital. Die emotionale Dimension beinhaltet die Identifikation als Übernahme von Werten und Solidarisierung mit Sozialgruppen und der Gesellschaft.

Die Forschungsfrage lautet, warum und unter welchen Bedingungen welche Akkulturationsstrategien verfolgt werden und welche Zusammenhänge zwischen den einzelnen Integrationsdimensionen bestehen. Mit Blick auf ältere Migranten stellen sich folgende Fragen: Welche Muster der Sozialintegration liegen im Alter vor? Und welche Unterschiede gibt es innerhalb einer Migrantengruppe und zwischen Migrantengruppen sowie der Mehrheitsbevölkerung?

Ziel der Arbeit

Vor diesem Hintergrund ist das Ziel der Arbeit, den Forschungsstand zu älteren Migranten zusammenzutragen sowie statistische Daten und empirische Befunde zu beleuchten, die sich mit verschiedenen Aspekten der Lebensqualität im Alter beschäftigen. Vorgelegt wird ein Überblick an vorliegenden Ergebnissen im Schnittpunkt der Alters- und Migrationsforschung. Hierbei wird ein weiter Bogen gespannt, um die zentralen Bereiche der Lebenssituation älterer Migranten zu erfassen. Der Überblick stellt im Wesentlichen eine Beschreibung und keine Ursachenanalyse dar, sodass auf Erklärungsansätze weitgehend verzichtet wird.

Zentrale Befunde

Die einzelnen Kapitel orientieren sich gleichsam an der chronologischen Abfolge von Lebenssituationen Älterer im Migrationskontext. Nach Grundlagen (Begriffe, Datenquellen) und Entwicklung der Migrationsgruppen werden folgende Lebensbereiche behandelt: Arbeitsmarkt, Ruhestand, Gesundheit, Generationenbeziehungen sowie Verbleib und Rückkehr.

Heterogenität der älteren Migranten

Bei den in Deutschland lebenden älteren Menschen mit Migrationshintergrund handelt es sich um eine heterogene Bevölkerungsgruppe. Die Unterschiede betreffen nicht nur die geographische sowie ethnische und kulturelle Herkunft der Migranten; sie sind auch aus unterschiedlichen Gründen und zu unterschiedlichen Zeiten nach Deutschland zugewandert. Und sie besitzen vielfach eine unterschiedliche Ressourcenausstattung.

Bleiben die nach dem Zweiten Weltkrieg umfangreichen Flucht- und Vertreibungsbewegungen sowie die deutsch-deutschen Wanderungen unberücksichtigt, dann setzte Mitte der 1950er Jahre die erste große Zuwanderung ein, als im Zuge des Wirtschaftsaufschwunges Millionen ausländischer Menschen als „Gastarbeiter“ vor allem aus ländlichen Regionen südeuropäischer Staaten und der Türkei angeworben wurden. Viele von ihnen kehrten nicht wie vorgesehen wieder in ihre Heimat zurück, sondern ließen sich – vor allem nach dem Anwerbestopp im Jahr 1973 – in der Bundesrepublik nieder und holten ihre Familien nach. Die Zahl ausländischer Beschäftigter ging aufgrund des Anwerbestopps bis 1979 auf 1,9 Mio. zurück. Die ausländische Wohnbevölkerung stieg aber vor allem aufgrund des Familiennachzugs von 1973 bis 1979 von 4,0 Mio. auf 4,3 Mio. an. Die damals zumeist jungen Gastarbeiter befinden sich heute im Ruhestandsalter und verbringen ihren Lebensabend vielfach in Deutschland.

Ähnlich bedeutend ist die Zuwanderung von Spätaussiedlern aus osteuropäischen Staaten und der ehemaligen Sowjetunion. Sie setzte ab den 1950er Jahren in zunächst geringem Umfang ein und erreichte ihren Höhepunkt von Ende der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre. Spätaussiedler gelten nach dem Grundgesetz (Art. 116) als deutsche Volkzugehörige. Mit der Übersiedlung nach Deutschland erhielten sie die deutsche Staatsan-

gehörigkeit. Ihre besondere rechtliche Stellung hat geschichtliche Gründe. Der Begriff „Aussiedler“ wurde ab 1993 im Rahmen veränderter rechtlicher Regelungen durch den Begriff „Spätaussiedler“ ersetzt. Von 1950 bis 1987 kamen 1,4 Mio. Aussiedler vor allem aus Polen und Rumänien in die Bundesrepublik. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes und dem politischen und wirtschaftlichen Umbruch nahm die Zahl der jährlich zugezogenen Aussiedler ab 1988 sprunghaft zu. Der Höchstwert wurde 1990 mit knapp 400.000 eingereisten Personen erreicht. Aufgrund dieser Entwicklung wurde die Aussiedlerpolitik mehrfach modifiziert und die Zuwanderung nach Deutschland für diese Gruppe erschwert. Insgesamt sind seit 1950 fast 4,5 Mio. Spätaussiedler nach Deutschland eingewandert. Im Gegensatz zu Gastarbeitern sind diese zumeist mit Familienangehörigen unter Einschluss der älteren Generation eingereist.

Neben den Menschen, die im Zuge dieser beiden großen Zuwanderungsbewegungen kamen, zogen seit Öffnung der Grenzen verstärkt ausländische Menschen aus unterschiedlichen Gründen nach Deutschland. Dabei kann zwischen Arbeits- und Bildungsmigration (Aufenthalt wegen Arbeit, Studium und Ausbildung), Migration aus familiären Gründen (Familienzusammenführung und Familiengründung) sowie Migration aus humanitären Gründen bzw. Fluchtwanderung (Asylsuchende und Bürgerkriegsflüchtlinge) unterschieden werden. Ältere Menschen finden sich unter diesen Zuwanderungsgruppen jedoch weitaus seltener als unter ehemaligen „Gastarbeitern“ und Spätaussiedlern.

Stand und Entwicklung älterer Migranten

Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit bilden nur eine Teilgruppe der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Nach Definition des Statistischen Bundesamtes besteht die Bevölkerung mit Migrationshintergrund aus den seit 1950 nach Deutschland Zugewanderten und deren Nachkommen. Im Jahr 2010 betrug laut Mikrozensus die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund 15,7 Millionen. Das entsprach einem Anteil von 19,3 % an der Gesamtbevölkerung. Hinsichtlich der soziodemographischen Struktur lassen sich Unterschiede in der Zusammensetzung der beiden Bevölkerungsgruppen ohne und mit Migrationshintergrund feststellen. So waren im Jahr 2010 Personen mit Migrationshintergrund im Durchschnitt jünger als diejenigen ohne Migrationshintergrund: 35,0 Jahre gegenüber 45,9 Jahren. Unterschiede zeigen sich auch nach Zahl und Anteil der über 65-Jährigen: 1,5 Mio. bzw. 9,4 % zu 15,7 Mio. bzw. 23,7 %. Modellrechnungen zeigen aber, dass in Zukunft der Anteil an Älteren mit Migrationshintergrund sowohl an allen Älteren als auch innerhalb

der Gruppe mit Migrationshintergrund weiter zunehmen wird. Bis Anfang der 2030er Jahre wird eine Zunahme von älteren Menschen unter den Migranten auf 15 % erwartet.

Arbeitsmarktsituation

Ausländer bzw. Personen mit Migrationshintergrund weisen in etwa die gleiche Erwerbsneigung auf wie Deutsche bzw. Personen ohne Migrationshintergrund, sie sind jedoch deutlich schlechter am Arbeitsmarkt positioniert. Dies gilt insbesondere für ältere Migranten. Erstens sind Migranten in einem geringeren Ausmaß am Erwerbsleben beteiligt, und sie sind seltener sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Dies trifft vor allem auf Frauen zu. Ihre schlechtere Arbeitsmarktpositionierung spiegelt sich zweitens in der beruflichen Stellung und in den Wirtschaftsbereichen bzw. Branchen, in denen sie tätig sind, wider. Beide Indikatoren sind Ausdruck der Anwerbung bzw. Zuwanderung un- und gering qualifizierter Arbeitskräfte. Migranten sind drittens auch häufiger in geringfügiger Beschäftigung zu finden. Sie weisen viertens auch öfters besondere Beschäftigungssituationen wie Schichtarbeit oder Arbeit an Sonn- und Feiertagen auf, wobei sich geschlechts- und migrationspezifische Differenzierungen überlagern. Schließlich sind Migranten auch deutlich häufiger erwerbs- bzw. arbeitslos und öfter langzeitarbeitslos.

Für die Erklärung der schlechteren Positionierung am Arbeitsmarkt darf nicht die Herkunft per se herangezogen werden. Vielmehr müssen weitere Merkmale wie die soziale Schichtzugehörigkeit betrachtet werden. Eine zentrale Rolle spielt hierbei die Bildung. Wie weiterführende Analysen zeigen, verfügen ältere Migranten häufig über keine oder nur über eine geringe formale Qualifikation. Ältere Migranten stellen eine Problemgruppe auf dem Arbeitsmarkt dar. Es bedarf daher besonderer arbeitsmarktpolitischer Bemühungen, um der Gefahr von sozialer Desintegration und Altersarmut vorzubeugen.

Ruhestand und Alterssicherung

Personen mit Migrationshintergrund weisen im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung ein geringeres Vermögen auf. Die beobachteten Unterschiede finden sich auch bei den Rentenanwartschaften, da Personen ohne und mit Migrationshintergrund nach Arbeitsmarktbeteiligung und Entlohnung differieren. Die Befunde weisen darauf hin, dass Migranten größere Probleme mit der finanziellen Absicherung im Alter haben als Personen ohne Migrationshintergrund. Aufgrund ihrer geringeren Qualifikation und ungünstigeren Stellung am Arbeitsmarkt sind die Haushalts-

einkommen von Migranten niedriger als von Einheimischen. Trotz häufig längerer Erwerbszeiten von Migranten führen niedrigere Erwerbseinkommen, seltenere Vollzeitbeschäftigung und längere Zeiten in Arbeitslosigkeit zu geringeren Renten und weniger Vermögen.

Alle Indikatoren verweisen im Hinblick auf die sozioökonomische Lage älterer Migranten zudem auf große Unterschiede zwischen den verschiedenen Migrantengruppen. Ausgeprägte Unterschiede liegen sowohl nach dem Herkunftsland als auch nach dem rechtlichen Status (Spätaussiedler, Ausländer und Eingebürgerte) vor. Die Ergebnisse zeigen, dass insbesondere das Humankapital die Einkommensunterschiede auch im Alter zwischen Personen ohne und mit Migrationshintergrund sowie zwischen einzelnen Migrantengruppen fast vollständig erklärt. Vor dem Hintergrund eines künftig steigenden Anteils älterer Menschen gewinnt die Frage nach ihrer Alterssicherung und ihrer sozioökonomischen Lage im Alter an Gewicht.

Gesundheitssituation

Menschen mit Migrationshintergrund können im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung erhöhte Gesundheitsrisiken aufweisen. Es ist aber nicht die Migration an sich, die krank macht, sondern es sind die Gründe und Umstände einer Migration sowie die Lebens- und Arbeitsbedingungen im Zielland, die zu einem schlechteren Gesundheitszustand führen können. Ältere zugewanderte Personen sind eine zahlenmäßig anwachsende Gruppe mit teilweise relativ schlechtem Gesundheitszustand und möglicherweise großem Pflegebedarf. Oft hatten sie nicht geplant, den Lebensabend im Zielland zu verbringen. Für sie kann das Altwerden mit starken psychosozialen Belastungen verbunden sein. Erschwert wird die Lage dadurch, dass ältere Migranten die bestehenden Angebote und Dienste der Altenpflege bisher nur eingeschränkt in Anspruch nehmen. Die Nutzung präventiver Angebote ist oftmals geringer als bei Einheimischen. Es gibt mittlerweile aber vielfältige Bemühungen, den Zugang zu Gesundheitsdiensten zu erleichtern und sprachlich oder kulturell bedingte Hindernisse abzubauen.

(Ältere) Migranten werden immer noch nicht in allen Gesundheitsstudien einbezogen sowie in der Gesundheits- und Pflegeberichterstattung umfassend und differenziert erfasst. Unklar bleibt der Zusammenhang von Migrationsstatus und sozioökonomischem Status, welcher Anteil der Gesundheitsbelastung migrationsbedingt bzw. statusspezifisch ist.

Generationenbeziehungen

Die Ergebnisse spiegeln eine große familiäre Stabilität und ein großes Unterstützungspotenzial wider, wobei sich die Ausprägungen zwischen Einheimischen und Migranten weitgehend angleichen. Die Strukturen von Generationenbeziehungen dürften sich in Zukunft weiter ausdifferenzieren. Diese Entwicklungen werden Auswirkungen auf die Unterstützungsfunktionen zwischen familialen Generationen haben, während die Kontakthäufigkeit und die emotionale Nähe bisher wenig von den Veränderungen beeinflusst sind. Angesichts der Ausdünnung sozialer Netzwerke, größerer räumlicher Distanzen zwischen den familialen Generationen und steigender Frauenerwerbsquoten wird es zukünftig schwieriger werden, bisherige familiäre Unterstützungsleistungen aufrechtzuerhalten. Für die Generationenbeziehungen ist die Pflege von zentraler Bedeutung. In einer modernen Gesellschaft mit demographischer Alterung können traditionelle Pflegeerwartungen zum intergenerationellen Konfliktpotenzial werden.

Soweit in Studien die Strukturen familialer Generationen erfasst werden, verweisen sie darauf, dass Generationenbeziehungen von Migranten nicht nur im Ankunftsland gelebt werden, sondern auch durch die familiäre und verwandtschaftliche Situation im Herkunftsland geprägt sind. Aufgrund der modernen Transportmittel und Kommunikationstechniken verlieren Migrantenfamilien ihre Beziehungen zum Herkunftsland immer seltener. Generationenbeziehungen von Migranten müssen daher in einer erweiterten Perspektive gedacht werden.

Rückkehr und Verbleib

Ein geringer Teil der Migranten hat Rückkehrabsichten und realisiert diese auch im Alter. Zu erwarten ist, dass auch weiterhin ein gewisser Anteil an Migranten mit Erreichen des Rentenalters in das Herkunftsland zurückkehrt. Ungeachtet dessen steigt aufgrund der demographischen Alterung der Anteil an Migranten im Rentenalter an. Bisher sind mit dem Eintritt ins Rentenalter der ersten Generation aber keine größeren Rückwanderungen erfolgt. Vielmehr zeigt sich, dass auch mit Eintritt in den Ruhestand Rückkehrabsichten nur selten verwirklicht werden. Anzunehmen ist, dass auch in Zukunft der Großteil an älteren Migranten vor allem aus familiären Gründen im Zielland verbleibt. Bei älteren Migranten, deren Nachkommen im Zielland leben, und dies ist bei der Mehrheit der Fall, dürfte eine endgültige Remigration daher unwahrscheinlich sein. Insofern ist eine Rückwanderung nicht erst bei den in Deutschland Geborenen, sondern bereits bei der älteren Generation begrenzt.

Zukünftig könnte die Pendelmigration im Ruhestand aufgrund bilokaler Orientierungen und Beziehungen weiter zunehmen. Pendelmigration mit einer starken Herkunftsorientierung dürfte vermutlich auf die erste Migrantengeneration beschränkt bleiben. Denkbar ist aber, dass sich in den nachfolgenden Generationen Formen entwickeln, bei denen der Aspekt der Ruhesitzwanderung oder der touristische Bezug zum Herkunftsland der Eltern oder Großeltern stärker in den Vordergrund tritt.

Ausblick

Ganz überwiegend haben ältere Migranten ihren neuen Lebensmittelpunkt in Deutschland gefunden. Nur sehr wenige wollen in ihr Herkunftsland zurückkehren, auch wenn die Beziehungen zur Heimat eng sind. Insgesamt ist ein stationäres Altern, ein *aged in place* festzustellen. Dies dürfte auch in Zukunft der Fall sein, denn die zweite und dritte Generation, diejenigen also, die in Deutschland geboren und hier aufgewachsen sind, äußern nur ein sehr geringes Interesse, in die Heimat ihrer Eltern zu ziehen. Da auch die Bevölkerung mit Migrationshintergrund zunehmend vom familialen und demographischen Wandel betroffen ist, bedeutet eine vergleichbare Generationensolidarität allerdings, dass die Gesellschaft im Hinblick auf Hilfe und Pflege für Ältere vor ähnlich großen Herausforderungen steht wie bei der einheimischen Bevölkerung.

Forschungsbezogen zeigt sich, dass für alle Lebensbereiche älterer Migranten ein Mangel an belastbaren Daten vorliegt. Mit der Erhebung des Migrationshintergrundes im Mikrozensus hat sich zwar die Datenlage grundlegend verbessert, noch steht aber ein Erhebungsprogramm aus, das differenzierte Erkenntnisse zu verschiedenen Lebensbereichen bereitstellt. So liefern die vorliegenden Befragungen zum Beispiel keine weitergehenden Informationen zu Pflegeerwartungen und Pflegebereitschaft in Migrantenfamilien. Erforderlich ist eine Sozialberichterstattung, die der Relevanz dieser Bevölkerungsgruppe gerecht wird.

Literaturverzeichnis

- Amt für Stadtforschung und Statistik** (2010): Einsatz von MigraPro zur Ableitung des Migrationshintergrundes der Bevölkerung in Nürnberg und Fürth. In: Statistik aktuell für Nürnberg und Fürth. Statistischer Monatsbericht für Juli 2010.
- Anderson, Philip** (2008): „Ein bisschen dort, ein bisschen hier...“ Untersuchung zur Lebenssituation älterer Migrantinnen und Migranten in München. Landeshauptstadt München: Sozialreferat.
- Arbeitskreis Charta für eine kultursensible Altenpflege** (Hrsg.) (2000): Charta für eine kultursensible Altenpflege. Kuratorium Deutsche Altershilfe.
- Babka von Gostomski, Christian** (2008): Türkische, griechische, italienische und polnische Personen sowie Personen aus den Nachbarstaaten des ehemaligen Jugoslawien in Deutschland. Erste Ergebnisse der Repräsentativbefragung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2006/2007“ (RAM). Working Paper 11. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Babka von Gostomski, Christian** (2010a): Fortschritte der Integration. Zur Situation der fünf größten in Deutschland lebenden Ausländergruppen. Forschungsbericht 8. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Babka von Gostomski, Christian** (2010b): Die Illusion der Rückkehr. Eine Analyse zu Bleibe- und Rückkehrabsichten sowie zu Bindungen an Deutschland und das Herkunftsland bei älteren Migrantinnen und Migranten. (Vortragsmanuskript). Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Bade, Klaus J.** (2000): Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. München: Beck.
- Bade, Klaus J./Oltmer, Jochen** (2004): Normalfall Migration. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

- Bade, Klaus J./Oltmer, Jochen** (2007): Deutschland. In: Bade, Klaus J./Emermer, Pieter C./Lucassen, Leo/Oltmer, Jochen (Hrsg.): Enzyklopädie – Migration in Europa. Paderborn: Schöningh, S. 142-170.
- Bauer, Thomas/Dietz, Barbara/Zimmermann, Klaus/Zwinitz, Eric** (2005): German Migration: Development, Assimilation, and Labour Market Effects. In: Zimmermann, Klaus (Ed.): European Migration. What Do we know?. Oxford: University Press, pp. 197-261.
- Bauer, Thomas/Loeffelholz von, Hans-Dietrich/Schmidt, Christoph** (2004): Wirtschaftsfaktor ältere Migrantinnen und Migranten in Deutschland – Stand und Perspektiven. Expertise im Auftrag des Deutschen Zentrums für Altersfragen für den 5. Altenbericht der Bundesregierung. Essen: RWI.
- Baykara-Krumme, Helen** (2007a): Migrantenfamilien: Nicht so anders. In: WZB-Mitteilungen Heft 117, S. 36-39.
- Baykara-Krumme, Helen** (2007b): Gar nicht so anders: Eine vergleichende Analyse der Generationenbeziehungen bei Migranten und Einheimischen in der zweiten Lebenshälfte. WZB Discussion Paper Nr. SP IV 2007-604.
- Baykara-Krumme, Helen** (2008): Migrant Families in Germany: Intergenerational Solidarity in Later Life. Berlin: Weißensee Verlag.
- Baykara-Krumme, Helen** (2009): Migration und Familie. Intergenerationale Beziehungen in vergleichender Perspektive. Manuskript.
- Baykara-Krumme, Helen** (2011): Ältere Familienmitglieder. In: Fischer, Veronika/Springer, Monika (Hrsg.): Handbuch Migration und Familie. Grundlagen für die Soziale Arbeit mit Familien. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. S. 282-293.
- Baykara-Krumme, Helen/Hoff, Andreas** (2006): Die Lebenssituation älterer Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. In: Tesch-Römer, Clemens/Engstler, Heribert/Wurm, Susanne (Hrsg.): Altwerden in Deutschland. Sozialer Wandel und individuelle Entwicklung in der zweiten Lebenshälfte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 443-517.

- Baykara-Krumme, Helen/Klaus, Daniela/Steinbach, Anja** (2011a): Generationenbeziehungen in Deutschland. Ein Vergleich der Beziehungsqualität in einheimischen deutschen Familien, Familien mit türkischem Migrationshintergrund und Aussiedlerfamilien. In: Brüderl, Josef/Castiglioni, Laura/Schumann, Nina (Hrsg.): Partnerschaft, Fertilität und intergenerationale Beziehungen. Ergebnisse der ersten Welle des Beziehungs- und Familienpanels. Würzburg: Ergon Verlag, S. 259-286.
- Baykara-Krumme, Helen/Klaus, Daniela/Steinbach, Anja** (2011b): Eltern-Kind-Beziehungen in Einwandererfamilien aus der Türkei. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 43/2011, S. 42-49.
- Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen** (Hrsg.) (2001): In der Diskussion: Älter werden in Deutschland. Berlin.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration** (2010a): 8. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration** (Hrsg.) (2010b): Migrationssensible Datenerhebung für die Gesundheits- und Pflegeberichterstattung. Berlin.
- Bellmann, Lutz/Kistler, Ernst/Wahse, Jürgen** (2007): Demographischer Wandel: Betriebe müssen sich auf alternde Belegschaften einstellen. Nürnberg: IAB-Kurzbericht 21/2007.
- Bengtson, Vern** (2001): Beyond the Nuclear Family: The Increasing Importance of Multigenerational Bonds. *Journal of Marriage and Family* 63:1, pp. 1-16.
- Bengtson, Vern/Roberts, Robert** (1991): Intergenerational Solidarity in Aging Families: An Example of Formal Theory Construction. *Journal of Marriage and Family* 53:4, pp. 856-870.
- Bertram, Hans** (2000): Die verborgenen familiären Beziehungen in Deutschland. Die multilokale Mehrgenerationenfamilie. In: Kohli, Martin/Szydlik, Marc (Hrsg.): *Generationen in Familie und Gesellschaft*. Opladen: Leske + Budrich, S. 97-121.

- Blinkert, Baldo/Gräf, Bernhard** (2009): Deutsche Pflegeversicherung vor massiven Herausforderungen. Frankfurt/M.: Deutsche Bank Research.
- Böhm, Karin/Tesch-Römer, Clemens/Ziese, Thomas** (Hrsg.): Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Gesundheit und Krankheit im Alter. Berlin: Robert Koch-Institut.
- Bolzman, Claudio/Fibbi, Rosita/Vial, Marie** (2006): What to do after Retirement? Elderly Migrants and the Question of Return. In: Journal of Ethnic and Migration Studies 32:8, pp. 1359-1375.
- Bomsdorf, Eckart** (2008): Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung. (Manuskript). Universität Köln.
- Bostanci, Safa A.** (1982): Zum Leben und zu den Rückkehr- bzw. Verbleibeabsichten der türkischen Gastarbeiter in Nürnberg. Berlin: Express Edition.
- Breithecker, Renate/Burkert, Carola** (2008): Über 50 Jahre und MigrantIn = arbeitslos. Zur Situation älterer MigrantInnen auf dem deutschen Arbeitsmarkt. In: Migration und Soziale Arbeit 3-4, S. 251-260.
- Brücker, Herbert/Jahn, Elke J.** (2010): Gewinner und Verlierer. Einheimische Arbeitskräfte profitieren von Zuwanderung. In: IAB-Forum Nr. 2. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. S. 18-23.
- Brück-Klingberg, Andrea/Burkert, Carola/Seibert, Holger/Wapler, Rüdiger** (2007): Verkehrte Welt: Spätaussiedler mit höherer Bildung sind öfter arbeitslos. Nürnberg: IAB-Kurzbericht 08/2007.
- Brussig, Martin** (2010): Anhaltende Ungleichheiten in der Erwerbsbeteiligung Älterer; Zunahme an Teilzeitbeschäftigung. Altersübergangs-Report, Nr. 2010-03. Duisburg, Düsseldorf: Institut Arbeit und Qualifikation, Hans-Böckler-Stiftung.
- Brussig, Martin** (2010): Höhere Alterserwerbsbeteiligung durch längere Erwerbsphasen. Altersübergangs-Report, Nr. 2010-04. Duisburg, Düsseldorf: Institut Arbeit und Qualifikation, Hans-Böckler-Stiftung.

- Brussig, Martin** (2010a): Fast die Hälfte aller neuen Altersrenten mit Abschlägen – Quote weiterhin steigend. Altersübergangs-Report, Nr. 2010-01. Duisburg, Düsseldorf: Institut Arbeit und Qualifikation, Hans-Böckler-Stiftung.
- Brussig, Martin** (2010b): Künftig mehr Zugänge in Altersrenten absehbar. Altersübergangs-Report, Nr. 2010-02. Duisburg, Düsseldorf: Institut Arbeit und Qualifikation, Hans-Böckler-Stiftung.
- Bucher, Hansjörg** (2007): Regionale Auswirkungen der demographischen Alterung. In: Scholz, Rembrand/Ders. (Hrsg.): Alterung im Raum. Auswirkungen der Bevölkerungsalterung unter besonderer Berücksichtigung regionaler Aspekte. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Demographie Band 2. Norderstedt: Books on Demand, S. 15-48.
- Bundesagentur für Arbeit** (2011): Statistik der sozialversicherungspflichtigen und geringfügigen Beschäftigung. Quartalsbericht. Version 7.0. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit** (2012): Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland. Wichtige statistische Hinweise. Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge** (2008): Migrationsbericht 2007. Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge** (2011): Migrationsbericht 2009. Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge** (2012): Migrationsbericht 2010. Nürnberg.
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung** (Hrsg.) (2008): Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)** (Hrsg.) (2000): Sechster Familienbericht: Familien ausländischer Herkunft in Deutschland: Leistungen – Belastungen – Herausforderungen. Berlin.

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)** (Hrsg.) (2001): Dritter Bericht zur Lage der älteren Generation. Alter und Gesellschaft. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)** (Hrsg.) (2005): Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft. Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen. Berlin.
- Bundesministerium für Gesundheit (BMG)** (2011): Abschlussbericht zur Studie „Wirkungen des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes“. Bericht zu den Repräsentativerhebungen im Auftrag des BMG von Infratest Sozialforschung München. Berlin.
- Bundesministerium des Innern** (2008): Migration und Integration. Aufenthalttsrecht, Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland. Berlin.
- Bundesministerium des Innern** (2010): Innenpolitik. Informationen des Bundesministeriums des Innern. Nr. 1 Februar 2010, Berlin.
- Bundesministerium des Innern** (2010): Nationale Minderheiten in Deutschland. Berlin.
- Bundesministerium des Innern** (2011): Demografiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und zukünftigen Entwicklung des Landes. Berlin.
- Bundesregierung** (2007): Der nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen. Berlin: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.
- Bundesverfassungsgericht - Pressestelle** (2006): Kürzung der Fremdrenten verfassungsgemäß, aber Übergangsregelung für rentennahe Jahrgänge erforderlich. Pressemitteilung Nr. 58/2006 vom 30. Juni 2006.
- Coleman, David** (2006): Immigration and Ethnic Change in Low-Fertility Countries: A Third Demographic Transition. In: Population and Development Review 32:3, pp. 401-446.

- Corneo, Giacomo et al.** (2009): The Riester Scheme and Private Savings: An Empirical Analysis based on the German SOEP. *Schmollers Jahrbuch* 129 (2), S. 321–332.
- Currle, Edda** (2006): Theorieansätze zur Erklärung von Rückkehr und Remigration. In: *Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst Migration und ethnische Minderheiten* 2, Bonn: Informationszentrum Sozialwissenschaften, S. 7–23.
- Deerst, Peter/Hess, Barbara/Loeffelholz von, Hans-Dietrich** (2006): Arbeitsmarkteteiligung von Ausländern im Gesundheitssektor in Deutschland. Working Paper. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Deutsche Rentenversicherung** (2008): *Aussiedler und ihre Rente* (3. Auflage). Berlin: Deutsche Rentenversicherung Bund.
- Deutsche Rentenversicherung** (2010a): *Rentenbestand am 31.12.2009 Band 177* (verschiedene Jahrgänge). Berlin: Deutsche Rentenversicherung Bund.
- Deutsche Rentenversicherung** (2010b): *Rentenversicherung in Zeitreihen. DRV-Schriften Band 22*. Berlin: Deutsche Rentenversicherung Bund.
- Deutscher Bundestag** (2008): Drucksache 16/8301 vom 20.02.2008: *Senioren und Senioren in Deutschland*.
- Deutscher Bundestag** (2009): Drucksache 17/169 vom 07.12.2009: *Beschäftigungssituation Älterer, ihre wirtschaftliche und soziale Lage und die Rente ab 67*.
- Deutscher Bundestag** (2010): Drucksache 17/2271 vom 23.06.2010: *Antwort der Bundesregierung. Beschäftigungssituation Älterer, ihre wirtschaftliche und soziale Lage und die Rente ab 67*.
- Diefenbach, Heike/Weiß, Anja** (2007): *Gutachten. Menschen mit Migrationshintergrund. Datenerfassung für die Integrationsberichterstattung*. Landeshauptstadt München.

- Dietzel-Papakyriakou, Maria** (1987): Krankheit und Rückkehr. Frühinvalidität ausländischer Arbeitnehmer am Beispiel griechischer Rückkehrer. Berlin: edition sigma.
- Dietzel-Papakyriakou, Maria** (1991): Ältere ausländische Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA) (Hrsg.) (1993): Expertisen zum ersten Altenbericht – III Aspekte der Lebensbedingungen ausgewählter Bevölkerungsgruppen. Berlin: DZA, S. 1-153.
- Dietzel-Papakyriakou, Maria** (1993): Altern in der Migration. Die Arbeitsmigranten vor dem Dilemma: zurückkehren oder bleiben? Stuttgart: Enke.
- Dinkel, Reiner** (2008): Was ist demographische Alterung? Der Beitrag der Veränderungen der demographischen Parameter zur demographischen Alterung in den alten Bundesländern seit 1950. In: Staudinger, Ursula/Häfner, Heinz (Hrsg.): Was ist Alter(n)? Berlin: Springer, S. 97-117.
- Dobelhammer, Gabriele/Rau, Roland/Vaupel, James** (2009): Selbstbestimmtes Leben trotz Zunahme von Krankheiten. In: Demografische Forschung aus erster Hand, 6:4, S. 1-2.
- Ebert, Claudia** (2008): Alter(n) und Migration: Untersuchung der sozialen Netzwerke und Unterstützungsbeziehungen am Beispiel russland-deutscher Spätaussiedler in Erfurt. Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller.
- Engstler, Heribert/Motel-Klingebl, Andreas** (2010): Datengrundlagen und Methoden des Deutschen Alterssurveys (DEAS). In: Motel-Klingenbl, Andreas/Wurm, Susanne/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): Altern im Wandel. Befunde des deutschen Alterssurveys (DEAS). Stuttgart: Kohlhammer, S. 34-60.
- Erlinghagen, Marcel/Stegmann, Tim/Wagner, Gert** (2009): Deutschland ein Auswanderungsland? In: Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 39, S. 663-669.

- Esser, Hartmut** (2001): Integration und ethnische Schichtung. Arbeitspapier 40. Universität Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.
- Esser, Hartmut** (2010): Integration und „Multikulturalität“. In: Luft, Stefan/Schimany, Peter (Hrsg.): Integration von Zuwanderern. Erfahrungen, Konzepte, Perspektiven. Bielefeld: transcript, S. 277-297.
- Ette, Andreas et al.** (2007): Generations and Gender Survey. Dokumentation der Befragung von türkischen Migranten in Deutschland. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 121b. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- Eurostat** (2011): Asylum applicants and first instance decisions on asylum applications in 2010. Data in focus 5/2011.
- Fassmann, Heinz** (2008): Entwicklungspotentiale einer zirkulären Migration in Europa. In: Geographische Rundschau 60:6, S. 20-25.
- Fassmann, Heinz** (2011): Retirement Migration und stationäres Altern: integrationspolitische Implikationen. Wien, Manuskript.
- Frick, Joachim/Grabka, Markus/Groh-Samberg, Olaf/Hertel, Florian/Tucci, Ingrid** (2009): Alterssicherung von Personen mit Migrationshintergrund. Forschungsstudie. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Frick, Joachim/Grabka, Markus/Hauser, Richard** (2010): Die Verteilung der Vermögen in Deutschland. Berlin: edition sigma.
- Friebe, Jens** (2006): Migrantinnen und Migranten in der Altenpflege. Bonn: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung.
- Frommert, Diana/Himmelreicher, Ralf** (2010): Sinkende Rentenanwartschaften vor allem in den neuen Bundesländern. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren, Ausgabe 43, S. 1-5.
- Gerling, Vera** (2010): Alter(n) und Migration in Europa. Dortmund: Arbeiterwohlfahrt.

- Geyer, Johannes/Steiner, Viktor** (2009): Zahl der Riester-Renten steigt sprunghaft – aber Geringverdiener halten sich noch zurück. In: Wochenbericht des DIW Nr. 32, S. 534-541.
- Glodny, Susanne/Yilmaz-Aslan, Yüce/Razum, Oliver** (2011): Storytelling als Intervention. Verbesserung der häuslichen Pflege von türkischen Migranten in Deutschland. Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie 44:1, S. 19-26.
- Glorius, Birgit/Matuschewski, Anke** (2009): Rückwanderung im internationalen Kontext: Forschungsansätze und -perspektiven. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 34:3-4, S. 203-226.
- Habermann, Monika et al.** (2009): Planung und Steuerung der Pflegeversorgung auch für Migranten und Migrantinnen? – Eine Analyse der Pflege- und Gesundheitsberichterstattung in der ambulanten und stationären Altenpflege. In: Gesundheitswesen 71, S. 1-5.
- Habermann, Monika/Schenk, Liane** (2010a): Morbidität und Pflege bei Migrantinnen und Migranten in Deutschland. Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript.
- Habermann, Monika/Schenk, Liane** (2010b): Brauchen wir eine migrationssensitive Pflegeberichterstattung? Problemstellungen und Ergebnisse eines Expertenworkshops. In: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.): Migrationssensible Datenerhebung für die Gesundheits- und Pflegeberichterstattung. Berlin, S. 83-93.
- Hajji, Rahim** (2009): Abschied auf ungewisse Zeit. In: WZB-Mitteilungen Heft 124, S. 37-39.
- Hajji, Rahim** (2010): Gesundheitsverhalten, Gesundheitszustand und Inanspruchnahme medizinischer Leistungen von deutschen und türkischstämmigen Menschen. In: Thamer, Ulrich/Wüstenbecker, Michael (Hrsg.): Gesundheit von Migranten. Frankfurt/M.: Peter Lang Verlag, S. 123-142.
- Haug, Sonja** (2000): Soziales Kapital und Kettenmigration. Italienische Migranten in Deutschland. Opladen: Leske + Budrich.

- Haug, Sonja** (2001): Bleiben oder Zurückkehren? Zur Messung, Erklärung und Prognose der Rückkehr von Immigranten in Deutschland. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 26:2, S. 231-270.
- Haug, Sonja/Schimany, Peter** (2005): Jüdische Zuwanderer in Deutschland. Working Paper 5. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Haug, Sonja/Sauer, Lenore** (2006): Bestimmungsfaktoren internationaler Migration. In: Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst Migration und ethnische Minderheiten 1, Bonn: Informationszentrum Sozialwissenschaften, S. 7-34.
- Haug, Sonja/Wolf, Michael** (2007): Soziodemographische Merkmale, Berufsstruktur und Verwandtschaftsnetzwerke jüdischer Zuwanderer. Working Paper 8. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Haug, Sonja/Rühl, Stefan** (2008): Remigration von Zuwanderern in Deutschland. In: Geographische Rundschau 60:6, S. 26-33.
- Haug, Sonja/Müssig, Stephanie/Stichs, Anja** (2009): Muslimisches Leben in Deutschland. Forschungsbericht 6. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Heckmann, Friedrich** (1992): Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie interethnischer Beziehungen. Stuttgart: Enke.
- Heckmann, Friedrich** (2010): Das Jahresgutachten „Einwanderungsgesellschaft 2010“ - politische Implikationen. Berlin: Heinrich Böll-Stiftung.
- Herbert, Ulrich** (2001): Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. München: Beck.
- Hess, Barbara** (2011): Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländerinnen und Ausländer in qualifizierten Dienstleistungen. Working Paper 38. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

- Himmelreicher, Ralf/Sewöster, Daniela/Scholz, Rembrandt/Schulz, Anne** (2008): Die fernere Lebenserwartung von Rentnern und Pensionären im Vergleich. In: WSI Mitteilungen 5, S. 274-289.
- Hoffmann, Elke/Nachtmann, Juliane** (2007): Alter und Pflege. Report Altersdaten. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen.
- Höhne, Anke/Schubert, Michael** (2007): Vom Healthy-Migrant-Effekt zur gesundheitsbedingten Frühberentung. Erwerbsminderungsrenten bei Migranten in Deutschland. In: DRV-Schriften 55. Berlin: Deutsche Rentenversicherung, S. 103-126.
- Holst, Elke/Schrooten, Mechthild** (2007): Migration und Geld. Überweisungen aus Deutschland ins Heimatland erheblich. In: Wochenbericht des DIW 74:19, S. 310-315.
- Hönekopp, Elmar** (1987): Rückkehrförderung und die Rückkehr ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien. Ergebnisse des Rückkehrförderungsgesetzes, der Rückkehrhilfe-Statistik und der IAB-Rückkehrbefragung. In: Ders. (Hrsg.): Aspekte der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 114. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, S. 287-342.
- Höpfinger, François** (1999): Generationenfrage - Konzepte, theoretische Ansätze und Beobachtungen zu Generationenbeziehungen in späteren Lebensphasen. Lausanne: Réalités Sociales.
- Hörl, Josef/Schimany, Peter** (2004): Gewalt gegen pflegebedürftige alte Menschen in der Familie. Ein Zukunftsthema für die Generationenbeziehungen? In: Zeitschrift für Familienforschung Heft 2, S. 194-215.
- Hubert, Sandra/Althammer, Jörg/Korucu-Rieger, Canan** (2009): Soziodemographische Merkmale und psychophysisches Befinden älterer türkischer Migrantinnen und Migranten in Deutschland. Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung Band 39. Berlin: ProBusiness.

- Hunn, Karin** (2005): „Nächstes Jahr kehren wir zurück...“ Die Geschichte der türkischen „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik. Göttingen: Wallstein.
- Hurrelmann, Klaus** (2006): Gesundheitssoziologie. Eine Einführung in sozialwissenschaftliche Theorien von Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung. (6. Auflage). Weinheim: Juventa.
- Jankowitsch, Beate/Klein, Thomas/Weick, Stefan** (2000): Die Rückkehr ausländischer Arbeitsmigranten seit Mitte der achtziger Jahre. In: Alba, Richard/Schmidt, Peter/Wasmer, Martina (Hrsg.): Deutsche und Ausländer: Freunde, Fremde oder Feinde? Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 93-109.
- Kaiser, Claudia/Friedrich, Klaus** (2004). Migration decisions, living arrangements and adjustments to the changing needs of older German retirees on Mallorca. In: Warnes, Tony (Ed.), Older Migrants in Europe: Essays, Projects and Sources. Sheffield, S. 13-20.
- Kalter, Frank** (2007): Ethnische Kapitalien und der Arbeitsmarkterfolg Jugendlicher türkischer Herkunft. In: Wohlrab-Sahar, Monika/Tescan, Levent (Hrsg.): Konfliktfeld Islam in Europa. Soziale Welt Sonderband 17. Baden-Baden: Nomos, S. 393-417.
- Kalter, Frank** (2008): Ethnische Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt. In: Abraham, Martin/Hinz, Thomas (Hrsg.): Arbeitsmarktsoziologie. Probleme, Theorien, empirische Befunde. (2. Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 303-332.
- Keller, Berndt/Seifert, Hartmut** (2011): Atypische Beschäftigung und soziale Risiken. In: WISO direkt. Bonn: Friedrich Ebert Stiftung.
- Kemper, Franz Josef** (2007): Ethnisch-kulturelle Heterogenität in Deutschland. Die regionale Perspektive. Geographische Rundschau 59:2, S. 32-40.
- Kibele, Eva/Scholz, Rembrand/Shkolnikov, Vladimir** (2008): Low migrant mortality in Germany for men aged 65 and older: fact or artifact? In: European Journal of Epidemiology, 23, 389-393.

- Knesebeck von dem, Olaf/Mielck, Andreas** (2008): Soziale Ungleichheit und gesundheitliche Versorgung im höheren Lebensalter. In: Zeitschrift Gerontol Geriat (online), S. 1-8.
- Knipper, Michael/Bilgin, Yasar** (2009): Migration und Gesundheit. St. Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Knuth, Matthias/Brussig, Martin** (2010): Zugewanderte und ihre Nachkommen in Hartz IV. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 48, S. 26-32.
- Kohli, Martin** (1998): Alter und Altern der Gesellschaft. In: Schäfers, Bernhard/Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Opladen: Leske + Budrich, S. 1-11.
- Kohls, Martin** (2008): Healthy-Migrant-Effect, Erfassungsfehler und andere Schwierigkeiten bei der Analyse der Mortalität von Migranten. Working Paper 15. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Kohls, Martin** (2008): Leben Migranten wirklich länger? Eine empirische Analyse der Mortalität von Migranten in Deutschland. Working Paper 16. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Kohls, Martin** (2009): Einfluss von Auswahlprozessen auf die Sterblichkeit verschiedener Zuwanderergruppen in Deutschland. In: DRV-Schriften 55, Berlin: Deutsche Rentenversicherung, S. 153-175.
- Kohls, Martin** (2010): Das demografische Verhalten der ausländischen Bevölkerung in Deutschland – Analysen mit Daten des FDZ-RV. In: DRV Schriften 55. Berlin: Deutsche Rentenversicherung, S. 149-172.
- Kohls, Martin** (2011): Morbidität und Mortalität von Migranten in Deutschland. Forschungsbericht 9. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Kohls, Martin** (2012): Das demographische Verhalten von Migrantinnen und Migranten in Deutschland unter Berücksichtigung von Selektionsprozessen. Dissertation. Universität Bielefeld.

- Kohls, Martin** (2012): Pflegebedürftigkeit und Nachfrage nach Pflegeleistungen von Migrantinnen und Migranten im demographischen Wandel. Forschungsbericht 12. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Kohls, Martin/Dinkel, Reiner. H.** (2006): Ehemalige Zuwanderer als heutige Rentenempfänger – Kaufkraftverlust oder –gewinn? In: Swiaczny, Frank/Haug, Sonja (Hrsg.): Neue Zuwanderergruppen in Deutschland. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 118. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- Kondratowitz von, Hans-Joachim** (2009): Alter(n) in Ost und West. Der Wandel normativer Modellierungen des Alter(n)s in historisch vergleichender Perspektive. In: Dyk van, Silke/Lessenisch, Stephan (Hrsg.): Die jungen Alten. Analysen einer neuen Sozialfigur. Frankfurt/M., Campus, S. 256-278.
- Korcz, Richard/Schlömer, Claus** (2008): Perspektiven internationaler Wanderungen und demographische Heterogenisierung in den Regionen Deutschlands. In: Informationen zur Raumentwicklung Heft 3/4, S. 153-169.
- Körner, Thomas/Puch, Katharina** (2009): Der Mikrozensus im Kontext anderer Arbeitsmarktstatistiken – Ergebnisunterschiede und ihre Hintergründe. In: Wirtschaft und Statistik 12, S. 1067-1088.
- Kraatz, Susanne/Sproß, Cornelia** (2008): Beschäftigungspolitik für Ältere: Deutschland und seine Nachbarn. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 18-19, S. 15-23.
- Kroll, Lars Eric/Ziese, Thomas** (2009): Kompression oder Expansion der Morbidität? In: Böhm, Karin/Tesch-Römer, Clemens/Ziese, Thomas (Hrsg.): Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Gesundheit und Krankheit im Alter. Berlin: Robert Koch-Institut, S. 105-112.
- Krumme, Helen** (2004): Fortwährende Migration: Das transnationale Pendeln türkischer Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten im Ruhestand. In: Zeitschrift für Soziologie 33:2, S. 138-153.

- Kuratorium Deutsche Altershilfe** (2007): Leistungen der Altershilfe gehen vielfach an demenziell erkrankten Migrantinnen und Migranten vorbei. Pressemeldung vom 18.07.2007.
- Kyobutungi, Catherine et al.** (2005): Mortality from external causes among ethnic German immigrants from former Soviet Union countries in Germany. In: *European Journal of Public Health*, 16, pp. 376-382.
- Landtag von Baden-Württemberg** (2009): Drucksache 14/5643 vom 17.11.2009. Die Integrationspolitik der Landesregierung.
- Leicht, Rene/Leiß, Markus** (2006): Bedeutung der ausländischen Selbstständigen für den Arbeitsmarkt und den sektoralen Strukturwandel. Expertise für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Mannheim: Institut für Mittelstandsforschung (ifm).
- Loeffelholz von, Hans Dietrich** (2010): Migration und demographischer Wandel aus ökonomischer Perspektive. In: Luft, Stefan/Schimany, Peter (Hrsg.): *Integration von Zuwanderern. Erfahrungen, Konzepte, Perspektiven*. Bielefeld: transcript, S. 211-242.
- Lüscher, Kurt/Liegle, Ludwig/Lange, Andreas** (2009): Bausteine zur Generationenanalyse. Kompendium. DJI Bulletin plus, 2/09, Heft 86.
- Lutz, Helma** (2007): Vom Weltmarkt in den Privathaushalt. Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung. Opladen: Budrich.
- Mahne, Katharina/Motel-Klingebiel, Andreas** (2010): Familiäre Generationenbeziehungen. In: Motel-Klingebiel, Andreas/Wurm, Susanne/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): *Altern im Wandel. Befunde des deutschen Alterssurveys (DEAS)*. Stuttgart: Kohlhammer, S. 188-214.
- Matthäi, Ingrid** (2004): Lebenssituation der älteren alleinstehenden Migrantinnen. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).
- Matthäi, Ingrid** (2006): Alleinstehende Migrantinnen: Integriert – isoliert – segregiert? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 40-41/2006, S. 34-38.

- Meier-Braun, Karl-Heinz** (2006): Der lange Weg ins Einwanderungsland Deutschland. In: Zuwanderung und Integration. Der Bürger im Staat 65:4, S. 204-208.
- Manning, Sonja/Hoffmann, Elke** (2009): Ältere Migrantinnen und Migranten. Report Altersdaten. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen.
- Meyer, Christian** (2010): Soziale, ethnische und demografische Segregation in Nordrhein-Westfalen. In: Luft, Stefan/Schimany, Peter (Hrsg.): Integration von Zuwanderern. Erfahrungen, Konzepte, Perspektiven. Bielefeld: transcript, S. 187-208.
- Micheel, Frank/Naderi, Robert**, (2009): Subjektive Einschätzung der ökonomischen Lage älterer Türkinnen und Türken im Zusammenhang mit ihrer sozialen Einbindung. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 34:1-2, S. 165-198.
- Mika, Tatjana/Tucci, Ingrid** (2006): Alterseinkommen bei Zuwanderern: Gesetzliche Rente und Haushaltseinkommen bei Aussiedlern und Zuwanderern aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien im Vergleich zur deutschen Bevölkerung. Research Notes 18. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Mika, Tatjana/Hering, Linda/Hochfellner, Daniela** (2010): Welche berufliche Qualifikation und Erfahrung brachten Aussiedler und Spätaussiedler bei der Zuwanderung mit? In: Forschungsdatenzentrum der Rentenversicherung (Hrsg.): Gesundheit, Migration und Einkommensungleichheit. DRV-Schriften Band 55, S. 131-148.
- Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen** (Hrsg.) (2010a): Bericht über das Projekt Aktives Altern älterer Menschen mit Zuwanderungsgeschichte (AAMEE). Düsseldorf: Referat Öffentlichkeitsarbeit.
- Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen** (Hrsg.) (2010b): Aktives Altern älterer Menschen mit Zuwanderungsgeschichte (AAMEE). Gute Beispiele in Europa. Düsseldorf: Referat Öffentlichkeitsarbeit.

- Motel-Klingebiel, Andreas/Simonson, Julia/Gordo, Lura Romeu (2010):** Materielle Sicherung. In: Motel-Klingebiel, Andreas/Wurm, Susanne/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): Altern im Wandel. Befunde des Deutschen Alterssurveys (DEAS). Stuttgart: Kohlhammer, S. 61-89.
- Motel-Klingebiel, Andreas/Wurm, Susanne/Huxhold, Oliver/Tesch-Römer, Clemens (2010):** Wandel von Lebensqualität und Ungleichheit in der zweiten Lebenshälfte. In: Motel-Klingebiel, Andreas/Wurm, Susanne/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): Altern im Wandel. Befunde des Deutschen Alterssurveys (DEAS). Stuttgart: Kohlhammer, S. 15-33.
- Münz, Reiner/Weiner, Myron (1997):** Migration, Flucht und Außenpolitik. In: Angenendt, Steffen (Hrsg.): Migration und Flucht. Aufgaben und Strategien für Deutschland, Europa und die internationale Gemeinschaft. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 200-219.
- Naderi, Robert/Dorbritz, Jürgen/Ruckdeschel, Kerstin (2009):** Einleitung – der Generations and Gender Survey in Deutschland: Zielsetzung, Verortung, Einschränkungen und Potenziale. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 34:1-2, S. 5-30.
- Nauck, Bernhard (2000):** Eltern-Kind-Beziehungen in Migrantenfamilien – ein Vergleich zwischen griechischen, italienischen, türkischen und vietnamesischen Familien in Deutschland. In: Sachverständigenkommission 6. Familienbericht (Hrsg.): Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Empirische Beiträge zur Familienentwicklung und Akkulturation. Materialien zum 6. Familienbericht, Band I. Opladen: Leske + Budrich, S. 347-392.
- Naumann, Dörte/Gordo, Laura Romeu (2010):** Gesellschaftliche Partizipation: Erwerbstätigkeit, Ehrenamt und Bildung. In: Motel-Klingebiel, Andreas/Wurm, Susanne/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): Altern im Wandel. Befunde des deutschen Alterssurveys (DEAS). Stuttgart: Kohlhammer, S. 118-141.
- Okken, P. K./Spallek, Jacob/Razum, Oliver (2008):** Pflege türkischer Migranten. In: Bauer, Ulrich/Büscher, A. (Hrsg.): Soziale Ungleichheit und Pflege. Wiesbaden: VS Verlag.

- Olbermann, Elke** (2003): Innovative Konzepte zur sozialen Integration älterer Migrantinnen und Migranten. Projektbericht: Universität Dortmund.
- Olbermann, Elke** (2011): Relevanz und Perspektiven der Gesundheitsförderung bei älteren MigrantInnen. In: Migration und Soziale Arbeit 1/2011, S. 22-28.
- Oltmer, Jochen** (2010): Migration im 19. und 20. Jahrhundert. München: Oldenbourg.
- Opfermann, Heike/Grobecker, Claire/Krack-Roberg, Elle** (2006): Auswirkung der Bereinigung des Ausländerzentralregisters auf die amtliche Ausländerstatistik. In: Wirtschaft und Statistik, 5, S. 480-494.
- Özcan, Veysel; Seifert, Wolfgang** (2004): Zur Lebenslage älterer Migrantinnen und Migranten in Deutschland – Expertise für den 5. Altenbericht der Bundesregierung im Auftrag des Deutschen Zentrums für Altersfragen. Berlin.
- Özcan, Veysel/Seifert, Wolfgang** (2006): Lebenslage älterer Migrantinnen und Migranten in Deutschland. In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hg.): Lebenssituation und Gesundheit älterer Migranten in Deutschland. Expertisen zum Fünften Altenbericht der Bundesregierung Band 6. Münster: Lit Verlag, S. 7-76.
- Parnreiter, Christof** (2000): Theorien und Forschungsansätze zu Migration. In: Husa, Karl/Parnreiter, Christof/Stacher, Irene (Hrsg.): Internationale Migration: die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts? Frankfurt: Brandes & Apsel, S. 25–52.
- Paß, Rita** (2006): Alter(n)svorstellungen älterer Migrantinnen. Eine explorative Studie über deren biografische Lebensentwürfe. Hamburg: Verlag Dr. Kovac.
- Perchinig, Bernhard** (2010): Ein langsamer Weg nach Europa: Österreichische (Arbeits)migrations- und Integrationspolitik seit 1945. In: Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst „Migration und ethnische Minderheiten“ 1. Bonn: GESIS, S. 7-32.

- Pfaff, Heiko** (2010): Schwerbehinderte Menschen 2007. In: *Wirtschaft und Statistik* 2, S. 150-157.
- Pielage, Patricia/Pries, Ludger** (2009): Altern und Migration in transnationalen Netzwerken – Neue Formen der Vergemeinschaftung? (Manuskript) Universität Bochum.
- Pohl, Carsten** (2010): Der zukünftige Bedarf an Pflegearbeitskräften in Deutschland: Modellrechnungen für die Bundesländer bis zum Jahr 2020. In: *Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 35:2, S. 357-378.
- Pries, Ludger** (2009): Globalisierung und Migration: Herausforderungen und Chancen einer komplexen Wechselwirkung. (Manuskript) Universität Bochum.
- Pries, Ludger** (2011): Familiäre Migration in Zeiten der Globalisierung. In: Fischer, Veronika/Springer, Monika (Hrsg.): *Handbuch Migration und Familie. Grundlagen für die Soziale Arbeit mit Familien*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 23-35.
- Razum, Oliver et al.** (1998): Low overall mortality of Turkish residents in Germany persists and extends into a second generation: merely a healthy migrant effect. In: *Tropical Medicine and International Health* 3:4, pp. 297-303.
- Razum, Oliver/Spallek, Jacob** (2009): Wie gesund sind Migranten? Focus Migration Kurzdossier Nr. 12. Bundeszentrale für politische Bildung.
- Reinprecht, Christoph** (2007): Alt nach der Gastarbeit. In: Fassmann, Heinz (Hrsg.): 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Klagenfurt: Drava, S. 211-224.
- Richter, Matthias/Hurrelmann, Klaus** (Hrsg.) (2006): *Gesundheitliche Ungleichheit. Grundlagen, Probleme, Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Riedmüller, Barbara/Schmalreck, Ursula** (2011): *Eigenständige Alterssicherung von Frauen. Bestandsaufnahme und Handlungsbedarf. WISO-Diskurs*. Bonn: Friedrich Ebert Stiftung.

- Robert Koch-Institut (RKI) in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt** (2008): Schwerpunktbericht der Gesundheitsberichterstattung des Bundes „Migration und Gesundheit“. Berlin: Robert Koch-Institut.
- Roloff, Juliane** (1997): Die ausländische und deutsche Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland – ein bevölkerungsstatistischer Vergleich. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 22:1, S. 73-98.
- Rühl, Stefan** (2009): Grunddaten zur Zuwandererbevölkerung in Deutschland. Working Paper 27. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration** (2004): Migration und Integration – Erfahrungen nutzen, Neues wagen. Jahresgutachten 2004. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Salzmann, Thomas/Kohls, Martin** (2006): Mortalitätsanalyse mit den Daten der Deutschen Rentenversicherung – Methodische Überlegungen zum Stichprobencharakter. In: DRV-Schriften 55, Berlin: Deutsche Rentenversicherung, S. 185-199.
- Sandner, Monika** (2007): Return Migration and the “healthy immigrant effect”. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research 60. Berlin: DIW.
- Santel, Bernhard** (2009): Zweiter Bericht der länderoffenen Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“. (Hannover, 26.06.2009).
- Sauer, Martina** (2010): Partizipation und Teilhabe türkeistämmiger Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der elften Mehrthemenbefragung 2010. Essen: Stiftung Zentrum für Türkeistudien.
- Sauer, Martina/Halm, Dirk** (2010): Altersvorsorge in der türkeistämmigen Bevölkerung in Deutschland. Studie im Auftrag des Deutschen Instituts für Altersvorsorge (DIA). Köln: Deutsches Institut für Altersvorsorge.

Schenk, Liane (2007): Migration und Gesundheit – Entwicklung eines Erklärungs- und Analysemodells für epidemiologische Studien. In: *International Journal of Public Health* 52:1, S. 87-96.

Schenk, Liane (2008): Gesundheit und Krankheit älterer und alter Migranten. In: Kuhlmei, A./Schaeffer, D. (Hrsg.): *Alter, Gesundheit und Krankheit*. Bern: Huber, S. 156-174.

Schenk, Liane/Ellert, Ute/Neuhauser, Hannelore (2009): Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen bei Kindern aus Migrantenfamilien. In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.): *Gesundheitsförderung konkret, Band 12: Migration und Gesundheitsförderung*. Köln: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, S. 118-124.

Schimany, Peter (2003): *Die Alterung der Gesellschaft. Ursachen und Folgen des demographischen Umbruchs*. Frankfurt/M.: Campus.

Schimany, Peter (2007): *Migration und demographischer Wandel. Forschungsbericht 5*. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Schimany, Peter/Schock, Hermann (2010): Migrantenorganisationen im Spiegel von Datenbanken. In: Pries, Ludger/Sezgin, Zeynep (Hrsg.): *Jenseits von Identität oder Integration. Grenzen überspannende Migrantenorganisationen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 321-361.

Schimany, Peter/ Schock, Hermann (2011): Migrations- und Integrationsforschung im Spiegel der Datenbanken „Sozialwissenschaftliches Forschungsinformationssystem“ (SOFIS) und „Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem“ (SOLIS). In: Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst „Migration und ethnische Minderheiten“ 2. Bonn: GESIS, S. 11-45.

Schmid, Günther/Hartlapp, Miriam (2008): Aktives Altern in Europa. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 18-19, S. 6-15.

Schmid, Susanne/Kohls, Martin (2011): *Generatives Verhalten und Migration. Eine Bestandsaufnahme des generativen Verhaltens von*

Migrantinnen in Deutschland. Forschungsbericht 10. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Schmidt, Christoph/Zimmermann, Klaus (1992): Migration Pressure in Germany: Past and Future. In: Zimmermann, Klaus (Ed.): Migration and Economic Development. Berlin: Springer, pp. 201-230.

Schneider, Jan (2012): Politik der Rückkehrunterstützung – Nationalstaatliche Komplexität und Harmonisierungsbarrieren. In: Hunger, Uwe/Pioch, Roswitha/Rother, Stefan (Hrsg.): Die deutsche Migrations- und Integrationspolitik im europäischen Vergleich. Jahrbuch Migration – Yearbook Migration 2011/12. Münster: Lit.

Scholz, Rembrand (2005): Differentielle Sterblichkeit in der GRV: Problemaufriss und erste Berechnungen. In: DRV-Schriften 55. Berlin: Deutsche Rentenversicherung, S. 253-266.

Schupp, Jürgen et al. (2008): Leben außerhalb Deutschlands. Eine Machbarkeitsstudie zur Realisierung von Auslandsbefragungen. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research 120. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).

Schwarz, Norbert/Sommer, Bettina (2009): Auswirkungen des demografischen Wandels – Daten der amtlichen Statistik. In: Wirtschaft und Statistik 6, S. 513-527.

Seebaß, Katharina/Siegert, Manuel (2009): Migranten am Arbeitsmarkt in Deutschland. Manuskript. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Seebaß, Katharina/Siegert, Manuel (2011): Migranten am Arbeitsmarkt in Deutschland. Working Paper 36. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Seifert, Hartmut (2008): Alternsgerechte Arbeitszeiten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 18-19, S. 23-30.

Sengenberger, Werner (Hrsg.) (1987): Struktur und Funktionsweise von Arbeitsmärkten – Die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich. Frankfurt/M.: Campus.

- Settelmeyer, Anke/Erbe, Jessica** (2010): Migrationshintergrund. Zur Operationalisierung des Begriffs in der Berufsbildungsforschung. In: Wissenschaftliche Diskussionspapiere Heft 112. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung.
- Simmel, Georg** (1908/1992): Der Heimkehrer. In: Rammstedt, Otto (Hrsg.): Georg Simmel – Gesamtausgabe. Band 11. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 70-84.
- Spallek, Jacob/Razum, Oliver** (2008): Erklärungsmodelle für die gesundheitliche Situation von Migrantinnen und Migranten. In: Bauer, Ulrich/Bittlingmayer, Uwe/Richter, Matthias (Hrsg.): Health Inequalities – Determinanten und Mechanismen gesundheitlicher Ungleichheit. Wiesbaden: VS Verlag, S. 271-288.
- Statistik aktuell für Nürnberg und Fürth** (2010): Statistischer Monatsbericht für Juli 2010. Einsatz von Migra Pro zur Ableitung des Migrationshintergrundes der Bevölkerung in Nürnberg und Fürth.
- Statistisches Bundesamt** (2004): Ergebnisse des Registertests 2001. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt** (2006): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt** (2009): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt** (2009): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Struktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Fachserie 1 Reihe 4.2.1. (Verschiedene Jahrgänge). Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt** (2010): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Einbürgerungen – Fachserie 1 Reihe 2.1. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt** (2010): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung 2009. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters. Fachserie 1 Reihe 2. (Verschiedene Jahrgänge). Wiesbaden.

- Statistisches Bundesamt** (2011): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Bevölkerungsfortschreibung 2010 Fachserie 1 Reihe 1.3. (Verschiedene Jahrgänge). Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt** (2011): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Ausländische Bevölkerung 2010. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters Fachserie 1, Reihe 2. (Verschiedene Jahrgänge). Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt** (2011): Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Fachserie 13 Reihe 2 (verschiedene Jahrgänge). Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt** (2011): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2010. Fachserie 1 Reihe 2.2. (Verschiedene Jahrgänge). Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin** (2011): Datenreport 2011. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Sturm, Gabriele/Meyer, Katrin** (2008): Alterung in deutschen Großstädten - internationalisiert. In: Maretzke, Steffen (Hrsg.): Städte im demografischen Wandel. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft Heft 125. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, S. 51-64.
- Sturm, Gabriele/Weiske, Christine** (2009): Multilokales Wohnen. Einführung. In: Informationen zur Raumentwicklung Heft 1/2, S. 1-2.
- Sürig, Inken/Wilmes, Maren** (2011): Die Integration der zweiten Generation in Deutschland. Ergebnisse der TIES-Studie zur türkischen und jugoslawischen Einwanderung. In: IMIS-Beiträge Heft 39. Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), Universität Osnabrück.
- Swedish National Institute of Public Health** (2006): Healthy Ageing – A Challenge for Europe. Stockholm.

- Tesch-Römer, Clemens/Mardorf, Silke** (2009): Familiäre und ehrenamtliche pflegerische Versorgung. In: Böhm, Karin/Tesch-Römer, Clemens/Ziese, Thomas (Hrsg.): Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Gesundheit und Krankheit im Alter. Berlin: Robert Koch-Institut, S. 194-206.
- Tesch-Römer, Clemens/Wurm, Susanne** (2009): Wer sind die Alten? Theoretische Positionen zum Alter und Altern. In: Böhm, Karin/Tesch-Römer, Clemens/Ziese, Thomas (Hrsg.): Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Gesundheit und Krankheit im Alter. Berlin: Robert Koch-Institut, S. 7-20.
- Treas, Judith/Batalova, Jeanne** (2009): Immigrants and Aging. In: Uhlenberg, Peter (Ed.): International Handbook of Population Aging. New York: Springer, pp. 365-394.
- Tucci, Ingrid** (2008): Lebenssituation von Zuwanderern und deren Nachkommen in Deutschland. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2008. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 200-207.
- United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division** (2011): World Population Prospects. The 2010 Revision. Highlights and Advance Tables. New York.
- Velling, Johannes** (1995): Immigration und Arbeitsmarkt. Eine empirische Analyse für die Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden: Nomos.
- Vertovec, Steven** (2007): Super-diversity and its implications. In: Ethnic and Racial Studies 29:6, pp. 1024-1054.
- Vogel, Claudia** (2011a): Familiäre Generationenbeziehungen russischsprachiger Migranten – Forschungsstand und Forschungsbedarfe. Zentrum Altern und Gesellschaft, Working Paper Nr. 9. Vechta: Universität Vechta.
- Vogel, Claudia** (2011b): Generationenbeziehungen der Spätaussiedler – Ausgestaltung und Einstellungen zu familialen Unterstützungsleistungen für Ältere. (Manuskript). Universität Vechta.

- VolkswagenStiftung** (2009): Perspektiven des Alterns: VolkswagenStiftung bewilligt vier weitere Projekte für insgesamt rund 1,2 Millionen Euro. Pressemitteilung vom 16.12.2009.
- Warnes, Tony** (2009): International Retirement Migration. In: Uhlenberg, Peter (Ed.): International Handbook of Population Aging. New York: Springer, pp. 341-362.
- Warnes, Tony et al.** (2004): The diversity and welfare of older migrants in Europe. In: Ageing and Society 24:3, pp. 307-326.
- Weidacher, Alois** (2000): Lebensformen, Partnerschaft und Familiengründung, Griechische, italienische, türkische und deutsche junge Erwachsene. In: Sachverständigenkommission (Hrsg.): Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Empirische Beiträge zur Familienentwicklung und Akkulturation Nr. 6, Band I. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 193-228.
- Westphal, Manuela** (2003): Familiäre und berufliche Orientierungen von Aussiedlerinnen. In: Bade, Klaus J./Oltmer, Jochen (Hrsg.): Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa. IMIS-Schriften 8. Universität Osnabrück, S. 127-152.
- Wingerter, Christian** (2008): Arbeitsmarkt. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2008. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 109-121.
- Wissenschaftszentrum Berlin/Schneider, Kerstin** (2009): Das Potenzial gewonnener Jahre. Die Akademiegruppe „Altern in Deutschland“ gibt Empfehlungen heraus. In: WZB-Mitteilungen Heft 124, S. 55.
- Worbs, Susanne** (2008): Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland. Working Paper 17. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Wurm, Susanne/Schöllgen, Ina/Tesch-Römer, Clemens** (2010): Gesundheit. In: Motel-Klingebiel, Andreas/Wurm, Susanne/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): Altern im Wandel. Befunde des deutschen Alterssurveys (DEAS). Stuttgart: Kohlhammer, S. 90-117.

- Yildiz, Yalcin** (2010): Migration – Familie – Alter. Altern und Generationsbeziehungen im Migrationskontext. Hamburg: Verlag Dr. Kovač.
- Yilmaz-Aslan, Yüce/Berens, Eva-Maria/Razum, Oliver** (Hrsg.) (2010): Gesundheit älterer Migranten in Deutschland. Universität Bielefeld, Fakultät für Gesundheitswissenschaften. (Zitiert als UB 2010).
- Zeeb, Hajo/Kutschmann, Michael/Razum, Oliver** (2005): Gesundheitszufriedenheit alternder Migranten – eine Analyse mit Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP). In: Demographische Alterung und Gesundheit: 12. Gesundheitswissenschaftliches Kolloquium der Fakultät für Gesundheitswissenschaften, Universität Bielefeld.
- Zeman, Peter** (2005): Ältere Migranten in Deutschland. Befunde zur soziodemographischen, sozioökonomischen und psychosozialen Lage sowie zielgruppenbezogene Fragen der Politik- und Praxisfeldentwicklung. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen.
- Zeman, Peter** (2009): Alternde Menschen mit Migrationshintergrund. In: Soziale Arbeit 58:12, S. 435-445.
- Zeman, Peter/Kalisch, Dominik** (2008): Die Situation älterer Flüchtlinge – Belastungen und Potenziale. In: Informationsdienst Altersfragen, Heft 4, S. 2-7.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2.1:	Zuzüge, Fortzüge und Wanderungssaldo von Ausländern und Deutschen 1952-2010	30
Abbildung 2.2:	Zuwanderung von Spätaussiedlern 1985-2010	39
Abbildung 4.1:	Ausländische Bevölkerung nach Hauptaltersgruppen 1970-2010	84
Abbildung 4.2:	Entwicklung des Anteils der über 65-Jährigen an allen Ausländern nach Geschlecht 1970-2010	87
Abbildung 4.3:	Ausländische Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter nach Staatsangehörigkeit 2010	89
Abbildung 4.4:	Alterspyramide 2010 nach Migrationshintergrund	94
Abbildung 4.5:	Personen mit Migrationshintergrund im Alter von 65 Jahren und älter nach Herkunftsländern 2010	99
Abbildung 5.1:	Beschäftigungsquote der 60- bis 64-Jährigen 1999-2010	119
Abbildung 5.2:	Erwerbsquote nach Altersgruppen, Geschlecht und Migrationshintergrund 2010	124
Abbildung 5.3:	Erwerbsquote der 55- bis 64-Jährigen nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit 2009	124
Abbildung 5.4:	Erwerbstätigenquote nach Altersgruppen, Geschlecht und Migrationshintergrund 2010	126
Abbildung 5.5:	Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit 2009	126

Abbildung 5.6:	Beschäftigungsquote der 15- bis 64-Jährigen nach Nationalität und Geschlecht 2000-2010	131
Abbildung 5.7:	Beschäftigungsquote der 15- bis 64-Jährigen nach Nationalität, Altersgruppen und Geschlecht 2010	132
Abbildung 5.8:	Beschäftigungsquote der 50- bis 64-Jährigen nach Nationalität 2000-2010	132
Abbildung 5.9:	Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen, Migrationshintergrund und Geschlecht 2010	133
Abbildung 5.10:	Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen, Migrationshintergrund und Altersgruppen 2010	134
Abbildung 5.11:	Erwerbstätige nach beruflicher Stellung, Migrationshintergrund und Geschlecht 2010	135
Abbildung 5.12:	Männliche Erwerbstätige nach beruflicher Stellung, Migrationshintergrund und Altersgruppen 2010	137
Abbildung 5.13:	Weibliche Erwerbstätige nach beruflicher Stellung, Migrationshintergrund und Altersgruppen 2010	137
Abbildung 5.14:	Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte nach Nationalität und Geschlecht 2000-2009	139
Abbildung 5.15:	Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte nach Nationalität, Altersgruppen und Geschlecht 2009	140
Abbildung 5.16:	Geringfügig Beschäftigte nach Migrationshintergrund, Altersgruppen, und Geschlecht 2010	142
Abbildung 5.17:	Schichtarbeit Leistende nach Migrationshintergrund, Altersgruppen und Geschlecht 2010	144

Abbildung 5.18:	Erwerbstätige an Sonn- und Feiertagen nach Migrationshintergrund, Altersgruppen und Geschlecht 2010	145
Abbildung 5.19:	Erwerbslosenquote nach Migrationshintergrund, Altersgruppen und Geschlecht 2010	147
Abbildung 5.20:	Entwicklung der Arbeitslosenquote insgesamt und nach Nationalität 2000-2010	150
Abbildung 5.21:	Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit nach Nationalität und Geschlecht 2000-2009	153
Abbildung 5.22:	Langzeitarbeitslose nach Nationalität, Altersgruppen und Geschlecht 2009	153
Abbildung 6.1:	Altersaufbau der Bezieher von Renten wegen Alters am 31.12.2009	171
Abbildung 6.2:	Relative Einkommensarmut von Berenteten nach Herkunft und Status	199
Abbildung 6.3:	Empfänger von Grundsicherung im Alter und , bei Erwerbsminderung nach Nationalität 2003-2009	201
Abbildung 7.1:	Krankenquote von über 64-Jährigen nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit 2005 und 2009	227
Abbildung 7.2:	Einflussgrößen auf die Gesundheit von Migranten im Lebensverlauf	233
Abbildung 7.3:	Modell zur Beschreibung der Morbität und Mortalität von Migranten	246
Abbildung 8.1:	Haushalts- und Familienformen	268
Abbildung 9.1:	Migrationsentscheidungen	294

Abbildung 9.2:	Bleibe- und Rückkehrabsichten nach Haupt- altersgruppen	303
Abbildung 9.3:	Rückkehrabsicht von 50- bis 79-Jährigen nach Nationalität	304

Tabellenverzeichnis

Tabelle 2.1:	Zuzüge, Fortzüge und Wanderungssaldo von Ausländern 1955-1973	36
Tabelle 2.2:	Zuzüge von Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen nach Altersgruppen 1991-2010	40
Tabelle 2.3:	Jüdische Zuwanderer nach Alter und Geschlecht 2007-2011	42
Tabelle 2.4:	Jüdische Zuwanderer nach Altersgruppen und Geschlecht 2007-2011	43
Tabelle 2.5:	Jüdische Zuwanderer nach Alter und Familienstand 2007-2011	44
Tabelle 2.6:	Asylerstanträge nach Altersgruppen und Geschlecht 2001-2003 (Teil 1)	46
Tabelle 2.6:	Asylerstanträge nach Altersgruppen und Geschlecht 2004-2007 (Teil 2)	47
Tabelle 2.6:	Asylerstanträge nach Altersgruppen und Geschlecht 2009-2010 (Teil 3)	48
Tabelle 3.1:	Veröffentlichungen zum Thema „Ältere Migranten“ 1945-2009	70
Tabelle 4.1:	Gesamtbevölkerung und Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland 1951-1989	80
Tabelle 4.2:	Gesamtbevölkerung und Ausländer in Deutschland 1990-2010	82
Tabelle 4.3:	Altersstruktur der deutschen und ausländischen Bevölkerung 2010	83

Tabelle 4.4:	Ausländische Bevölkerung nach Hauptaltersgruppen und Geschlecht 1970-2010 (Teil 1)	85
Tabelle 4.4:	Ausländische Bevölkerung nach Hauptaltersgruppen und Geschlecht 1970-2010 (Teil 2)	86
Tabelle 4.5:	Ausländische Bevölkerung nach Hauptaltersgruppen, Geschlecht und ausgewählten Staatsangehörigkeiten 2010	88
Tabelle 4.6:	Ausländische Bevölkerung nach Hauptaltersgruppen, ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Aufenthaltsdauer 2009 (Teil1)	90
Tabelle 4.6:	Ausländische Bevölkerung nach Hauptaltersgruppen, ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Aufenthaltsdauer 2009 (Teil2)	90
Tabelle 4.7:	Bevölkerung nach Migrationsstatus 2005–2010	92
Tabelle 4.8:	Altersstruktur der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund 2010	96
Tabelle 4.9:	Altersstruktur der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund 2005-2010	97
Tabelle 4.10:	Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung insgesamt nach Altersgruppen 2005-2010	97
Tabelle 4.11:	Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Alter und Geschlecht 2005-2010	98
Tabelle 4.12:	Personen mit Migrationshintergrund 65 Jahre und älter nach Herkunftsland 2010	100
Tabelle 4.13:	Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Hauptaltersgruppen, Herkunftsländern und Aufenthaltsdauer 2009 (Teil 1)	101

Tabelle 4.13:	Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Hauptaltersgruppen, Herkunftsländern und Aufenthaltsdauer 2009 (Teil 2)	102
Tabelle 4.14:	Entwicklung der Bevölkerung Deutschlands bis 2060	104
Tabelle 4.15:	Entwicklung der ausländischen Bevölkerung von 2007 bis 2032	106
Tabelle 4.16:	Entwicklung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund von 2007 bis 2032	107
Tabelle 4.17:	Ältere Migranten in den Ländern der Europäischen Union 2010	110
Tabelle 4.18:	Merkmale der demographischen Alterung für verschiedene Bevölkerungsgruppen 2010	112
Tabelle 5.1:	Erwerbsquote der 15- bis 64-Jährigen nach Migrationshintergrund und Geschlecht 2010	123
Tabelle 5.2:	Erwerbstätigenquote der 15- bis 64-Jährigen nach Migrationshintergrund und Geschlecht 2010	125
Tabelle 5.3:	Qualifikationsniveau von erwerbstätigen Frauen und Männern nach Migrationshintergrund 2009	127
Tabelle 5.4:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Nationalität und Geschlecht 2000 und 2010 (Teil1)	129
Tabelle 5.4:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Nationalität und Geschlecht 2000 und 2010 (Teil2)	130
Tabelle 5.5:	Geringfügig Beschäftigte nach Migrationshintergrund und Geschlecht 2010	141

Tabelle 5.6:	Schichtarbeit Leistende nach Migrationshintergrund und Geschlecht 2010	143
Tabelle 5.7:	Erwerbstätige an Sonn- und Feiertagen nach Migrationshintergrund und Geschlecht 2010	144
Tabelle 5.8:	Erwerbslosenquote nach Migrationshintergrund und Geschlecht 2010	146
Tabelle 5.9:	Qualifikationsniveau von erwerbslosen Frauen und Männern nach Migrationshintergrund 2009	148
Tabelle 5.10:	Arbeitslosenquote nach Nationalität und Geschlecht 2010	150
Tabelle 5.11:	Arbeitslosenquote nach Nationalität, Altersgruppen und Geschlecht 2010	151
Tabelle 6.1:	Anzahl der Renten an deutsche und ausländische Versicherte nach Inland und Ausland 1984-2009	167
Tabelle 6.2:	Renten wegen Alters an ausländische Versicherte nach Geschlecht und ausgewählten Staatsangehörigkeiten 2003-2009	169
Tabelle 6.3:	Renten wegen Alters an Versicherte nach Geschlecht und ausgewählten Staatsangehörigkeiten 2003-2009	170
Tabelle 6.4:	Durchschnittliche Versichertenjahre (Beitrags- und beitragsfreie Zeiten) bei Nichtvertragsrenten nach Geschlecht und ausgewählten Staatsangehörigkeiten 2003-2009	173
Tabelle 6.5:	Durchschnittlicher Rentenzahlbetrag für Renten wegen Alters an Versicherte nach Geschlecht und ausgewählten Staatsangehörigkeiten 2003-2009	174
Tabelle 6.6:	Ausgewählte soziodemographische Merkmale von Berenteten nach Herkunft und Status	177

Tabelle 6.7:	Wohnsituation von Berenteten nach Herkunft und Status	179
Tabelle 6.8:	Einkommenssituation von Berenteten nach Herkunft	181
Tabelle 6.9:	Einkommensstruktur und Rentenhöhe von Berenteten nach Herkunft und Status	184
Tabelle 6.10:	Vermögenssituation von Berenteten nach Herkunft und Status	186
Tabelle 6.11:	Bildungsniveau von Berenteten nach Herkunft und Status	189
Tabelle 6.12:	Erwerbsbiographien von Berenteten nach Herkunft und Status	191
Tabelle 6.13:	Krankenversicherung und Zufriedenheit mit der sozialen Sicherung von Berenteten nach Herkunft und Status	194
Tabelle 6.14:	Bewertung der finanziellen Absicherung für das Alter von Berenteten nach Herkunft und Status	197
Tabelle 6.15:	Bewertung der finanziellen Absicherung im Fall von Pflegebedürftigkeit von Berenteten nach Herkunft und Status	197
Tabelle 6.16:	Empfänger von Grundsicherung im Alter nach Nationalität 2003-2009	201
Tabelle 6.17:	Empfänger von Grundsicherung im Alter nach Geschlecht und Nationalität 2003-2009	202
Tabelle 6.18:	Empfänger von Grundsicherung im Alter nach Nationalität an der Bevölkerung 65 Jahre und älter 2003-2009	203

Tabelle 7.1:	Krankenquote nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit 2005	227
Tabelle 7.2:	Schwerbehindertenquote nach ausgewählten Altersgruppen, Geschlecht und Staatsangehörigkeit 2007	229
Tabelle 7.3:	Fernere Lebenserwartung im Alter 60 von Deutschen und Ausländern nach Geschlecht in Jahren, Wohnsitz in Deutschland, GRV, 1994-2007	241
Tabelle 7.4:	Fernere Lebenserwartung im Alter 60 von Deutschen und Ausländern nach Geschlecht in Jahren, Wohnsitz außerhalb Deutschlands, GRV, 1994-2007	242
Tabelle 7.5:	Fernere Lebenserwartung im Alter 60 von Deutschen und einzelnen Ausländergruppen nach Geschlecht in Jahren, Wohnsitz in Deutschland, GRV, 2007	243
Tabelle 7.6:	Zahl der Pflegebedürftigen in 2007 und 2020	254
Tabelle 7.7:	Zahl der Pflegebedürftigen nach Versorgungsart 2020	257
Tabelle 7.8:	Zahl der Beschäftigten in Vollzeitäquivalenten in der ambulanten Pflege und im stationären Bereich 2020	259
Tabelle 8-1:	Soziodemographische Merkmale ausgewählter Migrantengruppen 2010 (Teil 1)	272
Tabelle 8-1:	Soziodemographische Merkmale ausgewählter Migrantengruppen 2010 (Teil 2)	273
Tabelle 9.1:	Rückkehrabsichten	302
Tabelle 9.2:	Gesamtbesuchsdauer von Migranten im Herkunftsland in den letzten zwei Jahren 1996 und 2002	307

Tabelle 9.3:	Fortzüge von ausländischen Staatsangehörigen nach Altersgruppen und Geschlecht 2002-2010	311
Tabelle 9.4:	Fortzüge von ausländischen Staatsangehörigen nach Altersgruppen und Geschlecht 2002-2010	312
Tabelle 9.5:	Fortzüge ausländischer Staatsangehöriger nach Altersgruppen 2010	313
Tabelle 9.6:	Ausländische Bevölkerung und Fortzüge ausländischer Staatsangehöriger 2010 (Altersgruppe 65 Jahre und älter)	314
Tabelle 9.7:	Zuzüge von ausländischen Staatsangehörigen nach Altersgruppen und Geschlecht 2002-2010	315
Tabelle 9.8:	Zuzüge von ausländischen Staatsangehörigen nach Altersgruppen und Geschlecht 2002-2010	316
Tabelle 9.9:	Zuzüge ausländischer Staatsangehöriger nach Altersgruppen 2010	316
Tabelle 9.10:	Verhältnis Fortzüge zu Zuzügen 2010	317
Tabelle 9.11:	Wanderungssaldo von ausländischen Staatsangehörigen nach Altersgruppen und Geschlecht 2002-2010 (Teil 1)	318
Tabelle 9.11:	Wanderungssaldo von ausländischen Staatsangehörigen nach Altersgruppen und Geschlecht 2002-2010 (Teil 2)	319
Tabelle 9.12:	Ausländische Staatsangehörige im Alter von über 65 Jahren nach Aufenthaltsdauer am 31.12.2010	320
Tabelle 9-13:	Fortzüge von Ausländern nach Aufenthaltsdauer im Jahr 2010 (Teil 1)	321
Tabelle 9-13:	Fortzüge von Ausländern nach Aufenthaltsdauer im Jahr 2010 (Teil 2)	322

Übersichtenverzeichnis

Übersicht 3.1:	Klassifikation der Bevölkerung nach Migrationsstatus	59
Übersicht 3.2:	Bevölkerung nach Migrationshintergrund	61
Übersicht 7.1:	Migrationsstatus in Datenquellen der Gesundheitsberichterstattung	216
Übersicht 7.2:	Migrationsstatus in Datenquellen der Pflegeberichterstattung	249

Publikationen der Forschungsgruppe

Working Paper

- 1/2005** Die Datenlage im Bereich der Migrations- und Integrationsforschung
Verfasserin: Sonja Haug
- 2/2005** Illegalität von Migranten in Deutschland
Verfasserin: Susanne Worbs unter Mitarbeit von Michael Wolf und Peter Schimany
- 3/2005** Jüdische Zuwanderer in Deutschland
Verfasserin: Sonja Haug unter Mitarbeit von Peter Schimany
- 4/2005** Die alternde Gesellschaft
Verfasser: Peter Schimany
- 5/2006** Integrationskurse
Erste Erfahrungen und Erkenntnisse einer Teilnehmerbefragung
Verfasser: Sonja Haug und Frithjof Zerger
- 6/2006** Arbeitsmarktbeteiligung von Ausländern im Gesundheitssektor in Deutschland
Verfasser: Peter Derst, Barbara Heß und Hans Dietrich von Loeffelholz
- 7/2006** Einheitliche Schulkleidung in Deutschland
Verfasser: Stefan Theuer
- 8/2007** Soziodemographische Merkmale, Berufsstruktur und Verwandtschaftsnetzwerke jüdischer Zuwanderer
Verfasserin: Sonja Haug unter Mitarbeit von Michael Wolf

-
- 9/2007** Migration von hoch Qualifizierten und hochrangig Beschäftigten aus Drittstaaten nach Deutschland
Verfasserinnen: Barbara Heß und Lenore Sauer
- 10/2007** Familiennachzug in Deutschland
Verfasser: Axel Kreienbrink und Stefan Rühl
- 11/2007** Türkische, griechische, italienische und polnische Personen sowie Personen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien in Deutschland
Verfasser: Christian Babka von Gostomski
- 12/2008** Kriminalität von Aussiedlern
Eine Bestandsaufnahme
Verfasser: Sonja Haug, Tatjana Baraulina, Christian Babka von Gostomski unter Mitarbeit von Stefan Rühl und Michael Wolf
- 13/2008** Schulische Bildung von Migranten in Deutschland aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 1
Verfasser: Manuel Siegert
- 14/2008** Sprachliche Integration von Migranten in Deutschland aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 2
Verfasserin: Sonja Haug
- 15/2008** Healthy-Migrant-Effect, Erfassungsfehler und andere Schwierigkeiten bei der Analyse der Mortalität von Migranten
Eine Bestandsaufnahme
Verfasser: Martin Kohls
- 16/2008** Leben Migranten wirklich länger?
Eine empirische Analyse der Mortalität von Migranten in Deutschland
Verfasser: Martin Kohls
- 17/2008** Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 3
Verfasserin: Susanne Worbs

- 18/2008** Die Datenlage im Bereich der internationalen Migration in Europa und seinen Nachbarregionen
Verfasser: Kevin Borchers unter Mitarbeit von Wiebke Breustedt
- 19/2008** Das Integrationspanel
Ergebnisse zur Integration von Teilnehmern zu Beginn ihres Integrationskurses
Verfasserin: Nina Rother
- 20/2008** Aspekte der Arbeitsmarktintegration von Frauen ausländischer Nationalität in Deutschland
Eine vergleichende Analyse über türkische, italienische, griechische und polnische Frauen sowie Frauen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens
Verfasserin: Anja Stichs
- 21/2008** Wohnen und innerstädtische Segregation von Zuwanderern in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 4
Verfasserin: Lena Friedrich
- 22/2009** Berufliche und akademische Ausbildung von Migranten in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 5
Verfasser: Manuel Siegert
- 23/2009** Das Integrationspanel
Entwicklung von alltagsrelevanten Sprachfertigkeiten und Sprachkompetenzen der Integrationskursteilnehmer während des Kurses
Verfasserin: Nina Rother
- 24/2009** Förderung der Bildungserfolge von Migranten: Effekte familienorientierter Projekte
Abschlussbericht zum Projekt Bildungserfolge bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund durch Zusammenarbeit mit den Eltern
Verfasser: Lena Friedrich und Manuel Siegert unter Mitarbeit von Karin Schuller

-
- 25/2009** Die Organisation der Asyl- und Zuwanderungspolitik in Deutschland
Studie I/2008 im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN)
Verfasser: Jan Schneider
- 26/2009** Unbegleitete minderjährige Migranten in Deutschland
Aufnahme, Rückkehr und Integration
Studie II/2008 im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN)
Verfasser: Bernd Parusel
- 27/2009** Grunddaten der Zuwandererbevolkerung in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 6
Verfasser: Stefan Rühl
- 28/2009** Zuwanderung von Hochqualifizierten aus Drittstaaten nach Deutschland
Ergebnisse einer schriftlichen Befragung
Verfasserin: Barbara Heß
- 29/2010** Das Integrationspanel
Ergebnisse einer Befragung von Teilnehmenden zu Beginn ihres Alphabetisierungskurses
Verfasserin: Nina Rother
- 30/2010** Europäische und nationale Formen der Schutzgewährung in Deutschland
Studie II/2009 im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN)
Verfasser: Bernd Parusel
- 31/2010** Rückkehrunterstützung in Deutschland
Programme und Strategien zur Förderung von unterstützter Rückkehr und zur Reintegration in Drittstaaten
Studie I/2009 im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN)
Verfasser: Jan Schneider und Axel Kreienbrink

-
- 32/2010** Deckung des Arbeitskräftebedarfs durch Zuwanderung
Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Bernd Parusel und Jan Schneider
- 33/2010** Interethnische Kontakte, Freundschaften, Partnerschaften
und Ehen von Migranten in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 7
Verfasserin: Sonja Haug
- 34/2010** Mediennutzung von Migranten in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 8
Verfasserin: Susanne Worbs
- 35/2011** Zirkuläre und temporäre Migration
Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Jan Schneider und Bernd Parusel
- 36/2011** Migranten am Arbeitsmarkt in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 9
Verfasser: Katharina Seebaß und Manuel Siegert
- 37/2011** Der Einfluss des Integrationskurses auf die Integration
russisch- und türkischstämmiger Integrationskursteilnehmerinnen
Verfasserin: Karin Schuller
- 38/2011** Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländerinnen
und Ausländer in qualifizierten Dienstleistungen
Verfasserin: Barbara Heß
- 39/2011** Migranten im Niedriglohnsektor unter besonderer Berücksichtigung
der Geduldeten und Bleibeberechtigten
Verfasser: Waldemar Lukas
- 40/2011** Visumpolitik als Migrationskanal
Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Bernd Parusel und Jan Schneider

-
- 41/2012** Maßnahmen zur Verhinderung und Reduzierung irregulärer Migration
Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Jan Schneider
- 42/2012** Das Integrationspanel
Entwicklung der Deutschkenntnis und Fortschritte der Integration bei Teilnehmenden an Alphabetisierungskursen
Verfasserinnen: Karin Schuller, Susanne Lochner und Nina Rother unter Mitarbeit von Denise Hörner
- 43/2012** Missbrauch des Rechts auf Familiennachzug
Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Andreas Müller
- 44/2012** Zuwanderung von Fachkräften nach § 18 AufenthG aus Drittstaaten nach Deutschland
Ergebnisse einer schriftlichen Befragung von Arbeitsmigranten
Verfasserin: Barbara Heß
- 45/2012** Klimamigration
Definitionen, Ausmaß und politische Instrumente in der Diskussion
Verfasser: Bettina Müller, Marianne Haase, Axel Kreienbrink und Susanne Schmid
- 46/2012** Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland
Verfasserinnen: Stephanie Müssig und Susanne Worbs
- 47/2012** Zuwanderung von internationalen Studierenden aus Drittstaaten
Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Matthias M. Mayer, Sakura Yamamura, Jan Schneider und Andreas Müller

- 48/2012** Zuwanderung von selbständigen und freiberuflichen Migranten aus Drittstaaten nach Deutschland
Verfasser: Andreas H. Bloch und Isabell Klingert
- 49/2012** Migration und Entwicklung
Verfasser: Tatjana Baraulina, Doris Hilber und Axel Kreienbrink
- 50/2013** Ausländische Wissenschaftler in Deutschland
Verfasser: Isabell Klingert und Andreas H. Block
- 51/2013** Eu-Binnenmobilität von Drittstaatsangehörigen
Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Andreas Müller
- 52/2013** Das Integrationspanel
Langfristige Integrationsverläufe von ehemaligen Teilnehmenden an Integrationskursen
Verfasser: Susanne Lochner, Tobias Büttner und Karin Schuller

Forschungsberichte

- 1/2005** Der Einfluss von Zuwanderung auf die deutsche Gesellschaft
Verfasser: Manfred Kohlmeier und Peter Schimany
- 2/2005** Illegal aufhältige Drittstaatsangehörige in Deutschland
Verfasser: Annette Sinn, Axel Kreienbrink und Hans-Dietrich von Loeffelholz unter Mitarbeit von Michael Wolf
- 3/2007** Abschlussbericht
Zuwanderung und Integration von Spätaussiedlern — Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes
Verfasserinnen: Sonja Haug und Lenore Sauer

- 4/2007** Rückkehr aus Deutschland
Verfasser: Axel Kreienbrink, Edda Curre, Ekkehart Schmidt-Fink, Manuela Westphal und Birgit Behrens unter Mitarbeit von Magdalena Wille und Mirjam Laaser
- 5/2007** Migration und demographischer Wandel
Verfasser: Peter Schimany
- 6/2009** Muslimisches Leben in Deutschland
Verfasserinnen: Sonja Haug, Stephanie Müssig und Anja Stichs
- 7/2009** Vor den Toren Europas?
Verfasserin: Susanne Schmid unter Mitarbeit von Kevin Borchers
- 8/2010** Fortschritte der Integration
Zur Situation der fünf größten in Deutschland lebenden Ausländergruppen
Verfasser: Christian Babka von Gostomski
- 9/2011** Morbidität und Mortalität von Migranten in Deutschland
Verfasser: Martin Kohls
- 10/2011** Generatives Verhalten und Migration
Verfasser: Susanne Schmid und Martin Kohls
- 11/2011** Das Integrationspanel
Verfasserinnen: Karin Schuller, Susanne Lochner und Nina Rother
- 12/2012** Pflegebedürftigkeit und Nachfrage nach Pflegeleistungen bei Migranten im demographischen Wandel
Verfasser: Martin Kohls
- 13/2012** Islamisches Gemeindeleben in Deutschland
Verfasser: Dirk Halm, Martina Sauer, Jana Schmidt und Anja Stichs

- 14/2012** Entwicklungspolitisch engagierte Migrant*innenorganisationen:
Potenziale für die Integration in Deutschland?
Verfasserinnen: Marianne Haase und Bettina Müller
- 15/2012** Einbürgerungsverhalten von Ausländerinnen und Ausländern
in Deutschland sowie Erkenntnisse zu Optionspflichtigen
Ergebnisse der BAMF-Einbürgerungsstudie 2011
Verfasser: Martin Weinmann, Inna Becher und
Christian Babka von Gostomski
- 16/2012** Die Optionsregelung im Staatsangehörigkeitsrecht aus der
Sicht von Betroffenen
Qualitative Studie
Verfasserinnen: Susanne Worbs, Antonia Scholz und
Stefanie Blicke
- 17/2012** Das Migrationspotenzial aus der GUS in die Europäische
Union
Verfasserin: Susanne Schmid

Impressum

Herausgeber:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Frankenstraße 210
90461 Nürnberg

E-Mail: info@bamf.bund.de
Internet: www.bamf.de

Gesamtverantwortung:

Antje Kiss
Dr. habil. Peter Schimay

Verfasser:

Dr. habil Peter Schimany
Stefan Rühl
Dr. Martin Kohls

Stand:

2012

Druck:

Bonifatius GmbH, Druck-Buch-Verlag, Paderborn

Layout:

Gertraude Wichtrey
Claudia Sundelin

Bildnachweis:

©istockphoto.com/Zhang Bo.

Zitat:

Schimany, Peter/Rühl, Stefan/Kohls, Martin (2012): Ältere Migrantinnen und Migranten: Forschungsbericht 18. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

ISBN:

978-3-9814972-7-4

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge kostenlos herausgegeben. Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigungen und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangaben gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme oder Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesamtes. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

